

Grüner Parteitag: Blockübergreifend gegen Jalta und die Supermächte

Arbeiterkampf

Jg. 13, Nr. 240, 28. 11. 83

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM
Förderpr. DM 5

C 21734 E

Der nächste AK erscheint am 19.12.83

PLO am Ende?

Gleich nach Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Arafat-loyalen Kämpfern Al-Fatahs und den Oppositionellen unter Abu Mussa und Abu Saleh zitierten israelische Zeitungen den damaligen Außenminister und heutigen Ministerpräsidenten Shamir: Der Konflikt innerhalb der PLO sei gut für Israel, besonders dann, wenn die militärische Option innerhalb der PLO Vorrang vor dem diplomatisch-politischen Realismus erhalte (1). US-Kriegsminister Weinberger erklärte kürzlich, die PLO sei keine wirkungsvolle militärische Kraft mehr, und wer immer an ihrer Spitze stehe sei „*im breiten strategischen Sinn nicht wichtig.*" (2)

Die Vertreibung der PLO aus Beirut im September 1982, gerade von den gemäßigten Kräften innerhalb der PLO als „Sieg" verkauft, war die entscheidende Voraussetzung für Israel, die Imperialisten und die arabischen Staaten, die PLO auch politisch zu zerstören. Die immer wieder notdürftig bewahrte Einheit der PLO, zuletzt auf dem 16. Palästinensischen Nationalrat im Februar dieses Jahres, scheiterte nicht in erster Linie an den inneren Widersprüchen der PLO, sondern an der völlig unnachgiebigen Haltung der USA und Israels, der militärisch geschwächten PLO auch nur irgendein politisches Zugeständnis zu machen.

Nach dem Scheitern des jordanisch-palästinensischen Dialoges brachen die Auseinandersetzungen innerhalb Al-Fatahs offen aus.

Inzwischen bestimmt eindeutig das syrische Assad-Regime den Verlauf der Auseinandersetzungen. Die Ziele: Liquidierung der Arafat-loyalen Strömung, wobei das Schicksal Arafats nicht klar ist; vollständige Unterordnung der Opposition innerhalb Al-Fatahs unter direkt von Syrien abhängige Gruppen. Beide Ziele sind weitgehend erreicht. Weder die Sowjetunion noch die reaktionären arabischen Staaten haben in dieser Sache nennenswerten Druck auf Syrien ausgeübt.

Fortsetzung nächste Seite

"Keine Stimme, keine Mark, keine Hand für den Krieg!"

Erklärung der GRÜNEN zum Stationierungsbeschluß

Die Bonner Regierungskoalition hat mit ihrem Ja zur Stationerung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland einer Kriegsführungsstrategie mit Erstschlagskapazität zugestimmt. Diese Entscheidung, die gegen den Willen der Mehrheit der Bundesbürger getroffen wurde, verstößt nicht nur gegen geltendes Verfassungsrecht, sie ist auch völkerrechtswidrig und verbrecherisch, weil sie dazu herhalten soll, die längst begonnene Vorbereitung eines Angriffskrieges politisch zu legitimieren.

Das Ja des Bundestages zur Stationierung ist ein Ja zur Fortsetzung des tödlichen Rüstungswettlaufs. Dieses Ja dient nicht der Sicherung des Friedens, sondern drängt das Leben von Millionen Menschen in beiden Teilen Europas näher an den Abgrund eines Atomkrieges.

Die heutige Entscheidung des Bundestages fordert zu einer offensiven Diskussion über die Rolle der Bundesrepublik in der NATO und über Strategien zur Abkopplung mit dem Ziel der Auflösung beider Militärblöcke geradezu heraus. Die politische Vergewaltigung der Bevölkerung durch die Stationierung wird dazu beitragen, daß das gesamte „Verteidigungssystem" in Frage gestellt wird.

Die Entscheidung des Bundestages ist für die Grünen kein Grund zur Resignation. Der Protest und der Widerstand der Friedensbewegung gegen den Aufrüstungswahnsinn der Regierungskoalition müssen in vielfältiger Weise weitergehen und verschärft werden. Einem Staat, der seine Bürger durch Aufstellung neuer Waffensysteme drangsaliert und in Lebensgefahr bringt, muß jede Unterstützung — vor allem in finanzieller Hinsicht — verweigert werden.

Die Phase der bloß spektakulären Protestaktionen geht zu Ende. Die Zeit ist reif für einschneidendere Formen des zivilen Ungehorsams, die jede Regierung, die die NATO-„Nachrüstung" durchsetzen will, zum Nachgeben oder zum Abdanken zwingen. Das Vernichtungssystem kann nur in Gang gehalten werden, wenn das Volk ihm Wählerstimmen, Soldaten, Rüstungsarbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler seine Produktivkraft und Steuern gibt. Die Grünen rufen alle Bürger der Bundesrepublik auf, sich der verantwortungslosen Entscheidung des Parlaments nicht zu beugen, sondern sich den vielfältigen Formen und Möglichkeiten der Verweigerung und des zivilen Ungehorsams anzuschließen. Nutzen wir unsere Freiheit zum Widerstand. Keine Stimme, keine Mark, keine Hand für den Krieg.

Nicaragua und El Salvador

Vor der Invasion

In den letzten Tagen häufen sich die Meldungen, daß die USA im Begriff sind, noch in diesem Jahr ihre uneingeschränkte Vorherrschaft in Zentralamerika auf dem Wege der direkten militärischen Intervention wiederherzustellen. Die seit 1981 betriebenen technischen und strategischen Vorbereitungen eines offenen Krieges in Mittelamerika sind abgeschlossen. Die in ihrem Sinne in jeder Hinsicht erfolgreich verlaufene Invasion auf Grenada wird die letzten Zweifel auch jener US-Strategen, die einen Sieg **jener US-Strategen, die einen Sieg** **in einem solchen Krieg für schwer möglich, auf jeden Fall aber mit hohen Opfern verbunden halten, beseitigt haben.**

Die Zeit für die Imperialisten drängt. Nicht nur, weil sich die Revolution in Nicaragua — entgegen massivster Destabilisierungsversuche — gefestigt hat, sondern vor allem, weil den Regierungstruppen El Salvadors die Initiative aus den Händen geglitten ist. Schon jetzt ist deutlich, daß Waffenlieferungen nicht mehr ausreichen, um das Regime an der Macht zu halten.

El Salvador — die revolutionäre Bewegung im Vormarsch

Auf die Invasion Grenadas antwortete die Volksbewegung mit dem Beginn einer neuen politisch-militärischen Offensive unter dem Namen „Yankees — Raus aus Grenada und Zentralamerika" (Ides, 4.11.). Daß es sich dabei nicht um Worthülsen handelt, belegt die Fähigkeit der bewaffneten Organisationen, während der vergangenen drei Monte kontinierlich Aktionen auf 2/3 des salvadorianischen Gebietes durchzuführen. So konnte die FMLN seit dem 4. September neben verschiedenen Sabotageaktionen 64 Dörfer besetzen und den Regierungstruppen 349 Gewehre und 70.000 Schuß Munition abnehmen. Allein in diesem Zeitraum verlor die Armee El Salvadors über 1.100 Mann (nach ‚Radio Venceremos' und ‚Farabundo Marti' in Ides, 4.11.).

Seit der Offensive vom Oktober des vergangenen Jahres ist die Situation, die häufig als „Patt" beschrieben wurde, heute eine andere. Die Völkermordtruppen haben — trotz in den USA ausgebildeter Elitebatallione und trotz der (letztlich erfolglosen) Großangriffe auf die von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebiete — die Initiative verloren. Darüber hinaus mußten die für Nov./Dez. 1983 vorgesehenen „Wahlen" verschoben werden, während gleichzeitig der Versuch scheiterte, Teile des politischen Oppositionsbündnisses FDR für solche Wahlen zu gewinnen.

Und dennoch war für die revolutionäre Volksbewegung im Laufes dieses Jahres eine schwierige Lage entstanden, die innerhalb der FMLN zu tiefgeifenden Auseinandersetzungen führte. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Invasionsdrohungen der USA orientierten einige Gruppen in der FMLN (die nie eine einheitliche Organisation war, sondern nach wie vor eine politisch-militärische Front ist) auf die Möglichkeit einer politischen Lösung im Rahmen eines Dialoges mit der Regierung und den USA. Zwar hat keine der FMLN-Organisationen jemals Verhandlungen abgelehnt, sondern ihre Bereitschaft dazu betont, entscheidend war aber immer, was verhandelt wird.

Fortsetzung auf Seite 5

Der Krieg ist längst gewonnen

Während Hunderttausende Menschen für den Frieden demonstrieren, blockieren, agitieren, schweigen und fasten, ist der Dritte Weltkrieg schon längst ausgestanden. Zumindest auf den Seiten eines zur „Geheimsache" erklärten Deutsch-Sprachkurses der amerikanischen Streitkräfte. Der „German Basic Course", herausgegeben vom Defence Language Institute – Foreign Language Center, führt auf knapp 130 Seiten lernwillige US-Soldaten anhand illustrierter militärischer Situationen in die deutsche Begrifflichkeit des Atomkriegs ein. Seit kurzem liegt der Rundschau ein Exemplar des Geheimkurses vor.

„Deutsch lernen, solange es noch Deutschland gibt", könnte das Motto des pädagogischen Unterfangens lauten, das beileibe nicht erst auf Ronald Reagans Mist gewachsen ist. Der Sprachkurs erschien schon 1972. Seit 1979 dient er in überarbeiteter Fassung vor allem in den USA selbst der Konditionierung amerikanischer Soldaten.

Was hiesigen Friedensfreunden erst seit dem Nato-Doppelbeschuß so bedrohlich erscheint, nämlich die amerikanische Option auf einen begrenzbaren Atomkrieg zu Lasten Westeuropas, wird im bejahrten Deutsch-Grundkurs unmißverständlich zur Doktrin erhoben: Atomwaffen gehören zum Krieg – auch zum „konventionellen" – wie das Gelbe zum Ei. Und: Der Nuklear-Krieg ist gar nicht so schlimm. Am Ende siegen die USA.

Diesen amerikanischen Optimismus dokumentieren nebenstehende Illustrationen („Ende des Krieges") und die Seite 14 in dieser Ausgabe. wos



„Der Widerstand des Feindes bricht zusammen. Die Hauptstadt liegt in Trümmern. Die Zivilbevölkerung kommt aus ihren Schlupfwinkeln hervor."



„Die Kommandeure nehmen die Siegesparade ab. Verdiente Soldaten werden mit Orden ausgezeichnet. Die Bevölkerung auf den Tribünen jubelt."





„Die Toten des Krieges werden geehrt. Am Grabmal des Unbekannten Soldaten werden Kränze niedergelegt" (links). „Die Soldaten kehren heim zu ihren Familien" (rechts).

Fortsetzung von vorheriger Seite

PLO am Ende?

Das syrische Regime hat, seit den Kämpfen im Chouf-Gebirge, auch von Seiten Israels und den USA weitgehend freie Hand erhalten, seine Machtposition im Norden des Libanons auszubauen. Angesichts der Truppenkonzentrationen in Nordisrael und der riesigen NATO-Flotte vor der libanesischen Küste, angesichts der ständigen Drohungen gegen das syrische Regime besonders von Seiten der USA, scheint es sich dabei allerdings nur um eine vorübergehende Abgrenzung der Einflußgebiete im Libanon zu handeln: genau solange, bis unter syrischer Herrschaft ein Teil der Dreckarbeit für Israel und die Imperialisten erledigt worden ist. Es ist allzu deutlich, daß Syrien seinen Einfluß nicht nur nutzt, um die militärischen Kräfte der PLO endgültig zu zerreiben, sondern auch, um die verschiedenen reaktionären libanesischen Strömungen auf Kosten der fortschrittlichen und nationalen Kräfte zu stärken.

Der folgende Artikel soll versuchen zu erklären, wie es zu den blutigen Kämpfen innerhalb der größten Organisation der PLO kommen konnte.



Kommentar der in Ost-Jerusalem erscheinenden palästinensischen Zeitung „Al-Fajr", zu den mörderischen Schlachten zwischen Palästinensern in Tripoli

Die Vorgeschichte

Auf der Sitzung des Fatah-Revolutionsrates in Aden am 27. Januar kritisierte Abu Mussa zum ersten Mal die von Arafat repräsentierte Linie innerhalb der PLO, allerdings ohne Arafat zu nennen oder ihn persönlich anzugreifen.

Kritikpunkte waren:

— Die Zustimmung zum Fez-Plan (3), weil Israel darin implizit anerkannt werde; die Palästinenser würden dadurch auf den Weg der Kapitulation geführt.

—Der Reagan-Plan (4) müsse vollständig zurückgewiesen werden.

— Der Dialog zwischen Arafat und dem jordanischen König Hussein. ,,*Unsere Unterhändler sollen nicht der Illusion unterliegen, schlauer als der jordanische König Hussein zu sein, denn die Probleme stellen sich nicht als solche der Geschicklichkeit, sondern als solche des realen Kräfteverhältnisses,*" führte Abu Mussa aus. ,,*Wir sehen uns einem internationalen Komplott gegenüber, in das die USA, Israel und fast die Gesamtheit der reaktionären arabischen Länder, die Verbündeten des Imperialismus verwickelt sind.*"(5).

— Der angefangene geheime Dialog mit Ägypten, da dieser dem ägyptischen Regime neue Perspektiven in der arabischen Welt eröffne (6).

— Die offiziellen Kontakte zwischen der PLO und zionistischen (oppositionellen israelischen) Organisationen, die man aus Opportunitätsgründen ,,*fried-*

— Die offiziellen Kontakte zwischen der PLO und zionistischen (oppositionellen israelischen) Organisationen, die man aus Opportunitätsgründen ,,*fried-*

liebend" und ,,*demokratisch*" nenne, sei ,,*schockierend*" (7).

— Die Aufgabe des bewaffneten Kampfes, des ,,*Lebenszwecks von Fatah*".

Schließlich wandte sich Abu Mussa dagegen, daß ,,*der strategische Rückzug schamhaft als taktischer ausgegeben wird.*" (8).

Abu Mussa trug diese Kritik im Namen einer Reihe von militärischen Führern der Fatah vor. Die von ihm vertretene Linie existiert innerhalb Al-Fatahs und der PLO spätestens seit dem 12. Palästinensischen Nationalrat 1974, der die 10-Punkte-Erklärung verabschiedete. Diese Erklärung enthielt im Gegensatz zu den ,,Drei Nein" der Palästinensischen Nationalcharta (keine Versöhnung, keine Verhandlungen, keine Anerkennung Israels) die Möglichkeit, in Verhandlungen einzutreten und einen palästinensischen Staat auf jedem Stück befreiten palästinensischen Bodens zu gründen. Gemeint, nicht gesagt, war damit der Versuch, in Verhandlungen einen palästinensischen ,,Mini-Staat" im Westjordanland und im Gaza-Streifen zu gründen (9).

Diese umstrittene Erklärung stellte die Grundlage für die diplomatisch-politische Offensive Arafats dar (im gleichen Jahr trat er vor der UNO auf) und setzte die diplomatische Anerkennung der PLO in Gang. Sie verschaffte aber auch der PLO einen erheblich größeren Rückhalt innerhalb der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten, in denen die von Israel — rechtswidrig — durchgeführten Kommunalwahlen 1976 zu einem überwältigenden Sieg für die PLO wurden. Nicht nur ,,junge" Kräfte, sondern eine ganze Reihe der alteingesessenen Notablen bekannten sich, mehr oder minder zur PLO. Ohne die militärische Stärke der PLO, die nach der Zerschlagung in Jordanien 1970/71 im Libanon ihre militärischen Strukturen wiederaufgebaut hatte, wären diese Schritte einfach unmöglich gewesen.

Seit dem Oktoberkrieg 1973 allerdings lief die ,,imperialistische Lösung" im Nahen Osten bereits auf vollen Touren. Ägypten und Syrien suchten auf dem Verhandlungswege mit Israel und den USA im Juni-Krieg 1967 verlorene Gebiete zurückzugewinnen (Sinai-Abkommen 1974, Golan-Teilrückzug 1974); Jordanien hatte am Oktoberkrieg nicht teilgenommen. Spätestens diese Abkommen (und schon vorher der Rogers-Plan und das Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und Ägypten) waren für die ,,gemäßigte" Linie innerhalb der PLO ein wichtiger Grund, auf die Verhandlungslösung zu setzen.

Von Anfang an aber war deutlich, daß von Seiten der Imperialisten und Israels die PLO an Verhandlungen nicht beteiligt werden sollte. Die USA und Israel ließen u.a. an dieser Frage die Genfer Nahost-Friedenskonferenz scheitern (10). Gewollt war ein unabhängiger palästinensischer Staat ebenso zu keinem Zeitpunkt von irgendeinem arabischen Regime.

Unter ebenso schwierigen Vorzeichen stand der bewaffnete Kampf. Abgesehen davon, daß Syrien und Irak durch die Gründung eigener Guerilla-Organisationen Einfluß auf die PLO und den bewaffneten Kampf von innen suchten (As-Saika und ALF), scheuten sich die arabischen Staaten auch nicht, bei einem Erstarken der militärischen Kräfte der PLO diese zu massakrieren, wie 1970/71 in Jordanien und 1976 im Libanon. Innerhalb der besetzten Gebiete war der bewaffnete Widerstand schon bald nach 1967 von der israelischen Armee mit brutalen Mitteln weitgehend ausgeschaltet worden. Wenn, dann mußte die PLO den bewaffneten Befreiungskampf v o n a u ß e n führen, was aber angesichts des Kräfteverhältnisses im Nahen Osten faktisch eine Unmöglichkeit war.

Befreiungskampf v o n a u ß e n führen, was aber angesichts des Kräfteverhältnisses im Nahen Osten faktisch eine Unmöglichkeit war.

Diese äußerst schwierigen Bedingungen sind sicherlich die wichtigste Ursache dafür, daß es eine von allen palästinensischen Kräften getragene Politik der PLO nicht gab. Die Mehrheitsbeschlüsse des Palästinensischen Nationalrates stellten immer einen auslegungsfähigen Kompromiß dar, der Arafat Spielraum für seine Politik ließ. Das lag vor allem daran, daß die Kritiker — trotz ihrer zum Teil richtigen Argumente, wie etwa Einschätzung der USA, der arabischen Regimes, der undemokratischen innerorganisatorischen Strukturen sowie Geld- und Machtmißbrauch innerhalb der PLO — letztendlich keine politische Alternative formulieren konnten (11). Es ist erklärlich, daß unter den schweren Schlägen der israelischen Intervention, der militärischen und dann auch der politischen Niederlage, die lang bewahrte Einheit nach außen zerbrach.

Die Kritik Abu Mussas beschränkte sich zunächst auf die politisch-diplomatische Linie, wie sie von der Gruppe um Arafat befürwortet wird. In vielen Punkten (Fez-Plan, besonders Ablehnung des Reagan-Plans, Gespräche mit Jordanien und Ägypten, aber auch bezüglich der Kontakte mit der israelischen Friedensbewegung) wird diese Kritik gerade von den im Libanon vertretenen palästinensischen Organisationen im Libanon geteilt. Nach der militärischen Niederlage in Beirut mehrten sich andererseits in den besetzten Gebieten jedoch die Stimmen, eine Verhandlungslösung auch unter maßgeblicher Beteiligung Jordaniens zu suchen, um der endgültigen Annexion durch Israel etwas entgegenzusetzen und wenigstens den Status quo festzuschreiben. Unter den Kämpfern im Libanon hingegen fanden die Kritiken Abu Mussas durchaus Rückhalt.

Arafat versuchte die Kritik zunächst zu ignorieren. Die Forderung Abu Mussas, noch vor dem Palästinensischen Nationalrat im Februar einen Al-Fatah-Generalkongreß einzuberufen, falls die Fatah-Führung seine Forderungen nicht akzeptierte, wurde nicht erfüllt. Stattdessen wurde Abu Saleh (er hatte Arafat einen Verräter genannt) aus dem Revolutionsrat ausgeschlossen. Zwei andere Oppositionelle durften auf dem Nationalrat nicht reden (12). In der Folgezeit lehnten die Oppositionellen weitere Vermittlungen ab und beharrten auf der Einberufung eines Generalkongresses, um die Widersprüche umfassend zu klären.

Inzwischen beschlossen Anfang April sowohl das Exekutivkomitee der PLO als auch der Revolutionsrat von Al-Fatah, die jordanisch-palästinensischen Gespräche abzubrechen, ganz einfach weil die PLO auf dem Verhandlungswege unter König Hussein n i c h t s erhalten sollte (12a). Genau in diesen Tagen wurde Issam Sartawi, der am konsequentesten für den Weg der Verhandlungen, für die Anerkennung Israels und für Gespräche mit der israelischen Friedensbewegung eingetreten war, ermordet.

Offen ausgetragen wurden die Widersprüche erst, als Arafat zwei mißliebige Offiziere auf die Kommandoposten im Nord- und Ostlibanon setzte, was zur Befehlsverweigerung Abu Mussas und weiterer Offiziere führte. Rückblickend kann man wohl sagen, daß Arafat damit seine Kontrolle über

was zur Befehlsverweigerung Abu Mussas und weiterer Offiziere führte. Rückblickend kann man wohl sagen, daß Arafat damit seine Kontrolle über

die Fatah-Kämpfer festigen und den Einfluß der oppositionellen Offiziere zurückdrängen wollte. Immerhin galt Abu Mussa bis zur Sitzung des Revolutionsrates in Aden als Arafat-loyal (13). Die Reaktion Arafats — wie üblich Repression — führte letztendlich zu den bewaffneten Auseinandersetzungen.

Syrische Truppen griffen zunächst nicht direkt ein. Arafat beschuldigte von Anfang an offen Syrien und Libyen, die ,,Rebellen" zu unterstützen und die PLO spalten zu wollen. Ende Juni wurde Arafat aus Damaskus ausgewiesen, was sicherlich zu einer Zuspitzung der Auseinandersetzung führte. Nach mehrtägigen Kämpfen um Jdita wurde am 29.7. ein Waffenstillstand geschlossen, der von syrischen Spezialeinheiten kontrolliert wurde (14). Gleichzeitig wurden mehrere hundert Kämpfer aus Tunesien und Nordjemen in die nordlibanesische Stadt Tripolis gebracht, die Arafat seit Beginn der Kämpfe zu seinem neuen Stützpunkt ausersehen hatte.

Noch Mitte September behauptete Arafat in einem Interview mit der ,,Zeit" (16.9.): ,,*Die Fatah-Probleme sind gelöst, das Feuer ist am Erlöschen. Doch die Fatah-Offiziere, die gegen mich kämpfen, sind nur vorgeschobene Marionetten. Dahinter steht syrischer und libyscher Interventionismus.*"

Vermittlungsversuche

Nach dem Waffenstillstand traf sich ein Sonderkomitee des PLO-Exekutivkomitees mit den Oppositionellen und übermittelte die Angebote Arafats: Verzicht auf alleinige Führerschaft der PLO, Zurückweisung des Reagan-Plans, keine Kontakte mit Ägypten. Es wurde beschlossen, Reformen in Al-Fatah und der PLO zu verwirklichen und die Auseinandersetzungen nicht mehr bewaffnet zu führen (15). Abu Saleh kritisierte jedoch, daß Arafat auf die Hauptforderung der Opposition nicht eingegangen sei: Ersetzung Arafats durch ein Sonderkomitee der Fatah bis zur Einberufung einer Generalversammlung. Jibril, der Führer der PFLP/GC, der sich von Anfang an — ungebeten und provokatorisch — in die bewaffneten Auseinandersetzungen eingeschaltet hatte, erklärte kurz zuvor, daß es nur eine militärische Lösung für den PLO-Streit gebe (16). Das Exekutivkomitee und auch Arafat bemühten sich um Gespräche mit Syrien, das allerdings — wohl auch wegen der ständigen Angriffe Arafats auf das syrische Regime — nicht zu reagieren brauchte.

Im Grunde waren damit alle Vermittlungsversuche gescheitert. Arafat hatte seit Januar die Einberufung einer Generalversammlung verweigert, dann — verständlicherweise — seine geforderte Absetzung als Fatah-Chef. Stattdessen richtete sich Arafat auf Kämpfe in Tripolis ein. Die Opposition hatte ihrerseits keine ihrer Forderungen durchgesetzt. Ihr blieb im Grunde ebenfalls nur, aufzugeben oder bewaffnet zu kämpfen, allerdings spätestens jetzt in syrischer Abhängigkeit.

Tripolis

Tripolis

Völlig überraschend räumte die syrische Armee am 28.7. Tripolis, wo es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen prosyrischen und antisyrischen Gruppierungen gekommen war. Ende August übernahmen in einer 48stündigen bewaffneten Auseinandersetzungen die **Islamische Einigungsbewegung (Towhid Islami)** die Kontrolle über die Stadt. Diese sunnitische Bewegung umfaßt drei Organisationen: die *Soldaten Gottes*, die die verschiedenen *Moslembrüder* in Tripolis repräsentieren; der *Volkswiderstand*, eine laiszistische sunnitische Organisation, vor zwei Jahren von den Palästinensern gegründet; und eine Bewegung von Jugendlichen, die direkt mit Al-Fatah verbunden sind (17). Führer dieser Bewegung ist Scheich Said Schaaban. Zumindest der *Volkswiderstand* scheint von der PLO bewaffnet und finanziert zu werden (18). Andere Quellen geben an, daß Arafat die gesamte Bewegung mit Waffen und Geld versorgt habe (19).

Arafat ging am 17.9. nach Tripolis, angeblich auf Beschluß des Zentralkomitees von Al-Fatah. Von seinen ehemaligen Verbündeten der Libanesischen Nationalbewegung wurde er deshalb kritisiert, insbesondere von der libanesischen KP: Er sei nach Tripolis gegangen, um dort ,,*seine Rechnungen mit Syrien zu begleichen*". Darüberhinaus machte die KP direkt Arafat und die Fatah-Kämpfer für die Massaker an Kommunisten in Tripolis durch die Islamische Einigungsbewegung verantwortlich, mit der Arafat sich verbündet hat (20). Inzwischen hat Scheich Schaaban offiziell seine Unterstützung für Arafat erklärt, die sich allerdings eher aus seinen guten Beziehungen zu den oppositionellen syrischen Moslembrüdern herleitet. Aufrufe des sunnitischen Politikers Karame und des Bürgermeisters von Tripolis, die Stadt zu verlassen, mißachtete Arafat.

Erneute Vermittlungen

Ende September wurden etwa 1.000 Arafat-loyale Kämpfer von der syrischen Armee zum Abzug aus dem Bekaa-Tal in Richtung Tripolis gezwungen. Anfang Oktober wurden die Fatah-Büros in Syrien geschlossen. Syrische Truppen wurden um Tripolis und die beiden palästinensischen Flüchtlingslager Nahr el-Bared und Baddawi zusammengezogen. Arafat, der sich wohl nur mit Billigung der Israelis (Seeweg) oder der Syrer (Landweg) nach Tripolis begeben haben kann, saß in der Falle. Mitte Oktober schloß sich der Generalstabschef der (völlig von Syrien integrierten) Palästinensischen Befreiungsarmee, Tariq al-Khadra, offiziell der Fatah-Opposition an und erklärte, nicht mehr die Autorität Arafats anzuerkennen (21). Diese Erklärung war das deutlichste Zeichen für einen unmittelbar bevorstehenden militärischen Angriff des syrischen Regimes auf die Arafat-loyalen Kämpfer. Formal untersteht zwar die PLA in jedem arabischenLand der PLO, sie ist jedoch nichts weiter als eine Marionette der jeweiligen Regimes. Assad benutzte übrigens schon im libanesischen Bürgerkrieg zunächst die Einheiten der

jedoch nichts weiter als eine Marionette der jeweiligen Regimes. Assad benutzte übrigens schon im libanesischen Bürgerkrieg zunächst die Einheiten der

PLA, um gegen die Palästinenser vorzugehen.

Unter dem Druck des bevorstehenden Angriffs wurden weitere Vermittlungsversuche innerhalb der PLO unternommen. In Aden einigten sich Abu Iyad, der zweite Mann innerhalb Al-Fatahs, Habash von der PFLP und Hawatmeh von der DPLF darauf, daß Arafat auf Forderung des Zentralkomitees der Fatah aus Tripolis abzieht und daß im Anschluß daran ein außerordentlicher Palästinensischer Kongreß stattfindet, der für alle Strömungen offen ist. Syrien jedoch weigerte sich, die Belagerung von Tripolis aufzuheben (22).

Mitte Oktober akzeptierten die Opposition und das Zentralkomitee der Fatah den Vorschlag des PLO-Vermittlungsausschusses in folgenden Punkten:

— strategische Zusammenarbeit mit Syrien;

— Unterstützung der patriotischen Kräfte im Libanon;

— Ablehnung des Reagan-Plans;

— Intensivierung des bewaffneten Kampfes in den besetzten Gebieten;

— demokratische Reformen der Fatah-Strukturen;

— Neuwahl der Fatah-Führung.

Das Zentralkomitee lehnte allerdings wiederum die für die Opposition entscheidende Forderung ab: Wahl eines gemeinsamen provisorischen Führungsgremiums zur Vorbereitung des Fatah-Kongresses im Januar 1984 (23).

Gerade angesichts der zugespitzten Auseinandersetzungen muß die Opposition natürlich auf dieser Forderung bestehen, denn bisher wurde die Zusammensetzung des Fatah-Generalkongresses weitgehend von Arafat bestimmt. Nur kurz nach der oben genannten Einigung verurteilte das Zentralkomitee der Fatah in Kuwait erneut den ,,Staatsstreichversuch" der Opposition (24). Bliebe es bei der derzeitigen Zusammensetzung der Fatah-Gremien, hätte die Opposition wahrscheinlich nur die Aussicht, als Meuterer verurteilt zu werden. Nach Frangi (PLO-Vertreter in Bonn und Mitglied des Fatah-Revolutionsrates) umfaßt die Opposition ,,nur" zwei von 15

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Zentralkomitee-Mitgliedern, sieben von 75 Mitgliedern des Revolutionsrates und 30 von 450 Mitgliedern des Generalkongresses (25).

Arafat selbst hat ganz erheblich dazu beigetragen, daß es schließlich zu den Kämpfen in und um Tripolis kam. Seine Anwesenheit selbst forderte — angesichts des Willens Syriens, die von ihm vertretene Strömung zu liquidieren — militärische Angriffe geradezu heraus. Sein Bündnis mit den reaktionärsten religiösen Kräften hat nicht nur jeder weiteren Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen libanesischen Kräften unabsehbaren Schaden zugefügt, sondern auch Syrien provoziert. Noch während der Kämpfe um Tripolis sprach Arafat von seiner erfolgreichen diplomatischen Offensive, und meinte damit Gespräche, die seine Unterhändler mit Jordanien führen (26).

Die Kämpfe um Tripolis

Seit dem 3.11. wurden die letzten Stützpunkte Arafats, die beiden palästinensischen Flüchtlingslager Nahr el-Bared und Baddawi und schließlich Tripolis selbst, von den Kämpfern Abu Mussas, den Resten der PFLP/GC unter Ahmed Jibril (ein großer Teil dieser Gruppe soll noch vor Beginn der Kämpfe zu Arafat übergelaufen sein), der PLA und syrischen Truppen angegriffen. Vermittlungsversuche haben immer nur zu kurzen Kampfpausen geführt.

Nach Berichten der saudischen Wochenzeitung „Al-Majallah" soll Arafat während der ersten großen Kampfpause das Angebot der Außenminister Saudi-Arabiens, Kuwaits und Qatars nicht akzeptiert haben, Tripolis in Begleitung eines syrischen Offiziers zu verlassen und von Damaskus aus in ein arabisches Land zu fliegen, mit der Verpflichtung, nie wieder in den Libanon zurückzukehren (27). Syrien will also nur zulassen, daß Arafat mit Gesichtsverlust das Land verläßt.

Inzwischen hat die Fatah-Opposition auf Seiten der Angreifer nicht mehr viel zu sagen: Ahmed Jibril, Chef der PFLP/GC, der immer nur auf die mili-

auf Seiten der Angreifer nicht mehr viel zu sagen: Ahmed Jibril, Chef der PFLP/GC, der immer nur auf die mili-

tärische Lösung gesetzt hat und die „Bestrafung" Arafats fordert, obwohl er ja mit den Auseinandersetzungen innerhalb Al-Fatahs nichts zu tun hat, ist Oberbefehlshaber der Arafat angreifenden Truppen geworden (28). Jibril ist in der Geschichte der PLO kein unbeschriebenes Blatt: Er gilt — seit Anfang an — als völlig abhängig von Syrien. Jibril spielte beim Einmarsch der syrischen Armee während des libanesischen Bürgerkrieges den „Vermittler" zwischen Syrien und der PLO. Wegen seiner prosyrischen Haltung spaltete sich damals — in schweren Kämpfen auch gegen die syrische Armee — der größere Teil der Organisation ab und gründete die Palästinensische Befreiungsfront (PLF). **Die Aussichten der jetzt völlig unter Kontrolle Syriens stehenden Fatah-Opposition sind denkbar schlecht. Abu Mussa soll geäußert haben, wenn Syrien mit Arafat aufgeräumt haben werde, werde es mit ihnen aufräumen (29). Das scheint durchaus realistisch.**

Der Schaden der Kämpfe für die PLO ist unabsehbar. Schon die bewaffneten Auseinandersetzungen im Bekaa-Tal im Sommer haben ganz erheblich das Ansehen und den politischen Einfluß der PLO bei den palästinensischen Massen zerstört. Nach den Kämpfen um Tripolis, bei denen auf beiden Seiten palästinensische Flüchtlingslager und Stadtteile als Schutzschild organisationsinterner Auseinandersetzungen benutzt wurden, scheint es fraglich, ob die PLO jemals wieder Ansehen und politischen Einfluß im früheren Ausmaß erreichen könnte. Auch wenn jetzt in den besetzten Gebieten eine Vielzahl von Aktionen zugunsten Arafats stattfinden: Nach dem Ende dieses traurigsten Kapitels in der Geschichte der PLO wird sich eine tiefe Resignation breitmachen und auch Arafat wird sich die Frage gefallen lassen müssen, was er getan hat, um diese Entwicklung zu vermeiden.

Und die Sowjetunion ?

Die Sowjetunion hat es bei verbalen Bekundungen ihrer Solidarität mit der PLO und Arafat belassen. Nachdem sie in den ersten Wochen des innerpalästinensischen Konfliktes zu vermitteln versucht hatte, stellte sie sich bei der Zuspitzung der Auseinandersetzungen, die einherging mit immer offenerem Eingreifen Syriens, taub. Erst Mitte November soll Andropow in einem Schreiben an Syrien dessen „aktive Teilnahme" an den Kämpfen kritisiert haben. Der sowjetische Außenminister Gromyko äußerte, Syrien solle seine Opposition gegen Arafat mäßigen und ihn nicht eliminieren (31). Während des Besuches des syrischen Außenministers Khaddam in Moskau Anfang November wurden die Auseinandersetzungen in der PLO im gemeinsamen Kommuniqué einfach nicht erwähnt. Gromyko machte erneut den Vorschlag einer internationalen Palästina-Konferenz (32). Eine praktische Folge hatte allerdings der Khaddam-Besuch in Moskau: Eine hohe sowjetische Militärkommission reiste zu einem einwöchigen Besuch nach Syrien.

Mag sein, daß die Sowjetunion aus Sorge, ihren Bündnispartner Syrien allzu schnell an die Imperialisten zu verlieren, keinen Druck auf das syrische Regime ausübt. Festzuhalten bleibt allerdings, daß die Sowjetunion damit das verbrecherische Vorgehen Assads gegen die PLO faktisch unterstützt.

Aber auch das ist nicht das erste Mal. Als Syrien 1976 in den Libanon einmarschierte, hielt sich Gromyko gerade in Damaskus auf. Das blutige Vorgehen Syriens wurde ein Jahr später als notwendiges Herstellen von Ruhe und Ordnung von höchster sowjetischer Stelle qualifiziert.

Nahost-Kommission

Anmerkungen:

(1) taz, 27.6.83
(2) „Süddeutsche Zeitung" (SZ), 12./13.11.83
(3) Der Fez-Plan erkennt die Existenz aller Staaten in der Region an. Er wurde erstmals im November 1981 auf einem Arabischen Gipfeltreffen auf die Tagesordnung gesetzt; in veränderter Form (Nennung der PLO) wurde er auf dem Arabischen Gipfeltreffen in Fez im September 1982 verabschiedet. Er fordert einen unabhängigen palästinensischen Staat,
(4) Der Reagan-Plan wurde gleich nach dem Abzug der PLO aus Beirut ins Gespräch gebracht. Er sieht eine palästinensische Autonomie in Konföderation mit Jordanien vor. Arafat und Faruk Kaddumi sahen in ihm „positive Aspekte".
mit Jordanien vor. Arafat und Faruk Kaddumi sahen in ihm „positive Aspekte".
(5) „La mutinerie contre M. Yasser Arafat", „Le Monde diplomatique", August 83, zit. nach „POCH-Zeitung", 25.8.
(6) Der Dialog mit Ägypten wurde weder nach dem Jerusalem-Besuch Sadats noch nach dem ägyptisch-israelischen Friedensvertrag abgebrochen.
(7) Besonders Issam Sartawi, der am 10. April auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Lissabon ermordet wurde, hat diese Kontakte entscheidend mitaufgebaut und wahrgenommen.
(8) nach „POCH-Zeitung", s. (5)
(9) Innerhalb der PLO führte diese Linie zur Gründung der „Ablehnungsfront" (PFLP, PFLP/GC, PPSF, ALF), wobei die Kritik an Geheimgesprächen ebenfalls eine wichtige Rolle spielte.
(10) Die Genfer Konferenz zur Palästina-Frage unter Vorsitz der USA und der Sowjetunion wurde im Dezember 1973 das erste Mal einberufen. Sie scheiterte sofort: einmal, weil sich sowohl Israel als auch die USA gegen eine Teilnahme der PLO wandten; andererseits, weil die USA auf separate Lösungen unter Vermittlung der USA setzten.
(11) vgl. hierzu ausführlich andere „Arbeiterkampf"-Artikel:
Beirut ... und die arabische Reaktion sieht ruhig zu, AK 223;
Die Folgen des Libanon-Krieges, Teil I und II, AK 230 und 231;
Spaltung der PLO?, AK 235.
(12) nach einem Flugblatt der Opposition, taz, 7.7.83
(12a) Palästina-Bulletin, 15.4.83, Wiedergabe eines Interviews mit Abu Iyad
(13) vgl. diese Entwicklung ausführlich in AK 235, S. 1 u. 4
(14) „Le Monde" (LM), 21./22.8.83
(15) LM, taz, 6.7.83
(16) taz, 4.7.83
(17) LM, 8.10.83, nach taz, 13.10.
(18) LM, 5.11.83
(19) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ), 14.11.; taz, 14.11.
(20) LM, 5.11.83; etwa 60 Kommunisten wurden bei diesem Massaker umgebracht.
(21) LM, 19.10.83; die PLA wurde 1964 in verschiedenen arabischen Ländern (Konfrontationsstaaten zu Israel) gegründet. Sie war immer von den jeweiligen Regimen abhängig.
(22) LM, 22.10.83
(23) taz, 1.11.83
(24) taz, 11.11.83
(25) taz, 17.11.83
(26) LM, 15.11.83
(27) taz, 11.11.83
(28) „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ), 25.11.83
(29) taz, 9.11.83
(30) NZZ, 25.11.83
(31) SZ, 12./13.11.83, 17.11.83
(32) NZZ, 15.11.83

Grenada — ein Beispiel für Destabilisierung und Intervention

Am 25. Oktober überfielen die US-amerikanischen Truppen die Insel Grenada. In der westlichen Presse wurde diese Aktion insgesamt als überraschende und notwendige Aktion zum Erhalt der Vorherrschaft der USA im karibischen Raum dargestellt. Verbindungen wurden gezogen zu dem erst einige Tage zuvor erfolgten Mord am früheren Präsidenten der Insel M. Bishop und einem großen Teil der Regierung von Grenada, zu der Anwesenheit der Kubaner und zu den Auswirkungen, die „Chaos und Unordnung auf der Insel" auf die umgebenden Inselstaaten gebracht hätten.

Bis auf wenige Ausnahmen folgte die westliche Presse den vorgegebenen Argumentationsmustern der US-Regierung — und die Propaganda für eine Invasion aus US-Sicht blieb unangetastet. Dagegen zeigt eine kurze Geschichte der Revolution auf Grenada, wie der US-Imperialismus seit dem ersten Tag des Sturzes der US- und GB-Marionette Gairy (1979) eine eigenständige Entwicklung auf der Insel sabotiert, boykottiert und terrorisiert hat, bis hin zu der Konsequenz, die Souveränität Grenadas mit Bomben, Maschinengewehren und US-Marines in Grund und Boden zu stampfen. In der kurzen Geschichte der Revolution auf Grenada ist fast die gesamte Politik des US-Imperialismus gegenüber der „3. Welt" wiederzufinden: Genügt allein der Terror durch Destabilisierung auf wirtschaftlicher und politischer Ebene nicht, greift der US-Imperialismus selbst zur Waffe.

Die Karibik — das Armenhaus Zentralamerikas

Grenada gehörte bis 1974 zur „Federation of the West Indies", eine Formation von 10 ehemaligen britischen Kolonien im karibischen Raum, die nach dem Zusammenbruch des britischen Kolonialreiches 1958 gegründet wurde.

1962 brach als erste Insel Jamaica aus dieser Formation aus und wurde formal selbstständig. Jamaica ist die größte und bedeutendste Insel in diesem Bereich mit mehr als 2 Millionen Einwohnern. Nachdem Jamaica den ersten Schritt getan hatte, folgten rasch

sem Bereich mit mehr als 2 Millionen Einwohnern. Nachdem Jamaica den ersten Schritt getan hatte, folgten rasch

turelle Gewalt des US-amerikanischen und europäischen Handelsimperialismus.



Demonstration auf Kuba gegen die Invasion auf Grenada

Guayana (1966), Barbados und einige andere Inseln. Andere Inseln, darunter Grenada, wurden erst zehn Jahre später nach heftigen Kontroversen im UN-Komitee für Entkolonialisierung unabhängig: Grenada 1974, Dominica 1978, St. Lucia 1979.

Viele dieser Staaten waren lediglich formal unabhängig. In Wirklichkeit bildeten sie die sprichwörtlichen „Bananenrepubliken" unter dem Banner der United Fruit Company. Während der Kolonialzeit wurden sie zu Monokulturen entwickelt, die hauptsächlich für die Märkte der USA und Großbritanniens produzierten. Barbados bestreitet ein Drittel seiner Exporte mit dem Produkt Zucker, und fast ein Drittel seiner Exporte gehen in die USA. Guayanas Exporte bestehen zu je einem Drittel aus Zucker und Bauxit, rund die Hälfte seiner gesamten Exporte gehen in die USA und GB. 43 % aller Exporte aus Jamaica bestehen aus dem Rohstoff Bauxit, und ebenso wie Guyana wird die Hälfte des Exportes in die USA und nach GB verschifft. Diese Staaten stehen also in einer doppelten Abhängigkeit: Einmal durch ihren Status als Monokulturen von einigen wenigen Gütern und deren Absatz- und Preisentwicklung abhängig, zum anderen sind sie auf die Gunst eines oder zweier Kunden angewiesen.

Das Idol der Touristenprospekte stimmte in keinem Fall mit der jeweiligen gesellschaftlichen Realität der Staaten überein. Gleichfalls ist es Träumerei, diese Staaten in ihrer Begrenztheit in Raum und Entwicklung als Vorbild der „smal is beautiful"-Ideologie aufzubauen, wie es teilweise die linke Szene betrieben hat. Die rückständige Entwicklung ist ein großer Hemmschuh für diese Inseln. Mangel an Kapital und Ausbildung auf der einen Seite, ständig fallende Preise für ihre Exportgüter und steigende Preise für die so notwendigen Importe an Maschinen und Halbfertigwaren auf der anderen Seite sind das Erbe der Jahrhunderte dauernden Kolonialzeit und die strukturelle Gewalt des US-amerikanischen und europäischen Handelsimperialismus.

Offizielle Arbeitslosenraten von 20 bis 30 % mit einer ebenso großen Dunkelziffer an verdeckter Arbeitslosigkeit waren und sind die Kehrseite dieser „Touristik-Paradiese".

Wie anfällig diese kleinen Staaten sind, zeigte sich einmal mehr während des Wütens des Hurricanes Allen 1980 in der Ost-Karibik. Durch diesen Wirbelsturm wurden auf St. Lucia, St. Vincent und Dominica 90 bis 100 % der Bananen-Plantagen zerstört. Der Verlust von nahezu der Hälfte des gesamten Exportes und einem Drittel an Arbeitsplätzen waren die Folge.

Während der wirtschaftlichen Prosperität fanden viele der jungen Leute noch einen Ausweg durch Emigration in ihr ehemaliges koloniales „Mutterland". Während der 70er Jahre wurde jedoch durch einen rigorosen Stop in der Einwanderungspolitik der Zustrom nach Großbritannien begrenzt. 400.000 Menschen suchen auf den karibischen Inseln nach Arbeit, zwei Drittel von ihnen sind zwischen 15 und 35 Jahren alt. Auf einigen Inseln wächst die Zahl derer, die nie in ihrem Leben eine Arbeit gehabt haben.

US-Politik im karibischen Raum

Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts betrachtet die jeweilige US-Regierung die Karibik als ihren „Hinterhof". Hier fand der US-Imperialismus seine ersten Schritte über den eigentlichen nordamerikanischen Kontinent hinaus. Ihre Konzentration fand diese Politik in der sogenannten Monroe-Doktrin, die von dem damaligen US-Präsidenten in einer Grundsatzerklärung (1823) zur Außenpolitik formuliert wurde: 1. Ende der europäischen Kolonialisierung der Neuen Welt; 2. Nichteinmischung der USA in die europäischen Angelegenheiten; und 3. umgekehrt die Nichteinmischung der europäischen Regierungen in Lateinamerika (1).

Das Produkt dieser neuen Außenpolitik beschrieb ein US-Militär sehr eindrucksvoll: „*Ich habe 1914 mitgeholfen, Mexiko und besonders Tampico für amerikanische Öl-Interessen sicher zu machen. Ich habe mitgeholfen, Haiti und Cuba für die Jungs von der National City Bank zu einem ordentlichen Ort für ihre Profite zu machen ... Ich habe 1909 bis 1912 mitgeholfen, Nicaragua für die internationale Bank Brown Brothers frei zu machen. Ich habe 1916 den Weg für amerikanische Zuckerinteressen in der Dominikanischen Republik frei gemacht. Ich habe 1903 Honduras für American Fruit Companies zurecht gerückt*" (1).

1954 unterstützten die USA den Umsturz der Regierung in Guatemala. 1962 intervenierten die USA in Guyana und 1965 in der Dominikanischen Republik. 1961 scheiterte die Invasion Cubas am entschlossenen Widerstand in der Schweinebucht.

In der jüngeren Geschichte haben die USA verstärkt über die internationalen Organisationen wie IWF und die Weltbank unliebsame Regierungen aus der politischen Macht gedrängt. Destabilisierung war das neue Schlagwort für ein altes Ziel mit scheinbar neuen Mitteln; wie eine solche Politik funktioniert, wird noch am Beispiel Grenadas deutlicher werden. Im großen Maßstab begann der US-Imperialismus eine merklich aggressivere Politik in der Karibik unmittelbar nach der Amtsübernahme durch Reagan. Im Juli 1981 legte der US-Präsident auf einem Treffen mit Mexiko, Canada und Venezuela sein Konzept für die „Caribbean Basin Initiative" (CBI) vor, nach der auf wirtschaftlicher Ebene private Investitionen im Gegensatz zu Regierungshilfen als Basis für die Entwicklung der Staaten in der Karibik formuliert wurde. „*Der Schlüssel für amerikanische Beteiligung ist der Wille der empfangenden Länder, ein gutes Klima für private Investitionen zu schaffen, auf der*

de. „*Der Schlüssel für amerikanische Beteiligung ist der Wille der empfangenden Länder, ein gutes Klima für private Investitionen zu schaffen, auf der*

Grundlage von Investitionsverträgen, die das ausländische Kapital schützen." Von dieser Initiative sollten Grenada, Cuba und Nicaragua automatisch als „Feindländer" ausgeschlossen bleiben (1). Im Frühjahr 1982 legte Reagan auf einem Treffen der karibischen Staaten nochmals diesen Plan vor. Bezeichnend für diesen Plan ist u.a., daß die Hälfte des US-gesponsorten Notprogramms für 1982 an El Salvador gehen sollte. Im Anschluß erklärte Reagan auf einer Pressekonferenz: „*Ich glaube, wir machen uns alle Sorgen um den Sturz der parlamentarischen Demokratie in Grenada, das heute den Stempel der Sowjetunion und Kubas trägt und das versuchen wird, den Virus auch auf die Nachbarländer zu übertragen ...*" (2). Aus heutiger Sicht bekommt eine solche Aussage einen besonderen Klang, war doch mit „Sturz der parlamentarischen Demokratie" der Rausschmiß des Diktators Gairy aus Grenada gemeint, und wenn sich gegenwärtig die USA nach der Ermordung Bishops um die Demokratie auf Grenada „Sorgen" machten, so ist dies reine Heuchelei.

Wichtig für die Beurteilung der US-Politik in diesem Raum ist, sich nocheinmal die Leitlinien der US-Außenpolitik unter Reagan zu vergegenwärtigen:

— In einem Konfrontationskurs gegen die Sowjetunion soll die Machtstellung der USA wieder erneuert werden;
— der karibische Raum ist ein Brennpunkt in dieser Konfrontation, da „alle Unruhe" in diesem Gebiet aus dem Eingriffen der SU und Kubas herrührt;
— private Investitionen nützen den US-Interessen wie auch der Entwicklung der „3. Welt"-Länder mehr als Regierungsgelder zu günstigeren Bedingungen;
— bilatereale Abkommen sind zu bevorzugen — aber nur in ausgewählten Fällen einzugehen, vornehmlich gegenüber Ländern, die als „Freunde Amerikas" gelten.

Destabilisierung der Revolution auf Grenada

Vom ersten Tag der Revolution auf Grenada an wurde mit vielen Mitteln versucht, eine eigenständige Entwicklung zu stören und im Endeffekt unmöglich zu machen. Die Destabilisierungspolitik wurde von den USA aus

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

betrieben und durch die einheimische Bourgeoisie unterstützt. Diese Politik arbeitete mit vielerlei Konzepten, setzt auf der öknomischen Ebene an, verbreitete Angst und Terror auf der Insel, setzte Gerüchte über die politische Führung des New Jewel Movement in Umlauf, führte eine internationale Pressekampagne und mündete schließlich in direkte militärische Aktionen durch Söldnertruppen und jüngst in der Invasion der Insel durch die Marines.

Nach seinem Sturz lebte der ehemalige Diktator Gairy in den USA, wohin im Jahre 1979 auch der Schah von Persien und Somoza aus Nicaragua flohen. Die US-Regierung ignorierte die Auslieferungsforderungen der Regierung Grenadas, wo Gairy wegen vielfachen Mordes und Betrugs der Prozeß gemacht werden sollte. Gairy begann bald mit der offenen Anwerbung von Söldnern, die USA gestatteten Trainingslager in Florida und Georgia. Ihre Einsatzorte sollten Nicaragua und Grenada sein. Dies wurde im April 1981 deutlich, als 10 Söldner in den USA festgenommen wurden, als sie sich gerade zu einer Söldnerinvasion der Insel Dominica einschiffen wollten. Später stellte sich heraus, daß dies nur der erste Schritt zu einer „Operation Karibik" sein sollte, die sie weiter zu ihrem eigentlichen Ziel Grenada hätte führen sollen.

1979 erwogen die USA die Verhängung einer totalen Seeblockade gegen die Insel. Diese Blockade wurde zwar nicht ausgeführt, jedoch wurde im Rahmen des Manövers „Solid Shield 80" eine militärische Demonstration vor den Stränden Grenadas abgehalten. Dies erreichte einen Teil ihres Zwecks, die Bevölkerung auf Grenada wußte wer gemeint war.

Im August 1981 richtete die amerikanische Militärmaschine ihr Waffenaufgebot in bedrohlicher Weise auf Grenada. Diese Provokation lief unter dem Motto „Ocean Venture 81", und fand da. Diese Provokation lief unter dem Motto „Ocean Venture 81", und fand auf der Insel Vieques nahe Puerto Rico statt, die für diese Gelegenheit den Namen „Amber and the Amerines" erhielt. Vollständiger Landesname Grenadas ist „Grenada and the Grenadienes", und „Amer" ist der Name eines Landstrichs in unmittelbarer Nähe der Baustelle des neuen internationalen Flughafens in Point Salines. Diese offensichtliche Probe für eine Invasion Grenadas wurde von der amerikanischen Kampftruppe „Rangers" im Gebirge der Insel Vieques abgehalten, einem Gebiet, das den geographischen Gegebenheiten Grenadas sehr ähnlich ist.

Ziel dieser Probe-Invasion war es, „Amber" in die Gewalt zu bekommen, dann Wahlen in amerikanischem Stil zu veranstalten, eine amerikafreundliche Regierung aufzustellen, und bis zum Ausgang der Wahlen die Insel mit Streitkräften besetzt zu halten. Die 350 Fallschirmjäger wurden von der See her durch 14 Kriegsschiffe der USA, 2 britische und ein niederländisches Schiff unterstützt.

Auf der Insel selber verbreiteten Söldner und Konterrevolutionäre Angst und Terror unter der Bevölkerung. 1979 wurde eine Verschwörung aufgedeckt, deren Initiatoren Verbindungen ins Ausland zugaben. Im Frühling 1980 versuchte eine Gruppe, die Rastafaris gegen die Revolution aufzuhetzen.

Im Juni 1980 wurde ein Anschlag auf die gesamte Revolutionsführung und den Generalgouverneur während einer Kundgebung ausgeführt, indem eine Bombe unter der Haupttribüne gezündet wurde. Die Bombe verfehlte ihr eigentliches Ziel, getötet wurden aber drei junge Frauen und mehr als 90 Menschen wurden verletzt. Im November des gleichen Jahres wurden vier Männer des Nachts erschossen, desweiteren ein Angehöriger der Volksmiliz ermordet und seine Leiche verstümmelt.

Untergrabung der Wirtschaft und Industrie

Während der vier Jahre seit dem Sturz der Regierung Gairy bis zur Invasion wurde auf vielfältige Weise versucht, die Wirtschaft Grenadas zu unterminieren.

Im Frühjahr 1981 sabotierten die Multinationalen Gesellschaften Commonwealth Development Corporation (CDS), ESSO und die Barkley Bank die Stromversorgung der Insel. Die CDC als Mehrheitsaktionär grenadischer Elektrizitätswerke gab an, kein Geld für den nötigen Kauf von Erdöl zur Verfügung zu haben. Die Barkley Bank lehnte die Kreditgewährung ab, und ESSO drohte die Ölzufuhr zu stoppen, falls die fälligen Rechnungen nicht umgehend bezahlt würden. Die Regierung von Grenada war daraufhin gezwungen, die Mehrheit der Aktien der Elektrizitätsgesellschaft aufzukaufen, um die weitere Versorgung der Insel zu gewährleisten.

1979 wurde die Nachfrage bei der US-Regierung um Hilfsmittel damit beantwortet, daß man der Insel 5.000 US-Dollar aus dem Fonds der Botschaft zukommen lassen könne; zeitgleich wurde in den USA eine Kampagne zur Abdrosselung der Touristikindustrie auf der Insel begonnen. Amerikanische Reisebüros schürten bei potentiellen Kunden Grenadas Ängste und Unsicherheit. Ein offizieller Bericht aus Washington enthüllte, daß 19 von 25 befragten Reisebüros in Amerika ihren Kunden ausdrücklich von einer Reise nach Grenada abgeraten hatten.

1980 wurden durch heftige Unwetter in der Karibik große Teile der Infrastruktur der Insel zerstört: Straßen, Brücken, Stromleitungen, Schulen usw. Als Grenada sich daraufhin mit der Bitte um Unterstützung an den Notstandsfond der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wandte, äußerte der US-Delegierte offenen Zweifel daran, daß Grenada solchen Beistand wirklich brauchte; die sofortige Hilfe wurde unterbunden, erst später erhielt Grenada 50.000 US-Dollar.

Ähnlich verhielten sich die USA während einer von der EG veranstalteten Finanzierungskonferenz; Grenada brachte einen Antrag zur Unterstützung des Baus des neuen Flughafens ein. Die USA versuchten zunächst das Zustandekommen dieser Konferenz zu verhindern, und die EG-Staaten von einer Teilnahme abzuhalten. Sie denunzierten den Flughafenbau als ein Projekt, daß Kuba als Ausgangspunkt für militärische Interventionen dienen solle. Im IWF und bei der Weltbank versuchten die USA ebenfalls, die Kreditwürdigkeit des Inselstaates zu leugnen. Washington hat erreicht, daß Grenadas Investitionsprogramme nicht durch die Weltbank gefördert wurden (3).

Diese Destabilisierungspolitik traf Grenada in einer sehr kritischen Zeit für den wirtschaftlichen Aufbau der Insel. In den Jahren 1979 bis 1981 wurden große Schäden durch Wirbelstürme verursacht, und im August 1979 und Anfang 1980 kamen schwerwiegende Überschwemmungen hinzu. 27% der Muskatnußernte, 40 % der Bananenernte und 19 % der Kakaoproduktion wurden vollkommen zerstört, was einen Schaden von schätzungsweise 20 Millionen US-Dollar ausmachte. Das ist fast die Hälfte des Bruttosozialproduktes von 50 Millionen US-Dollar, das im Jahre 1977 auf der Insel erwirtschaftet wurde. Danach verheerten Wolkenbrüche Grenada im April 1981, wodurch ein weiterer Schaden von 5 Millionen US-Dollar entstand. Außerdem sanken im Jahre 1980 die Preise für Grenadas Hauptexportgüter auf dem Weltmarkt um 22 %. Im Zeitraum von 1979 bis 1980 fielen die Kakaopreise von 2.000 auf 1.100 Pfund-Sterling, was einen Gewinnverlust von 3,4 Millionen US-Dollar ausmacht. (3).

Gerade aufgrund der monokulturellen Entwicklung ist Grenada besonders betroffen, wenn die Weltmarktpreise für ihre Hauptexportgüter derartig fallen. 1978 wurden 44 % des Exports mit Kakao, 28 % mit Muskat (das waren 32% der Weltproduktion) und 21 % mit Bananen bestritten. Verstärkt wurden diese wirtschaftlichen Einbrüche durch einen Rückgang im Touristiksektor um 8,8 % — dieser Rückgang ist gewiß nicht nur der wirtschaftlichen Rezession in den Metropolen geschuldet, sondern mindestens ebensosehr der Propaganda in den USA.

Die Propaganda gegen die Revolution auf Grenada

Begleitet und unterstützt wurde die Politik gegen eine revolutionäre Entwicklung auf Grenada durch einen Propagandafeldzug in der bürgerlichen Presse. Das US-Magazin ‚Covert-Action', das sich zum Ziel gesetzt hat die CIA-Politik der US-Regierung und die untergründigen Destabilisierungskampagnen gegen Länder der „3. Welt" zu enthüllen, schrieb dazu: *„Die Reagan-Administration und die westlichen Massenmedien haben eine Welle negativer Propaganda über Grenada ins Rollen gebracht. Im Juni des Jahres 1981 hat die ‚US Information Agency' dazu beigetragen, eine Konferenz einzuberufen, um die Medien-Attacken gegen Grenada besser zu koordinieren. Die Saat, die in dieser Konferenz gesät wurde, trug ihre ersten Früchte an Sonntag, den 27. September 1981: An diesem Tag veröffentlichten a l l e größeren karibischen Zeitungen i d e n t i s c h e Titelseiten mit Artikeln, die das ‚Peoples Revolutionary Gouverment' verdammten"* (3). Auch die Zeitungen in den Metropolen agierten nahezu einheitlich gegen die Regierung von Grenada. Regan hatte die Richtlinie ausgegeben, gegen Staaten in Konfrontation zu gehen, die die „Feinde Amerikas" sind — und dazu zählten naürlich in vorderster Linie die Staaten, die man als Unterstützer revolutionärer Entwicklungen im karibischen Raum anprangern konnte. Dazu wurde Grenada gezielt aufgebaut, u.a. durch die Schlagzeile „Kleiner Revolutionsexporteur", die die Seiten von Newsweek, Washington Post, New York Times und The Wall Street Journal zierten. Auch westdeutsche Zeitungen strickten an diesem Muster mit. Die ‚Bunte' veröffentlichte einen Artikel, in dem dem Inhalt nach behauptet wurde, *„Grenada habe einen sowjetischen Raketenstützpunkt, dessen Sprengköpfe auf benachbarte Inseln gerichtet"* seien. Und die London Times schrieb, *„die Menschenrechte würden auf Grenada nicht beachtet, und eine Dokumentarsendung der BBC unterstrich diese Lügen auch noch: In ihr wurde behauptet, daß politische Gefangene brutal gefoltert würden und daß drei Pisten in Point Salines gebaut würden, damit Grenada direkte Luftangriffe auf seine Nachbarn durchführen könne."* (3)

Es gibt noch viele Beispiele für die Medienpolitik gegen die Revolution auf Grenada, und die westdeutsche Presse spielte und spielt dabei eine wesentliche Rolle. Bishop gab 1981 zu dieser Kampagne gegen den Inselstaat eine Erklärung ab, in der er u.a. sagte: *„Leute vom ‚Time Magazine' kommen nach Grenada zum 2. Jahrestag der Revolution, und dann bringen sie einen ganzseitigen Bericht über die Revolution heraus. In diesem erwecken sie den Eindruck, daß der Queens Park leer gewesen sei und niemand den Reden zuhörte; daß die meisten Leute schon gegangen seien, bevor eine Rede nur halb beendet wurde, und die Bevölkerung demoralisiert sei. Sie kommen in unser Land und schreiben ihre Berichte, während sie noch im Flugzeug sitzen, und bevor sie auch nur einige Stunden hier verbracht haben, schicken sie schon ihre Berichte voller Lügen nach Hause — das verstehen diese Leute unter Pressefreiheit".* (3)

Film und Fernsehen spielten bei dieser Kampagne ebenfalls eine große Rolle. Im Januar 1981 zeigten die ‚Stiftung Sicherheitsrat' und die ‚Koalition für Frieden durch Stärke' in den USA einen 25 Minuten langen Film mit dem Titel „Angriff auf die Amerikas" gegen die Revolutionen auf Kuba, Nicaragua und Grenada. Diese Medienkampagne wurde von CBS in den USA durch eine fünfteilige Sendereihe unter dem Titel „Der Gefangene und der Polizeistaat" unterstützt. Natürlich wurden keinerlei stichhaltige Beweise für Menschenrechtsverletzungen auf Grenada oder von einem anderen „Unruheherd" erbracht, aber das Stichwort der „kommunistischen Diktatur" wurde einmal mehr in die Köpfe der Menschen gehämmert.

Fortsetzung nächste Seite

Erklärung Kubas zu den Ereignissen in Grenada

Havanna (ADN). Die Kommunistische Partei Kubas und die Revolutionäre Regierung Kubas haben zu den Ereignissen in Grenada folgende von Prensa Latina am Freitag veröffentlichte Erklärung abgegeben:

Wie sich jetzt mit aller Deutlichkeit zeigt, haben sich seit mehreren Wochen, vielleicht Monaten, tiefe Konflikte in der Leitung und in der regierenden Partei Grenadas entwickelt. Als Maurice Bishop, Führer der Partei und Ministerpräsident Grenadas, vom 6. bis zum 8. Oktober nach seinen Staatsbesuchen in Ungarn und der CSSR zu einem Zwischenaufenthalt in Kuba weilte, hatte er bei seinen Gesprächen mit Fidel Castro und anderen führenden kubanischen Genossen nicht den geringsten Bezug auf die ernsten Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten genommen, die im Inneren der Neuen JEWEL-Bewegung, unter diesem Namen ist die führende Partei des Landes bekannt, stattfanden. Damit hat er die Würde und den Respekt gegenüber seiner Partei und gegenüber Kuba unter Beweis gestellt. Alle Themen, die während der Gespräche berührt worden waren, betrafen die Zusammenarbeit zwischen Kuba und Grenada, die Kooperationsbeziehungen, die von der grenadischen Delegation in Ungarn und in der CSSR eingeleitet wurden, von deren Resultaten er sehr befriedigt war, sowie weitere internationale Themen.

Am 7. Oktober wurde Bishop bei seinem Besuch auf wichtigen Baustellen in Cienfuegos von Fidel Castro begleitet, der ihm die Fortschritte unserer Entwicklungspläne und die hervorragende Haltung unserer Werktätigen vor Augen führte. Dabei kam es zu längeren Gesprächen.

Wenige Tage danach, am 12. Oktober, übermittelte unsere Botschaft in Grenada die überraschende und unangenehme Mitteilung, daß sich im Zentralkomitee der Partei in Grenada tiefe Spaltungen vollzogen haben. In den Morgenstunden dieses Tages informierte Bishop persönlich über die seit längerer Zeit entstandenen Meinungsverschiedenheiten, daß man darüber diskutiere und versuche, diese zu lösen. Aber niemals konnte man sich den Ernst vorstellen, die diese Meinungsverschiedenheiten während seiner Abwesenheit erreichen würden. Er brachte lediglich die Differenzen zum Ausdruck, aber forderte weder eine Stellungnahme noch eine Kooperation von unserer Seite, um diese Differenzen zu überwinden. Damit bewies er seinen großen Respekt für die internationale Politik Kubas und für die internen Angelegenheiten seiner eigenen Partei.

In den Nachmittagsstunden erfuhr man, daß die Gegner Bishops eine Mehrheit im Zentralkomitee der Partei sowie im politischen Apparat der Streitkräfte und der Sicherheit erlangt hatten und daß Bishop von seinem Amt in der Partei abgesetzt und unter Hausarrest gestellt worden ist.

Da es sich um ein rein internes Problem handelt, haben die Partei und die Regierung Kubas trotz unserer Freundschaft mit Bishop und unseres Vertrauens in seine Integrität und Führungseigenschaften an unsere Vertreter in Grenada die Instruktion gegeben, voll und ganz die Prinzipien und Normen der internationalen Politik Kubas einzuhalten und sich absolut jeder Einmischung in die internen Angelegenheiten der Partei und Grenadas zu enthalten.

In den folgenden Tagen trafen über unsere Botschaft ständig Nachrichten über die Positionen und Argumente der beiden in den Konflikt verwickelten Seiten ein. Nach unserer Meinung gab es in Wirklichkeit mehr Konflikte um Persönlichkeiten und Konzeptionen der Leitungsmethoden — die nicht frei waren von anderen subjektiven Faktoren — als um grundlegende Fragen.

Am 15. Oktober richtete Genosse Fidel eine Botschaft an das Zentralkomitee der Neuen JEWEL-Bewegung, in der mit aller Klarheit die Position Kubas dargelegt wurde, die sich von dem Prinzip leiten läßt, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Partei und des Landes einzumischen. Zugleich wurde die tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, daß die entstandene Spaltung dem Ansehen des revolutionären Prozesses in Grenada sowohl im inneren als auch außerhalb des Landes beträchtlich schaden könne. Denn selbst in Kuba, wo Bishop hoch angesehen war, würde es nicht leicht sein, die Fakten zu erklären. Und es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß die Schwierigkeiten mit höchster Klugheit, Ernsthaftigkeit, Prinzipientreue und Großzügigkeit überwunden werden könnten.

Hauptsächlich war die Besorgnis Kubas darauf gerichtet, zu vermeiden, daß die Ereignisse den Charakter einer gewaltsamen und blutigen Konfrontation annehmen.

In dieser Botschaft wurde ferner zum Ausdruck gebracht, daß Kuba seine Verpflichtung, mit dem Volk von Grenada zusammenzuarbeiten, aufrechterhalten werde, unabhängig von den Veränderungen, zu denen es in der Führung der Partei und des Landes gekommen ist, da es sich um eine rein interne Angelegenheit handelte.

Einige Tage lang gab es keinen Ausweg aus dieser Situation. Gelegentlich schien sich eine würdige, kluge und friedliche Lösung abzuzeichnen. Es wurde deutlich, daß sich das Volk zu Bishop bekannte und seine Anwesenheit verlangte.

Die westliche Presse verbreitete alle möglichen Spekulationen über die Ereignisse. Wir haben kein einziges Wort darüber verlauten lassen, um zu vermeiden, daß unsere öffentlichen Erklärungen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Grenadas ausgelegt werden könnten, weil wir enge, umfassende und brüderliche Beziehungen zu diesem Bruderland unterhalten. Wir haben uns damit strikt an unsere Prinzipien der Respektierung der inneren Angelegenheiten der Bruderparteien und -länder gehalten.

Am frühen Morgen des 19. Oktober trafen Nachrichten ein, daß die Werktätigen in den Streik getreten seien und das Volk auf den Straßen für Bishop demonstriere. Eine große Menschenmenge begab sich zu seiner Residenz, wo sie ihn aus dem Hausarrest befreite. Anscheinend, nach ungenauen Informationen, wurde eine Militäreinrichtung vom Volk besetzt. Daraufhin wurde Militär in dieses Gebiet entsandt. Es heißt, es sei auf die Demonstranten geschossen worden und es habe Tote und Verletzte gegeben. Die Armee habe die Militäreinrichtung zurückerobert und zahlreiche Personen festgenommen. Über das Schicksal Bishops und der übrigen ihn begleitenden Führer war nichts bekannt.

In den Nachmittagsstunden wurde der dramatische Ausgang bekannt. Ein offizielles Kommuniqué teilte den Tod von Maurice Bishop, Ministerpräsident, Unison Whiteman, Außenminister, Jacqueline Creft, Minister für Erziehung, Vincent Noel, Erster Vizepräsident der Gewerkschaftszentrale von Grenada, Norris Bain, Minister für Wohnungsbau, und Fitzroy Bain, Generalsekretär der Gewerkschaft der Landarbeiter, mit. Wie Bishop und die anderen Führer ums Leben gekommen sind, konnte noch nicht exakt präzisiert werden.

Bishop war ein politischer Führer, der auf Grund seines Talents, seiner Einfachheit, seiner Aufrichtigkeit, seiner revolutionären Ehrenhaftigkeit und seiner Freundschaft zu unserem Land bei unserem Volk große Sympathie und hohes Ansehen genoß. Ferner erfreute er sich eines großen internationalen Ansehens. Die Nachricht von seinem Tod hat die Führung unserer Partei bewegt, und wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Bedauerlicherweise haben die Spaltungen unter den Revolutionären von Grenada mit diesem blutigen Drama geendet.

Keine Doktrin, kein Prinzip oder keine als revolutionär proklamierte Position und keine innere Spaltung rechtfertigen ein grausames Vorgehen wie die physische Beseitigung von Maurice Bishop und der hervorragenden Gruppe ehrenhafter und angesehener Führer, die gestern den Tod fanden.

Der Tod Bishops und seiner Genossen muß aufgeklärt werden. Und wenn sie kaltblütig exekutiert wurden, verdienen die Schuldigen eine exemplarische Strafe.

Der Imperialismus wird jetzt versuchen, diese Tragödie und die von den grenadischen Revolutionären begangenen schweren Fehler auszunutzen, um den revolutionären Prozeß in Grenada zu liquidieren und das Land erneut der imperialistischen und neokolonialistischen Herrschaft zu unterwerfen.

Die Situation ist äußerst schwierig und verworren. Nur ein Wunder an Gemeinsinn, Besonnenheit und Weisheit der Revolutionäre in Grenada und des klugen Regierens und Handelns der progressiven internationalen Bewegung kann den Prozeß noch retten.

Es darf kein Schritt unternommen werden, der die imperialistischen Pläne unterstützt. In Grenada arbeiten viele kubanische Ärzte, Lehrer und Techniker verschiedener Berufe und Hunderte Bauarbeiter in wichtigen Dienstleistungsbereichen und an Projekten, die für das Volk und für die Wirtschaft des Landes lebensnotwendig sind.

Obwohl wir infolge der Ereignisse zutiefst verbittert sind, werden wir keinen übereilten Schritt hinsichtlich der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit tun, der die lebenswichtigen Dienstleistungen und Wirtschaftsinteressen des grenadischen Volkes, für das wir aufrichtige und herzliche Bewunderung und Zuneigung hegen, beeinträchtigen könnte.

Nach dem gestrigen tragischen Ausgang werden wir die Entwicklung der Ereignisse aufmerksam verfolgen, werden wir uns strikt an das Prinzip halten, uns nicht in die inneren Angelegenheiten Grenadas einzumischen, und wir werden — allem voran — den Interessen des Volkes von Grenada hinsichlich der ökonomischen und technischen Zusammenarbeit Rechnung tragen, wenn sie in der neuen Situation möglich sein sollte. Aber unsere politischen Beziehungen mit den neuen Verantwortlichen der Führung Grenadas werden einer ernsthaften und tiefgründigen Analyse unterzogen werden müssen.

Ungeachtet dessen, ob der revolutionäre Prozeß Grenadas bewahrt werden kann, werden wir das Mögliche tun, ihn zu unterstützen.

Mögen die schmerzlichen Ereignisse Anlaß sein, daß alle Revolutionäre Grenadas und der Welt gründlich nachdenken und sich die Linie durchsetzt, daß kein Verbrechen im Namen der Revolution und der Freiheit begangen wird.

Nicaragua und El Salvador vor der Invasion

Fortsetzung von Seite 1

Einerseits wurden die USA durch Kritiken des US-Kongresses und der internationalen Öffentlichkeit zur Kontaktaufnahme mit der salvadorianischen Opposition gedrängt — andererseits konnten die USA nur so weit auf die Opposition ‚zugehen', wie es das brüchige Bündnis der rechten Parteien El Salvadors zuließ: Die FMLN/FDR aufzufordern, sich unter den gegebenen Bedingungen an den nächsten Präsidentschaftswahlen zu beteiligen. Demgegenüber bestand die FMLN/FDR auf einer sofortigen Machtbeteiligung, die ihrem realen politischen und militärischen Einfluß entspricht, um überhaupt erst „*Bedingungen zu schaffen, die dem Volk in wirklich freien Wahlen erlauben würden, seinen Willen unverfälscht auszudrücken.*" (Analyse Radio F. Marti, Nr. 5, Okt. 83).

Zum selben Zeitpunkt, an dem dennoch die Gespräche zwischen der sog. „Friedenskommission" der salvadorenischen Regierung und den Delegierten der FMLN/FDR aufgenommen wurden, begann das halbjährig vorgesehene Großmanöver der USA in Honduras!

Darüberhinaus wurde sehr schnell deutlich, daß eine ‚Politische Lösung', die eine nennenswerte Machteinbuße vor allem der rechtsradikalen ARENA-Partei zur Folge hätte, über keine Grundlage in El Salvador mehr verfügt. Das Treffen vom 29. Sept. scheiterte. Einer der Vertreter der „Friedenskommission", Bischof Revelo, nannte als Grund, daß die FMLN/FDR „*etwas unannehmbares, wie den Sturz der derzeitigen Regierung, vorschlug, um eine neue Regierung zu bilden, in der auch sie vertreten sind.*" (zit. n. Analyse Radio F. Marti, Nr. 5, Okt. '83). Ebenfalls abgebrochen wurden die Unterredungen zwischen dem US-Sonderbotschafter Stone und dem FDR-Vertreter Salvador Samayoa.

Damit scheint der ‚Dialog' vorerst auf Eis gelegt zu sein, während die FMLN militärisch und auf der Ebene der Gewerkschafts- und Massenarbeit vorwärtskommt. Gleichzeitig stärken sich die Strukturen der neuen „Poder Popular" (Volksmacht) in den von der FMLN kontrollierten Zonen im Norden und Osten des Landes.

Auf der anderen Seite gerät die Armee in zunehmende Bedrängnis, aus der sie sich allein immer weniger befreien kann. Zu einer ähnlichen Einschätzung kam der stellvertretende US-Verteidigungsminister Fred Iklè nach einer fünftägigen Mittelamerikareise im November: „*Es wäre übertrieben, zu sagen, daß die Dinge schlecht laufen, aber der Schwung hat nachgelassen*", (taz, 15.11.).

Mit jedem Tag, an dem die Großgrundbesitzer und Kapitalistenclique weiter Gefahr laufen, ihre Herrschaft in El Salvador zu verlieren, vergrößert sich die Wahrscheinlichkeit des direkten Einmarsches der ‚Marines'. Die unmittelbaren Voraussetzungen dafür sind in Honduras geschaffen worden.

Honduras — Aufmarschgebiet und Abschußrampe für die Kriege gegen El Salvador und Nicaragua

Bei näherer Betrachtung der konkreten Ausführung des andauernden US-Manövers und der verschiedenen militärischen Anlagen, die die USA innerhalb der vergangenen zwei Jahre in Honduras errichtet haben, wird deutlich, daß ein **Zweifrontenkrieg** gegen Nicaragua und El Salvador vorbereitet wird (vergl. auch AK 236 „Honduras — Aufmarschgebiet ..." und AK 238 „Zentralamerika — ...").

Unmittelbar nach der Rückkehr des Pentagon-Strategen Iklè wurde in Honduras eine weitere Landeübung durchgeführt, an der nach Informationen der nicaraguanischen Nachrichtenagentur ann 2.350 nordamerikanische Marineinfanteristen teilnahmen. Damit befinden sich gegenwärtig 8.500 US-Soldaten auf honduranischem Territorium. Diese und die vorangegangenen Übungen, deren Besonderheit immer darin bestand, daß sie zusammen mit gegenwärtig in Honduras ausgebildeten salvadorenischen Truppenteilen ausgeführt wurden, deuten darauf hin, daß ein direktes Eingreifen von US-Soldaten eher für El Salvador unmittelbar bevorsteht. Für den Krieg gegen Nicaragua wird in erster Linie die honduranische Armee gerüstet, sowie nordamerikanische Luftunterstützung — d.h. Bombardierung der Städte Nicaraguas — vorbereitet. Auch die seit Monaten in der honduranischen Öffentlichkeit betriebene Verleumdungskampagne und wahre Kriegshetze gegen Nicaragua weist in eine solche Richtung.

Nicaragua — ein politisch und militärisch eingekreistes Land

Die Lage Nicaraguas ist folgende: Entlang der Atlantik- und der Pazifikküste kreuzen US-Kriegsschiffe mit insgesamt über 15.000 Mann Besatzung. Die Errichtung einer vollständigen Seeblockade wäre ein Akt von wenigen Stunden. Im Norden, in Honduras, sind die letzten Startpisten für den Bombenkrieg fertiggestellt und die dafür nötige Elektronik installiert. Im Süden, in Costa Rica, sind die diplomatischen Bemühungen der Sandinisten gescheitert, Costa Rica aus der Kriegspolitik Washingtons herauszuhalten. Die Regierung Monge stimmte nach anfänglichem Zögern und verschiedenen Dementis im November schließlich der Entsendung von etwa 1.000 gefechtsmäßig ausgerüsteten US-Pionieren an die costaricensische Grenze zu Nicaragua zu (Ides, 18.11.). Damit wird die noch am 18.11. verkündete „immerwährende Neutralität" des Landes (FAZ, 19.11.) zur Spruchblase.

Nach dem Putsch gegen den guatemaltekischen Diktator Rios Montt (der durch die nicht minder gewalttätige Figur Mejia Victores ersetzt wurde, weil er ein gewisses Desinteresse an einem koordinierten mittelamerikanischen Vorgehen gegen Nicaragua und El Salvador gezeigt hatte) gelang es den USA, den alten Mittelamerikanischen Verteidigungsrat CONDECA neu zu formieren. Dem CONDECA gehören Honduras, El Salvador, Guatemala und Panamà an. Der CONDECA kommt aber nicht nur eine rein militärische Funktion zu, sondern sie liefert einen glaubhafteren Rechtfertigungsgrund für den zu erwartenden „Hilferuf an die USA in einer mittelamerikanischen Angelegenheit". Glaubhafter jedenfalls als der „Hilferuf" der benachbarten Antilleninseln bei Grenada, der niemanden so recht zu überzeugen vermochte. Außerdem kann mit der CONDECA sehr viel leichter die OAS umgangen werden, die bei einem US-Eingreifen in Zentralamerika entschiedener Mitspracherechte verlangen würde, als in der (großenteils englischsprachigen) Karibik.

Weiterhin dauern die Überfälle und Sabotageakte von seiten der konterrevolutionären FDN (in Honduras stationiert) und der ARDE (vom Norden Costa Ricas aus) an.

In dieser Situation versucht Nicaragua **jede** Möglichkeit, die sich auf diplomatischem Wege bietet, auch wenn sie wie ein Strohhalm erscheinen muß, zu nutzen, um die Isolierung und Kriegsgefahr aufzubrechen oder zumindest hinauszuzögern. In diesem Zusammenhang beziehen sich die Sandinisten neben der UNO und dem Weltsicherheitsrat (in dem sie vertreten sind) auch auf die CONTADORA-Gruppe (Mexico, Panamà, Venezuela und Kolumbien). Das erklärte Ziel der CONTADORA besteht in der Verhinderung des Kriegsausbruches und der Abminderung der Spannungen in der Region, ihre konkreten Vorschläge laufen aber auch auf die Schwächung der Verteidigungsfähigkeit Nicaraguas hinaus. Ähnlich zwiespältiges gilt für die Kontakte und die Unterstützung seitens der Sozialistischen Internationale und sozialdemokratisch geführten Länder und Parteien.

Auf der anderen Seite verstärkt die FSLN, besonders seit der Invasion auf Grenada, die Mobilisierung und Organisierung der Bevölkerung in Nicaragua im Hinblick auf den offenen Krieg. Eine der Maßmahmen besteht in der Einführung des ‚Servicio Militar Patriotico', einer Form der allgemeinen Wehrpflicht, die unter den jetzigen Bedingungen nur die logische Fortführung dessen ist, was ohnehin bereits ein Großteil des Volkes praktisch in Milizen und Verteidigungskomitees ausübt.

Und trotz der Angriffe und der enormen Anstrengungen, die Nicaragua gegen die Aggressionen unternehmen muß, geht der Aufbauprozess weiter. So in der Landreform, wo im August 41.000 Hektar an 86 Bauernkooperativen in Massaya (Südnicaragua) übergeben wurden. Desweiteren nahm am 26. August ein Teil des geothermischen Kraftwerkes am Momotombo-Vulkan, die erste Etappe dieses Projektes, seine Arbeit auf. Die Anlage, eine der größten Zentralamerikas, wird 12% aller elektrischen Energie Nicaraguas produzieren (Envio, Sept. 1983).

Hervorzuheben ist, daß trotz der wirtschaftlich äußerst angespannten Situation, die u.a. in Lebensmittel- und Treibstoffrationierungen ihren Ausdruck findet, es der Konterrevolution und dem CIA nicht gelungen ist, die Massen von der sandinistischen Regierung zu isolieren. Im Gegenteil! Alle Berichte von unlängst aus Nicaragua zurückgekehrten Besuchergruppen und Einzelpersonen bestätigen, daß das nicaraguanische Volk seine Revolution verteidigt. Wenn die Imperialisten einmarschieren, steht ihnen ein Volkskrieg bevor.

Eine der wichtigsten Aufgaben für die Linke in der nächsten Zeit besteht darin, die internationale Solidarität mit Nicaragua und der revolutionären Volksbewegung El Salvadors vor allem in der Friedensbewegung weiterzubringen. Keine Aktion in der nächsten Zeit ohne die unüberhörbare Forderung: USA — Hände weg von Nicaragua und El Salvador!

Internationalismus-Kommission KB/Göttingen

Dokument Erklärung der FMLN/FDR

Die FMLN/FDR klagt vor der Weltöffentlichkeit die aktuellen Vorbereitungen zu einer militärischen Invasion in El Salvador durch die Reagan-Administration und die Heere von Honduras und Guatemala an.

Die FMLN kämpft in 2/3 des Landes, während das salvadorenische Heer sich in die Verteidigung zurückgezogen hat. Aus diesem Grund und den Anordnungen Washingtons folgend, hat der Verteidigungsminister des Landes, General E. Vides Casanova, in der vergangenen Woche die honduranische und guatemaltekische Armee aufgefordert, in unser Land einzumarschieren, um so den Zusammenbruch der salvadorenischen Streitkräfte zu verhindern. Dies ist eine verzweifelte Maßnahme, die den Vormarsch des salvadorenischen Volkes unter der Leitung der FMLN in seinem Kampf um Freiheit, Frieden und Demokratie aufhalten soll.

Die guatemaltekische und die hondurenische Regierung reagierten schnell:

— 4000 Soldaten des guatemaltekischen Heeres haben sich an den Grenzorten zu El Salvador gesammelt: Jutiapa, Valle Nuevo, San Cristbal und Ciudad Pedro de Alvarado.

— Gleichzeitig haben Truppen der hondurenischen Armee in Jicaro Galán, einem Grenzort an der Panamericana, auf der Strecke von El Salvador nach Nicarágua, Position bezogen.

— Ein Truppenbataillon von US-Ingenieuren ist in Costa Rica untergebracht. Insgesamt sind mehr als 25.000 US-amerikanische Soldaten an den Grenzen zu El Salvador stationiert.

All diese Vorbereitungen sind Ergebnisse des Wiederauflebens des mittelamerikanischen Militärpaktes (CONDECA) mit dem klaren Ziel, in das salvadorenische Territorium einzumarschieren; sie bilden den Versuch, die demokratischen und revolutionären Kräfte El Salvadors niederzuschlagen. Die FMLN/FDR verurteilt aufs schärfste die Aufforderung an fremde Truppen zu einer Invasion in El Salvador. Sie macht den Verteidigungsminister des Landes, den Generalstab der Streitkräfte, den Staatspräsidenten Magana und alle anderen, die mit dieser Invasion kooperieren, verantwortlich für das Blutbad, welches

Fortsetzung von vorheriger Seite

Invasion kooperieren, verantwortlich für das Blutbad, welches eine derartige Aggression verursachen kann. Die FMLN/FDR wendet sich an alle Regierungen, die internationale Presse, die Menschenrechts- und anderen humanitären Organisationen und bittet sie, ihren energischen Protest gegen diesen neuen Aggressionsakt der US-Regierung sowie der Regierung Guatemalas und Honduras' auszudrücken und sich für die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts des salvadorenischen Volkes einzusetzen.

Die FMLN/FDR bittet alle Völker der Welt, dem salvadorenischen und dem nicaraguensischen Volk ihre Solidarität zu bekunden und sie tatkräftig zu unterstützen.

(Vertretung der FMLN/FDR in der BRD, Bonn 6.11.1983)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die westdeutsche Begleitmusik zur Invasion

Während sich die politischen Auseinandersetzungen auf Grenada zuspitzten, M. Bishop unter Hausarrest gestellt wurde und ein großer Teil der Regierung zurücktrat, gab die ‚Welt' schon die Parole für die weitere Entwicklung an: „*Grenada ist das nach Südamerika am weitesten vorgeschobene Sprungbrett für Fidel Castro und ein Zwischenlandeplatz für seine Interventionen in Afrika. Von Grenada aus können die Russen die Tankerrouten kontrollieren, über die der Rohölbedarf der USA zur Hälfte gedeckt werden. Wozu sonst benötigt Grenada ein überdimensionales Luftkreuz, wenn schon zwei Jumbos die 700 Hotelbetten füllen?*" (Welt, 21.10.). Weiter verfolgte diese Zeitung das ‚Flughafen-Syndrom'. Am 26. Oktober schrieb sie u.a.: „*Der Stein des Anstoßes* (für die USA) *war der Bau eines neuen Flughafens für 71 Millionen Dollar mit einem Rollfeld von 3.000 Meter Länge. Bishop gab vor, ihn für den Fremdenverkehr zu brauchen. Die Weltbank sagte, der alte sei bis 1991 genug.*"

In diese Kerbe schlug auch die alte bürgerliche Tante ‚Frankfurter Allgemeine'. Am 4. November schrieb sie unter der Zwischenüberschrift ‚Es wird nichts aus dem grenadischen Flugzeugträger': „*Nachdem Grenada den ‚subversiven Kräften' nicht mehr als ‚Flugzeugträger' zur Verfügung steht, dürften die Chancen einer Infiltration im südlichen karibischen Raum tatsächlich stark abgenommen haben.*"

Auf der Strecke blieben bei diesen Lügenmärchen die Tatsachen, daß

— der Flughafen schon unter dem ehemaligen Diktator Gairy geplant wurde und damals dieser Plan keinen Anstoß in den USA erregte; und daß benachbarte Karibikinseln über gleiche oder gar längere Landebahnen verfügen (3);

— dem Flughafen „*elf wichtige Merkmale ... fehlen, damit man den Flughafen für kriegerische Zwecke benutzen könnte — das bedeutsamste ist dabei, daß keine unterirdischen Treibstoffdepots gebaut wurden und oder auch nur vorgesehen waren*" (SZ, 5./6.11.).

Ebenso bereitwillig wurde die US-Version vom Hilferuf der benachbarten Inseln übernommen. Die Regierungschefin von Dominica wurde vorgeführt, die stellvertretend für die anderen Inselstaaten den Hilferuf bestätigen sollte. Beschlossen wurde dieser Hilferuf angeblich an dem Wochenende, das der Invasion vorausging. Ganze zwei Tage hatten demnach die USA Zeit, sich für die Invasion zu rüsten, ihre Schiffe mit Kurs auf Grenada auslaufen zu lassen. Entgegen steht dieser Behauptung u.a., daß bereits am selben Wochenende, dem 23.10., Spezialeinheiten der Marines auf Grenada landeten. „*Spezialeinheiten der US-Marine sind, wie ein Sprecher* (der US-Regierung) *... bestätigte, schon vor der amerikanischen Invasion auf Grenada gelandet und haben die Bewachung von Generalgouverneur P. Scoon übernommen. ... Wie die Zeitung „San Diego Union" unter Bezug auf Marinekreise meldete, landeten die Kampfschwimmer am 23. Oktober, 2 Tage vor der Invasion, auf Grenada ...*" (FR, 7.11.).

Nicht zuletzt die Waffendepots, sechs Stockwerke hoch vollgestopft mit Kalaschnikows und anderen gefährlichen Waffen haben sich schließlich als gar nicht so aufregend erwiesen. „ ... *vor allem, als sie (sich) neben leichten sowjetischen Flackgeschützen und automatischen Gewehren (...) (als) einige Kisten voller altmodischer Waffen*" entpuppten, als einige europäische Journalisten diese Depots besichtigten. Waffen, „*die allem Anschein nach Erbstücke der britischen Kolonialzeit sind. ... Obwohl die Waffenlager beinahe den einzigen vorzeigbaren Rechtfertigungsgrund für die Invasion darstellen, über den die Amerikaner verfügen, wurde von dem Beutegut bisher noch nichts vorgezeigt.*" (SZ, 5./6.11.).

Die Kanonen der Schiffe vor Grenada zielen auf El Salvador und Nicaragua

Nachdem sich der Pulverdampf des propagandistischen Trommelfeuers verzogen hat, wird deutlich, daß es nicht unmittelbar um Grenada selbst ging, und schon gar nicht um die Demokratie auf dieser Insel. Die Motive für das US-amerikanische Eingreifen auf der Insel liegen woanders, in Mittelamerika selbst und teilweise auch in den USA.

Nach wie vor unterliegt die Vorbereitung einer Intervention in Mittelamerika einem Hemmschuh in den USA selbst: Dem immer noch wirkenden Vietnam-Trauma. Der Bombenangriff auf die Marine-Einheiten in Beirut hat in der US-amerikanischen Öffentlichkeit nochmals an die Opfer des Vietnam-Krieges erinnert, wohlgemerkt an die Opfer auf US-Seite. Nicht umsonst bestand die Ansprache des US-Präsidenten am 27. Oktober im Fernsehen aus einer engen Verbindung der Ereignisse im Libanon und auf Grenada. Tenor: Amerika muß sich wieder daran gewöhnen, daß seine Söhne auf ausländischen Kriegsschauplätzen ihren Tod finden können. Zur Grenada-Invasion führte Reagan u.a. aus: „*Es sollte beachtet werden, daß bei der ganzen Planung das oberste Ziel war, Unfälle zu vermeiden ... Aber es gab Opfer. Und wir alle sind in der Schuld derer, die ihr Leben verloren haben oder verwundet wurden. ... Die Welt hat sich geändert. Heute kann unsere Sicherheit an weit entfernt liegenden Plätzen bedroht werden. S. Rayburn sagte einmal, daß Freiheit nicht etwas ist, das eine Nation ein für alle Mal gewinnen kann. ... es ist wie eine Versicherungspolice; die Versicherungsprämie muß pünktlich bezahlt werden. Um sie zu erhalten müssen wir weiterhin dafür arbeiten und Opfer bringen solange wir leben.*" (The New York Times, 28.10.83)

Recht hat das Handelsblatt, wenn dort geschrieben wird, daß es „*aus Washingtons Perspektive gar nicht mehr um Grenada, sondern um die erste erfolgreiche Runde des antikommunistischen Roll-Back im Großkaribischen Raum*" ging (8.11.).

Imperialismus-Kommission

Anmerkungen

1) Colossus Challenged, The Struggle for Caribbean Influence, von J.D. Martz u.a., 1982, USA.
2) Lateinamerika Nachrichten, Nr. 104, Juni 1982.
3) Unterwanderung, von R. Dhunjibhoy u.a. — Die Destabilisierungsstrategie der USA von Angola bis Nicaragua, Wuppertal 1983.
4) Lateinamerika 6, Olle & Wolter, Berlin 1982

Chile: Todesstrafe gegen 5 Widerstandskämpfer gefordert

Chile: Seit dem vergangenen 9. September befinden sich zwei Genossinnen und drei Genossen in Haft. Ihnen wird die Mitgliedschaft in einem „terroristischen Kommando", bzw. deren Unterstützung angelastet.

Die Junta fordert ihren Tod und will entsprechend die Verfassung auslegen.

Die Durchsetzung dieser Absicht würde die Institutionalisierung des Mordurteils gegen jeden Widerstandskämpfer und Oppositionellen bedeuten.

Angesichts der Massenproteste gegen seine Politik will Pinochet offenbar eine Politik der Härte demonstrieren. Die Option Faschismus ist in Chile immer noch „in".

Es muß alles getan werden, um das Leben der Fünf zu retten:

— Jorge Palma Donoso,
— Carlos Alberto Araneda Miranda,
— Hugo Jorge Marchant Moya,
— Marta Silvia Coto Gonzales,
— Susana Alejandra Capriles Rojas.

Macht diesen Fall bekannt, schreibt euren Protest den chilenischen Militärbehörden und der Staatsanwaltschaft:

— Staatsanwalt Francisco Bahetti,
Calle Galvez 102
Fiscalia Militar
Santiago, Chile,
— General Osvaldo Hernandez Pedreros,
Comandante de la 2.da. Division del Ejercito
Ministerio del Interior, Santiago-Chile
— Senor Rafael Retamal
Presidente de la Corte Suprema
Plaza Montt Varas,
Santiago, Chile

KB-Frankfurt

21.11.83: Bonn belagert

„Erstmals in seiner Geschichte tagte der Bundestag unter massivem Polizeischutz, erstmals wurden in der Bannmeile Wasserwerfer eingesetzt." Und *„Es kam zu den größten Auseinandersetzungen ... seit dem Rathaussturm im Jahre 1973"* (General-Anzeiger, 22.11. — der Bonner Rathausssturm war von der damaligen „KPD"/AO als Protestaktion gegen den Vietnam-Krieg organisiert worden).

Nach den friedvollen Demonstrationen der letzten Monate wurde an diesem Tag der eher symbolischen Bundestagsdebatte zur Absegnung der Stationierung ein Hauch von dem spürbar, was angesichts der Kriegsvorbereitungen an effektivem Widerstand zu entwickeln ist.

Glaubt man den von der Presse wiedergegebenen offiziellen Darstellungen über die Aktionen in Bonn aus Anlaß der Bundestagsdebatte über die Raketenstationierung, dann hat dieser Tag die Wertung „Effektivste Widerstandsaktion der Friedensbewegung in den letzten Jahren" verdient. Nur 3000 Demonstranten sollen es geschafft haben, 6000 Polizisten in Atem zu halten und *„Das Chaos in Bonn"* zu verursachen, so das Boulevard-Blatt „Express".

Es war etwas anders. Zunächst einmal die Demonstranten-Zahlen: 3000 mögen es schon gewesen sein, die frühmorgens zwischen 7 und 8 Uhr in die Bannmeile vordrangen. Im Laufe des Tages kamen ständig Demonstrantengruppen angereist (andere reisten bereits wieder ab, zum Teil völlig durchnäßt), insgesamt 10.000 bis 15.000 mögen es gewesen sein, die sich in Bonn meist „dezentral" versammelten, auf einem Haufen hat man sie an diesem Tag zu keinem Zeitpunkt gesehen. Selbst während der zentralen Kundgebung um 17 Uhr, die von 6.000 bis 8.000 Teilnehmern besucht wurde, zogen andere Gruppen durch die Bonner Innenstadt bzw. an den Rändern des Regierungsviertels vorbei.

Und die Polizei?
Offizielle Zahlen über ihren Einsatz hat sie nicht bekanntgegeben. Von 6.000 Polizeibeamten, darunter Sondereinsatzkommandos, ist die Rede, GSG 9 und Bundesgrenzschutz seien in Bereitschaft gewesen (letzterer wurde auch
satzkommandos, ist die Rede, GSG 9 und Bundesgrenzschutz seien in Bereitschaft gewesen (letzterer wurde auch
im Einsatz gesehen). Mindestens 6 Wasserwerfer kamen zum Einsatz ebenso wie Pferdestaffeln und Tränengas.

Herausragendes Kennzeichen der Widerstandsaktionen in Bonn war, daß trotz großen Polizeiaufgebotes Entschlossenheit und viel Pfiffigkeit bei verschiedensten Aktionen die mangelnde Organisierung an diesem Tag wettmachten und dazu führten, daß zwar nicht der Bundestag unmittelbar belagert und an seinem Pflichtdebattieren behindert wurde, daß aber die Stadt Bonn tatsächlich belagert und lahmgelegt war. Der Polizei gelang es nicht, dies zu verhindern, sie trug im Gegenteil durch ihre massive Präsenz an Verkehrsknotenpunkten zu diesem Gelingen bei. Ihre nachträgliche Rechtfertigung gipfelt in em Versuch, die Demonstranten vom 21.11. in ganz andere, als die, die sonst für den Frieden demonstrieren, umzufälschen. Eine geballte Ladung „Autonomer" soll daran Schuld gewesen sein. Doch was da am Montag demonstrierte, war ein verkleinertes Abbild der sonstigen Großaktionen. Gewaltfreie wie Autonome, Pazifisten, christliche Gruppen und die VVN waren, wie sonst auch, dabei. Nur: An diesem Tag kam angesichts der militärischen Belagerung Bonns und der Bedeutung der Stationierungsdebatte zu keinem Zeitpunkt die vielfach übliche friedfertige Stimmung auf. Der Versuch, das Geschehen dieses Tages als Produkt einer besonders gewalttätigen Demonstranten-Spezies darzustellen, kann wohl kaum lächerlicher ausgedrückt werden als in der grauenerregenden Meldung: *„Bei einer Kontrolle ... stellten die Beamten Schraubenzieher und waffenähnliche Gegenstände sicher"* (General-Anzeiger, 22.11.83). Neben viel Spontaneität und Überraschungseffekten kamen als „Waffen" hauptsächlich zum Einsatz: Sprühdosen, Farbbeutel und Knallkörper...

Die Brutalität der Polizei war denn auch weniger von der Heftigkeit der Konfrontation mit den vielen Demonstranten bestimmt, als vielmehr von dem Grundsatz, der parlamentarischen Demokratie unter allen Umständen, auch denen der Vorbereitung eines atomaren Krieges zu ihrem Recht zu verhelfen. Etwa 300 Festnahmen an zwei Tagen, eine noch nicht bekannte Zahl von Verfahren, zahlreiche Verletzte durch Knüppelei und Tränengas und ein inflationärer Wasserwerfereinsatz kennzeichneten die eine Seite des Polizeieinsatzes. Die andere Seite: Hilflosigkeit beim Katz- und Maus-Spiel den Verkehr blockierender Demonstranten-Gruppen, zwar „ordnungsgemäße" Räumung der Bannmeile, aber Fortsetzung der Verkehrsblockaden durch Einheiten der „Grünen".





7.30 Uhr: Vordringen in die Bannmeile

Pünktlich um 7 Uhr formierte sich ein Demonstrationszug von etwa 3.000 im Regierungsviertel. Entschlossen drangen einige hundert durch die schwachen Polizeiketten am Rande der Bannmeile durch und kamen erst an den stärkeren, zurückgezogenen Polizeisperren zum Stehen. Diese wurden verstärkt, Wasserwerfer aufgefahren. Etwa eine halbe Stunde vor Beginn der
zeisperren zum Stehen. Diese wurden verstärkt, Wasserwerfer aufgefahren. Etwa eine halbe Stunde vor Beginn der
Bundestagsdebatte um 9 Uhr begann die Räumung der Bannmeile, die etwa drei Stunden dauerte. Wasserwerfer, nach und nach mit Tränengasbeimischung und Knüppeleinsätze schafften es zwar immer wieder, einige Meter Boden gutzumachen, aber die Demonstranten reagierten entschlossen, wenn auch gewaltfrei. Mit Sitzblockaden, sich den Wasserwerfern in den Weg stellen, Ketten bilden und sofortigem Nachrücken, wenn die Bullenketten gelockert wurden, weil an diesem Tag erstaunlich viele Polizisten von ihren eigenen Einsatzfahrzeugen „geduscht" wurden. Die Anwesenheit zahlreicher in- und ausländischer Medien dürfte dazu beigetragen haben, den Polizeieinsatz in seiner ganzen Brutalität immer wieder zu hemmen. Die Wasserwerferschlacht um gut 100 Meter Bannmeile verlagerte sich zunehmend auf die wichtige Verkehrsverbindung B9, die vor dem Regierungsviertel vorbeizieht. und Bonn mit Koblenz verbindet.

Während die Polizei noch etwa 2 Stunden brauchte, um die Demonstranten von einer Straßenseite auf die andere dieser mehrspurigen Schnellstraße zu drängen, brach der Verkehr vollständig zusammen. Nach Bonn kam kein Auto mehr rein, bis etwa zur Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz, 20 Kilometer südlich staute sich der Verkehr ebenso wie in der Folge auf der Verbindungsautobahn A 565 ab Meckenheim (ca. 20 km südlich von Bonn) bis zur A59 nach Troisdorf im Norden Bonns. Es dauerte Stunden, bis der Polizei die Verkehrsumlenkung um Bonn gelang. Die umkämpfte B9 blieb bis ca. 16.30 Uhr gesperrt, ab mittags allerdings nur von der Polizei, da zu dieser Zeit seitens der Demonstranten mit einer Vielzahl dezentraler Aktionen begonnen wurde.

Katz und Maus in der Bonner Innenstadt

Nachdem klar war, daß es zum Bundestag kein Durchkommen gibt, formierten sich verschiedene Gruppen zu Demonstrationen mit unterschiedlichen Zielen. Eine Gruppe von mehreren hundert veranstaltete an den Leitplanken eine ohrenbetäubende Lärmaktion, andere zogen zur Belagerung des Geländes der britischen Botschaft, der CDU-Zentrale, des Polizeipräsidiums. Einigen gelang es, zum Landesbehördenhaus vorzudringen und dort das Eingangstor mit einer Kette zu ver-
ums. Einigen gelang es, zum Landesbehördenhaus vorzudringen und dort das Eingangstor mit einer Kette zu ver-
schließen. Eine Gruppe landete bei der Botschaft von El Salvador, hier klirrten Scheiben und Farbbeutel trafen die Wände.

Mittlerweilse zogen sich immer mehr Trupps von Demonstranten in die Bonner Innenstadt zurück, die an diesem Tag den einkaufenden Bürgern ein buntes Bild bot: Straßenmusik, Stände, Kleindemonstrationen mit Transparenten aus allen Richtungen, die Parole „Aufruhr, Widerstand" war nicht zu überhören. Passanten wurden „überfallen": „Hände hoch, Überfall! NATO-Land ist überall" und vieles mehr brachte den ganzen Tag Leben ins übliche Einkaufsgeschehen. Vollends lahmgelegt war die Stadt, als Gruppen sich auf die das Einkaufsviertel umrundenden Verkehrsstraßen stellten, zumeist, wenn die Fußgängerampeln auf „Grün" umschalteten. Zunächst dauerte es einige Zeit, ehe die mit den noch ins Regierungsviertel ziehenden Neuankömmlingen noch beschäftigte Polizei den Braten roch und nach und nach Mannschaftswagen in die Innenstadt schickte. Dort erwiesen diese sich allerdings als eher hilflos gegen die angewandte „Guerrilla"-Tak-
die Innenstadt schickte. Dort erwiesen diese sich allerdings als eher hilflos gegen die angewandte „Guerrilla"-Tak-
tik. Immer wenn eine Straße geräumt werden sollte, zogen sich die Demonstranten zurück und der Verkehr floß trotzdem nicht, da einige hundert Meter weiter oder auf der gegenüberliegenden Seite der Innenstadt schon längst wieder eine Störblockade auf der Straße stand. Dieses bis in den Abend hineinreichende Spiel erforderte letztendlich immer weniger Demonstrantenkräfte, da die „strategisch wichtigen Punkte" mittlerweile mit Polizeieinheiten besetzt waren, die in großen Trupps nahezu jeden Zebrastreifen in der Bonner Innenstadt „bewachten" und so dafür sorgten, daß der ständig fließende Strom von Passanten und aus allen Richtungen kommender Demonstranten beim Überqueren der Straßen blockiert wurde und den Verkehr behinderte.

Was lief sonst noch?

Ab 15 Uhr veranstalteten christliche Friedensgruppen eine „Henkersmahlzeit". Ganz in schwarz gekleidete Damen und Herren nahmen an einer 50 Meter langen Tafel vor dem Münster zur letzten Mahlzeit Platz.

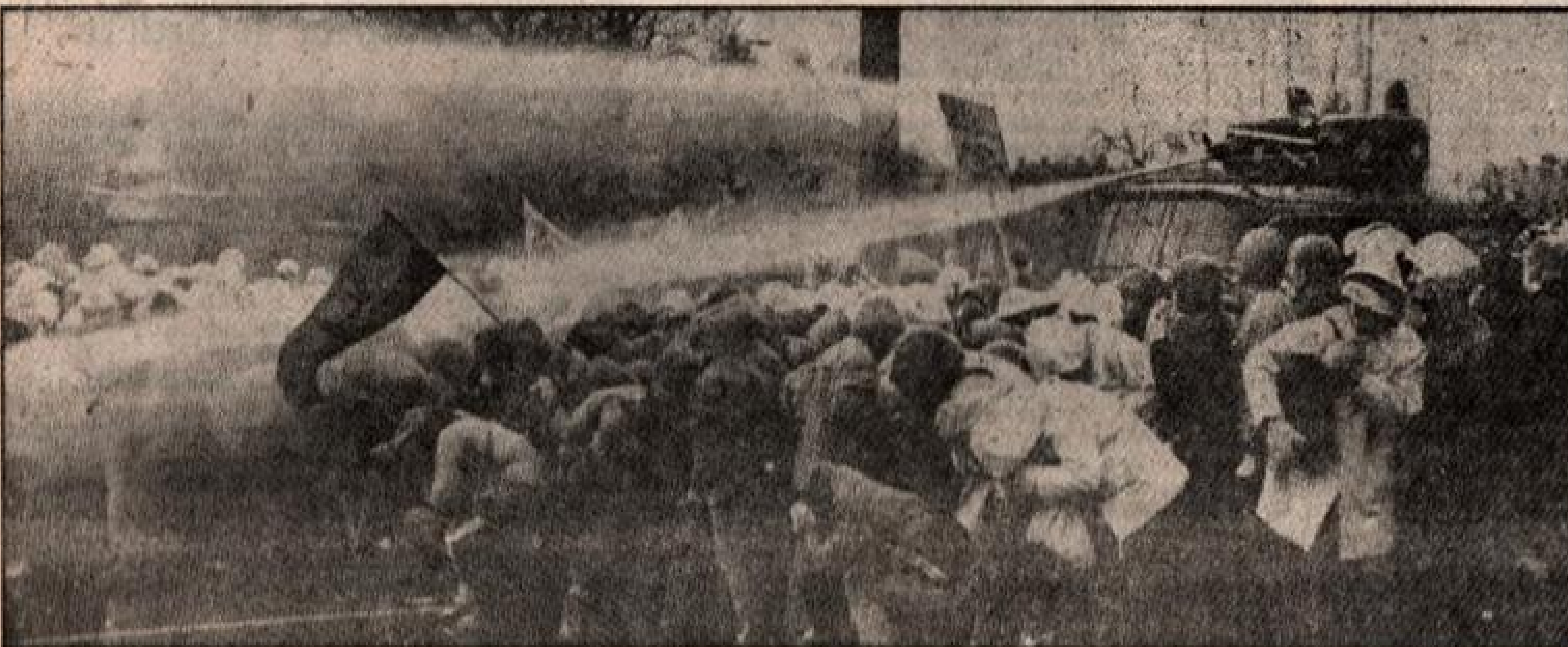
Ab 17 Uhr begann die Kundgebung des Bonner ‚Koordinierungsausschusses', an der ca. 6.000 — 8.000 teilnahmen. Anschließend zog noch einmal eine Demonstration in einem Fackelzug in das Regierungsvietel.

Nasse Kleidung, zunehmende Kälte und nicht vorhandene Unterbringung der angereisten Demonstranten führten dann dazu, daß die meisten wieder abreisten.

So versammelten sich am Morgen des 22.11., dem Tag der Bundestagsabstimmung nur einige hundert an der Bannmeile, wobei eine ganze Reihe einfach vorbeugend festgenommen wurden. Gegen Mittag gab es einen erneuten Blockadeversuch mit einigen hundert Teilnehmern. Nachmittags durfte Jo Leinen auf einer kleinen Kundgebung auf dem Rathausmarkt reden und abends zogen noch einmal gut 1.000 in einem Fackelmarsch ins Regierungsviertel, bevor sich die Aktionen noch vor der Abstimmung in klirrender Kälte auflösten...

(Nicht berücksichtigt sind in diesem Bericht die vielfach auch über das Fernsehen zu verfolgenden Aktivitäten der Grünen im Bundestag).

Ein Hamburger Teilnehmer am 21./22.11.





„Einseitig und bedingungslos"

Wie die NATO „abrüstet"

„NATO will 1600 kleine Atomwaffen verschrotten."(FR 13.10.) Der Fachmann staunt, der Laie wundert sich: reale Abrüstung in diesen harten Zeiten? 14 Tage später: *„2000 taktische Atomwaffen sollen verschrottet werden"*(FR 28.10.)

Es kommt noch dicker *„einseitig und bedingungslos"* soll dieser Schritt erfolgen! Sollten die Gebete und Appelle der Friedensbewegung tatsächlich erste kleine Erfolge zeitigen? Basteln Kohl und Reagan nun ebenfalls Friedenstauben?

Die Zahl von 1600 bzw. 2000 reduzierte sich im Endeffekt auf 1400 zu verschrottende Atomwaffen. Ansonsten ist die FR-Schlagzeile tatsächlich wahr und kein Karnevalsscherz. Damit hat es sich denn aber auch schon: insgesamt läuft der mit der „Ab"rüstung verbundene NATO-Plan aber — wie gehabt — auf nichts anderes hinaus als auf eine neuerliche umfassende Modernisierung und Effektivierung des NATO-Waffenarsenals, die keinen Deut von der NATO- Prämisse der Vorbereitung auf einen führbaren und konventionellen Krieg abweichen. Die Verschrottung einiger taktischer Atomwaffen steht in engstem Zusammenhang mit neuen Strategien: dem Rogers-Plan und dem Konzept des „AIR-LAND-BATTLE".

In der Presse wurde einseitig der Reduzierungsbeschluß herausgestrichen, der Teil der Modernisierung in diesem Bereich aber weggelassen:*„Damit dieser auf ein Mindestmaß zurückgeführte Bestand den bestmöglichen Beitrag zur Abschreckung leisten kann, müssen sowohl die Trägersysteme als auch die Gefechtsköpfe überlebensfähig, reaktionsfähig und wirksam sein. In dieser Erkenntnis haben die Minister sich über eine Reihe von möglichen Verbesserungen verständigt. Die Minister setzten allgemeine Rahmenbedingungen fest,...die die fortbestehende Bedeutung einer Stärkung der konventionellen Streitkräfte einschließen"*(aus dem Kommunique)

Die atomaren Kurzstreckensysteme

Die atomaren Kurzstreckensysteme

Die von der NATO „einseitig und bedingungslos" zu verschrottenden Atomwaffen gehören allesamt zu der umfassenden Kategorie der „Atomwaffen in und für Europa" (oder auch: Theatre nuclear forces, TNF, atomare Gefechtsfeldwaffen), sie ihrerseits wieder unterteilt sind in Systeme kurzer Reichweite (Short range TNF, SRTNF) mit Reichweiten bis 100 km mittlerer Reichweite (MRTNF) und großer Reichweite (Long range TNF, LRTNF). Zu letzteren gehören u.a. die Pershing II und Cruise Missiles. Das „Ab"rüstungspaket der NATO enthält lediglich Waffensysteme der Short-Range TNF.

Unter den Oberbegriff der Gefechtsfeldwaffen mit kurzer Reichweite fallen eine ganze Anzahl verschiedenster Systeme:*„Im Gegensatz zur WVO (d.h. Warschauer Pakt) unterhält die NATO in Europa auch nukleare Sperrmittel (ADM) und nuklearfähige Flugabwehrraketen (SAM). Die ADM (Atomic Demolition Munition - Atomminen, d.Verf.), deren Zahl auf 300 verschiedene Systeme geschätzt wird, sind Sprengsätze, die von Pioniereinheiten verlegt, auf Kommando oder durch Zeitschaltmechanismus gezündet werden. Die Sperrwirkung der Waffe wird in erster Linie durch Kraterbildung erzielt: der als ‚Nebeneffekt' entstehende ‚Fall Out' ist trotz der geringen Sprengkraft unter 1 KT erheblich. Die Flugabwehrrakete NIKE HERKULES, deren Stückzahl mit 709 angegeben wird, soll der Bekämpfung massiver Flugeinsätze der WVO dienen. Die Reichweite dieser Rakete mit einer Sprengkraft von 2 - 5 KT liegt bei 1250 km, ihre Flughöhe beträgt 45 km. Neben der SAM NIKE HERKULES enthält der SRBM (Short Range ballistic missiles, d.Verf.)-Bestand der NATO die Boden-Boden-Rakete (SSM) HONEST JOHN. Die Stückzahl dieser relativ veralteten Rakete aus dem Jahre 1953 kann noch auf ca. 320 geschätzt werden. Ihre Reichweite liegt bei 50 km, ihre Sprengkraft zwischen 1 - 100 KT. Die Dislozierungsschwerpunkte der HONEST JOHN ruhen — wie auch bei der NIKE HERKULES — offensichtlich bei den sog. ‚Frontstaaten' Bundesrepublik und Türkei. Den Hauptbestand der nuklearen Gefechtsfeldwaffen der NATO bildet jedoch eine in der Literatur teilweise als ‚unbekannt' bezeichnete Anzahl von Artilleriehaubitzen M-109 (155mm) und M-110 (203mm) mit nuklearer Funktion...Die Angabe des Berichts (des US-Senats,d.Verf.) von insgesamt 986 Haubitzen deckt sich mit den Schätzungen von 1.000 Waffen bei SIPRI. Die tatsächliche Stückzahl an nuklear-‚fähigen', wenn auch nicht notwendigerweise nuklear-‚genutzten' bzw. nuklear-‚vorgesehenen' Systemen ist allerdings wesentlich höher. Sie beläuft sich auf ca.2000 M-109 bzw. ca. 340 M-110. Die Sprengkraft der über 3000 in Europa gelagerten Artilleriegranaten geht bis zu 1 KT. Die Schußweite der Haubitzen reicht von 15-18 km."*(G.Krell, D.Lutz: Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, S. 41-43)

Einer Angabe des „Stern" zufolge beträgt die Gesamtzahl der Sprengköpfe in Europa gar 7000! Die 1000 HONEST-JOHN-Sprengköpfe, die die USA 1980 abgezogen hätten, seien bereits seit 1974 nicht mehr in den Inventarlisten geführt worden und seien längst ausgemustert gewesen (11.6.81). In den offiziellen Inventarlisten des Pentagon würden nach wie vor 7000 Sprengköpfe geführt. Von diesen 7000 sind 5000 allein in der BRD stationiert (Wehrkunde 10/79).

„MORE BANG FOR THE BUCK"

Die Diskussion um die Rolle der „kleinen" Atomwaffen wird in den NATO-Gremien bereits seit einigen Jahren geführt. Hintergrund dieser Diskussionen sind die Planungen zur Umstellung der NATO-Kriegsführungsdoktrin.

Die hohe Zahl von 7000 taktischen, atomar bestückten Kurzstreckenwaffen mit extrem kurzer Reichweite resultiert aus der Anfang der 50er Jahre gültigen NATO-Doktrin der massiven Vergeltung („massive retaliation"). US-Präsident Eisenhower stellte dem konventionellen Potential der UdSSR die erheblich kostengünstigere atomare Aufrüstung entgegen („more bang for the buck" hieß das damals, mehr Sprengkraft fürs gleiche Geld), der massive Einsatz von Atomwaffen direkt auf dem Gefechtsfeld — wo dies auch immer liege — wurde geplant und auch konkret geübt. Getreu der Schönrednerei Adenauers spielten diese

massive Einsatz von Atomwaffen direkt auf dem Gefechtsfeld — wo dies auch immer liege — wurde geplant und auch konkret geübt. Getreu der Schönrednerei Adenauers spielten diese

„kleinen" Atomwaffen die Rolle einer „Fortsetzung der Artillerie".(S. AK 210: dort wurden die BW-Richtlinien zum Atomkrieg dokumentiert). Speziell für die BRD brachte diese Strategie jedoch einige „Problemchen" mit sich, die von den hiesigen Politikern und Militärs durchaus gesehen wurden: *„Was diese Tatsache für unser Land bedeutet, wurde bereits 1955 bei dem NATO-Planspiel ‚Carte Blanche' für die Eingeweihten sichtbar, da dabei der Einsatz von 335 Kernwaffen — davon 286 auf dem Bundesgebiet — angenommen wurde. Im Ernstfall hätte die Bundesrepublik Deutschland im Resultat eines solchen Bombardements von zwei Tagen etwa 1,5 Mio. Tote zu beklagen gehabt; und die Menge von 3,5 Mio. Verwundeten wäre zu versorgen gewesen.*

Da eine solche Konzeption, die derartige Wirkungen einkalkulieren muß, als ein Dispositiv zur Abschreckung des gegnerischen Blockes auf die Dauer nicht glaubwürdig bleiben kann, sondern womöglich die Einschüchterung des eigenen Lagers zeitigen würde, zielte die Entwicklung der Kurzstreckenwaffen auf Verkleinerung ihrer Detonationswerte bei gleichzeitiger Vergrößerung ihrer Wirkung bei selektiven Einsätzen."(Wolfgang v. Raven in Europ. Wehrkunde, 10/79). D.h.: die taktische Kurzstreckenraketen wären in der Praxis, also im Kriegsfall, eher ein Hindernis, da sie im Rahmen der alten Kriegsführungskonzeption einen Einsatz dieser Waffen u.,a. auf und über dem Territorium der BRD vorsah. Noch heute wird *„in Stabsübungen für den Kriegsfall nach dem Durchbruch der ‚roten Partei' am dritten oder vierten Tag die Freigabe nuklearer Geschützmunition gefordert."*(SZ, 25.10.)

Die neuen Kriegsführungskonzepte — Rogers-Plan, Airland-Battle und Strike Deep als Stichworte — die in Richtung eines Blitzkrieges weit ins Gebiet des Warschauer Paktes hinein gehen, machen diese Waffen nun überflüssig. Zum anderen erübrigt der Stand der westlichen Waffentechnik es schlicht und einfach, fremde Flugzeuge mit Atomwaffen vom Himmel zu holen (mit den entsprechenden Folgen für die daruntergelegenen Landstriche), das gleiche Ziel erreichen konventionelle Abwehrwaffen mittlerweile mindestens ebenso gut.

Mit zu den lautstärksten Rufern nach einer Ausdünnung der atomaren Kurzstreckenraketen gehört seit einiger Zeit der ehemalige US-Kriegsminister McNamara: in der Zeitschrift Foreign Affairs schrieb er: *„Immer mehr Politiker und Militärs des Westens kommen zu der Erkenntnis und geben das auch öffentlich zu, daß sogar ein Einsatz von atomaren Gefechtsfeldwaffen in Europa der NATO größeren Schaden zufügen, als ihr voraussehbaren Nutzen einbringen würde."*(nach SZ, 16.9.) In einem „Spiegel-Interview stellte er allerdings gleich klar, worum es ihm geht: Auf die Frage, ob er für den Abzug aller Atomwaffen aus Europa sei, antwortete er.:*„Nun mal langsam. Ich würde die veralteten, die alten Waffen abziehen, und davon gibt es in Europa sehr viele. Zweitens würde ich auf jene Waffen verzichten, deren Abschreckungswert gering erscheint, zum Beispiel viele der Atomminen und viele der Flugabwehrwaffen. Drittens würde ich die verbleibenden Atomwaffen aus den vorgeschobenen Positionen verlegen. Viele der Kurzstreckenartilleriegeschosse mit etwa 15 Kilometern sind sehr weit nach vorn gelagert und deshalb beim Angriff schon frühzeitig gefährdet. Die würde ich zumindest zurückverlegen, einige würde ich sogar völlig abziehen...Nein, wir benötigen unverändert eine nukleare Abschreckung. Aber ich glaube, es wäre mehr als genug, wenn die NATO von den jetzt 6000 Sprengköpfen in ihren europäischen Arsenalen etwa 3000 behielte."*(Spiegel, 42/83).

Bereits seit 1979 arbeitet im Brüsseler NATO-Hauptquartier eine Expertenkommission (die „High Level Group") an einem Plan zur Modernisierung der Gefechtsfeldwaffen. Der Auftrag an diese Kommission ist auf der „Nach"rüstungstagung der NATO im Dezember 79 erteilt worden. Die „Zeit" schreibt hierzu:*„Die Entstehungsgeschichte des Doppelbeschlusses fällt zusammen mit der allmählich, doch kontinuierlich wachsenden Skepsis gegenüber atomaren Gefechtsfeldwaffen. In der Logik dieser Korrektur lag denn auch die Entscheidung vom Dezember 79, den Doppelbeschluß mit einer rigorosen Überprüfung der taktischen Kernwaffenbestände zu verbinden. Zunächst wurden tausend Spreng-*

lag denn auch die Entscheidung vom Dezember 79, den Doppelbeschluß mit einer rigorosen Überprüfung der taktischen Kernwaffenbestände zu verbinden. Zunächst wurden tausend Spreng-

köpfe aus dem Arsenal abgezogen. Eine Expertengruppe wurde mit der Überprüfung weiterer Reduzierungen beauftragt. Seit dem Doppelbeschluß sind die Bündnismitglieder noch mehr als zuvor davon überzeugt, daß die konventionellen Fähigkeiten zur Verteidigung ausgebaut werden müßten. Damit büßt auch die Abschreckung durch nuklearbestückte Gefechtswaffen ihre frühere Bedeutung immer mehr ein."(4.11.1983) Oder, etwas genauer: In dem mit der „Nach"rüstung eingeleiteten, noch offensiveren Kriegsführungskonzept gibt es für die alten Kurzstreckenwaffen keine Verwendung mehr: *„Von Anfang an waren sich die Experten darüber klar, daß die Entscheidung der NATO, 464 amerikanische Marschflugkörper und 108 Pershing II in Europa zu stationieren, die kleinen Kernwaffen zumindest teilweise überflüssig machen würde. Denn die massenhaft gehorteten Sprengköpfe — vor allem Bomben und Artilleriegranaten — sind im Grunde Überreste einer veralteten Strategie. Weil sich Gefechtsfeldwaffen nicht zu gezielten, demonstrativen Einzelschlägen ins Hinterland des Gegners eignen, ist ihr Abschreckungswert vergleichsweise gering."*(„Spiegel, 10.10.1983).

Bereits auf der Sommer-Konferenz in Portugal diskutierte die NATO die Vorschläge der High Level Group, konnte sich jedoch über die Zahl der überflüssigen Systeme nicht einigen. Das letztliche Ergebnis von 1400 Stück, abzuziehen in einem Zeitraum von 5-6 Jahren, wird zwar als Kompromiß der NATO-Minister verkauft, scheint aber allen Angaben zufolge eher den niedrigen amerikanischen Vorstellungen zu entsprechen.

Dennoch — obwohl praktisch in einem „Blitz"- oder Offensivkrieg nicht verwendbar — denken die NATO-Strategen nicht daran, den ganzen Plunder gleich restlos wegzuschmeißen. Nach wie vor spielen die verbliebenen Systeme, deren Zahl ja noch ganz beachtlich bleibt, eine Rolle in den taktischen Überlegungen:*„NATO-Militärs schätzen die kleinen Atomwaffen vor allem deshalb, weil sie die Sowjets daran hindern, große Truppenmassen auf engem Raum zu konzentrieren. Vor der Einführung atomarer Kurzstreckenwaffen in Europa stellte die Sowjetarmee eine Division auf einer Fläche von nur zehn Quadratkilometern auf. Inzwischen braucht sie dafür 60mal soviel Platz. Die durch die Existenz der taktischen Atomwaffen erzwungene Auflockerung der sowjetischen Verbände, so Brigadegeneral Helge Hansel von der Bonner NATO-Vertretung in Brüssel, gäbe der NATO ‚eine faire Chance, mit der ersten Angriffswelle fertig zu werden'"*(Spiegel 10.10.)

Und natürlich ebenso zu einem zügigen Angriff!? *„Diese Auflockerung stellt die Sowjets vor eine Reihe komplizierter Staffelungsprobleme, die von unserer Seite mit den modernen konventionellen Einsatzmitteln ausgenutzt werden könnten."*(Europ. Wehrkunde 1/83).

Qualität statt Quantität

Festzuhalten bleibt also zunächst, daß nach Abzug der 1400 Sprengköpfe (im Laufe von 5 - 6 Jahren) immer noch eine ganz ansehnliche Arsenal von fast 5000 taktischen Kurzstreckenwaffen in Europa und vor allem der BRD verbleiben wird, der rein quantitative Effekt dieser „einseitigen Abrüstungsmaßnahme" also so groß gar nicht ist. Schauen wir uns aber genauer an, welche Systeme vorrangig „abgerüstet" werden sollen — und wodurch sie ersetzt werden.

„Es ist...geklärt, daß sowohl atomare Sprengköpfe der veralteten und zur Aussonderung anstehenden NIKE HERKULES-Luftabwehrraketen darunter sein werden , als auch Atomminen und Atomgranaten für Kanonen und Haubitzen"(„FAZ" 28.10.)

1. Beginnen wir mit den **Atomminen**: diese — etwa 300 Stück — (andere Quellen nennen 360 Stück:Stern bzw. FR 29.7.83) sind sämtlich entlang der Grenze zur DDR stationiert. Obwohl ihre Existenz Anfang der 60er Jahre nach einer aufsehenerregenden „Spiegel"-Enthüllung von den amtlichen Stellen energisch dementiert wurde, gab es immer Hinweise darauf, daß

Fortsetzung nächste Seite

Eine CIA-Karte macht die Runde in der Friedensbewegung

Diese Karte wurde mehrfach im „Stern" abgedruckt, bevor sie sich wachsender Beliebtheit in der Friedensbewegung erfreute. Sie stellt (angeblich) die Standorte für „SCUD", „FROG" und SS-21-Raketen in der DDR dar. Dies sollte dann anfangs bei den GRÜNEN zu einer „Gesamtdeutschen" Atomkarte zusammenkomponiert werden (darin waren zusätzlich für die DDR noch die mögliche Landeflughäfen für atomar bestückbare Flugzeuge eingezeichnet). Diese Version wurde dann eingestampft, aber sie wurde dann als „deutsch/deutsche" Karte mit den Schriftzügen BRD und DDR gebracht und in der Friedensbewegung vertrieben. Sie erfreut sich überall großer Beliebtheit, so auch bei dem durchaus nicht Ost-West-„ausgewogenen" Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, der diese Karte mehrfach publizierte.

Inzwischen gibt der „Stern" (am 3.11.83) auch die Quelle dafür preis: es ist der CIA. Die Karte soll den Stand von Mitte 82 wiedergeben. Rechnet man, daß ohne Nachladefähigkeit je 4 Raketen (mindestens) an einem Standort stehen müßten, so kommt man bei den Angaben nach SIPRI auf höchstens 10 Standorte und nicht 26 (wie der CIA). Vermutlich gibt die Karte auch nichts weiter an, als die jeweiligen Divisionsstandorte von DDR- und SU-Divisionen, die eben entsprechende Raketeneinheiten besitzen sollen (wie es fy in der Frankfurter Allgemeinen vorführte). Zudem sollten die Propagandisten solchen Karten dann gerechterweise jeden Artillerie- und LANCE-Standort auch als Stationierungsort für chemische und Neutronensprengköpfe in der BRD einzeichnen, da diese genauso wie die Atomwaffen in der DDR im Krisen- oder Kriegsfälle zu den entsprechend in der BRD vorhandenen Trägerwaffensystemen (die auch anders verwendbar sind, ebenso wie die Raketen in der DDR) gebracht werden könnten.

Das mag manchen jetzt spitzfindig und böswillig erscheinen, aber immerhin wollte Klaus Timpe (Bundesvorstand der Grünen) bei seinem neuen Rednerkriterium auf der letzten Aktionskonferenz die SS-21-Stationierung (entspräche hier LANCE,PATRIOT u.a.) als zusätzliches und gleichwertiges Kriterium wie die Ablehnung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen einführen. Da würde das Kriterium Ablehnung der SS-20 doch noch mehr hergeben. Oder anders gesagt: **bei westlichen Quellen über Rüstungsausgaben für den WVO gilt immer die Faustregel: ohne Vergleiche und Sichtung der Quellen landest du todsicher auf dem Leim des CIA.**

Fortsetzung von vorheriger Seite

diese Minen tatsächlich existieren. Die „taz" konnte im letzten Jahr Fotos von diesen Atomminen veröffentlichen. Die Minen sind vorrangig dazu vorgesehen, im „Ernstfall" strategisch wichtige Punkte auf dem Gebiet der BRD zu sprengen. Hierfür existieren Sprengkammern in wichtigen Brücken, an Wasserwerken, auf zentralen Straßen etc. Im Rahmen eines Offensivkonzeptes, das dem Gegner von Anfang an überhaupt keine Chance gibt, BRD-Gebiet auch nur zu betreten, haben diese Atomminen keinerlei Funktion mehr. Für einen Einsatz weit im Hinterland des Warschauer Paktes sind sie nicht zu gebrauchen.„*Die Zahl der nuklearen Minen wird rigoros herabgesetzt, zumal der absurde Gedanke an nukleare Geländeverwüstungen zur Abwehr eines Vormarsches schon in den sechziger Jahren nie akzeptiert worden ist. Bei diesen Sprengsätzen liegt der Hauptanteil der Reduzierung*"(„Zeit" 4.11.)

Es handelt sich also tatsächlich um „*eine gewaltige Entrümpelungsaktion veralteter Waffensysteme*",eine„*Verlagerung von Quantität zur Qualität*"(„Hamburger Abendblatt" 29.10.)

2. Die **HONEST JOHN-Raketen**

Der größte Teil der überalteten Honest John-Raketen wurde bereits 1980 abgezogen (1000 Stück), ohne daß von der NATO um diese „Ab"-rüstung sonderliches Aufheben gemacht wurde. Die Funktion der Honest-John übernahmen die LANCE-Raketen (ca. 100 Systeme).„*Bei den Raketen mit kurzer Reichweite werden alle Abschußgestelle und Flugkörper des Typs Honest John ausgemustert. In der Bundesrepublik sind diese Trägerwaffen schon vor einiger Zeit durch das Modell ‚Lance' ersetzt, in der Stückzahl aber deutlich herabgesetzt worden.*"(„*Zeit" 4.11.)*

3. Die **NIKE HERKULES**

Die Nike-Herkules-Raketen, die in 52 Batterien mit 180 Raketen (für die jeweils neben konventionellen auch atomare Sprengköpfe zur Verfügung stehen, insgesamt etwa 500 Stück) in einem Gürtel etwa 150 km vor der DDR- und CSSR-Grenze aufgebaut sind, werden zwar abgebaut, aber lediglich um durch ein erheblich besseres System ersetzt zu werden: die PATRIOT-Raketen, von einem US-Militär als „*effektivstes Luftverteidigungssystem der Welt*"(„taz"25.7.) bezeichnet. Die Patiot-Raketen können vollautomatisch mehrere Flugzeuge gleichzeitig verfolgen, sind schneller, mobiler und damit auch unverwundbarer und sind vor allem auch als antiballistische Abwehrraketen gegen die Sowjetischen SS 20 einsetzbar („taz", 25.7.). Sie soll „*in einer Stückzahl von 6.217 in den NATO-Staaten Dänemark, Griechenland, Belgien, in den Niederlanden sowie in Frankreich ebenfalls (wie in der BRD, d.Verf.) stationiert werden. Die PATRIOT besitzt ein ausgeklügeltes Radarsystem, verfügt über eine Reichweite von über 200 km (Nike Herkules: 150 km, d.Verf.) und ist bisher vor allem als Waffe gegen sowjetische Hochleistungsflugzeuge wie die MIG 25-‚Foxbat' verstanden worden... sie ist für konventionelle wie atomare Sprenköpfe ausgelegt, müßte allerdings wegen der hohen Geschwindigkeit der SS 20 mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden, sofern sie als Anti-Raketen-Rakete eingesetzt würde.*"(„taz", 22,7,) Zusätzlich wird die NATO noch die konventionellen deutsch-französischen Flugabwehrraketen ROLAND beschaffen:„*...zwölf deutsche und bis zu sieben amerikanische Flugbasen in der Bundesrepublik (erhalten nun) mit rund 120 Systemen vom Typ Roland einen von deutschen Soldaten bedienten Luftschirm.*"(„Handelsblatt") Die gesamte Luftabwehr wird also weder abgerüstet noch ausgedünnt, sondern umfassend modernisiert und a u f gerüstet.

4.**Luftbombem**

Die Zahl der Luftbomben (derzeit 1000) soll „gekürzt" werden. Die Einführung der "intelligenten" konventionellen Munitionssysteme für die Phantom und Tornado-Flugzeuge ist allerdings mehr als nur „Ersatz" für die abzuziehenden Systeme, nämlich ebenfalls eine quantitative und qualitative Aufrüstungsmaßnahme.

5. **Artilleriegeschosse**

„*Die nukleare Munition für die Artillerie mit einer Reichweite bis zu 30 km wird beträchtlich vermindert. Ihr gegenwärtiger Bestand beträgt ungefähr 2000 Geschosse.*"(„Zeit", 4.11.) Unverändert wird allerdings die Zahl der nuklearfähigen Systeme bleiben, also der Haubitzen und Panzer, die bei entsprechendem Kaliber (155 und 203 mm) sowohl nuklear als auch konventionell verwendbar sind (u.a. der Leopard II).„*Viele der Geschütze auch der taktischen Ebene sind bivalent: sie können konventionelle oder nukleare Granaten verschießen. Diese Kapazität wurde in den letzten Jahren sogar weiter erhöht, wird aber nun selbst von so unverdächtigen Kritikern wie Senator Nunn als zu frontnah-riskant und unnötig verworfen im Hinblick auf die gesteigerte Leistung konventioneller Präzisionsmunition.*"(Ch.Müller, Heerlager Europa, S. 25 — der Autor ist Redakteur bei der reaktionären „NZZ").

Der reine Abzug der Sprengköpfe, die ja relativ schnell wieder rückführbar sind, besagt also nicht sonderlich viel, zumal die USA insgesamt über 22.000 Sprengköpfe der entsprechenden Kaliber verfügen. (SIPRI-Bericht).

Neben der Änderung der Schlachtfeldplanung hat die Verrringerung der Atomwaffen noch einen einfachen technischen Grund, nämlich bei den neuen Bomben „*die Möglichkeit, die Raketenladungen, Artilleriegranaten und Flugzeugbomben auf unterschiedliche Detonationswerte einzustellen*"(Europ. Wehrkunde 10/79), so daß die Atomwaffen nicht mehr in jeder Größe auf Lager gehalten werden müssen.

Und die Neutronenbombe

Nach heftigen Diskussionen in den westeuropoäischen NATO-Ländern beschlossen die USA 1978, die Stationierung dieser Waffe in Europa und vor allem der BRDzunächst zurückzustellen. Angelaufen ist allerdings längst die Produktion der Neutronensprengköpfe in größerer Zahl, die ja ebenfalls relativ kurzfristig nach Westeuropa eingeflogen werden können. Neutronenbomben sind Gefechtsfeldwaffen, die u.a. aus den reichlich vorhandenen 203 mm-Haubitzen und Panzerrohren abgefeuert werden können.

Abzug nur ein halber Schritt

Nicht zuletzt soll das ganze „Abrüstungs"-brimborium um den „einseitigen und bedingungslosen" Abzug der Kurzstreckenwaffen die Einheit der Friedensbewegung aushöhlen: nachdem z.B. das „Hamburger Abendblatt" durchaus richtig ausgeführt hat, daß es sich eher um eine „*gewaltige Entrümpelungsaktion veralteter Waffensysteme*" handelt, endet es:„*Ganz nüchtern betrachtet handelt es sich um einen Schritt in die richtige Richtung, der jetzt veröffentlicht wird, um den Nachrüstungsgegnern das Argument zu nehmen, das atomare Arsenal in Europa werde immer größer.*"(29.10.) Zwei Tage zuvor pries dasselbe Blatt den NATO-Beschluß gar als „*Flammendes Plädoyer für die Abrüstung.*"(27.10.),die „Zeit" schrieb von der „*Morgenröte der Vernunft*"(4.11.) Wörner wies extra darauf hin, damit ergäbe sich der niedrigste Stand an Atomwaffen in Westeuropa seit 20 Jahren.

Es dürfte auch kaum Zufall sein, daß die Nukleare Planungsgruppe der NATO ihren Beschluß nicht wie geplant bereits auf ihrer Frühjahrstagung veröffentlichte, sondern bis kurz vor Stationierungsbeginn der Mittelstreckenraketen wartete:„*Vor allem Deutsche, Holländer und Belgier drängten...darauf, diesen Vorrat noch einmal drastisch zu verkleinern. Ihr wichtigstes Motiv: ein solcher Schritt, als einseitige Vorleistung der NATO verkündet, könnte helfen, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Nuklearstrategie des Bündnisses wiederherzustellen. Die Bundesregierung verspricht sich davon Entlastung politisch im Streit mit Opposition und Friedensbewegung wenn es im Dezember zur Stationierung der ersten Pershing auf deutschem Boden kommt.*"(„Spiegel", 10.10.)

Wird der Abzug aller taktischen Atomwaffen möglich?

Tatsächlich ist der jetzt verkündete Abzug einiger taktischer Atomwaffen kaum ein halber Schritt gewesen. Die BRD bleibt nach wie vor das Land mit der größten Atomwaffendichte, eine Größe, die ausreicht, dieses Land mehrmals in die Luft zu jagen. Die eigentlichen s t r a t e g i s c h e n Änderungen sind auf diesem Gebiet bisher ausgeblieben. Worum es letztlich geht, wird schon lange in den herrschenden Kreisen diskutiert. Gerade von den heute oppositionell auftretenden Kräften, in den USA Mc Namara, Mc Bundy, in der BRD Helmut Schmidt bzw. die SPD-Spitze, wird nachdrücklich betont, daß die NATO mit einer Strategie, die auf der atomaren Erstschlagsdrohung und auf atomaren Schlachtwaffen beruht, an Akzeptanz verlieren wird. Deshalb schlagen sie vor, die neuen (konventionellen) Rüstungsprogramme mit dem Versprechen zu begleiten, tatsächlich einmal (irgendwann einmal) alle taktischen Nuklearwaffen abzuziehen. Bei der Verfolgung der neuen Strategien müsse, so Schmidt am 21.11. im Bundestag, als Ergebnis erreicht werden, die Sowjetunion in eine Lage zu bringen, ihrerseits mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen zu drohen. Daß eine solche Drohung seitens der UdSSR erfolgen könnte bzw. sogar müßte, wenn es der NATO gelänge, im konventionellen Rüstungsbereich die absolute Überlegenheit zu erreichen und mit einem Krieg zu drohen, hat er „natürlich" dabei nicht gesagt. Dieses Kalkül hat sich bisher noch nicht durchgesetzt, aber es ist heute die oppositionelle Strategie, die auf die Rückeroberung der Macht lauert.

Dieses Programm verspricht neue Kriegsrüstungen und Kosten und hofft auf die Integration der nur atompazifistischen Stimmungen.

Antimilitarismus-Kommission, KB/Gruppe Göttingen

Das taktische Atompotential der Sowjetunion

Dieses Potential nimmt sich im direkten Vergleich mit der NATO (zahlenmäßig) „kümmerlich" aus. Allerdings wächst es auf den NATO-Papieren derzeit rasant an...

„*Die WVO* (= Warschauer Pakt Organisation) hat dagegen an Nuklearwaffen mit einer Reichweite unter 100 km lediglich die sog. FROG-Familie in einer Stückzahl von 311 Systemen in Europa stationiert. Ob die SU nukleare Artillerie besitzt, wird allgemein bezweifelt... Berechnen wir in einem ersten Schritt nur die gesicherten Bestandsangaben, so stehen an nuklearen Gefechtsfeldwaffen in Europa den ca. 3650 Systemen der NATO lediglich 311 Mitglieder der FROG-Familie der WVO gegenüber — ein Verhältnis von 11,74 : 1 zugunsten der NATO." (D.S. Lutz, „Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme", S. 13-15)

In einer weiteren „Worst Case"-Berechnung, die von den optimalsten (Phantasie-) Zahlen für den Warschauer Pakt und den niedriegstmöglichen für die NATO ausgeht, kommt Lutz immer noch auf ein Verhältnis von 1,6 : 1 zugunsten der NATO („Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt", S. 61). Rechnet man bei den Kurzstreckenwaffen so, daß man einfach annimmt (ohne es wirklich zu wissen), es gäbe auch atomare „Granaten" für entsprechende Artilleriesysteme und rechnet man außerdem das im Osten der UdSSR stationierte Potential hinzu, kommt man auf ein Verhältnis von 3650:800, d.h. 4,5:1 zugunsten der NATO.

FROG

Von der FROG 3-7 (= Free Rocket Over Ground = ungelenkte Rakete!), die aus den Jahren 1957-65 stammen, eine mobile fahrbare ungelenkte Rakete mit Feststoffantrieb, besitzt der WVO 300 - 650 Systeme (alle Angaben nach D.S. Lutz: „Weltkrieg wider Willen?"; das Buch verwertet und vergleicht alle bis 1981 zur Verfügung stehenden Quellen). Die Reichweite dieser Raketen betragen (nach unterschiedlichen Angaben und Typ) 65-90 km, die Sprengköpfe liegen unter 1 KT TNT. SIPRI gibt 311 FROG-Raketen für Europa an.

SCUD

Ebenso wie die FROG-Raketen sind die SCUD (A/B) (oder SS-1 B/C genannt) den Artillerieverbänden untergliedert. Die Reichweite der SCUD beträgt 100 - 280 km, sie kann einen konventionellen oder Nuklearsprengkopf (bis 100 KT) tragen.SIPRI gibt die Zahl dieser Raketen in und für Europa mit 246 an.

SCALEBOARD

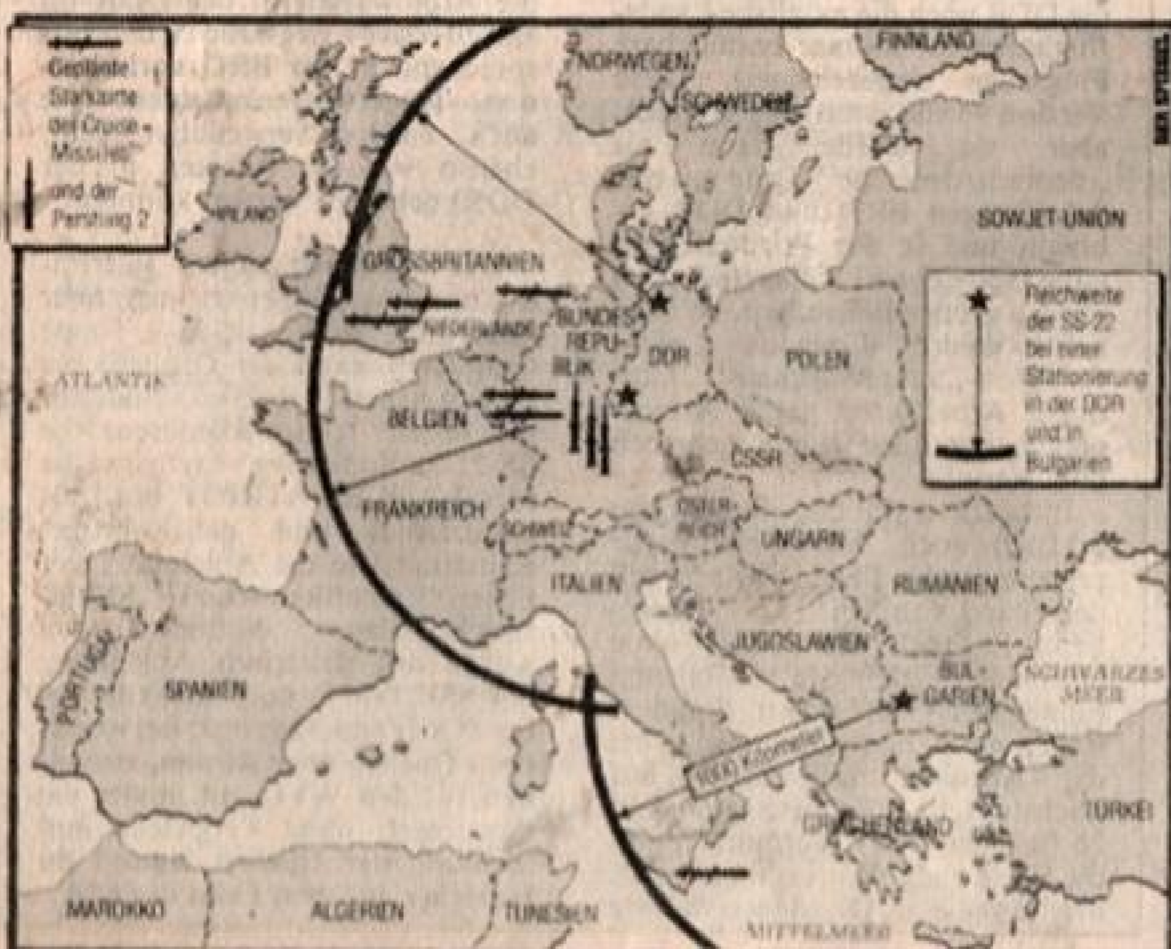
Die SCALEBOARD mit einer Reichweite von 700-900 km ist ausschließlich in der Sowjetunion stationiert und untersteht den Raketentruppen der UdSSR. Der Sprengkopf kann bis zu einer Megatonne TNT Sprengkraft besitzen.SIPRI gibt den Bestand mit 32 an.

SHADDOCK

Weiterhin gibt es noch den aus dem Jahre 1962 stammenden Marschflugkörper SHADDOCK (SS-N-3). Die Sprengkraft beträgt 100-500 KT, die Reichweite zwischen 300 und 800 km (je nach Quelle). 100 Stück soll die Sowjetunion auf Land stationiert haben (weiter 324 auf See, dort ausschließlich für Seeziele). Im weiteren wollen wir die Stationierungsorte angeben (lt. SIPRI-Jahrbuch von 1978).

Tabelle: Kurzstreckenraketen des WVO in Europa

Tschechoslowakei	Scud A/B	27	FROG 3/7	40
DDR	Scud B	16	FROG 7	24
Polen	Scud A/B	36	FROG 3/7	46
Summe Mitteleuropa	Scud A/B	79	FROG 3/7	110
Bulgarien	Scud A/B	20	FROG 3/7	36
Ungarn	Scud A/B	8	FROG 3/7	22
Rumänien	Scud A/B	20	FROG 3/7	30
WVO ohne SU	Scud A/B	127	FROG 3/7	198
westliche SU	Scud A/B	~55	FROG 7	~50



Interessant ist zudem, daß sämtliche Sprengköpfe a u s s c h l i e ß l i c h in der Sowjetunion gelagert sind. Dies wurde erstmals auf dem Schriftstellertreffen am 13./14.12.81 in Berlin (Ost) von dem sowjetischen Militärexperten Daniil offiziell bestätigt (s. taz, 22.4.83).

Seit dem Ende der 70er Jahre wird im Westen kolportiert, nun seien die ersten Nachfolgeraketen (die SS 21 für die FROG, bzw. die SS 23 für die SCUD) in der DDR oder anderen Warschauer Pakt-Staaten aufgetaucht (solche Meldungen tauchten seit 1979 in der Österreichischen Militärzeitschrift (4/79 S.342) auf, auch in der WELT am (25.4.79,S.1) und am 5.9.79 (S. 1). Auch heute wird der Beginn der Stationierung immer wieder als neue Sensation verkauft. Inzwischen hat das ZK-Mitglied der UdSSR, Sagladin, dem CDU-Abgeordneten Todenhöfer offiziell mitgeteilt, seit Sommer 1981 würden laufend alte FROG-Raketen gegen neue SS-21 ausgetauscht, was die SU als „ganz normale Modernisierung" betrachte (FAZ, 3.11.83). Diese Rakete soll (lt. Lutz-Angaben) eine Trägheitssteuerung und einen höheren Sprengwert besitzen, zudem eine Reichweite von ca. 120 km.

Nur die DKP hat dies wieder einmal noch nicht „mitbekommen", noch im Juni 1983 stellte sie SS-21 als Erfindung der westlichen Medien dar (s. Faksimile). Unbestätigt ist allerdings die westliche Behauptung, die SCUD-B-Raketen würden durch SS-23-Raketen mit 500 km Reichweite ersetzt. Genauere Stationierungspläne und Zeitangaben sind auch im Westen bislang nicht aufgetaucht.

UZ, 8.6.83

Zum Tage

Nessi 21

Zu den guten alten Zeiten machte im Sommerloch immer Nessi, die Schlange von Loch Ness, Schlagzeilen.

Doch Nessi ist längst pensioniert. Denn heutzutage gibt es etwas viel Grausligeres – die sowjetischen „SS-20-, -21-, -22- und so weiter"-Raketen.

Die ersten SS 21 entdeckte die „Süddeutsche Zeitung" am 25. 4. 1979 in der DDR. Einen Monat später, am 25. 5. 1979, platzte die Lüge – es gab keine SS 21. Damit nicht wieder so eine Panne passiert, geht das Internationale Institut für strategische Studien jetzt auf Nummer sicher: Es entdeckt gleich SS-21-, SS-22- und SS-23-Raketen.

Eins haben sie mit Nessi gemein: Es gibt nie Fotos von ihnen

Als eigentliche „Nach"-„Nachrüstung" bezeichnet die Sowjetunion ausschließlich die Ankündigung, im Falle der Stationierung neuer amerikanischer Raketen (also demnächst) mit der Aufstellung von SS-22-Raketen in der DDR und der Tschechoslowakei (so Todenhöfers Bericht) und in Bulgarien (so Bahrs Reisebericht) zu beginnen. Bahr brachte zudem eine Karte mit, wo dafür 3 DDR-Stationierungspunkte eingezeichnet seien (lt. FAZ, 26.10.83). Die SS-22 hat eine Reichweite von 1000 km und damit eine Flugzeit von 4 Minuten (ähnlich der Pershing II) und deckt mit der Reichweite alle Stationierungsländer der NATO (einschließlich Siziliens) ab.

Die Phantasiemeldung im Westen

Bis 1978 einschließlich wurde das amerikanische und sowjetische Atompotential im Westen noch einheitlich angegeben: Weltweit 22000 Atomwaffen, die wegen ihrer Reichweite zu den taktischen Atomwaffen gezählt wurden, rund 7000 für Europa und 5000 für die BRD bei der NATO. Umgekehrt wurden für die Sowjetunion (einschließlich

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

der Flugzeugbomben) insgesamt 3500 taktische Atomsprengköpfe angegeben (wovon ca. die Hälfte zumindest) für den europäischen Schauplatz reserviert gewesen sein dürften. Bei den Uralt-Kurzstreckenraketen, für die schon Nachfolgemodelle in der Entwicklung begriffen waren, dürfte es mit Sicherheit seither keine neuen Aufstellungen gegeben haben. Aber weit gefehlt, seit 1979 wächst das Potential der SU auf westlichem Papier in rasantem Tempo bergan. „Bekanntermaßen" (?) gilt dies für nahezu den g e s a m t e n Rüstungsaufwand der Sowjetunion. Es fing damit an, daß das Team B (die heutige Reagan-Crew , das Komitee gegen auswärtige Gefahr) von CIA-Chef Bush (heute Vizepräsident, in Krefeld angebeult) in das CIA zur „Kontrolle" geschleust wurde, wobei die Verdoppelung der sowjetischen Rüstungsausgaben herauskam. Da konnte auch das taktische Atomwaffenpotential nicht ausgenommen werden. In der BRD trat als erster Würzbach (und Berger) mit einer solchen „Studie" hervor (Würzbach ist nun Staatssekretär im Verteidigungsministerium). Würzbach verdoppelte kurzerhand den Atombestand der SU auf 7000 Sprengköpfe und machte (ohne jede Quellenangabe) plötzlich 150 nukleare Haubitzen-Kanonen der Sowjetunion aus (eine Studie für „Rüstung und Abrüstung im euronuklearen Bereich" Washington/Bonn, Apil/Mai 1979).

Die Angaben der Bundesregierung liegen derzeit schon ziemlich hoch. Sie gibt an:

- 300 atomare Geschütze vom Kaliber 203,240 und 152 mm,
- 650 FROG oder SS 21-Raketen,
- 650 Raketen der Typen SCUD und SCALEBOARD, sowie ihrer Nachfolger der SS 23 und SS 22 (lt. FAZ, 13.10.83). Damit liegt sie aber wohl schon nicht mehr auf der „Höhe" der Zeit. Als Musterbeispiel für diese „Aufrüstung" auf dem Papier mag hier der Bericht von „fy" in der „Frankfurter Allgemeinen" (vom 26.10.83) genügen. Danach besitzt jede der 19 SU-Divisionen in der DDR ein Raketen-Artillerie-Bataillon mit je 4 FROG-Startrampen (4x19 = 76 FROG), zu jedem Abschußgerät komme ein Transportwagen, worauf 3 Raketen zum Nachladen transportiert würden, macht pro Division 12 dazu, für alle 19 Divisionen sind wir damit bei (19x16) 304 Raketen. Doch halt, „fy" rechnet das zu 384 FROG-Raketen in der DDR zusammen, weil auch die DDR-Truppen diese Raketen (ohne Sprengköpfe) besäßen. Das gleiche gilt dann für alle übrigen Warschauer-Pakt-Divisionen und schon sind wir bei rund 1400 FROG-Raketen angelangt (bei Lutz-Quellenstudium kamen im Höchstfalle 650 FROG-Raketen heraus, 311 gab SIPRI an). Ähnlich geht es bei den SCUD-Raketen: Da hat dann jede Armee (= 4 Divisionen) SCUD Raketen zur Verfügung, in der DDR wird dann das zu 100 Systemen hochgerechnet. Nach diesem Muster werden 350 SCUD-Raketen für die sowjetische Armee und zusätzlich 120 für die WVO-Verbündeten-Armeen gerechnet, macht 470 SCUD-Raketen (SIPRI hatte 246 angegeben).

Für die SCALEBOARD rechnet der Artikel 120 Systeme, wovon die Hälfte (= 60) für Europa seien, SIPRI hatte 32 Systeme angegeben. Dagegen werden dann auf NATO-Seite 100 LANCE-Raketen und 180 Pershing IA gezählt (ein erschröckliches Übergewicht des WVO also). Während Moskau sein *„Potential drastisch ausweitet, beschließt die NATO seine ebenso drastische Begrenzung"*, meint „fy" und es wird noch viel schlimmer. Nun kommt nämlich noch hinzu, daß zwar bislang die allein 1000 Kanonen, Haubitzen und Panzerhaubitzen des Kalibers 152 mm in der DDR nicht atomar bestückt gewesen seien, obwohl auch bislang schon dafür geeignet. Nun aber *„seit Anfang dieses Jahres"*(1983) sind die Voraussetzungen geschaffen, nukleare Sprengköpfe damit zu verschießen (wie auch immer, Angaben werden nicht gemacht), neue *„besondere Bedienungsmannschaften, besondere Freigabeverfahren, ein komplizierter Fernmeldetechnischer Apparat, sowie eine besondere Logistik"* hat die SU mir nichts dir nichts (zudem natürlich auch die neuen Atomsprengköpfe) Anfang des Jahres aus dem Boden gestampft. So einfach ist das. Und wie gesagt, es handelt sich erst um den Anfang der Geschichte. Die NATO will über konventionelle Rüstungen kriegsfähig werden um dann der Sowjetunion die Androhung des atomaren Ersteinsatzes aufzwingen zu können, während diese bisher Abkommen zum Verzicht auf den atomaren Ersteinsatz anbietet, was die NATO striktweg ablehnt. Dies alles im Dienste der größeren und neuen Akzeptanz für die westliche Rüstung.

„Das einzige, worauf man sich in der Politik verlassen kann, ist der Opportunismus" *(Erhard Eppler)*

— Die SPD sagt „Nein" zur Stationierung —

Mit überwältigender Mehrheit (400 : 14) verabschiedete der Sonderparteitag der SPD am 19. November einen Leitantrag, in dem die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketensysteme auf dem Boden der BRD zum j e t - z i g e n Zeitpunkt abgelehnt wird. Zuvor hatte sich schon der SPD-Parteivorstand mehrheitlich auf diesen Leitantrag geeinigt. Lediglich Schmidt, Apel, Leber, Matthöfer und Wischnewski hatten hier dem Antrag ihre Zustimmung verweigert. Dabei konzentrierte sich ihre Ablehnung vorwiegend auf den entscheidenden ersten Satz des Antrages, in dem es heißt: *„Die SPD lehnt die Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketensystemen auf dem Boden der Bundesrepublik ab, die nach dem Willen der Bundesregierung Ende dieses Jahres beginnen soll."* Die „Linken" Däubler-Gmelin und Lafontaine forderten vergebens die Streichung des zweiten Halbsatzes, da dieser „überflüssig" sei.

Wer die SPD kennt, weiß allerdings, daß dieser zweite Halbsatz keineswegs „überflüssig" ist, sondern in der Logik sozialdemokratischen Opportunismus' durchaus seinen Sinn ergibt. Denn dieser so scheinbar „überflüssige" Nebensatz hält dem Parteivorstand die Möglichkeit offen, einer sich eventuell noch im Laufe des mehrjährigen Stationierungsprozesses ergebenen „Zwischenlösung" ihr Plazet zum Wohle des Bündnisses zu erteilen. Der Halbsatz besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die SPD eine Stationierung ablehnt, „die nach dem Willen der Bundesregierung E n d e d i e s e s J a h r e s b e g i n n e n s o l l" und nicht generell j e d e Stationierung.

Der Leitantrag des Parteivorstandes mit seinem letztlich „konditioniertem Nein" zur Stationierung machte es möglich, daß sich eine Prophezeiung Willy Brandts erfüllte: *„Köln wird keine Wende, sondern ein Parteitag des Sich-wieder-Zusammenfindens"* (1). Ein "Sich-wieder-Zusammenfinden", das wohl vorbereitet war und für das die Friedensbewegung die geeignete Kulisse zur Verfügung gestellt hatte. Die überwiegende Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion wertete Brandts innerparteilich zunächst umstrittenen Auftritt vor der Friedensbewegung am 22. Oktober später als gelungenen Versuch, die Parteibasis mit der Parteiführung in der Stationierungsfrage zu versöhnen und zudem die SPD zur Friedensbewegung hin zu öffnen, ohne auch nur einen Millimeter sozialdemokratischer Identität preiszugeben. Brandt hatte im Bonner Hofgarten bewußt darauf verzichtet, ein „Nein ohne jedes Ja" auszusprechen. Sein unmißverständliches Bekenntnis zur NATO und zur Bundeswehr erleichterte dem rechten Flügel der Partei seine Zustimmung zum „konditionierten Nein" zur Stationierung. Parteisprecher Wolfgang Clement: *„Alle haben gespürt, Brandts Auftritt war ein Durchbruch, er hat uns aus einer Verklammerung befreit"*(2).

Die SPD machts möglich: Ja zum „Doppelbeschluß" und „Nein" zur Stationierung

Bis zum letzten Moment hatte sich die SPD-Führung die Möglichkeit der Zustimmung zur (Teil-)Stationierung bewußt offen gehalten. Landesverbände wie der baden-würtembergische, der vorzeitig sein „Nein" zur Stationierung formulierte, wurden von der Parteiführung beschuldigt, die SPD als Partei „politikunfähig" zu machen (Ehmke). Die SPD fürchtete um ihre Isolierung im Lager der westeuropäischen NATO-Parteien wie gegenüber den italienischen und französichen Sozialisten, wenn die Partei ein bedingungsloses „Nein" zur Stationierung beschließen würde. Sie wollte desweiteren einen Bruch zwischen den beiden großen bundesrepublikanischen Volkspar;eien in der Frage der Sicherheitspolitik ihrerseits weitesgehend vermeiden.

Denn die Funktionstüchtigkeit und relative Stabilität des bundesrepublikanischen Gesellschaftssystems beruht sei spätestens Anfang der 60er Jahre auf einem die jeweilige parlamentarische Opposition mit einschließenden „ideologischen Konsens" in sämtlichen für den Bestand des gesellschaftlichen Gehäuse nach innen und außen relevanten Fragen.

Die SPD erwies sich einmal mehr als zutiefst staatsloyale Oppositionspartei, die das Wohl des Staates über das Anliegen der Friedensbewegung stellt. Eine „Zwischenlösung" in Genf sollte auch die Zustimmung der SPD finden. Als Beispiel für diese Politik des Hinauszögerns einer klaren Entscheidung sei hier nur eine Diskussion aus dem Unterbezirk Frankfurt wiedergegeben. Egon Bahr Mitte September vor dem Unterbezirk Frankfurt: *„ 'Kinder, verliert doch nicht die Nerven, das haben wir jetzt so lange durchgehalten, wir werden es doch auch noch die nächsten zwei Monate schaffen'. Die nächsten zwei Monate, Mitte November, bis daß auf Grundlage der dann vorliegenden Genfer Ergebnisse oder Nichtergebnisse endgültig zu entscheiden sei. Seit kurzem könnten ja einige in der Partei 'das Wasser nicht mehr halten'. Mehrere Unterbezirke der Partei hatten letzthin ihr 'Nein' zu einer Nachrüstung formuliert, was immer auch in Genf noch geschehe. Zuletzt gar die baden-würtembergische Landespartei als Ganzes. 'Versteht doch', ..., 'wenn wir jetzt 'nein' sagen, später in Genf doch noch etwas anderes herauskommt, dann steht die Partei ganz blöd da' "* (3).

Als Modell für eine „Zwischenlösung" favorisierten maßgebliche Sozialdemokraten (u.a. Schmidt) den sogenannten „Waldspaziergang", eine höchst fiktive Begebenheit; zumindest will Helmut Schmidt als Kanzler noch davon Monate lang nichts gewußt haben, erklärte er am 21.11. im Bundestag. Christoph Bertram, der in der Vergangenheit selbst den „Waldspaziergang" als auch innenpolitische Kompromißformel vorgeschlagen hatte, dürfte richtig liegen, wenn er darüber nun in der „Zeit" u.a. schreibt: *„Wenn heute ein Ergebnis vorläge — etwa die Waldspaziergangsformel der Unterhändler Nitze und Kwizinski vom Juli 1982, die von Apel und Bahr bis Schmidt und Vogel alle immer wieder gelobt haben — dann, nur dann stünde die Partei vor einer wirklichen Zerreißprobe"* (4).

Das entscheidende Stichwort für die Begründung der Ablehnung der Stationierung zum j e t z i g e n Zeitpunkt durch die SPD hatte Helmut Schmidt in seinem politischen Testament als Bundeskanzler noch selbst überliefert. In seiner letzten Rede als Bundeskanzler vor dem Bundestag hatte Schmidt zur Frage der „Nachrüstung" u.a. ausgeführt: *„Wenn aber die Verhandlungen trotz größter Anstrengungen unserer amerikanischen Freunde dennoch erfolglos bleiben sollten, so brauchen wir ein entsprechendes Gegengewicht gegen die uns bedrohenden sowjetischen SS-20-Raketen"*. Die hier genannte Bedingung, „größte Anstrengungen", so ist nun von Löwenthal bis Vogel zu vernehmen, ist bis zum 19. November nicht seitens der „amerikanischen Freunde" erfüllt worden. Das „Nein" der SPD zur Stationierung wird damit aus der Logik des „Doppelbeschlusses" s e l b s t konstruiert. Willy Brandt: *„Es gab eine Mehrheit — zu der ich damals gehörte und auch jetzt gehören werde —, für die sich j e t z t ergibt, daß man a u s d e r L o g i k d e s N a t o - D o p - p e l b e s c h l u s s e s h e r a u s zu einem Nein zur Rakentenstationierung kommt"*(5).

Zweifelsohne war in der Formulierung des NATO-Doppelbeschlusses von vornherein die Mehrdeutigkeit angelegt. *„Erst sollte verhandelt, nur bei einem Scheitern der Verhandlungen aufgestellt werden. Aber die SPD verstärkte die Mehrdeutigkeit. Der zeitliche Vorrang der Rüstungskontrolle wurde schon auf ihrem Berliner Parteitag 1979, ein knappe Woche vor der entscheidenden Sitzung des NATO-Ministerrats, zu einem poltischen Vorrang gemacht. Zwar wurde damals gefordert, die 'nochtwendigen verteidigungspolitischen Optionen festzulegen, damit diese im Falle eines Scheiterns (der Verhandlungen) wirksam werden können'. Aber auch Helmut Schmidt rechtfertigte den Doppelbeschluß vornehmlich als Mittel, um durch Verhandlungen weiterzukommen. Für die militärischen und politischen Argumente der Nachrüstung fehlte den Genossen die Geduld, aber auch die gemeinsame Überzeugung. Der Doppelbeschluß wurde so in der Parteidiskussion immer stärker auf seinen Rüstungskontroll-Aspekt verengt. Sein angenehmer Teil wurde begrüßt, sein unangenehmer verdrängt. 'Wir greifen', rief Oskar Lafontaine auf dem Münchener Parteitag unter dem Beifall der Zuhörer auf den Rängen der Olympia-Halle aus, 'den Berliner Beschluß nicht an, wir greifen den militärischen Teil des Doppelbeschlusses an' "*(6).

Ihr „konditioniertes Nein" zur Stationierung begründet die SPD also mit angeblichen Vorstößen der USA gegen Wortlaut und Geist des NATO-Doppelbeschlusses, als dessen Gralshüter sich die SPD nun aufführt. Vorrangige Absicht des Doppelbeschlusses sei es gewesen, die Zahl der auf Westeuropa gerichteten SS-20-Systeme zu verringern. Den USA sei es jedoch offensichtlich wichtiger, neue Raketen zu stationieren, die auf das Herz einer Weltmacht zielen, als Raketen abzubauen, die auf Westeuropa und nicht auf die USA gerichtet seien. Die USA hätten, wie die Sowjetunion, die „Waldspaziergangsformel" als mögliches Kompromißmodell ohne eingehende Prüfung verworfen. Die „verhandlungswürdigen und verhandlungsfähigen" Vorschläge Andropows seien nicht genügend auf ihre Ernsthaftigkeit geprüft werden. Washington habe Andropow nicht beim Wort genommen. Wenn die Bundesrepublik der Stationierung nicht zustimme, erscheine eine Reduzierung der sowjetischen Waffen erreichbar. Der Stationierungswettlauf werde dann unterbrochen.

Nehmen wir einmal an, die SPD-Führung hätte tatsächlich nicht gewußt, daß der „Verhandlungsteil" des Doppelbeschlusses ausschließlich zur Täuschung der europäischen Öffentlichkeit dienen sollte (wofür es allerdings nicht das geringste Indiz gibt), so beinhaltet diese Begründung der Ablehnung der Stationierung noch immer ein „Ja" zur Politik der atomaren Erpressung gegenüber der Sowjetunion. Denn die Drohung mit der Stationierung von Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen sollte dann ja dieser Logik folgend noch immer als Hebel dienen, die Sowjetunion zur totalen e i n - s e i t i g e n Abrüstung im eurostrategischen Bereich zu zwingen. Selbstverständlich unter Beibehaltung des bereits existierenden westeuropäischen Äquivalentes, in Form der in Genf ausgesparten britischen und französischen Systeme sowie den der NATO unterstellten amerikanischen U-Boot-Raketen in den europäischen Randmeeren. Die SPD spielt sich somit als letzter Verfechter der provokatorischen Reagen'schen „Null-Option" auf, wobei sie der Sowjetunion allerdings ein geringes Gegengewicht, das noch unterhalb der Summe französischer und britischer Sprengköpfe liegt, zugesteht.

Die SPD bricht auch nicht mit der Logik des Doppelbeschlusses, wenn sie im Punkt 2 ihres Leitantrages *„von der Sowjetunion den Beginn der Reduzierung ihrer auf Westeuropa gerichteten Mittelstreckenraketen bis zu einer beträchtlich verminderten Zahl"* verlangt. Unter einer „beträchtlich verminderten Zahl" verstand die SPD, in der Vergangenheit ein Heruntergehen auf bis zu 54 SS-20-Systeme, wie es Egon Bahr im September forderte. Bahr stellte dafür der Sowjetunion als Gegenleistung den vollständigen Verzicht der „Nachrüstung" in Frage. Einen Monat später gestand Bahr der Sowjetunion 140 SS-20-Raketen als „Ausgleich" für die britischen und französichen Systeme zu.

Selbst dieser Vorschlag, der der Sowjetunion eine drastische einseitige Reduzierung ihrer eurostrategischen Systeme abverlangt, stieß auf die Kritik von Karsten Voigt, der drin eine *„Übernahme des sowjetischen Verlangesn nach einer Einberechnung der Waffen Englands und Frankreichs in die Genfer Verhandlungen"* und ein *„Abrücken vom Standpunkt der SPD"* sah (7). Vogel, Ehmke und er *„hätten vielmehr stets nur von einer Berücksichtigung der Atomwaffen der Drittländer, nicht aber ihrer zahlenmäßigen Aufrechnung schon jetzt in Genf, gesprochen. Der SPD gehe es darum, daß die Amerikaner schon bei den Verhandlungen über Mittelstreckenraketen verbindlich zusagen, sie würden später bei den START-Verhandlungen über Fernwaffen auf diese Waffen zurückkommen. Am besten sei es, wenn beide Verhandlungsgänge zusammengelegt werden und noch nicht nachgerüstet werde"*(8).

Ähnlich unverbindlich ist auch die entsprechende Aussage im Leitantrag gehalten, wo die SPD neben einem „Freeze" einen *„allgemeinen Abbau der nuklearen Rüstung"* im *„Gesamtrahmen der START und INF-Verhandlungen"* fordert. Für die Sowjetunion geht es bei den britischen und französischen Raketen immerhin um Systeme, die fast unbemerkt von der Öffentlichkeit aktuell einer umfassenden qualitativen Modernisierung und einem gigantischen quantitativen Ausbau unterzogen werden, an desssen Ende auch ohne die amerikanischen U-Boot-Raketen in den europäischen Randmeeren die doppelte Zahl an Sprengköpfen von Westeuropa aus auf die Sowjetunion gerichtet sind, als heute von sowjetischem Territorium aus auf Westeuropa zielen. Karsten Voigt fordert von der Sowjetunion als Gegenleistung für einen Verzicht auf die „Nachrüstung" die Reduzierung ihrer Systeme auf die Zahl 95. Voigt schlägt vor, der Westen solle die „Nachrüstung" verschieben und den Aufschub um so länger währen lassen, je mehr die Sowjetunion schrittweise ihren Raketenbestand kürzt. Der Westen könne für jeden Monat, um den der Beginn der „Nachrüstung" hinausgeschoben würde, den Abbau von zehn SS-20-Raketen verlangen. Dann würden aufgrund der letzten Vorschläge Andropows zunächst neun zusätzliche Verhandlungsmonate ohne „Nachrüstung" gewonnen (8a).

Die Verantwortung für den Vollzug der „Nachrüstung" wird somit der Sowjetunion zugeschoben. Gleichzeitig hält sich die SPD damit die Option offen, der Stationierung doch noch zu einem späteren Zeitpunkt ihre Weihe zu erteilen, sollte die Sowjetunion nicht mit der einseitigen Beseitigung ihrer eurostrategischen Systeme beginnen. In Anbetracht der anlaufenden Stationierung, ist allerdings beim besten Willen und Glauben nicht davon auszugehen, daß die Sowjetunion die Stationierung neuer NATO-Mittelstreckenraketen ausgerechnet mit dem Abzug ihrer eurostrategischen Systeme beantwortet. Die Sowjetunion wird sich wohl eher dazu bemüht fühlen, einige weitere SS-20-Raketen mit Ziel Westeuropa zu dislozieren.

Ein Sieg der „Integrationisten"

Mit der „konditionierten Nein" hat sich in der SPD der integrationistische Kurs von Brandt und Vogel erfolgreich durchgesetzt. Es war die erklärte Absicht der Mehrheit der Parteiführung, einen Leitantrag zu formulieren, dem sämtliche relevanten Strömungen der Partei ihre Zustimmung erteilen konnten. Ein „Nein" auch für „Ja-Sager".

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Parteilinke war bereits vor dem Parteitag, um keine Kontroversen mit dem rechten Flügel aufkommen zu lassen, vom „fundamentalistischen Nein" abgerückt. Einwände linker Genossen, der Leitantrag des Parteivorstandes enthalte „*zu viel Lyrik*" und bleibe in vielen Formulierungen zu schwammig, konterte der SPD-Linke Conradi mit dem Satz: „*Wenn der Leitantrag mit 30 Gegenstimmen durchgeht, dann nehme ich auch die Lyrik hin*" (9). Däubler-Gmelin warb dafür, „*die gesamte SPD über die Brücke zu bekommen*", und Erhard Eppler ergänzte: „*Wir müssen beweisen, daß wir in der Lage sind, die Partei von links zu integrieren und mit der Minderheit anders umzugehen, als mit uns umgegangen wurde*" (10).

An einer Auseinandersetzung mit dem „konditionierten Nein" des Leitantrages war den „Linken" um der Einheit der Partei Willen einmal mehr nicht gelegen. Von einem Sieg der „Linken" zu reden, wie dies Eppler, Hartung, Klose, Däubler-Gmelin, Conradi, Lafontaine u.a. nun tun, widerspricht schlicht den Tatsachen. Daß nun auch die Mehrheit des rechten Parteiflügels dem Leitantrag der Parteiführung ihre Zustimmung erteilten, hat mehr mit Opportunismus und dem eingeschränkten „Nein" des Leitantrages zu tun, als daß dies der Überzeugungsarbeit der „Linken" geschuldet ist. Den Ausstieg aus der Logik des NATO-Doppelbeschlusses hat die SPD noch lange nicht vollzogen. Ein „Nein ohne jedes Ja" hat dies jedoch zur unabdingbaren Voraussetzung.

Selbst Richard Löwenthal, Rechtsaußen in der Grundwertekommission beim Parteivorstand und Gegner einer auch nur taktisch motivierten Öffnung der SPD gegenüber den „neuen sozialen Bewegungen", hatte vor dem Parteitag ein „konditioniertes Nein" befürwortet. Und auch Schmidt, Apel, Wischnewski u.a., die gegen den Leitantrag stimmten, konnten diesen von seiner Tendenz her mittragen. Apel hatte selbst bereits Wochen zuvor ein „konditioniertes Nein" empfohlen. Apel hatte seinerzeit das vorzeitige „Nein" einiger Unterbezirke kritisiert. „*Es ist zu früh, jetzt nein zu sagen. Insbesondere ist es zu früh, der Sowjetunion zu signalisieren, daß sie keine Konzessionnen mehr machen müsse. Die optimale Lösung wäre, wenn die Supermächte ihre Verhandlungen für eine begrenzte Zeit verlängerten. In dieser Zeit sollte der Westen auf eine Nachrüstung verzichten und die So-*

Supermächte ihre Verhandlungen für eine begrenzte Zeit verlängerten. In dieser Zeit sollte der Westen auf eine Nachrüstung verzichten und die So-

wjetunion mit dem Verschrotten der SS-20-Raketen beginnen". Dies brächte „*die Supermächte in Übereinstimmung mit der Mehrheit des deutschen Volkes*"(11). Im Falle eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen sollte die Entscheidung der SPD so ausfallen, „*daß die SPD offen bleibt für weitere Entwicklungen ... deshalb sollten wir eine Formulierung finden, die unsere Position im Spätherbst verdeutlicht, uns aber offenhält für weitere Enwicklungen. Dies ist die einzige Chance, die eine Oppositionspartei hat, um mit ihrem begrenzten Mitteln weiterhin Druck auf die Supermächte zur atomaren Abrüstung auszuüben*" (12). Schmidt, Apel, Wischnewski und Co. verzichteten bewußt auf die Ausarbeitung eine eigenen alternativen Antrages. Wenn sie auf der anderen Seite aber auch nicht dem Leitantrag des Parteivorstandes ihre Zustimmung erteilen, so war dies darin begründet, daß das „konditionierte Nein" nicht „konditioniert" genug ausfiel. Hätte der Parteivorstand sein „Nein zum j e t z i g e n Zeitpunkt" konkreter gefaßt, etwa in Form eines A u f s c h u b e s der Stationierung um eine b e f r i s t e t e n Zeitraum, in dem die Sowjetunion ihrerseits einseitigen Abrüstungswillen unter Beweis stellen müßte, hätte ein entsprechender Leitantrag wohl auch die Zustimmung von Schmidt, Apel, Wischnewski und Co. gefunden. Ein derartiger Leitantrag hätte allerdings einen eigenen Antrag der „Linken" geradezu herbeibeschworen und die SPD wohl auch in der Auseinandersetzung mit der Bundestagsfraktion der GRÜNEN schlecht aussehen lassen.

Anmerkungen:
1 „Spiegel" 46/1983
2 „Spiegel" 44/1983
3 „FAZ" v. 14.9.1983
4 „Zeit" v. 18.11.1983
5 ebenda
6 ebenda
7 „Vorwärt" v. 20.10.1983 und „FAZ" v. 10.11.1983
8 ebenda
8a ebenda
9 „FR" v. 19.11.1983
10 ebenda
11 „FAZ" v. 7.10.1983
12 ebenda

dsm

Eine überfällige Diskussion beginnt

Es gehört zu den entscheidenden „Fehlern" der Friedensbewegung, sich nicht schon längst und rechtzeitig darüber verständigt zu haben, ob und wie sie nach der Stationierung der neuen Raketen weiteragieren will. Zahlreiche Kräfte hatten dies als absolutes Tabu-Thema, das vom gemeinsamen Kampf ablenken würde, behandelt. Auch auf der letzten Aktionskonferenz, wo bereits allen klar war, daß die NATO auch gegen den Wunsch des großen Teils der Bevölkerung stationieren würde, wollte die Regie noch einmal die Vertagung dieses Themas. Bisher hat dieses Vorgehen vor allem der SPD genutzt, die mit ihrem Einschwenken auf eine Ablehnung der Stationierung zum jetzigen Zeitpunkt in dieses Vakuum vorstößt. So ist es alles andere als ein Zufall, daß nun auf einmal zahlreiche Persönlichkeiten, die bisher z.B. für den Krefelder Appell und andere Aktionen der Friedensbewegung gezeichnet haben, nun plötzlich unter dem Willy-Brandt-Appell auftauchen, der weit hinter bisherige Forderungen der Friedensbewegung zurückfällt.

Inzwischen wächst aber die Erkenntnis, daß eine Debatte über die weiteren Forderungen der Friedensbewegung notwendig geworden ist. Die nächste Konferenz der Friedensbewegung Mitte Februar wird dies zum zentralen Gegenstand haben.

Es wird auch zu einer neuen Debatte zur Frage der Volksbefragung und Volksentscheid kommen, die bisher arg stiefmütterlich behandelt worden ist. Dazu wird es Anfang des Jahres eine eigene Konferenz geben.

Allerdings ist es derzeit vollkommen offen, ob und welche fruchtbaren Ergebnisse dabei herauskommen können. Wenn z.B. die DFU (aus dem KoFAZ-Spektrum) in einem vorläufigen Debatten-Vorschlag die zentralen Parolen vorschlägt:

— Stoppt die neuen Atomraketen in Europa!
— Für das Einfrieren der Rüstung!
— Für eine atomwaffenfreie Zone in Europa!
— Für Arbeit und Frieden!

— Für das Einfrieren der Rüstung!
— Für eine atomwaffenfreie Zone in Europa!
— Für Arbeit und Frieden!

so wird einmal mehr deutlich, daß dieser Katalog vor allem darauf ausgelegt ist, der SPD- und DGB-Spitze nicht weh zu tun.

Die auf der Kölner Konferenz anwesenden „Unabhängigen" Kräfte haben sich darauf verständigt, ihrerseits an das gesamte bisherige Friedensbündnis die Forderung heranzutragen, gemeinsam und bedingungslos a l l e Atomwaffen in der BRD abzulehnen. Die breite Ablehnung der neuen Mittelstreckenraketen beruht ja gerade darauf, daß inzwischen klar ist, daß jede Atomkriegsplanung, auch wenn sie immer wieder als „Abschreckung" verkauft werden soll, auf eine Selbstmordoption hinausläuft. Insofern geht es der Friedensbewegung nicht um symbolische Schritte (Begrenzte Atomwaffenfreie Zonen, wie im Palme-Plan vorgeschlagen) und Hoffnungen, daß die Atommächte auf Verhandlungsebene sich (schrittweise) einigen mögen (wo bisher das Gegenteil herausgekommen ist). Es gibt überhaupt keinen Grund, weniger als den Abzug aller Atomwaffen aus der BRD zu verlangen.

Gleichzeitig darf diese Forderung nicht einer konventionellen Aufrüstung das Wort reden, wie es die SPD-Spitze gerne möchte und damit konventionelle Kriegs- und Siegesstrategien der NATO Vorschub leistet, die bereits längst das Planungsstadium verlassen haben, sondern gerade parallel zu den Mittelstreckenraketen entwickelt wurden.

Weiterhin haben sich die unabhängigen Kräfte darauf verständigt, selbst ein Treffen am 21./22. Januar in Frankfurt (oder sonst in Osnabrück) durchzuführen, wo dies und eine weitergehende gemeinsame Plattform der unabhängigen Kräfte beraten werden soll. Das Kölner Vortreffen hat sich dabei auf folgende Punkte der Diskussion schon verständigt:

— Diskussion um die Forderung: BRD raus aus der NATO;

— Ablehnung jedes deutschen oder europäischen Nationalismus';

aus der NATO;

— Ablehnung jedes deutschen oder europäischen Nationalismus';

— Solidarität mit Antimilitaristen bzw. antimilitaristischen Bewegungen in Osteuropa;
— Entwicklung zu einer Antimilitaristischen Bewegung; konsequente Verweigerung gegenüber Rüstung und Militär, sei es aus pazifistischen Beweggründen oder aufgrund der Tatsache, daß es angesichts aggressiver NATO-Kriegsplanung nur diese Ablehnung geben kann;
— Gegen die weltweite NATO-Interventionspolitik und für die Unterstützung von Befreiungskämpfen.

Wir werden in den kommenden Ausgaben des ARBEITERKAMPFES diese Diskussion als Schwerpunkt behandeln (was auch eine Aufforderung für Stellungnahmen, Thesenpapiere usw. ist). In dieser Ausgabe drucken wir ein Papier nach, das auf der Aktionskonferenz in Köln verteilt wurde und was den Austritt aus der NATO zum Thema hat.

Wenn es auch umstritten ist, daß die NATO-Mitgliedschaft eindeutig „infrage" gestellt werden müsse, und dies selbst in der letzten Presseerklärung des Bonner Koordinationsausschusses gemacht wurde, gibt es doch Bedenken, selbst in eine „Plattform" der Unabhängigen Kräfte diese Forderung aufzunehmen. Dabei spielen einerseits bündnispolitische Rücksichten eine Rolle, bei anderen steht eine Ost-West-Orientierung im Hintergrund, d.h. eine Orientierung, die mehr oder weniger generell ihre Forderungen nicht gegenüber den Herrschenden in diesem Lande sondern an beide Militärblöcke richten will. Zum anderen dokumentieren wir Auszüge aus einem Papier, das aus dem unabhängigen Spektrum (aus Ulm) stammt und für Diskussionen vor Ort erstellt und verteilt worden ist.

Wir beschränken uns dabei auf die Teile des Papiers, die sich auf zukünftige inhaltliche Forderung beziehen.

Wir beschränken uns dabei auf die Teile des Papiers, die sich auf zukünftige inhaltliche Forderung beziehen.

Dokument

Kein Frieden mit der NATO



Seit einigen Monaten wird in Kreisen der Friedensbewegung verstärkt diskutiert, ob der vielbeschworene Minimalkonsens, der das komplizierte Bündnis zusammenhält, nicht einer inhaltlichen Erweiterung bedarf. In diesem Zusammenhang wird auch die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO genannt. Es spricht einiges dafür, daß die Forderung nach Austritt aus der NATO in der nächsten Zeit auch über den linken Rand der Friedensbewegung und das unmittelbare Anhängerpotential der GRÜNEN hinaus auf Zuspruch stoßen wird. Von daher wäre die Erweiterung des Minimalkonsens um diese Forderung unseres Erachtens auch keine sektiererische Angelegenheit.

Führt mensch sich die zahlreichen Erhebungen bezüglich der Stationierung zu Gemüte, so fällt ihm auf, daß zwar bis zu 70% und mehr eine Stationierung der neuen eurostrategischen Atomwaffen beim Scheitern der Genfer Verhandlungen ablehnen, ein noch größerer Prozentsatz der Befragten allerdings gleichzeitig den Verbleib der BRD in der NATO befürwortet. Hieraus ergibt sich, daß auch die Mehrheit der Stationierungsgegner heute n o c h nicht dazu bereit ist, die Zugehörigkeit der BRD zur NATO in Frage zu stellen. Daß die neuen Raketen Bestandteil einer a g g r e s s i v e n K r i e g s f ü h r u n g s s t r a t e g i e sind, wird heute noch von der Mehrheit der Bevölkerung nicht gesehen. Die mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung zur NATO beruht auf einer angenommenen Bedrohung der BRD durch den Warschauer Pakt. Das Dilemma der Friedensbewegung ist, daß ein Großteil der 70%-Mehrheit gegen die Stationierung die angebliche Bedrohung der BRD durch den Warschauer Pakt für größer erachtet, als die von der Stationierung und der damit verbundenen Kriegsführungsstrategie ausgehende Gefährdung unserer Existenz. Daß dies so ist, daß die totale Verweigerung jeder Beteiligung an militärischen Handlungen und deren Vorbereitung sich noch nicht als massenwirksame Alternative zur herrschenden U n sicherheitspolitik durchsetzen konnte, hat sich die Friedensbewegung letztlich selbst zuzuschreiben. Ganz offensichtlich ist es bislang der Friedensbewegung nicht gelungen, das tatsächliche Ausmaß der von der NATO und ihrer Politik ausgehenden Bedrohung zu vermitteln.

Doch sind hier Entwicklungen zu registrieren, die uns hoffen lassen. So ist laut Umfragen in der Bevölkerung ein wachsender Hang zur „Äquidistanz" auszumachen, was darauf schließen läßt, daß die Identifikation mit der NATO eher abnimmt. Und jenseits „linker" NATO-Austrittsbegründungen besteht unseres Erachtens die Möglichkeit, daß der sicherheitspolitische Konsens in der BRD in den kommenden Jahren einen Bruch erleben wird. Vorausgesetzt, es gelingt der Friedensbewegung, diesbezüglich eine radikale u n d populäre Strategie zu entwickeln. Die heute noch utopisch anmutende Forderung nach Austritt aus der NATO könnte dann eine für die Herrschenden unheilvolle Eigendynamik annehmen.

Der sicherheitspolitische Konsens wird zur Zeit - neben der Stationierung neuer eurostrategischer Atomraketen - insbesondere durch folgende strategische Überlegungen dør USA und der NATO überstrapaziert:

a. Die Strategie der „horizontalen Eskalation", die einen Kriegschauplatz außerhalb des NATO-Geltungsbereiches (Naher/Mittlerer Osten) mit einem potentiellen Kriegsschauplatz in Europa verknüpft.

b. Die „Airland-Battle"-Strategie, die den Übergang der NATO von der „Vorne"- zur „Vorwärts"-„Verteidi-

Fortsetzung nächste Seite

Wie soll es weitergehen?

Auszüge aus einem »Beitrag zu einer Zwischenbilanz und Positionsbestimmung« — für die Ulmer Diskussion erstellt von Martin Kuckenberg

... und inhaltliche Vertiefung/Thematische Ausweitung unserer Arbeit

Dies ist meiner Überzeugung nach der Punkt, der über die mittel- und langfristigen Überlebenschancen der Friedensbewegung entscheidet. Die Sache ist ganz einfach: Wenn die Friedensbewegung eine „Ein-Punkt-Bewegung" bleibt, so wird sie zu dem Zeitpunkt, wo endgültig klar ist, daß dieser eine Punkt (weg mit den neuen Raketen) nicht erreicht werden kann, einen sehr schnellen und unrühmlichen Abgang von der Bildfläche machen und in sich zusammenfallen. Die einzige Möglichkeit, dies zu verhindern und ein sinnvolles Weiterbestehen der Bewegung (und auch wahrscheinlich in geschrumpftem Umfang) in der Nach-Stationierungszeit zu erreichen, besteht in einer rechtzeitigen (d.h. jetzt zu beginnenden) Ausweitung der Aktivitäten auf andere Fragen und Themenbereiche im Komplex Friedensarbeit/Antimilitärismus; dies keinesweg in „Konkurrenz" zu dem weiterlaufenden (und in gewissem Sinne erst jetzt schärfer beginnenden) Widerstand gegen Pershing-2 und Cruise Missiles, der im Gegenteil von der Horizonterweiterung nur profitieren kann. Eines jedenfalls ist sicher: Wie immer man den bisherigen Umgang mit dem Minimalkonsens auch beurteilen mag, in der Nach-Stationierungszeit wäre ein Minimalkonsens, der den Horizont der Bewegung weiter künstlich auf die Raketen verengt, Mord — nein, richiger: Selbstmord der Friedensbewegung.

Ich möchte im Folgenden nicht den Versuch machen, einen fertigen „Katalog" von Fragen und Themen zu präsentieren, die wir in der nächsten Zeit verstärkt (bzw. in den meisten Fällen: erstmals) aufgreifen sollten. Die folgenden Punkte mögen nur als Beispiel dafür dienen, daß wir solche Themen nicht lange „suchen" müssen, sondern daß es eine ganze Latte von Punkten und Aufgaben gibt, die mit der Nachrüstungsfrage organisch verbunden sind, zu einer richtig verstandenen Anti-Kriegs-Arbeit eigentlich ganz selbstverständlich dazugehören und von uns schon längst hätten aufgegriffen werden sollen. Bisher sind wir nicht dazugekommen, im bevorstehenden Winter und in der Nach-Stationierungszeit wird es aber endgültig zur Existensfrage der Bewegung, das Vernachlässigte nachzuholen und an diesen „neuen" Aufgaben zu arbeiten, zunächst mal theoretisch, dann auch zunehmend praktisch.

Die NATO-Kriegsmaschinerie besteht nicht nur aus Pershing-2!

Ein Vertiefung der Raketenproblematik erfordert es, in der eigenen Diskussion wie auch in der Öffentlichkeit stärker auf die Gesamtstrategie der NATO (bzw. auch des Warschauer Paktes) und dafür zur Verfügung stehende atomare wie konventionelle Waffenarsenal als Ganzes einzugehen. Ohne Kenntnis dieses militärisch-politischen Gesamtrahmens ist es letztlich auch nicht möglich, die Bedeutung einzelner Waffensysteme (z.B. auch Pershin-2 und Cruise Missiles) richtig einzuschätzen. Hier hinein gehören Fragen wie die Entwicklung der NATO-Strategien seit dem 2. Weltkrieg (natürlich auch der Strategien des Warschauer Paktes), besonders aber Beschäftigung mit dem Air-Land-Battle-2000-Papier der NATO (das bisher, gemessen an seiner Bedeutung, sträflich vernachlässigt worden ist). Eine solche Auseinandersetzung würde nicht nur helfen, die isolierte Fixierung auf zwei Waffensysteme (Pershing-2 und Cruise Missiles) zu korrigieren und die Offensivstrategie der NATO als Ganzes (einschließlich ihrer konventionellen Bausteine) stärker ins Blickfeld zu rücken; sie würde auch dazu beitragen, der rationalen, politischen Einschätzung ein größeres Gewicht gegenüber der rein moralischen Beurteilung zu verschaffen, was ich für einen wichtigen Fortschritt hielte.

Die Diskussion und Positionsbestimmung in dieser Richtung ist schon seit längerem dringend überfällig, wenn man z.B. bedenkt, daß der gleiche Gerd Bastian, den wir alle wegen seines Engagements gegen die „Nachrüstung" schätzen, gleichzeitig (und ohne das als Widerspruch zu empfinden) im Verteidigungsausschuß des Bundestages der Anschaffung moderner Kampfhubschrauber, die sich hervorragend in das Air-Land-Battle-2000-Strategie der NATO einpassen, zugestimmt hat. Und das ist ganz sicher keineswegs ein nur auf seine Person beschränktes Problem; die von verschiedenen Seiten vorgetragenen Konzepte, die eine verstärkte konventionelle Aufrüstung als angebliche Alternative zur atomaren Hochrüstung propagieren, sind in der Friedensbewegung keineswegs ausdiskutiert, noch nicht einmal richtig andiskutiert — wahrscheinlich würden nicht unwesentliche Teile der Bewegung sich auf die Scheinalternative einlassen und spontan Sympathie für solche Konzepte äußern. Auch die ganze Frage, inwieweit wir uns überhaupt (unter heutigen Bedingungen) auf eine Diskussion über „Alternativen zur jetzigen Militärpolitik" einlassen, gehört in diesen Bereich und harrt der Diskussion.

Perspektive ist aber letztlich, um das klarzustellen, nicht nur die theoretische Diskussion dieser Fragen, sondern letztlich die Aktion gegen die NATO-Kriegsstrategie, ihre Bestandteile und Mechanismen — warum sollte sich hier die Opposition nicht genauso auf die Straße tragen lassen wie in der Frage der Raketen?



Position beziehen zu den real stattfindenen Kriegen in der Welt!

Ein Fortschreiten von der „Anti-Raketen-Bewegung" zur Anti-Kriegs-Bewegung erfordert es auch, den bisherigen Eurozentrismus, die alleinige Fixierung auf die drohende atomare Auseinandersetzung in Europa, zu korrigieren. Der Kampf gegen diese drohende Gefahr muß verbunden werden mit dem klaren Auftreten gegen die heute schon real stattfindenden Kriege und Interventionen des Imperialismus, besonders in der Dritten Welt. Es ist etwas unheimlich und gibt zu denken, wenn im Laufe der letzten zwei Jahre mehrmals viele hunderttausend Menschen gegen die Raketenstationierung auf die Straße gingen, in diesen gleichen zwei Jahren jedoch die Ereignisse in Polen, Libanon und Grenada kaum einen Hund hinter dem Ofen hervorlockten, die wenigen dazu stattgefundenden Demonstrationen sich mit einigen hundert oder tausend Teilnehmern begnügen mußten. Noch mehr zu denken gibt es, wenn wir uns zurückerinnern, daß die englische Friedensbewegung sich seinerzeit nicht dazu durchringen konnte, eindeutig gegen Maggie Thatcher's Falkland-Krieg Stellung zu beziehen, sondern daß diese Frage dem „Minimalkonsens" zum Opfer fiel. Eine Friedensbewegung mit einem solchen „Minimalkonsens" ist hart auf der Klippe, ihren Namen nicht mehr zu verdienen!

Wenn wir an die Stichworte Grenada, Nicaragua und Naher Osten denken, so liegt die Gefahr neuer kriegerischer Feldzüge insbesondere des US-Imperialismus in der Dritten Welt kurz- und mittelfristig wesentlich näher als die Gefahr eines atomaren Schlagabtauschs hier in Europa. Deshalb muß der Opposition gegen solche „begrenzten" konventionellen Kriege und Aggressionen und der Solidarität mit den Opfern (und dem Widerstand), insbesondere in der Dritten Welt, entschieden mehr Gewicht beigemessen werden als bisher. Die USA wie auch die Bundesregierung müssen wissen — dies als Zielprojektion —, daß Agressionen wie in Grenada oder gar eine Intervention gegen Nicaragua in Zukunft nicht mehr so einfach durchgehen, sondern auf den konzentrieten (und militanten) Widerstand der Friedensbewegung in ihrer ganzen Breite stoßen. Wenn die glei-

Opfern (und dem Widerstand), insbesondere in der Dritten Welt, entschieden mehr Gewicht beigemessen werden als bisher. Die USA wie auch die Bundesregierung müssen wissen — dies als Zielprojektion —, daß Agressionen wie in Grenada oder gar eine Intervention gegen Nicaragua in Zukunft nicht mehr so einfach durchgehen, sondern auf den konzentrieten (und militanten) Widerstand der Friedensbewegung in ihrer ganzen Breite stoßen. Wenn die glei-

chen Hunderttausende, die am 22.10. gegen die Raketen auf die Straße gingen, nicht auch gegen eine US-Intervention in Nicaragua oder im Nahen Osten zu mobilisieren wären, so wäre das ein Armutszeugnis.

Freilich hängt dies sehr stark von der „Alltagsarbeit" ab, die wir schon jetzt in dieser Richtung leisten. Schon heute kann und muß begonnen werden, eine entspr. „öffentliche Meinung" zu schaffen, um nicht am Nullpunkt beginnen zu müssen, wenn entspr. Ereignisse eintreten und schnell und massiv reagiert werden muß. Unumgänglich wird dabei eine engere politische und organisatorische Zusammenarbeit der Friedensbewegung mit Dritte-Welt-Gruppen sein.

Bundesrepublik raus aus der NATO!

Diese Forderung, wenngleich nicht neu, gewinnt durch die Ereignisse der letzten Jahre („Nachrüstung", Machtübernahme der absoluten hard-liner in den USA, Nahost- und Mittelamerika-Politik der USA in Nicaragua) eine Aktualität wie seit den Zeiten des Vietnam-Krieges nicht mehr. Wenn die USA ihre in Grenada jüngst wieder praktizierte Politik des „Weltpolizisten" verstärkt fortführen (und alle Anzeichen deuten darauf hin), so hat die Forderung alle Chancen, von breiteren Teilen der Friedensbewegung (und der Öffenlichkeit!) aufgegriffen und getragen zu werden. Die Tatsache, daß schon jetzt von nachdenklicheren Leuten im bürgerlichen Lager (Lafontaine, Merseburger) offen über die Bündniszugehörigkeit debattiert wird, zeigt, daß die Ereignisse selbst — ohne unser Zutun — diese Frage auf den Tisch gebracht haben, und daß wir Gefahr laufen, der Entwicklung hinterherzuhinken, wenn wir sie weiter ausklammern. Meiner Meinung nach muß „BRD raus aus der NATO" mittelfristig zur wichtigsten flankierenden Forderung der Friedensbewegung werden, von der alle konkreten Aktionslosungen begleitet werden, und die auch in der Öffenlichkeitsarbeit breiten Raum einnehmen muß.

Allerdings sollten wir dabei durch rechtzeitige, gründliche Diskussion Sorge dafür tragen, daß diese Forderung nicht mit einer „nationalistischen" Schlagseite vorgetragen wird, wie es bei den oben erwähnten bürgerlichen Autoren/Politikern z.T. der Fall. Es muß klargestellt werden, daß die Alternative zur heutigen Stellung der BRD als Juniorpartner bzw. Erfüllungsgehilfe der USA im Rahmen der NATO keineswegs eine Position wie die Frankreichs sein kann, mit eigener „nationaler" atomarer Hochrüstung, mit eigener „nationaler" Kolonialpolitik usw., und daß wir die NATO-Mitgliedschaft auch nicht deshalb bekämpfen, um einen neuen imperialistischen, nur diesmal europäischen, Militärbündnis den Weg zu bahnen. Unseren Kampf gegen die NATO verstehen wir vielmehr als Teil eines Kampfes gegen imperialistische Politik überhaupt, unter der Perspektive der Auflösung aller Militärblöcke (weshalb auch die Auseinandersetzung über die Rolle des Warschauer Paktes hier hineingehört). Es ist nicht nur gegen die Politik der USA gerichtet, sondern auch gegen imperialistische Praktiken der Bundesepublik, z.B. in der Türkei, die nur unter dem „Schutzschild" der NATO stattfinden können.

Blockübergreifende Friedensbewegung

Dieser Begriff ist in Gefahr, zu einem Schlagwort, einer leeren Worthülse zu verkommen, und trotzdem bezeichnet er eine wichtige Aufgabe. Wir alle — mit Ausnahme der Freunde in der DKP, die sich in dieser Frage selbst Scheuklappen angelegt haben — wissen, daß die Sowjetunion keinesweg unbeteiligt am Wettrüsten und der Verfestigung des Blocksystems war und ist, daß die Staaten des Warschauer Paktes im Innern stärker (und v.a. plumper) durchmilitarisiert sind als bei uns der Fall, und daß von daher keineswegs nur ideologische Verwirrung ist, die neuerdings auch in Jena oder Halle/Saale unabhängige Friedensdemonstranten in (äußerst vorsichtigen und gemäßigten) Demonstrationen auf die Straße treibt. Wir alle — wie gesagt — wissen das, und doch hat die Tatsa-

festigung des Blocksystems war und ist, daß die Staaten des Warschauer Paktes im Innern stärker (und v.a. plumper) durchmilitarisiert sind als bei uns der Fall, und daß von daher keineswegs nur ideologische Verwirrung ist, die neuerdings auch in Jena oder Halle/Saale unabhängige Friedensdemonstranten in (äußerst vorsichtigen und gemäßigten) Demonstrationen auf die Straße treibt. Wir alle — wie gesagt — wissen das, und doch hat die Tatsa-

che, daß jede Erwähnung dieser Punkte in den bestehenden Aktionseinheiten sofort und mit tödlicher Sicherheit zu stereotypen Machproben zwischen DKP/KOFAZ-Spektrum und „Unabhängigen" nach primitiven „ja/nein"-und „dafür/dagegen"-Fragestellungen führt, bisher jede differenzierte Diskussion dieser Fragen verhindert. Sie sind aber wichtig, und deshalb bin ich dafür, mit ihrer Unterordnung unter den sowieso zu revidierenden (s.o.) „Minimalkonsens" endlich Schluß zu machen und sie offen auf den Tisch zu bringen.

Unter „differenzierter Diskussion" verstehe ich, z.B. in der Frage der sowjetischen Militärpolitik nicht bei der moralischen Verurteilung stehenzubleiben, wie es bis jetzt viele unabhängige Friedensgruppen mehr oder weniger tun, sondern konkret zu untersuchen: Welchen Triebkräften folgt die sowjetische Militärpolitik im Vergleich mit der Westlichen, ist sie überlegen/unterlegen, ist sie eher als offensiv oder defensiv einzustufen usw. Was z.B. die unabhängige DDR-Friedensbewegung betrifft, so sollten wir uns nicht auf die Anerkennung ihrer grundsätzlichen Berechtigung und Unterstützungswürdigkeit beschränken, sondern auch detailierter Fragen: Gibt es auch Positionen dieser Bewegung, mit denen wir uns nicht einverstanden erklären können, handelt es sich also um eine uneingeschränkte oder um eine „kritische" Solidarität? Nur auf einer solche Basis lassen sich konkrete Solidaritätsaktionen sinnvoll planen und können wir vermeiden, einerseits der antikommunistischen Propaganda der Politiker und Medien bei uns, andererseits der Totschweige- und „Minimalkonsens"-Politik der DKP in dieser Frage auf den Leim zu gehen.

(Weggelassen wurden von uns die Teile, die sich auf die bisherigen Erfolge und die Niederlage, weil die Stationierung jetzt stattfinden, beziehen, ebenso wie die Vorstellungen zur Enwicklung des Widerstandes und neuer unabhängiger Strukturen)

Fortsetzung von vorheriger Seite

gung" an der europäischen Zentralfront markiert. Der Strategie der „horizontalen Eskalation" wie der „Airland-Battle"-Strategie, der jeder defensive Charakter abzusprechen ist und die dem Warschauer Pakt unverhohlen mit einem „Präventivkrieg" und der Besetzung Osteuropas droht, ist bereits von Teilen der SPD widersprochen worden. Wir halten es allerdings für fatal, wenn die SPD-Führung einerseits das „Airland-Battle"- Konzept für nicht konsensfähig erklärt, andererseits aber dem „Rogers-Plan" (der mit „Airland-Battle" direkt korrespondiert) unter dem Aspekt der „Entnuklearisierung des Gefechtsfeldes" ihre Zustimmung erteilt. Hier wird einmal mehr die falsche und verhängnisvolle Gleichung aufgemacht, „atomar = aggressiv" und „konventionell = defensiv". Die partielle „Entnuklearisierung des Gefechtsfeldes", die Ersetzung atomarer Waffen kurzer und kürzerer Reichweite durch modernes konventionelles Gerät und die Verlagerung des taktischen Nuklearpotentials von den Gefechtsfeldwaffen hin zu den Mittelstreckenraketen (gemäß der Strategie des „deep strike"), verfolgt einzig und allein den Zweck, den „Abschreckungsfrieden" an der europäischen Zentralfront aufzubrechen, um auch hier, im Schatten nuklearer Overkillpotentiale, den Krieg wieder führbar und siegreich gestaltbar zu machen. Mit den Bestrebungen der Friedensbewegung nach einem „atomwaffenfreien Europa" sollte dies alles herzlich wenig zu tun haben.

Um etwaigen, immer wieder beliebten Einwänden und Mißverständnissen vorzubeugen: Die Alternative zu einer „NATO-freien-Zone" BRD heißt nicht, eigentständige militärische Großmacht Westeuropa (oder BRD). Wir halten es für einen Ausdruck von Bildungsnotstand, wenn der Vorsitzende der JuSos die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO mit der Behauptung kontert, ein seitens der Friedensbewegung erzwungener Austritt der BRD aus der NATO würde automatisch die eigenständige Imperialmacht BRD auf den Plan setzen. Ein derartiger Einwand unterstellt der NATO defensive Absichten und bändigendes Einwirken auf die Großmachtsehnsüchte der BRD. Es mag den JuSos entgangen sein, daß die BRD in den 13 Jahren sozialliberaler Regierungspolitik zur politischen, ökonomischen und militärischen Großmacht avanciert ist, die sich längst einen eigenen außenpolitischen Aktionsradius erkämpft hat. Die BRD ist Mitglied im NATO-Bündnis (und denkt auch gar nicht daran, diese Mitgliedschaft in Frage zu stellen), weil sich ihre aggressiven Absichten gegenüber der „3.Welt" und den Staaten des Warschauer Paktes mit denen der NATO insgesamt decken. Die innenpolitische Seite dieser ein und derselben Medaille besteht bekanntlich darin, daß hier Bedingungen durchgesetzt werden, die den Ausbeutungsbestrebungen einer herrschenden Minderheit dienen. Massenarbeitslosigkeit, Abbau von Sozialleistungen, Einführung der Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger, Rationalisierung, Automatisierung, Heimarbeit für Frauen bei gleichzeitiger Technisierung des Haushaltes einerseits und Rüstung zum Krieg zwecks Eroberung neuer Märkte andererseits sind Ausdruck einer menschenverachtenden Politik. Wir gehen davon aus, daß eine „NATO-freie-Zone" BRD von ihrer gesellschaftspolitischen Verfaßtheit her anders aussehen wird, als das zum „Krieg drängende" Gesellschaftssystem, mit dem wir heute konfrontiert sind.

Wir hielten es für schädlich, wenn die nun aufgenommene Debatte um einen NATO-Austritt der BRD in eine Debatte über „alternative Verteidigungsstrategien" oder über eine „bessere", weil „konventionell bewaffnete" und „regional begrenzte" NATO einmünden würde, wie dies Sozialdemokraten im Auge haben. Wir können es uns an dieser Stelle nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, daß die Übernahme militärischer „alternativer Verteidigungsmodelle" durch die Friedensbewegung einen schweren Bruch mit heiligen Prinzip der Gewaltfreiheit zur Folge hätte.

Die Forderung nach Austritt aus der NATO muß seitens der Friedensbewegung einseitig und bedingungslos formuliert werden. Die Einlösung dieser Forderung darf nicht an die Bedingung der gleichzeitigen parallelen Auflösung des „anderen Blockes" geknüpft werden. Wir werden damit lediglich den historischen Ursachen der „Blockstruktur" und der gegenwärtigen „Blockkonfrontation" Rechnung tragen. Zudem verhält es sich mit der Auflösung der Blöcke nicht anders wie mit der Abrüstung: Fordert mensch Abrüstung global und als gleichzeitig zu erfolgenden Prozeß, kommt dabei gewöhnlich nichts heraus, denn die Ding heben sich dann nun einmal gegenseitig auf. Abrüstung im „anderen Block" erreichen wir nur dadurch, daß wir zunächst diesseits der Blockgrenze, vor unserer eigenen Haustür, reale Abrüstungsschritte durchsetzen, die im „anderen Block" entsprechenden Abrüstungsschritte ermöglichen würden. Die Auflösung des „anderen Blockes" werden wir dementsprechend nur erreichen, wenn wir zuvor „unsere" Blockstruktur aufkündigen.

SO, WIE DIE DINGE STEHEN, LAUTET FÜR UNS IN DEN NÄCHSTEN JAHREN DIE FRAGE SCHLICHT, EINFACH UND UNAKADEMISCH:
TO BE OR NATO BE!

Dietrich Schulze-Marmeling, Werner Rätz, Jürgen Jacoby, C.E.v. Schmeling, Hans-Hermann Teichler.
Bernd Weidmann

V.i.S.d.P.: Werner Rätz, Konrad-Adenauer-Platz 1, 5300 Bonn 3

Nachherbst-Debatte bei den Autonomen

Ein Papier aus der Autonomen-Szene (abgedruckt in der „taz") versucht eine Neubestimmung autonomer Politik nach dem „heißen Herbst". Es scheint, als ob es von Teilen der Szene, die Krefeld und Fallingbostel als Niederlage des autonomen Lagers betrachten, mit großem Beifall aufgenommen worden ist.

Nochmals wird in dem Papier bekräftigt, daß die Friedensbewegung mit ihrer Verengung auf den Anti-Stationierungs-Minimalkonsens den Zusammenhang zwischen Raketenpolitik und Krisenpolitik sträflich vernachlässigt und sich damit selbst auf reine Ohnmachts- und Demutsrituale reduziert habe. In diesem Sinne sei sie inzwischen völlig gleichgeschaltet; Überraschungen seien nicht mehr zu erwarten. Die Autonomen seien gegen die gemeinsame Front staatlicher Raketenstrategie und Gewaltverzicht predigender verstaatlichter Friedensbewegung machtlos. Sie befänden sich „*in der Zange zwischen dem Staat und der Bewegung*"; dieser sei inzwischen jeder Verrat zuzutrauen. „***Die Aktivisten der Standleitungen würden keinen Augenblick zögern, um zusammen mit dem Polizeiapparat entsprechende Fallen aufzubauen, die Manifestationen der paar tausend Autonomen gemeinsam zu zerschlagen und sie ins nächst gelegene Stadion deportieren zu lassen.***" Großdemonstrationen, zentrale Aktionen, „Blockaden und schließlich sogar die Nachrüstung" selbst, erscheinen in dem Papier als „F a l l e" zur „L i q u i d i e r u n g" der Autonomen, zur Durchführung von „*Abräumaktionen italienischen Ausmaßes*".

Über das zu erwartende Ergebnis der Herbst-Aktionen heißt es: „*Wahrscheinlich werden sich die polizeilichen Knüppelschwinger gegenüber den kollektiven Demutsgesten zurückhalten. Die Angst, die die Vorzeiger der Gesten ja immerhin auf die Straße treibt, wird sich nach Beendigung der Demutsveranstaltungen jedoch nicht verflüchtigen, sondern verstärken. Die friedensbewegten Mittelständler werden zwar nicht die Unfallambulanzen bevölkern,* **dafür werden aber psychische Zusammenbrüche und Demoralisierung die Folge sein. Wer eine Bewegung organisiert, daß sie notwendig in den Individuen zu einer Zerstörung der Selbstachtung führt, begeht ein gigantisches politisches Verbrechen.**"

Angesichts der gegebenen Situation bestehe auch für die Autonomen die Gefahr, sich zu demoralisieren. Daher sei es jetzt eine Frage des Überlebens der autonomen Kräfte, dem Regime auf dem von ihm (und der verstaatlichten Friedensbewegung) bestimmten Kampfterrain „*auszuweichen*" und stattdessen zu klären, „*wie man stark genug wird, um etwas Eigenes auf die Beine zu stellen*" und den Gegner da anzugreifen, wo er es nicht erwartet. In diesem Sinne wird vorgeschlagen:

„*Sich auf der Herbstfront unangreifbar zu machen, sich nicht in die Zange zwischen Regime und organisierter Gewaltlosigkeit zu stellen, nicht Zielscheibe für eine Abräumaktion zu werden, sondern überraschend dezentral dort anzugreifen, wo BGS und Polizei nicht aufgefahren sind und wo die Standleitungen nicht funktionieren* (gegebenenfalls ihre Funktion auch aktiv zu stören — an anderer Stelle des Papiers, AK-Red.)*; nicht bei Massenaufmärschen, sondern von dezentralen Gruppen aus zuzuschlagen; die Vorbereitungen für verdeckte Aktionen zu verstärken.*

Damit verbunden ist zugleich die Aufforderung, das Thema des Raketenherbstes auszuweiten und auf den eigentlichen Kern des Regimeangriffs zu konzentrieren: auf den Zusammenhang von Krisenpolitik und Raketenherbst. Nicht eine Konfrontation á la Brokdorf oder eine Massenaktion á la Bremen 1980 sind dazu geeignet, darauf ist das Regime gefaßt und es würde sich nicht scheuen, die Autonomen tausendfach einfahren zu lassen. Die Gewaltfreien würden das Spalier bilden.

Das Regime würde nur dann verunsichert sein, wenn es mit neuen Bewegungsformen konfrontiert würde, die in seinen eigenen Lagebeurteilungen nicht vorkommen. Wenn ihm seine eigene Melodie vorgespielt würde, wenn im Herbst parallel zur Leier der Gewaltlosigkeit und parallel zum Protest gegen die Raketenstationierung die sozialpolitischen Institutionen angegriffen würden, die am Anfang und am Ende seiner sozialpolitischen ‚Wende' stehen. Wenn die jetzigen und die zukünftigen Strukturen der Verarmungs- und Vernichtungspolitik mit in den Blickpunkt gerieten, wenn die Kataster der Arbeitsämter und der Kriegsverpflichtung zur Zwangsarbeit brennen, wenn die Lebensmittelkartendepots und die Supermärkte geräumt werden würden."

Was dieses — und ähnliche andere Papiere und Überlegungen — für die Praxis bedeutet, bleibt abzuwarten.

Zur Sache Schätzchen

Gegen den vielfach erfragten Mehrheitswillen der Bevölkerung hat der Bundestag der Raketen-Stationierung zugestimmt. Darüber waren sich die Abgeordneten, auch und gerade diejenigen des Regierungslagers, durchaus bewußt. Nicht umsonst ihre peinliche Beschwörung des Parlaments, das allein und frei von jedwedem Druck zu entscheiden habe (als ob es von Washington und Brüssel nicht weit massiveren Druck gegeben hätte als von der „Straße"!). Nicht umsonst ihre giftigen Ausfälle gegen „Demoskopen und Demonstranten". Aber auch die SPD betonte ein ums andre Mal, daß sie unerschütterlich zum repräsentativen System steht und den Beschluß respektieren werde. Da ist man ja noch nicht einmal bereit, vor's Bundesverfassungsgericht zu gehen.

Mit der Zustimmung zum Vollzug der NATO-„Nachrüstung" ist auch der Antrag auf Durchführung einer konsultativen Volksbefragung praktisch entschieden, also abgelehnt (was nicht heißt, daß DIE GRÜNEN ihren Gesetzentwurf jetzt von sich aus zurückziehen sollten. Wie man freilich so dämlich sein konnte, nicht einmal verbal einen Aufschub bis zur Entscheidung über die Volksbefragung zu verlangen, bleibt eines der vielen Geheimnisse dieser Partei).

Die Herrschenden fällen eine Entscheidung, die uns dem Krieg näher bringt. Sie setzen sich diktatorisch über die Bevölkerungsmehrheit hinweg.

Was tut die Friedensbewegung? Ihre Funktionäre — oder jedenfalls ein Teil davon — schlagen die Organisierung einer autonomen Volkbefragung zum Termin der Europawahlen (17.6.84) vor, eine Idee, die ursprünglich von linken Sozialdemokraten stammt (siehe „MOZ" 11/83). In der Zwischenzeit sollen — neben dem bis-

stammt (siehe „MOZ" 11/83). In der Zwischenzeit sollen — neben dem bis-herigen Aktionsangebot von direkten gewaltfreien Aktionen bis zum zivilen Ungehorsam — „Volksbefragungen" an den Hochschulen, in Betrieben, Straßen, Lehrwerkstätten (nach unten hin sind keine Grenzen gesetzt) stattfinden. Wer sich damit noch nicht ausgelastet fühlt, der darf in sog. „Bürger- oder Gegenparlamenten" auch mal „Abgeordneter" spielen. Und ewig klappern die Gebetsmühlen...

Die Volksbefragung sollte natürlich ein Mittel sein, um den Bundestag an der Zustimmung zur Stationierung zu hindern. Sie sollte durch Dokumentation und möglichst Festschreibung der Mehrheiten in der Bevölkerung einen optimalen Druck auf das Parlament ausüben. Es ist aber schleierhaft, wie eine Kampagne, die zur rechten Zeit von der Friedensbewegung eher stiefmütterlich behandelt wurde, im Nachhinein noch zum großen Hit werden soll — und das als autonome Unterschriftensammlung, also ohne machtpolitische Relevanz. Mensch fragt sich auch, warum linke SPD-Abgeordnete, von denen nicht ein einziger bereit war, den Gesetzentwurf für eine konsultative Volksbefragung im Bundestag mitzutragen, sich jetzt für diese Idee erwärmen. Dem Versuch, an einem einzigen Tag an die 20 Millionen Unterschriften zu sammeln, soll nicht von vornherein jede politische Bedeutung abgesprochen werden. Es bleibt genügend Zeit, die Vor- und Nachteile eines solchen Unterfangens gründlich abzuwägen, und es wird Anfang nächsten Jahres auch noch eine Konferenz dazu stattfinden. Klar ist jedenfalls, daß man — wollte man eine solche Volksbefragung in eigener Regie ernsthaft versuchen — dazu über 100 000 Aktive, einen Millionen-Etat und eine gute Organisierung braucht. Man bräuchte also Organisationen wie die SPD oder den DGB. Ergo: Wenn d i e es versuchen wollen, werden wir ihnen nicht in den Rücken fallen (sondern ein scharfes Auge auf die F r a g e s t e l l u n g werfen). Und wir werden sie auch nicht im Stich lassen, wenn die Bundesregierung die Illegalisierung einer solchen Aktion betreibt.

Zurück zur Realität: In Hessen läuft nach wie vor das Volksbegehren für den Frieden. Der Gesetzesentwurf, der dieser Aktion zugrundeliegt, bedeutet ein ABC-waffenfreies Hessen. Auch diese Kampagne sollte natürlich in erster Linie die Forderung nach einer bundesweiten Volksabstimmung v o r der Bundestagsentscheidung über die Stationierung demonstrativ unterstützen. Doch sie enthält auch noch eine andere Option, die jetzt zur Geltung kommt. Hessen soll aussteigen aus dem Vollzug der Nachrüstung. So hat die Intiative erklärt, wenn eine Zentralregierung einen Krieg vorbereite, sei es das zwingende Recht der formal unterstellten Länder, aus der Aufrüstungs und Konfrontationspolitik des Bundes auszuscheren.

In diesem Sinn laufen jetzt auch in Baden-Württemberg Vorbereitungen für ein landesweites Volksbegehren. Dort, im Bundesland, das die Pershing II beherberger soll, finden die nächsten Landtagswahlen statt, am 25.3.84. Sie sind zweifellos von bundesweiter Bedeutung. Gewinnt Späth, so wird die Bundesregierung dies als Beweis für die Untauglichkeit aller Meinungsumfragen und als Zustimmung der Bevölkerung zu den Raketen werten. In diesem Kontext stehen die Überlegungen der baden-württembergischen Volksbegehrens-Intitiative: Entweder findet ein Volksentscheid statt oder die Wahl muß zur Abstimmung über die Raketen werden.

Vielleicht können diese Länder-Plebiszite ungeahnte Perspektiven eröffnen. Eine diktatorische Regierung, die auf Krieg zusteuert, gehört ja eigentlich nach klassischer, nicht nur marxistischer sondern auch demokratischer, Lehre gestürzt. Da der Friedensbewegung, selbst wenn sie es wollte, die Mittel dazu fehlen, beschränkt man sich darauf, feierlich zu deklamieren, daß der Bundensregierung „die Legitimation" entzogen werden. „.... und was die Herrschenden sonst noch alles schreckt", pflegt die FAZ Derartiges zu kommentieren. Seien wir also Realpolitiker. Einfach Bundestags-Neuwahlen zu fordern, ohne sie durchsetzen zu können, wird ebenfalls nichts bewirken. Trotzdem muß die Überlegung dahin gegen, wie der CDU-Staat geschwächt und der Weg zu einer anderen, friedlicheren Regierung beschleunigt werden kann. Was wäre machbar?

ren, friedlicher Regierung beschleunigt werden kann. Was wäre machbar?

Im Bereich des Möglichen scheint zunächst einmal Neuwahlen in einzelnen Bundesländern zu sein. Gefragt ist also nach Ländern, in denen man a) Neuwahlen erzwingen und b) CDU-Regierungen zu unser aller Wohl ablösen kann. Der Rest ist zwangsläufig. Im Saarland hält sich eine korrupte CDU/FDP-Koalition sowieso nur deshalb an der Macht, weil offenbar bislang niemand anders auf diesen Schleudersesseln sitzen wollte. Dazu sollten sich jetzt fortschrittliche Menschen schweren Herzens bereit erklären und zwar nicht ohne ein mit den Arbeitern abgestimmtes wirtschaftliches Aktionsprogramm. Alles drängt dort auch p r a k t i s c h hin zu einer Verbindung von Friedens- und Arbeiterbewegung. Und wir haben den Volksentscheid zur Durchsetzung von Neuwahlen. Wie auch in Westberlin, wo dieses Verfahren bereits einmal erfolgreich praktiziert wurde (dort beugte sich der SPD-Senat seinerzeit freiwillig). Gerade für die „Frontstadt" brechen mit dem Klimaeinsturz zwischen Ost und West bedrohliche Zeiten an. Auch dort steht man vor dem wirtschaftlichen Bankrott, und die Regierung demonstriert Zuversicht nur, um die vollttständige Ratlostigkeit bürgericher Politik zu vertuschen.

Neue Männer/Frauen braucht das Land. Länder, die sich zur ABC-waffenfreien ZHone erklären und die die Krise mit Arbeitszeitverkürzung, selbstverwalteten Betrieben und alternativer Produktion anpacken. Birne, der Kampf geht weiter!

de, Frankfurt

Dokument

Jusos = Perspektive

Wir dokumentieren hier Auszüge aus einem Rundschreiben, das der Juso-Chef Rudolf Hartung nach der 4. Aktionskonferenz mit heißer Nadel zusammengehauen hat.

Wir schenken uns den Teil, wo der Chef der weitaus zweitbedeutungslosesten Organisation, die sich für die größte hält, überall verbindlich zu „Mahnwachen" bei ihren Abgeordneten, zu Zeitungsanzeigen und Aktionsinitiativen „verbindlichste" Order gibt (im Koordinierungsausschuß während der Aktionskonferenz behauptete er, es stehe bei ihnen schon alles, so daß niemand mehr für die Bonn-Aktion am 21.11. Zeit hätte).

Wir versichern zudem, daß sein Auseinandersetzungsstil auf der Aktionskonferenz noch eher u n t e r dem Niveau lag, welches hier im Rundschreiben angeschlagen wird.

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen!

Trotz eines teilweise chaotischen Ablaufs hat die Aktionskonferenz der Friedensbewegung am Wochenende einige wichtige Ergebnisse gebracht, über die wir Euch über die Presseberichte hinaus informieren wollen.

Ob alles Beschlossene auch verwirklicht werden kann, hängt nicht zuletzt von uns Jungsozialisten ab, da wir immerhin eine der größte Organisationen sind, die im 26er-Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung vertreten sind.

Folgende Punkte, die für die Arbeit aller Juso-Arbeitsgemeinschaften, -Unterbezirke und Bezirke verbindlich sein sollten, möchten wir besonders hervorheben:

Es folgt die Aufforderung „noch in den nächsten Tagen". Mahnwachen und Besuche bei Abgeordneten, Anzeigen in Zeitungen und überall Kundgebungen und Fackelmärsche für den 21.11. für 17.00 Uhr zu organisieren. „Arbeitsniederlegungen" und Schulstreiks sollen die „große Mehrheit" gegen die Raketenstationierung verdeutlichen. Es geht dann weiter:

Da wir am 21. Oktober (es ist wohl November gemeint — Anm. AK), *d.h. an einem Arbeitstag, die großen Massendemonstrationen in Bonn nicht wiederholen wollen und können, haben Jungsozialisten, DFG/VK und Aktion Sühnezeichen bei den Beratungen der Friedenskoordination deutlich gemacht, daß wir großes Gewicht auf das dezentrale Handeln der Friedensbewegung und der Arbeiterbewegung legen.*

Was für den 21. Oktober (auch hier ist wohl November gemeint — Anm. AK) *in Bonn geplant wird, soll in dieser Woche im Koordinierungsausschuß besprochen werden.* ***Für uns kommt für Bonn im wesentlichen nur eine regionale Mobilisierung infrage.*** *Darüber hinaus solltet Ihr Euch an den Delegationen aus den Wahlkreisen (s. Beschlußpapier) beteiligen.*

4. Das Diskussionsklima von Teilen der Grünen und der selbstautorisierten Autonomen gegen Jusos und andere war teilweise schwer erträglich. Der zentrale Konfliktpunkt gegenüber vielen Autonomen liegt nach wie vor darin, daß wir Jungsozialisten die 3/4 ***Mehrheit gegen die Raketen mit Demonstrationen, Streiks, spontanen Aktionen ausbauen, festigen und wirksam machen wollen, während ein Teil der Grün-Autonomen mit der Mehrheit nichts anfangen kann, sondern auf innere Radikalisierung drängt.***

Etwas verkürzt fand die Auseinandersetzung an der Planung der Aktion am 21. November (der Groschen ist gefallen — Anm. AK) *statt. Ein Teil der Autonomen hantierte mit dem Spruch „Aktionsziel in Bonn am 21. ist das Rednerpult des Bundestages"; demgegenüber habe ich für die Jusos die Position vertreten, daß unser Ziel die Verhinderung der Raketenstationierung, der Abbau der bei uns stationierten und auf uns gerichteten Raketen und letztlich auch der Sturz der Raketenkoalition in Bonn ist. Perspektive statt Nur-Aktionismus.*

...

Rudolf Hartung

(Hervorhebungen im Original)



Mutlangen bei der Stationierung — für die Jusos zu viel action

Helmut Schmidt und die „Nach"rüstung im „Spiegel"

Es darf gelacht und geweint werden

Würden Helmut Schmidt, Jimmy Carter und andere heute zu einem ihrer Memorial-Treffen bei den neuen Mittelstreckenraketen in Europa weilen, so würden diese Veranstalter des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, der heute in die Stationierungstat umgesetzt wird, in düstere Depressionen verfallen und Krokodilstränen vergießen. Bloß schade, daß jeder Auftritt von Helmut Schmidt heute 20.000 Dollar kostet, sonst ließe sich die Sache schnell arrangieren, die im „Spiegel" (14.11.83) unter dem Titel „*Schmidt, der Gefangene*" skizziert wurde.

Klein Fritzchen stellt sich die Politik zu einfach vor: Er glaubt, Helmut Schmidt habe tatsächlich neue Mittelstreckenraketen der NATO haben wollen, nur weil er sie 1977 in London öffentlich gefordert hatte und weil er sich auch später immer wieder als Vater des NATO-Doppelbeschlusses feiern ließ. Aber weit gefehlt, wie wir sehen werden: das hat Helmut alles nicht gewollt. — Klein Fritzchen denkt auch, Jimmy Carter habe die Raketen gewollt, weil er ja immerhin damals Präsident der NATO-Vormacht USA war — doch wiederum weit gefehlt.

Es handelt sich vielmehr um höchst menschliche Verwicklungen: Helmut Schmidt wollte eigentlich gar keine neuen Raketen, — so der „Spiegel" — sondern war nur darauf bedacht, daß die eurostrategischen Waffen in die SALT-Gespräche einbezogen werden. Weil Carter nicht reagierte, sei er — so Schmidt 1982 zu Journalisten — damals „so wütend" gewesen, „*daß ich beschloß, die Regierung Carter öffentlich zu kritisieren.*"

Wut ist bekanntlich ein schlechter Ratgeber, denn so kam es zu seiner Londoner Rede, wo er gegen die sowjetische Übermacht bei den eurostrategischen Waffen „ausreichende Mittel" der NATO forderte. Und damit hatte sich Schmidt, schlußfolgert der „Spiegel" messerscharf, „*ausgeliefert*" und „*den nachdrängenden Falken die Rechtfertigung*" für „*jede Menge neue ‚Mittel' in Europa*" an die Hand gegeben.

Doch damit leider nicht genug: Dann kam noch Carters Patzer, der ja solche Bauchschmerzen mit der Neutronenwaffe hatte, die in seiner Amtszeit zur Produktion anstand. Weil Carter so „soft" war, wurde er beraten, das Neutronen-Programm beizubehalten, „*schon um der Falken-Nachrede entgegenzutreten*". (Ein ganz schlauer Trick.)

Allerdings wollte Carter, um nicht als „*Menschenfresser*" zu erscheinen, den Europäern den Wunsch nach der Neutronenbombe aufschwatzen, dem er sich dann hätte beugen können. Das schrieb sein Sicherheitsberater Brzezinski 1977 in sein Tagebuch. Tatsächlich bekam Carter im März 1978 die Zusage von Helmut Schmidt für die Stationierung dieser Bombe in der BRD. Doch dann bissen bei einem Angelausflug Carters offenbar die Fische immer daneben, vielleicht hat es auch geregnet. Jedenfalls seien ihm bei einem Ausflug an die Georgia-Küste „wieder Zweifel" gekommen, weiß der „Spiegel" zu kolportieren. Carter ließ die Produktionsentscheidung verschieben — und „*die Hölle war los*". Diese „ehrenwerten Gewissensbisse" seien dem guten Mann aber als „*Fiasko seiner Führungsfähigkeit*" und als „*Debakel für das Bündnis*" ausgelegt worden. Dieser vorübergehende Gewissensanfall sei die „w a h r e W u r z e l" für den Beschluß zur „Nachrüstung" gewesen; nun mußte man diese Sache auf Teufel-komm-raus durchziehen. „*Zweifel über die militärische Notwendigkeit*" mußten bei diesen sensiblen Politikern rigoros beiseite geräumt werden, denn ohne das „*würde Amerikas Führungsrolle in der NATO zerfallen*", und das mußte selbstverständlich verhindert werden.

In Guadeloupe mußten Anfang 1979 die versammelten Regierungschefs der NATO-Großen auf ihrem Vierer-Gipfel diese bittere Pille herunterwürgen. Helmut Schmidt habe wie „*ein zerissener Mann*" mit „*bösen Ahnungen*" dagestanden, sollen Carter und Brzezinski in ihren Memoiren festgehalten haben. Er sei in „*melancholisches Jammern*" verfallen über die Atomwaffenabhängigkeit der NATO. Callagan (Großbritannien) habe dann die Idee gehabt, „*erst einmal mit den Russen zu reden*". Giscard d'Estaing, der offenbar Schmidt nicht weinen sehen konnte, habe schließlich den Doppelbeschluß erfunden.



Süddeutsche Zeitung

So waren diese Politiker „*im Strudel ihres blinden Dranges, Handlungsfähigkeit zu beweisen*", auf die schiefe Bahn geraten. Das Teufelswerk nahm seinen Lauf. E r s t n a c h h e r (der Schmidt hat offenbar nie Militärstrategie-Planungen gesehen oder gelesen) habe man die „*destabilisierende Wirkung*" der Pershing 2 erkannt, die ja in so wenigen Minuten schon die UdSSR erreichen könnte. Und, oh Schreck, e r s t n a c h h e r kapierte man, daß „einige Leute" (darunter besonders Brzenzinski) auch noch den „subtilen Zweck" im Hinterkopf gehabt hatten, mit den neuen Raketen „die Kriegsführungsoptionen" zu untermauern, die in der Direktive 59 von Carter (wohlgemerkt) Ende 1979 festgeschrieben wurden. Nun war (allzu spät erkannt von unseren besten Politikern) Europa in die Rolle der Geisel irgendeines US/SU-Konfliktes „irgendwo auf dem Globus" geraten.

„*Da kann es nicht mehr wundernehmen, daß die so fahrlässig agierenden Politiker in der Illusion, die NATO und die nukleare Abschreckung zu retten, ein so existenzbedrohendes Desaster auf das Bündnis herabbeschworen haben*". Es sei die „*Frage ..., ob der Realpolitiker Schmidt wußte, was er tat. Er an erster Stelle mußte bekennen, woran es denn lag ..., daß er mit der wichtigsten Entscheidung seiner Kanzlerschaft das verheerende Gegenteil von allem erreichte, was er erreichen wollte*". Und nun mußte der Arme auch noch gegen die neue SPD-Wende, gegen die CDU, ja gegen a l l e, im Bundestag zu seinem damaligen Beschluß stehen. Dieses Drama ...

Klein Fritzchen muß umdenken. Die Bundeskanzler und die sonstigen Regierungsgrößen sind alle herzensgut. Von der Sache verstehen sie gar nichts, aber beim Angeln, bei ihren netten Kaffeekränzchen müssen die Armen trotzdem Beschlüsse über Atomraketen fällen, von denen sie eigentlich keine Ahnung haben. Das kann schon mal daneben gehen, zumal wenn so hinterlistige Politiker wie Brzezinski oder heute Reagans Crew komplizierte Kriegspläne damit aushecken, die man leider erst viel zu spät durchschaut. Birne ist ja auch so gut und ahnungslos.

Ich finde, die sollten doch alle zusammen einen Schmalzfilm drehen. Das ist nicht so gefährlich, und Reagan ist ja auch geübter darin. Bloß, wer übernimmt dann das Regieren?

Japan:

Politische Gefangene zum Tode verurteilt

Anfang 1975 wurden vier Mitglieder der Ostasiatischen Anti-Japanischen Bewaffneten Front verhaftet, Ende 1979 wurden die Urteile gesprochen: Daidoji Masashi und Kataoka Toshiaki wurden zum Tode verurteilt, Kurokawa Yoshimasa zu lebenslänglicher Haft und Arai Mariko zu 8 Jahren Gefängnis. Diese Urteile wurden Ende Oktober dieses Jahres vom Gerichtshof in Tokio bestätigt, und nach Angaben des Unterstützungskomitees der Gefangenen besteht die reale Gefahr, daß zum ersten Mal seit 1945 an politischen Gefangenen in Japan die Todesurteile vollstreckt werden.

Die vier gehören einer Organisation an, die mit der Taktik einer Stadtguerilla den japanischen Imperialismus in Südostasien bekämpft.

„*Der japanische Imperialismus drang in zahlreiche Gebiete Asiens ein und kolonisierte sie, von früheren Zeiten bis heute beutet er die einheimischen Völker aus und richtet Massaker unter ihnen an. Das Volk der Ainu (eine Minorität im Norden von Japan), die Bevölkerung von Okinawa (einer Bevölkerungsgruppe im Süden), das koreanische Volk, das Volk von Formosa, das chinesische Volk und verschiedene andere Völker Südostasiens antworteten auf diesen imperialistischen Genocid mit der Organisierung bewaffneter Anti-Japanischer Kämpfe, die gerade jetzt gegen die neue kolonialistische Aggression des japanischen Imperialismus geführt werden*" (Aus einer Erklärung des Unterstützerkomitees).

Die Aktionen der Gruppe bestanden in den siebziger Jahren vor allem in Sprengungen von Kriegerdenkmälern und Monumenten, die die Kolonialkriege Japans in den asiatischen Nachbarländern verherrlichten. Zahlreiche Bombenattentate richteten sich gegen Filialen und Verwaltungen der großen japanischen Konzerne wie Mitsubishi. Bei dem Anschlag auf Mitsubishi kamen zahlreiche Menschen ums Leben, was von der Gruppe im Nachhinein selbstkritisch bedauert wurde und einen der zum Tode verurteilten dazu brachte, vom bewaffneten Kampf abzurücken.

nen der zum Tode verurteilten dazu brachte..vom bewaffneten Kampf ab-

Im Gerichtsverfahren wurde der Gruppe besonders ein geplantes Attentat auf Kaiser Hirohito zur Last gelegt. Hirohito sollte als Verantwortlicher für die Eroberungen Japans vor und im 2. Weltkrieg sowie für die Massaker an verschiedenen asiatischen Völkern zur Rechenschaft gezogen werden.

Seit dem 2. Weltkrieg wurden schon mehrere Todesurteile gegen politische Gefangene verhängt, bisher wurde aber keines vollstreckt. Nach Aussagen des Solidaritätskomitees ist zu befürchten, daß in diesem Fall der staatliche Mord vollzogen wird.

Informationen über das Unterstützungskomitee der Ostasiatischen Antijapanischen Bewaffneten Front P.O.Box 36 Arakawa, Tokyo, Japan.

Frankreichs Bischöfe:

Frankreichs Bischöfe:

»Rakete um Rakete, Bombe um Bombe«

„Kann denn Atomkrieg Sünde sein?" — „NEIN", antwortet Frankreichs wehrhafte katholische Kirche. Fast einmütig, bei nur zwei Gegenstimmen, stellten die am 8. November in Lourdes versammelten Bischöfe fest, Gott liebe zwar den Westen, den Osten aber nicht.

Da sind sogar die US-Bischöfe, abgesehen von der protestantischen Kirche in Frankreich selbst, „fortschrittlicher".

In ihrer Erklärung gehen die französischen Kirchenfürsten zunächst davon aus, daß Keiner den Krieg will, weil er Selbstmord bedeuten würde. Aber . . . es gibt da „ehemalige Demokratien im Zwangskorsett des Ostens', und es gibt auch „westliche Demokratien", die einem „permanenten Druck" ausgesetzt sind. Der Osten will sie „neutralisieren", bzw. noch schlimmer: er will sie „in die marxistisch-leninistischen Einflußsphäre einbeziehen".

Gewiß kann man keine Schwarz-Weiß-Einteilung machen — die Geistlichen sind durchaus kritischen Betrachtungen zugänglich: „*Die marxistisch-leninistischen Staaten haben nicht das Monopol auf den Imperialismus*".

Im Gegenteil: „*Sie machen sogar manchmal Schule bei ihnen total entgegengesetzten Systemen*".

Darüber soll man aber nicht vergessen: „*Es wäre ungerecht, alles gleichzusetzen und zum aggressiven und autoritären Charakter der marxistisch-leninistischen Ideologie zu schweigen*". Gerechtigkeit im Sinne des Evangeliums muß walten. Und ist es denn nicht so, daß die „*absolute Verurteilung jedes Krieges die pazifistischen Völker dieser Herrschaftsideologie gnadenlos ausliefert?*"

Der Pazifismus, naiv wie er ist, beherbergt tausende Gefahren: Nur weil sie dem Krieg entgehen wollen, könnten verirrte Brüder und Schwestern ganz andere Formen der Gewalt kennen lernen: „*Kolonisation, Entfremdung, Freiheitsentzug, Identitätslosigkeit*". Es ist sogar so: „*Letztendlich führt der Frieden um jeden Preis eine Nation zu allen denkbaren Kapitulationen*". Einseitige Abrüstung! Das würde dem Russen gerade passen! Sie würde „die Aggressivität der Nachbarn provozieren", die uns dann dankend überfallen würden. Gewiß — die Gewaltfreiheit ist im Sinne des Evangeliums. Aber sollen deshalb auch S t a a t e n gewaltfrei sein? D ü r f e n sie das überhaupt?

Nein: „***Die Kirche hat immer das Recht auf staatliche Gewalt anerkannt***". Die Gewaltfreiheit ist nur etwas für den Einzelnen, eine Privatangelegenheit. Die politische Macht, der Staat, muß für den Frieden den „eventuellen Aggressoren entmutigen" können. Das macht sie, indem sie „ihre Stärke" auch mal zeigt.

Und wie kann man dies besser tun als mittels der atomaren Abschreckung? Es ist natürlich bedauernswert, gewissermaßen auch problematisch — dennoch, „im aktuellen geopolitischen Kontext", bietet sich keine Alternative dazu an: „*In diesem Zustand von Gewalt und Sünde, der die Welt von heute kennzeichnet, haben die Politiker und das Militär die Pflicht, Erpressungen entgegenzutreten*". Und noch klarer formuliert: „*Zwischen Kapitulation und Gegen-Drohung muß man das kleinere Übel wählen.*"

Die Kirche erkennt deshalb die Notwendigkeit „einer bewaffneten Verteidigung" an; gleichzeitig „lädt sie ein, diese zu überholen".

Einige Tips gibt sie den weltlichen Herrschern:

— Es darf nur zu Verteidigungszwecken abgeschreckt werden.
— Überrüstung soll vermieden werden.
— Große Vorsicht ist zu beachten, damit Fehler nicht passieren.
— Außerdem darf nur diejenige Nation abschrecken, die sich gleichzeitig für die Erhaltung des Friedens qualifiziert hat.

(Ob damit Reagan der 1. Rang zugunsten von einem gewissen F.M. abgenommen werden soll?) Bibel-Experten sind aufgerufen: Handelt es sich hierbei um eine Neuauslegung der Bergpredigt?

Die Generäle und die Pfaffen — ein jahrhundertelang bewährtes Paar. Und Gott schweigt weiter!

Frankreich-Kommission

(Alle Zitate aus dem Dokument der Bischofs-Konferenz, „Le Monde", 10.11.83)



Für die Dauer des Besuches von Papst Johannes Paul II. in Österreich wurde das Tragen solch „beleidigender" T-Shirts verboten. (Photo: taz)

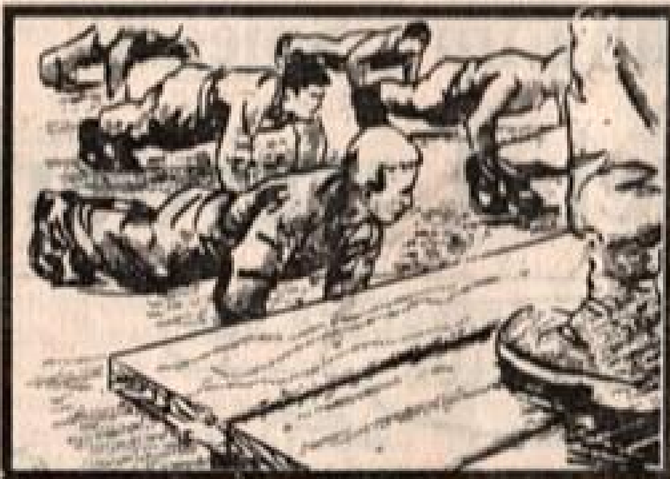
Neue Fakten über Bastians „Defensiv-Hubschrauber"

Wie berichtet hat der grüne Bundestags-Abgeordnete und Ex-General Gert Bastian im Verteidigungsausschuß „keine Einwände" gegen die geplante Anschaffung des neuen bewaffneten Hubschraubers PAH 2 gemacht, da er diesen als Schritt zu einer „defensiven Umstrukturierung" der Bundeswehr interpretiert.

Einige für die weitere Diskussion des Themas nicht uninteressante Details sind der „Frankfurter Rundschau" vom 24.11. zu entnehmen: Der als Panzerabwehrhubschrauber bezeichnete PAH 2 soll, wie seit längerem bekannt ist, von BRD und Frankreich gemeinsam gebaut werden. Ein Vertrag zur Abwicklung des Projekts ist bisher noch nicht unterzeichnet. Für die Rüstungsindustrie der BRD soll der PAH 2 Aufträge in Höhe von vier Milliarden DM bringen. „*Man will ein Regierungsabkommen entwerfen und Industrieangebote einholen. Das parlamentarische Zustimmungsverfahren wird im Frühjahr 1984 eingeleitet.*"...„**Z u n ä c h s t sollen die Hubschrauber mit der Abwehrrakete 'Hot' ausgerüstet werden, später auch mit n e u e n Raketensystemen, die sich nach dem Abschuß selbst ins Ziel steuern.**"

Das ist eine wichtige Information, weil bei der Beurteilung des PAH 2 die Umrüstbarkeit auf andere Waffensysteme eine große Rolle spielt. In der Grünen Partei scheint es übrigens glanzvoll gelungen zu sein, das heikle Thema folgenlos unter den Teppich zu kehren. Die „defensive Umstrukturierung" behauptet sich nach wie vor als anstandslos tolerierte Strömung in einer Partei, die als eines von vier tragenden Prinziepien angeblich die G e w a l t f r e i h e i t auf ihre Fahnen geschrieben hat. Inzwischen weiß man, daß dies Prinzip für viele Grüne nur im Umgang des Untertanen mit seiner Obrigkeit Gültigkeit hat.


GRUNDAUSBILDUNG: Der neue Rekrut probiert Uniform und Mütze an. Die Ausgehuniform paßt.


Die Rekruten machen Liegestütz. Ein Ausbilder führt die Aufsicht beim Sport.


Beim Küchendienst schält ein Soldat Kartoffeln. Ein anderer Soldat schüttet Kartoffeln aus einem Sack.


Dieses Kommando entgiftet Gerät. Die Soldaten tragen ihre Schutzmasken.

GERMAN
BASIC COURSE
ILLUSTRATED
MILITARY SITUATIONS
DEFENSE LANGUAGE INSTITUTE FOREIGN LANGUAGE CENTER

Von der Kleiderkammer bis ins Grab: Die US-Armee weist den Weg. Die Rundschau veröffentlicht Auszüge aus einem Militärsprachkurs, damit wir alle nach dem Atomkrieg gesund nach Hause kommen.

Wie wir den Krieg gewinnen

Oberst Hans-Joachim („Jack") Hoffner, deutscher Verbindungsoffizier bei den amerikanischen Streitkräften in Karlsruhe, war peinlich berührt. Als „schreckliche Sache" und „böse Geschichte" bezeichnete er den „German Basic Course" (siehe auch Titelseite), nachdem er sich auf Anfrage der Rundschau sachkundig gemacht und auch in Karlsruhe ein Exemplar des militärischen Sprachführers aufgetrieben hatte.

Dem US-Armee-Fortbildungswerk, das amerikanischen Soldaten Sprachkurse anbiete, sei das Werk zwar bekannt. Doch dort benutze man Kursunterlagen, die auch in zivilen Colleges verwendet würden.

Die Verlegenheit des Armeefunktionärs Hoffner hat mehrere Gründe: Erstens ist der schreckliche Sprachkurs militärische Geheimsache (ein Leser informierte die Rundschau). Zweitens wirft er ein ungünstiges Licht auf die Glaubwürdigkeit offizieller US-Verlautbarungen zur „Verteidigungspolitik". Und drittens bestätigt die Lektüre des Lehrbuches alle Vorurteile gegen die Nachrüstung.

Folgt man den Ausführungen des Basic-Course, der neben plumpen sprachlichen Fertigkeiten ja wohl auch militärisches Denken vermitteln will, so ist der begrenzte Atomschlag schon lange einkalkulierte Spielart des konventionellen Krieges. Der nukleare Ernstfall wird hier lapidarer in Bilder und Worte gefaßt als Guerilla- und Straßenkampf.

Zudem handelt es sich beim im Buch dargestellten „Engagement" eher um einen Angriffs- als um einen Verteidigungskrieg. Die US-Streitkräfte eröffnen das Feuer ohne erkennbare Not, überschreiten den Fluß, dringen vor, greifen an, schlagen auch zivilen Widerstand nieder, arbeiten mit „verbündeten Partisanen" im Hinterland des Feindes zusammen und besetzen sogar dessen zerstörte Hauptstadt. Modell Nicaragua?

Schleierhaft bleibt bei der Lektüre auch jegliche Notdurft der Nachrüstung seitens der Nato. Wer so gelassen ein paar Atomschläge einsteckt, braucht sich doch vor den SS 20, die nur bis Europa reichen, nicht zu fürchten. wos


KRIEG („Engagement"): „Feuer!" Die Geschütze eröffnen das Feuer. Unser Feuer bringt dem Feind große Verluste bei. Im Schutz der Dunkelheit nähert sich ein feindlicher Spähtrupp unseren Stellungen.
gen.


Aber ein Soldat tritt auf eine Mine. Er ist sofort tot. Ein anderer Soldat wird durch Splitter verwundet. Eine Leuchtpatrone geht hoch. Das Gefechtsfeld ist hell erleuchtet. Der Feind ist entdeckt.


Die Jabos greifen eine Fahrzeugkolonne an. Der Feind verliert eine große Anzahl schwerer Waffen: Panzer, Raketenwerfer und Atomkanonen. Eine Rakete schlägt irrtümlich in unsere Stellung ein.

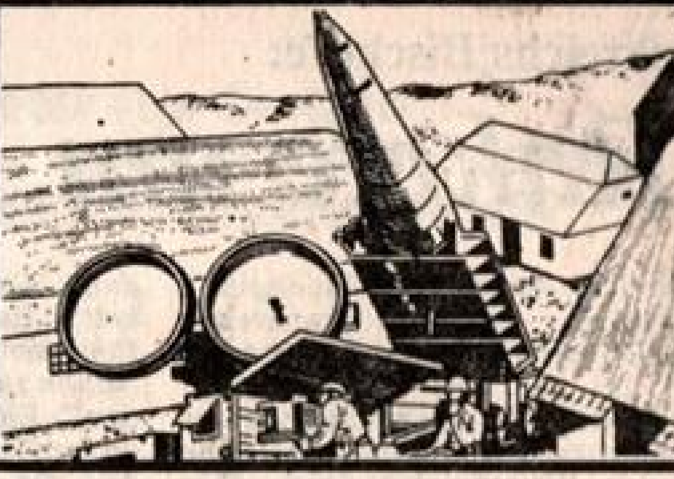


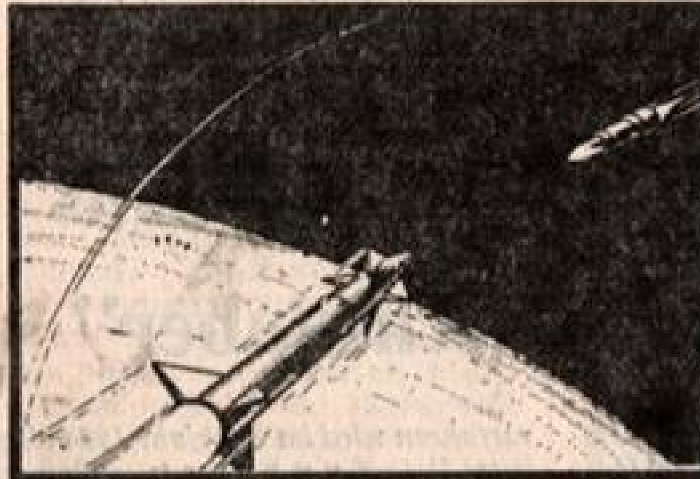
Ein Posten bringt Gefangene nach hinten. Dort verhört sie ein Vernehmungsoffizier mit seinem Dolmetscher. Ein Gefangener kennt die Genfer Konvention gut. Er gibt keine Informationen.

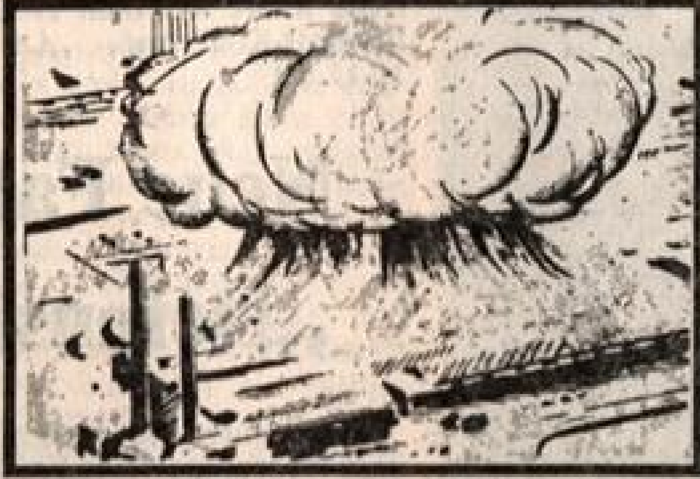

Krieg mit allen Mitteln: Jabos greifen einen feindlichen Eisenbahnknotenpunkt an. Sie bombardieren auch das Industrieviertel. Die Bomben treffen Fabriken, Lagerhäuser und Depots, Züge und Gleisanlagen.

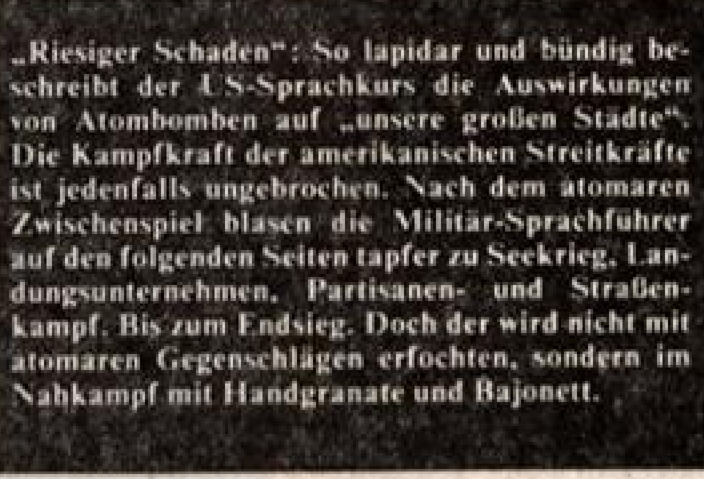

Es fallen Brandbomben und Bomben mit Zeitzünder. Wohngebiete bleiben nicht verschont. Schwere Bomber bekämpfen weit entfernte Ziele. Sie fliegen in großen Höhen. Die Bomben haben Fernsteuerung.


Diese Soldaten sind völlig demoralisiert. Sie geben den Widerstand auf. Nach diesem Anfangserfolg gehen unsere Truppen weiter vor. Sie stoßen tief ins feindliche Gebiet.


Atomarer Krieg: Der Feind feuert ballistische Raketen mit atomarem Sprengkopf ab. Ziel dieser Raketen sind unsere großen Städte. Unsere Radar- und Rechenanlagen verfolgen die Flugbahnen der feindlichen Raketen.


Flugkörper der Raketenabwehr steigen auf. Sie fangen die feindlichen Raketen ab. Sie bringen sie in der Stratosphäre zur Detonation.


Trotzdem finden einige feindliche Raketen ihr Ziel. Sie richten riesigen Schaden an.


„Riesiger Schaden": So lapidar und bündig beschreibt der US-Sprachkurs die Auswirkungen von Atombomben auf „unsere großen Städte". Die Kampfkraft der amerikanischen Streitkräfte ist jedenfalls ungebrochen. Nach dem atomaren Zwischenspiel blasen die Militär-Sprachführer auf den folgenden Seiten tapfer zu Seekrieg, Landungsunternehmen, Partisanen- und Straßenkampf. Bis zum Endsieg. Doch der wird nicht mit atomaren Gegenschlägen erfochten, sondern im Nahkampf mit Handgranate und Bajonett.


Unsere Panzergrenadiere dringen in die feindliche Hauptstadt ein. Die Panzer geben Feuerschutz. Ein Soldat bestreut ein Haus mit MG-Feuer.


Ein feindlicher Baumschütze sitzt in seinem Versteck. Einwachsamer Soldat schießt mit der Pistole auf ihn. Der Partisan fällt vom Baum runter.


Jetzt werden alle Zivilisten nach Waffen durchsucht. Vorsichtig betreten die Soldaten leerstehende Gebäude. Jedes Haus kann eine Minenfalle sein.


Die Soldaten heben die letzten Widerstandsnester im Nahkampf aus. Die Hauptstadt liegt in Trümmern. Unsere Truppen gelangen ins Stadtzentrum.


Die Soldaten kehren heim zu ihren Familien. Viele werden auch befördert. Fahnenabordnungen marschieren der Siegesparade voran.

Polizei:

Mehr Zivile — aber keineswegs ziviler

Spitzel in Krefeld, zivile Greiftrupps in Bremerhaven, ganze Horden ziviler Polizeischläger, die im Dunkeln, maskiert und hinterrücks operieren, bei der Springer-Blockade in Hamburg: die ‚neuen Methoden', mit denen die Polizei angeblich dem ‚organisierten Verbrechen' zuleibe rücken soll, greifen bei politischen Auseinandersetzungen in diesem unserem schönen Land um sich. Während die Polizei-Führung der Masse der Friedensbewegung im wesentlichen mit bemerkenswerter Zurückhaltung begegnete, indem sie zwar Präsenz und Eingreifbereitschaft zeigte, sich aber in der Regel mit dieser Drohung begnügte, wird gegenüber Minderheiten mit Sondereinsatztruppen ein Konzept der gezielten Verunsicherung, Einschüchterung bis hin zur brutalen physischen Konfrontation durchgezogen. Wer beurteilen will, ob und inwieweit die Polizei in diesem „heißen Herbst" deeskaliert hat, der oder die muß diese beiden Seiten polizeilichen Handelns zum Bild einer Gesamtstrategie oder, wie A.Stümper sagt, zu einem „umfassenden Konzept polizeilichen Handelns", zusammenfügen. So wird erkennbar: Zur „Konfliktdämpfung" gehört auch die durchkalkulierte und rücksichtslose Demonstration staatlicher Macht. Erhoffter Effekt: Entsolidarisierung der Mehrheit der potentiellen Friedensdemonstrierer/innen von militanten Minderheiten bei gleichzeitiger Bindung der Mehrheit an das staatliche Gewaltmonopol und freiwilliger Garantie für eigenen Gewaltverzicht.

Entscheidendes Instrument einer solchen Politik neben den als Drohpotential aufgefahrenen uniformierten Polizeimassen ist der seit Jahren im Zuge der Terrorismus-Hetze entwickelte „neue" geheimpolizeiliche Arm staatlichen Handelns.

Mit den neuesten Richtlinien der Innenministerkonferenz zur Arbeit von „undercover agents" (UCAs) sowie der nach dem Springer-Einsatz in Hamburg von Pawelczyk vorgelegten Hamburger Variante sollen diese Methoden als notwendige Reaktion auf „organisiertes Verbrechen" in der Öffentlichkeit legitimiert werden. Diese Entwicklung deutet zwar auf mehr zivile, aber keinesfalls zivilere Polizei.

Was ist nun diese „Organisierte Kriminalität", mit der die Polizei ihre geforderte Kompetenz-Erweiterung begründet? Gibt es tatsächlich eine „neue Qualität des Verbrechens"? Konkret wird „Organisierte Kriminalität" immer genannt im Zusammenhang mit Drogen- und Waffenhandel, Hehlerei, Wirtschaftskriminalität, Glücksspiel, Geldfälschung, Prostitution.

Wie jede Kriminalität wird auch die „Organisierte Kriminalität" erst dann zum polizeilichen Aufgabengebiet, wenn sie vom Staat oder speziell der Polizei als Verbrechen d e f i n i e r t wird. (Unter anderen gesellschaftlichen Verhältnissen wären das vielleicht Krupp oder die Deutsche Bank!).

Die „neue Qualität" des Verbrechens oder die „besondere Gefährdung der Inneren Sicherheit" durch „Organisierte Kriminalität" ist also eine polizeiliche Definition. Die tatsächliche Bedeutung der „Organisierten Kriminalität" oder gar ihre „neue Qualität" ist damit erst einmal nicht überprüfbar, zumal „Organisierte Kriminalität" noch nicht einmal gesondert in der Kriminalstatistik aufgeführt wird. Je mehr es der Polizei gelingt (z.B. durch publicity-trächtige Aktionen in dem von ihr neu definierten Aufgabengebiet), der Presse, der Öffentlichkeit und auch „dem Gesetzgeber" einzureden, diese Form der Kriminalität sei b e s o n d e r s gefährlich, schafft sich die Polizei s e l b s t zusätzlich Legitimität, in diesem Bereich zu agie-

b e s o n d e r s gefährlich, schafft sich die Polizei s e l b s t zusätzlich Legitimität, in diesem Bereich zu agie-

ren. (1)

Niemand wird bestreiten wollen, daß es auch hierzulande Verbrecherorganisationen gibt, Heroin- und Waffenhändlerringe z.B., und niemand wird bestreiten, daß ihre Methoden und Kommunikationsmöglichkeiten moderner geworden sind. Damit haben sie sich nur den mordernen Wirtschaftsmethoden angepaßt, wie das auch jede Behörde macht. Speziell die Polizei hat in den letzten Jahren auf diesem Gebiet kaum zu überbietende Fortschritte gemacht. Erwähnt sei nur die ausgebaute Datentechnik oder die hochorganisierten Sonderkommandos.

Erscheint schon damit die neue Qualität" der „Organisierten Kriminalität" als sehr fragwürdig, wird dieses Bild durch die Definition der Polizei selbst endgültig unglaubwürdig. Danach ist „Organisierte Kriminalität" ein *„arbeitsteiliges, bewußtes und gewolltes, auf Dauer angelegtes Zusammenwirken mehrerer Personen zur Begehung strafbarer Handlungen — häufig unter Ausnutzung modernster Infrastrukturen — mit den Ziel, möglichst schnell hohe finanzielle Gewinne zu erzielen."* (2) — Wenn diese Definition eine „neue Qualität" des Verbrechens ausdrücken soll, ist es ein gelungener Scherz! Sie triff Wort für Wort z.B. auf die Bande des „Lord von Barmbek" im Hamburg der 20er Jahre zu, ebenso wie für jede einigermaßen vernünftig organisierte Bande zu allen Zeiten. Die „neue Qualität des Verbrechens" durch „Organisierte Kriminalität" ist also kaum mehr als eine polizeiliche Fiktion.

Wie steht es nun mit den von der Polizei geforderten „neuen Methoden der Verbrechensbekämpfung", V-Leuten, UCAs und der Entbindung der Polizei vom Legalitätsprinzip? (zum Legalitätsprinzip siehe Kasten). Sind diese Methoden etwa geeignet und s o l l e n sie überhaupt dazu dienen, „dem Verbrechen an die Wurzel" zu gehen?

Die Giftküche der Innenministerkonferenz:

»*Neue Methoden der Verbrechensbekämpfung*«

Ein Gespenst geht um in diesem unserem Lande: die „Organisierte Kriminalität" (OK). Von Polizeichargen, aber auch schon von Politikern verschiedenster Couleur, werden mafia-ähnliche Zustände heraufbeschworen: das Menetekel der „Organisierten Kriminalität", wehe, wehe! Die Polizei klagt über ihre angebliche „Waffenungleichheit" gegenüber den konspirativ arbeitenden Gangsterbanden, daß einem fast Tränen des Mitleids kommen: gegen die „neue Qualität des Verbrechens" könne die Polizei mit ihren herkömmlichen Methoden nichts mehr ausrichten. Nur „neue Methoden der Verbrechensbekämpfung", V-Leute und polizeiliche Untergrundagenten (undercover-agents oder UCAs), könnten uns noch vor diesem Moloch retten. Die Polizei müsse arbeiten dürfen wie die Geheimdienste, unerkannt, und „schon weit im Vorfeld eines konkreten Strafverdachts", um an die kriminellen Hintermänner heranzukommen.

Nichts gegen das Ziel, Bosse der Heroinmafia zu schnappen. Aber dazu sind V-Leute und UCAs weder nötig

Nichts gegen das Ziel, Bosse der Heroinmafia zu schnappen. Aber dazu sind V-Leute und UCAs weder nötig

noch fähig (zumal die Bosse selbst in der Regel gar nicht direkt am Handel beteiligt sind. Im übrigen hat die Polizei, die gerade im Drogen-Sektor schon seit den 60er Jahren im Untergrund arbeitet, bisher noch nicht den Beweis erbracht, daß es ihr tatsächlich um die „großen Fische" geht. Im wesentlichen traf die „Vorfeldermittlung" durch agents provocateurs und ähnliches Untergrund-Gesindel die kleinen Verbraucher und nicht die großen Heroinschieber (3). Kein Wunder, daß abgesehen davon es die Polizei in 15 Jahren nicht geschafft hat, den Heroinabsatz in der BRD zu senken. Bisher hat das Eintauchen der polizeilichen Untergrundagenten in die Szene höchstens zu einer Vermehrung des Verbrechens geführt: u.a. durch „gestrauchelte" Beamte, denen das Milieu und seine ungeahnten Verdienstmöglichkeiten allzusehr ans Herz gewachsen sind).

Daß es der Polizei nicht — bzw. nur vordergründig — um eine Bekämpfung der „Organisierte Kriminalität" geht, zeigt u.a. ihre bisher aus gutem Grund nur polizeiintern geführte Diskussion über dieses Thema: **„Auch der Links- und Rechtsterrorismus zeigt deutliche Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität"** (4), heißt es da. Gleichartige Äußerungen sind auch von A.Stümper und anderen Strategen der „Inneren Sicherheit" bekannt. Und als die Hamburger Fachdirektion „Organisierte Kriminalität" (FD 65) kürzlich zum propagandistisch aufgemotzten Schlag gegen die Hells Angels ausholte, war in der Presseberichterstattung vor allem von Messerstechereien und von o r g a n i s i e r t e n „Motorrad-Rockern" die Rede, weniger von dem, was in der öffentlichen Diskussion als „Organisierte Kriminalität" bezeichnet wird. Was von dem Begriff „Organisierte Kriminalität" übrig bzw. haften bleibt und wohl auch bleiben soll: ‚gefährlich, Rocker, o r g a n i s i e r t'. Und die Organisiertheit ist schließlich beliebig übertragbar auf alle möglichen polizeilichen Feinbilder! (5) — In die gleiche Richtung zielt insgesamt die sehr schwammig gehaltene

möglichen polizeilichen Feinbilder! (5) — In die gleiche Richtung zielt insgesamt die sehr schwammig gehaltene

Definition von „Organisierte Kriminalität" (siehe oben).

Offensichtlich geht es der Polizei bei der Entbindung vom Legalitätsprinzip für ihre Untergrund-Arbeit um die **Ausweitung und Legalisierung von nicht zweckgebundenen Befugnissen.** Die Austauschbarkeit der Feindbilder zeigt sich auch schon daran, daß das g l e i c h e Ziel, Aufhebung des Legalitätsprinzips, bis 1977 mit einem ganz anderen Feindbild, nämlich der RAF, propagiert wurde. Auch damals ging es um eine „besondere Gefährdung der Inneren Sicherheit", auch damals forderte die Polizei „Waffengleichheit", u.a. durch die Aufhebung des Legalitätsprinzips.

Auch wenn die Geschichte dieser polizeilichen Forderung eine stümperhafte Penetranz aufweist, können wir der Polizei bei ihrer neuerlichen Kampagne eine gewisse Geschicklichkeit nicht absprechen. Auch wenn sich bei näherem Hinsehen das Argument der „Organisierten Kriminalität" als Propagandablase entpuppt, eignet es sich doch hervorragend zum Dummenfang. Denn wer hätte schon etwas dagegen, wenn die kriminellen Bosse aus dem Menschenhandel, der Wirtschaftskriminalität, dem Heroin- und Waffenhandel geschnappt würden? Niemand würde ihnen eine Träne nachweinen (es sei denn, ihre hochgestellten Unterstützer). Vor allem hat die Legitimation geheimdienstlicher Polizeimethoden als Antwort auf angeblich gewachsenes „organisiertes Verbrechen" nicht den anrüchigen Beigeschmack, daß eine politische Organisation zerschlagen werden soll, sondern kann sich des Zuspruchs weitester Kreise der Bevölkerung, selbst Teile der Linken, sicher sein.

Propaganda der Tat

Nach über 15jähriger Vereinheitlichung innerhalb des Polizeiapparates, nach umfangreichen organisatorischen Vorarbeiten — die geheimdienstähnlich arbeitenden und unberechenbar auftauchenden MEKs sind inzwischen schon im öffentlichen Bewußtsein verankert — nach vielen Übungs- und Einschüchterungseinsätzen gegen einzelne Gruppierungen (wie die RAF) oder auch Massenbewegungen (z.B. Kalkar) und nach einer stetigen Ausrichtung der Rechtsprechung an den polizeilichen Bedürfnissen, geht der Polizeistaat bei der Aufhebung des Legalitätsprinzips in den letzten zwei Jahren über zur Propaganda der Tat: Nicht nur in der Praxis sollen polizeiliche Untergrundagenten und -einheiten ihr Unwesen treiben, nicht nur in der Praxis soll für diese Sondertruppen das Legalitätsprinzip aufgehoben werden, auch Politiker und Öffentlichkeit sol-

ihr Unwesen treiben, nicht nur in der Praxis soll für diese Sondertruppen das Legalitätsprinzip aufgehoben werden, auch Politiker und Öffentlichkeit sol-

len endlich ihren Segen dazu geben. Eigentlicher Angriffspunkt der Propagandisten der „neuen" geheimpolizeilichen Methoden polizeilichen Handelns ist das grundgesetzlich festgeschriebene Prinzip der Berechenbarkeit staatlichen und insbesondere polizeilichen Handelns, das aus Erfahrungen mit faschistischer Willkürherrschaft bei Gründung der BRD als ein wesentliches und tragendes Prinzip des „demokratischen Rechtsstaats" formuliert wurde. Insbesondere sollte durch die gesetzliche Trennung von Aufgaben von Polizei und Geheimdiensten die Wiederentstehung einer Willkürpolizei vom Charakter der faschistischen GeStaPo für alle Zukunft verhindert werden. Mit dem neuesten Propaganda-Feldzug sollen nun nach langjähriger Unterlaufung und allmählicher Aushöhlung dieser grundgesetzlichen Richtsätze letzte Erinnerungen im öffentlichen Bewußtsein, die sich zunehmend als lästige Fessel für die längst gewandelte Polizeipraxis erweisen, beseitigt und der Weg für die Wiedereinführung bewährter Praktiken (im neuen Gewande) geebnet werden.

Um die Legitimationskampagne für geheime staatspolizeiliche Untergrundarbeit anzuheizen, hat der Arbeitskreis II (AK II) der Innenministerkonferenz 1982 einen Bericht „Neue Methoden der Verbrechensbekämpfung" erstellt. Und wenn die Innenministerkonferenz (IMK) (6) zuschlägt, macht sie Nägel mit Köpfen: Wie von ähnlichen Vorstößen aus der Giftküche der IMK bekannt, sollte auch diese „Arbeitsgrundlage" von den Bundesländern nach und nach übernommen werden (7), während das Bundesjustizministerium angeblich noch eine sehr sorgfältige Untersuchung der „schwierigen und delikaten" Rechtsfragen ausbrütet.

Prompt sind nun in Hamburg als erstem Bundesland seit 1. November auf dieser Grundlage „Richtlinien für verdeckte Ermittlungen" in Kraft (8).

Da wir über die neuen Hamburger Untergrund-Richtlinien im Moment noch nicht verfügen, wollen wir zumindest ihre Grundlage, den Bericht des AK II (wo er uns schon mal zugeflogen ist), unseren Lesern vorstellen.

IMK fordert: Legalisierung illegaler Praktiken

Schon 1974 untersuchte in Baden-Württemberg eine Polizei-Justiz-Kommission die rechtliche Zulässigkeit verdeckter Polizeimethoden und legte dazu 1978 einen Bericht vor (9), der sich 4 Jahre später z.T. wörtlich in dem erwähnten Bericht des AK II wiederfindet. 1981 bildete der AK II der IMK eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des polizeilichen Vordenkers und Landespolizeipräsidenten von Baden-Württemberg, Alfred Stümper, zum selben Thema. Mitglieder des Arbeitskreises waren Vertreter der Landeskriminalpolizeien von Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie des BKA und des Bundesinnenministeriums. Diese Arbeitsgruppe verfaßte bis Sommer 1982 den im folgenden teilweise abgedruckten und kommentierten Bericht *„Neue Methoden der Verbrechensbekämpfung"*. Dieser Bericht wurde im Januar 1983 vom AK II gebilligt.

brechensbekämpfung". Dieser Bericht wurde im Januar 1983 vom AK II gebilligt.

In einem Forderungskatalog listet der Bericht im ersten Teil hübsch auf, was bereits P r a x i s der Polizei ist. Im zweiten Teil sollen die gesetzlichen Schwierigkeiten, die die Polizei noch mit der Unterlaufung des Legalitätsprinzips hat, bagatellisiert und für Politiker und Öffentlichkeit mundgerecht serviert werden. Teilweise zieht der Bericht zur Legitimierung der polizeilichen Untergrund-Praxis Argumente der (allerdings noch stark umstrittenen!) Rechts p r a x i s heran, die sich den polizeilichen Bedürfnissen schon weitgehend angepaßt hat. Wo die Rechtsprechung nicht ausreichend erscheint, fordert der Bericht neue Gesetze.

Der Bericht beginnt mit der schon eingangs zitierten schwammigen Definition von „Organisierter Kriminalität". Im weiteren werden als wesentliches Merkmal der „Organisierten Kriminalität" ihre konspirativen Methoden genannt (als ob Verbrecherbanden früher ihre Vorhaben in der Tagespresse angekündigt hätten!): so die Abschottung der Banden nach innen und außen, sorgfältige Abklärung der Geschäftspartner, Erschwerung der polizeilichen Observation durch Verlegung von Treffs, Einschüchterung von möglichen Zeugen, sogenannte Vertrauenskäufe, Aufbewahrung heißer Ware in geheimen Depots, weshalb Durchsuchungen von Wohnungen Verdächtigter oft erfolglos seien.

Spricht diese Aufzählung von Gemeinplätzen auch für eine stümperhafte Dümmlichkeit der Verfasser des Berichts (und/oder derjenigen, an die er gerichtet ist), so erfüllt diese Kriterien-Liste doch immerhin den Zweck, den Einsatz von polizeiliche Untergrundagenten sowie den ganzen weiteren Forderungskatalog des Berichts (siehe Dokument 1) geradezu zwingend vorzuschreiben.

Fortsetzung nächste Seite

Bei diesem Forderungskatalog geht es im wesentlichen um die Entbindung der Polizei vom Legalitätsprinzip. Denn um ,,über eine längere Zeit hinweg'' mit einem Verdächtigten ,,Kontakte zu unterhalten'', wird der UCA nicht umhinkommen, ihm bekanntgewordene Straftaten schlichtweg zu ,übersehen', wenn er nicht seine Tarnexistenz aufgeben will. Notwendigerweise muß solch ein wieselflinker Beamter auch selbst Straftaten begehen, um das Vertrauen von Ganoven zu gewinnen. Daß davon in dem Forderungskatalog nicht die Rede ist, zeigt nur, daß Stümper und Konsorten die



,,Guten Abend, Kollegen!''

Rechtswidrigkeit ihrer Pläne sehr wohl bewußt ist.

Ebenso bewußt dürfte diesen Herren sein — nach den Erfahrungen mit unzähligen ,,schwarzen Schafen'' — daß sie damit eine immer stärkere Verflechtung zwischen Kriminalität und Polizei vorprogrammieren. Genannt sei neben dem Hamburger Polizeiskandal der BKA-Agent Hans-Georg Haupt, der sich seit mindestens 1972 als ,,under-cover-agent'' (UCA) international im Untergrund tummelte (Originalton: ,,Ich war der James Bond des BKA''), und der eine allzu enge Liaison mit der Unterwelt einging. Er steht z.Zt. in Duisburg vor Gericht wegen Betrugs (in 68 Fällen), Untreue (66 Fällen), passiver Bestechung (8 Fälle) und Vorteilsnahme (82 Fälle). Sein tatsächliches Sündenregister, seine Verbindungen und Betätigungsfelder dürften ein interessantes Untersuchungsthema abgeben.

Bemerkenswert an dem Forderungskatalog des Berichts ist aber vor allem, daß es sich bei den Forderungen längst um Polizeipraxis handelt. Bekannt wüde das nicht nur durch die Polizeipresse, sondern vor allem durch einige weitere ,,gestrauchelte'' V-Leute und UCAs: Z.B. beteiligte sich V-Mann Siebzehner unter seinem V-Mann-Führer, dem hessischen Untergrundfahnder Anton Anspach, schon 1969 rührig am illegalen Waffenhandel, den er eigentlich aufdecken sollte. Siebzehner soll immerhin 135 Pistolen nebenbei zur Seite geschafft haben. Schon damals erhielt V-Mann-Führer und Agent Anspach falsche Papiere und einen Decknamen (10).

Ebensowenig neu sind die im Bericht des AK II geforderten Spezialdienststellen. Abgesehen davon, daß es inzwischen in der BRD 18 geheimdienstähnlich arbeitende Sonderkommandos (MEK, SEK und GSG 9) gibt, hat das BKA seit 1972 eine Sonderabteilung, die ,geheimnisumwitterte' Abteilung ,,EO'' (11) und/oder ,,EO 11'' (12), Ausgangsbasis des Agenten 013, Hans-Georg Haupt. Laut ,,Frankfurter Rundschau'' vom 11.10.83 wurde inzwischen beim BKA ,,eine neue Organisationseinheit für UCAs geschaffen''.

Spezialdienststellen bei den Landeskriminalämtern gibt es seit einem Jahr in Hamburg: die oben erwähnte ,,FD 65'', **,,die selbst innerhalb der Polizei geheimdienstlich abgeschottet arbeitet''** (13). Diese Spezialdienststelle machte — neben der Aktion gegen die Hells Angels — schon vor über einem Jahr Theaterdonner bei der Großrazzia gegen ,,St.Pauli-König'' Wilfried Schulz und andere Unter- und Halbweltler. Das vom FD 65 aufgeführte Stück entpuppte sich als Groteske: Während es zuerst hieß, Wilfried Schulz sei einer der ganz Großen, nachdem gefälschte Spielkasino-Chips gerüchteweise auch bei seinen Anwälten gefunden und Verbindungen von Schulz zur Cosa Nostra (US-Mafia) aufgedeckt wurden, nachdem ursprünglich von einer kriminellen Vereinigung die Rede war, spricht inzwischen der Staatsanwalt nur noch von Steuerhinterziehung und Förderung der Prostitution. (Preisfrage: Kann die FD 65 nicht mehr bieten, oder will sie es nicht?)

Aus Baden-Württemberg beschreibt ,kriminalistik' schon 1980, daß Beamte der **,,Operativen Ermittlungsgruppe''** **(OEG)** beim LKA bereits seit Jahren verdeckt ermitteln (14).

In anderen Bundesländern und Großstädten sind solche Sonderpolizeien bzw. Spezialdienststellen im Aufbau.

Der Aufgabendefinition dieser Spezialdienststellen, wie sie der AK II-Bericht beschreibt (siehe Abdruck), entspricht haargenau der Organisationsaufbau des FD 65 in Hamburg (15).

Außerdem sollen auch bei den Staatsanwaltschaften Schwerpunkt-Dienststellen eingerichtet werden, die ich ausschließlich mit ,,Organisiertem Verbrechen'' befassen; auch das ist in der Praxis bereits ein alter Hut. So gibt es in Frankfurt/Main eine solche Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft, Abteilung 13, unter der Leitung von Oberstaatsanwältin Adelheid (,,Baby Doll'') Werner seit Ende der 60er Jahre (16). Auch V-Mann Siebzehner wurde 1969 von dieser Abteilung in Anspruch genommen.

Daß die in den Spezialdienststellen eingesetzten Beamten längerfristig im Untergrund eingesetzt werden sollen, hat sich ebenfalls schon in der Vergangenheit gezeigt: so war H.-G. Haupt bis zu seiner Verhaftung 1981 immerhin fast 9 Jahre UCA.

Des weiteren wird gefordert:
- spezielle Aus- und Fortbildung für UCAs;
- Arbeitstagungen zum Thema ,,Organisiertes Verbrechen'';
- ein Informationssystem ,,Organisiertes Verbrechen'';
- Zuständigkeit des BKA im gefahrenabwehrenden Bereich;
- Einsatz der EDV gegen ,,Organisiertes Verbrechen'' (Ausnutzung (bzw. Ausbau?!) von PIOS);
- stärkere Ausnutzung des Interpol-Bereichs;
- internationaler Informationsaustausch (unter Einbeziehung der EDV);
- internationale Ermittlungsgruppen/Kommissionen;
- Verbesserung der Verbrechensbekämpfung in grenznahen Bereichen.

... Juristische Verrenkungen

Der zweite Teil des Berichts widmet sich der rechtlichen Legitimation der geforderten Befugnisse. Für sämtliche geforderten Einzelmaßnahmen haben die Untergrundstrategen ihnen genehme Urteile an Land gezogen oder gar Paragraphen verbogen, nach denen sie das Legalitätsprinzip unterlaufen und selbst Straftaten verüben können.

Sofern rechtliches ,Grenzland' betreten wird, zieht sich das Papier in schöner Regelmäßigkeit auf den § 34 StGB (Rechtfertigender Notstand) zurück, denn dieser gestattet jedem Bürger strafbares Handeln ,,in angemessener Weise'', wenn anders eine ,,gegenwärtige Gefahr nicht abwendbar ist'' (18). Und natürlich soll jener Ausnahmeparagraph auch für die Polizei und ihre V-Männer gelten, wenn sie etwa verbotenerweise Wanzen legen, Tarnpapiere ausstallen oder Scheinfirmen gründen. (Jeder Spezialdienststelle ihr eigener Puff, nach §34 ?!). *,,Jener Ausnahmeparagraph 34 wird also im Falle der Under-Cover-Agents zu einer neuen Generalklausel für die Polizeiarbeit erhoben''* (18). Dieses von der Polizei so selbstverständlich in Anspruch genommene Recht ist allerdings in Justizkreisen sehr umstritten, was die Schreiber des Berichts allerdings unterschlagen. (Auch die übrigen vorgeschlagenen rechtlichen Überlegungen sind weithin umstritten.)

Um die Vertraulichkeit der ,Vertrauensperson' (VP) zu wahren, wird gefordert, die Aussagegenehmigung des VP-Führers als *,,Zeuge vom Hörensagen''* zu beschränken — eine gerichtliche Praxis, die seit Jahren nicht nur aus Terroristen- und Drogenprozessen bekannt ist. Daß damit eine Verteidigung nahezu unmöglich gemacht wird, weil die VP als Zeuge nicht mehr verhört werden kann, sondern nur noch ihr ,,Betreuungsbeamter'' und auch der nur mit beschränkter Aussagegenehmigung, stört die Polizei nicht.

Laut den Verfassern des Berichts kann den Gerichten die Auskunft über die Identität der VP von der obersten polizeilichen Dienstbehörde mit der Begründung versagt werden, daß die Offenlegung ,,dem Wohl des Bundes und des Landes Nachteile i.S.d. § 96 StPO bereiten'' würde. — Denn ohne V-Leute keine wirksame Bekämpfung der ,,Organisierten Kriminalität'', und das Recht muß ja schließlich den polizeilichen Bedürfnissen entsprechen. Und weil bei strenger Auslegung des Gesetzes immer noch die Staatsanwaltschaft und die Gerichte im Prozeß das Sagen haben, zieht sich die Polizei wieder auf die Rechts praxis, nämlich die Auslegung dieses § 96 durch einen speziellen Senat des BGH, zurück (BGH NJW 81, S.1052).

Damit die V-Leute ,,Handlungen mit Eingriffscharakter'' (Eingriffe in Rechte anderer) vornehmen können, fordert der Bericht eine besondere Ermächtigungsgrundlage.

Da der *,,Probe- oder Vertrauenskauf''* unbedingt nötig sei, um z.B. das Vertrauen der kriminellen Hintermänner zu gewinnen, muß sich die Polizei unbedingt an — eigentlich strafbaren — Heroinkäufen etc. beteiligen. *,,Das Verhalten hierbei eingesetzter Polizeibeamter und die Mitwirkung von V-Leuten als Gehilfen sind grundsätzlich rechtmäßig''*, denn: *,,Der Erwerb von Hehlerware, Waffen, Rauschgift usw. durch Polizeibeamte erfüllt keinen Straftatbestand, da dadurch jedenfalls eine rechtswidrige ... Sachherrschaft durch eine rechtmäßige ersetzt wird''*. — Merke: Die Polizei dealt grundsätzlich rechtmäßig, denn in der Regel ist der Verkäufer sowieso zur (strafbaren) Abgabe entschlossen, ein Förderungswille des UCAs oder der VP fehlt, und auch bei der VP gibt es keinen subjektiven Tatbestand. — Wer könnte auch auf soetwas Absurdes kommen, daß eine Vertrauensperson, die selbst aus dem kriminellen Milieu kommt, unlautere Absichten hat. Oder gar ein ehrwürdiger Untergrund-Beamter, der doch — wenn auch nicht demokratisch kontrollierbar — immerhin ein deutscher Polizist ist!

Die Verwendung von **Tarnpapieren und Tarnkennzeichen** ist laut Bericht unbedingt Voraussetzung für verdeckte polizeiliche Verbrechensbekämpfung. Das gebiete schon die ,,Fürsorgepflicht'' gegenüber dem UCA, der aufkommende Zweifel an seiner (falschen) Identität durch entsprechende Papiere, falsche KFZ-Kennzeichen, Personalausweis, Entlassungsschein von Strafgefangenen etc. zerstreuen können muß. Damit liege zwar eine ,,Falschbekundung im Amt'', ,,mittelbare Falschbeurkundung'' und ,,Gebrauch falscher Beurkundungen'' (§§ 348, 271, 273 StGB) vor, aber die Maßnahmen könnten nach § 34 gerechtfertigt sein, denn *,,bei der organisierten Kriminalität ist ständig mit dem Eintritt eines schädigenden Ereignisses zu rechnen.''* (19)

Außerdem können falsche Papiere etc. auch ,,kraft behördlicher Erlaubnis'' (!) ausgestellt werden. Diese hübsche Konstruktion tritt dann in Kraft, wenn eine Behörde, z.B. das Einwohnermeldeamt, die polizeiliche Forderung abgesegnet — und eine Behörde hackt doch einer anderen Behörde kein Auge aus!

Diese Befugnis sei zwar nicht durch ein Gesetz geregelt, aber da von einigen Juristen diese Möglichkeit bejaht werde, z.B. wenn es um die Bekämpfung einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a) geht, dann muß es doch gerade auch für UCAs gelten?! Nachtigall, ick hör dir trapsen, was hat denn auf einmal ,,Organisierte Kriminalität'' mit einer terroristischen Vereinigung zu tun?! — Und beim Ausstellen falscher Bescheinigungen, zum Beispiel über das Gehalt, handle es sich ohnehin nur um eine ,,unerhebliche schriftliche Lüge''.

Die **Beschaffung konspirativer Wohnungen** gilt ebenfalls als unbedingte Voraussetzung für eine erfolgreiche Untergrundarb eit. Hier sowie bei der *Gründung von Scheinfirmen und Eintragung ins Handelsregister* (,,Falschbeurkundung'') kann wieder die ,,neue polizeiliche Generalklausel'', der § 34 StGB, in Kraft gesetzt werden. Bei der Gründung von Scheinfirmen und deren Eintragung bestehe außerdem ,,eine Rechtfertigungsmöglichkeit kraft behördlicher Erlaubnis''.

Auch das **Betreten einer Wohnung unter einem Vorwand** (z.B. ,,ich bin der Gas-Mann'', oder um einen Vertrauenskauf zu tätigen) läßt sich nach den Untergrundstrategen mit § 34 StGB rechtfertigen, auch wenn damit eigentlich ein Hausfriedensbruch vorliegt. Da hier die Rechtspraxis umstritten sei, wünschen sie sich eine Ermächtigungsgrundlage.

Teilnahme an der Verletzung gemeinschaftsbezogener Rechtsgüter: *,,Soweit es sich um die Verletzung gemeinschafsbezogener Rechtsgüter handelt (z.B. Urkundendelikte, Rauschgiftdelikte, Verstöße gegen Versammlungs-, Waffen-, Sprengstoffgesetz u.a.) ist die Beteiligung von Polizeibeamten bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 34 StGB gerechtfertigt''*. — Und da bei der ,,Organisierten Kriminalität'' ständig mit strafbaren Handlungen zu rechnen ist, gelte der § 34 StGB auch hier. *,,Zudem kommt eine Rechtfertigungsmöglichkeit ,kraft behördlicher Erlaubnis' in Betracht''*.

Die im Folgenden abgedruckten Abschnitte behandeln Bereiche (Fallgruppe 2), *,,in denen das polizeiliche Handeln nach geltendem Recht für zulässig oder gerechtfertigt gehalten wird, bei denen jedoch eine eindeutige rechtliche Regelung nur durch den Gesetzgeber geschaffen werden könnte. Unter Nr. 3 wird auf eine Maßnahme hingewiesen, die nur bei Schaffung einer speziellen Rechtsgrundlage zulässig wäre. Unter Nr. 4 wird die besondere Problematik des Legalitätsprinzips dargestellt.''*

Fortsetzung nächste Seite

Dokument 1

...

II. Maßnahmen zur Bekämpfung besonderer Formen der Kriminalität

1. Verdeckter Einsatz

Bei dem oben beschriebenen Täterverhalten sind klassische Ermittlungsmethoden wie offene Fahndungen, Durchsuchungen und Vernehmungen nicht ausreichend. Insbesondere der innere Täterkreis, der sich in der Regel weder an der Tatausführung noch am Absatz unmittelbar beteiligt, ist damit nicht zu überführen, also die primär angestrebte Zerschlagung einer kriminellen Organisation nicht zu erreichen. Diese bedeutet, daß OK in Zukunft nur dann wirksam bekämpft werden kann, wenn es gelingt, mit den Verdächtigen über eine längere Zeit hinweg Kontakte zu unterhalten, um so Informationen über die Strukturen krimineller Organisationen, über die Vertriebs- und Verteilerringe sowie über Abnehmerkreise zu gewinnen, die zu gegebener Zeit in Zugriffsmaßnahmen umzusetzen sind.

Diese Informationsbeschaffung erfolgt neben der Kontaktpflege zu Informanten und der Inanspruchnahme von V-Leuten auch durch Beamte, die in die kriminelle Szene eingeschleust werden (,,undercover agents'').

Dies ist jedoch nur möglich, wenn die Beamten mit einer Legende, mit Deckausweisen, einer konspirativen Wohnung, einem atypischen Fahrzeug und entsprechenden Geldmitteln ausgestattet sind. Sie müssen sich in ihrem Verhalten und Habitus der neuen Umwelt anpassen können, weil nur so Kontakte zu den Zielgruppen und Zielpersonen möglich sind.

Organisatorische Maßnahmen

2.1
Einrichtung von Spezialdienststellen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

OK konnte in der Vergangenheit u.a. deshalb nicht optimal bekämpft werden, weil die traditionelle Organisation der Kriminalpolizei deliktsorientiert ausgerichtet ist.

Der ad hoc-Ausschuß ist jedoch überzeugt, daß bei der Bekämpfung der OK personenbezogene und deliktsübergreifende Ermittlungen erfolgversprechender sind.

Dazu sollen ständig eingerichtete Spezialdienststellen geschaffen werden:
- **beim BKA für herausragende Fälle länderübergreifender und internationaler OK,**
- **bei den LKÄ für überregionale OK,**
- **in Großstädten für regionale OK, soweit dort besondere Brennpunkte der OK festgestellt werden.**

Für die Spezialdienstellen sollen Beamte für verdeckte Ermittlungen bereitgehalten werden.

2.2
Aufgaben der Spezialdienststellen

Die Spezialdienststellen sollen im Bereich der OK nach spezieller oder genereller Zuweisung folgende Aufgaben erhalten:
- **Informationsbeschaffung, -sammlung, -auswertung und -steuerung**
- **Kommunikation innerhalb der eigenen Behördenorganisation und mit den Spezialdienststellen anderer Behörden**
- **verdeckte Ermittlungen**
  - o **personenbezogen**
  - o **deliktübergreifend**
  - o **deliktspezifisch**
- **Ermittlungsführung in deliktübergreifenden sowie nach spezieller Zuweisung auch in deliktspezifischen Verfahren bis zur gerichtsverwertbaren Aktenvorlage.**

2.3
Zusammenarbeit mit anderen Behörden

Die Einrichtung von Schwerpunktdienststellen bei den Staatsanwaltschaften, die sich ausschließlich mit der Bekämpfung der OK beschäftigen, wird für notwendig erachtet.

Das Legalitätsprinzip

Nach 1945 sollte es — als Tribut an das noch wache antifaschistische Bewußtsein in der Bevölkerung — nie wieder eine faschistische Willkürpolizei wie die Gestapo geben. Die staatliche Gewalt sollte berechenbar und kontrollierbar sein, so das Grundgesetz. Dazu sollte die BRD-Polizei als ,,Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft'' strikt an das Legalitätsprinzip gebunden sein.

Das Legalitätsprinzip ergibt sich aus § 163 StPO:

,,Aufgaben der Polizei
(1) Die Behörden und Beamten des Polizeidienstes haben Straftaten zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten.
(2) Die Behörden und Beamten des Polizeidienstes übersenden ihre Verhandlungen ohne Verzug der Staatsanwaltschaft.''

Die Polizei darf also ihr bekannt gewordene Straftaten nicht ,,übersehen'' oder zurückstellen, wie die Untergrundstrategen á la Stümper, Boge und viele andere das gerne möchten. Schon gar nicht darf die Polizei als so definiertes ,,Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft'' selbst Straftaten begehen. Weiter berührt das Legalitätsprinzip die strikte Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten aufgrund der Erfahrungen mit der Gestapo, die praktisch allseitige Befugnisse hatte. So darf die Polizei nur auf konkreten Verdacht nach einer begangenen Straftat oder vor einer absehbaren Straftat tätig werden. Sie darf aber nicht aus einem möglichen Verdacht heraus, daß jemand z.B. aufgrund von politischem Engagement irgendwann einmal gegen Gesetze verstoßen könnte, schon vorbeugend Ermittlungen anstellen, die dann bei Bedarf verwendet werden.

Die vorbeugende Bespitzelung ist dem Verfassungsschutz vorbehalten. Wegen dieser Erkenntnisse darf jedoch niemand verfolgt oder verurteilt werden (oh heilige Einfalt der Gesetze!).

Kurz: die Polizei soll konkrete Straftaten aufklären, darf jedoch nicht spitzeln; der Verfassungsschutz soll spitzeln, darf jedoch nicht exekutiv, d.h. strafverfolgend tätig werden.

Soweit die Buchstaben des Grundgesetzes.

In diesen Abschnitten fordern die polizeilichen Untergrund-Strategen eindeutige gesetzliche Regelungen, während ihnen für die bisher aufgeführten Maßnahmen die Rechtsprechung ausreichend erschien. Hier nun — wie beim heimlichen Abhören (2.1.) scheint der Polizei nicht einmal mehr die polizeiliche Generalklausel (20) ausreichend.

Während der Bericht — dank des § 34 StGB — keine Schwierigkeiten für UCAs sieht, wenn sie gemeinschaftsbezogene Rechtsgüter (wo es keinen einzelnen Geschädigten gibt) verletzen, wollen sie auch die Verletzung von Individualrechtsgütern für den UCA unproblematisch gestaltet wissen (2.2.).

Daß in dem Bericht als Beispiele die Beteiligung an Farbschmierereien und an Hausbesetzungen angeführt werden, ist allerdings gelinde gesagt eine dreiste, vielleicht auch nur versehentliche, Offenheit. Oder wer hat schon jemals davon gehört, daß ein einflußreicher Unterweltboss z.B. aus dem Waffengeschäft nachts heimlich Parolen an Wände sprüht (womöglich gar „Frieden schaffen ohne Waffen")?

Für diesen frechen Hinweis sind wir wirklich dankbar, wird doch hier wieder deutlich, daß es keineswegs nur um die Bekämpfung von Hehlern, von Drogen- und Waffenhändlern usw. geht.

Während in dem Bericht des AK II unter Verletzung von Individualrechtsgütern vor allem „Eingriffe geringeren Gewichts" (also z.B. Hausbesetzungen u.ä.) in Betracht kommen, geht Pawelczyk in seiner Umsetzung dieser Richtlinien für Hamburg schon sehr viel weiter: er zieht die Grenze erst beim Mord in seinen seit dem 1.11. dieses Jahres geltenden „Richtlinien für verdeckte Ermittlungen" (21).

Nachdem der Bericht des AK II sich seitenlang darauf konzentriert hat, das Legalitätsprinzip für die geheime staatliche Polizei aufzuheben, erscheint unter Punkt 4, „Strafverfolgungspflicht", das Legalitätsprinzip folgerichtig nur noch als ein Prinzip, für dessen reibungslose Unterlaufung die Staasanwaltschaft in Zusammenarbeit mit dem UCA zu sorgen hat. Das erscheint den Untergrundstrategen wohl wenigstens für die Zeit wichtig, solange das Legalitätsprinzip auf gesetzlicher Ebene noch nicht gekippt ist.

Dokument 2

...

2.2
Teilnahme an der Verletzung von Individualrechtsgütern
Polizeibeamte, die zur Informationsgewinnung verschiedenster Art in Straftätergruppen eingeschleust werden, kommen vermehrt in die Situation, daß sie aufgefordert werden, sich als Vertrauensbeweis an der Verletzung von Individualrechtsgütern zu beteiligen (sogenannte Keuschheitsprobe). Oft kann der Beamte dieses Ansinnen nur auf die Gefahr hin ablehnen, enttarnt zu werden, was unter Umständen zu einer erheblichen Gefahr für Leib oder Leben führen kann; zugleich entfiele damit die Möglichkeit der Überführung des Täterkreises wegen begangener Straftaten und die Verhinderung weiterer Taten.

Auf die Möglichkeit der Rechtfertigung der Teilnahme an der Verletzung gemeinschaftsbezogener Rechtsgüter bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 34 StGB wurde bereits unter Nr. 1.7 hingewiesen. Diese Rechtfertigungsmöglichkeit besteht grundsätzlich auch bei der Verletzung von Individualrechtsgütern. Allerdings wird auf der Basis der nach § 34 StGB erforderlichen Güterabwägung eine Rechtfertigung für schwerwiegende Eingriffe, insbesondere für Eingriffe in die Rechtsgüter Leib oder Leben, von vornherein ausgeschlossen sein. In Betracht kommen vor allem Eingriffe geringeren Gewichts, z.B. Beteiligung an Farbschmierereien und an Hausbesetzungen.

Die Frage, ob bei Eingriffen in Individualrechtsgüter eine Rechtfertigung allein durch § 34 StGB möglich ist, oder ob nicht vielmehr eine besondere öffentlich-rechtliche Eingriffsgrundlage vorhanden sein muß, ist in der rechtswissenschaftlichen Literatur sehr umstritten. Eine eindeutige rechtliche Regelung könnte nur durch den Gesetzgeber geschaffen werden.

3.
Überwachung des Fernmeldeverkehrs
Für den Bereich der Strafverfolgung ist die Überwachung des Fernmeldeverkehrs durch die §§ 100a und 100b StPO geregelt.

3.
Überwachung des Fernmeldeverkehrs
Für den Bereich der Strafverfolgung ist die Überwachung des Fernmeldeverkehrs durch die §§ 100a und 100b StPO geregelt.

Für den Bereich der Gefahrenabwehr besteht keine gesetzliche Eingriffsermächtigung. Die polizeiliche Generalklausel reicht hier nicht aus, weil das Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz eine abschließende Regelung enthält und die Polizeigesetze des Art. 10 Grundgesetz nicht als einschränkbar zitieren. Nach Ansicht des ad hoc-Ausschusses sollte von der Forderung, auch für den Bereich der Gefahrenabwehr die Möglichkeit der Telefonüberwachung zu schaffen, abgesehen werden.

4.
Strafverfolgungsrecht
Nach gegenwärtiger Rechtslage läßt der Grundsatz der freien Gestaltung der Ermittlungen der Polizei einen weiten kriminaltaktischen Spielraum.

So liegt ein Verstoß gegen das gesetzliche Gebot, die „Verhandlungen" im Sinne des § 163 Abs. 2 StPO ohne Verzug der Staatsanwaltschaft zu übersenden, nicht vor, wenn es sachliche Gründe dafür gibt, von einer sofortigen Übersendung zunächst abzusehen. Auch sonst kann es aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen bereits nach geltendem Recht zulässig sein, von einem sofortigen Einschreiten abzusehen.

Der Grundsatz der freien Gestaltung der Ermittlungen kann jedoch nicht allen Bedürfnissen bei der Durchführung verdeckter Ermittlungen Rechnung tragen.

Es gibt Fälle, in denen der verdeckt ermittelnde Beamte auch bei der zulässigen Nutzung seines kriminaltaktischen Spielraums die Gefahr sieht, daß eine Verletzung der Strafverfolgungspflicht eintreten kann.

Bestehen Bedenken wegen einer etwaigen Verletzung der Verletzung der Strafverfolgungspflicht, muß die Staatsanwaltschaft dergestalt unterrichtet werden, daß sie im Rahmen ihrer strafprozessualen Verantwortung für die Durchführung des Ermittlungsverfahrens regelnd eingreifen kann.

Anmerkungen

(1) siehe auch Reinhard Kreissl: Die präventive Polizei; in: Kritische Justiz, 2/81
(2) „Neue Methoden der Verbrechensbekämpfung"; AK II der IMK, 1982
(3) In Hamburg konnte der größte Heroindealer vor einigen Jahren, so wird gemunkelt, ungestört seine Geschäfte machen, obwohl er namentlich bekannt war.
(4) Günter Ermisch: Was erwartet die Polizei von der Kriminalpolitik; BKA-Vortragsreihe 26, 1981
(5) Das zeigt auch die Erfahrung mit ähnlichen Sondertruppen, den MEKs. Diese im Zeichen der Antiterror-Propaganda aufgebauten Truppen sind heute längst gewohntes Bild auf Demonstrationen.
(6) Als Verfassungsorgan ist die IMK nirgends legitimiert; trotzdem haben ihre Verordnungen quasi-Gesetzeskraft, auch wenn sie per Richtlinien o.ä. noch unterhalb der Gesetzesebene durchgesetzt werden.
(7) siehe „Bericht der Innenministerkonferenz"; 22.4.1983
(8) Diese Richtlinien sind nicht zu verwechseln mit den schon im Sommer 1982 erlassenen „V-Leute-Richtlinien". Diese behandeln nur die V-Leute-Praxis, während die neuen Richtlinien — auf der Basis des AK II-Papiers — umfassender sind und neben V-Leuten auch Untergrund-Agenten, Spezialdienststellen und deren Loslösung vom Legalitätsprinzip regeln und propagieren.
(9) Rechtsprobleme der Polizei bei verdeckten Ermittlungen (1978) in: CILIP 11/1981
(10) „Spiegel" Nr. 20, 1977
(11) „Stern", 25.2.1982
(12) „Quick", 15.10.1981
(13) „taz", 4.11.1983
(14) Kuno Bux: Polizeiliche Prävention bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität; Kriminalistik, 5/80
(15) Wolfgang Sielaff: Bis zu Bestechung leitender Polizeibeamter; Kriminalistik, 8-9/83
(16) Adelheid Werner: Organisierte Kriminalität — Fiktion oder Realität; Kriminalistik, 3/82
(17) Für die Fütterung der Datenbanken wird die Polizeiliche Beobachtung (PDV 384.2) empfohlen (das ist die ehemalige Befa, bekannt geworden im Maihofer-Skandal).
(18) „Polizei will untertauchen"; „FR", 11.10.1983
(19) ebenda
(20) Die Polizei ist nicht nur für die Strafverfolgung zuständig, sondern nach der polizeilichen Generalklausel auch für die Gefahrenabwehr. Hier unterliegt sie nicht — wie bei der Strafverfolgung — dem Legalitätsprinzip. D.h. die Polizei kann „bei konkreter Gefahr" (das ist ein sehr schwammiger Begriff) eingreifen; sie kann dies aber auch lassen, wenn ihr eine andere Gefahr wichtiger erscheint. Hier bietet sich der Polizei ein weites Feld für präventive Ermittlungen, unabhängig von der Staatsanwaltschaft.
(21) „taz", 4.11.1983

Gesetzesebene durchgesetzt werden.
(7) siehe „Bericht der Innenministerkonferenz"; 22.4.1983
(8) Diese Richtlinien sind nicht zu verwechseln mit den schon im Sommer 1982 erlassenen „V-Leute-

Antifa-Kommission
KB Gruppe Hamburg

Beispiel Hamburg:

Zivilbanden bei der Springerblockade

„Verdeckter", „operativer" Einsatz — das ist das von Pawelczyk in die Praxis umgesetzte „Erfolgsrezept" nicht nur im Bereich der organisierten Kriminalität wie Rauschgift- und Waffenhandel und Zuhälterei. Mit „verdeckt" operierenden Bullen hatten es jüngst auch die Teilnehmer von zwei Hamburger Demonstrationen zu tun: Bei der Springer-Blockade am 22.10. trieben — für Hamburger Verhältnisse nach Umfang und Auftreten bisher einmalig — ca. 200 Zivis ihr Unwesen. Am Tag zuvor wurden gegen eine kleine Hausbesetzerdemonstration mit rund 150 Teilnehmern 54 Beamte — nebst knapp 500 Uniformierten — eingesetzt (1).

Damit sind diese Sondereinheiten in Hamburg erstmals zum Einsatz gekommen. Ihre Existenz war weder den zuständigen Kontrollgremien wie Bürgerschaftsausschuß und -deputation, geschweige denn der weiteren Öffentlichkeit bis dahin bekannt. Es soll in Hamburg fünf solcher „Eingreifzüge" mit insgesamt 135 Männern und 9 Frauen geben. Einer der Züge gehört zur Bereitschaftspolizei, die anderen vier sind bei den Polizeidirektionen gebildet worden. Die Polizeidirketion Mitte soll bereits seit Februar 1982 bestehen und somit nach der ersten großen „Krawalldemonstration" anläßlich des SPD-Parteitags am 2.2.81 in Hamburg gebildet worden sein, die anderen erst seit Mitte Oktober 1983.

Diese „Eingreifzüge" unterteilen sich wiederum in kleinere Gruppen mit sechs bzw. acht Leuten, die dann als „Festnahmetrupps" in Erscheinung treten. Bemerkenswert ist, daß sie keine ständigen Einheiten bilden, sondern nur bei Einsätzen (und wohl auch zu Übungszwecken) zusammenkommen.

Gleichwohl stellen sie gegenüber den „normalen" Bullen eine Elite dar. Geeignete Leute werden gezielt angesprochen, so daß sich noch nicht einmal jeder Bulle im Rahmen einer polizeiöffentlichen Ausschreibung für einen derartigen Einsatz bewerben kann. Der Senat allerdings behauptet, es handele sich überwiegend um Freiwillige, die sich auf Umfrage gemeldet haben. Als Eignungskriterien gelten Berufserfahrung (alle sind angeblich bereits sieben bis zwölf Jahre im Geschäft), die Beherrschung einer Kampfsportart (viele haben den schwarzen Meistergurt in Jiu-Jitsu oder Karate) (2) und „persönliche Reife" (?). Auch Frauen gehören zu diesen Spezialtrupps. Vor ihrem Einsatz haben sie „eine auf ihre Aufgaben bezogene Fortbildung erfahren".

haben den schwarzen Meistergurt in Jiu-Jitsu oder Karate) (2) und „persönliche Reife" (?). Auch Frauen gehören zu diesen Spezialtrupps. Vor ihrem Einsatz haben sie „eine auf ihre Aufgaben bezogene Fortbildung erfahren".

Neben diesen zu den Zügen gehörenden 143 Figuren sind bei der Springerblockade aber noch weitere Zivis „zur Einsatzaufklärung und -erkundung" eingesetzt worden. Eine genaue Angabe der Zahl verweigert der Senat mit dem Hinweis auf das „Staatswohl": es handele sich um eine Frage der Einsatztaktik.

Arbeitsteilung

In ihrer Arbeitsweise unterscheiden sich diese Spezialtrupps durch ihr „verdecktes" und „operatives" Vorgehen von der uniformierten Polizei. „Verdeckt" arbeiten sie insofern, als sie in Zivil nicht als Bullen erkennbar sind und auch nur in kleinen Trupps oder zu zweit auftreten, so daß sie erheblich unauffälliger — wenn auch in der Deckung eines großen Aufgebots an uniformierter Polizei — agieren können. „Operativ" arbeiten sie insofern, als sie ihre Taktik sehr flexibel auf die jeweilige konkrete Situation einstellen können, nicht an starre Befehlsvorgaben gebunden sind und v.a. — im Zusammenwirken mit ihren uniformierten „Kollegen" — selbst Situationen schaffen können, in denen sie die allgemeine Verwirrung oder Panik zu Festnahme- und Prügelaktionen ausnutzen können. Auf diese Weise sind die meisten Festnahmen bei der Springer-Blockade von diesen zivilen Greiftrupps gemacht worden.

Ein prägnantes Beispiel für solch arbeitsteiliges Vorgehen zwischen uniformierten Truppen und kleinen, flexiblen Zivitrupps sind die Vorgänge an dem größten Blockadepunkt Karl-Muck-Platz, wo sich auch die Abgeordneten der GAL aufhielten. Hier rückten — nachdem ein anderer Blockadepunkt längst durchbrochen (Caffamacherreihe) und von Bullenketten gesichert war — Wasserwerfer an, um auch diese Blockade zu räumen. Von den dort herumstehenden mehreren hundert Demonstranten sind die meisten vor den einsetzenden Wasserwerfern in Richtung Justizgebäude/Heiligengeistfeld oder in Richtung Großneumarkt geflüchtet. Diese Wege hatte die Polizei offen gelassen. Die Wasserwerfer trieben die Leute geradzu vor sich her, folgten ihnen aber nicht sehr weit. Ein

einsetzenden Wasserwerfern in Richtung Justizgebäude/Heiligengeistfeld oder in Richtung Großneumarkt geflüchtet. Diese Wege hatte die Polizei offen gelassen. Die Wasserwerfer trieben die Leute geradzu vor sich her, folgten ihnen aber nicht sehr weit. Ein

anderer Teil der Blockierer aber war dadurch sehr schnell aus dem Schußfeld der Wasserwerfer heraus, nämlich die ca. 200 Leute, die unmittelbar am Absperrgitter des Blockadepunktes sitzen geblieben waren. Sie wurden dann zunächst von uniformierten Bullen umstellt, die aber nach kurzer Zeit wieder abmarschierten. Der gesamte Karl-Muck-Platz war jetzt großräumig von Polizeikräften umgeben. Die sitzende Gruppe blieb jedoch im weiteren unbehelligt, bis gegen 22 Uhr die Blockade aufgegeben und der Abmarsch angetreten wurde.

Für diese Demonstrationsteilnehmer mußte sich der Polizeieinsatz zwar als Schweinerei, letztenendes aber doch als recht glimpflich darstellen. Denn einerseits war er nicht „notwendig" im polizeilichen Sinne, d.h. zum Zwecke der Beseitigung einer „Störung". Das polizeiliche Ziel, die Auslieferung der Springer-Zeitungen zu gewährleisten, war durch die erfolgreiche Räumung eines Blockadepunktes bereits erreicht. Daß die Polizei dennoch auch am Karl-Muck-Platz Wasserwerfer einsetzte, war also die Schweinerei. Andererseits hat die Polizei ja gar nicht wirklich und ernsthaft versucht, die Blockade am Karl-Muck-Platz zu räumen (dazu bestand ja auch gar keine Notwendigkeit). Sie hat den ausharrenden „harten Kern" zwar noch weiter mit einem Wasserwerfer bedroht, diesen aber dann nicht mehr eingesetzt. Es wurde auch nicht versucht, die Blockierer — wie an der Caffamacherreihe — durch Schlagstockeinsätze oder z.B. durch Tränengas zu vertreiben oder von Bullen wegtragen zu lassen.

Im krassen Gegensatz zu diesem relativ zurückhaltenden Vorgehen der uniformierten Polizei an diesem Blockadepunkt steht das Agieren der zivilen Greif- und Prügeltrupps, die willkürlich und mit terroristischen Methoden gegen einzelne Demonstranten vorgingen. Während die verbliebenen Sitzblockierer von massiv versammelter uniformierter Polizei in Schach gehalten wurden, jagten Zivis hinter den Geflohenen her oder überfielen — bereits weit ab vom eigentlichen Geschehen — ahnungslos umherirrende Demonstrationsteilnehmer. Bei anderen Blockadepunkten nutzten die Zivis die Panik, die durch das Herannahen schlagstockschwingender Bullen entstanden war, um aus der Gruppe der Blockierer heraus Festnahmen zu machen.

Wer auf diese Weise in die Hände der Zivis fiel, mußte üble Mißhandlungen über sich ergehen lassen. Inzwischen haben sich vierzehn Betroffene

um aus der Gruppe der Blockierer heraus Festnahmen zu machen.
Wer auf diese Weise in die Hände der Zivis fiel, mußte üble Mißhandlungen über sich ergehen lassen. Inzwischen haben sich vierzehn Betroffene

entschlossen, Strafanzeigen wegen Körperverletzung im Amt gegen die betreffenden Beamten zu stellen.

Fortsetzung nächste Seite



Zivi-Einsätze bei Springer-Blockade — Pan-Foto





Fortsetzung von vorheriger Seite

Pilatus Pawelczyk

Doch womöglich werden sich bei den Ermittlungen bereits die gewissen „Vorzüge" des Einsatzes von — im wahrsten Sinne des Wortes — „verdeckt" arbeitenden Zivis herausstellen. Was ein uniformierter Bulle nämlich nicht darf, kann sein ziviler „Kollege" schon lange: Einige der Zivis hatten sich mit Palästinensertüchern vermummt! Eine Identifikation, die nach den vierzehn Strafanzeigen erfolgen müßte, dürfte daher schwer fallen.

Nichtsdestoweniger versucht Innensenator Pawelczyk weiterhin, seine Hände in Unschuld zu waschen. Denn — wer hätte es anders erwartet — diese „Vermummung" war den zivilen Einsatztrupps selbstverständlich offiziell nicht erlaubt. Jedenfalls will der Hamburger Senat laut seiner Antwort auf eine kleine Anfrage der GAL nichts „über Tücher, die sich Beamte ins Gesicht gezogen haben sollen" gewußt haben. Diesem Sachverhalt soll angeblich „nachgegangen" werden. — Also individuelle Eigenmächtigkeiten der zivilen Bullen?

Überhaupt sollen die Übergriffe der Zivis — sofern sie nicht sowieso abgestritten werden — als individuelle Fehltritte einzelner erscheinen. So soll es den Zivis angeblich auch „nicht gestattet" gewesen sein, sich mit Holzknüppeln auszurüsten, während ein Beobachter am 22.10. gesehen hat, wie im Hof des Springer-Verlagshauses vor Beginn der Einsätze Holzknüppel an die Zivis ausgeteilt worden sind.

Hof des Springer-Verlagshauses vor Beginn der Einsätze Holzknüppel an die Zivis ausgeteilt worden sind.

Damit macht sich Pawelczyk einen weiteren „Vorteil" beim Einsatz verdeckt operierender, ziviler Einheiten zunutze: Werden diese Spezialtrupps erst einmal auf die Leute losgelassen, so können sie a u ß e r h a l b j e d e r K o n t r o l l e — auch ihres eigenen Apparates — treiben, was sie wollen. Diese Willkür ist die notwendige Kehrseite der hochgelobten „Flexibilität", mit der der Einsatz solcher Bullen gerechtfertigt wird. G l e i c h z e i t i g entledigt sich die Polizeiführung und damit die Polizei insgesamt der Verantwortung für das jeweils konkrete Handeln dieser Bullen, eben weil sie im Rahmen ihres Globalauftrages („Die Beamten in ziviler Kleidung hatten den Auftrag, Straftäter festzustellen und erkannte Täter festzunehmen" (4) im Gegensatz zu den streng in die Befehlshierarchie eingebundenen „normalen" Polizeitruppen freie Hand haben bei ihrer Entscheidung, ob, wann, wie und gegen wen sie einschreiten.

Ohne auf die Vorwürfe hinsichtlich der Zivüübergriffe überhaupt einzugehen — es gebe „keine Hinweise" auf Übergriffe — rechtfertigte Pawelczyk auf einer Pressekonferenz nach der Springer-Blockade ausdrücklich die „Formen des verdeckten Einsatzes von Polizeibeamten" (5): „Sie sind dazu da, die Beweisnot bei Ausschreitungen zu beheben" und sollen auch zukünftig eingesetzt werden. Nur Zivilpolizisten könne man „unerkannt" an den „Gewalttäter" heranführen (6).

Einschüchterung

Diese Argumentation liegt also ganz auf der Linie des von Pawelczyk und anderen propagierten „Erfolgsrezepts", wonach immer dort, wo angeblich mit den herkömmlichen, offenen Methoden polizeilicher Arbeit nichts erreicht werden kann, die Polizei befugt werden kann, „verdeckt" zu operieren. Motto: Der Zweck heiligt die Mittel. Was im Bereich der „organisierten Kriminalität" die mit weitgehenden Befugnissen ausgestatteten und



Zivi-Einsätze bei Springer-Blockade — Foto: argus

langfristig an die Hintermänner „herangeführten" „undercover agents" (uca's) sind, das sind bei — von der Po-

angeführten" „undercover agents" (uca's) sind, das sind bei — von der Po-

lizei so definierten — „gewalttätigen" Demonstrationen die zivilen Greiftrupps. Sie sind ebenso wie die „undercover agents" von der Einhaltung lästiger Vorschriften befreit.

Die zum Schutz von Demonstrationsteilnehmern gedachte Vorschrift, daß Versammlungen erst nach dreimaliger Aufforderung von der Polizei aufgelöst werden dürfen, wird von den zivilen Greiftrupps völlig mißachtet bzw. umgangen. Sie greifen zu, wenn die Lage günstig ist, am besten noch von hinten und selbstverstädnlich ohne die Demonstranten vorher gewarnt zu haben. Überhaupt wird es durch den Einsatz

und selbstverstädnlich ohne die Demonstranten vorher gewarnt zu haben. Überhaupt wird es durch den Einsatz

ziviler Greiftrupps möglich, Abwehrstrategien der Demonstranten zu unterlaufen. Da das Bevorstehen eines polizeilichen (Zivil)-Einsatzes nicht mehr erkannt wird, können sich die Demonstrationsteilnehmer weder rechtzeitig aus dem Staube machen, bevor es losgeht, noch z.B. durch Kettenbilden versuchen, sich zu schützen.

Diese vom Einsatz ziviler Greiftrupps ausgehende Verunsicherung der Demonstrationsteilnehmer, die Angst vor unkalkulierbaren, weil unvorhersehbaren Einsätzen solcher Trupps, die Angst vor Willkür und terroristischer Brutalität bei den Festnahmeaktionen — das sind die realen und auch beabsichtigen Folgen dieser „verdeckten" Einsatzmethoden.

Dagegen erweist sich das Gerede von der „Beweisnot bei Ausschreitungen" angesichts des tatsächlichen Vorgehens der Zivis als vorgeschobene Begründung. Denn weder richteten sich die Festnahmen gezielt gegen „Straftäter" — die uns bekannten Festnahmen erfolgten völlig willkürlich — noch dient es der Sicherung von Beweisen, wenn Leute bei ihrer Festnahme brutal zusammengeschlagen werden. Es ist sogar ein Fall bekannt geworden, wo Demonstrationsteilnehmer, die schon auf dem Weg nach Hause waren, von Zivis überfallen, zusammengeschlagen und anschließend l i e g e n gelassen wurden.

Auch mit den „Ausschreitungen" seitens der Demonstranten war es nicht so weit her, wie man es nachträglich — angesichts von 26 festgenommenen „Straftätern" — darzustellen versuchte. So präsentierte die Presse als Beweis für die angebliche Brutalität von gewalttätigen Demonstranten kurz nach der Springer-Aktion einen schwerverletzten Zivi, der selber nicht wußte, wie er zu seinen Verletzungen gekommen war, weil er von hinten angefallen worden ist (7). Nach dreieinhalb Wochen wurde „aus Polizeikreisen" bekannt, daß der Zivi „Opfer von Kollegen" geworden ist. Ein „bedauerlicher Fall" von Eigenverletzung (8)...

Als Zweck des „verdeckten" Polizeieinsatzes bleib also die Einschüchterung der Demonstrationsteilnehmer. Das politische Kalkül liegt dabei auf der Hand: Man will die Leute von Demonstrationen, die von der Polizei vorab als „gewalttätig" definiert werden, abhalten und zur freiwilligen Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und Bekenntnis eigener Gewaltfreiheit bewegen. Dieser Effekt wird viel eher erreicht, wenn durch die punktuellen,

und Bekenntnis eigener Gewaltfreiheit bewegen. Dieser Effekt wird viel eher erreicht, wenn durch die punktuellen,

nur wenige treffenden, aber gleichwohl unkalkulierbaren Zivieinsätze Angst verbreitet wird, ohne daß sich die Polizei i n s g e s a m t durch massiven Einsatz ihrer Mittel in unmittelbar erfahrene Konfrontation mit a l l e n Demonstrationsteilnehmern zu begeben braucht. Sie vermeidet dadurch unerwünschte „Radikalisierungseffekte" und fördert den Anschein „gemäßigten" Vorgehens.

Ausschaltung demokratischer Kontrolle

Darüberhinaus haben Zivieinsätze den Vorteil, daß eine nachträgliche gerichtliche Kontrolle von Übergriffen erschwert ist. Und bekanntlich wird durch mangelnde Kontrollierbarkeit die Hemmungslosigkeit, mit der solche Spezialtrupps vorgehen, noch weiter gesteigert. Zugleich ist es der Polizeiführung eher möglich, Übergriffe als individuelle Eigenmächtigkeiten hinzustellen und somit auch sich selbst der Verantwortung zu entziehen.

Mit einigem Recht kann Pawelczyk hoffen, daß sein Konzept des differenzierten, arbeitsteiligen Einsatzes von den Objekten dieser Einsätze und der demokratischen Öffentlichkeit nicht durchschaut wird. So herrscht bei vielen eine Einstellung vor, wonach die brutalen Zivieinsätze zwar verurteilt werden, das Verhalten „der Polizei" insgesamt aber eher als „gemäßigt" eingestuft wird. Dabei wird übersehen, daß solcherart „gemäßigtes" Vorgehen als n o t w e n d i g e s Pendant die von rechtsstaatlichen „Essentials" — wie dem Legalitätsprinzip, der Berechenbarkeit staatlichen Handelns und der Möglichkeit nachträglicher Kontrolle — entbundenen Sonderpolizeitrupps hat.

Unsere Antwort auf den Hamburger Zivieinsatzes darf sich nicht auf die Abwehr der konkreten Übergriffe beschränken, es muß auch die Verantwortung der Polizeiführung für diese Übergriffe deutlich gemacht werden. Der Einsatz von Zivis war Bestandteil des Gesamtkonzeptes. Pawelczyk ist dafür verantwortlich, daß überhaupt mit diesen Methoden des „verdeckten" Einsatzes operiert wird, daß überhaupt solche Sondereinheiten gebildet werden, deren Vorgehen jeder Kontrolle entzogen wird.

E., Antirepressions-Kommission, HH

Anmerkungen:

1) Nach der Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der GAL.
2) lt. Hamburger Abendblatt v. 24.10..
3) Alle Informationen lt. Antwort des Senates auf eine Große Anfrage der GAL.
4) Aus der Antwort des Senates auf eine Kleine Anfrage der GAL.
5) FAZ v. 26.10.83.
6) TAZ v. 26.10.83.
7) lt. Hamburger Abendblatt v. 24.10.83, BILD v. 25.10.83.
8) lt. TAZ v. 18.11.83.

Strafanzeige gegen die Polizei

Wegen der Übergriffe der Polizei bei der Springer-Blockade vom 22.10. haben inszwischen 14 Betroffene Strafanzeigen gegen Polizisten gestellt. Der Vorwurf lautet auf Körperverletzung bzw. schwere Körperverletzung im Amt. In einigen Fällen kommt auch unterlassene Hilfeleistung oder Beleidigung in Betracht. Außerdem liegen gleichzeitig Dienstvergehen vor, so daß auch disziplinarrechtliche Schritte von der Polizeiführung gefordert werden.

In allen Fällen besteht die Schwierigkeit, daß keiner der Bullen namentlich bekannt ist, so daß die Anzeigen gegen „Unbekannt" gerichtet werden müssen. Nur anhand von Fotomaterial ist in einigen Fällen eine Identifizierung möglich.

Darüber hinaus ist auch gegen die Polizeiführung, die den Einsatz der zivilen Polizisten angeordnet hat, Anzeige wegen „Verdachts der Verleitung von Untergebenen zu einer Straftat (§§ 357, 340 StGB)" erstattet worden. Anzeigeerstatter sind zwei Hamburger Rechtsanwälte und eine Rechtsanwältin, sowie die GAL, der Ermittlungsausschuß, „Bürger beobachten die Polizei", der Republikanische Anwaltsverein (RAV), die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Jugendverbände für Natur- und Umweltschutz, die Gruppe Autonome Sanitäter und die Hamburger Friedenskoordination.

Aus der Anzeige:

„Die Anzeigeerstatter haben begründeten Anlaß zu der Annahme, daß es sich bei diesen massiven Prügeleien nicht um Übergriffe einzelner ziviler Beamter, die ‚die Nerven verloren haben', handelt, sondern dahinter vielmehr ein polizeitaktisches Konzept steht. ... Anhaltspunkte für die erteilten Einsatzbefehle ergeben sich aus einigen typischen Einsatzverhaltensweisen von Zivilpolizisten, die sich aus den den Anzeigeerstattern vorliegenden zahlreichen Berichten ergeben: Zahlreiche Zivilpolizisten haben — unabhängig voneinander — Demonstrationsteilnehmer über längere Strecken verfolgt oder an Ort und Stelle ergriffen, dort verprügelt und anschließend einfach liegengelassen. ...

Zusammengefaßt ergibt sich das Bild, daß zivile Polizeibeamte, aber auch uniformierte, in zahllosen Fällen grundlos Demonstranten angegriffen und zusammengeschlagen haben. Es ist nicht erkennbar, inwiefern dieses Vorgehen in irgendeiner Art und Weise gerechtfertigt, geschweige denn geboten gewesen sein soll.

Aus der Menge der insofern inhaltlich übereinstimmenden Berichte muß man schließen, daß diese Taktik der ‚Verunsicherung' und Verbreitung von Panik von den für den Einsatz verantwortlichen Polizeiführern gewollt, zumindest toleriert wurde. ...

Den verantwortlichen Polizeiführern mußte klar sein, daß Beamte, die sich infolge ziviler Verkleidung weitgehend ihrer Anonymität sicher sein können, eher zu unverhältnismäßigem Einschreiten, sprich Prügeln, neigen, als uniformierte Beamte im geschlossenen Verband.

Das Ergebnis dieser Polizeitaktik ist: Verunsichern, provozieren, zusammenschlagen, einschüchtern und willkürlich festnehmen. Hierdurch soll offenbar das Demonstrationsgeschehen auf seiten der Demonstranten so weit chaotisiert werden, daß ein irgendwie organisiertes Vorgehen, und sei es auch nur ein organisierter Rückzug, aus Angst und Panik nicht mehr möglich ist.

Die Verbreitung von Angst und Schrecken und das Zufügen von Verletzungen kann aber unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt ein legitimes Ziel von polizeilichen Einsätzen sein. ..."

Die Konservative Aktion

Mobilisierung der „anständigen" Deutschen

Das „anständige Deutschland" soll mobilisiert werden, bevor der „Pöbel die Herrschaft der Straße" endgültig erobert hat. Unter diesem Motto versucht seit etwa zwei Jahren die Konservative Aktion eine rechte Massenmobilisierung. Der Pöbel — das stand für diese Kalten Krieger von vornherein fest — das ist jeglicher sozial engagierte Protest, das sind die Hausbesetzer, „Chaoten", Anarchisten, Abtreibungsbefürworter, die „rotlackierten Grünen" ebenso wie die Friedensbewegung, das sind die „Partisanen Moskaus" und „Kryptokommunisten", die „mitten unter uns leben", die diversen „5. Kolonnen" Moskaus inner- und außerhalb der SPD und die „nicht integrierbaren Ausländer", die — mit Form und Anstand, versteht sich — aus diesem unserem Land hinausgejagt werden müssen, damit man wieder stolz darauf sein kann, ein Deutscher zu sein.

Rechtsradikale Sonntagsreden eines Heiner Geißler oder eines Lummer reichen der Konservativen Aktion längst nicht mehr. Ihr ist die Regierung Kohl einfach zu schlapp. Sie will Abschied nehmen vom Konzept der CDU als großer Volkspartei, die — so die Vertreter der Konservativen Aktion — nach rechtsaußen handlungsunfähig sei. Das „anständige Deutschland" soll auf die Straße, soll dem „Mob" zeigen, wo hierzulande die Fahne weht. Offen wird die Bildung von „Bürgerverbänden" propagiert, um ein „Notstandrecht" der „schweigenden Mehrheit" wahrnehmen zu können.

Annähernd 40.000 Anhänger will die Konservative Aktion bisher gewonnen haben, davon 40% (also 16.000) Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren. Grund genug, sich diesen Verein etwas näher anzusehen.

Gegründet wurde die Konservative Aktion im Juni 1981 in München. In ihr sammelten sich im wesentlichen die Vertreter der rechtsradikalen Wahlkampftruppen für die gerade abgelaufene Bundestagswahl 1980. Die „Demokraten für Strauß" mit Ludek Pachmann, einem Schachspieler aus der CSSR, und dem Ex-Bild-Journalisten Siegerist sind dabei; Gerhard Löwenthal vom ZDF-Magazin fehlt ebensowenig wie Strauß-Intimus Lothar Bossle vom Würzburger Institut für Demokratieforschung oder Strauß-Anwalt Ossmann; Franz Schönhuber, wegen seines SS-Bekennerbuches „Ich war dabei" selbst dem bayerischen Rundfunk untragbar gewordener Rundfunkjournalist, gehört zur Truppe, wie Martin Schettler vom Christlichen Gewerkschaftsbund oder die Gralshüterin der deutschen Familie, Christa Meves. Von rechtsklerikaler Seite stieß der gesamte Motschmann-Clan („Rotbuch Kirche") zu diesem Sammlungsbecken und als Vertreter des esoterischen Konservatismus der Freiherr Caspar von Schrenck-Notzing, Herausgeber der Zeitschrift „Criticon", der als Mitinhaber der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF) sicher genauso kapitalkräftig ist wie der Schnaps- und Obstsaftproduzent Ludwig Eckes. Kurz: In der Konservativen Aktion versammelten sich die langjährigen Aktivisten vom rechten Rand von CSU und CDU, die in der Vergangenheit immer wieder eine „4. Partei" propagiert hatten und das Bindeglied zwischen Strauß und dem ganz rechten Lager gebildet hatten. Von der Deutschland-Stiftung über Criticon bis zum Christlichen Gewerkschaftsbund und von der Ludwig-Frank-Stiftung des ehemaligen Braunschweiger Oberstadtdirektors Dr. Hans-Günther Weber bis hin zur Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft ist alles vertreten, was in diesem Spektrum Rang und Namen hat.

Anspruchsvoll formulierte die Konservative Aktion: „*Die deutschen Konservativen brauchen dringend eine organisatorische Basis, auf der man ... um klare Positionen kämpft, Menschen überzeugt, neuen politischen und ideellen Willen weckt, gefährliche Gegner mit klaren Argumenten bekämpft.*" Ausdrücklich kann — so der Vorsitzende Ludek Pachmann — die CSU/CDU nicht diese Basis sein. Sie ist „*als ‚Omnibus-Partei' zu breit und in sich zu heterogen, um eine entschlossene geistige und moralische Auseinandersetzung führen zu können.*"

In ihren konkreten Forderungen unterscheidet sich die Konservative Aktion nur unwesentlich von der Regierung Kohl. Auch ihr geht es um

— mehr Selbstverantwortung und weniger Staat und bürokratische Gängelung;
— die Verwendung von Steuerentlastungen nicht zur sozialen Umverteilung, sondern für die Sanierung bzw. Erhöhung der Investitionsbereitschaft und -fähigkeit der Unternehmen;
stungen nicht zur sozialen Umverteilung, sondern für die Sanierung bzw. Erhöhung der Investitionsbereitschaft und -fähigkeit der Unternehmen:
— das Freimachen blockierter Milliardenbeträge z.B. für Atomkraftwerke, neue Medien und andere Großobjekte;
— verstärkte Selbstbeteiligung bei allen Solidargemeinschaften;
— strengere Maßstäbe bei Krankschreibungen, Kuren usw.;
— Verschärfung des § 218;
— Verschärfung des Demonstrationsrechtes;
— strenge Auslese an Gymnasien und Hochschulen.

Erklärtes Ziel der Konservativen Aktion ist es, diese Forderungen politisch
rechtes;
— strenge Auslese an Gymnasien und Hochschulen.
Erklärtes Ziel der Konservativen Aktion ist es, diese Forderungen politisch
umzusetzen, und das heißt für sie, eine aktive Politik zur Mobilisierung für diese Ziele zu betreiben. Die „geistig-moralische Wende" ist für die konservative Aktion eine Politik der Mobilisierung von Teilen der Bevölkerung in offener Konfrontation zu allen demokratischen und Reformbewegungen.

Deutschland, Deutschland über alles

Am 18. Januar 1983 gründete die Konservative Aktion eine „Kampagne
Deutschland, Deutschland über alles

Am 18. Januar 1983 gründete die Konservative Aktion eine „Kampagne
deutsche Wiedervereinigung" am Bismarck-Denkmal im Sachsenwald bei Hamburg mit dem Urenkel des eisernen Kanzlers, Ferdinand von Bismarck. Diese Kampagne will als wesentliche Aktion eine Platte des Deutschlandliedes mit allen drei Strophen unter „der Jugend verbreiten". Mehrere tausend dieser Platten, die schon vor Jahren vom CDU-MdB Wilfried Böhm (Melsungen) produziert wurden, sollen schon verteilt sein, insgesamt eine Viertelmillion sollen es werden. Das Pikante an dieser Aktion ist zum einen, daß an eben diesem 18. Januar bislang nur die offenen Nazis ihre „Reichsgründungsfeiern" abhielten und Nazi-Verleger Dr. Gerhard Frey ebenfalls mit einer Platte des vollständigen „Deutschlandliedes"(„Von der Maas bis an die Memel") die „Nationale Frage" als großdeutschen Chauvinismus propagiert. Zum anderen fiel diese Kundgebung im Sachsenwald genau in die Zeit der offiziellen Gedenkfeiern anläßlich des 50. Jahrestages der Machtübertragung an die Nazis.

„*Wir sind konservativ. Deshalb sind wir stolz darauf, Deutsche zu sein. Deshalb sind wir stolz auf unser deutsches Vaterland und seine Geschichte.*" (These 3 der Konservativen Aktion). Klar, daß der Antifaschismus in diesem Nationalismus keinen Platz hat, sondern ein mieser Trick Moskaus ist: „*Die Linken wollen den Deutschen zuerst das nationale Rückgrat brechen — durch möglichst viele Holocaust-Filme, ununterbrochene Reden über Hitler-Verbrechen usw. usw. Keiner soll mehr den Mut haben, zu sagen ‚Ich bin stolz darauf, Deutscher zu sein'. Nur eine ständig gedemütigte Nation kann zum Spielball kommunistischer Politik werden*" (aus einem Rundschreiben der Konservativen Aktion). Allerdings tragen auch rechtsradikale Fußballfans und Skins das Bekenntnis „Ich bin stolz darauf, ein Deutscher zu sein" am Ärmel. Dieses Emblem dürfte ihnen kaum von der Konservativen Aktion geliefert worden sein, sondern vom Nazi-Verleger Gerhard Frey (National-Zeitung).

Danke, Mr. President Danke, Amerika

An einem weiteren zentralen Punkt allerdings dürfte sich die Konservative Aktion nicht so leicht mit dem übrigen Nazisumpf verstehen. Mit ihrer Aktion „1000 weiße Rosen" zieht sie seit über einem Jahr von US-Kaserne zu US-Kaserne, um den dortigen GIs zu versichern, wie sehr sie doch gebraucht werden und daß sie ja immer gebraucht würden in „good old Germany" zur Verteidigung unserer Freiheit. Jede dieser Aktionen wurde bisher begleitet von der Springer-Presse, insbesondere der „BILD am SONNTAG", die sich als Sprachrohr der Konservativen Aktion mauserte. In Wort und Bild werden die amerikanischen Rosinenbomber der Berlin-Luftbrücke beschworen, wird daran erinnert, daß nur die amerikanische Armee unseren Frieden und unsere Freiheit vor den Horden der roten Armee gerettet hätte. Beim Reagan-
tion mauserte. In Wort und Bild werden die amerikanischen Rosinenbomber der Berlin-Luftbrücke beschworen, wird daran erinnert, daß nur die amerikanische Armee unseren Frieden und unsere Freiheit vor den Horden der roten Armee gerettet hätte. Beim Reagan-
Besuch in Westberlin gar veranstaltete die Konservative Aktion eine Spendensammlung unter Kapitalisten, um in mehrseitigen Anzeigen den lieben Mr. President zu begrüßen und ihm klarzumachen, wie gern wir ihn doch haben. Auch die Aktionen des „Fellbacher Kreises", der am Tag der Friedensdemonstrationen mit nachgebauten Papp-SS20-Raketen durch Stuttgart fuhr und Blumen an die GIs verteilte, wurden von der Konservativen Aktion getragen.

Manchmal allerdings hat die Konservative Aktion auch nicht so gute Karten: Am selben Tag versuchten Mitglieder der Konservativen Aktion in Hamburg, das sattsam bekannte Kriegerdenkmal am Dammtor von den Spuren diverser Farbbeutel zu reinigen und rückten mit Kranz und Scheuereimer an. Pech für sie, daß sie dabei zwischen absperrende Polizei und Friedensdemonstration gerieten und froh waren, daß nur der Kranz über den Zaun von Planten und Blomen flog — ein Erlebnis, das die Konservative Aktion nicht daran hinderte, flugs eine Bürgerinitiative „Rettet das Kriegerdenkmal" auszurufen, die zum Ziel hat, dieses Monstrum des Militarismus vor der von der Bürgerschaft beschlossenen „antifaschistischen Verschandelung" zu bewahren.

Mittlerweile hat die Konservative Aktion es immerhin schon geschafft, das Geld für halbseitige Anzeigen im „Hamburger Abendblatt" für dieses Ziel aufzubringen, nachdem selbst die ganz harten Militaristen der Hansestadt darauf verzichtet hatten, am „Heldengedenktag" den obligatorischen Kranz an diesem Schandmal niederzulegen.

Reinfall am 17. Juni

Ihren bisher größten Versuch der öffentlichen Mobilisierung unternahm die Konservative Aktion am 17. Juni 1983 in Westberlin. Über die offiziellen Feierlichkeiten des Senats hinaus hatte die Konservative Aktion eine Demonstration vor einem besetzten Haus und eine Demonstration durch Kreuzberg unter ausländerfeindlichen Parolen angesetzt. Beides geriet zum Flopp: Das Jugendherbergswerk entzog der Konservativen Aktion die schon angemeldeten Schlafplätze (für deren Ersatz dann Westberlins CDU-Rechtsaußen Lummer sorgte); die Demonstration vor dem besetzten Haus fand am frühen Morgen Stunden vor dem öffentlich angekündigten Termin statt und einige Dutzend Aktivisten wurden von der lauten Frühstücksmusik der Besetzer („Spiel mir das Lied vom Tod" u.a.) alleine vertrieben, und die Demonstration wurde mit einigen hundert Aktiven nach Tiergarten verlegt. Gegen die 15.000 Antifaschisten in Kreuzberg (SPD und AL hatten aufgerufen) hätte die Konservative Aktion auch ganz schlecht ausgesehen. Lummer allerdings kümmerte das nicht: Er ließ seine Polizei auffahren und wild auf die Antifaschisten eindreschen — zumindest dafür hatte die Provokation der Konservativen Aktion ausgereicht.
die Konservative Aktion auch ganz schlecht ausgesehen. Lummer allerdings kümmerte das nicht: Er ließ seine Polizei auffahren und wild auf die Antifaschisten eindreschen — zumindest dafür hatte die Provokation der Konservativen Aktion ausgereicht.

Mit der Provokation vom 17. Juni allerdings hat die Konservative Aktion auch innerhalb der CDU/CSU Gräben aufgerissen, die sehr deutlich zeigten, bis zu welchem Punkt die Konservative Aktion allgemein geduldet und wo für weite Teile der CDU dieser Haufen doch zu rechts angesiedelt ist. Richard von Weizsäcker hatte noch am Morgen des 17. Juni vor der Konservativen Aktion gewarnt, und auch die ansonsten nicht gerade zimperliche rechtsradikale Gesellschaft für Menschenrechte distanzierte sich von dem bürgerwehrähnlichen Vorhaben der Konservativen Aktion. Die meisten der angekündigten Redner erschienen nicht, und auch Strauß war nur per Video zu bewundern. Brigadegeneral a.D. Karst, ein alter Kämpfer der „Deutschland-Stiftung", trat nach dem 17. Juni aus der Konservativen Aktion aus, und Vorstandsmitglied Löw legte sein Amt nieder. Zentraler Kritikpunkt am Vorgehen der Konservativen Aktion ist dabei, daß sie sich mit ihren Aufmärschen á la 17. Juni doch zu sehr als Bürgerwehr und parastaatliche Einsatztruppe hatte darstellen wollen, und das geht eben noch zu weit.

Wie weiter mit der Konservativen Aktion?

Insbesondere innerhalb der Jungen Union und der ihr nahestehenden Schüler-Union ist mittlerweile eine recht heftige Auseinandersetzung um die Konservative Aktion entstanden. Der Hamburger Landesverband hat sogar einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber der am 17. Juni gegründeten „Konservativen Jugend Deutschlands" (KJD) gefällt, und es wird überlegt, die

Fortsetzung nächste Seite

Im Wortlaut: FR 13.9.83 [FR]

„Eine Schande für die Nation"

Die rechtsgerichtete „Konservative Aktion" des Exil-Tschechen Ludek Pachmann muß zur Finanzierung ihres aufwendigen „Aktionsprogrammes" gegen den Friedens-Herbst den Klingelbeutel kreisen lassen. Um die vorgesehenen Störmanöver bei Kasernenblockaden und die kostenlose Verteilung von 250 000 Schallplatten mit der deutschen Nationalhymne bezahlen zu können, bittet Pachmann in Bettelbriefen an ausgesuchte Empfänger um Finanzspritzen:

Hamburg, im September 1983

Sehr geehrter Herr . . .,

der rote Krawallpöbel rüstet zum sogenannten „heißen Herbst". Die vereinigte Linke — angefangen von den verbrecherischen Terroristen bis hin zu den Chaoten, Aussteigern, Grünen und Alternativen, von der DKP bis zur SPD und dem DGB: Sie alle drohen schon jetzt „friedliche" Demonstrationen an. Kasernenbesetzungen, Straßenblockaden, Schlachten mit der Polizei. Mit vermummten Gesichtern, Schlagstöcken, Steinen und Brechstangen werden sie ihre „Friedensliebe" demonstrieren.

Musterbeispiele dafür hat dieses rote Gesindel bereits geliefert. General Bastian schämt sich nicht, sich wie ein dummer, trotziger Junge von Polizeibeamten von der Straße tragen zu lassen. Als „Demonstrant" vor Bundeswehrkasernen. Er hat aber keinerlei Hemmungen, von der von ihm geschmähten Bundeswehr monatlich rund 6000 Mark (!) Generalspension zu kassieren. Dieser Mann ist eine Schande für die Nation.

Im hessischen Parlament bespritzt ein „grüner" Abgeordneter einen amerikanischen General mit seinem eigenen Blut. Politik von Fanatikern oder ein Fall für Nervenärzte?

Mit allen gewalttätigen Mitteln wird der rote Krawallpöbel die uns bevorstehenden Monate zu einem chaotischen und gewalttätigen Herbst „umfunktionieren" wollen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Wir können nicht mehr länger zusehen, wie die nützlichen Idioten des Kreml unser schönes Land kaputtmachen und den Sowjets unterwerfen wollen.

Deswegen hat die Konservative Aktion ein ungewöhnliches Gegenkonzept entwickelt. In einem kleinen Prospekt, den Sie in diesem Brief finden, haben wir unsere geplanten Aktionen zusammengestellt.

Bitte, helfen Sie uns durch eine Spende, dieses Programm voll zu verwirklichen. Wir müssen endlich etwas unternehmen. Jeder von uns!

Mit freundlichen Grüßen
Ludek Pachman
Bundesvorsitzender



„Freiheit für Lech Walesa" forderten Demonstranten am Freitagabend in Hamburg

Langenhagen, 18.11.

Podiumsveranstaltung mit NPD geplatzt

Geplant war, eine Idee des Jugendpflegers, eine Podiumsdiskussion mit einem Vertreter der CDU, der SPD, des Jugendzentrums **und zwei Vertretern der NPD**. Das Thema (Neuer Trend der Jugend — NPD?) und der seriöse Rahmen wären interessant genug für die NPD, um reichlich norddeutsche Prominenz und etwa 10 weitere (hauptsächlich hannoversche) NPDler aufzufahren. Jedoch, sie kamen nicht zu Wort. Obwohl der Jugendpfleger bereits auf den geplanten Film „Wotans Erben" verzichten wollte, andernfalls zu gehen, entschied sich die Mehrheit der Anwesenden für den Film und damit gegen die NPDler. Prompt zogen diese samt Schutztruppe unter Sprechchören ab. Eine Aufwertungsveranstaltung für die NPD kam nicht zustande. Den Parteien wurde eine noch größere Peinlichkeit erspart, obwohl sie sich nicht entblödeten, unter den abziehenden NPD-Kadern „verführte Jugendliche", die man erreichen müsse, zu entdecken. Irgendeine Rechtfertigung muß man ja vorbringen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Schülerarbeit der JU wieder mehr an die Partei anzubinden und nicht mehr der Schüler-Union allein zu überlassen. Innerhalb der Schüler-Union scheint die Konservative Aktion emsig rekrutieren zu können. In Westberlin, dem Hauptarbeitsfeld der Konservativen Aktion, konnte Funktionär Markus Motschmann stolz verkünden, daß sogar in der Jungen Union in 7 von 13 Kreisverbänden die Macht des „Reformflügels" gebrochen sei. Bundesvorsitzender der KJD ist der Hamburger stellvertretende Landesvorsitzende der Schüler-Union und auch aus anderen Städten sind derartige Ämterüberschneidungen bekannt geworden.

Auch aus den Reihen des „Ring freiheitlicher Studenten", zwischen CDU und offenen Nazis angesiedelt, ist Zulauf zur Konservativen Aktion zu verzeichnen, und mit der Gründung des Landesverbands Westberlin hat sie einen ersten Schritt zu einer eigenen Organisation vollzogen, ja selbst von einer Gründung als Partei war schon gerüchtehalber zu hören.

An diesem Punkt allerdings scheinen besonnenere Kräfte der Konservativen Aktion noch vorsichtig zu sein. Allzusehr sind bei den maßgeblichen Kadern dieses erneuten Sammlungsversuchs die schlechten Erfahrungen aus den 70er Jahren in Erinnerung, als sämtliche derartige Versuche scheiterten, aus dem Schatten der CSU/CDU herauszutreten. Wie der 17. Juni aber gezeigt hat, scheint die CDU/CSU insgesamt kaum geneigt, eine rechtsradikale Schlägerbande an ihrem rechten Rand zu dulden. Vor dieser Schwelle der „Bürgerverbände" allerdings könnte die Konservative Aktion ein Kristallisationspunkt für das Spektrum der vom bisherigen Verlauf der „Wende" enttäuschten CSU/-CDU-Wähler und -Anhänger werden. Ob sie allerdings auch die ihr in vielen Punkten verwandten Anhänger solcher Nazivereine wie der „Deutschen Volksunion" des Gerhard Frey wird anziehen können, ist fraglich. Traditionellerweise herrscht in diesen Kreisen gerade kein solch militanter Pro-Amerikanismus, wie ihn die Konservative Aktion vorexerziert.

Mensch wird sehr genau beobachten müssen, inwieweit die Konservative Aktion in der Lage ist, weiter vorantreibend in einen rechten Sammlungsprozess einzugreifen.

Hand- und Kopflos?

Hand- und Kopflos?

Aus Protest gegen seinen großen Vorsitzenden Franz Josef Strauß trat vor Monaten der Bundestagsabgeordnete Franz Handlos aus der CSU aus. Hauptkritikpunkt war damals der Milliardenkredit an die DDR, den federführend Franz Josef Strauß vermittelt hatte. Handlos, dem bald auch der CSU-Abgeordnete Ekkehard Voigt mit ähnlicher Begründung nachfolgte, hatte Strauß vorgeworfen, bisherige Positionen verlassen zu haben; ein Vorwurf, der im übrigen — und völlig zu Recht — auch von offenen Nazis erhoben wurde. (Die NPD hatte übrigens 1967-69 ihre größte Zeit, als die CSU/CDU mit Strauß in der großen Koalition die Ostverträge mit vorbereitete und einen Teil ihrer rechten Stammwähler verschreckte).

Die jüngste innerparteiliche Auseinandersetzung innerhalb der CSU/CDU um diese Kredite scheint noch nicht abgeschlossen. Dieter Berger, Vorstandsmitglied der Hamburger Vertriebenenunion, ist ebenfalls mit gleichlautender Kritik aus der Union ausgetreten.

Voigt, als Nachfolger von Handlos kurzfristig Vorsitzender des „Wehrpolitischen Arbeitskreises" der CSU geworden, kraftmeierte, daß etwa 2.000 der insgesamt 7.000 Mitglieder des Arbeitskreises bei der geplanten Parteigründung mitziehen würden.

Die neue Partei, die jetzt gegründet werden soll, hat zwar noch keinen Namen, will aber unter Parolen wie „Dienstpflicht für die junge Generation", „Staatsaufsicht über Versicherungskonzerne", „Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit" und „Reinheit in die Politik" zu den Landtagswahlen 1986 in Bayern kandidieren.

Mit von der Partie ist der (ehemalige) Rundfunkjournalist **Franz Schönhuber**, wegen seines ss-Bekennerbuches „Ich war dabei" selbst dem Strauß-Spezi und Intendanten des bayerischen Rundfunks, Vöth, untragbar geworden und von seinem Posten entfernt. Eben dieser Schönhuber, der zur Zeit insbesondere bei Vertriebenenverbänden als Redner herumgericht wird, ist in den letzten Monaten zu einer Art Symbolfigur für das „saubere Deutschland" geworden. Besondere Gunst genießt er daher in der „Deutschen Nationalzeitung" des Gerhard Frey.

Krefeld-Prozesse:

Die Justiz demonstriert Härte

Am 10.11.1983 begann vor dem Landgericht in Krefeld der erste Prozeß, gegen einen der insgesamt 30 Angeklagten, denen wegen der „Anti-Nato-Demo" vom 25.6. der Prozeß gemacht wird.

Bei insgesamt 10 Verfahren lautet die Anklage: Schwerer Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. (Etwa 15 - 20 Verfahren werden vor dem Amtsgericht verhandelt, bei diesen Verfahren geht es in der Hauptsache um Widerstand und Körperverletzung.)

Holger gehört mit zu den „schweren Fällen". Angeblich soll er vermummt mit einer Motorradmaske und einer ein Meter langen Holzlatte auf einen Polizisten eingeschlagen haben. Holger gehört auch zu den acht Gefangenen, die seit über fünf Monaten in Untersuchungshaft sitzen.

Schon Wochen vor Beginn der Prozesse wurde das richtige Klima für die Prozesse hergestellt. Das Gerichtsgebäude wurde eigens für die Krefeldprozesse umgebaut. Eine Holzwand trennt die Gerichtssäle, wo die Krefeldprozesse stattfinden, vom restlichen Teil des Gebäudes ab. „Es wird ein Hauch von Stammheimm wehen." (WZ, 4.10.83).

In der bürgerlichen Presse werden diese Staatsschutz-Veranstaltungen als „Krawallmacher- oder Steinewerferprozesse" (Welt, WZ) bezeichnet. Um zu demonstrieren, wie gefährlich die „Krawallmacher", „Freunde Holgers", „Sympatisanten" und „schwarz-gekleidete" sind, wurde das Gerichtsgebäude am ersten Prozeßtag von ca. 800 bewaffneten Bullen hermetisch abgeriegelt. Eine für 10.00 Uhr angemeldete Kundgebung, an der ca. 100 - 150 Leute teilnahmen, wurde nur unter totalen Einschränkungen genehmigt: „Vermummungsverbot, keine Uniform, keine gleichartigen Halstücher, Krawatten oder Jacken. Verbot von Transparenten, Kundgebungsbei-

migt: „Vermummungsverbot, keine Uniform, keine gleichartigen Halstücher, Krawatten oder Jacken. Verbot von Transparenten, Kundgebungsbei-

trägen, Parolen mit staatsfeindlichem Inhalt."

Drei Sperren vor dem Gerichtsgebäude sorgten dafür, daß nur die in den Gerichtssaal kamen, die Durchsuchungen und Ausweiskontrollen über sich ergehen ließen. Laut „Westfälische Nachrichten" (WN) diente die Leibesvisitation der Kontrolle nach Waffen. „Waren doch bereits 40 z.T. mit Schlagwaffen ausgerüstete Personen bereits bei Zufahrtskontrollen festgenommen." (WN, 11.11.83).

Der Prozeß läuft unter Führung von Richter Paul (Exmitglied des inzwischen aufgelösten, als Staatsschutzinstitution fungierenden 4. Senats des OLG Düsseldorf). Angesetzt war der Prozeß gegen Holger auf ursprünglich drei Prozeßtage. Der erste Prozeßtag begann mit einigen Anträgen, die von Rechtsanwalt Zimmermann gestellt wurden. Der erste Antrag befaßte sich mit der Herstellung der Öffentlichkeit (Entfernung von Kontrollen, Sperren usw.). Wie nicht anders zu erwarten, wurde dieser Antrag abgelehnt. Ein zusätzlicher Antrag, daß Holger bei seinen Anwälten sitzen soll (Holger muß abgetrennt hinter einem Holzgitter sitzen), wurde ebenfalls abgelehnt. In der Erklärung, die Holger anschließend hielt, forderte er die Einstellung des Prozesses, da „es in diesem Verfahren weder um eine Straftat noch um Straftäter geht,sondern ein Urteil über den Widerstand zu fällen, der sich am 25.6. in Krefeld gegen die Nato-Propaganda-Show manifestiert hat" (aus Holgers Einstellungsantrag). Ein Antrag auf Zusammenlegung der Prozesse wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Verfahren auf unterschiedlichen Ermittlungsstufen stehen würden.

Aufsehen in der Presse erregte der erste Befangenheitsantrag Zimmermanns gegenüber dem Gericht. In der Befangenheitserklärung heißt es: „Da die Mitglieder des Gerichts in Krefeld wohnen und dort tätig sind, ist davon auszugehen, daß sie an Feierlichkeiten am 25.6. teilgenommen haben, den Besuch des Vize-Präsidenten miterlebt haben und in irgendeiner Weise mit der Demonstration in Berührung gekommen sind, so daß sie eine bestimmte persönliche Haltung zu den Vorfällen angenommen haben, die ihre Befangenheit begründen kann". Das Gericht sollte deshalb u.a. folgende Fragen beantworten: „Haben Sie am 25.6. an den Festlichkeiten in Krefeld teilgenommen, und wenn ja, wo? Sind Sie in irgendeiner Weise in Auseinandersetzungen mit Demonstranten verwickelt worden, oder durch solche persönlich beeinträchtigt worden? Stimmen Sie der von Vizepräsident Bush repräsentierten Nato-Politik zu, die u.a. die Stationierung von Pershing II-Atomrakten in der BRD nach dem 22.11.83 vorsieht?" (aus dem Befangenheitantrag). Die „Süddeutsche Zeitung" (11.11.83) kommentierte: „Natürlich denken die Richter im Traum nicht daran, auf solche Fragen zu antworten. Da sie dies aber nicht tun, unterstellt der Verteidiger ‚zwangsläufig' einen Einfluß auf das Ergebnis und somit die Befangenheit des Gerichts. Und während er seinen Antrag noch begründet, blättern die Berufsrichter nachlässig in ihrer Strafprozeßordnung. Wenig später hat eine Ersatzkammer den Antrag abgelehnt. Und niemand ist überrascht."

Der zweite Befangenheitsantrag, der sich darauf bezieht, das Richter Paul bei dem Beschluß, die Prozesse vor dem Landgericht zu eröffnen, selbst mitentschieden hat (was eine Vorverurteilung des Angeklagten bedeutet), wurde mit der gleichen Selbstverständlichkeit abgelehnt. Nachdem am ersten Prozeßtag alle Anträge abgelehnt worden waren, und die Prozeßbesucher dies nicht unkommentiert hinnehmen wollten, demonstrierte Richter Paul, wie er mit Störungen im Gerichtssaal umzugehen gedenkt. Mit großem Bullenaufgebot ließ er den Saal räumen und die Leute erkennungsdienstlich behandeln. Eine Person wurde dabei festgenommen, dem Haftrichter vorgeführt und im Schnellgerichtsverfahren zu 50 Tagessätzen à 3 DM verurteilt. Ein Hausverbot wurde am selben Tag für alle anderen verteilt.

Die Selbstsicherheit, mit der die Pro-

zu 50 Tagessätzen à 3 DM verurteilt. Ein Hausverbot wurde am selben Tag für alle anderen verteilt.

Die Selbstsicherheit, mit der die Pro-

zesse hier geführt werden, setzte sich am zweiten Prozeßtag fort. In der Beweisaufnahme, die mit dem Verhör des festnehmenden Bullen begann (dieser ist auch gleichzeitig der einzige, der zu den konkreten Vorfällen was sagen kann), tischte der Bulle unverschämte Lügen auf. Er habe Holger angeblich gesehen, wie dieser mit einem Stock auf einen Beamten eingeschlagen hätte. Er habe weiterhin in den beiden Innentaschen der angeblich schwarzen Lederjacke jeweils einen Stein gefunden. Auf die Frage nach dem Verbleib des angeblichen Stockes, gab er an, daß er diesen auf seinen Spind gelegt hätte, und dieser deshalb erst zwei Wochen später bei den Asservaten aufgetaucht sei. Da Holger am 25.6. mit Verletzungen und Schock ins Krankenhaus gebracht wurde, wollte der Anwalt etwas zum Schlagstockeinsatz wissen. Der Bulle leugnete jeglichen Einsatz.

Noch am selben Tag lieferte die Verteidigung Fotos, die zum einen zeigen, wie eben dieser Bulle mit einem Schlagstock bewaffnet (der sich an Holgers Hals befindet) über Holger steht. Zum anderen zeigen die Fotos, daß die vermeintlich schwarze Lederjacke braun war, und nur eine Seitentasche hat. Diese Fotos kommentierte Richter Paul mit dem Satz, es deute ja wohl alles auf einen Schlagstockeinsatz hin. Der Rest des Gerichts schwieg.

Am dritten Prozeßtag wurden alle bis dahin gestellten Beweisanträge vollständig angelehnt. Bei den Anträgen geht es um die Einsicht in alle Akten, die im Zusammenhang mit Krefeld existieren (z.B. Videofilme, Sammelakte der Staatsanwaltschaft zu Krefeld) und um den Beweisantrag zum Polizeieinsatz, aus dem zu entnehmen ist, daß „die Polizei von vornherein beabsichtigte, die Teilnehmer der autonomen und antiimperialistischen Demonstration an taktisch günstiger Stelle festzunehmen" (aus dem Polizeibericht vom 25.6.). Interessant an diesem Tag war die Aussage eines Einsatzleiters aus Essen, die Demonstranten sollten darüber froh sein, wie es abgelaufen wäre, „seine Truppe hätte kurz vor einem Schußwaffeneinsatz gestanden".

Soligruppe Bea, Hamburg (23.11.1983)

Im Zusammenhang mit den Krefelder Ereignissen sitzen immer noch einige Leute in Untersuchungshaft (es sieht nicht so aus, als wenn diese bald wieder freigelassen werden). Nach weiteren sucht die Polizei per Haftbefehl.

Solidaritätsarbeit und Prozeßvorbereitung kostet viel Geld, spendet deshalb auf die Konten der Solidaritätsgruppen, über diese bekommt ihr auch weitere Informationen.

Die Gefangenen freuen sich über jede Post (Pakete sind leider nicht erlaubt). Schreibt über folgende Anschrift:
Landgericht Krefeld (Angabe der zuständigen Kammer nicht vergessen)
Betr.: ....(die betreffende Person)
AZ: ....(auf keinen Fall das Aktenzeichen vergessen)
Nordwall 131
4150 Krefeld

Beate Wolter
aus Hamburg
verhaftet am 25.6.83
AZ: 11(3.)Stk 90/83
3. Strafkammer

Kontaktadresse:
Soli-Gruppe Bea
c/o BUU Hamburg
Bartelstr. 26
2000 Hamburg 6
Konto:
Kto.Nr.: 1228/461321
Haspa BLZ 200 505 50
Inh.: Ingrid Jahnke

Holger Deike
aus Detmold
verhaftet am 25.6.83
AZ: 10(2.)Stk 77/83
2. Strafkammer

Kontaktadresse:
Buchladen Diestel
Postfach 204
4930 Detmold
Konto:
Kto.Nr.: 284966/303
Postscheck Hannover
BLZ 250 100 30
Sonder-Kto. T. Rissiek

Annette Hellmann
aus Köln
verhaftet am 25.6.83
AZ: 9(1.)Stk 86/83
1. Strafkammer

Kontaktadresse:
Der andere Buchladen
Glasstr. 80
5000 Köln 30
Konto:
Kto Nr.: 42365203
Kölner Bank BLZ 371 600 87
Inh.: Simone Hatebor
Stichwort: Spendenkonto

Uwe Wiesler
aus Wuppertal
verhaftet am 25.6.83
AZ: 11(3.)Stk 48/83
3. Strafkammer

Kontaktadresse:
Silvia Lemke
Reitbahnstr. 24
5600 Wuppertal 1
Konto:
Kto.Nr.: 94135/439
Postscheck Essen
Inh.: Silvia Lemke
Stichwort: Uwe

Jörn Ahlborn
aus Köln
verhaftet am 25.6.83
AZ: 9(1.)Stk 90/83
1. Strafkammer

Kontaktadresse:
Der andere Buchladen
Glasstr. 80
5000 Köln 30
Konto:
Kto.Nr.: 42365203
Kölner Bank BLZ 371 600 87
Inh.: Simone Hatebor
Stichwort: Spendenkonto

Dorothee Peters
aus Düsseldorf
verhaftet am 7.7.83

Konto:
Rechtshilfekonto Nr.
228882/432
Postscheck Essen

Dorothee Peters
aus Düsseldorf
verhaftet am 7.7.83
AZ: 11(3.)Stk 49/83
3. Strafkammer

Konto:
Rechtshilfekonto Nr.
228882/432
Postscheck Essen
Inh.: U. Ernitz
Stichwort: 25.6.

Anne Holling
aus Münster
verhaftet am 26.7.83
AZ: 9(1.)Stk 88/83
1. Strafkammer

Kontaktadresse:
Soli-Gruppe Anne
Uppenbergstr. 16
4400 Münster
Konto:
Konto Nr.: 450264110860
Deutsche Bank Münster
Inh.: Edmund Grzechowiak

Karin Gehrmann
aus Köln
verhaftet am 22.7.83
AZ: 10(2.)Stk 69/83
2. Strafkammer

Kontaktadresse:
Der andere Buchladen
Glasstr. 80
5000 Köln 30
Konto:
Konto Nr.: 42365203
Kölner Bank BLZ 371 600 87
Inh.: Simone Hatebor
Stichwort: Spendenkonto

Man erinnere sich bitte an den 25.6.83, die Demo gegen Bush in Krefeld. Auf der einen Seite das Friedensfest der Grünen, auf der anderen Seite der Versuch, dieser Provokation entschlossener entgegenzutreten.

Man erinnere sich an das brutale Vorgehen der Bullen: die Einführung der praktischen Plastikfessel, Bilder wie aus dem wilden Westen, selbst Sani's wurden brutal zusammengeknüppelt, 134 Festnahmen, 2 Wochen später 104 Festnahmen bei einem Nachbereitungstreffen in Wuppertal.

Auf der anderen Seite: sofortige und hysterische Distanzierungen von Teilen der Grünen und der Friedensbewegung.

Immer noch sitzen 8 Leute isoliert in U-Haft; die Prozesse laufen jetzt an, unbemerkt von weiten Teilen der Bewegung.

Hier soll ein Teil des Widerstandes systematisch zerschlagen werden. Distanzierungen und taktische Abgrenzungen arbeiten den Herrschenden und ihrer Klassenjustiz in die Hände, deshalb ist uneingeschränkte Solidarität erforderlich!

„Unsere Niederlagen nämlich beweisen nichts, als daß wir zu wenige sind, die gegen die Gemeinheit kämpfen, und von den Zuschauern erwarten wir, daß sie wenigstens beschämt sind!"
Bertolt Brecht

Die Vollversammlung der Göttinger Studentenschaft solidarisiert sich ohne Wenn und Aber mit den Gefangenen von Krefeld.

Die Vollversammlung wendet sich mit Abscheu von allen Distanzierungen ab.

Wir fordern Freiheit für alle Gefangenen und unterstützen ihre Zusammenlegungsforderung.

Göttingen, den 22.11.83

(Diese Solidaritätserklärung wurde am 22.11.83 auf der Universitäts-Vollversammlung Göttingen vorgetragen und von einer großen Mehrheit der insgesamt 1.500 Teilnehmer/innen angenommen).

Resolution

Wir die Unterzeichner, wenden uns gegen die Prozesse, in denen Teilnehmer der Anti-Nato-Demonstration vom 25.6. in Krefeld abgeurteilt werden sollen.

Bereits nach den ersten Prozeßtagen läßt sich die Tendenz dieser Prozesse eindeutig feststellen: Teile der Friedensbewegung sollen nach dem sog. „Heißen Herbst" exemplarisch verurteilt und für Jahre hinter Gitter gebracht werden.

Die Herrschenden lassen nichts unversucht, um das nötige Klima hierfür herzustellen. Unmittelbar nach der Demonstration wurde damit begonnen. Willy Brandt entschuldigte sich bei Bush: „700 Gewalttäter haben die BRD in Verruf und 30 000 Friedensdemonstranten in Mißkredit gebracht" (WZ, 27.6.83). 2 Wochen nach den Ereignissen von Krefeld wurde ein öffentlich angekündigtes Nachbereitungstreffen in Wuppertal von der Polizei umstellt und sämtliche Teilnehmer festgenommen und ED-behandelt. Ein bis dahin einmaliger Vorgang in der BRD. Und nicht zuletzt wurde die Krefeld-Aktion zum Anlaß genommen, um das neue Demonstrationsrecht durchzusetzen. Diese Hetzkampagnen setzen sich vor und im Gerichtssaal fort. Die lange Zeit der Untersuchungshaft (die einen Freispruch unwahrscheinlich macht), die Eröffnung der Prozesse vor dem Landgericht (Amtsgericht nur bis zu einer Höhe von 3 Jahren zuständig), sorgen für eine Vorverurteilung der Angeklagten.

Bereits Wochen vor Beginn der Prozesse wurde das Justizgebäude in Krefeld für die Prozesse umgebaut. Durch Holzwände wurde der Gerichtssaal für die Krefeld-Gefangenen vom übrigen Teil des Justizgebäudes abgetrennt. (... „es wird ein Hauch von Stammheim wehen...", WZ 4.10.83). Ca. 800 Polizisten hatten am ersten Prozeßtag das Gebäude hermetisch abgeriegelt. Prozeßbesucher mußten drei Sperren durchgehen (an denen Durchsuchungen und Ausweiskontrollen stattfanden), um in den Gerichtssaal zu kommen. Bei einer Saalräumung wurde eine Person festgenommen und im Schnellgerichtsverfahren zu 50 Tagessätzen à 3 DM verurteilt.

Diese Maßnahmen dienen nur dem einen Ziel: In der Öffentlichkeit die Angeklagten und Prozeßbesucher als „gewalttätige Krawallmacher" zu kriminalisieren und somit von den eigentlichen Inhalten abzulenken. Interessierte von einem Prozeßbesuch abzuhalten. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Prozessen zu verhindern, und somit die Angeklagten hinter verschlossener Tür zu jahrelangen Strafen zu verurteilen.

Wir werden das nicht zulassen und fordern:

— Zusammenlegung der Krefeld-Gefangenen für eine gemeinsame Prozeßvorbereitung
— Sofortige Einstellung aller Krefeld-Prozesse und sonstiger Prozesse gegen Kriegsgegner
— Sofortige Freilassung aller wegen Krefeld in U-Haft sitzenden Gefangenen

Diese Resolution ist am 19.11.83 auf dem norddeutschen Kriminalisierungstreffen der Anti-AKW-Bewegung entstanden.
Schickt die Resolution an das Landgericht Krefeld und an uns eine Fotokopie, da wir einen Überblick darüber bekommen wollen, wieviele Resolutionen beim Landgericht eingegangen sind.

Die Anschrift des Gerichts:
Landgericht Krefeld
Nordwall 131 (Aktenzeichen angeben)
4150 Krefeld

Fotokopie an:
EA-Hamburg
c/o BUU
Bartelstr. 26
2000 Hamburg 6

Prozeßtermine wegen der Krefeld-Demo am 25.6.83

Landgericht:

Annette aus Köln
28. November und die folgenden Montage jeweils um 9 Uhr

Anne aus Münster
1.Dezember und die folgenden Donnerstage jeweils 9 Uhr

Karin aus Köln
1./6./8. Dezember 9 Uhr

Amtsgericht:

Heiko Schwegmann aus Witten
1./6. Dezember jeweils 9 Uhr
Widerspruch gegen Strafbefehl

Imre Holloche
8.Dezember 12 Uhr
Widerspruch gegen Strafbefehl

Letzte Meldung

Das Urteil gegen Holger Deike aus Detmold ist am Donnerstag (24.11.) — im Namen des Volkes — gesprochen worden. 1 Jahr und 9 Monate ohne Bewährung!

Nach den uns vorliegenden Informationen stützt sich die Urteilsbegründung im wesentlichen auf „Mittäterschaft durch Anwesenheit" und „psychische Unterstützung".

Die behauptete Vorbereitung des Angeklagten auf Gewalttätigkeiten wird im Urteil damit „bewiesen", daß er sich „ausgerüstet" hat: er hatte eine Lederjacke, eine Motorradhaube und Handschuhe angehabt, außerdem soll er bei seiner Festnahme einen Knüppel dabei gehabt haben. Nach § 125 a (schwerer Landfriedensbruch) sei deswegen zu verurteilen, weil dem Angeklagten bei seiner Festnahme Steine abgenommen worden seien. Als Vorbereitung auf die Auseinandersetzungen wurde auch ein mitgeführtes Flugblatt zum Verhalten bei Festnahmen gewertet.

Der Anwalt von Holger wird Berufung einlegen.

Aschu- Prozeß — 2. Akt

Am 23.11. gab der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) der Revision von Alexander Schubart, vom Dienst suspendierter Frankfurter Magistratsdirektor und Sprecher des Widerstands gegen den Bau der Startbahn West, t e i l w e i s e statt. Aschu war am 19.1.83 vom Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden. Das OLG unter Vorsitz von Adalbert Schäfer hatte ihn des „Verbrechens" für schuldig befunden, eine versuchte Nötigung von Verfassungsorganen (§ 105 StGB) und Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall (§§ 125, 125a StGB) begangen zu haben.

Das „Verbrechen", um das es ging und immer noch geht, bestand darin, daß Aschu anläßlich einer Großdemonstration gegen den Startbahnbau am 14.11.81 in Wiesbaden dazu aufrief, am folgenden Tag den Frankfurter Flughafen zu blockieren.

Unmittelbar nach der Entscheidung des Bundestags über die NATO-„Nachrüstung", zu dem Zeitpunkt also, an dem sich bilanzieren ließ, wie „heiß" der Raketenherbst dieses Jahres tatsächlich war, entschied Karlruhe über dieses zwei Jahre zurückliegende Kapitel: **Nötigung von Verfassungsorganen sei nicht gegeben gewesen, wohl aber Landfriedensbruch in Tateinheit mit Nötigung der von der Flughafenblockade unmittelbar betroffenen Personen („einfache" Nötigung).**

Zur Neuverhandlung des Strafmasses hat der BGH die Sache an das Frankfurter OLG zurückverwiesen (wo allerdings nicht mehr der berüchtigte Schäfer das Vergnügen haben wird, sondern eine andere Kammer). Die rechtliche „Aufarbeitung" des Startbahnkonflikts ist damit, so scheint es, noch lange nicht zuende. Aschu hat Verfassungsbeschwerde gegen den BGH-Entscheid angekündigt; darüber hinaus wartet auf ihn, sollte es bei dem Schuldspruch bleiben, ein ganzer Rattenschwanz von Zivilprozessen, z.B. Schadensersatz-Forderungen der Flughafen AG.

Leicht ist der politische Hintergrund dieser Art von Rechtssprechung zu durchschauen. Der Hammer des § 105 war vom Staatsschutz ja nicht zum Spaß geschwungen worden. Diese massive Drohung gegenüber sozialen Protestbewegungen war vielmehr ausge-
war vom Staatsschutz ja nicht zum Spaß geschwungen worden. Diese massive Drohung gegenüber sozialen Protestbewegungen war vielmehr ausge-
sprochen und am Beispiel Aschu exerziert worden, weil die Strategen der „Inneren Sicherheit" befürchteten, der Startbahn-Widerstand habe an Intensität, Massenhaftigkeit und Radikalität nur einen Vorgeschmack darauf gegeben, was anläßlich der Raketen-Auseinandersetzung zu erwarten wäre. Diese Befürchtung hat sich bisher nicht erfüllt; daß sie vorhanden war, beweist beispielsweise das bis ins Lächerliche überzogene, martialische Polizeiaufgebot, das am 21. und 22.11. den Bundestag in Bonn „sicherte", um den unbotmäßigen Druck des Pöbels von den Abgeordneten fernzuhalten. So konnte (und sollte wohl auch) die Kuh vom Eis; der „innere Friede" ist nicht in Gefahr — wozu dann noch ein Urteil im Stile von Hochverrat, wozu die Bürgerinitiativen an die Seite des „Terrorismus" rücken?

Ohne prinzipiell die Anwendung des § 105 in Zusammenhang mit „gewalttätigen Demonstrationen" auszuschließen, schraubte der BGH die Abschreckung auf ein realistisches Maß zurück. So haben die Scharfmacher Rebmahn und Schäfer einstweilen das Nachsehen (was sie leicht verschmerzen werden); aber der Staatsraison ist bestens gedient.

Schwer allerdings fällt es einem Menschen mit gesundem Verstand nachzuvollziehen, wie es juristisch bewerkstelligt wird, daß dieser Schubart trotzdem schuldig bleibt. Der „Aufrührer" Aschu hatte ja beim Begehen seines Verbrechens mit der Waffe eines Mikrofons und unter Beihilfe einer Verstärkeranlage erstens zig-mal betont, daß die Aktion „vollständig gewaltfrei" ablaufen solle; zweitens war er am 15.11.81 am Frankfurter Flughafen gar nicht dabei, sondern blieb wegen physischer Erschöpfung zuhause. Deshalb erfand der BGH einen Straftäter neuen Typs, nämlich — so wörtlich — den *„Hintermann gewalttätiger Ausschreitungen, der sich nicht selbst am Ort des Geschehens aufhält".* Wie soll man das nennen? Schwachsinn? Oder einfach Birne-Justiz?

Schubarts Verteidiger werten die Entscheidung als einen „Teilerfolg mit Pferdefuß". Daß die Nötigung von Verfassungsorganen jedenfalls nicht auf das landesübliche Demonstrationsgeschehen Anwendung finde, gebe Anlaß zum Aufatmen. Dennoch sei mit dem Schuldspruch das Recht auf Demonstrationsfreiheit in Gefahr. Es komme nun darauf an, in der erneuten Verhandlung vor dem OLG das Strafmaß auf unter 1 Jahr zu drücken, um die persönlichen Konsequenzen für den Verurteilten etwas abzumildern (bei einem Strafmaß ab 1 Jahr scheidet man automatisch, d.h. ohne Disziplinarverfahren aus dem Beamtenstatus aus, verliert jeden Anspruch auf Altersversorgung, die bürgerlichen Ehrenrechte etc.).

Aschu selbst wertete die Entscheidung als Niederlage. Ziel der Verteidigung sei es gewesen, einen Freispruch zu erreichen. Er kündigte Verfassungsbeschwerde vor dem BVG an, die er auf drei Punkte stützen werde:

1. das Recht auf Rede- und Meinungsfreiheit
2. das Demonstrationsrecht
3. die Unmöglichkeit, ihm gewalttätige Absichten zu unterstellen, während er explizit zum Gegenteil aufrief.

Ein nicht unbedeutender Nebeneffekt des BGH-Entscheids liegt darin, daß die Bundesanwaltschaft aus dem weiteren Verlauf des Verfahrens ausscheidet. Aschu ist somit wie hunderte weiterer Startbahn-Angeklagte ein Fall für eine hessische Generalamnestie. Und eben dies ist Gegenstand der laufenden Verhandlungen zwischen SPD und GRÜNEN über die zukünftige Landespolitik. Bei den wiedererweckten Hoffnungen auf ein Entgegenkommen der SPD sollte aber nicht vergessen werden, daß die wütende Rachsucht der Landesregierung, die Aschu am liebsten schon am 16.11.81 hinter Schloß und Riegel gesehen hätte, eine wichtige Rolle beim gesamten Prozeßverlauf gespielt hat.

In diesem Prozeß dürfte in mancher Hinsicht das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Obwohl die Startbahn
verlauf gespielt hat.
In diesem Prozeß dürfte in mancher Hinsicht das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Obwohl die Startbahn
West bereits betoniert ist, ist das, was verhandelt wird, keinesfalls „Schnee von gestern". An dieser Stelle gilt es, ein böses Versäumnis unserer Publikationstätigkeit wettzumachen, nämlich den Hinweis auf ein Buch nachzuholen, das vor einem halben Jahr erschienen ist und den Prozeß vor dem OLG dokumentiert: **Der starke Staat**, buntbuch , 200 Seiten, 19,80 DM. Es enthält die Anklage der Bundesanwaltschaft, den Eröffnungsbeschluß des OLG, die Einlassung Schubarts zur Anklage, die Plädoyers der Verteidiger, das Schlußwort Schubarts und das Urteil des OLG. Die Furcht, es könnte sich dabei um eine überaus trockene und unlesbare Materie handeln, ist durchaus unbegründet. Vielmehr liefert das Buch die bisher kompakteste, informativste und interessanteste Darstellung des Zusammenpralls einer breiten, aber auch bemerkenswert entschlossenen Bürgerbewegung mit dem Staat. Vor allem die große Rede Aschus, mit der er auf die Anklage antwortete, ist in der jüngeren Prozeßgeschichte ohne Beispiel und als absolute Pflichtlektüre für alle zu empfehlen, die sich mit demokratischen Bewegungen verbunden fühlen.

Die Frustration darübr, in den verschiedenen Protestbewegungen immer wieder „von vorn anfangen zu müssen", immer wieder „dasselbe zu machen", immer wieder zu scheitern und „sich im Kreis zu drehen", ist ja weit verbreitet. Wer also das Bedürfnis verspürt, (gegebenenfalls auch anderswo) gemachte Erfahrungen wirklich zu verarbeiten, um wenigstens den Blick dafür zu bekommen, wie ein Fortschritt aussehen könnte, der wird die 20 DM für dieses Buch keinesfalls bereuen.

KB/Gruppe Frankfurt

129a Verfahren wegen Beobachtung von Munitionstransporten

Gleichzeitig mit dem Beginn der Herbst-Aktionswoche wurden am 14.10. zwei Hausdurchsuchungen in Mannheim und fünf in Heidelberg durchgeführt, die in Zusammenhang mit Beobachtungen der US-Munitionstransporte durch die BRD stehen. Die Personalien der beiden Mannheimer waren am 23.8.83 im Rheinauer Hafen in Mannheim mehrere hundert Meter vom Becken 23 aufgenommen worden, wo zu der Zeit Munition aus einem Schiff der Firma Rhenania auf US-LKWs umgeladen wurden. Die Hausdurchsuchungen wurden von Beamten des LKA und BKA vorgenommen und mit einem Ermittlungsverfahren nach §129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) begründet. Beschlagnahmt wurden unter anderem Ordner mit Unterlagen über die Munitionstransporte und die Lagerung von Giftgas, Rüstungsindustrie und persönliche Aufzeichnungen.

Vorwurf:

Das Beobachten von Munitionstransporten wird als Unterstützung der Ziele, Strategien und Aktivitäten der RAF bezeichnet.

Begründung:

Laut Durchsuchungsbeschluß des Bundesgerichtshofes „....*wirken inhaftierte Mitglieder der RAF und in Freiheit befindliche Personen des engeren RAF Umfeldes in enger Abstimmung im Sinne eines gemeinsamen Kampfes 'drinnen und draußen' gegen den sog. 'US-Imperialismus'. Zu den Aufgaben von in Freiheit befindlichen Unterstützern gehört u.a. auch die Abstimmung der gemeinsamen Strategie mit den Inhaftierten sowie das Ausspähen von Verkehrs- und US-Einrichtungen."*

Bei einem der Betroffenen wurde die Verbindung zur RAF folgendermaßen konstruiert: Beim Ostermarsch '83 in Mannheim war er kurzzeitig in einer Gruppe mitgelaufen, wo u.a. mit einem Transparent auf die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen aufmerksam gemacht worden war.

Für die zweite Betroffene genügte als Begründung für ein Ermittlungsverfahren nach §129a bereits, daß sie zusammen mit dieser anderen Person kontrolliert worden war.

Die fragwürdige Ehrung des Rhein-Neckar-Raums

Es ist sicherlich kein Zufall, daß erstmals im Raum Mannheim gegen die Munitionstransporte in dieser Härte und noch dazu mit einer an den Haaren herbeigezogenen Begründung vorgegangen wird. Zum einen hat sich der Raum Mannheim als Knotenpunkt der US-Munitionstransporte herausgestellt:

* Im Hafen Mannheim-Rheinau wurden mehrmals Munitionsschiffe entladen, deren Fracht dann per US-Sattelschlepper zu verschiedenen Bestimmungsorten (einmal bis hinter Würzburg) gefahren werden.
* Als bisher bekannte Anlaufstellen für Zugtransporte dienen der Rangierbahnhof Mannheim-Hochstätt, der Güterbahnhof Mannheim-Friedrichsfeld und die Coleman-baracks bei Mannheim Blumenau, von wo aus auch Hubschrauber zum Munitionstransport eingesetzt werden.
* Über das Military Traffic Management (MTMC) am Rande der Mannheimer Innenstadt wird der Umschlag sämtlicher Schiffstransporte für die US-Truppen in Süddeutschland geregelt; zum Weitertransport auf US-LKWs stehen ihm Einheiten aus den Spinelli-Baracks in Mannheim Feudenheim zur Verfügung.
* Schließlich ist Mannheim Hauptsitz der Reederei Rhenania, die alle Binnenschifftransporte für die US-Armee in der BRD ausführt.

Zum anderen beschäftigt sich hier bisher nur ein kleiner Teil der Friedensbewegung mit den Munitionstransporten. Im Gegensatz dazu ist es in Norddeutschland ein Hauptthema der Friedensbewegung, was sich beispielsweise in den Aktionen im Rahmen der Herbst-Aktions-Woche (Blockade und Demonstration am Munitionshafen in Nordenham und am US-Nachschubstützpunkt in Bremerhaven) ausdrückte; eine derartige staatliche Vorgehensweise wäre dort deshalb fast unmöglich.

aus einem Bericht der Mannheimer Initiative gegen die Munitionstransporte

Frauenkongreß „Zukunft der Frauenarbeit"

„Die Ergebnisse, die wir brauchen"

Etwa 1000 Frauen hatten sich vom 4.-6.11. in Bielefeld zu dem Kongreß „Zukunft der Frauenarbeit" eingefunden. Organisiert von Bielefelder Frauen um Claudia v. Werlhof und Veronika Bennholt-Thomsen, zwei feministischen Wissenschaftlerinnen, mit Unterstützung des Kölner Vereins „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.", sollte es auf dem Frauenkongreß um die Perspektiven der Frauenarbeit wie auch der Frauenpolitik gehen. Themen und Referentinnen — neben den schon genannten noch u.a. Sibylle Plogstedt, Alice Schwarzer, Maria Mies, Carola Möller — ließen auf spannende Diskussionen hoffen. Enttäuscht wurden jedoch die Frauen, die der Ankündigung der Vorbereitungsfrauen gefolgt waren, die angekündigt hatten, daß *„nicht nur über die triste Lage geredet werden (soll), sondern vor allem darüber, was Frauen dagegen tun können"*. Enttäuscht wurden aber auch diejenigen, die auf dem Kongreß die diversen feministischen Theorien und Analysen von „Hausarbeits-Ökonomie", für die der Kreis der Vorbereitungsfrauen bekannt ist, endlich mal in einem größeren und öffentlichen Rahmen diskutiert sehen wollten.

Dabei hörte es sich gar nicht so schlecht an: Vor einem Jahr fand — ebenfalls in Bielefeld — der von Grünen, Alternativen und Linken organisierte Kongreß „Zukunft der Arbeit — Wege aus der Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung" statt. Da die Sache der Frauen auf diesem Kongreß nicht vorkam, kündigte Claudia von Werlhof in einem Protestbeitrag einen Frauenkongreß zum Thema Frauenarbeit an, für den sich spontan 100 Kongreßteilnehmerinnen eintrugen. Ein Jahr dauerte es dann, bis dieser Frauenkongreß stattfand, relativ unbemerkt von vielen Aktivistinnen der Frauenbewegung.

Mehr im Verborgenen war der Kongreß allerdings auch vorbereitet worden. Frau bekam erst jetzt im Herbst einen Reader vorgestellt: Die neueste Ausgabe der „Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis" (im folgenden kurz „Beiträge" genannt), die regelmäßig vom Verein „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V." herausgegeben werden, widmet sich in einer Doppelnummer unter dem Titel „Neue Verhältnisse in Technopatria" dem bevorstehenden Kongreß. Das recht umfangreiche Werk hat den Anspruch, *„zu einer Gesamtsicht der die Frauen betreffenden Arbeits- und Lebensverhältnisse zu kommen"*. Es enthält Beiträge einer Reihe von Koryphäen der feministi-

Kongreß. Das recht umfangreiche Werk hat den Anspruch, *„zu einer Gesamtsicht der die Frauen betreffenden Arbeits- und Lebensverhältnisse zu kommen"*. Es enthält Beiträge einer Reihe von Koryphäen der feministi-

schen (mehr theoretisch-wissenschaftlich gehaltenen) Hausarbeitsdebatte wie Carola Möller, Maria Mies (beide vom Kölner Verein), Veronika Bennholt-Thommsen und Claudia von Werlhof (letztere dürfte AK-Leser/inne/n bekannt sein u.a. durch eine Auseinandersetzung im AK mit ihrem Aufsatz „Der Prletarier ist tot; es lebe die Hausfrau!" bzw. durch ihre Thesen um die „Hausfrauisierung der Arbeit").

Allein schon eine Diskussion über die Thesen einiger Feministinnen zu Stellenwert, Art und Zukunft der Frauenarbeit wäre genug Grund gewesen, nach Bielefeld zu fahren, zumal wohl sonst nirgendwo so umfassend über die Auswirkung neuer Technologien auf Frauenarbeitsplätze geforscht worden ist wie von einigen dieser Frauen.

Es sollte aber auch, noch besser, um Politik gehen, um Strategien: *„Es gilt, die Welt nicht länger zu beschreiben, sondern sie zu verändern. (...) Schwerpunkt des Kongresses soll das gemeinsame Gespräch über Perspektiven der Veränderung, Strategien einer neuen Frauenpolitik, Aktionsformen und Handlungsmöglichkeiten von Frauen sein, kurz, die Frage: Was tun?"* (aus der Ankündigung in „Emma" 11/83, S. 24). Daß dann beide Diskussionen doch nicht stattfanden, war — zumindest zum Teil — schon vorprogrammiert, denn: *„Der Kongreß 'Zukunft der Frauenarbeit' wird kein 'normaler' Kongreß werden. (...) Wir denken, (...) daß uns ein Stellvertreterdenken und eine Stellvertreterpolitik nicht weiterhelfen werden"* (aus dem Programmheft). Also: Um Göttins Willen keine Podiumsveranstaltung, keine abstrakten, abgehobenen Referate, keine vorbereiteten Beiträge fürs Abschlußplenum am Sonntag. Stattdessen:

Das neue Konzept: „Der Blick von unten"

„Der Blick von unten" — oder auch „unseren Blick der Betroffenheit schärfen" — diese Schlagworte bestimmten für die Bielefelder Vorbereitungsfrauen das Konzept des Kongresses. Das hieß — frau wollte es kaum glauben angesichts der drängenden Probleme im Krisen- und „Nach"rüstungsjahr 1983:

— Selbsterfahrung in kleinen Gruppen am Samstagvormittag (*„Das Private ist politisch. (...) Unsere Politik muß von unserer Situation als Frauen ausgehen, von unseren alltäglichen materiellen, emotionalen Problemen"* (Programmheft));

— Strategien, die sollten selbstverständlich in den dreistündigen Arbeitsgruppen entwickelt werden, aus dem hohlen Bauch, so ganz spontan und unverdorben; nicht etwa anhand vorbereiteter und vielleicht gar schriftlich vorgelegter Beiträge;

— kein vorbereitetes Abschlußplenum, sondern Zusammentragen der „Ergebnisse" von 35 (!) Arbeitsgruppen (*„Unsere p e r s ö n l i c h e n Überlebensstrategien sind wertvoll für a l l e Frauen, sie werden aber auch als persönliche Strategien nur Erfolg haben, wenn wir sie in der Bewegung zusammenfassen"* — ebenda).

Daß das Atmosphärische, das Gefühl einer breiten Woge weiblicher Identität — was immer das sein mag — den Veranstalterinnen wichtiger erschien als eine A u s e i n a n d e r s e t z u n g über den Stand und die Perspektiven der Frauenbewegung, machten sie schon am Freitagabend auf dem Eröffnungsplenum deutlich: Auch wenn es nicht n u r in der Verantwortung der sieben Rednerinnen lag, daß nach den Beiträgen keine Diskussion mehr stattfand, läßt sich doch festhalten, daß eine Reihe der Beiträge so von allgemeinen Plattheiten strotzte, daß selbst Diskussionswütigere als die so konfliktscheuen Frauen der Frauenbewegung nicht vom Hocker gerissen worden wären. So z.B. Claudia von Werlhof: *„Utopie ist das, was erfahrbar wird, wenn wir uns sowohl weigern, uns unterdrücken zu lassen, wie auch weigern, andere zu unterdrücken oder ihre Unterdrückung zu tolerieren. Wenn wir dieses Gefühl haben, wird es der Kongreß, den wir brauchen — und wenn wir mit diesem Lebensgefühl in die Arbeitsgruppe gehen, dann werden die Ergebnisse herauskommen, die wir brauchen."* So einfach ist das...

wenn wir mit diesem Lebensgefühl in die Arbeitsgruppe gehen, dann werden die Ergebnisse herauskommen, die wir brauchen." So einfach ist das...

„Welche Politik wollen wir machen?"

Wie so oft im Leben, ist auch hier die Form nicht vom Inhalt zu trennen: Das Primat des Persönlichen, wie es das Konzept für den Kongreßablauf zeichnet, findet sich genauso in der „Politik"- bzw. Strategiediskussion der Veranstalterinnen wieder: *„Es gibt nur einen Weg für uns Frauen: Die Politik und das Politikverständnis der Frauenbewegung — 'das Private ist politisch' — konsequent und schlagkräftig weiterzuentwickeln und umzusetzen"* (Programmheft).

Schlagkraft beweisen, das bedeutet, dort am radikalsten zu sein, wo es am „politischsten" zugeht: Im Alltag, im Privaten. Dementsprechend soll dort mit dem Boykott angefangen werden: Verweigern des Lächelns für Männer (Zwischenruf von Lesben: "Aber heute abend, wenn ihr wieder zu Hause seid, noch anfangen, Mädels!"), Verweigern der Ehe, Boykott der Schulaufgabenhilfe für die Kinder. Vom eigenen Alltag in einem Riesenbogen zu den Schwestern in der ‚Dritten Welt': Boykott von in der ‚Dritten Welt' hergestellten Waren. Gegen die Massenerwerbslosigkeit von Frauen wird die Einrichtung neuer Frauen- und Mädchenarbeitsplätze in alternativen bzw. Frauenprojekten empfohlen oder die finanzielle Unterstützung erwerbsloser Frauen durch erwerbstätige.

„Unser Ziel besteht zum Beispiel auch nicht darin, Forderungen an den Sozialstaat, an Parteien, Gewerkschaften, kurz an die patriarchalischen Institutionen der Männergesellschaft zu stellen, denn dieser Weg hat uns bisher nichts eingebracht, so wie auch die übliche Politik in Form von Parteipolitik uns nichts bringt" (Programmheft). Veronika Bennholt-Thomsen hatte in ihrem Einleitungsreferat explizit die „Männeröffentlichkeit" als Adressat von Frauenpolitik ausgeschlossen.

Alles wie gehabt?

„Es ist gut und höchste Zeit, (...) daß frau wieder Kopf tragen darf", hatte Ingrid Strobl noch über die diesjährige Sommeruni in „Emma" 11/83 geschrieben. Waren in Bielefeld völlig andere Frauen als in Westberlin? Nein, auch in Bielefeld war das Bedürfnis nach Diskussion, Kontroversen und nach Klärung dessen, was Politik ist und sein kann, vorhanden. Der Applaus, den eine Teilnehmerin bekam, die inmitten des langweiligen Aufzählens solcher „Strategien" feststellen wollte, daß es sehr wohl auch Widerstand von Frauen sein könne, um Arbeitsplätze zu kämpfen, war sicher auch Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem Kongreß. Am deutlichsten exponierte sich Alice Schwarzer bzw. „ihre" Arbeitsgruppe zum Thema „Frauen- oder Friedensbewegung?" mit einer anderen Position:

Mit über 100 Teilnehmerinnen war diese Arbeitsgruppe sicher eine der bestbesuchten — und eindeutiger als in dieser AG ist auf dem Kongreß wohl nirgendwo der Appell „mehr Politik —

mit einer anderen Position:

Mit über 100 Teilnehmerinnen war diese Arbeitsgruppe sicher eine der bestbesuchten — und eindeutiger als in dieser AG ist auf dem Kongreß wohl nirgendwo der Appell „mehr Politik —

weniger Bauch" formuliert worden. Das Mißverhältnis zwischen der Anzahl aktiver Frauen in den verschiedenen Bewegungen, gerade auch in der Friedensbewegung, und dem Gewicht von frauenbewegten bzw. feministischen Frauen in wichtigen Debatten oder Bündnissen wurde hier nicht nur bejammert.

Eine Frauenbewegung, die autonom, d.h. ein eigenständiger politischer Faktor ist, die sich aber gerade d e s h a l b, weil sie ein politischer Faktor ist, einmischt *„bis hinein in Domänen, die sich bisher Männer vorbehalten haben"* (Thesenpapier von Alice Schwarzer), eine solche Frauenbewegung wäre auch in der Lage, feministische Interessen in politisch wichtigen Kampagnen wie z.B. die gegen die Raketenstationierung einzubringen. Gegen die Parole von der „Revolutionierung des Alltags" (Programmheft), gegen ein undifferenziertes Fordern von „mehr Frauenmacht", gegen den „Etikettenschwindel mit dem Feminismus" (z.B. „feministisches Tarot-Legen") wandte sich Alice Schwarzer auf dem Abschlußplenum und forderte auf *„zu endlich offenen inhaltichen Auseinandersetzungen und zum endlich wieder genauen radikalen Denken"* (Thesenpapier).



Widerspruch und Eintracht

Alice Schwarzer bekam für ihr geradezu flammendes Plädoyer für eine neue politische und radikale feministische Bewegung den stärksten Beifall des Kongresses. Feminismus definierte sie dabei — und das sei hier angesichts unserer denkwürdigen Diskussion über „sozialistischen Feminismus" vor einiger Zeit angemerkt — als die Anerkennung *„des Postulats vom Wesen der Frau als wichtigstes ideologisches Unterdrückungsinstrument"*. Daraus kann aber nicht gefolgert werden, daß hier eine „neue" Frauenbewegung schon in Sicht wäre. Die Feststellung eines verstärkten „Politikbedürfnisses" konnte schon im letzten Jahr nach der Sommeruni in Westberlin getroffen werden. Eine Auseinandersetzung ist trotzdem noch nicht gefolgt.

Zu dem schwammigen Politikverständnis, wie es oben dargestellt wurde, gehört auch, daß keine Kntroversen zugelassen werden, was sich in dem leider gelungenen Versuch des Podiums zeigte, eine Diskussion über Alice Schwarzers Thesen nicht zuzulassen. „Wo ist denn hier der Widerspruch?" hieß es — und flugs wurde die nächste Arbeitsgruppe zum Bericht ihres Ergebnisses aufgefordert.

Frauenlisten, Frauenrat, Frauenbund...

„Wir müssen den Frauenbund schaffen!" — diese Aufforderung hatte eine Reihe von Frauen ernst genommen und darüber diskutiert, ob und wie die Frauenbewegung sich mehr organisieren soll und kann. Doch wie frau jetzt in der „taz" nachlesen konnte, sind wir

fen!" — diese Aufforderung hatte eine Reihe von Frauen ernst genommen und darüber diskutiert, ob und wie die Frauenbewegung sich mehr organisieren soll und kann. Doch wie frau jetzt in der „taz" nachlesen konnte, sind wir

da mal wieder unserem „männlich-chauvinistischen Politikverständnis" erlegen. Nicht um Organisationsformen ging es ihnen, als sie in jeden ihrer Einleitungsbeiträge das ominöse Wort „Frauenbund" einstreuten, betonen die Vorbereitungsfrauen im nachhinein in einem Artikel an die „taz" (15.11.), sondern um ein *„spontanes Sich-Verbünden überall dort, wo Frauen mit der Männerherrschaft und Gewalt konfrontiert sind"*.

Nichtsdestotrotz — die Debatte über Politikformen scheint die einzige mit konkreteren Ergebnissen zu sein. Sibylle Plogstedt wiederholte den Vorschlag, den sie schon der Sommeruni unterbreitet hatte, einen Autonomen Frauenrat zu gründen. Dieser soll eine Alternative zum Deutschen Frauenrat und — „rätedemokratisch" organisiert — eine politisch handlungsfähige Dachorganisation der Frauenbewegung sein.

Vielen Frauen ging das zu schnell, sie plädierten erstmal für Frauenlisten, regionale Frauenzusammenschlüsse u.ä.

Nur wenige Stimmen gab es, die für eine stärkere Mobilisierung und Radikalisierung von Frauen eintraten, also auch für ein stärkeres Bemühen um Positionen, bevor frau versucht, über bundesweite Organisationsstrukturen nachzudenken.

Die Hamburger Frauen, die sich angeboten haben, die Gestaltung eines Kongresses „zur Politikfrage und Politikformen" im nächsten Jahr zu übernehmen, wollen Organisation als *„sinnvolle Bündelung des Widerstands von unten"* verstanden wissen („taz", 12.11.). Doch wo dieser Widerstand ist, wie er entwickelt werden müßte und könnte — dazu gab es leider keine Diskussionsvorschläge.

Eine Frankfurter Genossin

Das alte Frauenleid

In der letzten Zeit meldet sich das „Gewissen" der CDU/CSU-Abgeordneten und der katholischen Kirche wieder verdächtig oft zu Wort — es geht natürlich um den § 218, genauer: um die soziale Indikation und deren Finanzierung!

Nächsten Monat soll das „Krankenkassenurteil" vom BVG gesprochen werden. Während die Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU und FDP beinhalten, die gesetzlichen Grundlagen des § 218 nicht anzutasten und über eine Finanzierungsänderung erst nach dem BVG-Urteil zu beraten, konnten es 24 Abgeordnete der CDU/CSU nicht mehr länger aushalten: das „Gewissen" mußte an die Öffentlichkeit! Die Abgeordneten — mittlerweile schon auf 52 angewachsen — wollen nicht nur in ihrer Fraktion, sondern gleich im Bundestag eine Änderung der Finanzierungsgrundlagen bei Abbrüchen nach der sozialen Indikation durchsetzen. Die „FR" vom 18.11. meldete: *„Die Finanzierung legaler Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen werde wahrscheinlich in Kürze beendet und durch ein anderes Finanzierungssystem ersetzt, berichtet die katholische Nachrichtenagentur KNA am Donnerstag unter Berufung auf Kreise der von Bundeskanzler Kohl eingesetzten interministeriellen Kommission für die Verbesserung des Lebensschutzes ungeborener Kinder"*. Zusätzlich wurde der Ausbau flankierender Maßnahmen zum § 218 beantragt.

Auffallend ist, wie wohlwollend dieser Vorstoß der Abgeordneten von der Regierungsfraktion aufgenommen wurde. Sind sie sonst peinlich darauf bedacht, alle von den Koalitionsvereinbarungen abweichenden Schwarzen Schafe bei der Stange zu halten, so wird jetzt nur lapidar darauf hingewiesen, daß jeder Abgeordnete das Recht hat, Gesetzesinitiativen vorzulegen und daß er nur seinem Gewissen verpflichtet ist.

Die Aktivitäten der CDU/CSU-Abgeordneten deuten darauf hin, daß die Konservativen sofort nach dem BVG-Urteil ihre Pläne aus der Schublade ziehen und durchpeitschen wollen. Nennenswerter Widerstand ist von der FDP

Die Aktivitäten der CDU/CSU-Abgeordneten deuten darauf hin, daß die Konservativen sofort nach dem BVG-Urteil ihre Pläne aus der Schublade ziehen und durchpeitschen wollen. Nennenswerter Widerstand ist von der FDP

mit Sicherheit nicht zu erwarten — sie hat „der Wende" schon ganz andere Vereinbarungen geopfert.

Und die Frauen? — Kaum vorstellbar, daß wir jetzt um die völlig unzureichende Indikationsregelung kämpfen müssen.

Die Reaktion hat in der letzten Zeit deutlich gemacht, daß sie sich nicht mit propagandistischen Feldzügen gegen den § 218 zufrieden gibt — sie schafft Fakten! Zwei Beispiel: *„Beamtinnen des Landes Baden-Württemberg haben keinen Anspruch auf eine finanzielle Beihilfe aus der Staatskasse, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch unter Berufung auf die ‚soziale Indikation' vornehmen lassen. Dies bestätigte das höchste Verwaltungsgericht des Landes, der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim, in einem am Mittwoch veröffentlichten Urteil. Gegen die Entscheidung wurde keine Revision zugelassen."* („FR", 20.9.)

„Der katholische Arzt Josef Zwick ist öffentlich mit dem Kirchenbann bestraft und aus der christlichen Gemeinschaft verstoßen (exkommuniziert) worden. Zwick leitet in Lindenfels im Odenwald eine chirurgische Privatklinik, an der unter anderem auch legale Abtreibungen vorgenommen werden. Die vom Mainzer Weihbischof Wolfgang Rolly am 26. September verfügte und im kirchlichen Amtsblatt veröffentlichte Exkommunikation ist bislang ohne Beispiel. Seit dem 2. Weltkrieg ist kein ähnlicher Fall bekannt, sagte eine Sprecher des Ordinariats in Mainz am Donnerstag der FR" („FR", 7.10.).

Für uns wird es also höchste Zeit, den ewig gleichen Frauenkampf für das Selbstbestimmungsrecht über unseren Körper wieder aufzunehmen.

e., Göttingen

Grüner Parteitag in Duisburg

Blockübergreifend gegen Jalta und die Supermächte

„Grüne fordern NATO-Austritt" — auf diese ebenso knappe wie irreführende Formel können nur die Redakteure öffentlich-rechtlicher Anstalten den Duisburger Parteitag vom 18. bis 20.11. bringen

Tatsächlich: Die Grünen haben den NATO-Austritt ohne Wenn und Aber zu ihrer Forderung erhoben und damit — anders als auf ihrer Bundesversammlung vor zwei Jahren, wo noch verschwommen von der „schrittweisen Lösung der Bundesrepublik von der NATO" („Friedensmanifest") die Rede war — in dieser Frage erstmals eindeutig Position bezogen.

Nur: Zum einen verdanken die Grünen die Aufmerksamkeit der Medien für diesen Beschluß wesentlich der SPD, die auf ihrem fast parallel abgehaltenen Parteitag nicht nur die „Nachrüstung" abgelehnt, sondern auch ihr hundertstes Bekenntnis zur „Bündnistreue" abgelegt hat. Zum anderen hat das Rütteln an der in den Rang einer Staatsdoktrin erhobenen NATO-Mitgliedschaft für die Lenker der öffentlichen Meinung etwas von staatsfeindlichen Umtrieben und Revolution. Die übrigen friedenspolitischen Beschlüsse von Duisburg, die dieser begrüßenswerten Tendenz entgegenlaufen und sie unterm Strich weitgehend aufheben und entwerten, eignen sich naturgemäß weniger für skandalträchtige Schlagzeilen. Sie sind „differenzierteren" Kommentaren vorbehalten und werden darin auch teilweise wohlwollend als Beweis für „gewachsene Glaubwürdigkeit der Grünen" registriert: die schroffe Ablehnung von den „mit einem Bein in Moskau stehenden" Teilen der Friedensbewegung, die Kennzeichnung der „beiden Militärblöcke" als Urheber der Kriegsgefahr, die vorbehaltlose Solidarisierung mit „den antimilitaristischen und emanzipatorischen Gruppen in Osteuropa".

Die Debatte über die „Erweiterung des Minimalkonsens" und den Weg „Vom Protest zum Ungehorsam" (Stichworte der derzeitigen Diskussion um den „Nachherbst" im gesamten „unabhängigen" Teil der Friedensbewegung) nahm mit insgesamt neun Stunden Dauer den breitesten Raum auf dem Parteitag ein.

Vier Anträge waren Grundlage der Diskussion:

— Das Papier der Vereinigten Münchner Friedensinitiativen, das auch schon auf der Kölner Aktionskonferenz vom 4. bis 6. 11. vorgelegt worden war. Zentraler Inhalt ist die *„Befreiung aus der Ordnung von Jalta"*. Der bundesdeutschen Regierungspolitik wird vor allem der Vorwurf gemacht, sie habe von Beginn an das Ziel der „deutschen Einheit" gar nicht verfolgt: *„Beides, die Westintegration wie die Abgrenzung und das D e s i n t e r e s s e gegen Osten, beherrscht seit Adenauer dogmatisch die westdeutsche Politik. Beides aber unterdrückt und vergewaltigt die gemeinsame mitteleuropäische Geschichte."* Eine „neue Großaktion der Friedensbewegung" im Herbst 84 solle deshalb das „Zusammenrücken der Menschen" in Ost und West fördern. *„.... ein Menschennetz direkt an der Grenze zur DDR, im Raum östlich von Fulda, dem vorgesehenen Hauptschlachtfeld zwischen NATO und Warschauer Pakt ('Fulda-Gap') ... Das Menschennetz wird aus verschiedenen Aktionsformen aufgebaut: Menschenketten direkt an der Grenze, Begehung von Truppenübungsplätzen und Manöverräumen, Einbeziehung des exterritorialen Grenzstreifens. Die Aktion soll für die Bevölkerung der DDR sichtbar werden, zum Beispiel durch das Aufsteigenlassen von Luftballons mit Botschaften."*

— Ein Papier des Friedensbereichs der AL Westberlin, das für den „Nachherbst" eine „intensive Diskussion" über „alternative Konzepte von Außen- und Sicherheitspolitik" fordert: *„Die verschiedenen Vorschläge über atomwaffenfreie Zonen (...) gehören dazu ebenso wie die Konzepte einseitiger und schrittweiser Abrüstung sowie der defensiven und sozialen Verteidigung; Blockfreiheit und Neutralismus ebenso wie eine andere Politik gegenüber der Dritten Welt und das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander."* Verglichen mit dem Münchner Antrag ist das ebenso zurückhaltend formuliert wie der Abschnitt zu den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Einheit der Friedensbewegung: *„Der Dissens schwächt unsere Handlungsfähigkeit nicht, sondern stärkt sie, wenn er für eine vielfältige, aber gemeinsame Praxis nutzbar gemacht wird."*

— Ein Antrag der Grünen Schleswig-Holstein, vom Landesparteitag bei zwei Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen. Während die Münchner ganz offen und ohne weitere Verzögerung die DKP aus der Friedensbewegung werfen wollen, sehen die Schleswig-Holsteiner Gefahren vor allem in der „schleichenden Verstaatlichung" der Bewegung durch SPD und DGB: *„In diesem Prozeß spielt die DKP lediglich die Rolle einer besseren SPD. In ihrem bemühen um Anerkennung überbietet die DKP häufig noch SPD und DGB an Staatsloyalität."* Der Konsens der Friedensbewegung müsse vor allem um die Forderung „Raus aus der NATO" erweitert werden. Die Bewegung dürfe sich weder *„von einer Straßenverkehrsordnung aufhalten lassen"* noch sich *„in ständige Gewaltdiskussionen und Abgrenzungen verstricken"*.

— Der Antrag der Bundestagsfraktion für die „Nachrüstungs"-Debatte im Parlament, der später ohne Einwände beschlossen wurde. Er enthält neben der Ablehnung der „Nachrüstung" auch die Aufforderung an die Bundesregierung, **„der Sowjetunion k l a r z u m a c h e n , daß die geforderten Abrüstungsschritte der NATO erleichtert würden, wenn die Sowjetunion schon jetzt mit dem Abbau der SS 20 m i n d e s t e n s bis zur Höhe der britischen und französischen Mittelstreckenraketen, beginnt".**

Die Debatte am Freitag verlief zunächst ziemlich unstrukturiert und ohne größere Höhepunkte. Endlos variiert wurde das Thema „Blocklogik" und Abgrenzung von der DKP, weniger von der SPD. Bahro beschränkte sich weitgehend auf die Unterstützung des Münchner Papiers und auf den Schlachtruf **„Sofort raus aus em sowjetfreundlichen Minimalkonsens".**

Am schärfsten sprach sich Jürgen Reents gegen diesen Spaltungskurs aus. Es sei verrückt, ausgerechnet drei Tage vor Stationierungsbeginn den Austritt der Grünen aus den zentralen Aktionsgremien der Friedensbewegung beschließen zu wollen. Die Grünen müßten sich vielmehr selbst fragen, weshalb sie dort keinen größeren Einfluß hätten. Das Wichtigste sei jetzt die inhaltliche Offensive gegen die SPD. Zugleich rückte er deutlich von Bahros euro-zentristischen Positionen ab und betonte das Eigeninteresse der BRD-Regierung an der Stationierung.

Schließlich sollte es an die Beschlußfassung gehen. Mit allen möglichen Vorwänden und Ausreden wurde eine Abstimmung über den Schleswig-Holstein-Antrag verhindert (der Text sei stellenweise unleserlich, an der Basis nicht vordiskutiert ...). Eine große Mehrheit beauftragte den Bundesvorstand, bis zum nächsten Tag einen Leitantrag auszuarbeiten, der die vorgelegten Anträge berücksichtigen sollte. Beantragt wurde dieses „Kompromiß-Verfahren" von Reinhard Falter von den Münchner Grünen, der damit die voraussehbare Abstimmungsniederlage des allzu kühnen Münchner Antrags abwendete.

Skandal am späten Abend

Damit schien der Abend weitgehend gelaufen — wenn nicht der so harmlos erscheinende Antrag Nr. 16 gewesen wäre, der kurz nach 21 Uhr die Delegiertengemüter erhitzte. Nun ging es plötzlich um etwas: Der Antrag sollte die grünen Bundestagsabgeordneten verpflichten, sich auf jeden Fall an der Abstimmung im Bundestag über die Raketenstationierung zu beteiligen. Schnell wurde deutlich, daß es darüber in der Fraktion bereits heftige Auseinandersetzungen gegeben hatte. Für Abstimmungsboykott sprachen u.a. Michael Stamm (Hamburg) und Ralf Fücks (Bremen), der dazu aufforderte, „diese Farce nicht mitzumachen" und die „Scheinlegitimation des Bundestages zu zerstören". Die Stimmung wurde vor allem durch Gert Bastian angeheizt, der aus den — zahlreichen — Befürwortern eines Boykotts unterschiedslos Anhänger der „Z-Fraktion" machte und — als Abgeordneter „nur seinem Gewissen verantwortlich"! — erklärte, er werde sich „durch keinen wie immer gearteten Beschluß davon abhalten lassen, an der Abstimmung teilzunehmen".

80 bis 90 % der Delegierten sprachen sich schließlich für eine Beteiligung an der Abstimmung aus. Nach dieser Niederlage war Jürgen Reents offensichtlich der Meinung, nichts mehr zu verlieren zu haben: Er stellte den Antrag, nun auch über das gesamte Verhalten der Fraktion während der Bundestagsdebatte abzustimmen, insbesondere über diverse geplante „Aktiönchen" („Menschenkette" um die Regierungsbank, Liedersingen u.ä.), die ihm der Situation nicht angemessen schienen. Dem wurde das Konspirations-Argument entgegengehalten. Eckard Strathmann: „Es ist unerträglich, hier Dinge breitzutreten, die wir in einer Klausurtagung abgesprochen haben." Mit großer Mehrheit wurde eine Diskussion über die „Aktiönchen" a b g e l e h n t . In einer abschließenden persönlichen Erklärung brachte Petra Kelly ihre „große Enttäuschung" über das „hinterhältige Vorgehen" von Jürgen Reents zum Ausdruck.

Grüne gegen „Kampf der Supermächte"

Mit dem Vertagungsbeschluß vom Freitag wurde die grüne Tradition, bei unüberbrückbaren Kontroversen eine Arbeitsgruppe, den Bundesvorstand oder die einzelnen Antragsteller mit der Ausarbeitung eines Kompromiß-Textes zu beauftragen, auch auf diesem Parteitag fortgeführt. Schon der Offenbacher Parteitag vor zwei Jahren hatte in rasender Eile ein in sich sehr widersprüchliches „Friedensmanifest" beschlossen, das als Anleitung zum Handeln infolgedessen von vornherein unbrauchbar war und auch kaum Beachtung fand.



Der in Duisburg verabschiedete Leitantrag des Bundesvorstands wurde am Sonntag in kürzester Zeit durchgepeitscht. Grundsätzliche Änderungsanträge standen nicht zur Debatte. Anträge zu einzelnen Abschnitten durften überhaupt nicht oder nur stichwortartig begründet werden. Auf diese Weise konnte lediglich an einigen Stellen noch Schlimmeres verhindert werden. Einer Intervention von Frank Schwalba-Hoth (Hessen) ist es zu verdanken, daß die Umschreibung des Widerstandsrechts als „a k t i v e r V e r f a s s u n g s s c h u t z" doch noch gekippt wurde; ebenso wurde die staatsmännisch-vorsichtige Formulierung *„L e t z t l i c h müssen wir raus aus der NATO"* durch die klarere Aussage ersetzt *„Wir müssen raus aus der NATO"*.

Insgesamt ist die schließlich mit 90% Mehrheit gegen einige linke Delegiertenstimmen angenommene Erklärung aber ein voller Erfolg für diejenigen, die die Kriegsgefahr auf den „Kampf der Supermächte" um die Weltherrschaft zurückführen; wobei modischerweise heute — man denkt „blockübergreifend" — statt von „Supermächten" lieber von „Militärblöcken" gesprochen wird, aber das Gleiche gemeint ist: *„Der 3. Weltkrieg beginnt im Kampf der Militärblöcke um Einflußzonen, Stützpunkte und Aufmarschpositionen in der Dritten Welt."* Die Freunde der chinesischen „Drei-Welten-Theorie" dürften auch mit dieser Formulierung hochzufrieden sein: Der sicher nicht zufällig für den Bundesvorstand federführende Erhard Müller aus der weit über ihr Ende vor fast vier Jahren hinaus wirkenden „KPD" ebenso wie die neu-grünen Ökologen aus dem KBW, die sich seinerzeit mit der Erfindung immer neuer sowjetischer „Flottenstützpunkte" — „Aufmarschpositionen in der Dritten Welt" — hervortaten.

Das Bedürfnis nach Ausgewogenheit der „Blöcke" und das Streben nach der „Überwindung von Jalta" sind bei den Grünen zur Zeit so dominierend, daß selbst eindeutige Beschreibungen der NATO-Strategie in der Erklärung sofort wieder entwertet werden. An die Kennzeichnung der „Air Land Battle"-Doktrin als „offensive Militärdoktrin", die „weitreichende Waffensysteme mit konventionellen Sprengköpfen ähnlicher Zerstörungswirkung wie bei Atomwaffen" ebenso einschließe wie den „frühzeitigen Einsatz auch nuklearer und chemischer Waffen" gegen Osteuropa, ist der blödsinnige Satz angefügt: *„Die Militärstrategie des Warschauer Paktes garantiert uns im Kriegsfall das gleiche Schicksal."* Die Militärstrategie des Warschauer Paktes schließt den Ersteinsatz von Atomwaffen aus. Sowjetische Vergeltungsschläge, die „uns im Kriegsfall das gleiche Schicksal" erleiden ließen wie die Völker Osteuropas, sollen durch die NATO-Blitzkriegsstrategie gerade von vornherein ausgeschaltet werden.

Die „Blockübergreifenden" setzten sich auch in der Frage durch, wo international Bündnispartner zu suchen seien. Unter den *„unabhängigen antimilitaristischen und emanzipatorischen Gruppen in West- und Osteuropa"*, die *„einen praktischen Ansatz (bieten), dieser politischen Perspektive zum Durchbruch zu verhelfen"* werden neben der „unabhängigen Friedensbewegung in der BRD" genannt: *„Die eigenständigen Friedensinitiativen in der DDR, die derzeit zwar vom Jaruselsky-Regime unterdrückte, aber von der Mehrheit des polnischen Volkes unterstützte 'Solidarnosc', die ungarischen 'Dialog-Gruppen für den Frieden' oder die 'Charta 77' in der CSSR"*. — Der Einwand, daß insbesondere Solidarnosc wegen der eindeutigen Pro-NATO-Orientierung ihrer wesentlichen Sprecher nicht zur Friedensbewegung gerechnet werden könne, fand keine Berücksichtigung.

Grotesk (um nicht zu sagen: reaktionär) wird dann die Forderung nach „e i n s e i t i g e n Abrüstungsvorleistungen w e l t w e i t". Seit Duisburg sind die Grünen nämlich *„für einseitige Abrüstungsschritte in a l l e n Ländern"*. Zusatz immerhin noch: *„Wir müssen bei uns anfangen."* Brachten sich führende Grüne bisher mit ihrer Forderung nach einseitigen Vorleistungen an die Adresse der Sowjetunion — vorsichtig ausgedrückt — in die Nähe der Reagen'schen „Null-Option", so werden damit jetzt auch noch Kuba und das von der US-Intervention bedrohte Nicaragua aufgefordert, die Waffen zu strecken.

Neue grüne Eskapaden in der Friedensbewegung?

Die Aufkündigung des „sowjetfreundlichen Minimalkonsens" (Bahro) ist in der Erklärung in abgeschwächter Form enthalten. Übernommen wurde aus dem Münchner Antrag der Satz **„Die Entwicklung einer auf diesen Grundpfeilern beruhenden Friedenspolitik kann konstruktiv nicht mit Organisationen vorangetrieben werden, die mit mindestens einem Bein in Washington oder Moskau stehen".** Das richtet sich — wörtlich genommen — nicht nur gegen SPD und DKP. Aus der Sicht vieler Grüner stehen etwa der KB und andere ähnlich „einäugige" Teile der Friedensbewegung allemal „mit mindestens einem Bein in Moskau". Der Zusatz, diese Abgrenzung *„schließt eine aktionsbezogene Zusammenarbeit nicht aus"*, und die Bekräftigung, weiter in den „bisherigen Koordinationsstrukturen" mitarbeiten zu wollen, drückt dabei zunächst einmal nur die Erkenntnis aus, daß die Grünen zu überstürzten Alleingängen derzeit politisch und organisatorisch gar nicht in der Lage sind. Der sehr unrühmlich beendete Spaltungsversuch anläßlich des Reagan-Besuchs am 10.6.82 dürfte den meisten Delegierten noch ebenso in Erinnerung gewesen sein wie die von den Grünen initiierte und äußerst kläglich verlaufene Anti-Breschnew-Demo vor zwei Jahren.

Grüne und SPD?

Ohne Abstimmung — in der grünen Partei sind die Landesverbände autonom — endete die Debatte über den gegenwärtigen Kurs der hessischen Grünen in den Verhandlungen mit der SPD. In der Diskussion hatten allerdings die Kritiker ein deutliches Übergewicht. Dirk Treber als Vertreter der hessischen Mehrheitslinie beeindruckte vor allem durch die naive Hoffnung, in Hessen sei ein „soziales und ökologisches Gegengewicht zu Bonn möglich". Auf welche konkreten Veränderungen in der Politik der SPD sich diese Hoffnung stützt, konnte er nicht deutlich machen. Undurchsichtig blieb auch, welche Forderungen für die hessischen Grünen tatsächlich u n v e r z i c h t b a r sind. Treber schien — offensichtlich unter dem Druck des Parteitags, der Verrat witterte — mehr zu versprechen, als etwa der durch Abwesenheit glänzende Verhandlungsstratege Karl Kerschgens zu halten bereit sein dürfte.

Die Fundamentalisten hatten es entsprechend leicht, ihr Mißtrauen in die grüne Verhandlungsführung zu begründen. Klugerweise versuchten sie, ihre Widersprüche zu der als „Hamburger Tolerierungslinie" bekannt gewordenen Position abzuschwächen oder überhaupt zu leugnen: selbstverständlich seien sie nicht prinzipiell gegen Verhandlungen, sondern nur gegen das Bündnis um jeden Preis. Einige betonten ihre volle Übereinstimmung mit Vorstandssprecher Rainer Trampert (Hamburg), der sich in seinem Rechenschaftsbericht sowohl vom „naiven Fundamentalismus" als auch von der Auffassung abgegrenzt hatte, das Überleben der Grünen sei nur in einer Koalition mit der SPD möglich, wie sie — von Trampert durch Zitate belegt — etwa von Joschka Fischer, Otto Schily (beide MdB) und Winfried Kretschmann (Baden-W.) vertreten wird.

Die von den Fundamentalisten demonstrierte Einigkeit gegen die hessischen „Verräter" bedeutet allerdings noch lange nicht, daß sich die „Hamburger Linie" in den Grünen mehrheitlich durchgesetzt hätte. Egal wie die hessischen Verhandlungen ausgehen — ob mit einer als „kontinuierliche Zusammenarbeit" umschriebenen Quasi-Koalitionsvereinbarung bei minimalen Zugeständnissen der SPD oder mit ihrem ergebnislosen Abbruch — ein neuer Pendelschlag hin zu dem von Trampert kritisierten „naiven Fundamentalismus" wäre nicht überraschend.

Auf gänzlich verlorenem Posten stand ein weiteres Mal Winfried Kretschmann, in Duisburg neben Ernst Hoplitschek Hauptsprecher des neu-

Fortsetzung nächste Seite

konstituierten „ökologischen Reformblocks" innerhalb der grünen Partei, der sein Plädoyer für den Parlamentarismus und für ein „unbefangenes" Verhältnis zur SPDmit eigenen Erfahrungen aus dem baden-württembergischen Landtag anreicherte: dort sei „Demokratie gelebt worden" (wörtlich). Solange die Grünen selbst auf ihren eigenen Parteitagen nichts besseres vormachen würden, werde er den Parlamentarismus „mit Zähnen und Klauen verteidigen" (ebenfalls wörtlich).

Die Bundestagsfraktion: „Partei in der Partei"

Einen Eklat nach dem Geschmack der Korrespondenten und Reporter gab es am zweiten Tag zwischen „Basis" und Bundestagsfraktion. Daß die Bonner Parlamentarier mit ihrem gewaltigen Apparat (insgesamt über 150 bezahlte Leute!) nicht in der Lage gewesen waren, dem Parteitag einen gemeinsamen politischen Rechenschaftsbericht vorzulegen, mochte die Mehrheit der Delegierten weder mit Einarbeitungsschwierigkeiten noch mit Überlastung wegen der historischen Raketendebatte entschuldigen. Nach einer fast halbstündigen, als Teil-„Rechenschaftsbericht" deklarierten persönlichen Stellungnahme von Fraktionssprecherin Marie-Luise Beck-Oberdorf wurde der Punkt „Rechenschaftsbericht der Frakton und Aussprache darüber" von der Tagesordnung gekippt. Petra Kelly, die den zweiten Teil des „Berichts" halten wollte und sich schon, umringt von den Presse-Geiern, neben dem Podium warm lief, mußte sich wieder hinsetzen.

Die Berufung auf das imperative Mandat erweist sich gegenüber der grünen Besatzung des „Bonner Raumschiffes" bisher als Wunschvorstellung. Die zu Recht mißtrauische „Basis" steht sich allerdings auch selbst im Wege, wenn sie sich vorrangig über die „Abgehobenheit der Berufspolitiker", den „aufgeblähten Apparat", die „fieberhafte Reisetätigkeit" und den „Medienrummel" empört und dabei die politischen I n h a l t e der Parlamentsarbeit weitgehend ausklammert. Solange etwa Bastians Äußerungen über eine Revision des Rotationsprinzips (drei Tage n a c h dem Parteitag!) in der Partei viel mehr Furore machen als seine Distanzierung von den „Krefelder Gewalttätern" oder eine Zustimmung zur konventionellen Aufrüstung der Bundeswehr, wird sich nichts wesentliches an der Tatsache ändern, daß die Politik der Grünen in B o n n gemacht wird.

Linker Bundesvorstand?

Der in Duisburg teilweise neu gewählte Bundesvorstand wird es gegenüber dieser „Partei in der Partei" schwer haben, so etwas wie ein Gegengewicht zu bilden. Es ist aber auch fraglich, ob er das überhaupt will.

Nicht wenige grüne Delegierte dürften erleichtert aufgeatmet haben, als Manon Maren-Griesebach, über deren „grüne Philosophie" des schweigenden Erdhockens (vgl. AK 234) die Szene lacht, in Duisburg ihr Amt als Vorstandssprecherin niederlegte. Wie unter den jetzt amtierenden Vorstandssprechern die Gewichte verteilt sein werden, ist aber noch unklar. Als Nachfolgerin für Maren-Griesebach wurde Rebekka Schmidt von der Alternativen Liste Westberlin gewählt, die sich zuvor engagiert für die dann mit großer Mehrheit angenommene Vertragslösung der AL mit der Grünen Partei ins Zeug gelegt hatte. Daß sie bei der Wahl 392 erhielt (gegenüber 116 Stimmen für die „strömungsmäßig nicht festgelegte" Chris Seegräber und vor allem gegen ihre Westberliner Kontrahentin Hanna Kotowsky vom rechtslastigen grünen Landesverband, die nur auf 52 Stimmen kam), spricht zweifellos für die grünen Delegierten. Allerdings hatte Rebekka Schmidt schon während der Diskussion um die Vertragslösung den besonderen Standort der AL hervorgehoben: in dem die grüne Partei prägenden „Nord-Süd-Konflikt" nehme die AL eine Mittlerposition ein, da sie in der sozialen Frage dem „Norden", in der Friedensfrage aber dem „Süden" zuneige. (Dank starker Verfilzung mit der aufgelösten KPD ist die AL Westberlin an der „deutschen Frage" besonders interessiert.)

Es muß wohl befürchtet werden, daß das „blockübergreifende Prinzip" und die „um die Weltherrschaft ringenden Militärblöcke" demnächst auch im Namen des grünen Bundesvorstands („wie die Vorstandssprecherin erklärte ...") durch die Presse geistern. Welche Rolle dabei der erweiterte Vorstand, dem neben den im Amt gebliebenen Bahro und Rahlwes und den wiedergewählten Ulli Tost und Hermann Schulz neu Cornelia Zügge, Günther Hopfenmüller und Ali Schmeißner angehören, spielen wird, ist noch ungewiß. dpa weiß immerhin zu berichten, daß im neuen Vorstand *„nach Einschätzung von Beobachtern gegenüber der letzten Wahl deutlich diejenigen Kräfte innerhalb der Grünen (überwiegen), die in den vergangenen 15 Jahren politisch durch die Arbeit und Entwicklung der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik geprägt worden sind."*

Js., Hamburg, und M., Nürnberg

SB tritt massiv auf

Nicht mehr nur vor-, sondern jetzt auch mit-denken will das Sozialistische Büro (SB). Bei den hessischen Grünen und zwecks — vermutlich: wechselseitiger — Politikerertüchtigung.

Als erste hatte die „Frankfurter Rundschau" (5.11.) diese Wende aufgespürt und damit alle überrascht, inklusive H.-D. Zahn (1).

Die „FR" hatte kaum gelogen: Am 7.11. traten zwar in Frankfurt nicht, wie angekündigt, 70 Mitglieder des SBs den „Grünen" bei (es gab nur einer an diesem Abend diesbezügliche Absichten bekannt), es waren aber schon eine Reihe SBler/innen beisammen. Und sie waren nicht alleine im „Pferdestall" (2). Auch die Römer-Grünen, Mitglieder der grünen Landtagsfraktion, der SPD, grüne Spontis, MdB Horacek und und und — kurzum: alle waren sie da.

Wie auf Familien-Treffen meist üblich, herrschte auch dort eine heucheleigeladene höfliche Freundlichkeit. Wie ebenfalls oft in derart trauten Kreisen beschränkte man sich auf nichtssagenden Plausch.

Offenherzige Neugier seitens ungeduldiger Landtagsabgeordneter oder grüner Spontis — „Wieviele? Wer? Wann?"— traf auf sibyllinisches Schweigen: Ein Parteieintritt sei schließlich eine ziemlich private Angelegenheit (3).

Der theoretische Hunger blieb ungestillt: Das „Weshalb" bzw. „Wozu" oben genannter Wende wurde der (mehr oder weniger gutartigen) Phantasie überlassen.

Hatte nun Egbert Jahn (SB/SPD) Recht, als er eröffnete, ökologische Ziele ließen sich nur parlamentarisch durchsetzen? Stimmte es, als er ferner erklärte, die meisten SBler seien auch SPD-Mitglieder? Und lag er richtig, als er mutmaßte, so gesehen könne das SB eine wichtige Rolle als Vermittler (bei den Grünen? bei der SPD?) spielen?

War es nur seine oder war es vielmehr die Meinung aller, als er schließlich erklärte, Politik(-fähigkeit) bedeute immer Verrat?

Oder rührte der massive Auftritt des SBs von seinem enormen Interesse an (Frankfurter) Kommunalpolitik, wie Felix Schneider („links"-Redaktion) offenbarte (4)?

Oder sind die Verhältnisse so, daß mensch, um den „schamlosesten Reformismus" zu bekämpfen, aus den Grünen den „rechten Flügel" der „Bewegung" machen muß (Joschka Fischer/H.-D.Zahn)?

Diejenigen Besucher, die freudig einer Live-Vorführung des bekannten Stückes „Realos contra Fundamentalos" entgegengeschaudert hatten, blieben enttäuscht.

D. Diner („links"-Redaktion) gab unbefangen seine Unkenntnis von innerparteilichen Vorgängen zu — während Römer-Grüne grimmig vor sich hinschwiegen.

Ergebnislos ging dieser Abend dennoch nicht aus: Ein „Jour Fixe" soll eingerichtet werden. Für alle, die psychische Hemmungen vor einer Partei haben (D. Diner).

Auf der dazu kursierenden Liste trugen sich zahlreiche Anwesende ein (5).

Selbstverständlich bleiben wir am Ball und hoffen, bei der Lösung dieses spannenden Rätsels den emsigen „FR"-Reportern zuvorzukommen.

E., KB/Frankfurt

Anmerkungen:

(1) Die terminliche Übereinstimmung zwischen der „FR"-Enthüllung und dem hessischen SPD-Parteitag war purer Zufall, aber irgendwie auch nicht unglücklich, konnte doch Börner auf diese Weise signalisiert werden, daß die Bastion der widerspenstigen Fundamentalos bei den Frankfurter Grünen ins Wackeln gerät.
(2) Name des Versammlungsortes.
(3) Jens Huhn („links"-Redaktion) sowie Gerhard Kreumm (v.a. bekannt als Startbahn-Aktivist, aber auch „links"-Redaktion), und Egbert Jahn gaben ihren Nicht-Eintritt bekannt. H.-D. Zahn ist vor längerem den „Grünen"/Offenbach beigetreten.
(4) Übrigens sind 1985 Kommunalwahlen.
(5) Darunter M. Zieran, J. Ditfurth, M. Horacek und andere.
Notwendiger Nachtrag zur Anmerkung 1: Die „Überraschung aller, inklusive H.-D. Zahn" spürte in diesem Fall nicht die „FR" auf, sondern dies enthüllte genannte Person an dem Abend, der uns hier beschäftigt.



Arno Klönne über Vorläufer der Grünen

Klönne widerspricht in seinem Beitrag „Zur Erinnerung an eine ‚deutsche Bewegung'" der Auffassung, *„als sei nicht nur die grüne Partei, sondern auch das politische Potential, der dieselbe Ausdruck verschafft, ein neuartiges Phäno-*

fordert Hand- und Kopfarbeit für alle. Sehe: kleinste Regierung — um der Regierten willen. Neues Dasein regelt sich selber ... Ich sehe: das Grüne Land der Jugend, der Gesundheit und des Glücks...'".

Hatte nun Egbert Jahn (SB/SPD) Recht, als er eröffnete, ökologische Ziele ließen sich nur parlamentarisch durchsetzen? Stimmte es, als er ferner erklärte, die meisten SBler seien auch SPD-Mitglieder? Und lag er richtig, als er mutmaßte, so gesehen könne das SB eine wichtige Rolle als Vermittler (bei den Grünen? bei der SPD?) spielen?

War es nur seine oder war es vielmehr die Meinung aller, als er schließlich erklärte, Politik(-fähigkeit) bedeute immer Verrat?

Oder rührte der massive Auftritt des SBs von seinem enormen Interesse an (Frankfurter) Kommunalpolitik, wie Felix Schneider („links"-Redaktion) offenbarte (4)?

(2) Name des Versammlungsortes.
(3) Jens Huhn („links"-Redaktion) sowie Gerhard Kreumm (v.a. bekannt als Startbahn-Aktivist, aber auch „links"-Redaktion), und Egbert Jahn gaben ihren Nicht-Eintritt bekannt. H.-D. Zahn ist vor längerem den „Grünen"/Offenbach beigetreten.
(4) Übrigens sind 1985 Kommunalwahlen.
(5) Darunter M. Zieran, J. Ditfurth, M. Horacek und andere.
Notwendiger Nachtrag zur Anmerkung 1: Die „Überraschung aller, inklusive H.-D. Zahn" spürte in diesem Fall nicht die „FR" auf, sondern dies enthüllte genannte Person an dem Abend, der uns hier beschäftigt.



Haben rechtsextreme und konservative Positionen einen Chance in der Ökologie und Friedensbewegung?

Wochenendtagung
- der E. F. Schumacher Gesellschaft für politische Ökologie, Landesverband Baden-Württemberg e. V.
- des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)
- und der Grünen, Landesverband Baden-Württemberg

2. — 4. 12. 1983 in Neckargerach bei Heidelberg, Bildungsstätte Läufertsmühle

Durch den Regierungswechsel und das letzte Bundestagswahlergebnis hat eine intensivere Diskussion um den politischen Stellenwert der Ökologie-, Friedens- und Alternativbewegungen begonnen. Viele Menschen stufen die neuen sozialen Bewegungen dabei als grundsätzlich progressiv ein. Mittlerweile gibt es jedoch massive Bestrebungen rechtsextremer Gruppierungen, in den neuen Bewegungen Fuß fassen zu wollen. Wenn wir unsere demokratische Glaubwürdigkeit nicht verlieren wollen, ist es dringend geboten, derartige Versuche zu thematisieren und zu diskutieren. Dabei gilt es auch, nach den Bedingungen und Einstellungen zu fragen, die eine rechte Unterwanderung der Ökologie und Friedensbewegung begünstigen und ermöglichen.

Anmeldung und weitere Informationen über:
E.F. Schumacher Gesellschaft für politische Ökologie, LV Baden-Württemberg e.V.
Lange Gasse 2
7400 Tübingen
☎07071/23062

Arno Klönne über Vorläufer der Grünen

Klönne widerspricht in seinem Beitrag „Zur Erinnerung an eine ‚deutsche Bewegung'" der Auffassung, *„als sei nicht nur die grüne Partei, sondern auch das politische Potential, der dieselbe Ausdruck verschafft, ein neuartiges Phänomen in der gesellschaftlich-historischen Landschaft".*

„‚Grüne' Bewegungen haben gerade in der deutschen Entwicklung eine intensive Vorgeschichte, repräsentieren eine durchaus traditionelle politische Position, wenngleich diese in der Vergangenheit sich nicht direkt parteipolitisch formierte.

In der lebensreformerisch-jugendbewegt gestimmten Monatszeitschrift die ‚tat', die etliche Jahre später zum führenden publizistischen Organ der damaligen ‚Neuen Rechten' wurde, stand im Dezemberheft 1919 ein lyrisch gefaßtes politisches Programm zu lesen, überschrieben: ‚Das grüne Manifest'. Der pseudonyme Verfasser zeichnete mit ‚Spartakus in Grün, an dem der rote sterben soll'. In dem Manifest hieß es unter anderem:

Kein großes Volk kann wirklich klein sein. Kein großes Volk kann lange zweiter Klasse leben. Kein großes Volk kann ohne tragende Idee sein. Eine alte Daseinsidee, die des vorigen Jahrhunderts, sie hieß ‚Stadt'. Die Stadt mit Industrie und Technik. Die Stadt durch Handel und Weltwirtschaft. Die Stadt aus Reichtum und Genuß. Die Stadt voll Elend und Entseelung — diese Stadt ist tot ... Die Stätte der materiellen Zivilisation ... ist tot, tot, tot! Es lebe die neue, die Generalidee des 20. Jahrhunderts: ‚Land'! ... Nun, Bürger, wandern wir aus. Nicht zur Fronarbeit in fremde Länder und Kolonien, nein, auf unser eigenes Land, auf die alte, ewig junge Scholle: Die Arbeit wandert aus ... Neue Heimarbeiter werden in grünschöpferischer Selbstversorgung und geistschöpferischer Gemeinversorgung neue Daseinsformen befreien ... Die Wohnung wandert aus ... Verwaltung wandert aus und bescheidet sich. Schulen wandern aus und verjüngen sich. Vergnügung wandert aus und veredelt sich. Allesamt unter der Fahne: Daseinsordnung ist gut, aber auf persönliches Dasein kommt es an ... Sehe: natürliche Arbeitsweise — am eigenen Werk. Neues Dasein fordert Hand- und Kopfarbeit für alle. Sehe: kleinste Regierung — um der Regierten willen. Neues Dasein regelt sich selber ... Ich sehe: das Grüne Land der Jugend, der Gesundheit und des Glücks...'".

Klönne ist sich sicher, daß *„in diesem Text Grundmotive auch heutiger grüner Gefühlswelt zu finden sind, mag auch die Sprache sich gewandelt haben".*

Schon vor dem 1. Weltkrieg gab es innerhalb der „damaligen ‚neuen Mittelschichten'" ein breites „grünes" Potential, das nicht durchweg „traditionalistische, eher hausbackene Auffassungen" vertrat: *„Tatsächlich haben wir es hier aber zum erheblichen Teil mit Aufbegehren, mit Protestverhalten, mit ‚Fundamentalopposition', mit ‚revolutionären' Antrieben zu tun."* Das fast vollständige spätere Aufgehen dieser Bewegung im Faschismus erklärt Klönne so:

„Es war nicht etwa kaltes Machtinteresse, es war nicht Brutalität, die für die ‚deutsche Bewegung' konstitutiv waren, sondern vielmehr Angstgefühle, Harmoniebedürfnisse, Empfindsamkeiten. Freilich schlugen solche Motive leicht um in Haß gegen das ‚Fremde', in Wut auf die ‚Wurzellosen', denen ‚Blut und Boden' nichts galten."

Lehrreich für heutige grüne Politik seien die Gefahren politischer Begriffsverwirrung. So habe sich *„an den Sprachmustern der Völkisch-Nationalen ‚Revolutionäre' der Weimarer Republik gezeigt, welche (mitunter gar nicht erwünschten) Wirkungen die politische Semantik dieser Gruppen bei der Vorbereitung der faschistischen Herrschaft hatte: die totale Begriffsverwirrung ebnet der totalitären Herrschaft den Weg. Es wäre nicht unwichtig, diese Untersuchung auf die Sprache der ‚deutschen Bewegung' vor dem Nationalsozialismus — und auf die Sprache des grünen Antimodernismus heute hin auszudehnen, nicht um ‚braune Flecken' anzukreiden, sondern um Begriffe als Politik zu klären...*

Die Grünen täten gut daran, sich mit ihren Vorläufern auseinanderzusetzen. Der ‚Postmaterialismus' ist noch kein Ausweis historischer Vernunft; der ‚Antimaterialismus' von einst ließ sich als Instrument äußerster Unmenschlichkeit gebrauchen."

Peter von Oertzen: Grüne Partei »zwischen Arbeitnehmer-Partei und Minoritätenkartell«

Es ist immer wieder erstaunlich, zu welchen verbalen Kraftakten SPD-Vorstandsmitglied Peter von Oertzen fähig ist, wenn er sich an ein rein linkes Publikum wendet. In seinem Beitrag, der die Grünen „zwischen Arbeitnehmerpartei und Minoritätenkartell" (so der Titel) ansiedelt, spart er weder mit Kritik an seiner eigenen Partei noch mit wohlmeinenden Ratschlägen an die Adresse der Grünen, die — natürlich nur, wenn sie diese Ratschläge beherzigen — zu einer „Arbeitnehmerpartei neuen Typs heranwachsen" könnten. Und das sei wünschenswert:

„Das unterstellt allerdings die Herausbildung einer undogmatischen, reformerischen, ökologische Fragen substantiell aufnehmenden, radikaldemokratischen, linkssozialistischen Partei. Wenn die Grünen diese Partei nicht werden (wollen), dann wird eine irgendwie sich am Rande erneuernde SPD dieses Potential zurückgewinnen."

Die Grünen als „Minoritätenkartell" hätten keine Überlebenschance. Ihre auf sich allein gestellten Parlamentarier würden *„zwischen parlamentarischem Kretinismus und Fundamentalopposition hin und her(pendeln)".*

Gegenwärtig sieht von Oertzen *„den schlechtesten aller denkbaren Zustände:*
Eine nicht aktions- und handlungsfähige, in viele unterschiedliche ideologische Positionen und organisatorische Partikel zersplitterte grün-alternative Wahlbewegung, die aber stark genug ist, um sozialdemokratisches Potential aufzusaugen; eine sozialdemokratische Partei, die mit ihrer eigenen Erneuerung in den Anfängen steckt — durchaus vielversprechende Anfänge —, aber durch diese wirklich nicht seriöse Konkurrenz im Augenblick mehr behindert, denn befördert wird."

Natürlich liegt es an den Grünen, diesen Zustand zu überwinden und den Weg freizumachen für die reformerische „Mehrheit links von der Union" (Willy Brandt): *„Reformismus heißt: politisches Klima und soziale Bedingungen für gesellschaftsverändernde Reformen schaffen; dieses Terrain müssen wir erst zurückgewinnen."*

Das mit dem „gesellschaftsverändernden" Reformblock drücken von Oertzens Parteifreunde Dohnanyi und Börner etwas weniger verschwommen aus: Dohnanyi wollte — während der Verhandlungen mit der Hamburger GAL — mit grün-alternativer Unterstützung „sozialdemokratische Politik f o r t s e t z e n". Und für Börner können die Grünen nur dann „zum reformerischen Block in der Gesellschaft gerechnet" werden, wenn es der SPD in den Verhandlungen gelingt, *„diese neuen Schichten, die sich der grünen Protestpartei angeschlossen haben, für unsere parlamentarische Demokratie zu gewinnen"*, und zu verhindern, *„daß die fundamentalistische Opposition in der ökologischen Bewegung wieder Oberwasser bekommt".* (zitiert nach „taz" vom 19.11.).

Die Arbeitsteilung in der sozialdemokratischen Chefetage funktioniert bestens: die Realpolitiker gewinnen die Grünen „für unsere parlamentarische Demokratie", die im Marxismus bewanderten „Theoretiker" stellen dafür das Prädikat einer „radikaldemokratischen, linkssozialistischen Arbeitnehmerpartei neuen Typs" in Aussicht.

Die AL Westberlin auf dem Wege in die grüne Partei

Mit überwältigenden Mehrheiten einigten sich die Westberliner Alternive Liste (AL) und die Grünen auf ihrer Mitgliederversammlung bzw. der Bundesdelegiertenversammlung in Duisburg auf einen auf 2 Jahre befristeten Vertrag: er sieht eine enge Anbindung der AL an die „Grünen" vor und räumt der AL faktisch die gleichen Rechte und Pflichten ein, wie anderen grünen Landesverbänden — bei Beibehaltung ihrer organisatorischen und politischen Identität. In der Folge dieser Vertragslösung wählten die Grünen auf ihrer Bundesdelegiertenversammlung ein Mitglied der AL in das Sprechergremium des Bundesvorstands. Diese Entwicklung bedeutet eine vernichtende Niederlage des in Westberlin gegen die AL konkurrierenden grünen Landesverbandes um Ernst Hoplitschek und Thomas Schmid, die vergeblich versucht hatten, den Vertrag zu verhindern. Damit wurde deutlich, daß ihre rechtsökologischen Positionen nicht nur in Westberlin, sondern auch bei den Bundesgrünen isoliert dastehen.

Kurzer Rückblick

Im Februar 83 beschloß die AL-Mitgliederversammlung, den Grünen eine engere Zusammenarbeit im Wege eines Vertragsschlusses zwischen beiden Organisationen anzubieten, gleichzeitig jedoch ihre Unabhängigkeit zu
den Organisationen anzubieten, gleichzeitig jedoch ihre Unabhängigkeit zu
bewahren. Vorstellungen, die AL zum gründen Landesverband zu machen, wurden abgelehnt. Eine 5-köpfige Verhandlungskommission der AL hatte monatelang Mißerfolge einzustecken bei ihrem Bemühen, ernsthaft in Verhandlungen mit den zuständigen grünen Gremien einzutreten.



Der Vertrags-Beschluß der AL vom 19.2.83 war ein Kompromiß, auf den sich nach langem Tauziehen die verschiedenen Strömungen der AL einigen konnten. Er enthält in seiner Präambel zwei Kernaussagen, von denen die zweite erst nachträglich in den Textentwurf eingearbeitet wurde:

1. *„Unbeschadet noch bestehender Differenzen sind die Grünen der parteipolitische Bezugspunkt im Bundesgebiet für die AL geworden."*

und

2. *„Zwischen Grünen und Alternativen bestehen jedoch noch Differenzen, besonders im Bereich der politischen Kultur und des Selbstverständnisses, die es notwendig erscheinen lassen, die AL als selbständige politische Organisation zu erhalten ... Grüne Bundespartei und AL befinden sich gemeinsam mit anderen Bewegungen in einem Parteibildungsprozeß, der noch nicht abgeschlossen ist. Die organisatorische und politische Unabhängigkeit der AL kann auch in Zukunft genau diesen Tatbestand symbolisieren und die Absicht zum Ausdruck bringen, sich gegenüber neuen Prozessen offenzuhalten."*

Konkret strebte der Beschluß volles Mitarbeits- und Stimmrecht auf grünen Bundesdelegiertenversammlungen ebenso wie in weiteren grünen Gremien an.

Die Bereitschaft zur Bildung einer gemeinsamen Fraktion im Bundestag und zur Zahlung eines zu vereinbarenden Geldbetrages an die Bundespartei wurden angeboten. Auf einer gemeinsamen Sitzung der AL-Verhandlungskommission und des Bundesvorstandes der Grünen im Mai 83, auf der es zu keinerlei Ergebnissen kam, wurde klar, daß der BuVo zwar eine stärkere Einbindung der AL in die Grünen befürwortete, einem Vertrag in der angebotenen Form aber ablehnend gegenüberstand. Die Bundeshauptausschuß-Sitzung der Grünen am 14./15.8. in Bremen schien zunächst einen Schlußpunkt unter die Vertragsbemühungen der AL zu setzen. Ein Antrag der AL auf der BHA-Sitzung, nach dem die Grünen ihre prinzipielle Bereitschaft erklären sollten, mit der AL als Gesamtorganisation eine vertragliche Lösung anzustreben, wurde gar nicht mehr behandelt, da zuvor ein Antrag von Ulli Tost (BuVo) mit 19:13:1 Stimmen eine Mehrheit fand. In ihm wurde zwar die Rolle der AL gewürdigt, aber ansonsten darauf gesetzt, daß sich die AL in Westberlin mit dem Anfang 83 reaktivierten grünen Spalterverband um Hoplitschek einigen sollte. Darüber hinaus wurde ein Vertrag mit der AL nur in d e r Weise in Aussicht gestellt, daß zukünftig für diejenigen AL'er ein Stimmrecht auf den Bundesdelegiertenversammlungen angeboten wurde, die zuvor der grünen Bundespartei beitreten.

Der Bundesvorstand schwenkt um

Am 16. Oktober fand auf einer BuVo-Sitzung der Grünen ein neuer Vereinbarungsvorschlag der AL eine Mehrheit von fünf Stimmen bei drei Enthaltungen. Er lehnte sich im wesentlichen an den alten Vertragsentwurf an, wies jedoch in einigen nicht ganz unbedeutenden Fragen Modifikationen auf (Text siehe nebenstehenden Kasten). Aus der Präambel sind bezeichnenderweise alle Hinweise auf ein anderes Selbstverständnis der AL verschwunden. Andeutungen, daß ein Vertrag einen Symbolwert in Hinblick auf eine größere Offenheit der Grünen Partei darstellen könnte, fehlen wie selbstverständlich. Die Vereinbarung ist auf zwei Jahre befristet; danach soll „eine Entscheidung über einen Zusammenschluß" herbeigeführt werden. Die ursprüngliche Formulierung lautete noch eindeutig darauf, nach Ablauf der Frist einen Zusammenschluß durchzuführen. Die Gründe für einen Kurswechsel des BuVo sind sicherlich vielschichtig. Die langjährige Mitarbeit der AL bei
des BuVo sind sicherlich vielschichtig. Die langjährige Mitarbeit der AL bei
den Grünen ist dabei nicht unwichtig. Viele programmatische Aussagen der Grünen wären vermutlich ohne die intensive Mitarbeit von AL'ern in der jetzigen Form nicht denkbar.

Obwohl die langjährige gute Mitarbeit nicht das einzige Kriterium sein konnte, spielt sie dennoch eine gewisse Rolle, zumal sich interessierte Kreise bei den Grünen durch das Hinzukommen der AL eine Stärkung ihrer Positionen speziell im wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bereich versprechen.

Ebenso von Bedeutung war die Absicht der Grünen, unter dem Eindruck der Bremer Wahlen und der Niederlage der BAL nun den Parteibildungsprozeß zugunsten der eindeutigen Dominanz der Grünen Partei abzuschließen. Die Westberliner AL war gewissermaßen der größte noch zu schluckende Brocken. Natürlich wurde der Vereinbarungsgedanke auch dadurch beflügelt, daß in Westdeutschland mancherorts Alternative Listen, zum Teil unter maßgeblichem Zutun der DKP, entstehen und man bereits im Vorfeld ein Zeichen setzen wollte, daß selbst das V o r b i l d vieler dieser örtlichen Zusammenschlüsse, die AL Westberlin, keine andere politische Perspektive mehr sieht, als die direkte Integration in die grüne Bundespartei.

Die AL-Mitgliederversammlung

Am 5.11. entschied sich die AL-Mitgliedervollversammlung mit einer satten 70%-Mehrheit für die vorliegende Vereinbarung. Ein anderer Antrag, der kurz und knapp lautete: *„Die Alternative Liste wird sich bemühen, ihr Verhältnis zur Bundespartei 'Die Grünen' so zu regeln, wie es dem Verhältnis zwischen CDU und CSU entspricht"*, hatte von vornherein keine Chance. Im Kern steckte hinter diesem Antrag, daß das Verhältnis zwischen AL und Grünen im wesentlichen so belassen werden sollte, wie es war. Insbesondere sollte darauf verzichtet werden, Stimmrecht auf grünen Bundesdelegiertenversammlungen und im Bundeshauptausschuß wahrzunehmen. Im Gegenzug sollten natürlich auch keine Beiträge abgeführt werden. Vereinbart werden sollte allerdings die Beibehaltung der Fraktionsgemeinschaft im Bundestag und der Verzicht auf Konkurrenzkandidaturen. In der Begründung zum Antrag wurden die großen programmatischen Übereinstimmungen zwischen AL und Grünen anerkannt; jedoch wurde gegen eine vertragliche Anbindung der AL an die Grünben ausgeführt: *„Die Bedeutung der Verschmelzung von Grünen und Alternativer Liste liegt in erster Linie in der inneren Entwicklung der AL und in den schon erwähnten Aspekten der politischen Identität. Die politische Identität einer Organisation oder Partei besteht nur zu einem geringen Teil aus ihrem Programm. Sie setzt sich aus einer ganzen Reihe weiterer Faktoren zusammen, wie beispielsweise ihrer sozialen Zusammensetzung, ihrer Geschichte, ihrer Verbundenheit zu einem konkreten sozialen und kulturellen Umfeld, ihrer Offenheit gegenüber realen Bewegungen und anderem mehr."* So richtig diese Argumentation auch ist, läßt sich zwischen der sozialen Zusammensetzung der AL und der Grünen Partei kein größerer Widerspruch konstruieren, zumindest was die städtischen Ballungsräume angeht. Ebensowenig gibt in diesem Zusammenhang wahrscheinlich die Berufung auf das soziale und kulturelle Umfeld etwas her. Bleibt die Geschichte und die Offenheit gegenüber realen Bewegungen, wobei letztere in der AL auch nicht unumstritten ist, wie die Auseinandersetzung um die berühmte Gewaltfrage gezeigt haben dürfte.

Nur eine kleine Minderheit stimmte letztendlich für das „CDU-CSU-Modell". Die stärkere Anbindung an die grüne Bundespartei hatte für die AL'er absolute Priorität. Diese große Einheitlichkeit mag erstaunen, wenn man sich erinnert, welche Turbulenzen ein damals sogar noch selbstbewußter formulierter Vertragsentwurf in der Liste hervorgerugen hatte, in deren Gefolge sogar der Geschäftsführende Ausschuß geschlossen zurücktrat. Der Grund dürfte wohl darin liegen, daß seit diesen Auseinandersetzungen in der AL (Ende 1982) die Grüne Partei ihre Position bundesweit hat stabilisieren und verbessern können, nicht zuletzt durch den Einzug einer grünen Fraktion in den Bundestag und die Landtagswahlergebnisse in Hessen und Bremen. Gerade Bremen hat deutlich gemacht, daß derzeit auf der parlamentarisch-politischen Ebene nichts neben oder gar in Konkurrenz zur Grünen Partei laufen kann. Alle Hoffnungen auf eine irgendwie geartete Parallelität der Entwicklung grüner und alternativer Ansätze dürften nach Bremen zerschlagen sein. Die positive Bezugnahme auf die Grüne Partei, verbunden mit dem Willen der politischen Einflußnahme auf diese, gab angesichts der Situation die einzig realistische Entwicklungsrichtung an.

Ein auf der MVV vorgelegter Antrag, aus der AL gleich einen grünen Landesverband zu machen, wurde auf Wunsch des Antragstellers zwar nicht mehr abgestimmt. Dafür wurde über diese Frage nach der Annahme des Vertragsentwurfs ein Meinungsbild erstellt, das zwar deutlich machte, daß eine direkte Umwandlung der AL in einen grünen Landesverband nicht gewünscht wird. Es darf aber mit Sicherheit angenommen werden, daß eine große Zahl von Mitgliedern nur aus Gründen des bereits erreichten Listen-Konsenses gegen die Landesverbands-Variante votierte. Einzelne Bereiche und Bezirke hatten im Vorfeld bereits für die Überführung gestimmt. Die Annahme des Vertragsmodells war auch der beste Weg, ein Abbröckeln der AL auf ihrem linken Flügel zu verhindern.

Grüner Parteitag in Duisburg

Die Annahme des Vertragsentwurfs durch die Grünen geschah mit überwältigender Mehrheit, nachdem der Bundesvorstand bereits in seinem Rechenschaftsbericht vehement für einen Vertrag geworben hatte. Ulli Tost, der diesen Teil des Rechenschaftsberichts des BuVo vortrug, erläuterte, daß die AL Westberlin durch den Gründungsparteitag der Grünen in Karlsruhe enttäuscht war und sich seitdem als selbständige politische Organisation zurückhielt, obwohl viele AL'er bei den Grünen in Arbeitskreisen usw. mitgearbeitet haben. Interessant dann seine weiteren Ausführungen: Grüne und Alternative seien zwei Strömungen e i n e r politischen Bewegung, zwischen denen zahlreiche Berührungspunkte und Übereinstimmungen bestehen, aber noch Differenzen im Bereich der politischen Kultur, des Selbstverständnisses und in Teilen des Programms vorhanden sind, die aber in gemeinsamen Diskussionen beigelegt werden könnten. *„Die grüne Bundespartei und insbesondere die Alternative Liste (AL) Berlin befinden sich gemeinsam mit anderen Bewegungen in einem ‚Parteibil-*

Fortsetzung nächste Seite

Antrag

Antrag des Bundeshauptausschusses an die Bundesdelegiertenversammlung in Duisburg vom 18.-20.11.1983

Die Bundesdelegiertenversammlung möge beschließen:

V e r e i n b a r u n g

1. Präambel

Vordem Hintergrund

— der in vielen wesentlichen Fragen übereinstimmenden programmatischen Aussagen und Aktivitäten des Bundesverbandes DIE GRÜNEN und der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN

sowie

— der jahrelangen Mitwirkung der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN beim Aufbau des Bundesverbandes DIE GRÜNEN, insbesondere bei der Gestaltung des Bundesprogramms der GRÜNEN sowie der Einrichtung von Bundesarbeitsgemeinschaften,

— der Bereitschaft der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN, ihre Mitarbeit beim Bundesverband DIE GRÜNEN auf der Grundlage sowohl ihres Programms als auch des Bundesprogramms der GRÜNEN zu gestalten,

— der Entscheidung der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN, sich bundespolitisch eindeutig auf eine Zusammenarbeit mit dem Bundesverband DIE GRÜNEN als dem entscheidenden Bezugspunkt der grün-alternativen Bewegung zu orientieren,

sowie

— der erklärten Bereitschaft des Bundesverbandes DIE GRÜNEN, der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN als gesamter Organisation ein ihrer Berliner als auch bundespolitischen Bedeutung entsprechendes Gewicht im Rahmen des Bundesverbandes DIE GRÜNEN zu verleihen,

schließen der Bundesverband DIE GRÜNEN und die ALTERNATIVE LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN die folgende Vereinbarung:

2. Gegenstand

2.1 Die folgenden Abmachungen regeln in den kommenden zwei Jahren das Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesverband DIE GRÜNEN und der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN.

2.2 Die Laufzeit von zwei Jahren beinhaltet, daß weitere Entscheidungen über das Verhältnis der Beteiligten erst nach den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin 1985 im Herbst 1985 getroffen werden.

3. Zielvorstellungen

3.1 Die Vereinbarung soll ermöglichen, nach Ablauf der gesetzten Frist eine Entscheidung über einen Zusammenschluß zwischen dem Bundesverband DIE GRÜNEN und der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN herbeizuführen. Die endgültige Entscheidung, ob es zu einem Zusammenschluß kommen soll, wird nach Ablauf der Frist von beiden Organisationen erneut und selbständig beraten und gefällt.

3.2 Mit dieser zeitlich befristeten Vereinbarung streben die Beteiligten an:

— engere Bindungen zwischen beiden Organisationen,

— die gemeinsamen politischen Vorstellungen auszubauen und

— vermeintliche oder bestehende Differenzen auszuräumen oder zu klären.

3.3 Im einzelnen sollen für den weiteren Prozeß der Annäherung nutzbar gemacht werden:

— die Mitarbeit der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN in den Bundesarbeitsgemenschaften der GRÜNEN,

— die Mitarbeit der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN in den Bundesgremien der GRÜNEN wie Bundesdelegiertenversamnmlung, Bundeshauptausschuß und Bundesvorstand,

— der gemeinsame Diskussionsprozeß in Vorereitung und Durchführung der Europawahlen 1984,

— des weiteren gemeinsame programmatische Diskussionen.

3.4 Dabei sollen insbesondere Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Fragen von Wirtschaft, Umweltschutz, Dritte Welt, Frauen, Europa- und Friedenspolitik (Ost — West), Demokratische Rechte und Ausländerfragen erarbeitet werden.

3.5 Über den Diskussionsprozeß hinaus soll die Planung und Durchführung gemeinschaftlicher Aktivitäten verstärkt werden.

4. Rolle der GRÜNEN in Berlin

4.1 Die ALTERNATIVE LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN vertritt als selbständige politische Organisation die Interessen des Bundesverbandes DIE GRÜNEN in Berlin.

4.2 Für die Zeit der Vertragsdauer wird neben der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN auch der Landesverband DIE GRÜNEN Berlin als eigenständige Organisation und Vertretung der GRÜNEN bestehen und arbeiten.

Die ALTERNATIVE LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN ist bereit, mit dem Landesverband DIE GRÜNEN Berlin über konkrete stadtpolitische Konzeptionen in eine Diskussion einzutreten.

4.3 Zu den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin 1985 kandidiert allein die ALTERNATIVE LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN, wie bisher auf Offener Liste.

5. Rolle der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN im Bundesverband DIE GRÜNEN

5.1 Die ALTERNATIVE LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN ist auf Bundesdelegiertenversammlungen und dem Bundeshauptausschuß mit stimmberechtigten Delegierten nach dem in der Satzung der GRÜNEN festgelegten Schlüssel vertreten.

Mitglieder der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN können in den Bundesvorstand der GRÜNEN gewählt werden.

5.2 Der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN stehen in den Bundesarbeitsgemeinschaften der GRÜNEN Rechte in gleicher Weise wie anderen Landesverbänden zu.

5.3 Im Bundestag bilden DIE GRÜNEN und die ALTERNATIVE LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN eine einheitliche Fraktion.

5.4 Die ALTERNATIVE LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN zahlt an den Bundesverband DIE GRÜNEN unter Berücksichtigung der besonderen Situation Berlins — keine Bundestags- und Europawahlbeteiligung — eine feste Summe (Betrag muß noch festgelegt werden).

5.5 Die ALTERNATIVE LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN ist in allen weiteren Fragen autonom.

6. Schlußbestimmungen

Diese Vereinbarung tritt nach Genehmigung durch die Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN und durch die Mitgliederversammlung der ALTERNATIVEN LISTE FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ BERLIN in Kraft.

Hannover, den 30.10.1983

Dieser Vereinbarungsantrag wurde mit großer Mehrheit vom Bundesvorstand, Bundeshauptausschuß und der Mitgliederversammlung der AL Berlin verabschiedet. Dem Bundesvorstand wurde vom BHA aufgetragen, mit dem geschäftsführenden Ausschuß der AL Berlin eine satzungsgerechte Beitragsregelung zu erarbeiten und zu vereinbaren.

Fortsetzung von vorheriger Seite

dungsprozeß' ''. Abgesehen davon, daß alle diese Formulierungen mit leichten Abänderungen aus der Präambel des ursprünglichen AL-Vertragsentwurfs von Ende 1982 abgekupfert sind, stellen sie doch eine bemerkenswerte Wandlung für den BuVo dar.

Kritik an dem Vertrag kam auf dem grünen Parteitag fast ausschließlich aus dem kleinen grünen Landesverband in Berlin, der von Ernst Hoplitschek und einigen Getreuen als Konkurrenz zur AL seit Anfang des Jahres wiederbelebt worden ist. Formal wurde von den Rednern der LV Berlin bemängelt, daß sie bei den Verhandlungen zwischen AL und Bundesgrünen nicht gefragt worden seien. Es wurde der Vorwurf erhoben, der LV solle durch den Vertrag ausgehebelt werden. Thomas Schmidt, einer der Oberstrategen des Landesverbandes, führte aus, daß man als LV angeblich keine unversöhnliche Kritik an der AL habe; jedoch sei die Schwerpunktsetzung eine andere als beim LV. Dieser sei bekanntlich mehr ökologisch usw., und die Ökologie sei ein Gebiet, das von der AL sträflich vernachlässigt werde. Auf jeden Fall seien sozialistische Traditionen, die er bei der AL, aber nicht nur dort, vermutet, nicht mehr haltbar. Beweis sei die Existenz der Grünen Partei selbst. Verhängnisvoll sei bei den Grünen der Hang zur Einheit um jeden Preis. Sein Landesverbandskollege Leineweber machte ebenfalls deutlich, daß er nichts mehr verabscheut als die Einheit um jeden Preis. Er sorgte sich um eine Machtverschiebung innerhalb der Grünen, wenn die AL in der Partei mit Stimmrecht vertreten sein würde. Insgesamt sei der Streit AL contra grüner Landesverband kein Berliner Problem, sondern ein Grundproblem der Grünen Partei, das sich aus tiefgreifenden politischen Differenzen speise.

Die Vertragsbefürworter beschworen im wesentlichen die Übereinstimmungen zwischen AL und Grüner Partei. Der AL werde zwar vorgeworfen, sie würde die Ökologie vernachlässigen und die soziale Frage überbewerten. Indes: Ökologisch und sozial gehörten zusammen, so die Argumentation der Befürworter. Keine Frage sei ohne die andere lösbar. Der Vertrag sei eine Absichtserklärung, eine Zukunftsinvestition, deren Richtigkeit sich zeigen werde, wenn die AL darüber entscheidet, ob sie endgültig grüner Landesverband wird oder nicht. Auf keinen Fall dürften die Alternativen wieder zurückgestoßen werden wie in Karlsruhe. Mit welchem Recht fordert der Landesverband Berlin, daß 3.000 AL'er an den Rand gedrängt werden sollen, wollte BuVo-Sprecher Trampert wissen. Die AL vertrete eher grüne Positionen als der LV; außerdem sei sie älter als die Grüne Partei und habe eine Tradition in Berlin. — Ein anderer Redner beschwor den Vertrag als bundesweites Signal. Wer gegen den Vertrag sei, verfestige die Parteistruktur, so daß sich die Grünen nicht mehr von den Etablierten unterscheiden würden. Auch würden die alternativen Kräfte so nur in die Resignation oder in Wahlbünd-

Signal. Wer gegen den Vertrag sei, verfestige die Parteistruktur, so daß sich die Grünen nicht mehr von den Etablierten unterscheiden würden. Auch würden die alternativen Kräfte so nur in die Resignation oder in Wahlbünd-

nisse mit der DKP gedrängt. Er stellte die Frage, welche anderen Interessen denn hinter Hoplitscheks Strategie stecken, wenn nicht der Wunsch nach Abschottung und nach Verhinderung der Veränderungen. Ein Antrag auf Nichtbefassung hatte ebensowenig eine Chance wie einige Änderungsanträge.

Der Geschäftsführende Ausschuß der AL drückte in einer Presseerklärung seine Freude über das politische Vertrauen aus, das die grünen Delegierten der AL entgegengebracht hätten. Er begrüßte auch die Wahl des AL-Mitglieds Rebecca Schmidt in das Sprechergremium des Bundesvorstands der Grünen. Die Presseerklärung schließt mit dem denkwürdigen Satz: ,,*Beide Entscheidungen sind für uns Ausdruck der wachsenden Integrationskraft der Bundespartei Die Grünen.*''

Der grüne Landesverband Berlin

Beide Fraktionen des grünen LVs haben bis zum Schluß vehement gegen den Vertragsschluß gekämpft, während die Fraktion um Helmut Horst und Ursula Schaar (ehemalige AL-Mitglieder, die anläßlich der Gewaltdebatte aus der AL austraten) vorrangig formal und mit dem Hinweis auf das angeblich ungeklärte Verhältnis zur Gewalt argumentierte, schoß sich der Hoplitschek-Flügel vor allem auf die Linkslastigkeit der AL ein. Ökologische Fragen würden von der AL stiefmütterlich behandelt, während die soziale Frage im Vordergrund stehe. — Nun ficht der Hoplitschek-Flügel bereits seit längerer Zeit einen Kampf wider traditionssozialistische Strömungen bei den Grünen. Abkehr vom Industrialismus, für eine Politik der Entstaatlichung, für die Vision einer Gesellschaft jenseits der reparierenden Sozialstaats — das waren (auch unter Berufung auf Bahro) die Schlagworte, mit denen sie ins Feld zogen. Hoplitscheks Dummspruch, der Sozialstaat sei sowieso eine ,,olle Kamelle'', darf mittlerweise als bekannt vorausgesetzt werden. Derartige Thesen werden auch wieder in einem Papier verbraten, mit dem originellen Titel: ,,Wider die Lust am Untergang''. Dieses Papier wurde außer in den Delegiertenunterlagen auch als Anzeige in der ,,Frankfurter Rundschau'' veröffentlicht. Natürlich darf in diesem Papier der Hinweis nicht fehlen, die Grünen repräsentierten den Verzicht auf Revolution und die putschistische Umwälzung durch jakobinische Avantgarden. Die Grünen hätten sich demgegenüber für das Parlament entschieden: Eine Entscheidung, die nach Meinung der Autoren eine ,,libertäre Option'' enthält. Winfried Kretschmann aus Baden-Württemberg, Mitunterzeichner des Papiers, blieb es vorbehalten, diese ,,libertäre Option'' näher zu erläutern. In einer flammenden Rede bemühte er sich auf dem Parteitag in Duisburg, ,,für den Parlamentarismus zu werben''. Ein Unterfangen, das auf Seiten der Delegierten zu Unmutsäußerungen führte.

Mit dem Vertragsschluß AL-Grüne Partei ist diesen Kräften eine deutliche Abfuhr erteilt worden. Sie blieben eine verschwindende Minderheit. Bleibt auch die Frage, wie der Titel ihres Thesenpapiers nun wirklich gemeint war. Besonders deutlich wurde ihr Scheitern auch bei den Wahlen zum Sprechergremium des grünen Bundesvorstands, als die Kandidatin der Hoplitschek-Truppe, Hanna Kotowski aus dem grünen Landesverband Berlin, nur wenige Stimmen auf sich ziehen konnte. Demgegenüber wurde Rebecca Schmidt (AL Berlin) mit über 380 Stimmen zur Sprecherin gewählt. Auch bei den Wahlen zum erweiterten Bundesvorstand blieben die Kandidatinnen des LV Berlin, Hanna Kotowski und Ursula Schaar, abgeschlagen. Für Berlin wird dies die Lebensfähigkeit des Landesverbandes nicht gerade fördern, obwohl nicht auszuschließen ist, daß die Macher des LV bei den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu kandidieren versuchen, auch wenn sie nach dem Vertragsabschluß auf die Unterstützung der Bundespartei werden verzichten müssen.

Aufgeben wollen die Herrschaften jedenfalls noch nicht. Nach dem Vertragsabschluß verteilten sechs Mitglieder des grünen LV Berlin eine Erklärung, in der sie den Vertrag als ,,faktische politische Auflösung des Landesverbands'' bezeichnen. ,,*Dies bedeutet eine weitere Akzentverschiebung in Richtung eines politischen Traditionalismus, der mit dem originär Neuen, für das die Grüne Partei stand, nur noch wenig zu tun hat*''. Daraus schlußfolgern sie, daß es nun gilt, ,,*die ökologisch motivierten Grünen zu reorganisieren, um zu überprüfen, ob deren Positionen innerhalb der Grünen noch Platz haben*''. Ein offenes Eingeständnis der erlittenen Niederlage und die Drohung, neben den Grünen etwas Neues, ,,originär Grünes'' aufzumachen, sind deutlich herauszuhören. Daß die Grüne Bundespartei davor Angst haben muß, ist kaum anzunehmen.

Fazit

Der Vertragsschluß AL-grüne Bundespartei ist Ausdruck der Hegemonie, die die Grünen in der grün-alternativen Wahlbewegung errungen haben. Alternative Listen haben nach Lage der Dinge keine andere Wahl, als sich auf die Grüne Partei zu beziehen. Der Vertrag macht aber auch deutlich, daß die Bundespartei willens und in der Lage ist, sich auf alternative Kräfte einzulassen. Daß die AL Berlin für die Grünen von besonderem Interesse ist, darf außer Frage stehen; jedoch weisen nicht zuletzt die Ausführungen des BuVo in seinem Rechenschaftsbericht darauf hin, daß man dort ein stückweit nachdenklicher geworden ist, sich offener gibt und die Chance nicht verpassen will, Kräfte aus dem alternativen Spektrum für die Partei zu gewinnen, was nicht ohne Folgen für diese bleiben würde. Die neue Zusammensetzung des grünen Bundesvorstands und die sich weiter nach links verschobenen Mehrheitsverhältnisse in den grünen Gremien lassen sich in diesem Zusammenhang positiv bewerten.

ko., Westberlin

Buchvorstellung:

Die GRÜNEN: »Nicht links, nicht rechts?«

,,Über die Zukunft der Grünen'' bzw. ,,Über Politik und Utopie der Grünen'' will ein Buch mit dem sinnigen Titel ,,Nicht links — nicht rechts?'' Aufschluß geben, das jüngst im VSA-Verlag erschienen ist. Das Fehlen eines Vorwortes oder einer wenigstens grob strukturierenden Einleitung zu den zwölf Aufsätzen ist sicher kein Zufall: dem Ganzen fehlt die klare Linie, eine Gliederung ist nicht erkennbar. Allein vier Beiträge sind dem grünen Wirtschaftsprogramm gewidmet. Daß deren Autoren sämtlich aus der Sicht linker Gewerkschafter argumentieren — mit persönlichen Sympathien für die ,,4. Internationale'' (Moneta) oder den ,,realen Sozialismus'' (Sörgel) — macht die Sache nicht spannender. Da zudem die Auseinandersetzung mit dem Sindelfinger Sofortprogramm, mit Bahro und mit Konzepten alternativen Wirtschaftens in den vergangenen Monaten in dieser Zeitung breiten Raum eingenommen hat, kann auf eine Wiedergabe dieser Beiträge hier getrost verzichtet werden.

Das politische Spektrum der Autoren ist insgesamt nicht gerade breit. Der mit Abstand ,,grünenfreundlichste'' ist der KBW-Chef und ,,Kommune''-Redakteur Joscha Schmierer, der es — in Konfrontation übrigens mit der offenkundigen Absicht des Buches — zur Aufgabe der Linken erklärt, in den innengrünen Linienkampf v e r m i t t e l n d und nicht etwa p o l a r i s i e r e n d einzugreifen. Sie sollten vielmehr ,,*dazu beitragen, vorschnelle Fraktionierungen zu bremsen, indem sie unabhängig von den parteiinternen Machtkämpfen das Berechtigte der jeweiligen Positionen aufgreifen und zu vermitteln versuchen.*'' Entsprechend ,,vermittelnd'' nimmt Schmierer den arg gebeutelten Bahro

indem sie unabhängig von den parteiinternen Machtkämpfen das Berechtigte der jeweiligen Positionen aufgreifen und zu vermitteln versuchen.'' Entsprechend ,,vermittelnd'' nimmt Schmierer den arg gebeutelten Bahro

gegen seine Kritiker in Schutz. Trotz verschiedener Fehler ist Bahro für ihn **,,nach wie vor ein Linker und zwar im Unterschied zu manchen anderen ein radikaler''**. Diese Unterscheidung ist für Schmierer entscheidend, denn: ,,*Vielleicht gibt heute die Frage nach der Radikalität der Kritik und der Konzeption der gesellschaftlichen Umwälzung sowieso bessere Kriterien ab für die Beurteilung der Kräfte als ein links-rechts-Schema*''. Damit bejaht Schmierer als einziger der Autoren — zumindest teilweise und ,,vielleicht'' — die eigentlich bloß rhetorisch gemeinte Frage im Titel des Buches, ob die Grünen tatsächlich eine mit herkömmlichen Maßstäben nicht mehr meßbare ,,Jahrhundertbewegung'' seien, wie das von dem unvergessenen Erfinder des ,,Nicht links, nicht rechts''-Slogans, H e r b e r t G r u h l, seinerzeit behauptet wurde.

Nur ein Beitrag beschäftigt sich mit grüner Friedenspolitik. ,,Konkret''-Herausgeber Hermann Gremliza kritisiert die Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten des vor zwei Jahren beschlossenen grünen Friedensmanifestes und wirft den Grünen vor, sie würden ihrer ständigen Gleichsetzung von USA und Sowjetunion und der gedankenlosen Verwendung der Formel ,,in Ost und West'' in den unsinnigsten Zusammenhängen die ,,*Ausgewogenheit einer öffentlich-rechtlichen Anstalt*'' praktizieren. Gremliza sagt den Grünen keine lange Zukunft voraus. Er sieht für sie eine mögliche ,,historische Funktion'' nur ,,*als der parlamentarische Arm einer Friedensbewegung, welche die Stationierung neuer US-Atomraketen in der Bundesrepublik verhindert. Versagen die Grünen an dieser Aufgabe, weil sie die Friedensbewegung erst in ihre ideologische Erdhocke zu zwingen versuchen, waren sie der Mühe, die viele Linke sich um sie gemacht haben, nicht wert.*''

,,Wertwandel'' und grüne Friedfertigkeit

Wirklich bemerkenswert sind — neben den in ganz unterschiedlicher Weise ,,aus dem Rahmen fallenden''Beiträgen von Arno Klönne und Peter von Oertzen (siehe Kasten) — vor allem zwei Aufsätze: ,,Sicherheit durch Friedfertigkeit?'' von Jens Huhn (SB) und der von den ,,Sozialismus''-Redakteuren Bischoff, Lühn und Menard gemeinsam verfaßte Artikel über ,,Grüne Radikalität oder: Die sanfte Alternative''.

Der Beitrag aus der ,,Sozialismus''-Redaktion beschäftigt sich vor allem mit dem grün-alternativen Wählerpotential. Es wird die These aufgestellt, dieses Potential repräsentiere einen Wandel der Wertvorstellungen vom ,,*materialistischen Sicherheitsdenken*'' hin zum ,,*postmaterialistischen Selbstverwirklichungsinteresse*''.

Jens Huhn geht ebenfalls vom angeblichen Wertwandel aus, setzt aber den Akzent vor allem auf psychologische Phänomene und untersucht die Auswirkungen der unter Grünen anzutreffenden ,,*geradezu zwanghaft friedlichen Gesinnung*'' auf ihre politische Praxis und weitere Perspektive.

Der unaufhaltsame Siegeszug der sanften Alternative

Die ,,Sozialismus''-Redakteure wider-

Der unaufhaltsame Siegeszug der sanften Alternative

Die ,,Sozialismus''-Redakteure wider-

legen in ihrem Beitrag zunächst, gestützt auf Infas-Umfragen und Erhebungen der Statistischen Landesämter, ein gängiges Vorurteil über die Zusammensetzung des grün-alternativen Wählerpotentials, das aus der Tatsache abgeleitet wird, daß es sich dabei vor allem um ,,jüngere Leute mit überdurchschnittlicher Ausbildung'' handelt. Überdurchschnittliche Ausbildung bedeutet nämlich nach der Statistik ,,jede weiterführende Qualifikation nach der Hauptschule''. Verglichen mit dem Wählerpotential der SPD ergibt sich für die soziale Zusammensetzung der grün-alternativen Anhängerschaft: ,,*Der Anteil der Arbeiter ist geringfügig kleiner, und der Anteil der Angestellten liegt etwas über dem gesellschaftlichen Durchschnitt.*'' Auch für die grüne Bundespartei gilt in etwa das, was eine Untersuchung über die Klientel der Alternativen Liste Westberlin ergeben hat: ,,*Die AL ist zwar ganz überwiegene eine ‚Partei' der jüngeren Wähler, aber keine ‚Partei im Bildungssystem'. Die AL ist in allen Berufsgruppen entsprechend ihrem durchschnittlichen Ergebnis vertreten.*''

Diese Bewertung deckt sich übrigens mit der, die Peter von Oertzen, ausgehend von zwei 1981/82 im Auftrag der niedersächsischen SPD durchgeführten Umfragen, in seinem Beitrag für das Buch ,,überspitzt'' (P.v.Oe.) so zusammenfaßt: ,,*Grüne repräsentieren einen erheblichen Anteil des Arbeitnehmerpotentials, einen radikal jungen, einen stärker von der Produktions- auf die Kommunikations- und Dienstleistungssektoren hin orientierten und einen mit einem signifikant höheren Bildungsgrad charakterisierten Arbeitnehmertypus; sie repräsentieren quasi den Arbeitnehmertypus 2020.*''

Die Behauptung jedenfalls, ,,Partei und Anhängerschaft'' der Grünen seien ,,*(für BRD-Verhältnisse) ganz ungewöhnlich aus einem engen Bereich des sozialen Spektrums geschnitten*'', auf die z.B. der BWK ganz wesentlich seine These von den Grünen als der ,,*Partei der lohnabhängigen Mittelklasse*'' (vgl. AK 236, S.33) aufbaut, wird von dem in diesem Buch verarbeiteten Zahlenmaterial keineswegs gestützt.

Aus dem Vorurteil über die Grünen als Partei der ,,jungen Bildungsklasse'' folgt für diverse Theoretiker des ,,Wertwandels in hochindustrialisierten Gesellschaften'':« ,,*Die Grünen artikulieren die höher gebildeten Schichten, die wegen ihrer ‚overeducation' ein großes Potential verletzter Subjektivität darstellen, das beständig Zuwachs erhält; unter ihnen dominieren die Absage an die Arbeit und ‚postmaterielle' Werte.*'' Und ein Teil der Grünen selbst, am deutlichsten Bahro, ,,*ziehen aus dieser Behauptung die Konsequenz, um der Konsolidierung des grünen Protestpotentials willen die Absage an die ‚Fetischisierung' der Arbeit und die Konzentration auf ‚postmaterielle' Werte als positiven Programmauftrag und grünes Selbstverständnis zu definieren.*''

So falsch wie die ,,*Vorstellung der Grünen als politische Repräsentanz einer besonderen Bildungsschicht*'' sei aber auch die ,,These von der Absage an die Erwerbsarbeit'': gerade angesichts hoher Arbeitslosigkeit und der offensichtlichen Wertlosigkeit mehr oder weniger mühsam erworbener Berufsqualifikationen ,,*gewinnt die Arbeit insbesondere für jüngere Generationen für den Lebensprozeß an Gewicht . . .; desto deutlicher tritt hervor, welchen Einfluß Arbeit und Arbeitsbedingungen für die Gestaltung al-*

rufsqualifikationen ,,*gewinnt die Arbeit insbesondere für jüngere Generationen für den Lebensprozeß an Gewicht . . .; desto deutlicher tritt hervor, welchen Einfluß Arbeit und Arbeitsbedingungen für die Gestaltung al-*

ler anderen Lebenssphären haben.''

Aus dieser Erkenntnis ergeben sich für die Verfasser ,,weitreichende politische Schlußfolgerungen'': ,,*Weder führt die andauernde kapitalistische Krise der Grünen fortdauernd postmaterialistisch eingestelltes Protespotential zu, noch liegen die neuen politisch-kulturellen Bedürfnisse außerhalb des Umkreises der Interessen und Bedürfnisse der traditionellen Arbeiterbewegung. (...) Je länger frustrierte soziale Bedürfnise als Aufbruch zu neuen Ufern einer postmateriellen-hedonistischen Gesellschaft mißverstanden werden, desto unwahrscheinlicher wird eine Orientierung des gesamten sozialen Protestpotentials auf den grün-alternativen politischen Sektor.*''

Zwanghafte Friedfertigkeit

Um den ,,Wertwandel'' geht es auch in dem Beitrag von Jens Huhn, der sich mit grüner Gesinnung und Psychologie auseinandersetzt. Huhn sieht zunächst einen ,,tiefen Bruch'' der Grünen ,,*mit allen Traditionen des Marxismus*'', der tiefer liege ,,*als im Abschied vom Proletariat und einem naiven Produktivkraftfetischismus.*'' Mit ihrer Absage an die ,,*mit den herrschenden Verhältnissen unversöhnlichen Interessen einer Klasse*'' und der Berufung auf die ,,Vernunft des Gattungswesens'' sei ,, ‚*grüne Philosophie' eher jener Vernunft verwandt, die die vormarxistischen Utopien hervorbrachte. Es war eine Vernunft, die in einem nur oberflächlichen Zusammenhang zu realen historischen Bewegungen stand, an der Vielfalt der konkreten Bedürfnisse der Subjekte weitgehend vorbeiging und an die Macht gelangt (Robespierre) sich nur durch Terror eine Zeitlang behaupten konnte.*''

Die Grüne Konsumkritik hält Jens Huhn für nur oberflächlich der Konsumkritik der Studentenbewegung verwandt, die sich ,,*gewisser Annehmlichkeiten gegenwärtiger Produktivkraftentwicklung durchaus bediente*''. Und mit dem antiautoritären Traum ,,*von einem Hedonismus, in dessen Zentrum ein seines Triebverlangens bewußtes Individuum stand*'', hätten die Grünen aufgeräumt. Der Besuch beliebiger grüner Veranstaltungen überzeuge davon, ,,*daß sich hier keineswegs eine Partei des stürmischen Triebverlangens präsentiert, sondern eher eine der Lebensangst und des Triebverzichts aus ‚gesundem Menschenverstand'.*'' Die Grünen seien damit wesentlicher Träger eines seit den 60er Jahren veränderten (eingeschränkten) Glücksbegriffs: ,,*Sein zentraler Inhalt heißt nicht mehr ‚Ende der Triebunterdrückung', sondern ‚Sicherheit und Geborgenheit'.*''

Die daraus folgende ,,*geradezu zwanghaft friedliche Gesinnung*'', die sich etwa in der Hysterie mancher Grüner über das hessische ,,Blut-Attentat'' (,,Bild'') äußere, führe zur ,,*Verleugnung und Verdrängung aggressiver Impulse*''; oder aber zu einer ,,*tatsächlichen oder phantasierten Selbstaggressionsstrategie, die sich Gandhi zum Vorbild nimmt und in letzter Konsequenz die Bereitschaft enthält, sich in einem letzten Akt der Selbstbehauptung wehrlos töten zu lassen oder z.B. im unbegrenzten Fasten demonstrativ Selbstmord zu begehen.*''

Zur Selbstaggression hinzu kommt die Distanzierung — von der ,,konsumorientierten'' Arbeiterbewegung und von nicht genügend friedfertigen Teilen der Jugend: ,,*Ganz düster wäre die*

Zur Selbstaggression hinzu kommt die Distanzierung — von der ,,konsumorientierten'' Arbeiterbewegung und von nicht genügend friedfertigen Teilen der Jugend: ,,*Ganz düster wäre die*

Perspektive — und sie ist so unrealistisch nicht — daß grüne Politiker gerade d i e umstandslos in den ‚herrschenden Block' addieren, die, wie z.B. die Handarbeiter als Zukurzgekommene in der offiziell zugelassenen Triebbefriedigung dieser Gesellschaft überhaupt erst nach einem angemessenen Anteil verlangen . . . (...) Schlimmer noch als eine gewisse Ignoranz gegenüber Konsumbedürfnissen ist die Irritation vieler Grüner gegenüber aggressiv-individualistischen Elementen in dieser Gesellschaft, die im Fortgang der Krise anwachsen werden . . . Die Hauptschwäche der Grünen gegenüber unbestimmt aggressiven Protestformen besteht in der Entscheidung für eine Gesinnungsethik, die den herrschaftsfreien friedfertigen Diskurs einer künftigen Gesellschaft im individuellen moralischen Akt vorwegnehmen möchte.''

Auf diese Weise würden die Grünen ,,*nicht die Mittel finden, aus jenem diffusen Protest ein antiherrschaftliches Moment herauszuarbeiten, wie es in den Projekten der Protestbewegung versucht wurde*''. Vorübergehend profitieren könnte die CDU, die ,,den Gang in die Massen angetreten'' habe und dort ziemlich erfolgreich ihre Mischung von ,,neuen Geborgenheiten'' mit ,,altem Konsumhedonismus'' und ,,aggressivem Besitzindividualismus'' anbiete. Schließlich könnte — schreibt Huhn, der ,,nicht unken'' will — der Rechtsradikalismus massenhaften Zulauf erhalten: wenn nämlich klar sein wird, daß die ,,*Christdemokraten letztlich nur für eine Minderheit all diese Bedürfnisse, die sie heute an die Regierung gebracht haben, auch erfüllen können*''; und wenn die Grüne Partei ,,*auf die dann steigenden Enttäuschungen und Aggressionen nicht die richtige Antwort gibt.*''

Machen wir's in Realpolitik

Baden-Württemberg ist neben Hessen die zweite Hochburg einer grünen *Phantasterei*, die sich selbst für Realpolitik hält und auch gern als solche ernst genommen werden möchte. Wer sie als Reformisten angreift, ist ihnen bereits auf den Leim gegangen und schmeichelt nur ihrer Eitelkeit.

Der noch-Landtagsabgeordnete Winfried Kretschmann bemüht sich, in seiner Person dieser Phantasterei einen Chefideologen zu schenken. Hinderlich sind ihm bei der Einnahme dieser historischen Planstelle seine taktischen Ungeschicklichkeiten: Er, der sich so viele und wichtige Gedanken über angenehme Umgangsformen gegenüber den etablierten Parteien macht, benimmt sich in der eigenen Partei wie der Elefant im Porzellan, provoziert mit verblüffender Starrköpfigkeit vermeidbare Stimmungsexplosionen, tritt sich selbst den Stuhl unter dem Hintern weg. Das hat dazu geführt, daß er in seinem Landesverband als praktizierender Politiker erst einmal kaltgestellt ist. Als Ideologe einer wichtigen Strömung in der Grünen Partei wird er uns erhalten bleiben. Selbst sein Absturz im eigenen Landesverband hat nur wenig mit seinen prinzipiellen Vorstellungen zu tun, sondern mehr mit der oben beschriebenen Ungeschicklichkeit. So gibt es denn sogar schon Leute, die für die Grünen Baden-Württembergs einen neuen Umsturz der Verhältnisse und ein glanzvolles Come Back der „realpolitischen" Landtagsriege voraussagen.

„Konzeptionspartei" contra „Aktionspartei"

Unter dem Titel „Plädoyers für einen grünen Reformismus" hat Winfried Kretschmann zwei Thesenpapiere veröffentlicht. Wie dieser Titel schon andeutet, behauptet Kretschmann, daß die Grünen vor der Wahl stehen, ob sie Reformen durchsetzen oder darauf verzichten wollen. Diese F i k t i o n, für die es keinen nennenswerten praktischen Anhaltspunkt gibt, bildet für alle grünen „Realpolitiker" den Mittelpunkt sämtlicher Argumentationen. Gerne läuft das auch unter der konstruierten Gegenüberstellung von „Politikfähigkeit" und „Politikverweigerung". Bei Kretschmann lauten die Schlagworte: „A k t i o n s p a r t e i" o d e r „K o n z e p t i o n s p a r t e i". Unter „Aktionspartei" versteht Kretschmann eine sich kopflos außerparlamentarisch abstrampelnde Richtung, die den herrschenden Verhältnissen nicht mehr als schöne Prinzipien entgegenzuhalten hat und die darüber alles konkret Machbare, Durchsetzbare übersieht oder sektiererisch verschmäht. „Konzeptionspartei" hingegen ist eine Richtung, die sich dem Auftrag ihrer Wähler verpflichtet weiß und die mit politischem Sachverstand für die Verwirklichung von praktischen Reformschritten arbeitet, ohne dabei längerfristige Ziele aus den Augen zu verlieren. Da kann es doch wirklich nicht so schwerfallen, sich zwischen diesen beiden Richtungen innerhalb der Grünen Partei zu unterscheiden?!

Die „Konzeptionspartei", sagt Winfried Kretschmann, verfolgt eine *„Strategie der Beteiligung an der politischen Macht"*. Hingegen die Gegenströmung bei den Grünen wolle sich *„der Macht verweigern"*. Dafür wiederum kann es keine anderen Gründe geben als „m o r a l i s i e r e n d e". Wobei man moralisierend auch gern mit dumm, unvernünftig, sektiererisch übersetzen darf. Reine Lehre kontra verantwortungsbewußte Realpolitik.

Immerhin

„Immerhin werden wir hierzulande nicht mehr gefoltert, das ist doch ein eminenter Unterschied. Das war vor 500 Jahren noch ganz anders. Du mußt sehen, darin liegt ein ganz genereller Unterschied im Politikverständnis. Ich glaube, wir als Partei repräsentieren immer die Seite des Kompromisses. Wir arbeiten in der Selbstbeschränkung..."

(W.Kretschmann in „MOZ" 11/83)

Die *„Beteiligung an der politischen Macht"* ist bei Kretschmann und anderen Propheten der Realpolitik zu einer fixen Idee geworden. Niemand von den Mächtigen in diesem Land hat den Grünen ein Machtbeteiligungs-Angebot gemacht. Und es wird ihnen auch niemand ein solches Angebot machen. Aber selbstverständlich kann man herrlich streiten, ob man das nie gemachte Angebot nicht lieber annehmen sollte. Dabei hat Kretschmann schon recht, wenn er sich in Kritik zu den alternativen Nicht-Politikern setzt, die mit der „Machtfrage" nichts anzufangen wissen und deren Perspektive sich in der Parole „Keine Macht für Niemand" erschöpft. Gegenüber dieser Richtung recht zu haben, ist freilich nicht allzu schwer. Auf der anderen Seite ist es nicht sehr viel klüger, aus der „Machtbeteiligung" eine fixe Idee zu machen und staatsmännische Posen vorm Spiegel einzuüben. Würde man realistisch überlegen, wo und wie in diesem Lande Macht ausgeübt wird und in wessen Interesse sie ausgeübt wird, so würden sich die Machtbeteiligungsphantasien schnell erledigen. Aber Realpolitik hat trotz scheinbarer Ähnlichkeit des Wortstamms mit Realismus gar nichts zu tun. Drum ist es kein Zufall, daß heute die Realpolitik zum Modehit auch und sogar gerade bei denjenigen geworden ist, die jahrelang im allzu gedanken- und geschmacklos so genannten „linken Ghetto" vor sich hingewurschtelt haben und die jetzt endlich einem Platz an der Sonne zustreben. Die nötige Realitätsferne und die Bereitschaft, die gerade aktuelle Modetorheit bis zum Ekzess zu treiben, bringen sie als Startkapital gleich mit. Da wundert es nicht, daß Kretschmann laut eigenem koketten Bekenntnis 5 Jahre Mitglied im KBW war — jener Sekte, die sich wie keine andere von kollektiven Wahnvorstellungen hin- und herreissen ließ. Das eigentlich Ärgerliche ist, daß Menschen wie Kretschmann, statt sich ein paar Jahre einfach still zu schämen, sich g e r a d e durch ihre eigene vermurkste politische Vergangenheit besonders b e r u f e n fühlen, heute schon wieder Patentrezepte zu verkünden. Die sind natürlich das Gegenteil von allem, was man früher einmal vertreten hat und bewirken wollte.

Der Traum vom Kompromiß

„K o m p r o m i ß" ist ein Schlüsselwort in den Konstruktionen von Winfried Kretschmann. Wenn es nur darum ginge, den fundamentalistischen Prinzipienhanseln — die es ja auch noch gibt, wenn auch augenscheinlich als aussterbende Spezies — entgegenzuhalten, daß man in der Politik ruhig nehmen sollte, was man kriegen kann, so hätte Kretschmann recht. Selbstverständlich sollte man Kompromisse eingehen. Aber das setzt voraus, daß w i r k l i c h Kompromisse angeboten worden sind oder zur Disposition stehen. Dafür erwähnt der Abgeordnete Kretschman jedoch kein einziges praktisches Beispiel.

Es gibt in der internationalen Politik die jahrelange Debatte um den palästinensischen „Mini-Staat". Also die Frage, ob die PLO als Zwischenstufe einen palästinensischen Staat akzeptieren sollte, der zunächst nur im Westjordanland und im Gazastreifen, also nur auf einem Teil des historischen Territoriums, konstituiert werden sollte. Diese Frage, ausgefochten als Streit zwischen Prinzip und Kompromiß, hat die PLO bis an den Rand der Selbstzerstörung gebracht. Eine Frage der R e a l p o l i t i k war sie jedoch nie, weil es nicht den geringsten Anhaltspunkt gab, daß Israel und die USA einen solchen Staat akzeptiert oder gar angeboten hätten. Ähnlich verhält es sich auch mit den Kompromissen und der Machtbeteiligung, für die Kretschmann und die sonstigen Propheten der Realpolitik in die Schlacht ziehen. Der Streit, o b man in der Politik Kompromisse eingehen darf und muß, wird nie ein fruchtbarer Streit sein, solange er ausschließlich ums Prinzip, statt um konkrete Entscheidungsmöglichkeiten, geführt wird. *„Selbstverständlich muß eine so kleine Partei wie wir es sind, ständig Kompromisse zulassen"*, schreibt Kretschmann. Womit er aber eigentlich nur sagen will, daß die Mächtigen ihre politischen und praktischen Ziele sowieso im Wesentlichen durchsetzen — und daß die Grünen folglich froh sein müßten, im Detail noch ein paar Dinge zu beeinflussen. Daß es außer echten Kompromissen vor allem Schein- und Schau-Kompromisse gibt, ist aus der Welt der parlamentarischen Praxis bekannt. In diesem Sinne hat sich schon die SPD-Linke jahrelang an Schein-Kompromissen beteiligt, nach dem Motto: „Hätten wir der Maßnahme in dieser Form nicht zugestimmt, wäre doch alles noch sehr viel schlimmer gekommen. Immerhin haben wir diese und jene Entschärfung und Verbesserung des Gesetzes noch in den Verhandlungen durchsetzen können". Wenn das System sich erst einmal ein bißchen eingespielt hat, bauen die Regierenden in ihre Entwürfe gleich eine gehörige „Verhandlungsmasse" ein, die sie später als scheinbares Zugeständnis an die Linken opfern können.

Vorbilder

„Vielleicht können wir die W a h r h a f t i g k e i t im Umgang miteinander, die es in der CSU in der ihr eigenen Derbheit und allerdings nur hinter verschlossenen Türen gibt, auch bei uns w i e d e r einführen, in etwas moderaterer Form natürlich und im Licht der Öffentlichkeit..."

(W.Kretschmann in „taz",19.11.)

Die Linken können ihr Gesicht wahren (manche bewahren sich sogar die kindliche Einbildung, sie hätten wirklich positiv etwas erreicht), und alle sind zufrieden. *„Die Schwierigkeit beim Eingehen von Kompromissen besteht also in der Kunst der Analyse der konkreten politischen Kräfteverhältnisse"*, doziert der Abgeordnete Kretschmann. Recht hat er. Und was heißt das bitt schön praktisch und konkret? **„Also zum Beispiel Vorschläge, mit denen wir uns in die sicherheitspolitische Debatte unüberhörbar einklinken, die allerdings weit oberhalb der Maxime ‚ohne Rüstung leben' liegen, etwa im Bereich der Defensivbewaffnung der Bundeswehr".** Der Vorschlag stinkt so aufdringlich, daß er es gut vertragen kann, mit mehrfachen Beschwörungen von *„politischer Rationalität"*, *„emotionslosem politischen Kalkül"* und *„kühlem Kopf"* üppig garniert zu werden. Wir wissen schon: Die Bundeswehr einfach abzulehnen, ist zwar lieb und gefühlsmäßig sogar verständlich, aber schrecklich dumm, politisch betrachtet. Wer einen kühlen Kopf hat, sagt ein prinzipielles Ja zum Massenmord der militärischen Verteidigung des Vaterlands. Und der sagt notfalls auch ein emotionslos kalkuliertes Ja zur Anschaffung von neuen Waffensystemen, deren Funktionen sich nur mit allergrößter Realitätsblindheit als „rein defensiv" verkennen lassen. Das eben ist alternative Realpolitik mit dem geschulten Blick fürs Machbare. Anders kann sie gar nicht sein, denn sie erhebt ja den verantwortungsbewußten Anspruch, den herrschenden Zuständen nicht nur Alternativmodelle entgegenzustellen, sondern auch praktische Veränderungen parlamentarisch **durchzusetzen**. Drum kann sie keineswegs dabei stehenbleiben, vom im doppelten Sinne grünen Tisch aus das Modell einer „defensiv umstrukturierten" Bundeswehr bloß an die Wand zu malen. Sie muß auch Rüstungsentscheidungen „mittragen". Und die sehen dann entsprechend aus, sofern sie ausgerechnet in der aktuellen Vorkriegszeit politisch m a c h b a r sein sollen. Grüne Realpolitik müßte so auch ein kühl kalkuliertes Ja beispielsweise zur Ausrüstung der Polizei mit Hartgummi-Geschossen sagen. Nämlich dann, wenn überzeugend dargelegt werden kann, daß die Alternative in einem häufigeren Schußwaffengebrauch der Polizei bestehen würde. Und warum sollte sich das eigentlich nicht überzeugend darlegen lassen?

Realpolitiker wie Kretschmann haben wir oft sagen hören, daß Politik ein schmutziges Geschäft sei. Also bekunden und demonstrieren sie ihre emotionslos kalkulierte Bereitschaft, sich an der Politik schmutzig zu machen. Das könnte ihnen gelingen. Ihr Irrtum ist aber: Dreck a l l e i n macht noch keine Politik. Es scheint auch so, als würde der Bedarf des herrschenden Systems an kompromiß- und schmutzwilligen grün-dynamischen Realpolitikern stark überschätzt.

Aber noch maßloser überschätzt werden die Möglichkeiten, als neuer Koalitionspartner der SPD Kompromisse zu erreichen, die diesen Namen wirklich verdienen und im Sinne grünalternativer Programmziele einen Nutzen bringen. Die Erfahrungen in Hamburg haben das gezeigt, die Erfahrungen in Hessen werden es ein zweites Mal zeigen.

Am Ende wird wohl nur herauskommen, daß die Grünen sich erst her- und dann auch hinrichten als Partner für eine Politik, für die seitens der etablierten Parteien auf Dauer weder Interesse noch Notwendigkeit besteht. Ganz und gar zu Unrecht, hochstaplerischerweise, gibt sich dieses Unternehmen als „grüner Reformismus" aus. Das einzige, was bei diesem Geschäft wirklich und nachhaltig verändert werden könnte, ist die Grüne Partei selbst. Und das einzige, was an Kretschmanns Thesen r e a l ist, sind seine Forderungen an die eigene Partei. Nämlich:

— Die Grünen müssen „bündnisfähig" werden, also müssen sie auch „berechenbar" sein. Drum Schluß mit dem „schädlichen und törichten" Gerede von der Unberechenbarkeit z.B. der Friedensbewegung.

— *„Ohne K o n t i n u i t ä t von Personen sind solche Bündnisüberlegungen kaum vorstellbar"*. Die Grünen brauchen Politiker mit „Ausstrahlung" und „politischer Kompetenz", Das geht am Besten, wenn man möglichst lange diejenigen auf ihren Parlamentsposten beläßt, die sich selbst für kompetent und strahlend halten. Drum Schluß mit dem Rotationsprinzip. (Schluß natürlich auch mit dem imperativen Mandat, unter uns gesagt).

— *„Die Formulierung einer Bündnisstrategie erfordert weiterhin eine Klärung unseres Verhältnisses zur parlamentarischen Demokratie. Also die Frage, wie wir uns gegenüber Entscheidungen von gewählten und damit ja g r u n d s ä t z l i c h* (hervorgehoben von Kretschmann) *legitimierten Mehrheiten und deren Entscheidungen verhalten, auch wenn sie uns unvernünftig oder gar gefährlich erscheinen"*. — Antwort: *„Wir müssen uns dem letztendlich beugen und können unser Handeln nicht ständig aus einer angeblich höheren Moral heraus ableiten"*. Den Satz hat Kretschmann ganz gesperrt setzen lassen. Er verdient es auch, der Satz. Er steht für eine idiotische Mentalität, die selbst die parlamentarische Absegnung der letzten vorbereitenden Schritte zum dritten Weltkrieg noch mit der Pose des anständigen Verlierers zur Kenntnis nehmen will. Und die über ein paar Blutflecken auf einer Generalsuniform weit eher aus der Fasssung gerät als über die Hektoliter von Blut, die unter dem Kommando solcher Generäle vergossen werden. Klar, daß Kretschmann für das Rechtsstaatsprinzip — was immer das sein mag — und das staatliche Gewaltmonopol — darunter läßt sich schon eher etwas konkretes vorstellen — eintritt. Erstens wegen der angestrebten Bündnisfähigkeit der Grünen. Und zweitens als guter Staatsbürger und Demokrat sowieso aus Prinzip.

— Es versteht sich wohl von selbst, daß diesen Grundsätzen auch die „U m g a n g s f o r m e n" der Grünen angemessen sein müssen. Also keine „Provokationen" gegenüber den Herrschenden, nicht einmal eine „Polarisierungsstrategie". Sondern stattdessen *„Toleranz mit anderen Auffassungen, Respekt vor den politischen Gegnern, Dialogbereitschaft, Verständnis für Traditionen und Nüchternheit von historisch gewachsenen Strukturen"*. Man weigert sich, in den herrschenden Politikern von heute die Kommandeure des atomaren Massenmords von Morgen oder Übermorgen zu erkennen. Aber selbst wenn man in der Lage wäre, die kommenden Massenmörder auch als solche zu identifizieren, würde man ihnen den menschlichen Respekt und die Toleranz nicht versagen dürfen. Solche Konflikte müssen in einer Demokratie auf zivilisierte und demokratische Art ausgetragen werden können. Mag am Ende auch alles darüber draufgehen.

Kt., Hamburg

Punktsieg für Frauen — Kretschmann k.o.

Landesparteitag der baden-würtembergischen Grünen in Konstanz: Kretschmann gab sich alle erdenkliche Mühe, sich selbst auszupunkten.

Fettnäpfchen Nr.1: Kretschmann kritisiert die Kennzeichnung des CDU-Kultusministers Mayer-Vorfelder (Mayer-„Formfehler") als „ideologischen Kriegsvorbereiter": *„Unser Selbstverständnis verbietet uns, dem Mayer-Vorfelder so etwas vorzuwerfen"*, polterte er, schließlich könne man niemandem den Friedenswillen absprechen, *„wenn er nicht konkret das Gegenteil beweist"*. Das mochte selbst Holger Heimann, ein Gesinnungsbruder aus der Landtagsfraktion so nicht durchgehen lassen: *„Man kann nicht in ungeduldsamer Weise Toleranz fordern, schon gar nicht dem intoleranten Mayer-Vorfelder gegenüber."*

Fettnäpfchen Nr.2: Die grünen Frauen hatten in einem Antrag ein generelles Verbot frauenfeindlicher Werbung gefordert, ebenso ein Vorgehen gegen frauenfeindliche Inhalte in Schulbüchern, Zeitschriften, Zeitungen und auf Video-Cassetten. Kretschmann, der aus seiner Sympathie mit der privatwirtschaftlichen Verfaßtheit dieses Systems noch nie einen Hehl gemacht hat, qualifizierte den Vorschlag der Frauen als *„versuchte Zensur"*.

Pfeifkonzert, Tumult, fünfzig Frauen besetzen kurzfristig das Präsidium und entziehen *„dem Winfried"* im Namen der Mehrheit der Frauen das Vertrauen. Sprechchöre *„Auf die Dauer hilft nur Frauenpower"* werden vom Plenum stürmisch gefeiert. Kretschmann zieht sich zurück: *„Ich fühle mich mißverstanden und demontiert"* („Stuttgarter Zeitung").

Einen Tag nach dem Parteitag warf Kretschmann das Handtuch und zog seine Kandidatur für die Landtagswahl im März '84 zurück. Damit war der letzte Vertreter der bisherigen Landtagsfraktion gekippt:

— Erichsen, grüner Bauunternehmer aus Freiburg, hatte schon frühzeitig seinen Verzicht auf eine Wiederkandidatur signalisiert.
— Helgo Bran, ebenfalls Freiburg, hatte mit seiner Präferenz für unterirdische Atomkraftwerke Furore gemacht und war damals nur knapp einem Parteiausschluß entronnen. In Freiburg kandidiert jetzt ein Vertreter der „Gewaltfreien Aktion" für die Grünen.
— Elsbeth Mordo wurde im KV Stuttgart nicht wieder aufgestellt.
— Wolfdieter Hasenclever hat sich elegant selber zurückgezogen und wird von der Stuttgarter Zeitung schon als Staatssekretär für eine rot-grüne Koalition in Hessen ins Gespräch gebracht.

So erfreulich der Abschuß von Kretschmann als letztem „Kanalarbeiter"auch sein mag, so wenig kann mensch sich davon —wie die Diskussion um das Wahlprogramm zeigte —einen „Linksruck" bei den Grünen im Ländle versprechen:

— Der Antrag der Frauen auf Verbot frauenfeindlicher Werbung wurde zwar durchgesetzt, nicht aber ihre Forderung, daß künftig in Vergewaltigungsprozessen der angeklagte Mann seine U n s c h u l d beweisen muß, also eine Umkehrung des Schuldprinzips. Dies fand keine Mehrheit.
— Gekippt wurde die Säule „Gewaltfreiheit": Während auf der einen Seite eine Verpflichtung der grünen Abgeordneten zur Teilnahme an gewaltfreien Aktionen abgelehnt wurde, wurde andrerseits mit der Forderung nach „Umrüstung auf Defensivwaffen" die Bundeswehr grundsätzlich nicht mehr infrage gestellt. In der vorherigen Beschlußlage war noch die Ablösung der Bundeswehr durch die gewaltfreie „soziale Verteidigung" verlangt worden.
— Im Wirtschaftsprogramm wird die „Mittelstandsförderung" betont und eine Verdopplung der Mehrwertsteuer „für ökologisch und sozial unerwünschte Produkte" angestrebt.

Ein Genosse aus Baden-Württemberg

Hessens Grüne:

Realos gegen Fundamentalos

In Hessens Landesverband der GRÜNEN wird geholzt. Die Partei des Sonnenscheins, die Partei der neuen Mensch- und Innerlichkeit, des alternativen Sanftmuts, die Partei, die sich auf ihren Versammlungen mit allerlei lieben Arten des Betatschens und Beleckens begrüßt, die den Höhepunkt ihrer großen Debatten zu erreichen pflegt, wenn ein paar Schweigeminuten eingelegt werden, um sich still Händchen haltend auf das gemeinsame große Ganze zu besinnen, kurz: die einzige Partei mit Gefühl, mit wirklichen echten und tiefen Gefühlen — die fetzt sich nach allen Regeln der politischen Schlammschlacht. Hemmungslose Verbalinjurien, öffentliche Schaukämpfe, Fraktionierung, erbitterte Machtpolitik. Voltaire-sei-Dank! Das allein ist schon ein Fortschritt gegenüber der trüben Gefühlsduselei.

Ob der Streit allerdings produktiv gewendet werden kann oder umgekehrt eine Katastrophe für die GRÜNEN ankündigt, läßt sich nur schwer einschätzen. Alle Optionen sind drin. Vielleicht ist es auch nur ein Familienzwist des gelangweilten Teils der Frankfurter Szene, der das dringende Bedürfnis verspürt, darauf aufmerksam zu machen, daß es ihn noch gibt.

Paradox der Anlaß des Konflikts: Das hessische Wahlergebnis vom 25.9., das sich jeder einigermaßen fortschrittliche Mensch und erst recht die grünen Wähler so ungefähr gewünscht hatten, sieht man einmal von dem mehr zufälligen Hineinstolpern der FDP ins Landesparlament ab, genau dieses Ergebnis scheint nun der grünen Partei die größten Schwierigkeiten zu bereiten.

Am 1.10. faßten die GRÜNEN auf ihrer Landesversammlung in Marbach mit ca. 80-prozentiger Mehrheit den Beschluß, mit der SPD unter dem Ziel zu verhandeln, zu einer *„sachbezogenen“*, *„kontinuierlichen Zusammenarbeit“* im Landtag zu kommen. Konkret geht es dabei um die Verabschiedung der Landeshaushalte '83 und '84 (wobei der 83er Haushalt weitestgehend ausgegeben ist, sodaß hier gar keine politischen Gestaltungsmöglichkeiten mehr bestehen) und um *„eine Vereinbarung zur gemeinsamen Wahl des Ministerpräsidenten“*. Der Marbacher Beschluß enthält eine Reihe *„unverzichtbarer Zielsetzungen“* der GRÜNEN für eine solche Zusammenarbeit, die so allgemein formuliert sind, daß man gut eine Menge hinein-, aber auch eine Menge herausinterpretieren kann. Anders als in der ‚Hamburger Tolerierungspolitik' der GAL wird aber jede Aussage darüber vermieden, w i e v i e l von diesen „Zielsetzungen“ verwirklicht werden muß, wenn es zu einer Tolerierung der Landesregierung durch die GRÜNEN im Landtag kommen soll. Die grüne Verhandlungsdelegation hat damit einen relativ großen Spielraum für die Gespräche mit der SPD bekommen. Dies umso mehr, als die Zielsetzungen erst n a c h der Wahl formuliert wurden. Daraus läßt sich ablesen, daß der Wunsch, tatsächlich zu einer Einigung mit der SPD zu kommen, erheblich zugenommen hat. Der Versuch, dies ernsthaft auszuloten, soll durch möglichst wenig selbstauferlegte Verpflichtungen behindert werden. Ob das Verhandlungsergebnis, sofern es ein solches gibt, akzeptiert wird, darüber hat eine weitere Landesversammlung der GRÜNEN das letzte Wort.

Wer allerdings glaubt, es werde nun heftigst gerungen um die eigentlichen Gegenstände hessischer Landespolitik, um Haushaltsposten und Amnestie, um Militarisierung, Investitionen, Waldsterben, Arbeitszeitverkürzung, Atomkraftwerke, Startbahn West und Bildungspolitik, der irrt. Es geht vielmehr ums Grundsätzliche, ums Allerheiligste des grün-alternativen Selbstverständnisses, um Staat, Parlament, Reform, Partei etc. Nicht daß diese Diskussion überflüssig oder irrelevant wäre. Aber sie dient nicht unbedingt der optimalen Vorbereitung der Landtagsgruppe auf die Auseinandersetzung mit Börner und Co. Im Folgenden sollen die gegensätzlichen Grundsatzpositionen dargestellt werden.

„Von der Verweigerung zur Politikfähigkeit“

Die ersten Ansätze zur Herausbildung der sogenannten „Realpolitik“ hessischer Prägung liegen ungefähr drei Jahre zurück, als in Frankfurt vor der letzten Kommunalwahl um eine Alternative oder wenigstens Offene Liste der GRÜNEN gestritten wurde (es kam schließlich zu einer reinen Parteikandidatur der GRÜNEN, deren Kreisverband damals ausschließlich von den „Fundamentalisten“ um Manfred Zieran und Jutta Ditfurth gebildet wurde — seit dieser Zeit auch als „Römer-GRÜNE“ bekannt). Cohn-Bendit überraschte die Auseinandersetzung mit einer „konkreten Utopie“, die freilich über das Stadium eines milde Belächelt-Werdens nicht hinauskam: Ein Bündnis müsse her, das sich 20% als eigene Zielmarke steckt, um an der „Macht im Rathaus“ teilzuhaben. In den vergangenen Jahre wären es immer wieder Diskussionen in der Frankfurter Sponti-Szene (die sich in einzelnen Schüben in die GRÜNEN hineinbegab), durch welche die Herausbildung des realpolitischen Standpunkts entscheidende Impulse erhielt. Zunächst erschien es noch unerhört, was Cohn-Bendit den ehemaligen Häuserkämpfern unterbreitete: Die Existenz der GRÜNEN erfordere ein neues Politikverständnis. Wer sich auf diesen Weg einlasse, müsse den Parlamentarismus, die Demokratie (westlicher Prägung), das Rechtsstaat-Prinzip und die freiheitlich-demokratische Grundordnung bejahen. Eine Art stimmungsmäßigen Durchbruch brachte schließlich eine Veranstaltung mit Peter Glotz, breitest kommentiert und bejubelt im „Pflasterstrand“, an der Frankfurter Universität. „Glotz redet mit uns“ — das war eine ungeheure Aufwertung des gebrochenen Selbstwertgefühls der Frankfurter Spontis. Und so spülte die Welle des unerhofften Glücks, vom Tanker SPD (endlich?) ernstgenommen und respektiert zu werden, die Gedanken weiter zu erregenden Perspektiven: „ W i r ... — ähem, die neue Mehrheit von SPD und GRÜNEN — also, WIR, unsere Leute und die Spitzenpolitiker der SPD, nich', wir werden in Zukunft...äh, d i e Zukunft...“. Na, jedenfalls sitzt derjenige, der der Szene diesen einmaligen Triumph arrangierte, heute in Bonn: Joschka Fischer. Real oder nicht — irgendwie sieht er sich der Erwartung ausgesetzt, mit der Politik und ihren Instrumenten mindestens ebenso raffiniert und souverän umzugehen wie eben jener Super-Glotz.

Zurück ins Gegenwärtige: Die Realpolitiker sehen in dem Marbacher „Angebot“ an die SPD den Sinn, *„ohne jede Vorbedingung zu versuchen, inhaltlich abzuklären, o b was geht und, wenn ja, w a s geht“* (Fischer in „Spiegel“, 42/83). Man wolle eine Zusammenarbeit *„nicht nur punktuell, sondern über vier Jahre hinweg; oder wir werden es lassen, aber begründet lassen“* (ebenda). Damit wird der Marbacher Entschließung die denkbar softeste Auslegung gegeben, die sich denken läßt. Wenn Fischer ausdrücklich sagt, man gehe „ohne jede Vorbedingung“ in die Verhandlungen, dann gibt er den sogenannten *„unverzichtbaren Zielsetzungen“* von Marbach den Charakter von Wunschvorsellungen, deren kurz-, mittel- oder langfristige Realisierung in jeder Hinsicht verhandelbar ist. Zweitens scheint Fischer die nächste hessische Landesmitgliederversammlung vor die Alternative stellen zu wollen, die (angestrebte) Zusammenarbeit im Landtag gleich für die volle Legislaturperiode abzusegnen „oder es zu lassen“. Auch das ist eine weitgehende Interpretation des Marbacher Beschlusses; keineswegs steht darin, daß mit der nächsten Abtimmungen die Entscheidung etwa über die Haushalte '85, '86 und '87 auch gleich mit gefallen wäre.

Die grüne Wende begründen die Realpolitiker mit dem „Scheitern“ der GRÜNEN im letzten Landtag, der ja bekanntlich nur eine Lebensdauer von einem Jahr hatte. Worin das „Scheitern“ im einzelnen bestand, welche Fehler von den Abgeordneten konkret gemacht wurden, wird nicht angegeben. Das Urteil „gescheitert“ begründet sich vielmehr in der — allerdings weitverbreiteten — Stimmung, die Landtaggruppe habe „zu wenig gebracht“, „keine Dinger gedreht“, „schlecht ausgesehen“ usw. Nicht einmal ein Gedanke wird darauf verschwendet, welche Handlungsspielräume den GRÜNEN angesichts der überaus harten Haltung der SPD (Börner!) überhaupt blieben. So werden die Ursachen für die magere Bilanz grüner Parlamentsarbeit in Hessen ausschließlich in den innerparteilichen Verhältnissen gesucht. Hubert Kleinert (grüner MdB aus Marburg) spricht von einem *„Jahr des quälenden Hick-hacks um eine klare politische Orientierung, in dem der Landesverband wie auch die grüne Landtagsgruppe durch die im Hintergrund stets schwelende Kontroverse zwischen ‚Fundamentalopposition' und ‚Realpolitikern' sich nahezu selbst paralysiert hatte und jede politische Initiativfunktion praktisch an die SPD gegeben hatte“* „taz“, 19.11.83). Fischer sagt es noch drastischer: Der Landtagsgruppe sei nie erlaubt worden, *„richtig Tritt zu fassen“*, *„ein politisches Selbstbewußtsein zu entwickeln“*, *„ein eigenes politisches Profil zu bekommen“*. Sie sei *„der Arsch und der Fußabstreifer für alle hier in Hessen“* gewesen. Er gibt eine klare Schuldzuweisung: *„Damit hat Zieran hier Politik gemacht“* („Pflasterstrand“, „PS“, Nr. 169).

Außerhalb der linken Öffentlichkeit, wo man weniger aufs Differenzieren angewiesen ist, wird noch klarer formuliert: *„Wir müssen uns aus dem fundamentalistischen Würgegriff befreien“* (Fischer auf der Marbacher Versammlung). Auch die Wähler erwarten das: *„Offensichtlich ist nicht vermittelbar, wenn sich die Grünen nur verweigern. Ich bin sicher: Wenn wir das Angebot* (an die SPD) *vor der Wahl auf unserem Parteitag in Weiskirchen beschlossen hätten, dann hätten wir nicht so viel verloren“* (Fischer in „Spiegel“, 42/83). Sicher ist jedenfalls folgendes: Es ist barer Unsinn, zu behaupten, die GRÜNEN hätten sich in der vergangenen Periode „nur verweigert“; ganz im Sinne der „Realpolitik“ stimmten sie beispielsweise einem Teilhaushalt der Landesregierung zu, ohne dafür Gegenleistungen zu bekommen. Dafür wurden sie von der SPD und der ihr nahestehenden Presse zwar gelobt. Aber weder ihr parlamentarisches Gewicht noch ihr Image nach außen wurden dadurch gestärkt.

Es ist also die Fundamentalopposition, die für das „Scheitern“ verantwortlich gemacht wird. Den Mangel an konkreten Begründungen für diese Diagnose machen die Realpolitiker durch eine beispiellose Schimpfkanonade wett, mit der sie ihre innerparteilichen Gegner unter Dauerbeschuß nehmen. Fundamentalopposition — das sei das *„Deklamieren von hehren Grundsätzen“*, *„reine radikale Verbalopposition“* im *„Abseits der Politikverweigerung“*, *„Papp-Maché-Radikalismus“*, *„grün umgestrichener ML-Quark“*, *„schlecht verdaute Marx-Schulung“* usw.usf. (Fischer in „PS“, Nr. 169). Geradezu mit Wonne werden persönliche Attacken gefahren. Die Römer-GRÜNEN, freut sich ein Paul Planet in „PS“(Nr. 168), hätten auf der Marbacher Versammlung ein *„klägliches“* Bild geliefert, Zieran — Zitat: *„Feigheit vor dem Feind?“* — habe nicht einmal selbst das Wort ergriffen, sondern sein *„U-Boot“* in der Landtagsfraktion vorgeschickt, einen *„ewig nach einem Philologiestudenten im 28. Semester, fünfte Woche Hungerstreik, aussehenden Fundamentalisten“*. Die Steigerung folgt im nächsten „Pflasterstrand“, Fischer: Der *„fundamentale Bunker im Römer“* habe sich *„nicht getraut“*, in Marbach aufzutreten, und veranstalte jetzt „furchtbaren Krakeel“. „Offensichtlich haben da eine Dame und ein Herr Verantwortung gescheut für das, was in Hessen war, und das heißt auch für den Ausgang der Wahl“. Für die Betreffenden (Zieran, Ditfurth) freilich sei es nur gut gewesen, daß sie sich zurückhielten, denn sonst wäre es noch schlimmer gekommen: *„Wenn er geredet hätte, nehme ich an, wäre es von der Stimmung der meisten Leute her sehr persönlich geworden. Man hätte ihn wirklich mal, auf seine persönliche Weise, auf seine* (??) *Verantwortung für dieses Hüh und Hott der Landtagsgruppe hin angesprochen.“* Mensch sieht: Das ist die Zeitung, die für „politische Kultur“ richtungsweisend ist. Die wird von Leuten gemacht, die noch bei Adorno in der Vorlesung waren. — Und im „Spiegel“ (s.o.) liest sich das so: *„fundamentaler Kinderschreck“*, *„triefende Doppelmoral“*, *„Frankfurter Säulenheilige“* (Fischer). Nicht, daß wir keinen Spaß daran hätten! Aber: Glotz hat das nicht nötig. Das muß Joschka noch lernen, wenn er zum Super-Fischer werden will.

Wenn aber die Fundamentalos erstens so schrecklich sind, zweitens bei den Hessen-GRÜNEN bisher das Sagen hatten und drittens die Stimmenverluste bei der Wahl zu verantworten haben, dann gibt es nach Auffassung der Realos gar keine Alternative mehr zur Realpolitik. Motto: Wir — oder das Ende der GRÜNEN. *„Die Situation nach der Landtagswahl ließ den Grünen im Grunde gar keine andere Wahl als die Verabschiedung eines konkreten Gesprächsangebots an die SPD...Zu dieser Verhandlungsstrategie gibt es — bei allen Risiken — für die Grünen keine Alternative. Nur so kann eine wirklich politische Initiativfunktion wahrgenommen werden...“* (Kleinert in „taz“, 19.11.83). Fischer, immer ein paar Schritte voraus, sieht das Schicksal der GRÜNEN angeblich sogar an einen positiven Ausgang der Gespräche geknüpft: *„Ich bin überzeugt, daß es klappt. Wenn es schiefgeht, fallen wir ins Nichts“* („Spiegel“, 46/83). Auf diese schlichte Art spart man sich das Nachdenken über mögliche andere Optionen, beispielsweise nach dem Vorbild der GAL-Tolerierungspolitik..

Wer aber real (!) in Erfahrung bringen möchte, worin der große Wurf der Realpolitik eigentlich besteht, welches ihr Vorschlag für die künftige Politik der grünen Partei ist, der muß sich durch einen Wust theoretischer Versatzstücke und philosophischer Bekenntnisse hindurchquälen. Im folgenden also einige gesammelte Lebenserfahrungen der Frankfurter Spontis. MdB Fischer: *„Der Daniel Bell hat mal was Richtiges gesagt, ‚Politik, das ist Vergewaltigung oder Kuhhandel'. Nun ist dieser Bell ein Konservativer, aber dieser Spruch, der leuchtet mir doch sehr ein. Letztendlich versucht in der Politik immer eine soziale Gruppe, oder mehrere, den anderen ihren Willen aufzuzwingen und das geht entweder im Einvernehmen nach dem Prinzip des Gebens und Nehmens oder indem man Gewalt anwendet. Und wir GRÜNEN, und das entspricht einer realistischen Einschätzung der Machtverhältnisse hier in der BRD, haben uns entschieden für den reformerischen Weg, den Weg der Machtbeteiligung, das heißt auch den Weg des Kuhhandels. Jeder, der etwas anderes behauptet, der lügt“* („PS“, Nr. 169).

Selbst wenn sich die GRÜNEN nicht so entschieden hätten, müßten sie sich so entscheiden, wenn sie nicht bekloppt sein wollen. *„Wozu, zum Teufel, braucht man so eine Partei? Dafür, daß man sein Kreuzchen machen kann? Um hehre Grundsätze zu wählen? Oder daß es eine neue Ebene von Machtauseinandersetzungen gibt, die eben nicht nur den Bauplatz, nicht nur den Wald, nicht nur die Straße bedeutet, sondern auch das Parlament“* (ebenda). Was aber Parteien angeht, da hat Fischer sich noch nie was vorgemacht. *„Jede Partei tendiert gegenüber sozialen Bewegungen nach rechts, weil die Parteien Politik wesentlich auf institutioneller Ebene machen...Jede Partei tendiert nach rechts, denn sie ist gezwungen, auf den Machterwerb hin zu agieren, das kann reformistisch sein oder revolutionär oder konservativ, aber in der Struktur sind sie alle gleich.“* Klar, wo die GRÜNEN hingehören: *„An die rechte Außenkante der Gegenkultur“*. Sonst wären sie, zum Teufel, auch völlig überflüssig. Kleinert: *„Die bloße Deklamation einer radikalen Verweigerungshaltung kann eine außerparlamentarische Oppositionsbewegung allemal glaubwürdiger und auch erfolgreicher vertreten als eine Parlamentspartei“* („taz“, 19.11.). Das muß man sich an einem aktuellen Beispiel wohl so vergegenwärtigen: Die Friedensbewegung will „Frieden schaffen ohne Waffen“. Das bringt sie besser, als jede Parlamentspartei es vermöchte. Folglich gilt für die Realpolitik: „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“. Hier haben wir dann die theoretische Fundierung für Bastians Abstimmungsverhalten im Verteidigungsausschuß (Panzerabwehrhubschrauber). Denn wozu, zum Teufel, bräuchte man sonst einen General im Verteidigungsausschuß?

Wie gesagt: Den GRÜNEN bleibt gar kein anderer Weg. Es ist nämlich 5 vor 12. *„Wie ernst nehmen wir daher die eigene Verpflichtung, die Uhr anzuhalten, wenn möglich sogar zurückzudrehen? Wie ernst nehmen wir daher die Analyse der Machtverhältnisse: Nämlich, daß wir es anders nicht schaffen, als auf dem reformerischen Weg“ (Fischer in „PS“, Nr.169). Theoretisch gäbe es schon, wie Fischer meint, „die Alternative, eine wie auch immer geartete revolutionäre Perspektive zu entwickeln“* („Spiegel“, 42/83). Aber die will er natürlich nicht, und die Systemfrage stellt sich ja auch *„unmittelbar nicht“* (Kleinert.)

Politikfähigkeit ist also durchaus mehr, als mit der SPD zu reden. Politikfähigkeit erweist sich aber n i c h t in einem Entwurf für die hessische Landespolitik, der sich in genau bestimmten Punkten von der bisherigen Parlamentsarbeit unterscheiden würde. Unter dem Motto der Politikfähigkeit findet vielmehr in erster Linie ein ideologischer Kreuzzug statt, der die GRÜNEN eindeutig auf Reformismus festlegen soll. Nun waren ja die GRÜNEN auch bisher schon nicht gerade eine revolutionäre Avantgarde-Organisation, schon gar nicht die GRÜNEN im RÖMER. Dem aufmerksamen politischen Beobachter ist aber in Hessen nicht entgangen, daß Börner die von ihm in die Debatte gebrachte *„Politikunfähigkeit“* der GRÜNEN stets an zweierlei

Beschluß der Landesversammlung in Petersberg-Marbach am 1.10.1983 zur Zusammenarbeit GRÜNE—SPD

1. Das Wahlergebnis vom 25. Sept. 1983 hat der Bonner „Wendepolitik“ in Hessen keine Mehrheit gebracht. Ein „Gegengewicht“ zu Bonn kann logischerweise nicht durch Koalitionen mit oder Tolerierung durch Bonner Regierungsparteien bewerkstelligt werden.

Das Gegenstück zur rückwärts gerichteten Wachstumspolitik konservativer Art kann nur eine Politik sein, die die Aufgaben
Beschäftigung für Alle
lebensverträgliche Umweltsicherung
Frieden schaffen
mit ökologischen und sozialen Zielsetzungen angeht.

Zu diesen Zielsetzungen für eine sachbezogene Zusammenarbeit gehören unverzichtbar:

— ein Energiekonzept, das eine dezentrale umweltverträgliche Energieversorgung verwirklicht und den Ausstieg aus der Atomenergie sofort einleitet.
— ein einschneidendes hessisches Programm gegen das Waldsterben, das durch Energieeinsparung, Auflagen und Abgaben rasch und drastisch Verringerungen der Emissionen schafft
— eine konsequente Absage an die Militarisierung Hessens, vor allem an die Lagerung und den Transport von ABC-Waffen
— eine Umorientierung in der Verkehrspolitik, die die Wettbewerbsverzerrung zugunsten des motorisierten Straßenverkehrs aufhebt, Großprojekte des Straßenbaus stoppt und den Fußgänger-, Radfahr- und öffentlichen Personen- und Güterverkehr fördert.
— eine Stärkung der kommunalen Selbstbestimmung durch Kompetenzverlagerung auf Gemeinde- und Kreisebene und vermehrte Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und des Bürgerentscheids
— eine Verstärkung der Bürgerrechte gegenüber staatlichen Kontrollen, der Rechte von Ausländern und Asylbewerbern, Strafgefangenen
— ein Aktionsprogramm für Frauen
— Ausbau gemeindenaher Einrichtungen im sozialen Bereich und Stärkung von sozialen Selbsthilfeinitiativen

Diese Zielsetzungen GRÜNER Politik können unter den derzeitigen Machtverhältnissen parlamentarisch nur in kontinuierlicher Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion des Landtags durchgesetzt werden.

2. Deshalb sind die GRÜNEN-HESSEN bereit, mit der SPD-Fraktion Verhandlungen zu führen über die Haushalte 1983 und 1984 und die dazu notwendigen Begleitgesetze bzw. -verordnungen in den Bereichen Energie-, Verkehrs-, Umwelt-Raumordnungs- und Innenpolitik.

3. Hauptgrund der Landtagsneuwahlen war die Unfähigkeit des vergagenen Landtages, einen Ministerpräsidenten und Minister zu wählen. Eine geschäftsführende Regierung kann aber nur eine vorübergehende Lösung darstellen. Die GRÜNEN fordern die SPD-Fraktion auf, sofortige Verhandlungen mit der Landtagsgruppe der GRÜNEN über eine Vereinbarung zur gemeinsamen Wahl des Ministerpräsidenten zu führen.

4. Alle Verhandlungsergebnisse werden vor der Wahl des Ministerpräsidenten der Landesversammlung zur Abstimmung gestellt.

festmachte: unklares Verhältnis zum Parlamentarismus und zur Gewalt. Wohlgemerkt: Das Schlagwort **„Politik(un)fähigkeit"**, das die gesamte innergrüne Debatte in Hessen momentan beherrscht, stammt von B ö r n e r. Die Frage drängt sich auf: Ist das, was derzeit an ideologischer Ausrichtung der GRÜNEN läuft, in Wirklichkeit eine einseitige, bedingungslose Vorleistung an die SPD, der Preis, der für die Aufnahme von Verhandlungen gezahlt werden muß? Und was passiert, wenn nun die SPD keinerlei Entgegenkommen in der Sache zeigt, wenn sie nichts, also NULL, bietet? *„Wenn es schiefgeht, fallen wir ins Nichts"* (s.o.). So ist es. Super-Börner. Mini-Fischer.

Der Aufruf zur Realpolitik ist auch mit einer scharfen Kritik der innerparteilichen Strukturen in Hessen verbunden. Joschka Fischer: *„Wenn der Zieran oder die Ditfurth von zynischen Alt-Spontis sprechen, haben die sogar recht. Zynisch bin ich geworden, seitdem ich in der grünen Partei bin. Weil du merkst, daß es dort ein Ausmaß an Heuchelei, an Doppelmoral, an Herbeiziehen von allen menschlichen Gemeinheiten gibt, die an der Oberfläche dann moralisch vergoldet werden: daß es Strukturen gibt — vor der Tür und solche hinter der Tür, Öffentlichkeit vor der Tür, Mauscheln hinter der Tür —, an denen alle Fraktionen beteiligt sind, daß dort die hehre Moral hochgehalten wird und in Wirklichkeit mit Gift, Schlinge und Dolch gearbeitet wird. Das ist nun mal so...Selten hab ich so einen konservativen Umgang zwischen Menschen erlebt, wie unter Fundamentalen, wo Menschen einfach instrumentalisiert werden...Das Problem mit ihm* (Zieran) *besteht darin, daß er versucht, eine unglaubliche Doppelmoral bei den GRÜNEN strukturell durchzusetzen. Das sieht so aus, daß er über lange Zeit hinweg informeller Landesvorsitzender der GRÜNEN Hessen war, obwohl er nie diesbezüglich irgendein Amt innegehabt hat. Ich kann die Struktur mal kurz erläutern. Die sind im Römer, im Römer gibt es keinerlei Opposition, im Römer sind sie alle einer Meinung, da gibt es Ditfurth und Zieran und ansonsten ergebene Leute, da ist nicht das ganze Spektrum der Partei, wie etwa in der Landtagsgruppe, oder auch im Bundestag. Man hält seinen Bunker in Ordnung. Konsequenz daraus ist, daß alle formellen Positionen der Partei geschwächt wurden, entweder, indem Leute durchgedrückt wurden, die den Aufgaben nicht gerecht werden konnten, oder indem man diese Positionen so runtergebracht hat von den Handlungsmöglichkeiten, daß nichts mehr lief. Das ermöglicht dann wieder Zieran und seinen Getreuen aus dem Römer, überall, wo sie es für notwendig hielten, reinzuregieren. Das heißt eine Schwächung der formellen Parteistruktur zugunsten informeller Machtintervention...Damit muß Schluß sein, sonst werden die GRÜNEN auf keinen grünen Zweig kommen hier in Hessen"* („PS", Nr.169).

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die 80%ige Mehrheit für die Realos in Marbach u.a. deswegen zustande kam, weil viele GRÜNE diese Kritik für zutreffend halten. Typisch „Pflasterstrand" ist es dann aber wieder, aus dem festgestellten Mangel an Basisdemokratie die Abschaffung derselben zu schlußfolgern. *„Aber viele empfinden es so, und wir vertrauen da immer noch einem allgemein artikulierten Gefühl: Basisdemokratie kann furchtbar undemokratisch sein."* („PS", Nr.171).

„Verrat" — an was?

Die Fundamentalisten, nach eigenem S e l b s t v e r s t ä n d n i s „Radikal-Ökologen", gaben zum Ergebnis von Marbach eine schriftliche Stellungnahme heraus. *„Ein erster entscheidender Schritt für eine Wende bei den GRÜNEN ist getan. Es ist zutiefst deprimierend mit anzusehen, wie sich die neue Mischung aus Phantasielosigkeit, Utopieverlust, Berufszynismus und Inkompetenz in Sachfragen den versoffenen Mechanismen der Institutionen und Apparate dieser kapitalistischen Gesellschaft anzupassen beginnt...Von den sie tragenden Bewegungen hat sich die Mehrheit der grünen Landesversammlung zugunsten des sich Einbindens in den* ***staatstragenden korruptiven Grundkonsens*** *abgenabelt und ist...im sozialdemokratischen Sinne politikfähig geworden...Träger der Wende der GRÜNEN hin zur staatstragenden Partei ist ein Zusammenschluß der neuen Rechten* ***bei den GRÜNEN****, denen antiemanzipatorische Inhalte und antiemanzipatorische Verkehrsformen gemeinsam sind...Gefunden haben sich hier — und vielleicht stoßen manchen die inneren Widersprüche doch noch eines Tages auf — hoffnungslose, zynisch gewordene Alt-Spontis, sozialdemokratisch GRÜNE, rechtskonservative GRÜNE (bei Programmdiskussionen noch mit ausländerfeindlichen Überzeugungen aufgefallen), und solche, die DIE GRÜNEN stets nur als Reparatureinrichtung für die Sozialdemokratie begriffen haben."* Mensch staunt Bauklötze. Waren es nicht eben jene Fundamentalos, die bis zum Überdruß predigten, die GRÜNEN seien weder links noch rechts, die auf diese Weise noch jedem „Rechtskonservativen" die Tür zur Partei weit offenhielten und ein herzliches Willkomm' darboten, die den Schulterschluß von Gruhl bis Dutschke, Heinz Brandt nicht zu vergessen, propagierten und die eine Erkältung bekamen, wenn einer der sogenannten „Wertkonservativen" auch nur hustete? Alles vergessen? Wohl kaum. Denn Bahro — der Mann, *„von dem wir wissen, daß er einst in einer Krippe geboren wurde"* („pardon") — Bahro also, mit neuem spirituellen Elan aus Oregon zurück, spendet den Fundamentalisten bei ihrer Abwehrschlacht Trost und geistlichen Beistand: *„Wenn man sich ansieht, was in der Friedensbewegung vor sich geht und in welchem Grad das ökologische Bewußtsein zugenommen hat, dann sollte man doch darauf vertrauen, auf lange Sicht mit den GRÜNEN aus der Grundrichtung rauszukommen, in die unser Industriesystem selbstmörderisch treibt"* („taz", 19.11.).

Schratische Einschläge aus dem Übersinnlichen hindern die Fundamentalos jedoch nicht, ihrerseits eine Menge richtiger Aspekte zur augenblicklichen Trendwende vorzubringen. Zieran: *„Hinter dem ganzen steckt doch die Illusion, daß man selbst die bessere Sozialdemokratie ist...Man meint, das Parlament als Schutzfunktion benutzen zu können, ohne sich auf die Dialektik zu beziehen, daß die Stärke im Parlament abhängig ist von der Beziehung zu einer gesellschaftlichen Gegenbewegung...Die blenden völlig aus, daß das Machtzentrum innerhalb einer bürgerlichen Gesellschaft des Kapitalismus ja immer noch woanders sitzt.*

PS: Wo denn?
Zieran: Beim Kapital beispielsweise...
PS: Das ist ja schrecklich!" (Interview in „PS", Nr.171).
Nebenbei: Wirklich geil sind die Fragen in diesem Interview, aber der Chef ist ja auch in Urlaub.
Weiter Zieran: *„Es geht ja auch nicht um einen Streit, ob die SPD furchtbar schrecklich ist oder nicht, sondern darum, ob sie Subjekt der Geschichte ist oder nur Ausdruck bestimmter Bedingungen, die außerhalb des Parlaments liegen. Die SPD ist nicht schlecht, sondern uninteressant. Sie ist in einem Gesamtzusammenhang verwurzelt: im Militär-, Wirtschafts- und Verwaltungskomplex. Davon ist sie Ausdruck. In dem Zusammenhang ist sie wichtig, so muß man sie auch bewerten. Aber wenn man so tut, als wäre das Parlament eine Versammlung von 100 Leuten, die entscheiden, was im Lande passieren muß, eine Art aufgeklärter Absolutismus, auf einer sehr simplen Vorstellungsebene, dann ist man nicht mehr in der Lage, schon von der gesellschaftlichen Analyse her, überhaupt Vorschläge für wirkliche Veränderungen zu machen."* Es folgt wieder eine total verkorkste Frage des „Pflasterstrand": ***„PS: Ein bißchen schnell mit den Korruptionsvorwürfen seid Ihr aber schon.***
Zieran: ...es geht nicht um Geld, sondern darum, daß man seinen Frieden mit diesem System gemacht hat. Das werfe ich dem Joschka und anderen vor: Die verarbeiten ihre außerparlamentarischen Niederlagen so, daß sie sagen: der militante Weg ist gescheitert, jetzt gehen wir den Weg des totalen Einlassens auf die vermeintlichen bürgerlichen Machtzentren" („PS", Nr.171).

Den Fundamentalos fällt es leicht, die zur Diskussion stehende Zustimmung der Landtagsgruppe zum Landeshaushalt '83 einer beißenden Kritik zu unterziehen. Dieser Haushalt beinhalte: *„das Gefängnisbauprogramm, die Streichung der Drogentherapien, die indirekte Finanzierung der Startbahn-West, die Zerstörung des Kinzig-Tales durch mörderische Betonierung und Zerstörung der ökologischen und sozio-kulturellen Zusammenhänge, die Finanzierung der Infrastruktur für das waffengespickte Osthessen, Autobahnen und Schnellstraßen, Gelder für das Atomkraftwerk Biblis und die Mitfinanzierung des Waldtodes, des Verfassungsschutzes, der Polizei u.v.a.m."*. Sie enthalten sich aber jeglicher Vorschläge für die Politik der Landtagsgruppe in dieser zweifellos nicht einfachen Situation. Den eigenen und sicher auch vielen erwartungsvollen sozialdemokratischen Wählern schlicht zu sagen *„Zwischen den etablierten Parteien gibt es genug Möglichkeiten der Koalition"*, ist einfach zu wenig. Um die Frage, ob mit der SPD verhandelt werden soll, und wenn ja, dann wie, kann man sich so nicht herumdrücken. Die Fundamentalisten müßten die These erst noch widerlegen, daß es ihnen in Wahrheit um die Verteidigung des „Äquidistanz-Kurses" der GRÜNEN geht, wie er in Hessen bisher gepflegt wurde. Kurz: Wenn das Allerheiligste darin besteht, weder rechts noch links zu sein, fürchtet man Kontakte mit der SPD schon deshalb, um nicht als „links" zu gelten. Dann soll man aber nicht seine innerparteilichen Gegner mit dem Begriff „neue Rechte" belegen. Sondern vor der eigenen Tür kehren. Dementis werden gerne entgegengenommen.

Die Show von Wiesbaden

Zwischen grünen und bürgerlichen Realpolitikern gibt es einen interessanten Unterschied: Die einen bewegt, daß und was sie zahlen müssen. Die anderen bewegt der Gedanke ans Kassieren (s. F.D.P.). Bereits unmittelbar nach der Marbacher Versammlung meldete sich der „Pflasterstrand" (Nr. 168) zum Sommerschlußverkauf. *„Politik* (s. F.D.P.). Bereits unmittelbar nach der Marbacher Versammlung meldete sich der „Pflasterstrand" (Nr. 168) zum Sommerschlußverkauf. „Politik *ist Kuhhandel"*. Immer diese Wiederholungen. *„Als 'Verkaufsangebot' würden sich z.B. eignen: Die Wiederaufforstung der Startbahn, die sofortige Abschaltung von Biblis. Gegenwert: Keine weiteren Großprojekte mehr, eine Politik, die das Abstellen von Biblis möglich macht — mittelfristig. Erst das wäre Realpolitik, und es wäre auch 'Verrat' "*.

Dieses Angebot verdient das Etikett „realistisch". Doch wozu, zum Teufel, braucht man dann noch die GRÜNEN? Neue Großprojekte stehen derzeit nicht auf dem Zettel der Landesregierung. Und mit dem mittelfristigen Abschalten von Biblis meint der gewitzte Autor dieser Zeilen zweifellos, daß die Lebensdauer der dortigen Reaktoren nach den eigenen Maßstäben der Atomindustrie ohnehin in 8 - 10 Jahren ausläuft. Biblis C will die SPD in dieser Legislaturperiode selber nicht bauen, aus „Kapazitätsgründen", wie Börner höchstpersönlich verkündet. Ein Kuhhandel findet mithin gar nicht statt. Der „Kompromiß" besteht darin, daß man sich auf das „einigt", was die SPD ohnehin vorhat.

Bereits in diesem frühen Stadium der Verhandlungen deutet sich eine Tendenz an, die den GRÜNEN noch arg zu schaffen machen wird. Wer sich mit Haut und Haaren einer Zusammenarbeit mit der SPD verschrieben hat und darin gar die einzige Option sieht, wer den Erfolg der „Realpolitik" beschwört, ohne die Geschäftsbedingungen und Kriterien für einen erfolgreichen Abschluß definiert zu haben, der steht natürlich unter steigendem Druck, die Bilanzen zu fälschen. Der muß aus einer Null eine Eins und aus einer Eins eine Zehn machen. So werten es die GRÜNEN im Landtag beispielsweise als *„großen (!) Erfolg"*, daß die SPD-Fraktion gemeinsam mit ihnen eine Resolution verabschiedete, in der die Stationierung neuer eurostrategischer Raketen abgelehnt wird. Gewiß — die Initiative kam von den GRÜNEN und in die richtige Richtung geht dieser Beschluß zweifellos. Allerdings hat die SPD in den Bürgerschaften von Hamburg und Bremen ähnliche Beschlüsse auch ohne grün-alternatives Mitwirken gefaßt. Wer einen ersten Schritt, eine Selbstverständlichkeit gewissermaßen, zum „großen Erfolg" macht, wird sich bei nächster Gelegenheit von der SPD die Frage anhören müssen, was er denn nun n o c h alles wolle. „Riesenerfolge"? Im Stolpern über die eigenen Beine sind die GRÜNEN unübertroffen.

Thomas Ebermann weist darauf hin („taz" v. 19.11.), daß sich die GRÜNEN in Hessen in eine Lage hineinmanövrieren, die immer unangenehmer wird. Die SPD werde *„extrem wenig bieten"*, könne aber trotzdem darauf hoffen, *„ein denkbares Scheitern als Beweis der 'Politikunfähigkeit' der Grünen zu verkaufen"*. Sie könne aber auch *„fast nichts bieten und trotzdem auf grüne Stimmen für die Annahme des 'Ergebnisses' hoffen. Blieben diese GRÜNEN in der Minderheit, wären sie 'nur' die Kronzeugen Börners; stellen sie die Mehrheit, hätten wir den ersten Fall einer grünen FDP"*. Je mehr die Realos unter dem Jubel der Medien auf die Fundamentalos eindreschen, desto mehr müssen sie befürchten, bei einem Scheitern der Verhandlungen selber als die Spielverderber dazustehen. Und desto mehr werden sie dahin tendieren, alles zu schlucken und jedes Ergebnis anzunehmen. Sehr bedenklich ist die Lage. Trendsetter „Pflasterstrand" kommentiert: Glotz ist doch besser als Fischer, wenn auch nur *„um eine minimale Differenz"* (Thomas Schmid in „Pflasterstrand" 171). Scheiße. **Exkurs: Stehen zwei Snobs unter dem Galgen vorm Henker. Sagt der eine zum anderen, „Peinliche Situation. Was gibt man dem Mann?". Ende des Exkurses.**

Um aus dem Dilemma herauszukommen, schlägt Ebermann vor, daß sich die große Mehrheit der hessischen GRÜNEN nach GAL-Muster auf einen präzisen Forderungskatalog einigt, um sich eine Meßlatte zu schaffen, was man unter „substantiellen Zugeständnissen" versteht, *„d.h. nicht 100%ige Verwirklichung, wohl aber starke Annäherung an das Gesamtbild der Forderungen"*. Ebermann — *„ich kenn' mich nicht sehr gut aus"* — macht dazu sechs Vorschläge: Abschalten von Biblis, Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen und Amnestie für alle kriminalisierten Startbahngegner, kommunales Wahlrecht für Ausländer und Schutz für Asylsuchende, drastische Reduzierung des Straßenneubaus, Rücknahme der „Provokation von Eltville", „Minimierung" der ABC-Waffen in Hessen mit dem Ziel einer ABC-waffenfreien Zone Hessen, ökologisch-soziale Zukunftsinvestitionen und Schaffung neuer Lehrstellen z.B. bei öffentlichen Unternehmen und durch Schaffung überbetrieblicher Lehrwerkstätten. Auf die Forderung nen und Schaffung neuer Lehrstellen z.B. bei öffentlichen Unternehmen und durch Schaffung überbetrieblicher Lehrwerkstätten. Auf die Forderung nach Rücknahme des Startbahnbaus könne, so Ebermann, verzichtet werden, wenn es wahr sei, daß praktisch keine BI dies von den grünen Abgeordneten erwarte.

Ohne Frage gäben die hessischen GRÜNEN mit einem solchen Forderungskatalog ein weit besseres Bild ab. Konkret haben wir uns allerdings mit folgendem Problem auseinanderzusetzen. Der Vorschlag der Realpolitiker lautet, in ein- und denselben Verhandlungen die Haushalte 83 und 84 und die Wahl des Ministerpräsidenten abzuklären, um dann in einem Rutsch innerhalb der GRÜNEN über das (angenommene) G e s a m t ergebnis zu befinden und gleichzeitig eine Grundsatzentscheidung über die weitere „kontinuierliche Zusammenarbeit" zu fällen. So sieht der Fahrplan für das innerparteiliche Verfahren aus. Im rauhen Alltag des Parlaments läuft die Chose aber anders ab. So wird der Landeshaushalt 83 j e t z t behandelt und zwar weitgehend unverändert zu der Vorlage, die von den GRÜNEN bereits im Sommer begründet abgelehnt wurde. Mit der mehr als vagen Aussicht, den Haushalt 84 mitgestalten zu können, sollen die GRÜNEN dazu gebracht werden, den 83er Etat zu schlucken, und sie sind auf dem besten Weg dazu. Nun kann man sich auf den Standpunkt stellen, die Haushaltsausgaben 83 sind vollzogen und, was gewesen ist, ist gewesen. Dann aber ist auch von der SPD eine „Vergangenheitsbewältigung" zu erwarten. Wer die nachträgliche Zustimmung zu den Millionenbeträgen verlangt, die von Polizei, Justiz, Knast, Verfassungsschutz etc. verschlungen wurden, Gelder, die großenteils zur Bekämpfung der GRÜNEN und ihrer Klientel aufgewandt wurden, muß in der gegenwärtigen Situation mindestens zu einer A m n e s t i e der kriminalisierten Startbahngegner wie auch selbstverständlich zu einem Verzicht auf alle Schadensersatzforderungen be-

Fortsetzung nächste Seite

Dokumentation aus: taz, 19.11.83

Dokumentation aus: taz, 19.11.83

Thomas Ebermann

Keine Kronzeugen für Börner

Keine Weltreise ist für die Grünen gegenwärtig so wichtig wie die hessischen Verhandlungen mit der SPD. Machen wir uns nichts vor, die SPD ist in einer taktisch hervorragenden Lage. Sie kann - und ich vermute sie wird - in den Verhandlungen extrem wenig bieten, und sie kann darauf hoffen, ein denkbares Scheitern trotzdem als Beweis der „Politikunfähigkeit" der Grünen zu verkaufen. In der Vergangenheit der törichten „Fundamentalopposition" liegt viel scheinbare Beweiskraft, und in Fulda gab sich diese Strömung ja auch alle Mühe, ihre feststehende Ablehnung jeder Tolerierung der SPD im „Prinzipiellen", und nicht in der Beurteilung konkreter Verhandlungsergebnisse, anzusiedeln.

Die SPD kann aber auch - und das befürchte ich - darauf hoffen, fast nichts zu bieten, und trotzdem auf grüne Stimmen für die Annahme des „Ergebnisses" hoffen. Blieben diese Grünen in der Minderheit, wären sie „nur" die Kronzeugen Börners; stellen sie die Mehrheit, hätten wir den erten Fall einer grünen FDP (und der Einzug der FDP in die Parlamente ist bekanntlich vom Wohlwollen des Seniorpartners abhängig!).

Ich hör beim Schreiben den Einwand, der Ebermann ist immer pessimistisch, wenn er selbst nicht mitmacht. Hubert Kleinert - Hesse im Bundestag - schreibt: „Davon, daß eine solche Bereitschaft (Haushaltsverabschiedung, Börner wählen), sich als bloßer Mehrheitsbeschaffer anzudienen, in Hessen bestehen würde, kann jedoch gegenwärtig keine Rede sein" (Commune 11/83). Hubert Kleinert sei zugestanden, daß das niemand **will**. Aber man kann sich in eine Lage bringen und - hat dabei viel Wählerwunsch auf seiner Seite - daß irgendwann nicht anderes als billige Mehrheitsbeschaffung übrig bleibt. Wenn Joschka Fischer - auch Hesse im Bundestag - wirklich gesagt hat, was der Spiegel (46/83) zitiert („Ich bin überzeugt, daß es klappt. Wenn es schiefgeht, fallen wir ins Nichts"), dann ist die Alternative zum „Nichts" - wer fällt da schon gerne hin? - die Akteptanz **jedes** „Ergebnisses". Dann sind wir im parlamentarischen Raum für Joschka ausgeliefert und gefangen. Abgesehen vom schwierigen Erbe der vergangenen Legislaturperiode, leiden die hessischen Grünen m.E. darunter, zu viele Sprachbilder aus der Werkstatt etablierter Politiker und zu wenig inhaltliche Forderungen öffentlich zu präsentieren.

Wenn die Grünen fortwährend betonen, sie seien „berechenbar" für „faire Verhandlungen", „kontinuierliche Zusammenarbeit" sei ihr Ziel, sie „wollten nicht erpressen" etc. p.p., dann ist das nicht nur objektivierte Entschuldigung für Schwalba-Hoth und andere „Unanständigkeiten", dann ist das nicht nur z.T. Quatsch, weil schließlich in Verhandlungen auch das Element der „Erpressung" - sagen wir der Versuch der Ausnutzung einer bestimmten arithmetischen Sitzverteilung im Parlament - liegt, sondern dann verschenkt man auch die Möglichkeiten der **Polarisierung an Inhalten.**

Ich kenn mich nicht sehr gut aus, aber u.a. könnte in den Mittelpunkt gerückt werden:

1.) Biblis C nicht zu bauen, ist kein ernsthaftes Angebot der SPD - das wollen die auch ohne uns - jedenfalls jetzt. Hessen hat günstige stoffliche Vorraussetzungen für den Ausstieg bzw. die drastische Reduzierung der Atomenergie. Bei einer in Hessen auftretenden Höchstlast von 4200 MW und einer Kapazität ohne Atomenergie von 3900 MW, ist das Abschalten stofflich völlig unproblematisch. Wenn die SPD das nicht **will**, betreibt sie keinen Weg des Ausstiegs aus der Atomtechnologie.

2.) Wenn die hessischen Freunde recht haben, daß (fast?) keine BI von ihnen erwartet, die Startbahn West ganz rückgängig zu machen, dann fordern wir eben Aufforstungsmaßnahmen ein, Nachtflugverbot und eine Generalamnestie für alle, die bestraft wurden und werden sollen für ihr Engagement gegen die Startbahn.

3.) Das kommunale Wahlrecht dür Ausländer muß mindestens sofort eingeführt werden - nicht nur auf SPD-Parteitagen beschworen - und z.B. müssen sich die türkischen Asylsuchenden in Hessen sicher fühlen können.

4.) Der ungehemmte Ausbau und Neubau des Straßennetzes in Hessen muß drastisch reduziert werden, die Provokation in Eltville muß zurückgenommen werden.

5.) Der hessische Landtag muß sich ohne Einschränkungen gegen die neuen Raketen aussprechen **und** alles fordern und unternehmen, was Stationierung, Transport, Lagerung von ABC-Waffen in Hessen minimiert, mit dem Ziel einer ABC-Waffenfreien Zone Hessen.

6.) Ein bloßes „Beschäftigungsprogramm" der SPD muß ersetzt werden durch ein qualitatives Programm ökologisch-sozialer Zukunftsinvestitionen. Dem Waldsterben muß auf diesem Weg Einhalt geboten werden. Der Appell an die Unternehmer, Lehrstellen zu schaffen, reicht nicht aus. Wo der Staat (Mit-) Eigentümer ist, muß die Ausbildungsquote erhöht werden. Wo das „duale Ausbildungssystem" nicht reicht, müssen überbetriebliche Werkstätten geschaffen werden.

Natürlich sind dies Beispiele, ich mag wichtiges übersehen haben, und ich kann einiges nicht konkretisieren. Aber ich weiß genau: Entweder einigt sich eine sehr große Mehrheit der hessischen Grünen auf einen ähnlich gearteten präzisen Katalog, entweder sie machen damit Politik in der Öffentlichkeit, entweder sie bilden sich so selbst eine Meßlatte, was „substantielle Zugeständnisse" (Kleinert) sind, d.h., nicht 100%ige Verwirklichung, wohl aber starke Annäherung an das Gesamtbild der Forderungen **oder das Gesetz des Handelns bleibt bei der SPD.** Hoffentlich nicht!

Fortsetzung von vorheriger Seite

reit sein. Nur ein Narr oder ein Roßtäuscher kann behaupten, daß ein Geschäftsabschluß beim 84er Haushalt dadurch leichter wird, daß die GRÜNEN durch Annahme des 83er Haushaltes erneut eine einseitige Vorleistung erbringen.

Nach Lage der Dinge ist das der erste Prüfstein in der Frage, ob die Gespräche mit der SPD reine Zeitverschwendung sind oder nicht. Nochmal: Der Haushalt 83 wird, ohne daß die Grünen sich das so ausgesucht hätten, j e t z t unter Dach und Fach gebracht. Wenn es also j e t z t kein substantielles Zugeständnis — und da steht nun einmal die Amnestie im Vordergrund — seitens der SPD gibt, dann wäre es schwachsinnig und durch nichts begründbar, von Börner ein späteres Einlenken zu erwarten.

Einen kurzfristigen (!) Erfolg in dieser Frage vorausgesetzt, wäre dann denkbar, daß aus der Show von Wiesbaden überhaupt Verhandlungen werden, die diesen Namen verdienen. Für das weitere Vorgehen ließe sich durchaus im Sinne Ebermanns ein allerdings umfassenderer und präzisierter Forderungskatalog erstellen. Doch dieser Vorschlag hat auch Schwächen, wie das Beispiel Startbahn-West zeigt. Die Bürgerbewegung gegen die Flughafenerweiterung ist ja nicht deshalb erlahmt, weil die Argumente gegen die Startbahn-West mittlerweile schwächer geworden wären, und es ist auch nicht davon auszugehen, daß es einen Meinungsumschwung in der Bevölkerung dazu gegeben hätte, bloß weil das Monstrum demnächst in Betrieb gehen soll. Der Widerstand hat ausschließlich deshalb nachgelassen, weil es gegen die staatliche Gewalt kein Durchkommen gab. Verzichten die GRÜNEN darauf, die Startbahn-West zum Verhandlungsgegenstand zu machen, so wird das, auch ohne daß es beabsichtigt wäre, als stillschweigende Hinnahme dieser Art von ,,Konfliktbereinigung'' aufgefaßt werden. Vielleicht kann man dieses Problem nach vorne lösen, indem man sich auf den Kern der Auseinandersetzung besinnt. Nach dem Selbstverständnis dieser Bürgerbewegung waren die vier Millionen abgeholzter Bäume nicht der Kern des Konflikts, sondern ,,der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt''. So gesehen wäre es Aufgabe der GRÜNEN, das ,,Faß'' auf den Verhandlungstisch zu stellen. Es müßte also über das Gesamtproblem Frankfurter Flughafen gesprochen werden. Punkt Nr. 1 wäre eine gnadenlose Abrechnung mit allen Luftverkehrsprognosen, Kapazitätsberechnungen, wirtschaftlichen Daten etc., mit denen der Startbahnbau nach außen hin begründet worden war. Punkt Nr. 2 wäre anläßlich aktueller Ereignisse draußen in der Welt, vor allem in der Karibik, die penible und detailbeflissene Erörterung der Frage, warum diese Startbahn eine Länge von 4 km und eine Betondecke nach NATO-Normen benötigt. Auch wenn es der SPD auf die Nerven fallen sollte, sollten die GRÜNEN nicht davor zurückschrecken, z.B. Sachverständige hierzu hinzuzuziehen und, und, und ... Punkt Nr. 3 wäre — auch wenn die SPD betreten schweigen sollte — die Problematisierung dessen, was diesen Frankfurter Flughafen von nahezu allen anderen vergleichbaren ,,Weltflughäfen'' unterscheidet: Daß er zugleich ein Weltflughafen des US-Militärs ist. An Börner wäre die Frage zu richten, ob er mit diesem Zustand glücklich ist. Wie lang dieser Zustand nach Auffassung der Landesregierung aufrechterhalten werden soll. Wie sie sich gegebenenfalls eine Beendigung dieses Zustandes vorstellt. Derweil hätte die Bürgerbewegung genügend Zeit, sich an der B a s i s über die Modalitäten des Kuhhandels zu verständigen: Wiederaufforstung der Startbahn oder der Air-Base?

Das Manko nahezu aller Erörterungen und Vorschläge innerhalb der GRÜNEN besteht darin, daß eine Einschätzung des Verhandlungs-,,Partners'' (Besser: Gegners!) vollständig ausgeblendet wird. Da wird von ,,Chancen und Möglichkeiten'' phantasiert, auf die Landespolitik Einfluß zu nehmen, gar die Teilhabe an der ,,Macht'' für die Zukunft in Aussicht gestellt, ohne einen Gedanken darauf zu verschwenden, was die SPD eigentlich will und welche Mittel sie zu ihren Zwecken einsetzt. Schon gar nicht ist man bereit, die in Hamburg mit Donahnyi gesammelten Erfahrungen ernsthaft zu berücksichtigen und sich auf einen ähnlich mageren Ausgang der Verhandlungen einzustellen. Zum Ausgang der Hessenwahl stellten wir im AK fest, mit jeder Faser seines staatstragenden Seins ziehe es Börner an die Seite der FDP. Heute fügen wir hinzu: Mit jeder Faser ihres liberalen Seins zieht es die FDP an die Fleischtöpfe. Unter der Oberfläche verbaler Scheingefechte wirken da enorme Kräfte, die schon fast den Regeln naturwissenschaftlicher Berechenbarkeit unterliegen. Die GRÜNEN in Hessen — Realos wie Fundamentalos — sollten aufpassen, daß sie nicht die Watschenmänner für ein Unternehmen abgeben, mit dem Börner lediglich seiner eigenen Parteibasis klarmachen will, daß der rot-grüne Traum, zum Teufel, nicht geht.

th. und de., Frankfurt

Dokumentation
Unverzichtbare Forderungen des Kreisverbandes DIE GRÜNEN Darmstadt an die Verhandlungen mit der SPD

Die Darmstädter DIE GRÜNEN stellen fest, daß Verhandlungen über eine Zusammenarbeit mit der SPD nur erfolgreich und nützlich sein können,

bacher Beschluß, und zwar dadurch, daß Biblis A und B und die Hanauer Plutoniumfabrik innerhalb der nächsten sechs Monate 1984 unverzüglich

Dokumentation
Unverzichtbare Forderungen des Kreisverbandes DIE GRÜNEN Darmstadt an die Verhandlungen mit der SPD

Die Darmstädter DIE GRÜNEN stellen fest, daß Verhandlungen über eine Zusammenarbeit mit der SPD nur erfolgreich und nützlich sein können, wenn wir die SPD auch mit unverzichtbaren Forderungen konfrontieren.

Ein Verhandlungsstil, der zwar Verhandlungsziele nennt, diese aber nicht für unverzichtbar erklärt, sondern alle ins Belieben der SPD stellt, macht uns abhängig von Maximalforderungen der SPD....

Eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der SPD, die der Marbacher Beschluß anstrebt, ist nur durch fortwährendes (kontinuierliches) Erarbeiten p u n k t u e l l e r Vereinbarungen bei weiterhin voller Oppositionsbefugnis und -praxis auch gegen die SPD verwirklichbar, wenn wir uns nicht zu Handlangern des herrschenden Allparteienkartells von SPD/CDU/FDP machen wollen. Keine Vereinbarung mit der SPD darf uns daran hindern, jederzeit frei auch mit anderen Fraktionen (CDU; FDP) kontinuierliche Zusammenarbeit zu suchen und zu praktizieren und wie bisher mit wechselnden Mehrheiten unsere Politik durchzusetzen....

Als u n v e r z i c h t b a r e Zielsetzungen einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit der SPD und somit als unverzichtbare F o r d e r u n g e n , an denen ein Erfolg oder Scheitern der Verhandlungen zu messen ist, betrachten wir mindestens:

(1) Die Vereinbarung der Nichtinbetriebnahme und des sofortigen und tatsächlichen und unbedingten Baustopps und Abbaus der Startbahn-West, sowie völliger Straffreiheit für alle im Zusammenhang mit der Startbahn-West erfolgten Widerstandsmaßnahmen....
(Dies soll gelten, solange nicht in jeder einzelnen betroffenen Gemeinde die Bevölkerung dem Bau und Betrieb der Startbahn durch Bürgerentscheid zustimmt).
(2) Die ,,*sofortige Einleitung des Ausstiegs aus der Kernenergie*'' laut Marbacher Beschluß, und zwar dadurch, daß Biblis A und B und die Hanauer Plutoniumfabrik innerhalb der nächsten sechs Monate 1984 unverzüglich und endgültig stillgelegt werden und keine neue Atomanlage in Hessen mehr gebaut werden darf.
(3) Die unverzügliche Durchführung des am 13.8.83 eingeleiteten ,,Hessischen Volksbegehrens für den Frieden'' und die ausdrückliche Unterstützung der hessischen Landesregierung dafür.
(4) Die Vereinbarung eines sofortigen tatsächlichen Baustopps und Abbaus der von Kassel nach Würzburg geplanten DB-Schnellbahntrasse im gesamten hessischen Bereich dieser Strecke und die tatkräftige Bereitschaft der SPD zur Durchsetzung des BUND-Konzeptes eines flächendeckend betriebenen modernisierten Eisenbahn-Netzes für ganz Hessen.
(5) Den sofortigen tatsächlichen, unbedingten und endgültigen Stopp aller dem Neubau und der Verbreiterung von Autobahnen, Landstraßen, Straßen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Untergrund-Bahnen und von Kurvenbegradigungen dienenden Baurbeiten im gesamten Landesgebiet Hessen (insbesondere den Verzicht auf den Bau der geplanten Nordumgehung von Eltville und Walluf!).
(6) Die ersatzlose Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde im hessischen Kommunalwahlgesetz und Landtagswahlgesetz.

Verabschiedet mit 11 gegen 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen am 14.11.

Frage der AK-Redaktion: Welche von diesen Forderungen läßt es den Darmstädter Grünen zweckmäßig erscheinen, sich eine Mehrheitsbildung mit der CDU/FDP offenzuhalten? Welche Gemeinsamkeiten mit CDU/FDP geben der von den Darmstädter Grünen geforderten Suche nach einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit diesen Parteien Sinn?

,,Offener Brief'' an die Antifa-Kommission des KB
Politische Auseinandersetzung oder ,,Hau rein Kapelle''?

Am Mittwoch, den 23.11., 5 Tage vor dem Erscheinen dieser Ausgabe des AK, betraten zwei Männer die Räume der AK-Technik und -Redaktion, stellten sich selbst als Vertreter der ,,Antifaschistischen Aktion/Fraktion Fallingbostel'' vor und übergaben einen ,,Offenen Brief an die Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg''. Sie forderten in barschem Ton den Abdruck dieser Erklärung im nächsten AK (der zu dieser Zeit in der Endproduktion war) und ließen in noch gesteigerter Tonart folgen, sollte dies nicht geschehen, gäbe es genügend Leute, die lieber heute als morgen mal ,,vorbeischauen'' würden, da sie absolut nicht gut auf den KB zu sprechen seien. Was darunter zu verstehen ist, kann sich jeder ausmalen, wenn beispielsweise an eine solch großartige Aktion wie die Verwüstung der Redaktionsräume der Hamburger ,,taz'' gedacht wird.

Wir haben uns entschieden, diesen ,,Offenen Brief'' in dieser Ausgabe des AK nicht zu veröffentlichen, da damit einer Praxis Tür und Tor geöffnet würde, statt politischen Argumenten das Faustrecht und den hüftenschwingenden Westerngang gelten zu lassen. Einige Anmerkungen sind zum Verständnis dieses Vorgangs jedoch notwendig.

Anlaß für den ,,Offenen Brief'' ist der Artikel ,,Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft? — Für eine antifaschistische Politik'' in der letzten Ausgabe des AK (S. 27/28). Darin wird der Versuch unternommen, anhand einer Betrachtung der antifaschistischen Aktionen der vergangenen Jahre eine Diskussion zu eröffnen, wie es weitergehen soll in der Antifa-Politik. Von diesem Artikel fühlen sich viele Freunde der ,,direkten Aktion'' hart getroffen. Dies könnte der Anfang einer fruchtbaren Auseinandersetzung um die Stoßrichtung antifaschistischer Arbeit und Aktionen sein. Doch einigen sich angesprochen fühlenden ,,Freunden'' gehen bei solchen Dingen sogleich die Pferde durch (s.o.)

Da wird nicht mehr sachlich kritisiert, sondern gleich Sabotage am antifaschistischen Kampf gebrüllt. U.a. behaupten die Verfasser beispielsweise: *,,So ist dem KB seit Jahren die Identität jedes einzelnen Neonazis bekannt, der am 19.2.1978 beim ANS-Aufmarsch im Hamburger Dammtor-Bahnhof beteiligt war; das gleiche gilt für die Eselsmasken-Provokation vom 20.5.1978 am Hauptbahnhof. Andere Antifaschisten des Bündnisses haben Monate gebraucht, um in mühevoller Puzzle-Arbeit diese Identifikation vorzunehmen.''* Milde gesagt können und wollen wir für eine solche Dummheit nicht gerade stehen, denn die uns bekannten Namen sind im AK veröffentlicht worden und damit jedermensch zugänglich. Wer dort nicht lesen kann oder will, sollte das sich selbst und nicht uns zum Vorwurf machen.

Weiter wird in dem besagten ,,Offenen Brief'' der Antifa-Kommission des KB unterstellt, sie *,,diene sich dem BKA als linker Flügel an''*, es wird dazu aufgerufen, mit der Antifa-Kommission nicht mehr zusammenzuarbeiten und es wird zur Spaltung des KB aufgerufen. Für all dies wird die Wiedergabe von Ausschnitten aus der ,,Lüneburger Zeitung'' zum Anlaß genommen. Dazu im ,,Offenen Brief'': *,,Bis zur offenen Unterstützung einer BKA-Fahndung sind die Schreiberlinge der Antifa-Kommission des KB Hamburg in ihrem nostalgischen Sumpf der Erinnerungen an ,herrliche Zeiten antifaschistischer Massenmobilisierung' versunken. ... Im unkommentierten Abdruck eines Hetzartikels der ,Lüneburger Landeszeitung' und in einer direkten Beteiligung an einer BKA-Fahndung hat sich die Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg dem BKA als ,linker Flügel' angedient.''*

Dazu einige Anmerkungen:

1. Wer den AK auch nur ein wenig kennt, der weiß, daß es sich bei der fotografischen Wiedergabe von Artikeln aus der bürgerlichen Presse nicht um eine Übernahme der Position handelt, sondern um die Dokumentation der bürgerlichen Propaganda, auch wenn dies nicht ausdrücklich kommentiert wird. Allerdings wäre es auch in diesem Fall besser gewesen, hierauf hinzuweisen.

2. Die mit dem Artikel übernommenen Fotos dienen der bürgerlichen Presse als Hetzmaterial und gleichzeitig als Fahndungsfotos. Wir denken nicht, daß durch eine Veröffentlichung im AK die Fahndung unterstützt wird (zumal die Gesichter unkenntlich gemacht wurden), denn erstens sind diese Bilder vorher einer breiten Öffentlichkeit über Zeitung und Fernsehen bekannt gewesen, zweitens ist die AK-Leserschaft nicht die ,,Fahndungszielgruppe''.

Völlig absurd wird der Vorwurf, der KB unterstütze die Fahndung des BKA dann, wenn mensch weiß, daß schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung im AK namentlich und mit Paßfoto nach dem angeblichen ,,Gewalttäter'' gefahndet wurde.

Dennoch sagen wir, daß wir mit der Veröffentlichung der Bilder in dieser Form einen Fehler gemacht haben, da ohne erkennbaren und ausgewiesenen Grund Fahndungsfotos benutzt wurden.

Uns auf einen solchen Fehler hinzuweisen, dazu bedarf es allerdings keiner Gewaltandrohungen. Auch einen Artikel oder eine Stellungnahme kann mensch auf ganz normalem Weg in die Zeitung bringen.

Redaktion AK

Bahnhof beteiligt war; das gleiche gilt für die Eselsmasken-Provokation vom 20.5.1978 am Hauptbahnhof. Andere Antifaschisten des Bündnisses haben Monate gebraucht, um in mühevoller Puzzle-Arbeit diese Identifikation vorzunehmen.'' Milde gesagt können und wollen wir für eine solche Dummheit

nach dem angeblichen ,,Gewalttäter'' gefahndet wurde.

Dennoch sagen wir, daß wir mit der Veröffentlichung der Bilder in dieser Form einen Fehler gemacht haben, da ohne erkennbaren und ausgewiesenen Grund Fahndungsfotos benutzt wurden.

FriZ ist eine monatlich erscheinende Zeitung aus der unabhängigen Friedensbewegung.

AK-Technik und Redaktion überfallen

Kaum war die obige Stellungnahme im Satzkasten, belehrte uns die ,,Antifaschistische Aktion/Fraktion Fallingbostel'', daß mit Vernunft in diesem Fall kaum zu rechnen ist: In der Nacht von Sonntag auf Montag, um 1 Uhr, stürmten ca. 15 Gestalten die Räume der AK-Technik und nutzten die Situation, daß nur noch wenige Genossinnen und Genossen anwesend waren, um die letzten Vorbereitungen für die Druckvorlagen des AK durchzuführen. Sie ,,besetzten'' kurzfristig die Räume, raubten wahllos diverse Gegenstände, insbesondere Unterlagen für die Redaktionsarbeit und hinterließen zwei fertige Druckvorlagen mit ihrer Stellungnahme. Versuche, sie an ihrem Tun zu hindern, endeten in einer Rangelei. Sie verließen die Räume mit der Drohung, die geraubten Gegenstände nur dann zurückzugeben, wenn ihre Stellungnahme im AK erscheinen würde.

In einem weiteren Anruf während der Nacht stellten sie nochmals ihre ,,Bedingungen'':
1. Abdruck ihrer Erklärung auf der Rückseite des AK
2. Abdruck einer weiteren Erklärung auf der vorletzten Seite
3. Keine Kommentierung unsererseits
4. Auf der Titelseite der Eindruck: ,,AK-Technik besetzt''
5. Unbeschädigte Rückgabe der Gegenstände, wenn sie die Auslieferung kontrolliert hätten.

Damit ist die Auseinandersetzung von der ,,Fallingbostel-Fraktion'' in einer Weise eskaliert worden, die nur noch als Amoklauf verstanden werden kann. Die Art des Vorgehens schließt gegenwärtig jede Möglichkeit einer sachlichen Auseinandersetzung aus. Wenn man sich dabei vor Augen hält, daß diese Auseinandersetzung an der Veröffentlichung e i n e s Artikels hochgezogen wird, dann läßt dies einige Aufschlüsse über den Zustand des inneren Lebens dieser Gruppe zu. Es läßt ebenso Schlüsse darauf zu, wie diese Teile auf den zunehmenden staatlichen Druck reagieren: indem sie ihren Frust in der Linken austoben. Insofern ist dies tatsächlich kein Problem zwischen der Antifa-Kommission des KB und der ,,Fallingbostel-Fraktion'', sondern ein Problem der gesamten Hamburger Linken und insbesondere ihres autonomen Teils; denn wenn es nicht gelingen sollte, innerhalb der Linken die politische Auseinandersetzung mit Argumenten statt mit Fäusten auszutragen, wird dies die Isolierung der radikalen Linken gewaltig beschleunigen.

Gutmeinende Ratgeber aus der ,,autonomen Szene'' haben uns wissen lassen, daß es besser sei, dieser Erpressung nachzugeben, weil andererseits eine Eskalation nicht zu vermeiden sei. Das beschreibt einen Zustand, letztlich den größten Dummheiten, Verrücktheiten und Erpressungen nachzugeben. Wir werden diesen Weg nicht mitgehen, denn so liegt auch ein Stück politisches Selbstverständnis mit in der Waagschale. Und wir meinen auch, daß die Hamburger autonomen Gruppen um eine Stellungnahme nicht herumkommen, denn immerhin tritt diese ,,Fallingbostel-Fraktion'' auch in ihrem Namen auf.

Ak-Endredaktion und Technikmitarbeiter/innen

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Tel: Redaktion/Verlag: 040/435320, Aboverwaltung: 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abopreis jährlich DM 60.-, halbjährlich DM 33.- (als Förderabo jährlich DM 100.-, halnjährlich DM 50.-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank, BLZ 20080000, Kt. 481068500.
Einzelpreis DM 4.-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

Der Kampf um das Erbe

— Die VDS zerbricht —

Der Regierungswechsel in Bonn und die Herausbildung der Friedensbewegung haben die festgefahrenen Verhältnisse in der Studentenbewegung in Aufruhr versetzt. Einerseits kommt es im Rahmen der Friedensaktivitäten wieder zu politischen Aktionen an den Universitäten. Andererseits nehmen staatliche Angriffe auf Organe der Verfaßten Studentenschaft zu. Mit zahlreichen Prozessen quer durch die Republik versucht der Rechtsstaat, die Studentenschaft als politischen Faktor weitgehend auszuschalten. Aber auch innerhalb der Studentenbewegung haben die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu Umschichtungen geführt: Die Jusos, durch die Oppositionsrolle ihrer Mutterpartei endlich wieder im Aufwind, versuchen das traditionelle Bündnis mit den DKP-orientierten Studentengruppen zu kippen und die Studentenbewegung so weit als möglich aufzusaugen. Die Basisgruppen, die jahrelang als Sammelbecken linker nicht-GO-Politik fungierten, zeigen sich völlig desorientiert und lassen sich von den Jusos vor den Karren der SPD spannen. Trotz einiger Ansätze ist es bislang nicht gelungen, eine grün-alternative Strömung in der Studentenbewegung bundesweit herauszubilden. Wir wollen mit diesen Artikeln die Diskussion um die Situation an den Hochschulen und die Politik der Studentenbewegung wieder zu beleben versuchen und hoffen, daß andere Hochschulorte in die dringend nötige Debatte einsteigen.

Hochschulzelle Hamburg

Am 29. bis 31. Oktober fand in Siegen die Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) statt. Sie stand ganz im Zeichen der Auseinandersetzung um eine Aktionsorientierung im Wintersemester. Die Konfrontation erreichte dabei eine Heftigkeit, die bezeichnend ist für den Niedergang dieses studentischen Dachverbandes, dessen Ursachen in den mehr oder weniger gelungenen Versuchen der einzelnen Strömungen liegen, die VDS zum eigenen Richtungsverband umzufunktionieren.

Das Vorspiel reicht dabei zurück bis ins Vorfeld der letzten VDS-MV im Frühjahr. Die unangefochtene Alleinherrschaft der Verbände der „Gewerkschaftlichen Orientierung" — MSB, SHB und der Stamokap-Flügel der Jusos — wurde massiv dadurch infrage gestellt, daß innerhalb der Juso-Hochschulgruppen die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der rechten Reform-Strömung gegen den Stamokap-Flügel kippten. Hier wirkte sich offensichtlich das Ausscheiden der SPD aus der Regierung und der damit verbundene Versuch, ein entstandenes linkes Potential wieder aufzusaugen, auf die eigene Jugendorganisation bereits aus. Insbesondere mit dem Quereinstieg der SPD-Spitze in die Friedensbewegung wurde eine engere Anlehnung an die Mutterpartei dort wieder mehrheitsfähig.

Diese neue Mehrheit bei den Jusos unternahm sofort massive Versuche, die GO-Dominanz in den VDS zu brechen. Das machte sich insbesondere an der Frage der Vorstandsbesetzung fest. Der Vorstand besteht nominell aus fünf Sitzen, von denen MSB, SHB, Jusos und LHV jeweils einen einnehmen. Der fünfte Sitz, der den Basisgruppen (BG) zustände, wird von diesen schon seit einigen Jahren aus Protest gegen die undemokratischen Strukturen der VDS nicht mehr besetzt. Der Juso-Vorschlag sah nun eine Neuordnung vor, indem er zu Recht auf die politische Irrelevanz der „Liberalen" an den Hochschulen verwies und eine Aufteilung in ein „dogmatisches" und ein „undogmatisches" Lager vornahm, die jeweils zwei Vorstandssitze erhalten sollten. Dabei beanspruchten die Jusos die zwei Sitze des undogmatischen Lagers für sich, da die BGs ja nicht für den Vorstand kandidieren. Mit der Androhung ihres Austritts hatten die Jusos dem GO-Lager schon einige weitgehende Zugeständnisse abgerungen, so z.B., daß ein bundesweiter Streik, den die GOler bereits im Frühjahr für das Wintersemester angedroht hatten, einer 60%-Mehrheit auf der VDS-MV bedarf. Ursprünglich hatten die Jusos eine Zweidrittelmehrheit gefordert; ganze 6,7% ließen sie sich also von den GOlern abhandeln. Auf die Vorstandsforderung der Jusos mochten sich die

bedarf. Ursprünglich hatten die Jusos eine Zweidrittelmehrheit gefordert; ganze 6,7% ließen sie sich also von den GOlern abhandeln. Auf die Vorstandsforderung der Jusos mochten sich die

GOler aber denn doch nicht einlassen. Einerseits entbehrte sie jeglicher demokratischer Legitimation, da die Jusos über bestenfalls zehn Prozent der Stimmen auf der MV verfügen. Zum anderen hätte dies bedeutet, daß gegen die Mehrheits-Jusos in den VDS nichts mehr gelaufen wäre, die VDS also mit anderen Worten fest in der Hand der SPD-Baracke gewesen wäre. Da die Jusos aber nicht von ihren Forderungen abrückten, konnte der Vorstand nicht neu gewählt werden. Die MV wurde abgebrochen und sollte „in 4 — 6 Wochen" weitergeführt werden.

Die Strategie der GO-Verbände

Der Umstand, daß es mehr als ein halbes Jahr dauerte, bevor wieder eine MV zustande kam, zeigt deutlich, daß es in diesem Machtkampf zwischen den DKP- und den SPD-orientierten Studentenverbänden zu keiner Einigung kam. Die Druckmittel, die die Jusos einsetzen, beziehen ihre Wirksamkeit wesentlich aus dem GO-Konzept selbst, d.h. die DKP-orientierten Studentenverbände stolpern über die Fallstricke ihrer eigenen Politik: **Da sie in ihrer Bündnispolitik in allererster Linie auf die Gewerkschaften und die SPD orientieren, s e l b s t aber als Bündnispartner herzlich unattraktiv sind, brauchen sie die VDS und die Mitarbeit der Jusos in ihr, um an diese Bündnispartner heranzukommen.** Folglich sind sie durch die Austrittsdrohungen der Jusos fast unbegrenzt erpreßbar, und dies unabhängig von den realen Kräfteverhältnissen, denn stimmenmäßig sind die Jusos haushoch unterlegen. Diese Erpreßbarkeit nutzten die Jusos im Vorfeld der MV weidlich aus. Aufgrund der Konflikte um die zukünftige Vorstandsbeteiligung trat der Juso-Vertreter aus dem Vorstand zurück; gleichzeitig drohten die Jusos ihren Austritt aus den VDS für den Fall an, daß auf der MV ein bundesweiter Streik beschlossen werden sollte.

MSB und SHB setzten als Gegenstrategie auf „Massendruck von unten". Der Vorschlag zu bundesweitem Streik am 5. bis 12. Dezember und bundesweiter Urabstimmung gegen die Raketen wurde ausgearbeitet vom Hamburger AStA, dem GO-AStA par excellence. Mit der kühnen Behauptung, auch die GAL-HSG Hamburg würde diesen Vorschlag unterstützen, wurde die sog. „Hamburger Erklärung" zunächst an ausgewählte ASten weitergeleitet, in denen eine ähnliche politische Konstellation wie in Hamburg herrscht. Dieses Vorgehen veranlaßte zwar die GAL-HSG zu einer Distanzierung von der „Hamburger Erklärung", indem sie klarstellte, daß sie sich für einen politischen Streik zur Unterstützung der Aktionen der Friedensbewegung ausgesprochen habe, nicht aber für einen Streik unter unter dem Motto „Bafög statt Pershing", wie ihn die Erklärung anvisierte. Andererseits kam so aber ein nicht unerheblicher Unterstützerkreis zu-

nicht aber für einen Streik unter unter dem Motto „Bafög statt Pershing", wie ihn die Erklärung anvisierte. Andererseits kam so aber ein nicht unerheblicher Unterstützerkreis zu-

stande, mit dem die Erklärung dann bundesweit bekannt gemacht wurde. Eine vom MSB gebildete „Durchsetzungskommission" sollte den Argumenten die nötige Durchschlagskraft vor Ort verleihen, um die Jusos mit einem breiten Kreis von ASten-Unterstützungen und Vollversammlungsbeschlüssen für die „Hamburger Erklärung" zu konfrontieren.

Die Reaktion der Jusos

Die Jusos reagierten auf diesen Druck allerdings recht unempfindlich, zeigten im Gegenteil deutlich, daß sie einen knallharten Machtkampf durchziehen wollten. So kündigte nach einer Diskussion der „Hamburger Erklärung" der Uni AStA Kiel seine Mitarbeit in der Landesastenkonferenz Schleswig-Holstein auf, mit recht fadenscheiniger Begründung, denn nur er allein war der Meinung, daß dort die Erklärung beschlossen worden wäre. Die Reaktion ist nur verständlich als Demonstration der Stärke des Juso-geführten Uni-AStAs Kiel gegenüber dem Austritt der MSB-Durchsetzungskommission, denn ohne die Mitarbeit dieses Uni-AStAs ist die Landes-ASten-Konferenz Schleswig-Holstein sinnlos, da dort die große Mehrheit der Studenten studiert.

Ihrerseits traten die Jusos mit einem eigenen Papier zur MV an, das sich weitgehend an Vorstellungen anlehnte, wie sie die Uni-GAL Münster erarbeitet hatte. Dieses Myterium löst sich etwas, wenn man weiß, daß der Juso-HSG-Vorsitzende Malte Ristaus aus Münster schon vor Ort versucht hatte, die GO-Mehrheit zu kippen — freilich vergeblich. Die Vorlage des Papiers blieb inhaltlich auch völlig konsequenzenlos, da es auf der MV absolut nicht mehrheitsfähig war. Sie intendierte aber zum einen, eine Alternative zur Diskussion stellen zu können, zum anderen zielte sie auf ein Negativ-Bündnis mit den BGs ab. Klar war, daß dies keine Vorlage würde sein können, auf die sich die BGs stellen könnten. Aufgrund der Heterogenität ihrer Strömungen können sich die BGs selbst unter sich nicht auf eine positive Bestimmung ihrer Politik einigen und wollen dies zum Teil auch nicht. Zusammengehalten werden sie durch ihre Ablehnung der GO-Politik, wie sie von den VDS als deren Zentralagentur betrieben wird und in den alljährlichen Wintersemesterstreiks ihren augenfälligen Kulminationspunkt findet. Und nur auf dieser Negativ-Basis konnten die Jusos ihre Bündnisangebote machen. Ihr Papier sollte sie dabei zusätzlich inhaltlich als eine Gruppierung ausweisen, die zumindest einzelnen Strömungen innerhalb der BGs nahesteht, um den wirklich ins Auge springenden Verdacht, ihnen käme es nur auf eine Instrumentalisierung der BGs für ihre Zwecke an, wenigstens etwas zu verwischen.

Die Haltung der Basisgruppen

Die Haltung der Basisgruppen

Die BGs selbst hatten zunächst ein äußerst geringes Interesse an der MV. Da wohl fast alle erwarteten, die GOler würden ihre Aktionsorientierung nach Belieben durchstimmen können, war überhaupt nur ein kleines Häuflein angereist, deren primäres Interesse zunächst darin bestand, unter sich mal wieder eine Diskussion zu führen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Dies äußerte sich in dem Versuch, zur Friedensfrage ein gemeinsames Papier zu erstellen und auf der MV vorzulegen.

Als die Jusos ihren Vorschlag zur gemeinsamen Negativ-Koalition an die BGs herantrugen, änderte sich das Bild sehr schnell. Im gemeinsamen Durchzählen der zu beeinflussenden Stimmen wurde rasch klar, daß es knapp zu den 40% reichen könnte, die sich dem Streikvorschlag nicht anschliessen und ihn damit scheitern lassen würden. Die Aussicht, einen bundesweiten Streik niederstimmen zu können, ließ die BGs die letzten Reserven mobilisieren. Telefonisch wurden die nicht anwesenden BG-ASten herbeizitiert bzw. man ließ sich die Stimmen von ihnen delegieren. Zur politisch entscheidenden Frage wurde es für die BGs in dieser Situation, wie man die Jusos so „unter Druck setzen" könnte, daß sie von ihren Forderungen nicht abrücken und nicht, wie schon öfter geschehen, im letzten Moment irgendwelche Kompromisse mit den GOlern eingehen.

Hintergrund ist dabei, daß das Wort „Streik" für viele untrennbar verbunden ist mit einer GO-Politik, die alljährlich ihre „Jahrhundertstreiks" als große Erfolge der Studentenbewegung abfeiert, während real an den Unis sich wenig regt, weil die Studenten einfach zu Hause bleiben. Zweck dieser Aktionen ist vor allem die Organisierung möglichst vieler neuer Mitglieder in den GO-Verbänden. Diese Verlogenheit in der Einschätzung der eigenen Stärke und der Darstellung der Ziele hat „Streik" für viele zu einem roten Tuch werden lassen, das jedes politische Denken paralysiert. Eine Diskussion darüber, ob eine derartige Maßnahme angesichts der konkreten Umstände vielleicht d o c h angebracht sein könnte, findet nicht mehr statt. So war es auch kein Punkt in der Diskussion, daß der geplante Streik erstmals über den Sozialkampf hinausging und explizit ein politischer Streik gegen die „Nachrüstung" sein sollte. Ebensowenig wurde darüber geredet, daß bereits im Vorfeld allerorten gerichtliche Maßnahmen gegen die geplanten Aktionen erfolgten. Dieses völlig unpolitische Herangehen ist kennzeichnend für die resignative Tendenz innerhalb der linken Opposition zu den GO-Verbänden.

Eine eigene Perspektive jenseits rein destruktiver Bündnisse existiert nicht, wird auch kaum noch angestrebt. Die BGs befinden sich in einem Zustand völliger Politikunfähigkeit. Seit längerem diskutieren die BGs ihren Austritt aus der VDS.

Dazu kommen einige andere Faktoren, die einzelne Teile der BG-Strömung betreffen. Dies ist zum einen ein ausgeprägter Antikommunismus,

Dazu kommen einige andere Faktoren, die einzelne Teile der BG-Strömung betreffen. Dies ist zum einen ein ausgeprägter Antikommunismus,

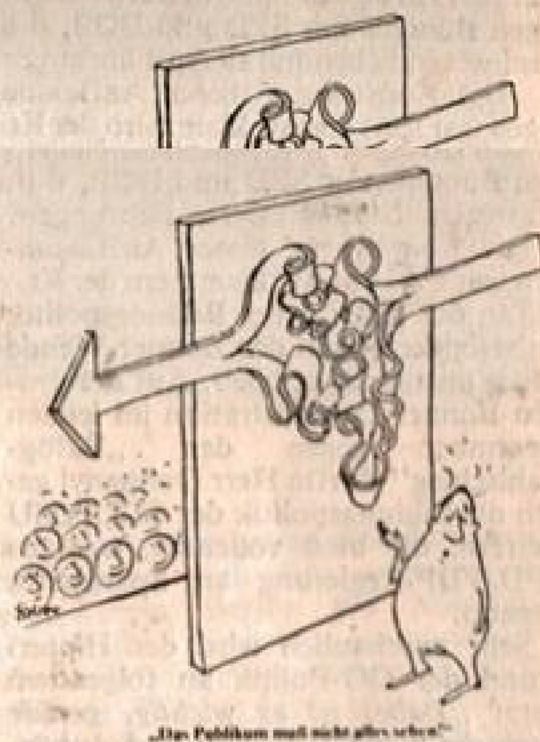
der die GO-Verbände zum Hauptfeind erklärt, den es zu schlagen gilt, wo man ihn trifft. Die VDS wird dann nur als eine Agentur dieser Kräfte gesehen, in der Mitarbeit nur den Sinn hat, sie nach Kräften zu schädigen. Unter dieser Prämisse ist natürlich jeder Bündnispartner recht, auch wenn er vielleicht ganz andere Ziele verfolgt. Zum anderen gibt es innerhalb der BGs auch reformistische Strömungen, die die Zusammenarbeit mit den rechten Jusos wollen und somit b e w u ß t einer Sozialdemokratisierung der Studentenbewegung in die Hände arbeiten. Dies geht bis zu einer Personalunion von rechten Jusos und BGlern. Besonders hersorzuheben ist hierbei das „Gießener Modell", wo Reform-Jusos und BG seit Jahren den AStA stellen und offensichtlich schon recht stark miteinander verschmolzen sind.

Die Diskussion um die eigene Positionsbestimmung mußte so zwangsläufig unfruchtbar bleiben. Sie wurde auch von keinem richtig ernst genommen. Das Papier, das dabei herauskommen sollte, war von vorneherein dazu verdammt, Makulatur zu sein. So wurde es schließlich ein unsägliches Sammelsurium verschiedener sich z.T. widersprechender Positionen. In der Einschätzung der Kriegsgefahr wird zunächst eine antiimperialistische Position vertreten, um der Friedensbewegung gleich danach die Solidarnosc als Bündnispartner anzutragen. Einen traurigen Höhepunkt erhält das Papier dadurch, daß eine Kritik an den Aktionen der Friedensbewegung zu einer Kritik von Massenaktionen überhaupt gerät. Als Alternative dazu wird ein imaginäres autonomes Individuum propagiert, daß sich vom „Bewegungsmanagement" nicht mehr verarschen läßt. Mit dieser eher therapeutischen als politischen Haltung wäre der Weg in die Isolation vorgezeichnet, weil ein derartiges Konzept faktisch die Liquidierung der Friedensbewegung als politischer Faktor bedeuten würde. Eine derartige Position ist nur zu begreifen als der Versuch, die e i g e n e Perspektivlosigkeit in ein politisches Dogma zu gießen.

Das Ende vom Lied

Währenddessen herrschte in den GO-Verbänden bis in höhere Kreise hinauf Ungewißheit über die realen Kräfteverhältnisse auf der MV. Nur die absoluten Spitzen wußten anscheinend, daß es sehr schlecht für die eigene Position aussah, hatten aber kein Interesse daran, durch Verbreitung dieser Information für Unruhe in den eigenen Reihen zu sorgen. Stattdessen wurde die Basis mit Erklärungen über die im Plenum ablaufenden politischen Prozesse gefüttert, während die eigentlich relevanten Hinterzimmerkungeleien mit den Jusos totgeschwiegen wurden. So war nur ganz wenigen klar, daß der seidene Faden, an dem die VDS seit längerem hängen, zu diesem Zeitpunkt schon fast gekappt war.

Interne Streitigkeiten bei den Jusos verhinderten dann aber doch noch den Eklat. In den Verhandlungen zwischen Jusos und GOlern wurden von den GOlern weitgehende Zugeständnisse gemacht. Der „bundesweite Streik" wurde ad acta gelegt, dafür den Hochschulen „massivste Aktionen bis hin zum Streik um den 12.12." vorgeschlagen. Damit wurde den Jusos ein gut Teil ihrer Argumente entzogen, und da sich die Juso-Position in Sachen Urabstimmung auch als nicht haltbar erwies, kam es zu heftigen internen Diskussionen bei den Jusos. Eine von ihnen beantragte zehnminütige Pause dauerte so schließlich über zehn Stunden. Das war den BGs entschieden zu lange. Man drohte erfolglos das einzige Druckmittel an, das man gegen die Jusos hatte: einfach abzureisen, falls die Jusos nicht unverzüglich ins Plenum zurückkehren — und machten das auch wahr. Damit war die 60%-Mehrheit für die GOler gesichert und den Jusos eine wichtige Trumpfkarte genommen, sodaß sie sich schließlich auf den Kompromiß einließen. Aber auch damit haben sie relativ viel erreicht. Auch wenn die GO-Kräfte in der VDS einige Schlappen einstecken mußten, ist es ihnen immerhin gelungen, ein Auseinanderbrechen des Verbands zu verhindern. Im Anschluß an die letzte MV gelang es ihnen, einen Vorstand zu bilden, der sich politisch ebenso zusammensetzt wie der alte, d.h. den GO-Kräften eine Mehrheit sichert. Aber dieses Ergebnis darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die VDS politisch am Zusammenbruch steht.



„Das Publikum muß nicht alles sehen"

Die Mehrheits-Jusos nehmen bei ihrem Versuch einer Sozialdemokratisierung der VDS deren Zerstörung in kauf — und das in einer Situation, wo mit zahlreichen Prozessen versucht wird, die Verfaßte Studentenschaft als politische Kraft zu liquidieren. Nur noch peinlich ist es, daß die Basisgruppen aus ihrer eigenen Politikunfähigkeit heraus bereit sind, den Teufel mit dem Beelzebub zu bekämpfen, und sich ausgerechnet mit den Jusos gegen die GO verbünden.

So besteht die Situation, daß es momentan keine Kraft gibt, die innerhalb der VDS eine politische Alternative zu dem GO-Konzept darstellt. Die Verteidigung der politischen Rechte der Verfaßten Studentenschaft ist für die BG kein Thema und für die Jusos mit ihrem Staatsfetischismus schon gar nicht. Man muß die GO nicht lieben, um eine solche Konstellation für katastrophal zu halten. Und man muß die VDS nicht lieben, um ihren perspektivlosen Zusammenbruch nicht auch noch zu unterstützen. Es ist sinnvoll und notwendig, stärker als bislang an der Herausbildung einer grün-alternativen Strömung zu arbeiten und zu einer Koordinierung der vorhandenen Ansätze zu kommen. Dies wird ohne eine klare Abgrenzung von den Manövern der Jusos und denen mit ihnen verbündeten Strömungen in den BG nicht abgehen.

C./(Hochschulzelle Hamburg)

Uni Hamburg:

Gericht verbietet Friedensaktionen

Die Hamburger Justiz hat dem AStA der Universität sämtliche für das Wintersemester geplanten Aktionen verboten. Über 2000 Studenten hatten Ende Oktober auf einer Friedens-Vollversammlung eine Orientierung auf eine Beteiligung an den Widerstandsaktionen gegen die Stationierung im November und Dezember sowie einen Streik an der Uni gegen die NATO-„Nach"rüstung beschlossen. Weiterhin beschlossen worden war, an der Uni Hamburg eine Urabstimmung durchzuführen, die erstens die mehrheitliche Ablehnung der Stationierung und zweitens die Forderung nach einer konsultativen Volksbefragung zum Ausdruck bringen sollte.

Die Verbotsurteile, die allen Organen der Verfaßten Studentenschaft eine Beteiligung oder Durchführung der geplanten Aktionen untersagen, zeigen zum einen recht anschaulich das Demokratieverständnis der Hamburger Justiz; zum anderen zeigt die Reaktion der studentischen Linken, daß sie (bislang) derartigen Angriffen nicht gewachsen ist.

Mit dem Verbotsurteil vom 1.November ist an der Hamburger Universität eine Situation entstanden, die sich wesentlich von der der letzten Semester unterscheidet. In den vorangegangenen Semestern fanden unter mehr oder minder großer Beteiligung fast ausschließlich sozialpolitische Aktionen statt, die en inneren Frieden der Universität nicht infrage stellten. Organisatorisch und politisch wurden diese Aktionen von den Organisationen MSB (DKP-Studenten), SHB (einer Gruppierung, die sich seit Jahren nicht zwischen SPD und DKP entscheiden kann) und den Jusos getragen.

Die Politik dieses Bündnisses unter der Firmenbezeichnung Gewerkschaftliche Orientierung (GO) beruhte auf zwei schier unerschütterlichen Dogmen:

1. daß die Sozialfrage, die sog. unmittelbaren Interessen, d e r Zugang zu den Studenten überhaupt sei;
2. daß Erfolge nur möglich seien im engen Bündnis mit SPD und DGB, d.h. im wesentlichen mit deren Führungen.

Die Konsequenz dieser Auffassungen war stets ein Ausklammern der Kritik an der SPD, deren Bildungspolitik insbesondere nach der Bonner Wende völlig unangetastet blieb. Auf der großen Bonner Demonstration im letzten Dezember gegen den „Bafög-Kahlschlag" durfte Herr Dohnanyi gegen die Bildungspolitik der CDU/CSU wettern, die bloß vollendet, was die SPD/FDP-Regierung an Sparpolitik

Dezember gegen den „Bafög-Kahlschlag" durfte Herr Dohnanyi gegen die Bildungspolitik der CDU/CSU wettern, die bloß vollendet, was die SPD/FDP-Regierung an Sparpolitik

begann.

Sehr anschaulich wird der Hintergrund der GO-Politik an folgendem Satz: „*Dabei ist es wichtig, gerade auch die von Mitgliedern und Anhängern der SPD akzeptierte Parteiführung für diese Kernforderungen sichtbar zu gewinnen —sonst gewinnt man nämlich die dieser Führung vertrauenden Bevölkerungsgruppen nicht, ja grenzt sich sogar von ihnen ab.*" (Flugblatt der Hamburger GO gegen die GAL). In seltener Klarheit formuliert dieser Satz den grenzenlosen Opportunismus gegenüber der SPD-Führung. Im SPD-regierten Hamburg führte die AStA-Politik daher zu einer Art Burgfrieden. Es liegt auf der Hand, daß dieser Sozialkampf ohne Konfrontation mit der SPD-Politik ungemein langweilig verlief und zur Politisierung der Studentenschaft nicht sonderlich beitrug. Gemäß der Maxime „*Breite ist die größte Radikalität*" (Originalton) setzten die GO-Kräfte einen „Minimalkonsens" durch, der nicht darauf orientierte, zu politisch wirkungsvollen Aktionen gegen den Hamburger Senat zu kommen (der schlußendlich für die Hamburger Hochschulmisere verantwortlich ist), sondern auf Aktionen, die für die Sozialdemokratie tragbar waren.

Bekanntermaßen vertreten die DKP-Kräfte plus linke Sozialdemokratie auch und gerade in der Friedensfrage denselben Grundsatz, um keinen Preis die SPD-Führung zu verschrecken. D a r i n hat sich nichts geändert. Die Unterschiede zu den vorangegangenen Semestern liegen aber in zweierlei:

1. Alle linken Hochschulgruppen in Hamburg orientierten seit Anfang des Semesters auf eine Beteiligung und Orientierung an der Friedensbewegung, vertraten die Zugehörigkeit der Studentenbewegung zu einer politischen Massenbewegung. Daher ging ganz zwangslkäufig die Frage der Wahrnehmung des Politischen Mandats diesmal nicht um Nebenaspekte, sondern um die zentralen Aktivitäten.
2. Es gab gewisse Schritte zu einer Radikalisierung; einmal von den Aktionsformen her (organisierte Teilnahme an den Blockaden in Bremerhaven und Hamburg), zum andren in den Inhalten. Wenn bspw. die GO-Kräfte der Bonner Regierung die Legitimation zur Entscheidung absprechen und erklären: „*Für die Herrschenden muß deutlich werden: Eine Stationierung würde den gesellschaftlichen Konsens bedrohen*" (AStA-Info), dann liegt darin eine andere Brisanz als in der Forderung nach Erhalt der SPD-Reformen (Bafög etc.).

Geändert hat sich nicht so sehr der Opportunismus der GO-Kräfte als vielmehr die politische Gesamtsituation durch den Bonner Regierungswechsel und die Herausbildung der Friedensbewegung. Vor diesem Hintergrund ist selbst ein opportunistisches Bündnis mit der SPD immerhin noch oppositionell gegenüber der Bundesregierung und der Protest gegen die atomare Aufrüstung birgt relativ zur Bafög-Frage wesentlich größere Chancen der Radikalisierung in sich.

Urabstimmung und Streik

Im Mittelpunkt, der von den Gerichten verbotenen Aktivitäten, stehen die Beteiligung an den Protestaktionen am 21./22. November, eine Urabstimmung an den Universitäten, die eine konsultative Volksbefragung fordert, sowie ein Streik vom 5. bis zum 12.Dezember gegen die Stationierung. Weiterhin wurden sowohl dem AStA als auch dem Studentenparlament (SP) sowie deren Mitgliedern verboten, auf einer Vollversammlung an der Uni überhaupt derartige Aktionsvorschläge zu beraten und zu beschließen. Die Hamburger Uni-Verwaltung tat das ihre: Sie untersagte per Raumnutzungsvertrag eine Debatte über die Aktionsvorschläge und machte die Sitzungsleitung dafür verantwortlich, daß keine Anträge nämlichen Inhalts gestellt werden dürften.

Diese Urteile müssen durchweg ernst genommen werden, zumal die nicht nur ASten in ihrer Finanzlage bedrohen, sondern auch die einzelnen Mitglieder, gegen die in der Folge Verfahren wegen Veruntreuung eingeleitet werden können bzw. an vielen Unis bereits laufen. Konkret hieß dies, daß das Präsidium des SP sowie die AStA-Mitglieder auf der Uni-VV das Podium verlassen mußten und die linken Studentengruppen —MSB, SHB, Jusos und GAL-HSG —eine Sitzungsleitung bildeten; im Klartext: die gewählten Organe der Studentenschaft waren durch diese Urteile schlicht handlungsunfähig gemacht.

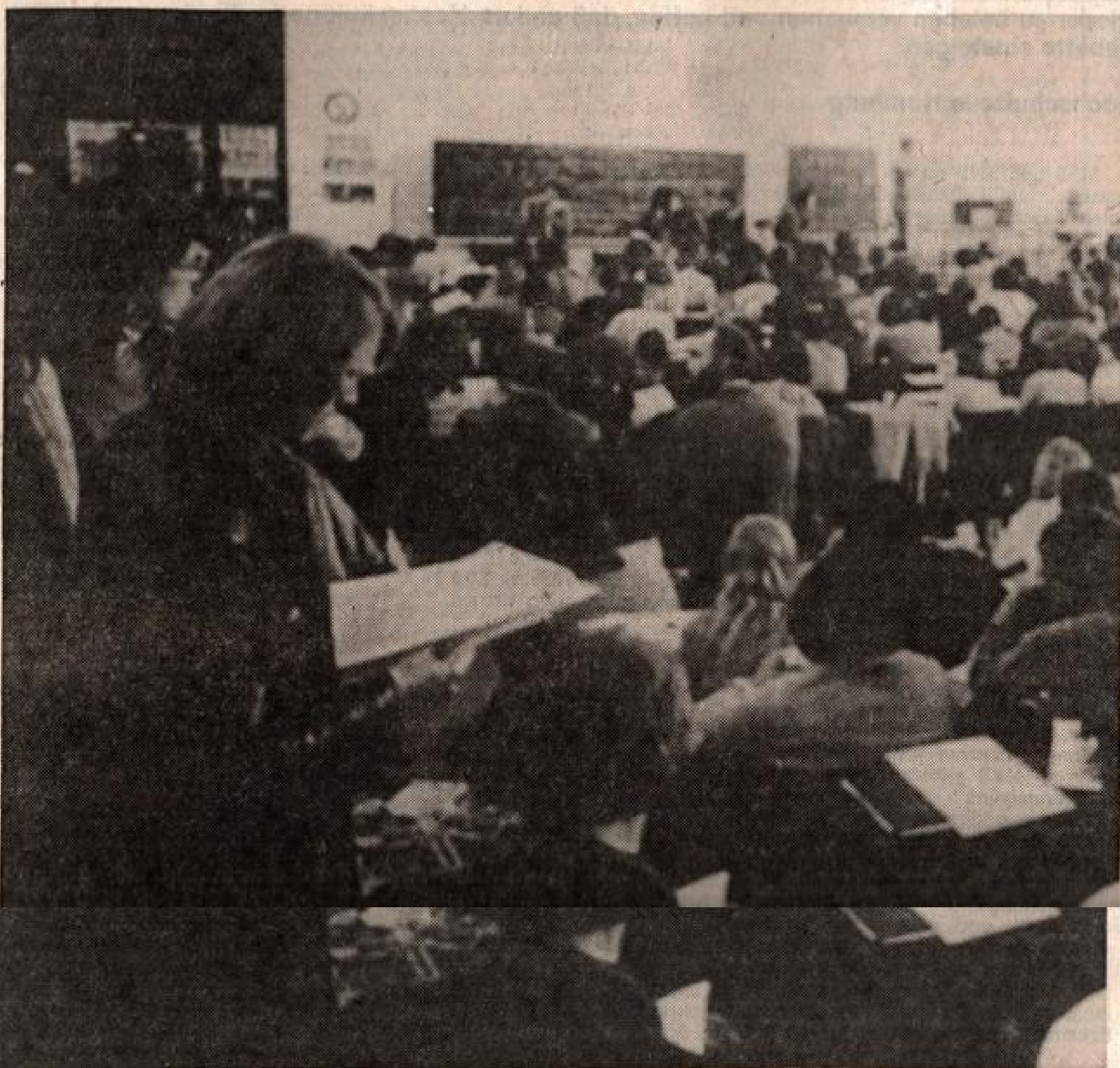
Es lohnt sich durchaus, sich mit den Urteilen näher auseinanderzusetzen, weil sie zumindest für Hamburg eine deutliche Zuspitzung bedeuten. Bislang war es noch möglich gewesen, politische Aktionen durchzuführen, wenn ü b e r h a u p t ein Zusammenhang zu hochschulpolitischen Belangen hergestellt wurde. So war es im letzten Semester möglich, eine Aktion an dem US-Konsulat zu veranstalten, weil —wie originell —nach dem Motto „Bafög statt Pershing" ganz am Rande auch Hochschulpolitisches angesprochen wurde. Das ist nun vorbei.

Die beiden Urteile vom 1. und 4. November ziehen die Grenzen sehr viel enger. Außer hochschulpolitischen Aktionen ist eigentlich alles verboten und diese werden sehr eng definiert als Aktionen, die außer Sozialem „*ausschließlich folgende Angelgenheiten betreffen*":
— „*Forschung, Lehre und Studium*",
— „*Abwehr von Bestrebungen*",die die „*Freiheit von Forschung, Lehre und des Studiums*" beeinträchtigen, oder
— „*darauf gerichtet sind, das Grundgesetz in einer Weise abzuändern, durch welche die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium ...gefährdet werden könnte*",
— sowie das „*Eintreten für Mitglieder von Hochschulen, wenn gegen sie in dieser Eigenschaft Angriffe gerichtet sind*".

In der Begründung für das Verbot argumentiert das Gericht mit dem Schwerpunkt der geplanten Aktionen: „*Daß die Grenzen dieser Zuständigkeit (s.o.) in allen im Antrag bezeichneten Aktionen überschritten werden, ist nicht zweifelhaft. Ihnen allen fehlt der Bezug zu hochschulpolitischen Fragen. (...)ihr Ziel und Zweck ist auch nicht die Hochschulpolitik... Vielmehr liegt ihr Schwergewicht eindeutig auf dem...Feld der Sicherheits- und Außenpolitik.(...)Sie rücken die Frage der Stationierung neuer Waffen in den alles beherrschenden Mittelpunkt. Zudem verstehen sich alle Aktionen als Teil einer bundesweit und zentral organisierten Friedensbewegung...Die an mehreren Stellen verwendeten Schlagworte: 'Bafög statt Pershing II' und 'Hochschulen für Frieden, Arbeit und Bildung' ändern an dieser Schwergewichtssetzung nichts.*" (7 VG 2860/ 83)

Das Gericht folgte mit dieser Argumentation dem Antrag, der von Mitgliedern des Hamburger RCDS gestellt worden war. Die Festsetzung des zu erwartenden Ordnungsgeldes von einer halben Million DM macht es völlig unmöglich, das Urteil einfach zu ignorieren. Ein solches Ordnungsgeld würde den Hamburger AStA sofort lahmlegen und seine Mitglieder wegen der zu erwartenden Veruntreuungsklage einer existentiellen Gefahr aussetzen. Dennoch sollen und werden die Aktionen durchgeführt werden —aber nicht von den gewählten Organen der Studentenschaft.

Bislang zumindest noch können die linken Hochschulgruppen an der Uni versuchen, die Aktionen durchzuführen. Die Urteile untersagen nicht die Aktionen selbst, sondern sie untersagen es allen Organen der V e r f a ß t e n Studentenschaft, diese durchzuführen oder sich zu beteiligen. Bislang verzichtet die Hamburger Universitätsverwaltung, diese Urteile in ihrer ganzen Schärfe durchzusetzen. So ist es möglich, in den Gebäuden der Universität die Urabstimmung praktisch durchzuführen, Seminaragitation zu betreiben etc.pp. Allerdings zeigte der Raumnutzungsvertrag der letzten Uni-VV (siehe oben) daß auch dieser Spielraum enger wird.



Vereinigte Deutsche Studentenschaften: 8. VDS-MV

Reaktion der GO-Kräfte

Der noch verbleibende Spielraum macht es möglich, den Urteilen auszuweichen und nach Schlupfwinkeln zu suchen. Die den AStA tragenden Verbände mobilisieren nun für die Dezemberaktionen nach dem Motto 'Jetzt erst recht!', ohne die politische Dimension der Urteile aufzuzeigen. Hinter der Empörung über die Kläger vom RCDS verschwindet fast völlig die Tatsache, daß erst der Staatsapparat den RCDS zur Gefahr macht, indem er sich per Gerichtsurteil hinter diesen stellt. Der RCDS ist politisch in Hamburg ein totaler Papiertiger und hat seine liebe Mühe bei Uni-Wahlen nicht unter die 5%-Marge zu fallen.

Selbstverständlich protestieren die GO-Verbände gegen die Urteile, versuchen aber in der praktischen Politik einer Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Dabei ist es verständlich, wenn angesichts der Situation der AStA nicht als Veranstalter der Aktionen auftritt. Aber die GO-Verbände vermeiden auch die politische Konfrontation, tun keinen Handschlag für eine Politisierung der Studentenschaft an dieser Frage. Statt beispielsweise den Raumnutzungsvertrag für eine politische Konfrontation mit der Uni-Verwaltung zu nutzen, aufzuzeigen, daß diese sich zum Büttel der politischen Justiz macht und die Gefahr herauszustellen, daß auch der Spielraum für die linken Organisationen an der Uni zunehmend enger wird, klammert man diese Aspekte aus und hofft doch noch irgendwie auf eine solidarisierende Stellungnahme der Uni-Verwaltung (das ist kein Witz!). Der einzige positive Aspekt, den Verbotsurteile haben können, nämlich klarzumachen, wer der Gegner ist, wird glatt verschenkt. Den „*gesellschaftlichen Konsens bedrohen*", kann man so sicher nicht.

Andrerseits ist nicht zu verkennen, daß die politische Situation insgesamt an der Uni einer solchen Porzellanpolitik sehr entgegenkommt. Verbotsurteile werden in der Studentenschaft eher mit kritischem Kopfschütteln vermerkt als mit aktiver Wut. Auch wenn auf der Wahlebene die Hamburger Uni immer noch sehr links ist (etwa 80% für die linken Gruppen bei einer stagnierenden Beteiligung um die 25% der immatrikulierten Studenten), so ist das politische Niveau der Diskussionen und Aktionen kaum mehr von der sonstigen Bewegung zu unterscheiden.

Und die GAL-Studenten...

Die GAL-Hochschulgruppen, die seit etwa einem Jahr an der Uni aktiv sind, kamen durch die Verbotsurteile in eine schwierige Lage. Einerseits herrschte die Befürchtung, die Dezemberaktionen könnten wie in den letzten Semestern ablaufen und außer viel Gerödel wenig einbringen; andrerseits haben diese Aktionen gerade durch das Verbot einen anderen Charakter bekommen und die Orientierung auf die Friedensbewegung ist real Konsens unter allen linken Hochschulgruppen.

Nach einigen zum Teil recht heftigen Debatten hat die GAL-Hochschulgruppe schließlich zur Unterstützung des Streiks aufgerufen und sich an dem „Urabstimmungskomitee" beteiligt. Letzteres stellt ein Koordinierungsgremium für die Aktionen dar und arbeitet auf Konsensbasis. So war es der GAL-HSG möglich in den gemeinsamen Aufrufen gegen die NATO-Aufrüstung insgesamt zu orientieren, die Strategie des „Airland Battle 2000" in die Agitation miteinzubeziehen etc.

Die größte Schwäche der GAL-HSG lag bislang darin, daß sie in der Frage des Politischen Mandats die Lücke nicht füllen konnte, die die GO-Politik läßt. Zum Teil verzettelte sich die GAL-HSG zu sehr an Nebenfronten (etwa der Unsinnigkeit der Parole „Bafög statt Pershing") statt sich auf die Frage der Repression und des Staates zu konzentrieren. Die Möglichkeit, an-

(etwa der Unsinnigkeit der Parole „Bafög statt Pershing") statt sich auf die Frage der Repression und des Staates zu konzentrieren. Die Möglichkeit, an-

hand der Urteile zu einer breiteren Debatte über die Taktik des Staates gegen die Friedensbewegung zu kommen, wurde weitgehend verschenkt.

In der Mitarbeit im „Urabstimmungskomitee" hat sich gezeigt, daß einige inhaltliche Erweiterungen gegenüber dem GO-Konzept durchsetzbar waren, weil auch von seiten des GO-Blocks ein Interesse an der Zusammenarbeit mit der GAL-HSG vorhanden ist. Auch wenn dies wesentlich taktisch bedingt ist, läßt sich diese Situation nutzen, um wenigstens kleine Schritte in die Richtung zu tun, das Gesamtkonzept der NATO anzugreifen.

Die berühmte Narrenfreiheit an den Unis ist bereits weitgehend beseitigt. Zwar haben politische Gruppierungen an den Unis immer noch mehr Spielraum als in andren Bereichen, aber die Organe der Verfaßten Studentenschaft werden in politischen Fragen zunehmend handlungsunfähig gemacht. Parallel dazu hat die Entpolitisierung der Unis ein Ausmaß erreicht, das sie dem westdeutschen Standard erschreckend ähnlich macht. Von „abgehobenen Theoriedebatten" keine Spur, an den Unis wird fast genausowenig grundsätzlich diskutiert wie andernorts. Es ist doch sehr zu bezweifeln, ob die GO-Taktik, angesichts dieser Verhältnisse auf halbe Kraft zu schalten, richtig ist; oder ob es nicht so ist, daß der Staatsapparat sich derartige Urteile leistet, weil er von dieser studentischen Linken keine Radikalisierung erwartet; ob es nicht die beste Verteidigung ist, mit dem angedrohten Zerbrechen des Konsenses endlich einmal ernst zu machen. Wozu all die taktische Rücksicht, wenn die Aktionen eh verboten werden?

J.(Hochschulzelle Hamburg)

Aus dem Leben gegriffen

Die letzten Tage der Menschheit

Der Einfluß des Propheten

Washington, 30. Oktober (AP). Us-Präsident Ronald Reagan hält es nach Darstellung eines Washingtoner L o b b y i s t e n für durchaus möglich, daß sich die Welt gemäß der Offenbarung des Johannes dem Jüngsten Gericht und der Entscheidungsschlacht von Armaggedon zwischen Gut und Böse nähert. Thomas Dine, Geschäftsführer eines für gute Beziehungen zwischen den USA und Israel werbenden Komitees, sagte am Wochenende ...

Der Präsident habe das Gespräch mit den Worten fortgesetzt: ,,Wie sie wissen, gehe ich immer wieder auf E u r e alten Propheten im Alten Testament und auf die Anzeichen zurück, die Armaggedon ankündigen. Ich e r t a p p e mich dabei, daß ich mich frage, ob wir die Generation sind, die erlebt, wie d a s auf uns z u k o m m t. Ich weiß nicht, ob sie in letzter Zeit eine dieser Prophezeiungen wahrgenommen haben. Aber glauben Sie mir, sie beschreiben ganz g e w i ß die Zeit, die wir jetzt erleben.''

Eben fragte er sich noch, o b es wohl sein könnte, daß. Zwei Sätze weiter ist es ihm schon g e w i ß . Rasche Lernprozesse sind ihm jedenfalls nicht abzusprechen. Daß die Offenbarung des Johannes zwar eine freie Bearbeitung nach dem Film ,,Apokalypse now'', aber keinesfalls ein Stück aus dem jüdischen A l t e n Testament ist, weiß Reagan vielleicht besser als die AP-Leute, die die Meldung zu verfassen hatten. Vielleicht weiß er es aber auch n i c h t besser, und der Lobbyist konnte wieder einmal herzhaft über ein besonders blödes Exemplar von Goj lachen.

Gedacht ist beim Stichwort ,,Armaggedon'' an den Untergang der Menschheit in Feuer, Hitze, Erdbeben, beispiellosen Überschwemmungen. Mit einem Wort: an den atomar zelebrierten Dritten Weltkrieg, wenn nötig totaler und radikaler, als ihn sich Josef Goebbels überhaupt noch vorstellen konnte. Daß Reagan, der doch so gut wie nur ganz wenige weiß, wie nahe wir an dem Punkt sind und wie man ihn herbeiführt, Bibeltexte bemühen muß, um darüber zu spekulieren, was demnächst auf uns z u k o m m e n könnte, läßt weit blicken. Was aber, wenn er sich g e i r r t hätte? Wenn nämlich mit der ,,Hure Babylon'' mit der ,,die Könige auf Erden Hurerei trieben'' und durch die ,,die Kaufleute auf Erden reich geworden'' sind, gar nicht die Sowjetunion gemeint ist, sondern die USA?

USA?

Nach allgemeinen Lebenserfahrungen durchaus üblich

Was ein Sexprotz im Büro sagen darf

Die Geschichte spielt in einer Kleinstadt bei Trier. Genauer: Im Freizeitraum der Zweigstelle einer Krankenkasse. Die Stimmung war l o c k e r. Vize-Chef Josef G. (42) ... wurde besonders deutlich. ,,Wenn ich über Sie rutschen würde, hätten Sie das Gefühl eines Grashalms, der von einem Leopard-Panzer überrollt wird'', sagte er der Kollegin Elisabeth T. ... Bei ein paar Gläschen Mosel soll Josef G. einer Sachbearbeiterin eröffnet haben: ,,wenn der Alte im Urlaub ist, werden alle Frauen hier im Hause ausprobiert. Und wer nicht w i l l i g ist, kriegt D r u c k'' ... Ein Angestellter: ,,Abends hat mich der Vize gefragt, was ich von der Kollegin E. halte, ob sie denn gut zu ,bumsen' sei''.

Solche Umgangsformen sind mutmaßlich auch in der BILD-Redaktion so üblich, daß sie a l l e i n niemals als Stoff für eine Meldung ausgereicht hätten. In dem geschilderten Fall ereignete sich jedoch — mag der Teufel wissen, aus welchen Hintergründen — etwas Außerordentliches:

Der Chef entließ seinen Vize. ,,Sie haben in ganz übler Weise weibliche Mitarbeiter der Kasse beleidigt''.

Josef G. klagte gegen die Kündigung ... Das Gericht kam zu dem Schluß, daß Herr G. wieder eingestellt werden muß: ,,Das waren Gespräche nach Feierabend ... Es sei jedoch nicht ersichtlich, inwieweit dadurch die Grenze zum dienstlichen Bereich überschritten worden ist''. **Außerdem seien G e s p r ä c h e über S e x nach allgemeiner Lebenserfahrung in einem Betrieb d u r c h a u s üblich. Josef G. habe den Betriebs f r i e d e n nicht gestört.**
(BILD, 11.11.)

Gestört haben den Betriebfrieden vielmehr die zickigen Weiber, die aus einer nach allgemeiner Lebenserfahrung durchaus üblichen Lappalie eine große Affäre machen wollten. Wäre ja noch schöner gewesen. Es gibt schließlich Richter in Deutschland.

Bravo Kümmeltürk: Du Demokrat!

Türken mit Maß

Von Enno v. Loewenstern

Als die Türken endlich zur Wahl gehen konnten, wählten sie wahrhaft f r e i. Sie ließen sich weder zu einem Kandidaten der Generäle drängen noch von l i n k e n D e m a g o g e n zur Wahlenthaltung überreden. Sie gaben einer Partei die Mehrheit, die g e m ä ß i g t ist, und dem ,,kranken Mann am Bosperus'' wirtschaftlich auf die Beine helfen will. Die Türken haben — ähnlich wie vor einer Woche Argentinien — aller Welt bewiesen, daß sie ein Volk der demokratischen V e r n u n f t sind.
(BILD, 8.11.)

Das mit den linken Demagogen habe ich verstanden. Aber was hat Enno von Loewenstern plötzlich gegen die türkischen Generäle? Er ist doch sonst nicht so?

Rauschgift-Kriminalität

München, 31. Oktober. Nachts auf der Autobahn hinter München: Mit Tempo 180 bohrte sich der schwere Wagen des CSU-Generalsekretärs Otto Wiesheu (38) in einen weißen Fiat 500. Der Mann am Steuer, ein Rentner, war sofort tot. Wiesheu fuhr unter Alkoholeinfluß, er-

am Steuer, ein Rentner, war sofort tot. Wiesheu fuhr unter Alkoholeinfluß, er-

gab eine Blutprobe. Die Staatsanwaltschaft strebt ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung an ...

Mit 180 Sachen jagt der d u n k e l b r a u n e Mercedes 500 SEL über die Autobahn München-Nürnberg. Otto Wiesheu steuert seinen Dienstwagen ... selber ... Urplötzlich ist auf dem mittleren von drei Fahrstreifen der kleine Fiat 500 da. Wiesheu will nach links ausweichen, rammt mit der rechten Seite den Fiat. Er katapultiert ihn 60 Meter nach vorn, rechts die Böschung rauf ... Fiat-Fahrer Josef Rubinfeld (67) stirbt in den Trümmern, sein Beifahrer Friedrich Gieland (41) bricht sich Jochbein, Nasenbein, wacht im Krankenhaus auf.

,,Der Josef wollte zum ersten Mal seit 1945 in seine Heimat Polen. Er wollte nach A u s c h w i t z , wo seine Eltern und der Bruder u m g e k o m m e n sind.'' Für Freunde und Verwandte hatte er Wurst, Schokolade dabei ...

Das bayerische Justizministerium hat eine Nachrichtensperre verhängt.
(BILD, 31.10.)

AP, München ... CSU-Sprecher Godel Rosenberg teilte mit, Wiesheu werde seine G e s c h ä f t e als CSU-Generalsekretär schon in der nächsten Woche wieder aufnehmen, da er selbst bei dem Unfall nur leicht verletzt und inzwischen schon aus dem Krankenhaus entlassen worden sei.
(Welt, 1.11.)

Fin. München, 31. Oktober ... Der CSU-Vorsitzende Strauß hat Wiesheu ,,j e d e H i l f e'' zugesagt. CSU-Sprecher Rosenberg sagte, an Wiesheus Position als Generalsekretär werde sich vorerst nichts ändern. Viele Parteifreunde hätten in der Landesleitung angerufen, ,,um Wiesheu Mut zu machen.''
(Frankf. Allgemeine, 1.11.)

München, 31. Oktober ... Rosenberg sagte zur politischen Zukunft des CSU-Generalsekretärs: ,,Ich sehe keine Auswirkungen auf seine Ämter.''
(Frankf. Rundschau, 1.11.)

München, 2. November (Reuter). Für die CSU ist ein Rücktritt ihres Generalsekretärs Otto Wiesheu ... k e i n T h e m a . CSU-Sprecher Rosenberg wies am Mittwoch zugleich Berichte als ,,glatte E r f i n d u n g'' zurück, wonach Wiesheu selbst habe zurücktreten wollen, aber von seinen Parteifreunden überredet worden sei, doch im Amt zu bleiben. **Laut Rosenberg erreichgen Wiesheu täglich zahlreiche Anrufe und Telegramme, die ihm M u t zusprechen ...**
(Frankf. Allgemeine, 3.11.)



Fin. München, 8. November. Der CSU-Vorsitzende Strauß hat den Landtagsabgeordneten Otto Wiesheu von dessen Pflichten als Generalsekretär der CSU bis auf weiteres entbunden. Strauß entsprach damit einer Bitte seines im Krankenhaus liegenden Mitarbeiters ...
(Frankf. Allgemeine, 9.11.)

CSU-Generalsekretär Wiesheu (39) hatte 1,69 Promille, als er einen Menschen totfuhr, wurde in München bekannt.
(BILD, 9.11.)

Fin. München, 10. November. Otto Wiesheu hat kurz nach seinem Autounfall ... dem CSU-Vorsitzenden Strauß seinen Rücktritt vom Amt des CSU-Generalsekretärs angeboten. Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Tandler ... sagte vor Journalisten, Wiesheus Angebot sei ,,u n m i t t e l b a r nach dem Unfall'' erfolgt und von Strauß s o f o r t a b g e l e h n t worden. Hieraus ergibt sich, daß der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Stoiber, die Öffentlichkeit falsch informiert hat. Stoiber dementierte noch am 7. November derartige Gespräche über einen möglichen Rücktritt des Generalsekretärs ... Es ist ausgeschlossen, daß Stoiber die wahren Sachverhalte nicht kannte ...
(Frankf. Allgemeine, 11.11.)

BEE'I LE BAILEY



Zimmermann will auch kleine Hascher bestrafen

wke. Bonn, 15.11. ... Innenmninister Zimmermann will mit s c h ä r f s t e n Mitteln die Rauschgiftkriminalität bekämpfen ... Auch kleine Haschkonsumenten sollen bestraft werden. Zimmermann: **,,Nachsicht mit den kleinen Haschern bei der Strafverfolgung ist v e r a n t w o r t u n g s l o s. Sie sind nicht nur Opfer sondern auch T ä t e r.'' ...**
(BILD, 15.11.)

Der Terrorist Carlos droht Zimmermann

ban. Bonn, 4. November. Der international gesuchte Terrorist mit dem Decknamen Carlos hat Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) ein Attentat angedroht. Ein entsprechendes Schreiben wurde Anfang Oktober in der deutschen Botschaft in Dschiddah abgegeben und wird von den deutschen Sicherheitsbehörden als ,,authentisch'' bewertet ...

Die Drohungen richten sich gegen Zimmermann persönlich ...
(Frankf. Allgemeine, 5.11.)

Warum eigentlich nicht? Aber warum nur gegen Zimmermann?

Blockübergreifende Friedensbewegung (I)

Deutlich gegen jede Volksbefragung ist Fraktionssprecher Otto Schily. ,,Ich halte nichts von der Verankerung des Plesbiszits in der Verfassung'', sagt Schily und vermutet, daß dann auch die Todesstrafe wieder eingeführt werden würde. Eine Volksabstimmung könnte er sich allenfalls regional begrenzt und über eng eingegrenzte Themen vorstellen. Alle Erfahrungen mit dem Plesbiszit würden zeigen, ,,daß genau das herauskommt, was man nicht haben will''.
(taz, 28.4.)

... Schily schlug (Honecker) daraufhin vor, man solle doch auch in der DDR eine konsultative Volksbefragung durchführen, da man eine solche im Westen ja durchaus unterstütze.
(taz, 3.11.)

Blockübergreifende Friedensbewegung (II)

Aus dem Protokoll der Fraktionssitzung der Grünen im Bundestag vom 11. Oktober:

Top 2: Moskaureise
Nicht protokolliert sind die zahlreichen Versuche, im Nachherein Irrungen, Wirrungen, Mißverständnisse, Vertrauensstörungen und ähnliche Kommunikationsformen aufzuklären. Darüber hinaus wurden noch folgende Aspekte a n d i s k u t i e r t:

— Gibt es eigentlich ein eindeutiges Konzept für die Moskaureise? Was können wir von der Sowjetunion verlangen, die tägliche Verschrottung einer SS 20 oder die Zwischenlösung oder ...
— Was bringen Auslandsreisen grundsätzlich? Wie läuft der Informationsfluß zwischen Delegation und Fraktion ... Wie läuft die Arbeit in der Fraktion zu Zeiten extremster R e i s e w u t?
— Anregung Walter Schw.: Auswertung der Reisen auch über M e d i e n wie Film und Foto ...

Seine Anregung ist vermutlich gerne aufgenommen worden. Denn mediensüchtig sind die Grünen auf gar keinen Fall, aber für medientüchtig halten sie sich allemal.

Was über Konzept und Zweck von grünen Prominenten-Trips allgemein und zur Moskau-Reise insbesondere diskutiert wurde, ist im Protokoll nicht verzeichnet. Es hätte vermutlich das Aufzeichnen auch nicht gelohnt. Immerhin, man hat es a n d i s k u t i e r t. Peinlicherweise allerdings erst eine Woche nach dem ursprünglich vorgesehenen Beginn der Moskau-Reise (4.10.), die ja nur aufgrund der Eskapaden von Petra Kelly schließlich auf Ende Oktober verschoben wurde.

Noch ein Stück peinlicher ist die Version der ,,taz'':

Von Verbitterung und Verärgerung sprachen viele Parteifunktionäre. Unmöglich sei es beispielsweise, den thematischen Streit um die Moskaureise der Partei in Duisburg (auf dem Parteitag der Grünen) nicht zur politischen Diskussion vorzulegen. Schily und Beck-Oberdorf hatten e r s t a u f d e r R e i s e debattiert, ob den Moskauer Gesprächspartnern die Reagansche Nullösung oder die gleiche Raketenzahl wie die britisch-französische Atomstreitmacht zuzugestehen sei.
(taz, 21.11.)

Soviel von keiner Basisdebatte beeinflußte S e l b s t h e r r l i c h k e i t als Produkt von Inkompetenz, Desorganisation und Schlamperei wäre in keiner der zu Recht geschmähten K-Gruppen möglich gewesen.

Aus den Protokollen der Weisen von Peking

,,China will den Westen mit Rauschgift zerstören''

Von Adi Sidon

Der Welthandel mit Rauschgift wird größtenteils von China gesteuert!

Diesen überraschenden Vorwurf erhob jetzt in einem Gespräch mit BILD am SONNTAG der israelische Oberst Schimeon Lewinson, der sich drei Jahre als Leiter eines 30 Mann starken Teams der UNO in Südostasien aufhielt.

Kohls Antwort an die Mütter von Filderstadt:

Wer Frieden will, darf nicht wehrlos sein

„Westliche Experten sind davon überzeugt, daß China ein Interesse daran hat, das Leben im Westen durch den Zustrom von Heroin so weit wie möglich zu stören", erklärte Schimeon Levinson ... Die Opiumhersteller haben für die Heroingewinnung supermoderne Labors eingerichtet. Die Arbeit darin wird allein von Chinesen geführt. Die meisten Laboranten kommen mit stillschweigender Duldung der chinesischen Zentralregierung. Die Chinesen haben auch den Vertrieb des Rauschgifts in alle Welt unter Kontrolle."
(BamS, 6.11.)

Und was ist mit dem internationalen Mädchenhandel und der systematischen Ausbreitung der Syphillis?

UFO-Baby wollte keinen Russen-Spinat

‚Ufo-Baby bei den Sowjets' — Weinte nicht — Lachte nicht — Keine Haare — Violette Augen

Sowjetische Wissenschaftler sollen angeblich aus einem abgestürzten Ufo ein Baby geborgen und 11 Wochen am Leben gehalten haben. Das Ufo-Baby hatte nach einem Bericht der US-Zeitschrift „National Enquirer" ... Der „National Enquirer" berichtet: 14. Juli 1983, abends gegen acht. In einem Feuerball verglüht über der kirgisischen Hauptstadt Frunse ein Ufo. Ehe es durch Reibung in der Erdatmosphäre gänzlich zerstört wird, stößt es eine Kapsel ab ...
Im Medizinischen Institut von Frunse öffnen laut „Enquirer" Ärzte die Kapsel vorsichtig. Aus wimpernlosen Augen starrte sie ein Baby an. Eine Krankenschwester: „Das Kind schloß die Augen nie, auch nicht, wenn es schlief. Es versuchte auch nie zu krabbeln oder zu gehen. Es verzog das Gesicht nicht, schrie nicht, sprach nicht." Einzige Reaktion: „Wir fütterten es mit Spinat — den spuckte es wieder aus."...
Nach elf Wochen sei das UFO-Baby mangels eigener Abwehrkräfte an einer Infektion gestorben.
(BILD, 14.11.)

Der BILD-Journalist, der aus dem vom Fernschreiber ausgespuckten Quark eine Meldung zu schmieren hatte, ist offensichtlich nicht auf der Höhe der Zeit und der entsprechenden Aufgaben. Besser hätte er schreiben sollen:

Unmenschlich! Sowjets killen UFO-Baby!

Unmenschlich! Sowjets killen UFO-Baby!

Der KGB hat aus einem kaltblütig abgeschossenen Ufo ein Baby verschleppt und 11 Wochen lang auf grausamste Art zu Tode gequält. Das berichten absolut zuverlässige westliche Geheimdienstkreise ...
Das Ufo-Baby erhielt als Nahrung ausschließlich ungekochten Spinat und billigsten Fusel, Marke „Andropowskaja" ... Nach elf Wochen erlag das Ufo-Baby den furchtbaren Qualen ... Präsident Reagan verurteilte in einer Fernsehrede ... auf das Schärfste ... Und kündigte entschlossene Gegenmaßnahmen an ... Auf dringendes Ersuchen des Gouverneurs der 23. Interstellaren Galaxie haben die Streitkräfte der USA mit einer großangelegten ... Unvermeidliche Opfer ... Die Weltmacht USA nimmt kosmische Herausforderung der Sowjets an ... In der Sowjetunion wird eine Diktatur beseitigt und die Demokratie wiederhergestellt ...

Dieser letzte Satz steht — selbstverständlich mit „Grenada" statt „Sowjetunion" — in einem BILD-Kommentar vom 26.10., unmittelbar nach Beginn der Invasion. Der Kommentar trägt die sinnige Überschrift „Die Gründe". Schlagzeile der BILD am gleichen Tag: „Reagan schlägt zu!". Diesen Schmierfinken fällt offenbar auch nichts Intelligenteres ein als ihren Kollegen 1939. Der Unterschied wird nur im Ausmaß der F o l g e n liegen.

Mörder und Patrioten

Wer Mörder Patrioten nennt

Die Sirenen heulten, viele waren tot, andere verschüttet, da feierte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS den mörderischen Bombenanschlag von Tyrus als „p a t r i o t i s c h e Operation". Das ist so abschreckend wie aufschlußreich. Man erfährt so immerhin, daß der rote Bruder in Moskau zumindest moralisch seine schützende Hand über die schlimmsten Mördergesellen hält.
(BILD, 5.11.)

Die Wahrheit

71 Prozent der Amerikaner finden Präsident Reagans Grenada-Politik richtig; 63 Prozent seine Gesamtpolitik. Wer Amerika wirklich kennt, ist nicht verwundert. Die Amerikaner sind P a t r i o t e n , stolz auf ihr Land ...
(BILD, 10.11.)

Das ist so abschreckend wie aufschlußreich. Ein von der BILD unterschlagenes Detail des Umfrage-Ergebnisses ergänzt das Bild:

Immerhin meinten aber 57 gegen 30 Prozent der Befragten, daß die Kriegsgefahr durch Reagans Außenpolitik steige.
(Frankf. Allgemeine, 10.11.)

Friede auf Erden, verdammt noch mal!

CDU empört: Hamburger Schüler müssen Atomtod spielen

Von Christian Kersting

An der Gesamtschule Bergedorf und
Von Christian Kersting

An der Gesamtschule Bergedorf und dem Gymnasium Sander Tannen wurde Atomtod gespielt. Unter den 1.200 Schülern wurden 300 sichere Bunkerplätze verlost. Wer eine Niete zog, bekam ein Kaugummi — als „Pille Atomex", mit ausführlicher Gebrauchsanweisung: „Wenige Sekunden nach Einnahme erfolgt in schmerzloser Weise der Tod."

Die CDU ist empört und fordert wieder einmal den Rücktritt von Schulsenator Grolle. Menschlich verständlich, denn CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau hatte „ein ganz persönliches Erlebnis":

„Nach dem Friedensunterricht fragte mich meine Tochter Christine: ‚Papa, du bist doch auch gegen Raketen?'. Ich war t i e f b e t r o f f e n , sagte ihr: ‚Darüber reden wir s p ä t e r '. Wie soll man einer Siebenjährigen erklären,

aus: Hamb. Abendblatt, 22.10.83

Ein deutliches Wort des Bundeskanzlers zur Gewaltdebatte

weshalb man die Nachrüstung für nötig hält?".
(BILD, 9.11.)

Eine begründete Frage. Wo man das heute doch nicht einmal mehr Siebzigjährigen ohne weiteres erklären kann. Den Lehrern in Bergedorf ist nur der Vorwurf zu machen, daß sie die Folgen eines Atomkrieges maßlos u n t e r t r i e b e n haben.

Amerikanische Wissenschaftler: Kälte, Dunkelheit, Verseuchung / Auswirkungen eines Atomkrieges

WASHINGTON, 2. November (AP). Die Auswirkungen eines Atomkrieges sind nach den Ermittlungen sowjetischer und amerikanischer Wissenschaftler noch viel schlimmer, als bisher angenommen worden war. Die Überlebenden des Atomkrieges fänden sich sich auf einem eiskalten, finsteren Planeten wieder und wären vom Hungertod bedroht. Eine geringe Chance des Überlebens hätten nur wenige Menschen auf „Inseln" inmitten der atomaren Wüste ... Bei einem größeren atomaren Schlagabtausch sei mit 1,1 Milliarden Toten zu rechnen. Die Zahl der Schwerverletzten werde nochmals 1,1 Milliarden Menschen betragen ...".
(Frankf. Allgemeine, 3.11.)

„Papa, was ist eine Milliarde?" — „Nicht jetzt, Christine! Das erklärt Papa dir, wenn du größer bist."

„Frieden durch mehr Atomwaffen ist eine Art Geisteskrankheit"

... Für die aufwendige Intensivbehandlung von Verbrennungen in dem zu erwartenden Ausmaß stünden in der Bundesrepublik derzeit gerade 50 Patientenbetten zur Verfügung. Knochenmarkstransplantationen, wie sie bei starker radioaktiver Bestrahlung notwendig würden, könnten lediglich bei f ü n f Personen gleichzeitig durchgeführt werden ...
(Frankf. Rundschau, 15.11.; nach einem Vortrag des Chefarztes des Frankfurter Bürgerhospitals, Professor Ulrich Gottstein)

Haftstrafen für Bluff mit Atombunkerplätzen

pid GÖTTINGEN, 10. November. Eine u n e r w a r t e t hohe Strafe — jeweils sechs Monate Haft auf Bewährung sowie zusätzlich 1.000 und 1.500 Mark Geldbuße wegen Amtsanmaßung — verhängte das Landgericht Göttingen am Donnerstag gegen einen 25jährigen Studenten und einen 29jährigen Drucker, die sich im Februar 1982 an einer provokativen Antikriegsaktion der Pazifistengruppe „Gewaltfreie Aktion" (GA) beteiligt hatten. Wie mehrfach berichtet, hatte die GA eine Hauswurfsendung mit nachgeahmtem Briefkopf des städtischen Zivilschutzamtes an fast 6.000 Göttinger Haushalte verteilt. In dem fingierten Schreiben waren die Bürger dazu aufgefordert worden, sich auf eine Dringlichkeitsliste zur Vergabe von Bunkerplätzen setzen zu lassen. Über 50 Familien hatten sich daraufhin tatsächlich mit Hilfe eines angehängten Vordrucks um einen Bunkerplatz beworben.
(Frankf. Rundschau, 11.11.)

Ein fünfzigfacher lebender Beweis, daß das Urteil in dieser Strenge notwendig war. „Unerwartet" ist nicht die Höhe der Strafe, sondern die Tatsache, daß dieser Staat Mahner wie den Professor Gottstein immer noch frei herumlaufen und Vorträge halten läßt. Wenn die Regierenden schon mit Grund die nackte Wahrheit als hochverräterisch und wehrkraftzersetzend fürchten, dann müßten sie sie eigentlich k o n s e q u e n t unterdrücken, und nicht nur dort, wo sie sich des Mittels der Satire bedient.

Helm ab zum Träumen!

TV-Rekord: 23 Millionen lieben das Traumschiff

Von Rolf René Schneider

Das ZDF-„Traumschiff" schwimmt auf einer ungeheuren Erfolgswelle: 23 Millionen (59 Prozent Einschaltquote) sahen Sonntag die zweite Folge. Das ist Jahresrekord, mehr als beim Länderspiel gegen die Türkei ...
Diplom-Psychologe Peter Schumacher aus Frankfurt erklärt den Erfolg so: „In einer Welt mit Arbeitslosen, Rüstungsgezänk, suchen die Menschen Trost auf dem ‚Traumschiff' ...".
Peter Gerlach, stellvertretender Programmdirektor, sagt: **„Wir geben den Zuschauern, was sie w o l l e n ."**
TV-Kritiker Reginald Rudolf: **„Das ist d i e W e n d e !** Das ZDF beweist, daß man auch heute noch Millionen mit Fernsehen fesseln kann — wenn man für den Zuschauer produziert. Dabei ist die Regel so einfach: Fernsehen mit erhobenem Zeigefinger verjagt die Zuschauer. Show, Spaß, Unterhaltung, Quiz, Spielfilme und g u t informierende Sendungen holen auch weggelaufene Zuschauer wieder an die Mattscheibe."
(BILD, 15.11.)

Es reicht ihnen nicht, mit einer rundum schwachsinnigen und verlogenen Serie aus einem Milieu, zu dem die Mehrheit der TV-Zuschauer niemals gehören wird, 23 Millionen Menschen die Zeit zu stehlen. Sie müssen dem Schaden auch noch den öffentlichen Spott hinzufügen, indem sie ungeniert das Erfolgsrezept solcher Machwerke auszuplaudern, und zwar ausgerechnet in der BILD, deren Publikum zweifellos eine Teilmenge jener unglücklichen 23 Millionen ist. Ein Volk, das den Geschmack und das geistige Niveau seines Bundeskanzlers teilt, ist meistens arm dran. Wenn der Bundeskanzler aber auch noch Kohl heißt, ist eigentlich schon alles zu spät.

Fortsetzung nächste Seite





Gunnar Möller: „Ich suche eine Frau!"

Der (fast) perfekte Gattenmord

● Ein Oberregierungsrat erschoß seine erste Frau, tarnte es als Selbstmord und spielte den untröstlichen Witwer. Als 15 Jahre später seine zweite Frau auf die gleiche Weise starb, machte er einen kleinen Fehler.

Ein Report über Männer, die aus Haß, Eifersucht, Geldgier ihre Frau töteten und die Tat raffiniert tarnten.

(aus: BILD am Sonntag, 6.11.83)

Aus dem Alltag der Aasgeier

In einem verlassenen Hotel schlüpfen wir unter. Plötzlich Schüsse. Treffer — das Hotel in Brand! Wir schlugen uns zum Flughafen durch. Wieder Lebensgefahr! Wir im Schußwechsel zwischen Kubanern und US-Marines! ...
(BILD, 31.10.)

So geht es zu, wenn „Stern"-Reporter (in diesem Fall waren es Hans-Joachim Löwer und Jay Ullal) an den Schauplätzen der Weltgeschichte ihrem Berufsrisiko nachgehen. Aber auch in der mitteleuropäischen Großstadt kann das Leben ganz schön aufregend sein, da wird das Herz noch gewogen:

Heroin-Dschungel

Das Viertel „Nieuwmarkt" in der Innenstadt von Amsterdam betreten Polizeibeamte niemals allein. Anders, sagen sie, würden sie den Dienst in diesem Stadtteil nicht überleben ...
Fünf Nächte und Tage lang haben STERN-Reporterin Edith Maahn und die Fotografin Greet Smit in dieser Sucht- und Gewaltszene recherchiert, interviewt und fotografiert: **in Stundenhotels, auf Parkbänken und in finsteren Winkeln, in die sich, Süchtige ausgenommen, niemand traut. Mehrfach mußten sie Dealern davonlaufen, denen das Messer locker sitzt ...**
(Stern, 10.11.)

Der Satz mit den finsteren Winkeln, „in die sich, S ü c h t i g e ausgenommen, n i e m a n d traut", lohnt für sich allein genommen bereits die Spesen. Opfer der „Drogenhölle Amsterdam" als Staffage für einen Sensationsbericht, der vor nichts mehr zurückschreckt.
Mit ganz leeren Händen werden sich die STERN-Reporterinnen vermutlich nicht in die finsteren Winkel getraut haben, um den Opfern der Droge auf den Wecker zu fallen und ihnen ihr Schicksal abzulocken. Bares oder Stoff, das wird hier wohl die Frage sein. Ein über zwei Seiten gehendes Foto zeigt STERN-Reporterin Edith Maahn im Gespräch mit der „21jährigen Bettina aus Essen". Im Vordergrund **„zieht die 27jährige Brigitte aus Worms die nächste Spritze auf"**. Kann sein, daß sie seit der elenden Geschichte mit den Hitler-Tagebüchern ein gestörtes Vertrauensverhältnis zum „Stern" hat und lieber gleich die Probe machen wollte, ob der mitgebrachte Stoff denn auch „gut" war. Kann auch sein, daß Bettina und Brigitte so froh über den Besuch waren, daß sie ganz ohne Honorar mitgespielt haben. Manches wäre übersichtlicher, wenn solche Details bei jedem Sensationsbericht mitgeteilt würden.

Vorbildlich ist in dieser Hinsicht die Rechenschaftslegung von STERN-Reporterin Evelyn Holst im gleichen Heft über ihren total mißglückten Versuch, Fritz Teufel (*„Politclown der sechziger Jahre"*) für eine Story zu versaften:

Man hatte beim STERN gehört, daß „der Teufel" jetzt in London lebt und Bio-Brot backt. Wäre das nicht mal ne Story? naja, mäßig. Evelyn Holst schrieb ihm ein Briefchen. Fritz Teufel teilte seine Bereitschaft mit, *„mich zusammen mit meinen Freunden Bettina und James zu einem Essen einladen zu lassen"*. Das reichte dem „Stern", um die Redakteurin Holst, selbstverständlich in Begleitung des unvermeidlichen Fotografen (in diesem Fall Fred Ihrt) ins Flugzeug nach London zu setzen. Frau Holst muß auf die übrigen Flugpassagiere einen befremdlichen Eindruck gemacht haben, denn um den Hals trug sie zwei Fahrradreifen. Die hatte Fritz Teufel *„zur Bedingung für unser Gespräch gemacht"*.
In London ließ sich Fritz Teufel erst einmal 20 Pfund (80 Mark) bezahlen, bevor er überhaupt mit ins Taxi stieg. Die angesteuerte „kleine Kneipe" erwies sich als teures Luxus-Restaurant. Fritz Teufel leistete sich den Spaß, sein „Mißvergnügen" über den bestellten Wein (Flasche 42 Mark) auszudrücken, und prompt wurde ein anderer (74 Mark) geordert.

„Und jetzt mal zur Sache", sagte er dann, „was wollt ihr eigentlich von mir?"

Wir wollten, erklärte ich ihm, über seine Erfahrungen in London schreiben, über sein Exil. Ob er noch politisch aktiv sei ... Er unterbrach mich: „Ohne Kohle läuft natürlich gar nichts. Ich will 20.000 Mark für ein Interview". Als ich Zweifel an seinem Geisteszustand anmeldete, ließ sich Teufel nicht beirren. „Ich habe keinen Mitteilungsdrang. Wenn ihr was wissen wollt, dann müßt ihr zahlen!„
Der Käsekuchen zum Nachtisch wollte nicht recht rutschen. Fritz Teufel setzte noch einen drauf: „Wie kommst du eigentlich dazu, mir eine Karte mit ‚Lieber Fritz' zu schreiben? Habe ich dir erlaubt mich zu duzen?" Ich stammelte etwas von „Aber Fritz, ausgerechnet du, Studentenbewegung, Kommune I, Wahrheitsfindung — soll ich dich denn mit ‚Sehr geehrter Herr Teufel anreden?"
„Ja, das wäre mir lieber", sagte Herr Teufel. Der Rest der Mahlzeit und das Begleichen der Rechnung verliefen in fröstelndem Schweigen ...

In der Hoffnung, doch noch ein klein bißchen was für die verschleuderten Spesen wieder hereinzubekommen, schließt STERN-Redakteurin Holst ihren Bericht mit der Bitte:

P.S. „Sehr geehrter Herr Teufel, ich hoffe, daß du wenigstens einen witzig-bösen Leserbrief schreibst!"

M e i n e Bitte: Lieber Fritz, tu das bloß nicht. Du verdirbst sonst die ganze Geschichte!
Nachahmens w e r t ist Teufels Masche bestimmt. Nachahm b a r aber nur mit großen Einschränkungen. Würden Bettina aus Essen und Brigitte aus Worms beispielsweise Bio-Brot in London backen, hätte sich kein Schwein für sie interessiert. Andererseits: ein Fritz Teufel, der in Amsterdam hilflos an der Nadel hängt, wäre zwar vom menschlichen Standpunkt aus eine Tragödie (aber selbstverständlich!), jedoch rein journalistisch betrachtet ein Super-Leckerbissen. Dann wäre der Kerl auch nicht so kackfrech gewesen, sondern wäre froh und glücklich gewesen, für ein paar Schüsse seinen Seelen-Strip zu machen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Aasgeier

BILD-Schlagzeile am 17.11.:

Altona: Krankenschwestern vergewaltigt erwürgt

Ein großer blonder Mann mit schwarzer Lederjacke hat morgens um sechs in Altona zwei hübsche Krankenschwestern (18 und 19) in ihren Betten gefesselt, vergewaltigt — und dann eine von ihnen mit ihrem Schal erwürgt. Was das überlebende Mädchen bei der Polizei berichtete, auf S. 7 ...

Seit vielen Monaten treibt in Hamburg ein extrem brutaler Vergewaltiger sein Unwesen. Über 70 Vergewaltigungen kommen schätzungsweise auf sein Konto, ohne daß die Polizei ihm auf die Spur kam. Monatelang hatte die Polizei sogar den Zusammenhang zwischen den Vergewaltigungen geheimgehalten, selbstverständlich aus „polizeitaktischen Gründen". Schon früher waren wiederholt Krankenschwestern in Wohnheimen Opfer von Vergewaltigungen oder Vergewaltigungsversuchen, ohne daß entsprechende Sicherheitsmaßnahmen (Überprüfung und Reparatur von Haustüren etc.) veranlaßt wurden. Grund genug für einen kackfrechen Vorstoß der Polizei, nach dem Motto: „Angriff ist die beste Verteidigung!". Schlagzeile der BILD am 19.11.:

Sex-Skandal im Schwesternheim

Durch den Mord an der 18jährigen Lernschwester Sylvia ist im Schwesternheim des Hamburger Krankenhauses Altona ein Sex-Skandal aufgedeckt worden. Auch Rauschgift spielt dabei eine große Rolle. Das alles steht in einem Geheimpapier der Polizei. Weiter S.5

Auf S. 5 geht es dann mit der Überschrift „Sex, Hasch und Dealer" weiter. Der Sex-Skandal reduziert sich auf die ganz und gar nicht erstaunliche Mitteilung, daß die jungen Frauen „unkontrolliert" von Männern besucht wurden. Der einzige Skandal liegt in der über Leichen gehenden Vermarktung dieses stinknormalen Vorgangs als „Sex-Skandal". — Hinter dem Stichwort „Rauschgift" steht als Fakt nur, daß Dealer (Haschisch) im Zimmer von zwei Lernschwestern angetroffen wurden, die daraufhin fristlos aus dem Heim gekündigt wurden.

Ausführlicher als die BILD berichtete das ebenfalls zum Springer-Imperium gehörende „Hamburger Abendblatt" (19.11) aus dem Polizeibericht:

das ebenfalls zum Springer-Imperium gehörende „Hamburger Abendblatt" (19.11) aus dem Polizeibericht:

Verheerende Zustände im Schwesternheim

In den Zimmern der zum Teil noch jugendlichen Schwesternschülerinnen gehen junge Männer unkontrolliert ein und aus. Einige wohnen dort sogar unangemeldet.
Die dem Krankenhaus zur Ausbildung anvertrauten Mädchen scheinen sich völlig selbst überlassen zu sein, ohne daß hier eine Aufsicht ausgeübt wird.
Das Heim macht insgesamt einen verwahrlosten Eindruck. Die von den einschreitenden Beamten betretenen Zimmer waren schmutzig und chaotisch unordentlich.

Hier hat sich offensichtlich eine faschistoide Mentalität ausgetobt, die vermutlich am liebsten auch noch die Unterwäsche der Frauen inspiziert und mit Zensuren versehen hätte. Eine zusätzliche Infamie ist die Publizierung solcher Mitteilungen und Ansichten ausgerechnet aus Anlaß der Vergewaltigungen und des Mordes in Altona. Wer immer schon wußte, daß vergewaltigte Frauen selbst schuld sind, wird sich reichlich bestätigt fühlen.

Die zitierten „Vorwürfe" stehen in einem Brief, den der Chef des Rauschgiftdezernats, Kriminalrat Wolf Plewka, am 24. Oktober an den Drogenbeauftragten bei der Gesundheitsbehörde, Eckhart Günther, geschrieben hatte. Passend zum Mord wurde der Brief nun der CDU „zugespielt", die ihn ihrerseits gleich an die Springerpresse weiterreichte. CDU-Fraktionssprecher Perschau nahm den Anlaß wahr, über „skandalöse Zustände" zu wettern und der Gesundheitsbehörde ein „gewaltiges Verschulden" an dem Verbrechen vorzuwerfen, weil sie die Schwestern nicht kaserniert hält. Dazu fällt dem Kommentator einfach nichts mehr ein außer Mordphantasien.

Was die BRD mit Grenada gemeinsam hat

„Ich war auf Grenada — ich sah die Sowjets"

Von Uwe Siemon-Netto

... Der Marxist Bishop war den Kubanern zu weich geworden. Deshalb ließen sie ihn vor einer Woche ermorden. Bishops Stellvertreter Coard war härter: Er ist von Herbert Marcuse zum Revolutionär erzogen worden — von demselben Professor, der auch deutsche Studenten radikalisiert hatte ...
(Bild, 27.10.)

Präsident Reagan soll nach der Morgen-Lektüre der BILD die unverzügliche Befreiung Deutschlands angeordnet haben, „um den Kräften des Bösen zuvorzukommen". Bestärkt wurde der Präsident in dieser Entscheidung durch gesicherte geheimdienstliche Erkenntnisse, daß in der Nähe von Frankfurt/Main ein riesiger Flughafen gebaut wird, der alle Kennzeichen eines militärischen „Sprungbretts" aufweist. Erst der Einwand hochrangiger Berater, „Aber da bauen wir doch!", soll den Präsidenten von seinem spontanen Einfall abgebracht haben.

Hochkonjunktur

Weihnacfiten wird um die Einäscherung der Deutschen gewürfelt

NEW YORK, 21. November (epd). Der Russe kommt über Dänemark ... Während eine Verteidigungsstellung für das wichtige Ruhrgebiet aufgebaut wird, bereitet die westliche Allianz zugleich den Gegenschlag vor. Er beginnt erfolgsversprechend. Doch als die ersten Frontgewinne ans US-Hauptquartier gemeldet werden, zieht der Osten die Notbremse: Von der DDR aus nehmen die Sowjets das Ruhrgebiet mit Atomraketen unter Beschuß ... Was sich da auf deutschem Boden anbahnt, stammt ... aus dem Anleitungsbuch eines neuen Gesellschaftsspiels, das jetzt in den USA rechtzeitig zu Weihnachten herauskam. „NATO — Der Krieg in Europa" heißt das makabre Freizeitvergnügen ... und es hat schon einen Konkurrenten bekommen: „Taktischer Kampf um Europa — 1985" kam nur zwei Tage später auf den Markt ... In den Vereinigten Staaten haben Spiele dieser Art Hochkonjunktur. Um den persischen Golf zum Beispiel kämpfen die Amerikaner auf dem Spielbrett bereits seit Anfang August ... Nach eigenen Angaben setzte der Hersteller innerhalb von nur zwei Monaten über 100.000 Exemplare dieses Spiels ab. Gut begann auch der Verkauf von „Die Schlacht im Nahen Osten" ...Ebenfalls noch vor dem Fest wird ein Strategiespiel um Mittelamerika erscheinen. Kuba und Nicaragua ... stehen darin ohne große Probleme zur Disposition ...
(Frankf. Rundschau, 22.11.)

Unerschütterliche Dummheit

Unerschütterliche Dummheit

Mutlangen — Ich war da, wo die Pershing II hinkommt

Von BILD-Chefreporter Herbert O. Glattauer

... Bürgermeister Heinz Hartmann (59): „Bei mir ist keine Kundgebung angemeldet. Ich bin gegen eine Politik der Straße".
Und was sagen andere Mutlanger? Haben sie Angst?
Der Elektriker Gerhard Selig (30) schüttelt den Kopf. „Nein, ich bin dafür, daß die Raketen aufgestellt werden. Wir müssen gleich stark sein." Seine Lebensgefährtin Marlene Hahn, Mutter von drei Kindern, fragt: „Können sie den Demonstranten nicht sagen, sie sollen auf dem Roten Platz in Moskau protestieren?" Musiker Hans Kuchenmeister (72) spielt Geige im Haus eines Freundes. „Ich bin für die Nachrüstung. Sollen wir uns zur Schnecke machen lassen?"
(BILD, 24.11.)

Wenn es nicht wahr ist, ist es gut erfunden.

... Und morgen die ganze Welt

US-Präsident Ronald Reagan hat seine Entschlossenheit bekräftigt, erneut Gewalt anzuwenden, „um die Menschheit vor dem Untergang in einem Meer der Tyrannei zu retten" ..., Amerika habe die Verpflichtung, „die Freiheit zu erhalten und weiterzureichen" ... Kein Terrorist dürfe den Willen der Vereinigten Staaten in Frage stellen, kein Tyrann an der Entschlossenheit der USA zweifeln ... In seiner Ansprache sagte Reagan ferner: „Wenn dieses Land eine Macht des Guten in der Welt bleiben soll, dann müssen wir auch Zeiten wie diesen ins Auge sehen, Zeiten der Trauer und der Verluste ..."
(Frankf. Rundschau, 7.11.)

Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Reagan, McFarlane, hat Syrien abermals gewarnt ... In einem Fernsehgespräch aus Südkorea ... wies der Sicherheitsberater in diesem Zusammenhang auf die amerikanische Invasion Grenadas hin: „Die Vereinigten Staaten haben vor kurzem in der Karibik klargemacht, daß wir die Bedrohung von Amerikanern sehr ernst nehmen ... **und das dergleichen in der Politik keinen Platz haben kann, weder in Syrien noch in einem anderen Land".**
Die Sowjetunion gewährt Syrien nach Ansicht des amerikanischen Botschafters in Moskau, Hartmann, „umfangreiche und sehr gefährliche" militärische Unterstützung ...
(Frankf. Allgemeine, 15.11.)

„Es ist zum Glück für uns und die Welt wieder eine Ehre, amerikanische Uniform zu tragen."
(US-Verteidigungsminister Weinberger, lt. Frankf. Allgemeine, 10.11.)

... Die Vereinigten Staaten und die freie Welt können aus diesem Grund nicht tatenlos zusehen, wie der Nahe Osten in den sowjetischen Machtblock eingegliedert werde. „Wir sind ein Land mit globaler Verantwortung", sagte der amerikanische Präsident. **„Wir sind nicht irgendwo in der Welt, um irgendjemandes Interessen zu schützen. Wir sind dort, um uns selbst zu schützen".**
(Hamb. Abendblatt, 28.10.)

Etwas Tröstliches zum Schluß

Hamburgs reichster Junggeselle (39) heiratet Schulmädchen

Von Liesel Feilbach

Das ist der Stoff, aus dem die Träume sind: Ein junges Schulmädchen bewirbt sich bei einem Millionär um eine Lehrstelle und wird seine Frau.
Ein Märchen? Von wegen! Am Sonnabend um 10.30 läuten in Nienstedten die Hochzeitsglocken!

stelle und wird seine Frau.
Ein Märchen? Von wegen! Am Sonnabend um 10.30 läuten in Nienstedten die Hochzeitsglocken!

... So begann es im letzten Herbst: Bei einem Jagdreiten bei Neumünster sah der blonde Holger ein wunderschönes Mädchen: Anja Gensmer, damals süße 17, braune Haare, braune Sternenaugen, tolle Figur ... Holger und Anja verloren sich nicht aus den Augen. Sie half dem blonden Millionär über einen schweren Schicksalsschlag hinweg: Im November 1982 kamen zwei Einbrecher nachts in seine Villa, Holger Wieser erschoß einen der beiden — in Notwehr ... Anja stand ihm treu zur Seite, er gestand ihr seine Liebe. Und machte ihr einen Heiratsantrag. Der Pferdeliebhaber und Porschefahrer: „Anja ist eine perfekte Frau, kann phantastisch kochen und sogar faltenfrei bügeln."
(BILD, 22.11.)

Zusammenstellung: Kt.

Briefkursus: Mal wieder beten

Von W. F. POSSELT

Mit einem Briefkursus will die Evangelische Kirche die Deutschen dazu bringen, wieder mehr zu beten. Die Ratschläge erarbeitete der berühmte Theologe Prof. Thielicke (74) mit der Hamburger „Projektgruppe Glaubensinformation". Beispiele:

● Mancher Stoßseufzer und Hilferuf, manches „Gott sei Dank" und tiefe Aufatmen kann schon ein kleines Gebet sein.

● Regelmäßiges Beten kann zum Beispiel damit beginnen, daß Sie sich morgens einige Minuten Stille gönnen.

● Eltern sollten in stillen Minuten nach dem Willen Gottes fragen, wenn sie vor einer schweren Entscheidung stehen wie: Soll unser Sohn später studieren oder ein Handwerk lernen?



Prof. Thielicke schrieb wichtige Arbeiten zur lutherischen Lehre.

Gottvertrauen nimmt Angst

● Das Vaterunser, das heute viele nicht mal mehr auswendig können, vermittelt Hilfe für viele Entscheidungen des täglichen Lebens, wenn man betet „Dein Wille geschehe ..."

„Allein das Vertrauen zu Gott kann viel Angst nehmen", schreibt Thielicke. **Seinen zehnteiligen Briefkursus „Zeit mit Gott zu reden" gibt's kostenlos bei der Evangelischen Buchhilfe 3502 Vellmar, Postfach 3180.**

aus BILD, 18.11.83

Nachdruck aus: »Linke Zeitung« (DS) Nr.21

Deutsche und ausländische Frauen gemeinsam

Frauenkongreß zum Leben ausländischer Frauen in der BRD

Erstmals wird es 1984 im Anschluß an den Internationalen Frauentag einen bundesweiten Frauenkongreß geben, der von ausländischen und deutschen Frauen gemeinsam vorbereitet wird. Er soll vom 9. bis 11. März 1984 in Frankfurt stattfinden. Die Intention dieses Kongresses ergab sich aus der besonderen Stellung, die ausländische Frauen bisher sowohl in der deutschen Frauenbewegung als auch in den Initiativen, die sich gegen Ausländerfeindlichkeit in der BRD wenden, einnehmen.



Die Initiatorinnen des Kongresses sind der Ansicht, daß die Haltung, Ausländerinnen als „arme, unterdrückte Schwestern" zu betrachten, falsch ist. Um eine größere Solidarität sowohl von ausländischen Frauen zu Problemen der deutschen Frauenbewegung (z.B. §218), als auch von deutschen Frauen zu Problemen der Ausländerinnen (z.B. die von der Bundesregierung gesetzlich festgelegte Abhängigkeit vom Ehemann) zu erreichen, sollen die gemeinsamen Probleme ausländischer und deutscher Frauen dargestellt werden, ohne dabei besondere Schwierigkeiten, denen Ausländerinnen gegenüberstehen, zu übersehen oder zu beschönigen. Folgende Arbeitsgruppen für den Kongreß stehen daher bereits fest:
– Die rechtliche Situation von Ausländerinnen in der BRD
– Ausländische und deutsche Frauen im Betrieb und in Gewerkschaft
– Gesundheit und psychische Lage von ausländischen und deutschen Frauen
– Diskriminierung von Frauen / Sexismus und Rassismus
– Die Rolle der Religion im Leben ausländischer und deutscher Frauen
– Die Situation der sogenannten nichterwerbstätigen ausländischen und deutschen Frauen
– Situation der Mädchen der zweiten Generation
– Asylrecht – Situation der Asylantinnen
– Frauen in Parteien – Frauenarbeit als politische Praxis
– Emanzipation und Gleichberechtigung unter deutschen und ausländi-

als politische Praxis
– Emanzipation und Gleichberechtigung unter deutschen und ausländi-

schen Frauen.

Wichtig ist den vorbereitenden Frauen aber auch, daß dieser Kongreß über die Information hinaus ebenfalls eine Anprangerung der skandalösen Rechtslage von Ausländerinnen in der BRD sein soll. Während der Tagung wird eine Resolution erarbeitet werden, die sich gegen die gesetzliche Diskriminierung ausländischer Frauen wenden wird. Gleichzeitig versteht sich der Kongreß als Teil der Widerstandsaktionen gegen die Verschärfung der Ausländergesetze (Zimmermann-Papiere), die voraussichtlich im nächsten Frühjahr im Bundestag debattiert und verabschiedet werden soll.

Um Vorurteile abzubauen, die im Zeichen der sogenannten „Wirtschaftskrise" immer mehr Angriffe gegen Ausländer/innen zur Folge haben, wird es während des Kongresses auch eine Vorstellung der Herkunftsländer der teilnehmenden Frauen geben. Diese Vorstellung soll darüber hinaus auch die Situation der Frauen in ihrer Heimat und hier verdeutlichen, um ein größeres Verständnis der deutschen Frauen gegenüber Ausländerinnen zu erlangen.

Für ein so umfassendes Programm braucht frau natürlich viele Helferinnen. Frauen und Frauengruppen, die sich an der Vorbereitung und am Kongreß selber beteiligen wollen (vielleicht auch mit einer eigenen Arbeitsgruppe), werden gebeten, sich mit der Kontaktadresse
IAF – AG Frauen
Mainzer Landstraße 239 – 241
6000 Frankfurt 1
in Verbindung zu setzen.

Das nächste nationale Vorbereitungstreffen wird am 10.12.1983, um 10 Uhr im
Mutter-Kind-Zentrum
Bleichstr. 38

10 Uhr im
Mutter-Kind-Zentrum
Bleichstr. 38

6000 Frankfurt
stattfinden. Die Veranstalterinnen rechnen mit Euch. *Almuth Schreiber*

Treffen der Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit

Ende September fand in Köln ein nationales Treffen statt, zum Versuch der Koordinierung der Arbeit gegen Ausländerfeindlichkeit.

Anwesend waren Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit aus Bochum, Duisburg, Gießen, Darmstadt, Frankfurt, Dortmund, Hannover, Köln, Hamburg, Mainz, Nürnberg, die Informationsstelle Türkei, terre des hommes, ESG Hannover und Frankfurt, DIDF und Devrimci Isci.

Allgemein angeregt wurde, das Thema Ausländerfeindlichkeit und Rassismus stärker in die Friedensbewegung hineinzutragen. Konkret bedeutet das u.a., dazu Beiträge zum Beispiel auf Friedensveranstaltungen zu fordern. Beschlossen wurde ein verstärktes Engagement aller Initiativen zur Frage Aufenthaltsberechtigung. Dies ist ein besonders dringliches Anliegen, da mit der voraussichtlichen Verabschiedung des Ausländergesetzes im März 1984 die Aufenthaltsberechtigungspolitik der Bundesregierung sich in absehbarer Zeit deutlich verschärfen wird. Hierzu können Materialien bei:

**terre des hommes
Postfach 4126
4500 Osnabrück**

angefordert werden.

Nach Kräften soll sich an Aktivitäten gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit beteiligt werden.

Anläßlich des 9. November, 45. Jahrestag der sogenannten „Reichskristallnacht", fanden, wie in Köln angeregt, an verschiedenen Orten der BRD Kundgebungen und Schweigemärsche gegen Antisemitismus und Rassismus statt. In Frankfurt beteiligten sich knappe 100 Leute daran . . .

Anläßlich des Treffens der Innenminister der Länder zum Ausländergesetz im Januar soll eine zentrale Pressekonferenz durchgeführt werden.

Nach wie vor in der Diskussion ist ein Staffetten-Lauf gegen Ausländerfeindlichkeit im Frühjahr 1984.

Ende November findet in Franfurt das nächste nationale Treffen statt. Zu anderen nationalen Aktivitäten: siehe Artikel in diesem AK zum Frauenkongreß im März '84.

KB Frankfurt

Irmgard Keun:

»Unsere großen Reisen ... sind unser Heim, da wir heimatlos sind«

— Eine Schriftstellerin im Exil —

Irmgard Keun, von den Menschen geliebt, von den Nazis verfolgt — ihre Bücher wurden zur „Asphaltliteratur" erklärt. 1936 ging sie ins Exil, 1940 kehrte sie illegal zurück.

Ein Teil ihrer Bücher wurde, im Unterschied zu den meisten anderen Exil-Schriftsteller/inne/n bald nach 1945 in den Westzonen bzw. der BRD (wieder)gedruckt. Die Köpfe und Herzen der Menschen waren zu dieser Zeit von Irmgard Keuns anti-nazistischen Romanen und ihren nach 1945 geschriebenen Satiren noch zu erreichen. In den 50er und 60er Jahren wurden zwar noch ihre Romane neu aufgelegt, erschien hier und da eine kleinere Arbeit. Sie selbst hatte aber schon längere Zeit keine neuen Arbeiten vorgelegt und ihr Werk „paßte" auch nicht mehr so recht zu dem aufkommenden neudeutschen Gefühl des „Wir sind wieder wer".

Irmgard Keun verstummte und geriet in Vergessenheit, bis sie, Ende der 70er Jahre, „wiederentdeckt" wurde.

Irmgard Keun wurde 1910 in Berlin als Tochter eines Fabrikanten geboren. Sie arbeitete als Stenotypistin, ging mit sechzehn Jahren auf die Schauspielschule und kam ans Theater in Greifswald. Am Hamburger Thalia-Theater bekam sie ihre ersten Rollen in Stücken für Kinder. Sie heiratete als achtzehnjährige den 45 Jahre alten Romanautor, Dramatiker und Regisseur Johannes Tralow, der, wie sie sagte, nach 1933 mit den Nazis paktierte, bis sie ihn nicht mehr haben wollten.

Nach 1945 wurde Tralow als NS-Gegner angesehen.(1)

„Eine schreibende Frau mit Humor ..."

Mit 21 Jahren, 1931, brachte sie ihr erstes Buch „Gilgi — eine von uns" heraus, das sie über Nacht berühmt machte. Irmgard Keun hat alles miterlebt: die Inflation, die sogenannten goldenen zwanziger Jahre, die große Arbeitslosigkeit und den Beginn des Nazifaschismus. — „Gilgi" wurde 1932 verfilmt und in sieben Sprachen übersetzt. (2)

Hermann Kesten, ein Freund, auch er ein damals verfolgter Schriftsteller, schreibt über sie: „Sie sieht scharf und hört genau ... Sie ist ein Humorist, weil sie heimlich weinen muß über die fühllosen Narren ..., (sie) lacht öffentlich über die Zeitgenossen und macht uns alle lachen." (3)

In ihrem ersten Buch beschreibt sie in dem ihr eigenen schnoddrigen Plauderton Leben und Liebe einer jungen Büroangestellten. Wie in allen ihren Büchern ist die gesellschaftliche Wirklichkeit die Kulisse, in der ihre Figuren agieren: aufkommender Faschismus, Kampf gegen den § 218, Emanzipationsgedanken, Existenzängste.

Ein Jahr später, 1932, erschien ihr zweiter Roman „Das kunstseidene Mädchen". Dieses Buch, ebenfalls ein Riesenerfolg, wurde 1933/34 in 6 Sprachen übersetzt (4). — Kurt Tucholsky begrüßt diesen Roman in der Weltbüh-

Riesenerfolg, wurde 1933/34 in 6 Sprachen übersetzt (4). — Kurt Tucholsky begrüßt diesen Roman in der Weltbüh-

ne: „Eine schreibende Frau mit Humor, sieh mal an! ... Hier ist ein Talent!" (5)

Dieses zweite Buch ist das Tagebuch der achtzehnjährigen Doris, die pausenlos plappernd ihre Abenteuer festhält. Sie will auf keinen Fall wieder im Büro arbeiten, sondern als der „ganz große Glanz" am Theaterhimmel prangen. Naiv und unversehrt rettet sie sich immer wieder mit den verschiedensten Männergeschichten aus der ärgsten Not heraus.

> **Seit der „Wiederentdeckung" Irmgard Keuns Ende der 70er Jahre sind alle ihre Romane und ein Teil ihrer kleineren Arbeiten wieder aufgelegt worden und derzeit erhältlich.**
>
> **gelegt worden und derzeit erhältlich.**
>
> **Wer sich von schreiend-kitschiger Aufmachung schrecken läßt (und nicht mehr als rund sechs Deutschmark pro Band ausgeben will/kann), der/die greife zu den Taschenbuch-Ausgaben des Bastei-Lübbe-Verlages; wer hingegen sein ästhetisches Empfinden nicht schänden lassen will (und bereit wie in der Lage ist, jeweils gut 20 emm pro Band zu zahlen), der/die hält (nach schleuniger Entfernung des Schutzumschlages) mit den Ausgaben des Claasen-Verlages einen ansehnlichen Band in der Hand.**
>
> **Gilgi — eine von uns (Bastei-Lübbe)**
> **Das kunstseidene Mädchen (Claasen, Bastei-Lübbe)**
> **Das Mädchen, mit dem die Kinder nicht verkehren durften(Claasen, Bastei-Lübbe)**
> **Nach Mitternacht (Claasen, Bastei-Lübbe)**
> **Kind aller Länder (Claasen, Bastei-Lübbe)**
> **D-Zug dritter Klasse (Claasen)**
> **Ferdinand, der Mann mit dem freundlichen Herzen (Claasen)**
>
> **Einen Teil ihrer kleineren Arbeiten hat Wilhelm Unger unter dem Titel „Wenn wir alle gut wären" beim Kieperheuer & Witsch-Verlg herausgegeben (DM 12.80).**
>
> **Eine materialreiche und politisch kluge Arbeit ist Gerd Roloffs Aufsatz, der unter dem sehr bescheidenen Titel „Irmgard Keun — Vorläufiges zu Leben und Werk" in den „Amsterdamer Beiträgen zur neueren Germanistik" (Heft 6, 1977) erschienen ist. Geirrt hat sich Roloff lediglich in seiner Annahme, das Werk Irmgard Keuns sei „ohne Aussicht auf Neuauflage" (a.a.O., S. 67) — dies jedoch ein Irrtum, über dessen Widerlegung sich Wenige mehr freuen werden als der Irrende selbst. (Die entsprechende Ausgabe der „Amsterdamer Beiträge ..." sollte über Bibliotheken entliehen werden, da die Hefte nur zu dem Irrsinnspreis um DM 100.— zu erstehen sind).**

„Asphaltliteratur"

Die Nazis nannten das wenig später „Asphaltliteratur mit antideutscher Tendenz". Man wollte sie auf den rechten Weg bringen und ihre Bücher ein wenig umschreiben. Die junge und erfolgreiche Frau lehnte es ab, in die Reichsschrifttumskammer einzutreten. Sie nahm kein Blatt vor den Mund: „Heil Hitler, mit mir nicht!"

Mit „unerhörte(r) Kühnheit und Naivität" (6) erhob sie am 29.10.1935 offizielle Schadensersatzklage beim Landgericht Berlin:

„Die geheime Staatspolizei hat im Juli 1933 die gesamten Bestände meiner Bücher beschlagnahmt und an sich genommen." Sie wurde verhaftet und „verschärften Vernehmungen" unterzogen (7). Ihr Vater hat sie gerettet. 200.000 Mark mußte er an die Nazis zahlen um sie auszulösen.

Irmgard Keun wollte weg. Sie wollte weder lügen, noch schweigen, noch ausweichen. Den Entschluß ins Exil zu gehen, förderte schließlich ein durch Walter Landauer übermitteltes Hilfsangebot des Amsterdamer Verlages Allert de Lange, neben Querido einer der beiden großen niederländischen Verlage, die die Bücher der „verbrannten Schriftsteller" herausbrachten. Ihrer Absicht hinderlich war jedoch, daß seinerzeit an Ehepaare nur ein gemeinsamer Paß ausgegeben wurde. Sie aber wollte ohne ihren Mann Deutschland verlassen und der wollte auch gar nicht mit. Ein Frankfurter Polizeibeamter besorgte ihr einen „echten" Paß mit legalem belgischen Visum.

Exil

Sie reiste im Frühjahr 1936 zunächst nach Ostende, dem Ferienort ihrer Jugendzeit — voll zwiespältiger Gefühle: „Ich zögerte auch noch, meinen Haß, den ich für meine Arbeit brauchte, wieder wach werden zu lassen — diesen Haß gegen das dumpfe und hoffnungslos Böse, gegen die häßliche Unlust am klaren Gedanken — diesen Haß, den ich nie loswerden kann und will, den ich aber einmal für kurze Zeit vergessen wollte, denn ich hatte mich manchmal schon ganz zerfetzt gefühlt von Haß." (8)

Immer mehr Schrifsteller kamen nach Ostende: Egon Erwin Kisch, Hermann Kesten, Stefan Zweig, Ernst Toller. Hier lernte sie auch den Schriftsteller Joseph Roth kennen: „Als ich ihn zum ersten Mal sah, da hatte ich das Gefühl, einen Menschen zu sehen, der einfach vor Traurigkeit in den nächsten Stunden stirbt." (9)

Die Person Roth taucht in ihrem Roman „Kind aller Länder" als Vater der kleinen Ich-Erzählerin auf: „Wenn meine Mutter und ich meinen Vater mittags abholten, sahen seine Augen manchmal aus als seien sie weit ins Meer geschwommen und noch nicht wieder zurück!" (10)

Irmgard Keun wollte die Scheidung von Tralow. Der lehnte ab. Da heckte sie mit Roth zusammen diesen Brief aus: „Ich schlafe mit Juden und Negern. Laß Dich scheiden. Irmgard." Das saß. Sie wurde geschieden.

Zwangsweise emanzipiert

Zwangsweise emanzipiert

Ein Jahr nach ihrer Scheidung trennte sie sich von Roth, weil sie seine Eifersucht nicht mehr ertragen konnte.

Irmgard Keun war eine selbstbewußte und sehr eigenständige Frau. In hohem Alter sagte sie: „Ich habe nie Emanzipation nötig gehabt. Ich war zwangsweise emanzipiert und empfand es als selbstverständlich." (11)

Ihre vielen kleinen Romanheldinnen haben durchschaut, wie sie die Männer in einer Männergesellschaft anzufassen haben und daß Liebe harte Arbeit ist. Es ist eine wahre Freude, wie das taktisch-weibliche Kalkül mal so eben im Nebensatz durchblitzt: „Ich muß mich schwächer zeigen als ich bin, damit er sich stark fühlen und mich lieben kann", sagt Sanna in dem Roman „Nach Mitternacht". In diesem Roman heiratet der Schriftsteller Algin eine schöne Frau — Irmgard Keun sieht das so: „Und er hat sie geheiratet, weil sie ihn bewunderte als einen dichtenden Gott, und weil eine Frau zum Aufbau gehört wie eine Wohnung." (12)

Schreiben im Exil

Irmgard Keun lebte von 1936-1940 im Exil. Hunger hat sie nicht gelitten, aber das Geld war immer knapp. Ihre leibhaftigen Erinnerungen an die Nazidiktatur, die Menschen, die sich dieser Diktatur angepaßt hatten, an die wenigen, die sich wiedersetzten und ihre eigene Exilsituation wurden zum Gegenstand mehrerer Bücher, die sie im Exil veröffentlichen konnte.

„Das Mädchen, mit dem die Kinder nicht verkehren durften" (13) erschien 1936 bei Allert de Lange in Amsterdam; der Querido-Verlag, Amsterdam, brachte 1937 „Nach Mitternacht" (14) heraus, 1938 „Kind aller Länder" (15) und „D-Zug dritter Klasse" (16).

„Das Mädchen, mit dem die Kinder nicht verkehren durften" erzählt lauter kleine und große Ungeheuerlighkeiten. Sie ist ein Rabauken-Kind, das sich von Pippi Langstrumpf eine gehörige Scheibe abgeschnitten hat.



Irmgard Keun, Mitte der siebziger Jahre (Foto: Wilfried Bauer)

Das „Kind aller Länder" versucht sich die große Politik auf Ihre Weise zu erklären: „Der Onkel Kranich saß hier mit uns im Cafe in der Sonne, seine Kravatte war bunt. Er hat Verse gegen die deutsche Regierung gesagt, darum mußte er aus Österreich fortreisen. Er ist wie ein Indianer über die Grenze nach Holland gekrochen. Jetzt wird er im Gefängnis behütet." (17) — Diese beiden Bücher eignen sich auch ausgezeichnet als Lektüre für unsere kleinen Mädchen.

In dem Roman „Kind aller Länder" beschreibt Irmgard Keun die Stationen ihres eigenen Exils: Brüssel, Ostende, Amsterdam, Paris, Nizza, Salzburg, Lemberg, Warschau, New York. Sie läßt die Kinder ihrer Bücher ihr eigenes Erleben wiedergeben: „Ein Paß ist ein kleines Heft mit Stempeln und der Beweis, daß man lebt. Wenn man den Paß verliert, ist man für die Welt gestorben. Man darf dann in kein Land mehr. ... Doch der liebe Gott hat gemacht, daß Menschen nur auf dem Land leben können. Jetzt bete ich jeden Abend heimlich, daß er macht, daß Menschen jahrelang im Wasser

macht, daß Menschen nur auf dem Land leben können. Jetzt bete ich jeden Abend heimlich, daß er macht, daß Menschen jahrelang im Wasser

schwimmen können oder in der Luft fliegen ... Über eine Grenze kommt man nicht, wenn man keinen Paß hat und kein Visum ... Ich habe zuerst gedacht, Grenzen seien Gartenzäune, so hoch wie der Himmel ... Eine Grenze ist auch keine Erde, denn sonst könnte man sich ja einfach mitten auf die Grenze setzen oder auf ihr herumlaufen, wenn man aus dem ersten Land heraus muß und in das andere nicht herein darf." (18)

Und in „Nach Mitternacht" fragt sich die Ich-Erzählerin, ob die Grenze ein Strich sei. „Ein Zug hört auf zu fahren. Männer kommen, machen Koffer auf, suchen und wühlen — Grenze heißt Angst haben. Der Zug fährt wieder, ... alles fährt mit, nur die Angst fährt nicht mehr mit. Das war die Grenze." (19)

In ihrem Roman „Nach Mitternacht" zeigt Irmgard Keun am deutlichsten die verdorbene Gesellschaft mit ihrem Denunziantentum, dem Judenhaß und der Brutalität.

Während ihrer Arbeit an diesem Buch sagt sie: „Deutschland und seine Menschen wurden mir immer ferner und blasser. Noch verband mich mein Buch, an dem ich schrieb, mit dem Leben in Deutschland. Bald würde es fertig sein. Und dann?" (20). Sie sagt, nun kenne sie die deutsche Geschichte ja nicht mehr aus eigenem Erleben, so wie früher, wo man die Wirklichkeit in Sprache übersetzt habe. Die Exulanten hatten kein Land mehr, daß ihnen gehörte, sie waren lediglich geduldete Gäste, was meist noch davon abhing, ob sie Geld hatten.

Schweigen unterm Faschismus

Wie sich die erwürgende Situation für einen Schrifsteller im Nazideutschland darstellt, läßt sie den Journalisten Heini in ihrem Roman „Nach Mitternacht" dem Schriftsteller Algin sagen: „Ein armer Literat bist du! Einen historischen Roman willst du schreiben? Als Eunuch wirst du diesen Roman schreiben ... Ein Schriftsteller, der Angst hat, ist kein Schriftsteller. Aber abgesehen davon: du bist überflüssig. Durch die Diktatur ist Deutschland ein vollkommenes Land geworden. Ein vollkommenes Land braucht keine Schriftsteller. Im Paradies gibt es keine Literatur. ... Bring dich um Algin — du lebst im Paradies." (21)

Dieser Heini will nicht ins Exil gehen: „Man kann weder hier noch im Ausland ein geistreicher und witziger Journalist sein, wenn einem ewig die Schreie aus den Kopnzentrationslagern in den Ohren gellen ... Armer Emigrant. Glatt und hart umschalt wie eine Kastanie wird jedes Land für dich sein. Dir selbst wirst du zur Qual werden und anderen Menschen zur Last. Die Dächer, die du siehst, sind nicht für dich gebaut. Das Brot, das du riechst, ist nicht für dich gebacken. Und die Sprache, die du sprichst wird nicht für dich gesprochen." (22)

Irmgard Keun wird Kurt Tucholsky vor Augen gehabt haben, als sie ihre Romanfigur Heini sagen ließ: „Ich habe die Menschen geliebt, länger als ein

Irmgard Keun wird Kurt Tucholsky vor Augen gehabt haben, als sie ihre Romanfigur Heini sagen ließ: „Ich habe die Menschen geliebt, länger als ein

Jahrzehnt habe ich mir die Finger wund geschrieben und den Kopf leer gedacht, um sie vor dem Wahnsinn der hereinbrechenden Barbarei zu warnen. Eine Maus, die durch Piepsen eine Lawine aufhalten will. Die Lawine ist gekommen und hat alles begraben, die Maus hat ausgepiepst. Ich bin lächerlich und alt, ohne Kraft und Lust, noch einmal von vorn zu beginnen." (13) — Heini erschießt sich.

Als 1940 die deutschen Truppen in Holland einmarschierten, entschied sich Irmgard Keun, ihrem Exil ein Ende zu setzen. Sie wollte unerkannt nach Deutschland zurück; sie wollte ihre Eltern wiedersehen.

Zufällig lernte sie einen deutschen Besatzungsoffizier kennen, den hat sie einen Abend lang bequatscht und „zersetzt" hat, wie sie schreibt. Er ließ sich jedenfalls dazu hinreißen, ihr einen falschen Paß zu besorgen.

Irmgard Keun hat dann illegal in Deutschland gelebt ohne jemanden zu haben, mit dem sie sich politisch hätte rückhaltlos verständigen können. Keine Kleidung, keine Wohnung, keine Möbel. Aber all dies materielle Elend beschreibt sie noch als leicht erträglich gegenüber dem Zustand, in Deutschland eingesperrt zu sein. Von 1940-1945 lebte sie im Nazi-Deutschland unbehelligt, da man sie aufgrund einer Falschmeldung der Presse für tot hielt.

„... glücklich konstruierte Gedächtnisse"

Nach dem Krieg, 1947, veröffentlichte sie „Bilder und Gedichte aus der Emigration", 1950 erschien ihr letzter Roman „Ferdinand, der Mann mit dem freundlichen Herzen". In den 50er Jahren veröffentlichte sie eine Reihe kleinerer satirischer Arbeiten. Allmählich verstummte Irmgard Keun. Wohl zu tief sind Trauer und Resignation durch Faschismus und Krieg in sie eingegraben, haben ihren Witz und ihre Lust zu schreiben erstickt. Zu den

Irmgard Keun
Abendstimmung in Scheveningen
(Juni 1940)

Das Salz des Abends sinkt mir in die Hände,
Es riecht nach Meer, und jedes Sandkorn wacht,
Rot und verwildert schenkt die Sonne sich der Nacht
Und baut, noch untergehend, künftiger Tage Wände.

Es riecht nach Meer. Sanft scheinen alle Blicke
Der Fischermädchen mit dem strengen Schritt.
Sie wandeln still am Strand der Mißgeschicke
Und suchen manchmal ihrer Toten Hände
Und suchen Wärme, die ins Salzgrab glitt.

Die Leiche eines Flugzeugs rostet trüb im Sande,
Und unter Muscheln liegt ein kleiner Ball.
Die Kinder schlafen, und es dröhnt der Schall
Schwarzer Propellerkraft am abendroten Strande.

Um Ufer schreiten knirschend die Soldaten
Im Grau der Uniform und friedenssatt.
Sie schreiten fest im Wahne künftiger Taten
Und sehnen flüchtig sich nach eigenem Lande —
Der Himmel schweigt, das Meer wird schwarz und glatt.

(Am 10. Mai 1940 überfielen die Truppen des faschistischen deutschen Staates die Niederlande. Irmgard Keuns Gedicht entstand im darauffolgenden Monat, wo sie sich in ihrem Exilland Niederlande nur noch illegal aufhalten konnte.)

Nachkriegsdeutschen hatte sie kein Vertrauen: „Die Menschen haben alle so glücklich konstruierte Gedächtnisse."

Der Journalist Jürgen Serke besuchte sie, als sie 66 Jahre alt war: „Sie hat eine große Tochter, eine kleine Rente und keinen Halt mehr. Die Freunde von einst sind tot." (24)

Der Herausgeber ihrer Satiren, Wilhelm Unger, hat Irmgard Keun in den 70er Jahren in Bonn gefunden, zurückgezogen und in Armut lebend. Er hat Lesungen organisiert, die eine entscheidende Wende in ihrem Leben herbeiführten und ihren späten Ruhm begründeten. — W. Unger: „Man spürte die aus dem Gestern bezogene Traurigkeit, die unverkennbare Einsamkeit eines Frauenschicksals. Was man sah, war anders, beeindruckend der Wille, wieder zu kommunizieren." (25)

Schulen und Universitäten luden sie zu Lesungen ein. Der Marieluise-Fleißer-Preis wurde ihr verliehen, ihre Bücher wurden wieder neu aufgelegt, Filmgesellschaften standen vor der Tür.

Irmgard Keun starb am 5. Mai 1982 an einem Lungentumor.

Es ist tröstlich zu wissen, daß sie noch erleben durfte, wie gern ihre Bücher gelesen werden.

gu., AG Exil

Quellen und Anmerkungen:

(1) Jürgen Serke, Die verbrannten Dichter, Beltz & Gelberg, 1977, S. 166
(2) Übersetzungen von „Gilgi, eine von uns": Französisch (Paris 1933), Schwedisch (Stockholm 1934), Dänisch (Kopenhagen 1934), Ungarisch (Budapest 1934), Rumänisch (Bukarest 1934), Italienisch (Mailand 1934), Polnisch (Warschau 1934). — In den Westzonen bzw. der BRD erschien der Roman, vor der
disch (Stockholm 1934), Dänisch (Kopenhagen 1934), Ungarisch (Budapest 1934), Rumänisch (Bukarest 1934), Italienisch (Mailand 1934), Polnisch (Warschau 1934). — In den Westzonen bzw. der BRD erschien der Roman, vor der
„Wiederentdeckung" Irmgard Keuns Ende der 70er Jahre, bei mehreren Verlagen 1948, 1954 und 1955 (bei Droste mit dem Vermerk „50.-60. Tausend"). (Nach Gerd Roloff: Irmgard Keun — Vorläufiges zu Leben und Werk, in: Amsterdamer Beiträge zur neueren Germanistik, Heft 6, 1977, S. 46)
(3) Hermann Kesten: Meine Freunde die Poeten, Ullstein 1980, S. 235
(4) Übersetzungen von „Das kunstseidene Mädchen": Französisch (Paris 1933), Ungarisch (Budapest 1933), Englisch (London 1933), Dänisch (1933), Russisch (Riga 1933), Polnisch (Warschau 1934), Spanisch (Barcelona, Buenos Aires 1965). — In der BRD erschien „Das kunstseidene Mädchen" vor I. Keuns „Widerentdeckung" bei verschiedenen Verlagen 1951 und 1960, 1964 als (Fischer)-Taschenbuch. — Die 1959 unternommene Verfilmung hielt „keinem Vergleich mit der Vorlage stand. Die sprachliche Dichte wurde der totalen Banalisierung und Vergröberung geopfert ...". Ein ebensolcher Mist war die 1973 in Bremen uraufgeführte Revue „Das kunstseidene Mädchen". — Der Westdeutsche Rundfunk sendete 1971 einen von I. Keun gelesenen Auszug aus dem Roman. (Nach G. Roloff, a.a.O., S. 47)
(5) Peter Panter (d.i. Kurt Tucholsky), Auf dem Nachttisch, in: Die Weltbühne, 2.2.1932, S. 180. — Mit dem Zitieren ist das doch immer wieder ganz was Eigenes: Jürgen Serke, a.a.O., S. 162, zitiert aus Tuchos ganzseitiger Kritik — mal hier rausgepflückt, mal da rausgepflückt — ein paar Sätze, ohne Auslassungen kenntlich zu machen („Stern"-Methode?) und ist ansonsten, ebenso wie Ingeborg Drewitz (Die zerstörte Kontinuität, Europa-Verlag, 1981, S. 72), nicht einmal in der Lage, den präzisen Wortlaut von Tuchos Rezension wiederzugeben. — Eine besondere Delikatesse leistet sich das ansonsten recht seriöse „Lexikon deutschsprachiger Schriftsteller" (VEB Bibliographisches Institut Leipzig, 1967/72; BRD-Ausgabe beim Scriptor Verlag, Kronsberg Ts., 1974), das Tucholsky als den Entdecker Irmgard Keuns ausgibt („Tucholsky entdeckte ihre satirische Begabung").
(6) Gerd Roloff, a.a.O., S. 53
(7) Jürgen Serke, a.a.O., S. 167
(8) Irmgard Keun, Wenn wir alle gut wären, Hrsg. Wilhelm Unger, Kiepenheuer & Witsch, 1983, S. 153
(9) Jürgen Serke, a.a.O., S. 170
(10) Irmgard Keun, Kind aller Länder, Claasen-Verlag, 1981, S. 10
(11) Jürgen Serke, a.a.O., S. 162
(12) Irmgard Keun, Nach Mitternacht, Bastei-Lübbe, 1982
(13) „Das Mädchen, mit dem die Kinder nicht verkehren durften" erschien nach 1945 in den Westzonen bzw. der BRD: in der „Rheinischen Zeitung" (Köln) in 30 Folgen 1948, als Buchausgabe bei verschiedenen Verlagen 1949, 1954, 1959, 1960; 1970 als (Fischer)-Taschenbuch, außerdem 1956 als Buchgemeinschafts-Ausgabe in Österreich. — Übersetzungen: Englisch (London 1955, New York 1955), Russisch (Moskau 1958 und 1972), Estnisch (Tallin 1959), Ukrainisch (Kiew 1970). — 1948 wurde das Buch im NWDR gelesen, die Begeisterung der Hörer äußerte sich in einem „enormen Hörerposteingang". (Nach G. Roloff, a.a.O., S. 60)
(14) „Nach Mitternacht" erschien nach 1945 zuerst in der DDR (Berlin 1956), dann in der BRD 1961, 1965 als (Fischer)-Taschenbuch. — Übersetzungen: Niederländisch (Amsterdam 1937, im gleichen Jahr, in dem in Amsterdam die deutschsprachige Exilausgabe erschien), Dänisch (Kopenhagen 1937), Englisch (London 1938 und New York 1938), Norwegisch (Oslo 1938), Russisch (Leningrad 1938), Französisch (Paris 1939: dritte Auflage). (Nach G. Roloff, a.a.O., S. 55)
(15) Der Roman „Kind aller Länder"er- Englisch (London 1938 und New York 1938), Norwegisch (Oslo 1938), Russisch (Leningrad 1938), Französisch (Paris 1939: dritte Auflage). (Nach G. Roloff, a.a.O., S. 55)
(15) Der Roman „Kind aller Länder"erschien nach 1945 in der BRD 1950 (etwaige weitere Ausg. vor Ende der 70er Jahre sind uns nicht bekannt). — Übersetzungen: Niederländisch (Amsterdam 1939 und — als erster Band der neuen „Exil-Reihe" bei Allert de Lange — 1981). (Nach G. Roloff, a.a.O., S. 61)
(16) Der Roman „D-Zug Dritter Klasse" wurde bereits 1946 in der BRD aufgelegt. Übersetzung: Dänisch (Kopenhagen 1938). (Nach G. Roloff, a.a.O., S. 64)
(17) Irmgard Keun, Kind aller Länder, a.a.O., S. 101
(18) a.a.O., S. 35 f.
(19) Irmgard Keun, Nach Mitternacht, Bastei-Lübbe, 1982, S. 172
(20) Irmgard Keun, Bilder und Gedichte aus der Emigration, Köln (= Epoche) 1947, S. 23 ff.
(21) Nach Mitternacht, a.a.O., S. 114
(22) a.a.O., S. 164 ff.
(23) ebd.
(24) Jürgen Serke, a.a.O., S. 162
(25) Wilhelm Unger, Nachwort in: Wenn wir alle gut wären, a.a.O.

Betr.: „WarGames"-Rezension AK

In einer (der 3.) Zwischenüberschrift der „WarGames"-Rezension hat sich ein sinnentstellender Satzfehler eingeschlichen. Es heißt nicht: „Man muß lernen, die Spiele zu *lernen*.", sondern: „Man muß lernen, die Spiele zu *machen*." Ist doch auch viel spannender ...

Phantomias, z.Zt. Köln, 20.11.83

Krieg dem Krieg, Sieg dem Freak?

Modisch elegant gestylt: eine schicke Rakete düst in das Kinderzimmer (Teddybäh & Mickymaul), das dezent gelbrosa coloriert ist. Neue Welle in den Krieg?

Neue Formen, neue Farben, neue Titel — für den Frieden? Das Cover von „Lullaby zwischen den Kriegen" (der neuen LP von FJ Degenhardt) ist aber nur ein — langweiliger, mäßig inspirierter — Werbegag: wer, kommend, sehend meint, nun hätte Väterchen Franz angesichts existenzieller Bedrohung eine musikalische Kehrtwende vollzogen, muß sich hörend eines schlechteren belehren lassen. Es bleibt beim drögen Lullaby. Der Rest beschäftigt sich mit dem, was am linken Stammtisch schon seit Monaten Konjunktur hat: der Aufschwung kommt nicht, der Menschen Schicksal wird vom Kapital bestimmt, die Kapitalisten halten nix von ihrem Nachwuchs, und immer wiederkehrend die Erkenntnis, auch Mann wird älter, vor dreißig Jahren ...

Degenhardt — ein politischer Liedermacher. Wer wollte das bestreiten? Nur: seine Lieder verarbeiten in bekannter Manier das, was gerade aktuell gewesen ist oder immer aktuell sein wird. Sie plätschern nicht vor sich hin, Degenhardt ist nicht Gitte, aber auch am rauhen Krächzen hat mensch sich auf Dauer kritisch gehört. Wie politisch aber sind Lieder wirklich, deren Duktus über die Jahrzehnte hin immer gleich bleibt, egal ob sie gegen Springer, die Atomkraftwerke oder ein zukünftiges Euroshima gesungen werden?

Im „Theater heute 11/83" beklagt Peter von Becker, daß das Theater wieder zur „moralischen Anstalt" verkommen sei. Mehr noch: wer ins Theater gehe gerate in die Fänge einer „sozialethischen Sicherheitsverwahrung". Keimfrei verpackt wird „kritische Ware" serviert. Altes wird auf gerade Aktuelles hin ausgepreßt, seiner alten Geschichte beraubt, und überall kommen die selben Themen in gleicher Ästhetik auf den Tisch (es gibt natürlich auch immer stärker den gegenläufigen Trend zum gänzlich unpolitischen, bzw. reaktionären Kunstprodukt. Das macht die Kritik an „linker" Kunst als moralischem Brei nur leider nicht überflüssig. Eine Polemik, die auch in weniger theatralischen Gefilden ihre Berechtigung hat. Wo früher Widersprüche

Kritik an „linker" Kunst als moralischem Brei nur leider nicht überflüssig. Eine Polemik, die auch in weniger theatralischen Gefilden ihre Berechtigung hat. Wo früher Widersprüche

aufgespürt, Skandale entdeckt und Brutalitäten des Alltags (oder auch der ‚großen Politik') irritierend charakterisiert wurden, wird heute Anlässen und den ‚großen Themen der Zeit' hinterhergehetzt: was zur Sprache kommen wird, und wie, ist voraussagbar geworden; die Botschaft ist im Kreis der Empfänger nur noch Bestätigung längst im Voraus beschlossener Haltungen.

Degenhardt ironisiert: „*Es zählt wieder Treue und Herzlichkeit / in diesem unseren Lande / vorbei mit der frechen Verschlagenheit / der hämischen Gleichmacherbande / Aus der tiefen Seele des Volkes dringt / ein großes und echtes Vertrauen / Frischauf und packt an, daß es und gelingt / ein einig Reich zu erbauen.*" Und die Pointe von's Lied: das ganze ist hohle Phrase (wer hätte das gedacht ...), denn: im vergangenen Monat gab es 2.334.000 registrierte Arbeitslose, tönt eine sonore Stimme aus der Plattenrille. Na sowas!

Anders im Titelsong: „Lullaby zwischen den Kriegen". Hier wartet Degenhardt mit einem poetischen Bilderschwall auf, der jeden bedrohlichen Unterton überkleistert. Die Situation ist wohl, daß ein Vater sein Kind in den Schlaf singt und es dabei über die bevorstehende Katastrophe hinwegzutrösten versucht: „*Nimm meine Faust und wünsch dir was / Ja, unsre Fenster sind schußsicheres Glas* (sind sie natürlich nicht, sie haben es, aber was solls, F.) / *Und der galaktische General / Mit den Tressen aus Milchzähnen, den Fingern aus Stahl / zieht sich Pantoffeln an, spiel mit E.T. / ...*". Später tauchen noch auf: Krümelmonster, Mr. Spock, Puppe, Max und Moritz — die Gestalten also, die nach Degenhardts Meinung die Kinderwelt beherrschen (die Computer, lieber Phantomas, hat er irgendwie vergessen ...). Gemixt mit Schüssen, Fluchten und Schluchten, Unterschriftenlisten und Mr. Reagan ergibt das zwar einen Brei, in dem alles mal vorkommt, klingt auch ganz nett („*Ja, Max und Moritz, die beiden sind tot / die sind zermahlen zu braunem Schrot. / Ja, Donald Duck der hat das gefressen*"), erfüllt aber leider seinen Zweck perfekt: es lullt ein. Gute Nacht, und war da was?

Unruhiges Requiem

Wer mag, kann sich dann ja von einstürzenden Blechdosen (nein, das ist keine neue NDW-Band ...) wecken lassen: aufgenommen hat solche Heiner Goebbels (s. Interview AK 226); zu hören sind sie aber (und das ist eigentlich das bemerkenswerteste) auf einer LP von Walter Mossmann (Unruhiges Requiem, trikont-Schallplatten US-0113).

„*Ein Sonntag im tiefsten Frieden / Die Bäume sind grün / Die Erdbeeren blühn / Und die Nachbarin / Trägt schwer an ihrem Gebetbuch / Es riecht nach Schweinebraten*". kein Datum *für die Friedensbewegung: 1.5.1983, der Tag, an dem Mossmann von seiner Freundin einen Anruf bekommt: „Sie haben den Tonio erschossen.*" „*Ein Sonntag im tiefsten Frieden / Die Menschlichkeit / Trägt ihr Sonntagskleid / Es tut uns leid / Daß anderswo Menschen verhungern / Es riecht nach Schweinebraten.*" So weit so schlecht. Mossmann weiß um die Unteilbarkeit des Friedens: der in Nicaragua ermordete Arzt Albrecht Pflaum bietet kaum Anlaß für blumige, schick zusammengebraute Liedermacherverse à la „Lullaby zwischen den Kriegen". Mossmann hat einfacher getextet, seine Bilder — so er in dem sechsseitigen Text überhaupt welche gebraucht — sind zwar nicht unbedingt origineller als die von Degenhardt, („ ... *diese Lieder heute auch schon graue Haare haben*"; „*viereckig Musik aus dem Radio*", „*der Komödiant mit der Dallas-Fresse*"); sie sind aber auch weniger ambitioniert, treten also hinter den Fakten zurück und überkleistern sie nicht. Das, was die Mossmann-Aufnahme aber vom allgemeinen Herumgesinge seiner Liedermacherkollegen unterscheidet, ist seine Idee, das aufgenommene Material Heiner Goebbels zuzuschicken, mit der Bitte, „dazu etwas zu machen". Goebbels hat dann — in einem zweiten Arbeitsgang also — seine „*musikalische Phantasie ... um Walter herum montiert*" (Zitate alle aus dem Textheft). Es sollte keine glatt zusammengefügte Collage werden, sondern ein in sich widersprüchliches, zerrissenes Produkt: „*Aber die Bilder passen nicht zusammen*", heißt es im vierten Teil des Requiems aufgrund der Mossmann'schen Beobachtung, daß Kohl, der der BRD Verbundheit mit den USA (und diese Verbundheit schließt das Billigen von Morden mit ein) beteuert, eben keine Blutflecken an seinen Manschetten hat, im Gegenteil eine völlig cleane Weste trägt (und wehe, ein Grüner wagt das zu ändern ...).

Auch Mossmanns Gesang und das von Goebbels unterlegte Klangmaterial passen kaum zusammen: die menschliche singende Stimme wirkt seltsam verloren, wenn ein Saxophon oder ein verzerrter Armeemarsch gegen sie anklagen; klirrende Glasscherben und aneinandergeschlagene Hölzer klingen ungleich härter als die verächtlichsten von Mossmanns Worten.

Der Versuch, konventionelle Klangpfuscherei zu verbinden, ist auf dieser LP-Seite geglückt. — Sicherlich ist das kein Patentrezept: es scheint wenig wünschenswert, jedem Liedermacher fortan seinen Klangcollagisten zu oktroyieren oder umgekehrt. Die Inspiration aber sollte aufgegriffen werden.

Dissonanzen statt Harmonie: Ölfässer auf (zukünftigen) Anti-Kriegs-Demos oder Pauken und Schlaghölzer in Bonn (bei nächster Gelegenheit) täten es ja auch; und Goebbels könnte für sein nächstes Opus ja mal mit dem Vorläufigen Frankfurter Fronttheater zusammenkommen und die Drei Tornados verarschen oder seine Saxophonkompositionen von Degenhardt auf der Klampfe spielen lassen und selbst dazu singen. Weniger Moral auf die Bühne, LP etc. ...

Fassanbass

"Dieser Aufhauch macht im Kopf den Schaden ..."

— Interview mit Harald Naegeli, dem "Sprayer von Zürich" —

Vor einigen Wochen sorgte der ,,Sprayer von Zürich'' für allerlei Wirbel (s. AK 238). Nachdem sich der Staub wieder gelegt hat, geht die Bürokratie vorschriftsmäßig ans Saubermachen. Die Auslieferung des Sprayers an das Berg- und Bankenland wird dadurch wahrscheinlicher, daß der Bundesgerichtshof seinen Fall nicht grundsätzlich entscheiden will, weil ,,in Fällen dieser Art der Tatbestand der Sachbeschädigung gegeben ist'' (nach FAZ, 18.11.83). Jetzt muß das Oberlandesgericht Schleswig über das Begehren der Schweiz befinden. Aus dem Lehrangebot der Fachhochschule Wiesbaden wird wohl auch nichts werden, da ,,bürokratische Schikanen'' der hessischen Bürokratie dem Sprayer das gründlich vergällt haben. Und um das Bild abzurunden — während seiner Inhaftierung in Lübeck, sprayte der Sprayer im Auftrag des ZDF an die Wand der Gefängniskantine. Bei seiner Entlassung verlangte man von ihm genau DM 28,50 an Reinigungskosten für die Beseitigung eben dieser Figur. Zähneknirschend bezahlt, erfuhr Harald Naegeli später, daß die Figur gar nicht beseitigt worden war, sondern immer noch an der Wand prangt.

Während eines Besuchs des Sprayers in Hamburg hatten wir Gelegenheit, mit ihm ein Gespräch zu führen.

Arbeiterkampf: Was ist eigentlich an deinen Sprayfiguren so provozierend, daß die Schweizer Behörden dich durch halb Europa verfolgen?
Harald Naegeli: Das ist einfach: Meine Kunst verängstigt sie.
Aber andere Kunst verängstigt sie doch nicht?
Die ist auch nicht im politischen Raum, in der Straße. Meine Figuren sind nicht abgesichert im Kunstbetrieb. So wirken sie direkt in den politischen Raum hinein, auf die bürgerliche Ideologie. Das ist natürlich eine Subversion. Das scheint diesen Leuten gefährlich, weil sie keinen Umgang haben mit den Fragen, die dadurch provoziert werden.
Mit deinen Figuren stellst du bürgerliche Normen wie Sauberkeit, Fleiß, Ordnung infrage?
Ja, die Bürger sagen, das sei Geschmier. Das ist eine Verächtlichmachung zu sagen, eine Figur sei ein Geschmier, nur weil sie eine Reizstelle berührt, diese Sauberkeitsideologie. Alles, was irgendwie berührt wird, wird sozusagen mit diesem Wort eingefangen.
Siehst du deinen ,,Fall'' als Einzelfall, oder gibt es noch andere ähnliche Fälle?
Vom Wesen her ist das kein Einzelfall, denn in den gesamten Lebensvorgängen gibt es den gleichen Typ von Menschen. Das zeigt sich dann aber nicht in Sprayfiguren, sondern in Verhaltensweisen.
Wie zum Beispiel?
Wie zum Beispiel in der Kleidung. Ich weiß noch, in Zürich trug ich einen Bart, und da hat mich ein Bürger angefahren, ich soll mal diesen Saubart abschneiden. Das ist eigentlich das gleiche. Das ist auch eine solche Normenvorstellung: Man hat so auszusehen und sich soundso zu kleiden. Genau wie die Wände, die müssen rein sein und frei sein. In diesem Sinn ist das kein Einzelfall, ist das ein allgemeiner Fall.
Wegen ungewöhnlicher Kleidung wird niemand strafrechtlich belangt.
Weil es noch keine gesetzlichen Möglichkeiten gibt. Sonst täte das auch geschehen.
Soll an dir ein Exempel statuiert werden?
Auf jeden Fall, ja.
Was für ein Exempel?
Daß jeder, der sich auflehnt, eingeker-
Soll an dir ein Exempel statuiert werden?
Auf jeden Fall, ja.
Was für ein Exempel?
Daß jeder, der sich auflehnt, eingeker-
kert werden soll. Deshalb sind sie so scharf auf meine Auslieferung. Es geht ihnen nicht um die Geldeintreibung. Die Geldforderung wird ja bereits neutralisiert durch das Angebot von Beuys (Anm. 1). Damit sind die auf keinen Fall zufrieden. Denn das, was das kostet, hunderttausend Schweizer Franken, ist für die einfach kein Betrag. Wenn man bedenkt, wieviel Milliarden da unterschlagen werden. Es geht um die Person, es geht um die Abstrafung. Das isses.
Welche Parallelen siehst du zur staatlichen Repression gegen die Züricher Jugendbewegung?
Das ist auch die gleiche Auflehnung. In gewissem Sinne war diese Bewegung natürlich sehr viel leichter in den Griff zu bekommen, weil die Jungs halt Scheiben zertrümmert haben. Da fällt es ungemein schwierig, dafür einen anderen Begriff als Sachbeschädigung oder Sachzerstörung zu finden. Bei meinen Figuren ist das etwas schwieriger. Da mußte man mit einem Kunstgriff nachhelfen, um dieses ,,Delikt'' zu fixieren.
Bezeichnest du deine Aktionen als Kunst oder ...
Ja, das ist politische Kunst
... oder bedienst du dich des Kunstbegriffs im Rahmen einer juristischen Verteidigungsstrategie, Kunst ist frei und darf nicht verfolgt werden?
Diese Frage wird immer wieder gestellt. Ob Sachbeschädigung auch Kunst sein kann. Vermutlich ja. Aber in meinem Fall ist das keine Sachbeschädigung.
Warum?
Weil ja nichts beschädigt wird. Was soll denn beschädigt sein? Hätt' ich mit einer Axt hineingehauen, hätt' es vielleicht eine kleine Kerbe gegeben, aber ich hätte nie eine Strafanzeige bekommen. Denn das wäre ja nicht wahrgenommen worden. Aber es wäre de facto unvergleichlich mehr Schaden, nicht? **Aber dieser** Aufhauch, der mit einer Optik verbunden ist, der macht im Kopf den Schaden, der Lack macht's nicht.
Die Stadt Osnabrück hat dir angeboten, ,,ihre'' Betonmauern zu besprühen, der hiesige Kulturbetrieb hat sich nach deiner Inhaftierung in der BRD für deine Freiheit stark gemacht. Glaubst du, daß du dadurch vereinnahmt werden kannst?
Nein. Ich glaub, daß ich niemals von Museumsleuten vereinnahmt werden kann.
Glaubst du, daß deine Figuren auch weiterhin provozieren?
Ja, ja, unbedingt.
Auch wenn sie offiziell als Kunst anerkannt werden?
Im Prinzip hat die Kunst immer diese Sprengwirkung an sich. Das ist die interessante Fragestellung: Würden die Figuren, wenn ich sie jetzt machen würde, schwächer oder nicht. Ich bin da gar nicht sicher, ob sie wirklich schwächer würden. Sonst würde das bedeuten, nur die Illegalität, oder die große Angst oder die Exponiertheit schafft die große Provokation oder die große Kunst. Aber dann müßten ja alle diese übrigen Sprüher, die das ja ebenso machen, die müßten dann die Qualität bringen. Die bringen sie aber nicht. Man kann also nicht sagen, daß die Qualität der Kunst wesentlich abhängig ist von der Illegalität, sondern daß die Kunst ein eigenes Dynamit besitzt. Bei mir allerdings hat sie dadurch, daß ich in der Illegalität arbeite, bzw. gearbeitet habe, dann zusätzlich im Brennpunkt gestanden.
Ich glaube aber nicht, daß deine Figuren, wenn du sie im Museum gesprüht hättest, solche Wirkung gehabt hätten.
Ja, das glaub ich auch nicht. Sie würden im Museum verlieren. Wenn sie im Museum wären, hätten sie keine besondere Wirkung, weil das Museum dieser tolerierte ideologische Rahmen ist. Aber auf der Straße würden sie, auch wenn man sie jetzt noch im Nachhinein für Kunst erklärte, nichts verlieren, weil die Ideologie auf der Straße eben nicht diese grundsätzliche Sicherung wie der Kunstraum im Museum hat. Das wirkt anders auf der Straße, das sind alles politische Vorgänge mit ihren Widersprüchen, die ständig bleiben. Das kann man nicht noch im Nachhin-
nicht diese grundsätzliche Sicherung wie der Kunstraum im Museum hat. Das wirkt anders auf der Straße, das sind alles politische Vorgänge mit ihren Widersprüchen, die ständig bleiben. Das kann man nicht noch im Nachhin-
ein mit einer Theorie entkräften. Das würde wahrscheinlich auch gar nicht ankommen. Ich glaub nicht, daß die Medien eine solche Aufklärungsarbeit durchführen könnten, daß der größte Teil der Bevölkerung soweit informiert würde, genau solche Figuren dann hinzunehmen. Das kann ich mir nicht vorstellen.
Es würde immer noch genug Leute geben, die sagen, solche Schmiererei, was soll das hier?
Ja, auf jeden Fall, genauso wie sie im Museum sagen, das ist ja alles Scheiße.
Hat es auch Leute gegeben, die über deine Figuren gelacht haben?
Jaja, die hat es gegeben. Es hat sehr viele gegeben, die sich daran gefreut haben. Nur die haben weniger Macht, die haben sehr viel weniger Einfluß.
Welche Funktion hat für dich Kunst, was soll und kann sie bewirken?
Die Kunst muß das gesellschaftliche Bewußtsein verändern.
Wie kann sie das heute? Kann sie das heute noch im Museum?
Doch, aber natürlich nicht so unmittelbar. Wenn ich das bei mir selber sehe, wie ich als Knabe in ein Museum ging, ins Kunsthaus. Da sah ich Bilder von Paul Klee; eins war so ein Schachbrett, das hieß ,,Über Schach'' und das erste, was ich guckte, war, ob dieser Künstler überhaupt signiert hatte. Und da keine Unterschrift da war, war ich einfach etwas ratlos, weil ich diese Vorstellung hatte, ein Künstler macht irgendwie immer eine Unterschrift (Anm.2). Und ich weiß noch, daß es mich sehr gewundert hat, dieses Bild. Aber mehr dabei dachte ich mir eigentlich nicht. Erst als ich daraufhin mehr Bilder gesehen hatte, konnte ich dann auch feststellen, das ist ein ungeheures Bild, das sehr viele Fragen aufwirft und sehr viele Emotionen freilegt.
Das ist auch eine Funktion, die Kunst haben kann. Fragen aufzuwerfen, Dinge zu hinterfragen ...?







Absolut, ja. Wenn sie das nicht kann, — ja, dann hat sie keine. Dann hat sie eine Fragestellung schon so verarbeitet, daß sie zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, worüber man nicht mehr besonders nachdenken muß. Insofern ist die Kunst immer eine Anregerin, Fragestellerin.
Kennst du in der BRD Künstler, die nach ähnlichen Vorstellungen arbeiten wie du?
Ich kenne eigentlich niemanden, der so radikal öffentlich ist und sich einfach die Autonomie rausnimmt.
Du meinst, daß es notwendig ist, daß Kunst radikal und öffentlich ist?
Ja, unbedingt, politisch. Sie hat ja nicht viel Chancen, politisch zu wirken, wenn sie viel Absicherung hat vom Museumsbetrieb. Also, der einzige, der auch so wie ich arbeitet, ist Beuys.
Wenn du sagst, daß Kunst öffentlich und politisch sein muß, muß sie dann nicht auch verstehbar sein?
Nee, das ist nicht notwendig. Kunst muß nicht unbedingt verstanden werden. Man versteht bereits, wenn man die Frage stellt, warum ist das? Oder auch, wenn man Nein oder Ja sagt. Im intellektuellen Sinn muß nicht unbedingt etwas verstanden werden; es genügt, wenn die Fragestellung begriffen ist.
Siehst du dich in irgendeiner künstlerischen Tradition?
Ja klar: Die Graffitis. **In Amerika gibt es ja sehr viele Graffiti-Sprayer, Einige von denen sind mittlerweile bekannt geworden, werden für viel Geld enga-**
Siehst du dich in irgendeiner künstlerischen Tradition?
Ja klar: Die Graffitis. **In Amerika gibt es ja sehr viele Graffiti-Sprayer, Einige von denen sind mittlerweile bekannt geworden, werden für viel Geld enga-**
giert, um, wie kürzlich in Düsseldorf, eine Straßenbahn zu besprayen. Von denen unterscheidest du dich aber?
Mit Sicherheit.
Wo?
Ja, weil die Amerikaner keine politischen Ideen haben. Die sind auf gesellschaftliche Karrieren aus. Sie sind sofort bereit, gegen Bezahlung zu besprühen, gehen ohne weiteres von der Straße in die Galerie hinein, in denen sie nun statt Wände Leinwände vollsprühen. Sie haben Manager, von denen sie herumgeflogen werden, sozusagen wie Musikanten. Ich kann da tatsächlich keinen gesellschaftlichen, keinen politischen Hintergrund sehen, in dem Sinne, Grundsatzprobleme anzugreifen, politische Fragen aufzuwerfen. Da steht nur ganz deutlich eine gefragte Karriere. Abgesehen avon sind sie auch als Künstler sehr, sehr schwach, die Amerikaner. Ich halte sehr wenig von denen, daß muß ich schon sagen. Wenn das nur so ist, naja. Wenn es nur die persönliche Karriere ist — ja, warum dann? Dann können sie auch gleich Würstchen machen und verkaufen. Da braucht es das Sprühen nicht.
Hier in der BRD gibt es auch eine Reihe von Sprayereien, allerdings mehr als Parolen, politische Forderungen oder auch ironische ,,Sinnsprüche''. Grenzt du dich von diesen Sprayern auch ab?
Nein, nein. Ich bin mit den Parolensprühern insofern verwandt, weil sie genau auch politische Ideen haben. Und sie würden sich niemals so vereinnahmen lassen, wie die Amerikaner. Gegen Bestellung Parolen sprühen, das würden sie nicht machen. Aber sie arbeiten nicht mit künstlerischen Mitteln.
Findest du, daß das ein Mangel ist?
Nein, aber es hat nicht ganz so eine Breitenwirkung. Es ist auch kaum einer von diesen Parolensprühern einmal außerordentlich ins Bewußtsein gerückt. Ich glaube, es gibt da einen in Berlin, in Kreuzberg. Der hat immer überall das gleiche hingeschrieben. Mir ist es ein

Kultur

Rätsel, daß der niemals erwischt wurde. Denn für seine Sprüche hat der ja schon eine halbe Stunde gebraucht. Entweder hat er so abgelegen gesprüht oder er hatte einen unheimlichen Zufall. Ich glaub, er ist auch jetzt nicht mehr bekannt, oder er macht nichts mehr. Die Sache ist, daß die meisten irgendwie mal aufgehört, nicht mehr gearbeitet haben. Aber die unterscheiden sich ganz deutlich von den Amerikanern.

In der „Zeit" habe ich gelesen, daß du dich auch auf die Dadaisten beziehst?

Ja, ich glaube, daß ich von den Schwitters beeinflußt bin. Der hatte diese Idee von einer endlosen Hinzufügung in seinem Merzbau. Und dieses Konzept einer ständigen Fortführung, das habe ich eigentlich für die Städte von Europa ausgeführt (Anm.3).

Kennzeichnend ist doch, daß Dada flüchtig war, eine Stimmung, ein Lebensgefühl, einen Protest ausdrückte. Darin würde ich auch eine Verbindung zu deinem Arbeiten sehen.

Ja. — Ich finde, die Dadaisten sind die einzigen Künstler, die tatsächlich anarchistische Grundzüge hatten, jedenfalls mehr als die Kubisten oder die Konstruktivisten. Malewitsch vielleicht, hat auch eine sehr politische Kunst gemacht (Anm. 4). Das kommt sicher so, weil ich eben aus Zürich komme und die Dadaisten haben ja auch diesen Club, das „Cabaret Voltaire" aufgemacht. Und mein Lehrer an der Kunstgewerbeschule, das war ein Schüler von Arp (Anm. 5). Wir haben noch die letzten Holzschnitte von Arp auf die Schulbänke bekommen. Das war eine große Sache

Dada begann in einer bestimmten Situation, während des ersten Weltkriegs. Als ein Aufschrei gegen diese Zerstörung und die Vernichtung alles Menschlichen. Ist das nicht auch eine Parallele?

Ja, genau. Die Dadaisten waren eindeutig gegen den Krieg. Das ist sehr verwandt zu heute. Den Dadaismus kann man schon als Vorläufer der Friedensbewegung sehen, in der Grundhaltung. Die Friedensbewegung zeigt eben sehr merkwürdige Verhaltensweisen auf bei den Menschen. Es scheint dann so, als seien die ganz verbiestert für Krieg, merkwürdigerweise für Krieg.

Die Linke hat lange Zeit kulturellen Fragen kaum Beachtung geschenkt. Seit der Zeit der Häuserkampf- und Zürcher Bewegung scheint sich diese Haltung ganz praktisch zu ändern, scheint die Linke etwas phantasievoller zu werden. Wie siehst du das? Was hälst du von der Kultur der Linken.

Ich glaube, daß die Linke sich noch nicht sehr beschäftigt hat mit den rein ästhetischen Fragestellungen. Da sind die Bürger tatsächlich voraus, die haben das eher begriffen und nützen das auch aus. Sie sind nicht ganz gleichgültig wie etwas gemacht wird. Man kanns auch so nehmen, daß die Kunst eine Kraft ist, die zu einer Disziplinierung oder zur Stärkung von Kräften führt. Es ist also gar nicht gleichgültig, wie man mit diesen Dingen umgeht. ich kenne jemanden von der „taz", der erzählte mir, daß zu Anfang alles gleichgültig gewesen wäre, Rechtschreibfehler und so. Aber letztenendes sind das

ästhetischen Fragestellungen. Da sind die Bürger tatsächlich voraus, die haben das eher begriffen und nützen das auch aus. Sie sind nicht ganz gleichgültig wie etwas gemacht wird. Man kanns auch so nehmen, daß die Kunst eine Kraft ist, die zu einer Disziplinierung oder zur Stärkung von Kräften führt. Es ist also gar nicht gleichgültig, wie man mit diesen Dingen umgeht. ich kenne jemanden von der „taz", der erzählte mir, daß zu Anfang alles gleichgültig gewesen wäre, Rechtschreibfehler und so. Aber letztenendes sind das

einfach Schwachstellen, da werden ja nicht einmal gewisse Techniken beherrscht und sofort ist man in einer verdächtigen Ecke. Das ist eigentlich auch bei meinen Spraybildern so — die können in einem gewissen Sinne sogar selbst die Bürgerlichen überzeugen, weil sie mit sehr großem Können und Virtuosität vorgetragen sind. Wichtig ist nicht nur einfach der Inhalt, sondern auch die Form; das nötigt einen gewissen Respekt ab, wenn man etwas kann. Wenn einer halt ein Stümper ist, dann sagt man, ja, der kann sowieso nichts. Man muß das also irgendwie respektieren.

Es wird dann eher ernst genommen, meinst du?

Ja, viel mehr, weil das ja ein Können, eine Arbeit voraussetzt.

Aber auf der anderen Seite steht dem die Haltung gegenüber, Künstler nicht ernst zu nehmen, sie für verrückt zu halten, selbst wenn man ihr Können noch anerkennt. Beispielsweise um sich nicht mit unliebsamen Inhalten auseinandersetzen zu müssen?

Ja, das ist eben das Elend, daß die Künstler in diese Ecke gedrängt werden, nicht ernst genommen zu werden. Ich weiß nicht, wann das begonnen hat, wahrscheinlich schon sehr, sehr früh. Vielleicht deshalb, weil die Künste ja allzulange nur Diener waren. Erst für die Kirche, dann für das Bürgertum und jetzt möglicherweise mehr und mehr für die Politik. Sie, die Kunst, war wahrscheinlich nur ganz zu Beginn autonom, bei den Höhlenzeichnungen. Ein kleines Stück lang, so wie ich als Graffiti-Aktionist.

Hat das hessische Kultusministerium schon entschieden, ob du den Lehrauftrag in Wiesbaden übernehmen kannst?

Nein. Ich weiß nicht warum, wahrscheinlich sind das nur noch formale Sachen. Vielleicht haben sie auch schon prinzipiell mal nein gesagt. Der Lebenslauf, den ich jetzt geschrieben habe, war ein bißchen mutig (Anm. 6). Denn sie wollen ja genaue Daten haben. Zeugnisse und Diplome und Ausweis. Ich habe aber nix, das hat mich nie interessiert. Ich hab alle Zeugnisse, die ich gehabt habe, weggeworfen, obwohl sie glänzend waren, weil ich diesen Kram nicht brauche. Meine Mutter sagte, ja Kind, das ist alles nix, kannste gleich wegwerfen, für das Leben zählt das nicht. Stimmt auch.

Das ist wieder dieselbe Mentalität, über die sich deine Figuren lustig machen, oder?

Das ist lächerlich, solche Farce zu machen. Wer kann das eigentlich? Irgendwelche Beamte, die mir vor 50, nee, vor 20 Jahren mal ein Zeugnis ausgestellt haben? Die gelten also mehr, als ich jetzt als lebendiger Mensch, der ein Gesicht hat und irgendwie auch etwas belegen kann. Das ist furchtbar! Das sind doch Entscheidungen, die vor 20 Jahren gemacht worden sind. Zeugnisse! Tja. Das hat aber mehr Autorität als ein lebendiger Mensch. Das ist absurd. Darum habe ich die Sachen weggeworfen. Man stellt sich doch im Moment dar, das, was man jetzt ist, das ist wichtig.

Sie haben ja fast keine Verpflichtung, das ist mehr symbolisch, diese Einstellung. Das kostet praktisch nichts. Zuerst waren es vier Stunden, die ich machen sollte, jetzt nur noch zwei. Das ist mir auch viel lieber. Ich würd sogar nur eine machen. Oder zwei im Monat, das ist am besten.

Wie fühlst du dich eigentlich dabei, wenn du, wie jetzt in Wiesbaden, einen Lichtbildervortrag über deine Figuren machst, die ja spontan wirken. Wie fühlst du dich dabei, wenn du deine eigenen Arbeiten erklärst, und das in dieser Prüfungsveranstaltung?

Nee, da kann ich mich so derartig identifizieren, da fühle ich mich vollkommen sicher. Da bin ich schon ganz sicher, wenn ich die Figuren habe. Ich kann auch etwas dazu sagen. Ich habe mich dadurch auch unterstützt gefühlt. Wenn ich mit Worten umgehen muß, so wie z.B. bei der Pressekonferenz, da gerat ich fast immer wieder in Verlegenheit oder ins Schleudern. Ich habe dann nicht das Gefühl, daß ich richtig angreifen kann wie ich das mit den Figuren kann. Worte haben nicht die gleiche Wirkung wie Zeichnungen.

So etwas wie Sinnlichkeit und Lust ist dafür sehr wichtig?

Ja, unbedingt wichtig. Nicht, weil das eben Sinnlichkeit ist oder Lust, sondern weil es körperhaft ist, d.h. weil die ganze Person beteiligt ist.

Nicht nur der Kopf, sondern auch der Bauch ...

Ja, der ist wichtig. Es muß alles beides sein. Bei den Graffiti-Aktionen ist ja alles beteiligt. Der ganze Körper, der ganze Kopf, alles ist mit, der ganze Mensch ist beteiligt.

Ist es das, was deine Figuren so subversiv macht?

H.N.: Das sind diese Körper-Haltungen, diese Körpersprache.

dern weil es körperhaft ist, d.h. weil die ganze Person beteiligt ist.

Nicht nur der Kopf, sondern auch der Bauch ...

Ja, der ist wichtig. Es muß alles beides sein. Bei den Graffiti-Aktionen ist ja alles beteiligt. Der ganze Körper, der ganze Kopf, alles ist mit, der ganze Mensch ist beteiligt.

Ist es das, was deine Figuren so subversiv macht?

H.N.: Das sind diese Körper-Haltungen, diese Körpersprache.

Wie und was willst du in Zukunft weiter machen?

H.N.: Ich muß jetzt sehr viel mit dem Kopf machen. Wenn ich jetzt z.B. wieder weiter Graffitis machen würde, wäre das, wenigstens für den Moment, total unsinnig. Ich muß das alles sozusagen vom Kopf her steuern, weil das im Moment eine viel größere Wirkungskraft hat. Das lebt ja alles vom Hintergrund, was ich gemacht habe. Und wenn ich jetzt mit Verhandlungen, mit Diplomatie, — oder mit Schachspielerei, wie ich das nenne, — auf die Politik einwirke, kann ich unvergleichlich viel mehr erreichen, als wenn ich jetzt mit Figuren arbeiten würde. Ich muß jetzt für meine Befreiung kämpfen, das ist sehr wichtig.

Siehst du Chancen, nicht an die Schweiz ausgeliefert zu werden?

Ja, da sehe ich Chancen. Ich versuche jetzt, über den Bundestag etwas zu erreichen. Mir schwebt eine „Koalition" von SPD, FDP und Grünen vor. Ich glaub schon, daß ich das schaffen kann. Denn es geht ja nicht um Geldverteilungsprobleme, was sie zu tun haben, sondern sie müssen nur eine idealistische Stellungnahme für die Freiheit der Kunst abgeben. Und das kann jede Partei ohne große Aufwände.

Auch wenn es ihnen nur dazu dient, in der Öffentlichkeit zu beweisen, wie liberal sie sind, z.B. im Gegensatz zu Zimmermanns Kurs?

Ja, schon, aber ich nutze das auch für mich aus.

Wirwünschen dir viel Erfolg gegenüber allen Bürokraten und danken dir für dieses Interview.

(Das Interview wurde am 12.10.83 gemacht.)











Anmerkungen:

1) J. Beuys hat der Stadt Zürich das Angebot gemacht, ihr ein Kunstwerk im Wert von 100.000 Schweizer Franken zu schenken, um damit Naegeli sozusagen auszulösen.

2) Hier irrt Harald Naegeli: Das Bild ist signiert — rechts oben. Aber das kann man als kleiner Junge schon übersehen ...

3) Kurt Schwitters wird zu den deutschen Dadaisten gerechnet. Diese Einordnung bezieht sich aber mehr auf die künstlerischen Mittel und Materialien (Collage) als auf die inhaltlichen Ideen der Dadaisten. Schwitters versuchte eine Neu-Bestimmung der Kunst nach den Erfahrungen des 1. Weltkrieges zu finden, während die Dadaisten in erster Linie den durch den Krieg infragegestellten Kunst- und Kulturbegriff zerstören wollten.

Der Begriff MERZ-Kunst „entstand beim Merzbilde, einem Bilde, auf dem unter abstrakten Formen das Wort MERZ aufgeklebt und ausgeschnitten aus einer Anzeige der KOMMERZ UND PRIVATBANK, zu lesen war. (...) Ich nannte nun all meine Bilder als Gattung nach dem charakteristischen Bilde MERZ-Bilder. Später erweiterte ich die Bezeichnung MERZ erst auf meine Dichtung, (...) und endlich auf all meine entsprechende Tätigkeit. Jetzt nenne ich mich selbst MERZ." (Merz 20. Kurt Schwitters. Katalog, Hannover 1927, S. 99f). Der MERZ-Bau Schwitters' war eine räumliche Collage von symbolischen Gegenständen, Erinnerungsstücken an Freunde usw., in seinem Atelier, die er ständig veränderte und ausbaute.

4) Kasimir Malewitsch war einer der bedeutendsten Künstler des vor- und revolutionären Rußlands. Er entwarf das System des Suprematismus (lat. supremus = der höchste). Diese Richtung war für die Entwicklung aller Bereiche der angewandten Kunst (Grafik, Design, Architektur) nicht nur in der UdSSR von entscheidender Bedeutung. An die Stelle des bürgerlichen Verständnisses des individualistischen Künstlers setzte M. das Verständnis eines kreativen Menschen, der an der Gestaltung einer universellen Idee — des Sozialismus — Anteil hat. In dieser Hinsicht hob er die Trennung in „schöne" und angewandte Kunst auf. „Von Malerei kann beim Suprematismus nicht die Rede sein. Die Malerei ist längst abgetan, und der Künstler ist ein Vorurteil der Vergangenheit." (M., 1920 ‚Suprematismus. 34 Zeichnungen'). Zentrale Idee des Suprematismus war die Gegenstandslosigkeit: Nicht das Abbild einzelner Gegenstände ist wichtig darzustellen, sondern das Wesen der Dinge, die Bewegung. So entstand eine universelle Formensprache, die sich in allen Lebensbereichen konkret wiederfinden läßt (in der Architektur z.B.), und die kollektiv gebraucht werden kann. „Es wird ein System in der Zeit und im Raum konstruiert, das nicht von irgendwelchen Schönheiten, Eindrücken oder Stimmungen abhängt;

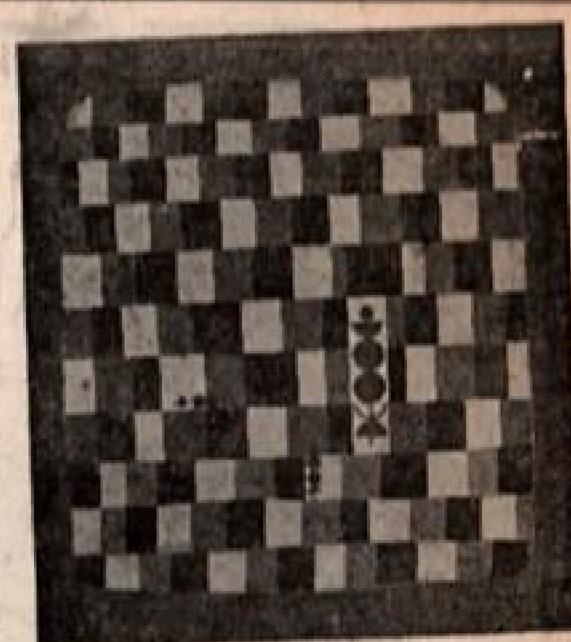
‚Suprematismus. 34 Zeichnungen'). Zentrale Idee des Suprematismus war die Gegenstandslosigkeit: Nicht das Abbild einzelner Gegenstände ist wichtig darzustellen, sondern das Wesen der Dinge, die Bewegung. So entstand eine universelle Formensprache, die sich in allen Lebensbereichen konkret wiederfinden läßt (in der Architektur z.B.), und die kollektiv gebraucht werden kann. „Es wird ein System in der Zeit und im Raum konstruiert, das nicht von irgendwelchen Schönheiten, Eindrücken oder Stimmungen abhängt;

eher ist es ein philosophisches Farbensystem zur Realisierung der neuen Bewegungen meiner Vorstellungen, also Erkenntnis." (M., 1919, Katalog der 10. staatl. Ausstellung ‚Gegenstandlose Kunst und Suprematismus').

5) Hans Arp war einer der „Mitbegründer" des Dadaismus 1916 in Zürich. Der Dadaismus war eine Reaktion kritischer Avantgarde-Künstler in Europa auf den 1. Weltkrieg. Ihr Protest richtete sich gegen die Verlogenheit und Sinnlosigkeit bürgerlich-humanistischer Ideale, in deren Namen eine ungeheure Vernichtung menschlichen Lebens betrieben wurde. Angesichts der überall sichtbaren materiellen Zerstörung, zerstörten die Dadaisten die „schöne" Kunst, indem sie diese lächerlich machten.

„Die kurzsichtigen Zürcher Bürger hatten nichts gegen Lenin einzuwenden, da er nicht herausfordernd aufgeputzt war. Dada jedoch ergrimmte sie. Unsere freundlich hervorgebrachten Warnungen, daß es aus sei mit der gemütlichen Zeit, ließ ihren Kamm vor Wut feuerrot schwellen.(...) Der Dadaist ersann Streiche, um dem Bürger seinen guten Schlaf zu rauben." (Hans Arp, in: Schifferli, P., Hg.: Dada in Zürich, Bildchronik und Erinnerungen der Gründer, Zürich 1957).

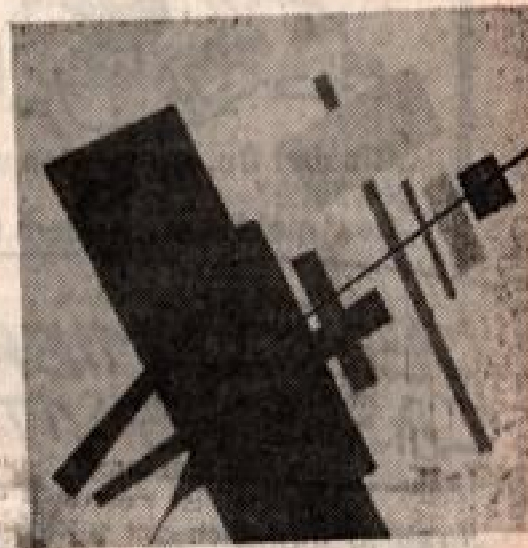
6) Es handelt sich dabei um einen wirklich unkonventionellen Lebenslauf, der außer dem Geburtstag jeder weiteren Daten entbehrt, womit sich die Bürokratie kaum begnügen dürfte: „ ... es ist in meinem leben gewiss noch bemerkenswertes vorgefallen, aber ich habe es vergessen. wahrheitsgetreu wiedergegeben ..."



P. Klee, Überschach, 1937



K. Schwitters, Merz-Säule

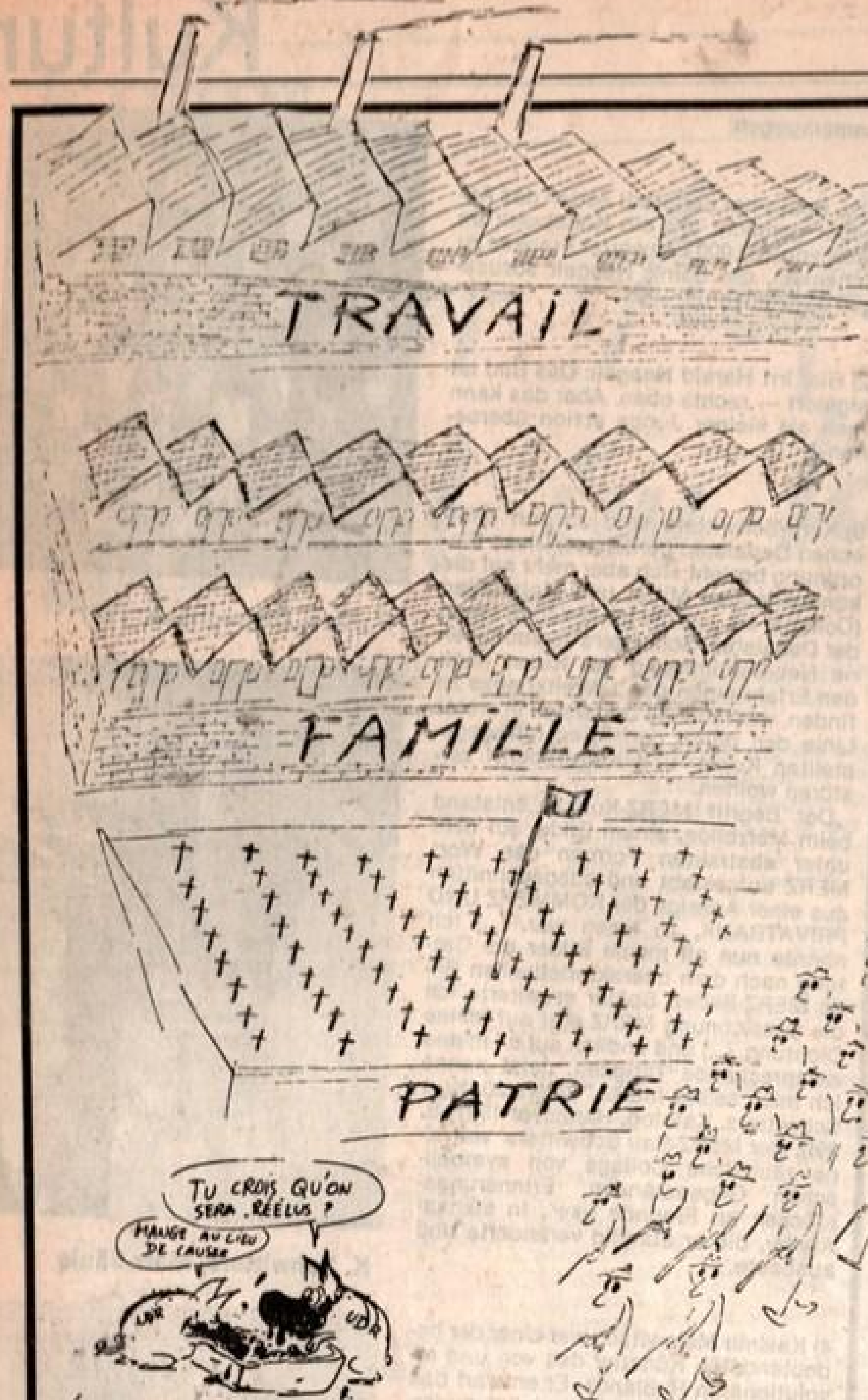


K. Malewitsch, Suprematismus, 1917

I., Kultur

I., Kultur

Reiser ist tot



Am 3. November, knapp 42 Jahre alt, erlag der französische Karikaturist Reiser einem Knochenkrebs ... Reise hatte in verschiedenen satirischen Zeitschriften mitgewirkt, vor allem bei „Hara-Kiri" und „Charlie-Hebdo".

Reisers Stil war ohne Firlefanz gerade das Minimum, um die Hauptsache klar zu machen. In seinen Zeichnungen griff Reiser allgemein gesprochen DIE Blödheit und die Verblödung an — des Alltags, des Spießers, der Bullen, des Militärs, eben DIE Blödheit.

Das trug ihm zuweilen den Ruf eines bösen, menschenverachtenden Zynikers ein.

Weil sein Humor meistens von der schwarzen Gattung war (eine Mangelware in der BRD), melancholisch, rebellisch und oft provozierend. Aber besser guckt sich Mensch seine Zeichnungen selber an.

Den Francophilen unter Euch sei auf die zahlreichen Taschenbücher mit Reisers gesammelten Werken hingewiesen (alle „Editions du Square").

E., KB-Frankfurt

Arbeit · Familie · Vaterland



Präsidentschaftswahlen 1974: „Diesmal dürfen wir nicht für einen Dummkopf stimmen!" „Das wird schwierig"



„Glaubst Du, wir werden wiedergewählt?" „Red' nicht rum, sondern friß!"



sondage ifop: 1 PAPE SUR 3 CROIT EN DIEU

Ifop-Umfrage: Jeder 3. Papst glaubt an Gott „Ich glaube, aber ich praktiziere nicht."

praktiziere nicht."

„Den ersten, der meine Scheibe einschlägt ..."

„Wenn du nicht ruhig bist, rufe ich die Polizei!"

Man trägt wieder Sack ...

Arne Piewitz: Ich war der Märchenprinz

Anno 1917 wurde im Deutschen Volkstheater zu Wien Arthur Schnitzlers Komödie „Fink und Fliederbusch" uraufgeführt. Fliederbusch, Journalist bei der einen Zeitung, ist dafür, wenn Fink, bei der anderen Zeitung, dagegen ist — und umgekehrt. Ja und? Fink und Fliederbusch sind ein und dieselbe Person, die auf diese Weise doppelt kassiert.

Anno 1983 und in der „alternativen Szene" läuft sowas rationeller: Wofür Fink/Fliederbusch noch zwei verschiedener Zeitungen bedurfte, erledigt der Hamburger Buntbuch-Verlag im gleichen Hause. 1980 brachte dieser Verlag Svende Merians „Tod des Märchenprinzen" heraus und konnte sich über den überraschenden Verkaufserfolg (1) sanieren. Autorin und Verlag schieden im Unfrieden voneinander, der Verlag schickte seiner ehemaligen Erfolgsautorin daraufhin eine Fuhre Mist in Form einer rund hundertseitigen Zote hinterdrein — und hat auch damit einen Verkaufserfolg gelandet (2). Einem sich Arne Piewitz (pieen = pissen; Piewitz also: Pißwitz) nennenden Autor wurde Gelegenheit gegeben, unter dem Vorwand einer „satirischen" Auseinandersetzung mit Svende Merians Erstlingswerk, die Sau rauszulassen.

„Ich war der Märchenprinz" ist der „*schlechte alternative Herrenwitz*" (3) betitelt. Bucheingangs teilt der Autor mit: „*Ich kratze mich am Sack.*" Zwei Seiten weiter kratzt er sich dort wieder (oder noch immer?), obwohl er sich „*natürlich auch am Kopf kratzen (könnte), aber der Sack ist mir nunmal näher.*" Der Rest des Buches ist dementsprechend.

Svende, in dem Piewitz-Werk als „M." bezeichnet, „*blubbert*", „*kreischt*", „*sabbert*", „*frißt .. schmatzend und schlürfend ... sieht aus wie Miß Piggy und hält sich grunzend den Bauch.*" Allerdings: Im Bett „*kommt (sie) wie die Feuerwehr*" bzw. „*fickt wie eine Weltmeisterin*"; auch aufs Verführen versteht sie sich: „*hier ein Schenkelchen, da ein kunstvoll geschwenktes Tittchen*".

Mehr Herzeleid als M.s Blubbern, Kreischen und Sabbern — notfalls wird „Arne" sie sich „*schön saufen*" — bereitet ihm die Nerverei mit der (gemeinsamen Verantwortung für die) Verhütung. Wo ihm „*gleich alles in die Hose (geht)*", sie aber fragt, ob er denn die Pille nähme, ist ihm „*die Stimmung*" versaut; „*Sie ... ist schlagartig voll anwesend, knallhart, fünf Jahre Frauengruppe sehen mich militant an*". — Überhaupt: „*.... man kann wirklich alles überproblematisieren*"; „*Sie hat ein Pessar. Na fein, andere Leute haben einen Telefonanrufbeantworter ... mir ist es im Prinzip total egal, ob sie sich ihr Pessar oder ich mir meinen Pariser anziehe. Ich stecke auch nur den Kopf bei ihr rein und wackle mit den Ohren, wenn's gewünscht wird.*"

Muß mensch eigentlich dieses Buch kaufen, um so richtig kotzen zu können?

Ein Pseudonym ist ein Pseudonym

Svende Merian sagt dem Rezensenten auf seine Frage hin nur, über das Piewitz-Buch habe sie „*sehr gelacht*". Der (echte) „Märchenprinz" hingegen war empört. Über die Weise, auf die hier (nicht zuletzt zu seinen Lasten) Kohle gemacht wird, und darüber, daß sich der Autor hinter einem Pseudonym verbirgt.

Ein Mitarbeiter des Buntbuch-Verlages beschied den Rezensenten zuerst: „*Zu dem Buch wollen wir nichts sagen.*" Ließ sich dann aber doch zu Auskünften herbei. Das Buch solle „*nicht ernst genommen werden*". Aha? Es sei „*eine literarische Auseinandersetzung mit der Person Svende Merians.*" Nanu? das Buch sollte doch nicht ernst genommen werden? „*Ja, man braucht es ja trotzdem nicht ernst zu nehmen.*" Der Rezensent ist verwirrt. Allerdings, so der Verlags-Mitarbeiter weiter, werde „*das Buch bitter ernst genommen.*" Dauernd würden Frauen anrufen, die den Autor sprechen wollen. Weil sie, vermutet der Rezensent, tierisch sauer auf ihn sind. Nein, nein, sie sind „*teilweise erleuchtet, begeistert*" (4).

Woraufhin der Rezensent die Faxen satt hat und „Arne Piewitz" selbst anruft. Der hält sich bedeckt, will den Rezensenten mit diesem und jenem Namenshinweis leimen, befindet schließlich, ein Pseudonym sei ein Pseudonym, und: „*Selbst wenn ich der Verfasser wäre, würde ich es nicht sagen.*" — Klar, welcher Sexist liest schon gern an seiner Haustür, daß er ein Sexist ist!

„*Arne ist nicht Arne*", hatte die „taz" (19.11.) unter eine Besprechung gesetzt, in der davon ausgegangen war, „Arne Piewitz" sei der (echte) „Märchenprinz": „*Lauten Gerüchten zufolge haben die Buntbuch-Verleger — bestsellersüchtig — selber Hand angelegt.*" Zwar mag der Rezensent nicht so ohne weiteres der „taz"-Annahme widersprechen, besagte Verleger wollten „*endlich mal bezahlt wichsen*", möchte aber auch nicht auf Henning Venske den Makel sitzen lassen, er habe seine Bekennerschrift „Ich war der Märchenprinz" von seinen Verlegern schreiben lassen. (5)

K., Hamburg



Neu

ICH WAR DER MÄRCHENPRINZ. Von Arne Piewitz. Zum zweiten mal in diesem Jahrzehnt wird die Szene bestürzt: Arne, der Märchenprinz von Svende Merian, beendet sein Schweigen. Er gibt keine Antwort, aber viele Erläuterungen. Er macht sich diskutierbar, oft schockierend, aber ehrlich. Die Auseinandersetzung geht weiter ... 120 S., Paperback, 9,80 Nr. 3756-5

Anmerkungen:

1) Von der Buntbuch-Ausgabe wurden rund 60.000 Exemplare verkauft, von dem Taschenbuch-Nachdruck bei Rowohlt, der von ein paar Monaten erschien, etliche zehntausend.
2) Innerhalb von rund sechs Wochen erschienen von dem Piewitz-Buch drei Auflagen mit insgesamt 20.000 Exemplaren.
3) siehe Ingrid Kleins lesenswerte Rezension des Piewitz-Buches in „Literatur Konkret" 1983/84, S. 94
4) Telefon-Interview am 21.11.
5) Anläßlich der niederländischen Übersetzung von Svende Merians „Tod des Märchenprinzen" berichtet die „Volkskrant" (18.11.83) von einem Gespräch mit der Autorin: „.... *als ein guter Freund (Henning Venske) ein Gegenbuch unter dem Titel* Ich war der Märchenprinz *schrieb, war sie sogar die einzige Feministin, die verstand, daß es sich um eine sehr geistreiche Satire handelte und nicht um frontale Frauenfeindlichkeit.*" — Es sei dahingestellt, inwieweit Svende Merians Äußerung über das Venske-Buch von der „Volkskrant" richtig wiedergegeben worden ist.

KPD und Judenfrage

Zur Geschichte des Antisemitismus Teil X

Vorweg: Die einzige offizielle Stellungnahme der KPD, sieht man von den sogenannten Klassikern ab, ist ein 1932 veröffentlichter Aufsatz: „Der Jud ist schuld...?",herausgegeben im Auftrag des ZK der KPD. Dieser Aufsatz stützt sich auf das Werk des (jüdischen) österreichischen Kommunisten Otto Heller, „Der Untergang des Judentums" (Wien/Berlin 1932, Reprint vom Palästina-Komitee Berlin-Aachen). Dessen Hauptgedanken werden im zweiten Teil dieses Artikels vorgestellt.

In der ersten Hälfte des Artikels werden die Stationen „nationaler Politik" der KPD und ihr Verhältnis zum Judentum dargestellt. Es gibt zu diesem Thema wenig verwertbares Material, das von kommunistischer Seite stammt (und nicht vordergründig einer rechtfertigenden Geschichtsschreibung dient wie z.B. die entsprechende DDR-Literatur). Damit ergibt sich die Notwendigkeit, auf sozialdemokratische Publikationen zurückzugreifen, um über die Geschichte deutscher Kommunisten zu schreiben.

Versailler Vertrag

Von der allgemeinen nationalistischen Stimmung in Deutschland nach Abschluß des Versailler Vertrages blieb auch die KPD nicht unberührt. Am 13. Mai 1919 erließ die Komintern den Aufruf:„**Nieder mit dem Frieden von Versailles!**"

Die nationalen Strömungen innerhalb der KPD sind unter dem Namen „Nationalbolschewismus" in die Geschichte eingegangen. Noch vor Ende des 1. Weltkrieges hatten zum Beispiel die Hamburger Kommunisten Laufenberg und Wolffheim eine "großdeutsche Räterepublik" und die „nationale Verteidigung gegen den westlichen Imperialismus" propagiert.

Ähnliche Vorstellungen vertraten auch die Bremer um die Zeitung „Arbeiterpolitik". 1919 trennten sich die Hamburger um Laufenberg und Wolffheim sowie die Berliner Anhänger des sogenannten Anarcho-Syndikalismus von der KPD, um sich 1920 zur „Kommunistischen Arbeiterpartei" (KAPD) zusammenzuschließen. Zuvor, 1919, hatten Laufenberg und Wolffheim eine Broschüre publiziert:„**Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg?**". Dort erklärten sie, die Novemberrevolution sei Ausdruck der Empörung über den verlorenen Krieg, die Unterzeichnung des Vertrags von Versailles bedeute Landesverrat, und Deutschland müsse sich vom „westlichen Imperialismus" trennen, um gemeinsam mit der Sowjet-Union gegen ihn zu kämpfen. Alles in allem eine bizarre Mischung von Sozialismus und Nationalismus.

Im Mai 1920 wandte sich das ZK der KPD gegen diese alldeutsche Richtung im sozialistischen Lager. Allerdings gab es 1923, als französische Truppen das Ruhrgebiet besetzten, eine Zweitauflage des „nationalbolschewistischen" Kurses. Es hieß zwar zunächst „**Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree**",sowie:"**Selbständige Klassenpolitik nach Außen wie nach Innen**". 1923 machte sich jedoch allmählich die Auffassung breit, Deutschland sei ein besetztes, unterdrücktes Land, und den Kommunisten falle die Aufgabe zu, den „nationalen Befreiungskampf" zu führen. Der ungarische Kommunist Rakosi schrieb: „*Eine kommunistische Partei...muß an die nationale Frage ihres Landes herantreten...Die deutsche Partei hat diese Frage mit glücklicher Hand angeschnitten...Sie ist dabei, den deutschen Faschisten die nationalistische Waffe aus den Händen zu schlagen*" (Jahrbuch 1923/1924, S.26, zit. nach O. Flechtheim "Die KPD in der Weimarer Republik", S. 177).

aus den Händen zu schlagen" (Jahrbuch 1923/1924, S.26, zit. nach O. Flechtheim "Die KPD in der Weimarer Republik", S. 177).

Radeks „Schlageter-Rede"

Im Sommer des gleichen Jahres hielt Karl Radek seine berühmte „Schlageter-Rede" vor dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI). Radek sprach dabei dem (von den französischen Truppen) erschossenen Freikorps-Kämpfer und Mitglied der Hitlerpartei, Leo Schlageter, seinen Respekt aus:„*Wenn die Kreise der deutschen Faschisten , die ehrlich dem deutschen Volke dienen wollen, den Sinn der Geschicke Schlageters nicht verstehen werden, so ist Schlageter umsonst gefallen, und dann sollten sie auf sein Denkmal schreiben: Der Wanderer ins Nichts...Die Geschicke dieses Märtyrers des deutschen Nationalismus sollen nicht verschwiegen, nicht mit einer abwertenden Phrase erledigt werden...Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden...Wir werden alles tun, daß Männer wie Schlageter, die bereit waren, für eine allgemeine Sache in den Tod zu gehen, nicht Wanderer ins Nichts, sondern Wanderer in eine bessere Zunkunft der gesamten Menschheit werden,*"

Radek warf die Frage auf:"*Gegen wen wollen die Deutschvölkischen kämpfen: Gegen das Entente-Kapital oder das russische Volk? Mit wem wollen sie sich verbinden? Mit den russischen Arbeitern und Bauern zur gemeinsamen Abschüttelung des Joches des Entente-Kapitals oder mit dem Entente-Kapital zur Versklavung des deutschen und russischen Volkes?...Das stärkste Volk kann nicht ohne Freunde bestehen, desto weniger ein geschlagenes, von Feinden umgebenes Volk. Will Deutschland imstande sein zu kämpfen, so muß es eine Einheitsfront der Arbeitenden darstellen, so müssen die Kopfarbeiter sich mit den Handarbeitern vereinigen zu einer eisernen Phalanx...Vereinigt wird Deutschland im Stande ein, große Quellen der Energie und des Widerstandes zu entdecken, die jedes Hindernis überwinden werden. Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes...Wir glauben, daß die große Mehrheit der national empfindenden Massen nicht in das Lager des Kapitals, sondern in das Lager der Arbeit gehört. Wir wollen und wir werden zu diesen Massen den Weg suchen und den Weg finden*"(zit. nach Flechtheim, s.o., S.178).

Diese Rede war Ausgangspunkt der kurzlebigen (bereits im August '23 offiziell beendeten) sogenannten „Schlageter-Kampagne", in deren Verlauf es einen Publikationsaustausch zwischen Kommunisten und Nationalisten gab. Die Spalten der „Roten Fahne" wurden dem völkischen Graf Reventlow geöffnet, eine gemeinsame Broschüre

ziell beendeten) sogenannten „Schlageter-Kampagne", in deren Verlauf es einen Publikationsaustausch zwischen Kommunisten und Nationalisten gab. Die Spalten der „Roten Fahne" wurden dem völkischen Graf Reventlow geöffnet, eine gemeinsame Broschüre

— „Schlageter, eine Auseinandersetzung"— veröffentlicht.

Radek begründete das Werben um die Nationalisten folgendermaßen:„*Wie reaktionär-nationalistisch diese Elemente auch sein mögen, für uns sind sie doch nichts anderes als ein Reservebehälter für unsere Kraft. Wenn wir die kleinbürgerliche Volksmasse auf unsere Seite hinüberzuziehen versuchen, so handelt es sich dabei nicht um kleinliche List, deren Zweck es wäre, die Faschistenbewegung zeitweilig zu zersplittern, auch nicht darum, Bundesgenossen zur Erlangung der Macht zu suchen. Es handelt sich dabei um die Eroberung einer nach Millionen zählenden Volksschicht, die wir für unseren Kampf um den Sozialismus brauchen. Wir haben Ingenieure, Offiziere, Bankbeamte nötig, um Deutschland mit geringen Opfern aus seinem Elend zu erlösen.*" (Artikel von Karl Radek, veröffentlicht in der „Roten Fahne" Nr. 176, 2.8.1923, zitiert nach H.-H.Knütter, „Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik", Droste 1971, S. 179)

„Judenkapital

Ruth Fischer, seit Mai 1923 in der Leitung der KPD, soll auf einer nationalistischen Studentenversammlung gesagt haben (später versuchte die zur CDU übergelaufene R. Fischer dies zu bagatellisieren):„*Das Deutsche Reich ... kann nur gerettet werden, wenn Sie, meine Herren von der deutschvölkischen Seite, erkennen, daß Sie gemeinsam mit den Massen kämpfen müssen, die in der KPD organisiert sind...Wer gegen das Judenkapital aufruft,...ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß...Tretet die Juden-Kapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie!...Der französische Imperialismus ist jetzt die größte Gefahr der Welt. Frankreich ist das Land der Reaktion...Nur im Bunde mit Rußland...kann das deutsche Volk den fanzösischen Kapitalismus aus dem Ruhrgebiet hinausjagen*"(Flechtheim, S.178-179; Knütter, S.180)

Parallel tauchten in der „Roten Fahne" des öfteren Artikel auf, die zum Kampf gegen das„jüdische" Kapital aufriefen:„*Durch die Straßen gleiten die Gefährte der brillantengeschmückten Schwerverdiener mit ihren in köstliche Stoffe gehüllten Lustdirnen. Und in der Gosse liegen die von der Sonne gebleichten Knochen von Sklaven des Kapitals. In den Bars und Dielen hocken die christlichen und jüdischen Schieber*"(„RF",Nr. 172, 28.7.1923, zit. n. Knütter, S.180).

dischen Schieber"(„RF",Nr. 172, 28.7.1923, zit. n. Knütter, S.180).

„Volksrevolution"

„Volksrevolution"

Die dritte Auflage eines nationalistischen Kurses seitens der KPD erfolgte 1930.

Im August des gleichen Jahres veröffentlichte das ZK der KPD die Rede von Heinz Neumann „**Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes**". Dort hieß es: „*Wir werden den räuberischen Versailler ,Friedens-Vertrag' und den Young-Plan, der Deutschland knechtet, wir werden alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen annullieren*" (Flechtheim, S.275).

Der bedeutendste praktische Erfolg dieses Kurses, der 1932 wieder beendet wurde, war der Übertritt des ehemaligen Reichswehrleutnants Scheringer von der NSDAP zur KPD.

Als in Berlin die SA gegen ihren Führer rebellierte, appellierte die KPD in der „Roten Fahne": „*Folgt dem Beispiel Eures früheren Kameraden Scheringer und werdet Soldaten der Volksrevolution unter Führung der KPD*" („RF", 8.4.1931). Scheringer selber wandte sich mittels der „Roten Fahne" an seine ehemaligen Gefährten: „*Die Volksrevolution wird mit den jüdischen Ausbeutern ebenso Schluß machen wie mit den christlichen*" („RF", 22.4.1931).

In einem weiteren zu dieser Zeit veröffentlichten „Rote Fahne"-Artikel bezeichnete sich die KPD als „volksbewußte Sozialisten"),„RF", 3.4.1931). Diese Linie traf allerdings auf Proteste innerhalb und außerhalb der KPD.

Carl von Ossietzky schrieb in der „Weltbühne": „*Man betont in der Agitation den engen parteigebundenen Charakter nicht mehr so stark und hat zur Anlockung der faschistischen Horchposten das nicht ganz wetterfeste Schlagwort ,Volksrevolution' geschaffen, das mehr im Geiste Otto Strassers als dem Lenins empfangen worden zu sein scheint. So arbeiten jetzt auch die Unerbittlichen mit ideologischem Kleister und gewöhnen sich an, statt Klasse Volk zu sagen*" („Die Weltbühne", 27. Jg., Nr.25, 23.6.1931, S 901).

Die Losung der „Volksrevolution" wurde im Januar 1931 erstmals verkündet; im Sommer des gleichen Jahres leitete die sogenannte „Nationale Opposition" (aus Nazis, Deutschnationalen, Stahlhelm u.a. bestehend) ein Volksbegehren zur Auflösung des Preußischen Landtags ein, das zum Sturz der SPD-Regierung führen sollte. Die KPD unterstützte diesen Volksentscheid, aus dem sie einen „roten" Volksentscheid machen wollte.

Im Oktober 1931 wies der kommunistische Reichstagsabgeordnete Neubauer darauf hin, daß „*nicht nur die Offiziere der Schwerindustrie vom Schlage der Arier Brandi, Schlenker, Pönsgen, von Gilsa (am Harzburger Treffen) teilnahmen, sondern auch Vertreter des von den Hakenkreuzlern angeblich bekämpften sogenannten jüdischen und ausländischen Kapitals*" (dieser „Rote-Fahne"-Artikel trägt die Überschrift: „**Rothschilds Vertreter in Harzburg!**", 17.10.1931; s.a. Knütter, S.190).

Diese Agitationslinie bildet keine Ausnahme: immer wieder taucht die Argumentation auf, die Nationalsozialisten seien eigentlich gar nicht so national, weil sie nicht konsequent gegen das „jüdische" Kapital einträten. So heißt es in einem weiteren „Rote Fahne"-Artikel unter der Schlagzeile: „**Hitler proklamiert Rettung der reichen Juden**" (15.11.1931): „*Es gibt keinen Geldschrankbesitzer, bei dem Hitler sich nicht anbiedert. Jetzt ist der Hakenkreuzler und Patentantisemit schon bei den Juden angelangt, wohlgemerkt nur bei den Reichen, die er ebenso vor dem Bolschewismus retten will wie die arischen Schlotbarone West- und die Großagrarier Ostelbiens*".

Zuvor hatte Hermann Remmele (auf einer Massenversammlung in Berlin) behauptet, die Nationalsozialisten hätten seit einiger Zeit den letzteren Teil ihrer Parole „Deutschland erwache — Juda verrecke" fallen gelassen. Und zwar deshalb: Goebbels habe von dem Juden Goldschmidt (Generaldirektor der Darmstädter- und Nationalbank) Geld erhalten.

Gesinnung für Geld zu verkaufen, das sei eben der Nationalsozialismus ... (H.Remmele, „Sowjetstern oder Hakenkreuz?", 1931, bzw. „Was ist die NSDAP?", 1930; s. Knütter, S.189).

„Sozialfaschismus"

Bekannt ist die „Sozialfaschismus"-Theorie, deren Exzesse 1930 von Remmele kritisiert wurden. Allerdings hieß es noch 1932 in der Resolution des EKKI-Plenums: „*Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie — diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie — gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats — die Bourgeoisie — mit Erfolg schlagen und zerschlagen*" (12. EKKI-Plenum, September 1932, „Die Internationale" XV., S.384).

1932 erwähnt auch Thälmann nochmals die Richtigkeit der Analyse Stalins, der bereits 1924 Faschismus und Sozialdemokratie als „Zwillinge", die sich gegenseitig ergänzen, bezeichnet hatte. „Gegenwärtig", so Thälmann 1932, sei die SPD der „gemäßigte" Flügel des Faschismus.

Indessen engagierte sich besonders die „Rote Hilfe" gegen Rassismus und Antisemitismus. Im Juni 1932 standen ihre Aktivitäten unter der Losung: „**Gegen nationalistische Verhetzung, gegen Rassenhaß und weißen Terror**". 1931 hatte sie über 300.000 Mitglieder. In der „Roten Hilfe" betätigten sich auch zahlreiche Juden wie u.a. Tucholsky, Einstein, Martin Buber. Unter den radikaldemokratischen Zeitschriften stand insbesondere die „Weltbüh-

Fortsetzung nächste Seite

Mitgliederbestand der KPD nach offiziellen Angaben

Mitgliederbestand der KPD nach offiziellen Angaben

1.10.1919	106.656
1.10.1920	78.715
1921	359.613
1922 (2. Quartal)	224.389
1923 (3. Quartal)	294.230
1.1.1926	160.000
1929 (2. Halbjahr im Durchschnitt)	124.511
1930 (Dezember im Durchschnitt)	176.000
1931 (Januar)	180.000
1932 (April)	332.000

(aus: Instituto Giangiacomo Feltrinelli, Die Kommunistische Partei Deutschlands 1918-1933, Milano 1961, S. 210f.)

ne'' Judentum und Zionismus mit großem, freundlichen Interessen gegenüber.

Zum Ende der Weimarer Republik baute die KPD eine ,,Anti-Nazi-Kommission'' auf, der u.a. Georg Lukács und Paul W. Massing angehörten; sie wurde auch von Lion Feuchtwanger und Alfred Kerr unterstützt.

Darüberhinaus arbeitete die KPD mit einzelnen jüdischen Organisationen wie dem ,,Kultur- und Bildungsverein polnischer Arbeiter in Deutschland'', der ,,Arbeitereinigkeit'' und dem ,,Jüdischen Kulturverein'' eng zusammen.

Otto Heller: ,,Der Untergang des Judentums''

Otto Hellers 1932 veröffentlichte Arbeit ,,Der Untergang des Judentums'' dokumentiert die Ansichten der damaligen Kommunisten und gilt gewissermaßen als Standardwerk.

Nach der russischen Revoluton wurde in der Sowjet-Union ein ,,Juden-Kommissariat'' zur Befassung mit den spezifischen Angelegenheiten der Juden geschaffen. In der Ukraine und an der Krim wurden jüdische (teilweise autonome) Gebiete errichtet. Im März 1928 wurde beschlossen, ein weiteres Gebiet, Birobidjan, für jüdische Ansiedlung bereit zustellen. Bis 1937 sollten dort 150.000 Juden leben, und der Präsident der Sowjet-Union, Kalinin, prophezeite, in zehn Jahren würde Birobidjan das kulturelle und politische Zentrum der jüdischen Massen sein.

Lenin selber äußerte sich wiederholt über den Antisemitismus in Rußland: ,,... *Nicht die Juden sind die Feinde der Werktätigen. Die Feinde der Arbeiter sind die Kapitalisten aller Länder. Unter den Juden gibt es Arbeiter, Werktätige, sie sind die Mehrheit. Sie sind unsere Brüder, unsere Genossen im Kampf für den Sozialismus, weil sie vom Kapital unterdrückt werden. Unter den Juden gibt es Kulaken, Ausbeuter, Kapitalisten, wie auch unter uns allen. Die Kapitalisten sind bemüht, Feindschaft zwischen den Arbeitern verschiedenen Glaubens, verschiedener Nationen, verschiedener Rassen zu entfachen. Die reichen Juden, wie auch die reichen Russen und die Reichen aller Länder, alle miteinander im Bunde, zertreten, unterdrücken und veruneinigen die Arbeiter.*

Schmach und Schande dem verfluchten Zarismus, der die Juden peinigte und verfolgte, Schmach und Schande dem, der Feindschaft gegen die Juden, der Haß gegen andere Nationen sät! Es lebe das brüderliche Vertrauen und das Kampfbündnis aller Nationen zum Kampf für den Sturz des Kapitals'' (Lenin, ,,Die Pogromhetze gegen die Juden'', Werke Bd.XXIV). Diese Ansprache Lenins an die Rote Armee wurde 1918 auf Schallplatten aufgenommen und an allen Fronten verbreitet.

Ohne hier jetzt näher auf die Politik nach der Oktoberrevolution einzugehen, muß das Buch Hellers in diesem Zusammenhang verstanden werden:
Ohne hier jetzt näher auf die Politik nach der Oktoberrevolution einzugehen, muß das Buch Hellers in diesem Zusammenhang verstanden werden:
Die Politik der Sowjet-Union löste bei jüdischen Kommunisten im Ausland größte Begeisterung aus, sie waren nicht nur überzeugt, daß nur der Kommunismus die Judenfrage lösen würde, sondern auch, daß diese Lösung unmittelbar bevorstünde. Otto Heller selber, wie unzählbare Andere, verlor einige Jahre später sein Leben in einem faschistischen Konzentrationslager.

Seine Ideen und Vorstellungen teilten Tausende, und wahrscheinlich hätte man selber Gleiches gedacht.

Hellers Anliegen

Heller behandelt in seinem Buch einerseits die bisherige Geschichte des Judentums, andererseits ,,Das Große Werk'', sprich die Lösung der Judenfrage durch die sozialistische Revolution am Beispiel der Sowjet-Union. Er wolle den Versuch unternehmen, leitet er sein Buch ein, ,,*eine historisch-materialistische Darstellung des Gesamtproblems der Judenfrage''* zu geben. Wobei das alleinige Ziel dabei ist, ,,*den Standpunkt des internationalen, um seine Befreiung kämpfenden Proletariats dieser komplizierten sozialen und nationalen Frage gegenüber''* zu bezeichnen.

Den von ihm tragischerweise gewählten Titel erläutert er: ,,*Es geht unter all das, was den Juden zu jener — nach Marx — ,besonderen Erscheinung' (Zur Judenfrage, II., im Nachlaß herausgegeben von Fr. Mehring, Bd. I, S. 428, Berlin 1923) machte, die, ihrer Nationalität nach, nicht unbedingt ein Jude sein muß, die aber, ihrer besonderen Bedingung folgend, zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Räumen vor allem der Jude war.''* (S. 20)

Der Sozialismus stehe unmittelbar bevor: ,,*Alle Fragen, die dem Gesellschaftssystem des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Warenproduktion entspringen, sie alle präsentieren sich gleichsam zum Abschied, da die Tage der Vergangenheit, mit denen sie untrennbar verknüpft waren, gezählt sind''* (S.12). So heißt es dann auch: ,,*Noch einmal, zum letzten Mal, taucht Ahasver auf, der ewige Jude. Sein Weg durch die Jahrtausende ist beendet, seine Aufgabe erfüllt''* (S.12).

Ein Zitat Stalins anwendend, wonach ,,*jede Nation ihren Anfang und ihr Ende''* habe, stellt er seine Untersuchungsmethode vor: Um das Ende des Judentums zu ermöglichen, muß das Ende mit dem Anfang verknüpft werden. Anders ausgedrückt: Das Schicksal der Juden muß mit der Entwicklung der menschlichen Produktionsverhältnissen in Beziehung gesetzt werden.

Mit dem Sieg des Sozialismus gehe das Judentum unter und damit auch der Antisemitismus sowie der Zionismus: ,,*Das alles geht unter, weil seine Voraussetzung vernichtet wird''* (S.21).

Ursprung des Judentums

Heller sucht den nationalen Ursprung des Judentums in seinem ,,sozialen Begriff''. Dabei will er die sogenannte Legende widerlegen, das alte Israel sei ein ,,biederes Bauern- und Hirtenvolk'' gewesen, das sich hauptsächlich um seine
griff''. Dabei will er die sogenannte Legende widerlegen, das alte Israel sei ein ,,biederes Bauern- und Hirtenvolk'' gewesen, das sich hauptsächlich um seine
Propheten, Richter und die Botschaften seines Gottes gesorgt habe.

Die Entwicklung der Juden zu einem Handelsvolk sei durch das Exil (assyrisches Exil um 722 v.u.Z., babylonisches Exil um 586 v.u.Z.) in entscheidende Bahnen gelenkt worden: aus dem babylonischen Exil seien bloß die Besitzlosen zurückgekehrt, während die ,,Großbourgeoisie'' die Ausdehnung ihres Handels im Orient vorgezogen habe. Die Diaspora, deren Triebkräfte ökonomische Interessen gewesen seien, sei also einerseits lange vor der zweiten Zerstörung Jerusalems durch die Römer, andererseits freiwillig vollzogen worden.

Hier wendet sich Heller gegen die gewöhnliche Schilderung der jüdischen Geschichte, die die Zerstörung Jerusalems und die Vernichtung der palästinensischen Juden nach dem Aufstand Bar Kochbas (132-135 u.Z.) zum Ausgangspunkt der nationalen Katastrophe des Judentums macht. Ebenso freiwillig und von ökonomischen Interessen diktiert (zur Wahrung ihrer spezifischen sozialen Funktion) sei die ursprüngliche Ghetto-Bildung gewesen. Die Besonderheit des Judentms sei, daß es zwar weder das erste noch das einzige Handelsvolk der Antike war, wohl aber das letzte und das einzige, das sie überdauerte.

Die Ursache hierfür sei die Verwandlung des Judentums von einer Nation zur Kaste; insofern sei das Unglück des nationalen Untergangs gleichzeitig das Glück der Juden gewesen.

Die folgende Geschichte des Judentums, zwischen Ausklang der Antike und Frühkapitalismus, gliedert Heller in drei Perioden. — Die erste (bis zum Jahre 1300) zeige eine sozial unveränderte Funktion der Juden als ,,Geld-Monopolisten''. Die zweite, ab 1300 bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges, sei die tragischste der jüdischen Geschichte. In dieser Zeit werden sie aus der ursprünglichen Warenzirkulation verdrängt und in die Rolle des Geldverleihers, des Wucherers hineingezwungen. Die dritte Periode schließlich sei gekennzeichnet von einer fortschreitenden Assimilation; der Kapitalismus bedeute für das Judentum seine letzte Etappe, die bürgerliche Emanzipation beinhalte die Emanzipation der Juden. Nur dort, wo wie im zaristischen Rußland noch halb-feudale Barbarei herrsche, bestünde die Unterdrückung fort.

Heller folgert: ,,*Die Untersuchung einiger Einzelheiten der Anderthalbjahrtausende jüdischer Geschichte, die dem Untergang der Antike folgen, zeigt in untrüglicher Weise, daß das Schicksal der Juden den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung unterliegt, daß es nichts anderes ist, als das notwendige Produkt des Ursprungs des Judentums, der sozialen und nationalen Entwicklung, die es bereits in der Antike genommen hatte''* (S.57). — Und: ,,*Die Scheidung zwischen West und Ost ist auch die Scheidung innerhalb der Judenheit selbst. Sie bestimmt die zwei verschiedenen Wege der Auflösung des Judentums, den westlichen, assimilatorischen und den östlichen, nationalen, den bürgerlichen und den proletarischen''* (S.77).

Antisemitismus und jüdischer Nationalismus

Antisemitismus und jüdischer Nationalismus

Der Untergang des Judentums, das heißt die Auflösung der ,,jüdischen Kaste'', die bürgerliche Assimilation im Westen und die Lösung der Judenfrage im Osten durch die proletarische Revolution — beide vernichten sie nach Heller die sozialen Voraussetzung des Antisemitismus, ,,*eine der kläglichsten Abwehrbewegungen der bürgerlichen Gesellschaft gegen ihren Untergang''* (S.126). Gleichzeitig verhauche auch ,,*kläglich der letzte, verzweifeltste und seltsamste Nationalismus seine dürftige Seele: der Zionismus''* (S.21).

Es bestünde zwar kein Kausalzusammenhang zwischen Zionismus und Antisemitismus, doch mit dem Verschwinden des Antisemitismus sei auch dem Zionismus die Basis entzogen (S.153).

Am Zionismus, diesem ,,kleinbürgerlichen jüdischen Nationalismus'', kritisiert Heller den anachronistichen Charakter — die Juden seien alles andere als eine einheitliche Nation. Und vor allem: ,,*Der Zionismus ist allein deshalb, weil er die Judenfrage von der Frage der Ware trennt, mit der das Schicksal der Juden unlösbar verknüpft ist, ein historischer Irrtum, eine Unmöglichkeit''* (S.155), die im Widerspruch zum ,,gesunden Menschenverstand'' stünde.

Wie bei den meisten damaligen Kritikern des Zionismus spielt auch bei Heller dessen Kolonialcharakter in Bezug auf das palästinensische Volk eine untergeordnete Rolle.

,,*Es gibt nur zwei Wege für das Judentum, seine Assimilation an die kapitalistische Gesellschaft, oder, wo breite Massen jüdischen Proletariats und verelendeten jüdischen Kleinbürgertums vorhanden sind, die Lösung der Judenfrage durch den Sozialismus, durch die Diktatur des Proletariats, die Kapital, Handel, Wucher, Ausbeutung, Warenproduktion vernichtet und dadurch die soziale Umschichtung der Juden ermöglicht''* (S.167). Heller fragt: ,,*Ist das die Lösung der Judenfrage: die Trödler und Hausierer aus Podolien in Palästina als Trödler und Hausierer anzusiedeln?*

Nächstes Jahr in Jerusalem?
Nächstes Jahr in der Krim!
Nächstes Jahr in Birobidjan!'' (S.174).

Die nationale Frage

Heller stellt im zweiten Teil seines Buches Theorie und Praxis der sowjetischen Nationalitätenpolitik, die ein ,,klassisches Beispiel der Verwirklichung marxistisch-leninistischer Theorie'' sei (S.199).

Vorausgeschickt ist Stalins Definition der Nation: ,,*Die Nation — das ist die historisch entstandene, dauernde Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des ökonomischen Lebens, der psychischen Übereinstimmung (des Nationalcharakters), die sich in der Gemeinschaft der Kultur äußert''* (S.202). Die Juden seinen keine Nation, sondern eine Nationalität: ,,*Die Tatsache, daß die Juden, die vor mehr als zweitausend Jahren eine Nation waren, die Zeitalter als Kaste durchlebten, die sich, wechselnd nach Ort und Epoche, in wechselndem Umfang bestimmte Merkmale ihrer Nationalität erhielt, das ändert nichts daran, daß es eine jüdische Nation nicht gibt''* (S.202). —
in wechselndem Umfang bestimmte Merkmale ihrer Nationalität erhielt, das ändert nichts daran, daß es eine jüdische Nation nicht gibt'' (S.202). —
,,*Ein Volk ohne Territorium, ohne inneren Markt, das ist, trotz Sprache und Kultur, kein vollgültiges Volk, oder genauer, keine Nation''* (S.203).

Wenn sie keine Nation sind — wieso wird die Judenfrage dann als Bestandteil der sowjetischen Diskussion um die nationalen Probleme betrachtet? ,,*Sind die Juden keine einheitliche Nation, so sind sie im Osten doch Träger einer ausgeprägten Nationalität, d.h. der Summe bestimmter national-charakterlicher Merkmale, die freilich nicht dazu ausreichen, die Juden als eine Nation zu konstituieren. Besteht aber das Prinzip der völligen Demokratie, worunter Stalin selbstverständlich nicht die formale Demokratie der bürgerlichen Welt, sondern die proletarische, sozialistische Demokratie des Staates der proletarischen Diktatur versteht, so ergibt sich, daß die Entfaltung der Nationalität auch möglich ist ohne die Merkmale jener territorialen Autonomie, die in der Sowjet-Union für jene Nationalitäten Anwendung findet, die die Merkmale der Nationalität mit ihrer Existenz als Träger der breitesten Wirtschaft auf einem ausreichenden Territorium verknüpfen, die also Nationen sind''* (S.208).

Die oben zitierte Stalinsche Definition einer Nation ist, wie man sieht, nicht nur fragwürdig (,,Nationalcharakter''??), sondern auch äußerst starr. Eigentlich gegen Lenins Auffassungen (,,*Das (sich mit der Masse der Bevölkerung zu vermischen) ist schließlich die einzige mögliche Lösung der Judenfrage, und alles, was das Aufhören der jüdischen Abschließung fördern kann, ist zu unterstützen''*; Lenin, GW, Bd.7, S.82-93), wurde im fernen Osten der Sowjet-Union die autonome jüdische Republik Birobidjan proklamiert. Der Versuch scheiterte: knapp 40 Jahre später lebten dort ca. 25.000 Juden.

Die den Juden gewährte Autonomie hatte indessen mehr mit einem Kolonisations- und Umerziehungsvorhaben zu tun. Kalinin (1. Vorsitzender der Zentralexekutive der SU) sagte auf einem Kongreß 1926: ,,*Das jüdische Volk steht vor einer großen Aufgabe: seine Nationalität zu erhalten. Zu diesem Zweck muß sich ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung in seßhafte Bauern verwandeln, in eine kompakte Landbevölkerung, die wenigstens nach Hunderttausenden zählt. Nur unter solchen Bedingungen können die jüdischen Massen mit dem Fortbestehen ihrer Nationalität rechnen. Hier sieht sich das jüdische Volk vor eine gewaltige Aufgabe gestellt, die für ihre Durchführung großer Anstrengungen und Mühen von seiten der nicht an landwirtschaftliche Arbeiten gewöhnten Massen bedarf, denn die Arbeit des Städters ist eine ganz andere als die des Bauern. ... Die Regierung geht an jede Frage praktisch heran: wir sehen, daß die jüdische Armut leidet, daß man für sie irgendwelchen wirtschaftlichen Ausweg finden muß, und so erscheint die Übersiedlung der Juden gewissermaßen als der natürliche wirtschaftliche Ausweg für die jüdische Armut . . .''* (S.221).

Heller betitelt übrigens selber die folgenden Berichte zur Landansiedlung der Juden in der Sowjetunion mit dem Begriff ,,Die Kolonisation''.

Schließlich konstatiert Heller angesichts jener letzten Reste russischer, ukrainischer, armenischer Bourgeoi-
Begriff ,,Die Kolonisation''.
Schließlich konstatiert Heller angesichts jener letzten Reste russischer, ukrainischer, armenischer Bourgeoi-
sien oder von Kulaken, Popen und zum Teil auch von Intellektuellen, die noch antisemitisch seien: ,,*Je mehr jüdische und nicht-jüdische Arbeiter, jüdische und nicht-jüdische Bauern zusammenarbeiten, je weiteres Ausmaß die Umschichtung der jüdischen Massen annimmt, desto weniger kann von ernsthaftem Antisemitismus unter den Werktätigen der Sowjetunion die Rede sein''* (S.227).

Tatsächlich: Während sich überall in Europa faschistische und antisemitische Bewegungen breit machten, fanden in der Sowjet-Union, mit der Errichtung des neuen Staates, nicht nur die Pogrome ein Ende, sondern Antisemitismus wurde gesetzlich verboten und verfolgt. Unter den führenden Bolschewiki befanden sich zählreiche Juden. Die Judenfrage schien auf dem Weg der Lösung zu sein. Aber die faschistische Drohung im Westen wurde unterschätzt. Als Hellers Buch erschien, hatte die NSDAP bereits über 11 Millionen Stimmen erhalten. Wenig später wurde Hellers Optimismus und seine Vorstellung von der immer fortschreitenden Assimilation der Juden entsetzlich widerlegt.

E., KB-Frankfurt

Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1919 bis 1933

	Nationalversammlung 19.1.1919			6.6.1920			4.5.1924			7.12.1924			20.5.1928			14.9.1930			31.7.1932			6.11.1932			5.3.1933		
Parteien	M.	St.	St.v.H.*	M.	St.	St.v.H.	M.	St.	St.v.H.	M.	St.	St.v.H.	M.	St.	St.v.H.	M.	St.	St.v.H.	M.	St.	St.v.H.	M.	St.	St.v.H.	M.	St.	St.v.H.
Kommunistische Partei Deutschlands					590.000	2,0	62	3.693.000	12,6	45	2.709.000	9,0	54	3.265.000	10,6	77	4.592.000	13,1	89	5.283.000	14,6	100	5.980.000	16,8	81	4.848.000	12,3
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	163	11.509.000	37,9	102	6.104.000	21,6	100	6.009.000	20,5	131	7.881.000	26,0	153	9.153.000	29,8	143	8.578.000	24,5	133	7.960.000	21,6	121	7.248.000	20,4	120	7.182.000	18,3
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	22	2.317.000	7,6	84	5.047.000	18,0		235.000	0,8		99.000	0,3		21.000	0,1		12.000										
Deutsche Demokratische Partei**	75	5.642.000	18,6	39	2.334.000	8,4	28	1.655.000	5,7	32	1.920.000	6,3	25	1.506.000	4,9	20	1.322.000	3,8	4	372.000	1,0	2	337.000	0,9	5	334.000	0,9
Zentrum	91	5.980.000	19,7	64	3.845.000	13,6	65	3.914.000	13,4	69	4.119.000	13,6	62	3.712.000	12,1	68	4.128.000	11,8	75	4.589.000	12,5	70	4.231.000	11,7	73	4.425.000	11,2
Deutschnationale Volkspartei	44	3.121.000	10,3	71	4.249.000	15,1	95	5.696.000	19,5	103	6.206.000	20,5	73	4.382.000	14,2	41	2.458.000	7,0	37	2.177.000	5,9	52	2.959.000	8,8	52	3.137.000	8,0
Deutsche Volkspartei	19	1.346.000	4,4	65	3.919.000	14,0	45	2.694.000	9,2	51	3.049.000	10,1	45	2.680.000	8,7	30	1.578.000	4,5	7	436.000	1,2	11	662.000	1,8	2	432.000	1,1
NSDAP***							32	1.918.000	6,6	14	907.000	3,0	12	810.000	2,6	107	6.410.000	18,3	230	13.746.000	37,4	196	11.737.000	33,1	288	17.277.000	43,9
Sonstige****	7			21			45			48			67			91			33			12			7		
insgesamt	421	30.040.000		459	28.196.000		472	29.281.000		472	29.281.000		493	30.290.000		577	34.971.000		608	36.882.000		584	35.471.000		647	39.343.000	

* Mandate Stimmen Stimmenanteil v.H.
** Ab 1930 Deutsche Staatspartei
*** Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
**** Einschl. u. a. Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei

(aus: Instituto Giangiacomo Feltrinelli, Die Kommunistische Partei Deutschlands 1918-1933, Milano 1961, S. 208f.)

Anmerkung:

Peinlich! Peinlich!
Im Teil IX dieser Serie (AK 239), ,,Sozialdemokraten und Judenfrage'', wurden versehentlich B r u n o Bauer und O t t o Bauer verwechselt.
Mit dem Ersten setzte sich Marx auseinander, mit dem Zweiten Lenin.

Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch

Die Angst der Linken vor einer Mehrheitspolitik

„Die „Kritische Theorie" von Marcuse, Adorno und Horkheimer hat nicht nur die 68er Bewegung entscheidend geprägt. Auch heute finden wir sie in vulgarisierter Form in der Linken wieder: von der RAF bis hin zu den Grünen.

„Der eindimensionale Mensch" behauptet: Die absolute Mehrheit der Bevölkerung ist gleichgeschaltet. Eine Politik, die auf ihre Gewinnung abzielt (z.B. aktuell per Volksentscheidskampagne) ist bestenfalls vergebliche Liebesmüh.

Herbert Marcuse

Marcuse, Jahrgang 1898, gehörte in den 30er Jahren zum Herausgeberkreis der „Zeitschrift für Sozialforschung", ebenso wie Horkheimer und Adorno. Im Unterschied zu diesen ließ er sich nach 1945 nicht in Frankfurt nieder, sondern blieb in den USA.

1964 erschien dort und 3 Jahre später in der BRD sein Hauptwerk „Der eindimensionale Mensch": eine Analyse des „Wohlfahrts- und Kriegsführungsstaates". In der Studentenbewegung, die damals ihrem Aufschwung entgegensteuerte, gehörte das Buch zu den Bestsellern.

„Eine Gesellschaft ohne Opposition"

stellt Marcuse in seiner Untersuchung der Nachkriegszeit fest. Seine Fragestellung:

„*Ist diese Stabilisierung in dem Sinne ‚zeitlich befristet', daß sie die Wurzeln der Konflikte unberührt läßt, die Marx in der kapitalistischen Produktionsweise fand (Widerspruch zwischen dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und gesellschaftlicher Produktivität), oder ist sie eine Umformung der antagonistischen Struktur selbst, welche die Konflikte löst, indem sie sie erträglich macht?*" (S.41).

Seine Antwort unterstützt die zweite Alternative: Es gibt einen ganz einleuchtenden Grund für dieses Ausbleiben von Opposition, „*für die Vereinigung der Gegensätze, für eindimensionales politisches Verhalten*":

„*Die wachsende Arbeitsproduktivität schafft ein zunehmendes Mehrprodukt, das — ob zentral oder dezentral angeeignet und verteilt — erhöhten Konsum gestattet (...). Solange diese Konstellation herrscht, schmälert sie den Gebrauchswert der Freiheit, es besteht kein Grund, auf Selbstbestimmung zu dringen, wenn das verwaltete Leben das bequeme und sogar ‚gute' Leben ist.*" (S.69).

Noch deutlicher: „*Unter den Bedingungen eines steigenden Lebensstandards erscheint die Nichtübereinstimmung mit dem System als solchem gesellschaftlich sinnlos, und das umsomehr, wenn sie fühlbare wirtschaftliche und politische Nachteile im Gefolge hat (...).*" (S.22).

Natürlich will Marcuse mit dieser Darstellung den ‚Spätkapitalismus' nicht loben oder rechtfertigen. Gerade in seiner scheinbaren ‚Fortschrittlichkeit' erweist sich seine Destruktivität:

„*Und doch ist diese Gesellschaft als Ganzes irrationl. Ihre Produktivität zerstört die freie Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse und Anlagen, ihr Friede wird durch die beständige Kriegsdrohung aufrecht erhalten, ihr Wachstum hängt ab von der Unterdrückung der realen Möglichkeiten, den Kampf ums Dasein zu befriedigen — individuell, national und international.*" (S.11 f).

Abschied vom Proletariat

Fast 20 Jahre vor Gorz und Bahro haben Marcuse u.a. diese These schon aufgestellt:

„*Die kapitalistische Entwicklung hat jedoch die Struktur und Funktion dieser beiden Klassen (Bourgeoisie und Proletariat) derart verändert, daß sie nicht mehr die Träger historischer Umgestaltung zu sein scheinen. Ein sich über alles hinwegsetzendes Interesse an der Erhaltung und Verbesserung des Status quo vereinigt die früheren Antagonisten in den fortgeschrittensten Bereichen der gegenwärtigen Gesellschaft.*" (S.15).

„*Wenn der Arbeiter und sein Chef sich am selben Fernsehprogramm vergnügen und dieselben Erholungsorte besuchen, wenn die Stenotypistin ebenso attraktiv hergerichtet ist wie die Tochter ihres Arbeitgebers, wenn der Neger einen Cadillac besitzt, wenn sie alle dieselbe Zeitung lesen, dann deutet diese Angleichung nicht auf das Verschwinden der Klassen hin, sondern auf das Ausmaß, in dem die unterworfene Bevölkerung an den Bedürfnissen und Befriedigungen teil hat, die der Erhaltung des Bestehenden dienen.*" (S.28). Nach Marcuse handelt es sich bei dieser „*Angleichung von Bedürfnissen und Wünschen, im Lebensstandard, in der Freizeitgestaltung, in der Politik*" nicht nur um eine Änderung des Bewußtseins, sondern um eine grundsätzliche Änderung des Seins, der Integration des Arbeiters in die Fabrik. Die neue Form der Automatisierung gewähre eine neue Form von Befriedigung (S.46) und führe zur Identifikation mit dem Betrieb (S.49 f). Schließlich werde das Klassenbewußtsein der Arbeiter durch das — scheinbare — Verschwinden des Gegners geschwächt:

„*Herrschaft wird in Verwaltung überführt. Die kapitalistischen Herren und Eigentümer verlieren ihre Identität als verantwortliche Kräfte; sie nehmen die Funktion von Bürokraten in einer körperschaftlichen Maschine an.*" (S.52).



Herrschaft über die Bedürfnisse

Die Menschen fühlen sich in diesem System wohl, weil es ihre Wünsche auf sein Angebot zurechtgebogen und verfremdet hat.

„*Die gründliche Angleichung des Geistes an die Tatsache, des Denkens an das geforderte Verhalten, der Wünsche an die Realität*" — das ist die Eindimensionalität des Menschen (S.263).

„*Alle Befreiung hängt vom Bewußtsein der Knechtschaft ab, und das Entstehen dieses Bewußtseins wird stets durch das Vorherrschen von Bedürfnissen und Befriedigungen behindert, die im hohen Maße die des Individuums geworden sind. (...) Es ist der kennzeichnende Zug der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, daß sie diejenigen Bedürfnisse wirksam drunten hält, die nach Befreiung verlangen — eine Befreiung auch von dem, was erträglich, lohnend und bequem ist — während sie die zerstörerische Macht und unterdrückende Funktion der Gesellschaft ‚im Überfluß' unterstützt und freispricht. Hierbei erzwingen die sozialen Kontrollen das überwältigende Bedürfnis nach Produktion und Konsumtion von unnützen Dingen; das Bedürfnis nach abstumpfender Arbeit, wo sie nicht mehr wirklich notwendig ist; das Bedürfnis nach Arten der Entspannung, die diese Abstumpfung mildern und verlängern (...).*" (S.27).

„*Die Menschen erkennen sich in ihren Waren wieder; sie finden ihre Seele in ihrem Auto, ihrem Hifi-Empfänger, ihrem Küchengerät. (...) Die soziale Kontrolle ist in den neuen Bedürfnissen verankert, die sie hervorbebracht hat.*" (S.29). Dieses System wird nicht mehr durch politischen und polizeilichen Druck zusammengehalten, sondern hauptsächlich durch die (verfremdeten) Wünsche und Triebe der Menschen

Druck zusammengehalten, sondern hauptsächlich durch die (verfremdeten) Wünsche und Triebe der Menschen

selbst.

Was an Aggressivität im Leben noch entsteht, wird auf Outsider und Sündenböcke abgelenkt: „*Sie wendet sich nun gegen jene, die nicht zur Gesamtheit gehören, deren Existenz eine Verleugnung des Ganzen darstellt.*" (2)



Gerd Arntz

Randgruppen-Theorie

Die Thesen von Marcuse haben ein großes Dilemma:

„*Da es an nachweisbaren Trägern und Triebkräften gesellschaftlichen Wandels fehlt, wird die Kritik auf ein hohes Abstraktionsniveau zurückgeworfen. Es gibt keinen Boden, auf dem Theorie und Praxis, Denken und Handeln zusammenkommen.*" (S.15.).

Hoffnung könnte allenfalls noch von denen kommen, die an den Rändern der Gesellschaft stehen:

„Unter der konservativen Volksbasis befindet sich jedoch das Substrat der Geächteten und Außenseiter: die Ausgebeuteten und Verfolgten anderer Rassen und anderer Farben, die Arbeitslosen und die Arbeitsunfähigen. Sie existieren außerhalb des demokratischen Prozesses; ihr Leben bedarf am unmittelbarsten und realsten der Abschaffung unerträglicher Verhältnisse und Institutionen. Damit ist ihre Opposition revolutionär, wenn auch nicht ihr Bewußtsein. Ihre Opposition trifft das System von außen und wird deshalb nicht durch das System abgelenkt; sie ist eine elementare Kraft, die die Regeln des Spiels verletzt und es damit als aufgetakeltes Spiel enthüllt. Wenn sie sich zusammenrotten und auf die Straße gehen, ohne Waffen, ohne Schutz, um die primitivsten Bürgerrechte zu fordern, wissen sie, daß sie Hunden, Steinen und Bomben, dem Gefängnis, Konzentrationslager, selbst dem Tod gegenüberstehen. (...) Die Tatsache, daß sie anfangen, sich zu weigern, das Spiel mitzuspielen, kann die Tatsache sein, die den Beginn des Endes einer Periode markiert." (S.267).

Die „Große Weigerung"

Marcuse lehnt das bisherige Politik-Verständnis der Linken ab:

„*Die totalitären Tendenzen der eindimensionalen Gesellschaft machen die traditionellen Mittel und Wege des Protestes unwirksam — vielleicht sogar gefährlich, weil sie an der Illusion der Volkssouveränität festhalten. Diese Illusion enthält ein Stück Wahrheit: ‚das Volk', früher Ferment gesellschaftlicher Veränderung, ist ‚aufgestiegen', um zum Ferment gesellschaftlichen Zusammenhalts zu werden.*" (S.267).

um zum Ferment gesellschaftlichen Zusammenhalts zu werden." (S.267).

Aus den Analysen von Marcuse folgen insbesondere zwei Dinge: Die Ablehnung des Kampfes um ökonomische Gleichberechtigung und die Ablehnung des Kampfes um demokratische Rechte. Ökonomische Forderungen müssen nach Marcuse einerseits jeder realen Grundlage entbehren, da das System ja alle Menschen mit Konsumartikeln überschwemmt. Außerdem sind sie aber direkt gefährlich, weil materielle Bedürfnisse und ihre Befriedgung zu den entscheidenden Mitteln gehören, mit denen die Unterdrückten an den Staat gebunden werden.

Ebenso bei den demokratischen Rechten. Einerseits gibt es kein Bedürfnis nach ihnen: *Unabhängigkeit des Denkens, Autonomie, das Recht auf politische Opposition werden gegenwärtig ihrer grundlegenden kritischen Funktion beraubt in einer Gesellschaft, die immer mehr im Stande scheint, die Bedürfnisse der Individuen vermittels der Weise zu befriedigen, in der sie organisiert ist. Eine solche Gesellschaft kann mit Recht verlangen, daß ihre Prinzipien und Institutionen hingenommen werden (...). In dieser Hinsicht scheint es wenig auszumachen, ob die zunehmende Befriedigung der Bedürfnisse durch ein autoritäres oder ein nicht-autoritäres System erreicht wird.*" (S.22).

Andererseits sind demokratische Rechte auch gar nicht mehr emanzipatorisch:

„*Die Ersetzung der herrschenden Kontrolle über den Produktionsprozeß durch ‚Kontrolle von unten'*" bedeute keine positive Veränderung mehr.

„*Diese Vorstellung war und ist gültig, wo die Arbeiter die lebendige Negation und Anklage der herrschenden Gesellschaft waren und noch sind. Wo diese Klasse jedoch zur Stütze der herrschenden Lebensweise geworden ist, würde ihr Aufstieg zur Kontrolle jene nur verlängern.*" (S.263). Da die Mehrheit keine Interessen hat, an denen fortschrittliche Politik ansetzen kann, bleibt nur noch die Unterstützung von „Randgruppen" übrig — oder der Rückzug in die „Große Weigerung".

„*Den kleinen und ohnmächtigen Gruppen, die gegen das falsche Bewußtsein kämpfen, muß geholfen werden: ihr Fortbestehen ist wichtiger als die Erhaltung mißbrauchter Rechte und Freiheiten, die jenen verfassungsmäßige Gewalt zukommen lassen, die diese Minderheiten unterdrücken*". (3)

Selbstkritisch (?) merkt Marcuse zu seiner Theorie an: „*Indem sie nichts verspricht und keinen Erfolg zeigt, bleibt sie negativ. Damit will sie jenen die Treue halten, die ohne Hoffnung ihr Leben der Großen Weigerung hingegeben haben und hingeben*". (S.268).

gegeben haben und hingeben". (S.268).

Dieses Politikverständnis beherrscht bis heute große Teile der „undogmatischen" Linken, einschließlich Teilen der Grünen Partei:

— Eine Geringschätzung von Forderungen, die an Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ausgerichtet sind, insbesondere von ökonomischen Forderungen.

— Ein prinzipielles Mißtrauen gegenüber der Bevölkerung, aktuell ersichtlich an der offenen oder versteckten Ablehnung von Volksentscheid/Volksbefragung.

— Hoffnungen auf irgendwelche Randgruppen mit dem „richtigen Bewußtsein". Bei Bahro und ähnlichen Propheten sind insbesondere die „Aussteiger" und Alternativ-Projektler die Vorboten der künftigen Gesellschaft. Damit gekoppelt ist der „Abschied vom Proletariat".

— Tendenzen zur „Großen Weigerung", die verschiedene Formen annehmen kann: die einen gehen nach Poona (Oregon), die anderen versumpfen in der Kneipe. Auch das zur-Schau-Stellen der „Großen Weigerung" in den symbolträchtigen Ritualen des „Zivilen Ungehorsams" hat heutzutage Konjunktur.

Der Gerechtigkeit halber sei angemerkt, daß Marcuse selbst seine Theorien immer wieder reflektiert und später auch teilweise überarbeitet hat. (4)

Marcuses Fehler

Der Grundfehler beim „Eindimensionalen Menschen" besteht darin, daß er eine bestimmte Phase des Nachkriegs-

Fortsetzung nächste Seite

Spendenaufruf für den Arbeiterkampf

Wie jedes Jahr um diese Zeit wenden wir uns an die Leserinnen und Leser des ARBEITERKAMPF mit der Bitte, einen Teil ihres „Weihnachtsgeldes" zur Unterstützung dieser Zeitung zu spenden, um ihr Fortbestehen zu gewährleisten. Letztes Jahr um diese Zeit riefen wir auf, 30.000 Mark zu spenden, um damit während des Jahres die Verluste auffangen zu können, die nicht durch Zuschüsse aus den Beiträgen des KB aufgebracht werden konnten. Das Spendenergebnis lag schließlich bei 35.000 Mark, womit es trotz einiger besonderer Schwierigkeiten gelang, ohne Rückgriff auf Reserven das Jahr abzuschließen. Die Ausgangslage hat sich seit dieser Zeit nicht verbessert. Von dem entscheidenden Schritt einer tragfähigen Finanzierung durch eine nachhaltige Auflagensteigerung sind wir noch weit entfernt. Auch die finanziellen Möglichkeiten des KB werden enger, da das Aufkommen aus den Mitgliedsbeiträgen geringer geworden ist (sinkende Mitgliederzahl, finanzielle Schlechterstellung vieler Genossinnen und Genossen, Arbeitsplatzverlust usw.). Nach dem bisherigen Überschlag für die kommenden 12 Monate müssen wir deshalb noch einmal eine Summe von 30.000 bis 40.000 Mark durch Spenden hereinbekommen, um auch den nächsten Spendenaufruf mit ruhigem Gewissen und der Zuversicht, daß dies einem sinnvollen Projekt dient, schreiben zu können, d.h. um im nächsten Dezember sagen zu können: diese Zeitung ist nicht unterzukriegen.

Deshalb spendet, was Euch möglich ist auf das Konto:

Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
Bankleitzahl 200 800 00
Kontonummer 4 806 104 00

Deshalb spendet, was Euch möglich ist auf das Konto:
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
Bankleitzahl 200 800 00
Kontonummer 4 806 104 00

Hick & Hack

Im Fremdwort „Dementi" steckt das lateinische Substantiv „mens", gleich *Verstand, Vernunft, Einsicht*. Die Vorsilbe „de" drückt hier eine Handlung oder einen Zustand der Trennung von jenem aus. Das Adjektiv „demens" bedeutet also *sinnlos, verrückt, unsinnig, töricht*. Das Substantiv „dementia" bedeutet *Torheit, Verrücktheit, Wahnsinn*.

Es gibt gute und schlechte Dementis. Gute Dementis zeichnen sich dadurch aus, daß sie wirklich aufgestellte Behauptungen unwidersprochen lassen, dafür aber umso energischer auf Tatsachen beharren, die gar nicht strittig sind. Wenn beispielsweise dem Politiker Alois Rammler vorgeworfen wird, er habe bestechungshalber 70 000 DM vom Flick-Konzern erhalten, so lautet ein gutes Dementi: „Herr Rammler hat keinen schwarzen Dobermann, sondern lediglich ein weisses Spitzerl. Außerdem verwahren wir uns auf's Entschiedenste gegen die Behauptung, er habe sich am 3.April 1978 in Tokio aufgehalten."

Und gleich noch ein Beispiel für ein sehr gepflegtes Dementi. Der „Arbeiterkampf" schrieb: „**Die Hamburger Ausgabe der TAZ ist, sobald es politisch um die Wurscht geht, ein reines Hofblatt der Gruppe Z; der zuständige Redakteur th.j. ist gleichzeitig ständiger Mitarbeiter der von der Gruppe Z maßgeblich beeinflußten Zeitschrift 'Moderne Zeiten' (MOZ)**".(AK 239, S.14). Und so dementieren die „Modernen Zeiten": „...*Daß er*", —gemeint ist der KB— „*im 'Arbeiterkampf'-Journalismus auf jene Springer'schen Denunzierungsmethoden zurückgreift, wußten bisher nur Kenner: So zog der AK den Schluß, 'weil Thomas Janßen für die MOZ schreibt, ist er ein Z-ler'. Ist er nicht, wissen wir ge-*

maßgeblich beeinflußten Zeitschrift 'Moderne Zeiten' (MOZ)".(AK 239, S.14). Und so dementieren die „Modernen Zeiten": „...*Daß er*", —gemeint ist der KB— „*im 'Arbeiterkampf'-Journalismus auf jene Springer'schen Denunzierungsmethoden zurückgreift, wußten bisher nur Kenner: So zog der AK den Schluß, 'weil Thomas Janßen für die MOZ schreibt, ist er ein Z-ler'. Ist er nicht, wissen wir ge-*

nau. In der MOZ schreiben die meisten ohne Z-Parteibuch" (MOZ 11/83,S.2). Anführungszeichen werden üblicherweise u.a. gesetzt, um eine wörtlich zitierte direkte Rede zu kennzeichnen. Was die MOZ in Anführungszeichen formuliert („weil Thomas Janßen...") ist kein Zitat aus dem AK. Es ist noch nicht einmal eine sinngemäße Zusammenfassung. Ohne es so genau zu wissen wie die MOZ-Redaktion, bestätigen wir dem th.j. gern, daß er kein Mitglied der Gruppe Z ist. Darüber hinaus bescheinigen wir —falls gewünscht— auch gern der Gruppe Z, daß es sie eigentlich schon seit ein paar Jahren gar nicht mehr gibt. Weil sie sich nämlich in die Grünen hinein aufgelöst hat, was aber auch „nur Kennern" bisher bekannt war. Und Parteibücher hat es bei der Gruppe Z sowieso nie gegeben.

In der MOZ nicht dementiert wird die Behauptung des „Arbeiterkampf", daß jene „**von der Gruppe Z maßgeblich beeinflußt**" sei. Und schon gar nicht dementiert wird die Feststellung, daß die Hamburger Ausgabe der TAZ im politischen Ernstfall „**ein reines Hofblatt der Gruppe Z**" ist. Im Gegenteil: Die Leserinnen und Leser bekommen gleich den Tatsachenbeweis vorgeführt, indem die MOZ eine abschliessende Bewertung der Springer-Blockade durch th.j. publiziert — übrigens als ihren einzigen Beitrag zu diesem großen Ereignis, das schon jetzt als die größte Blockade der 80er Jahre zwar nicht in die Geschichte, aber immerhin in die Geschichten eingegangen ist. „Kenner" werden keine Mühe haben, den MOZ-Artikel von th.j. als erweiterten zweiten Aufguß seines Artikel für die TAZ vom 27.10. wiederzuerkennen, zumal dieser inzwischen auch im Mitgliederrundbrief der GAL (1.11.) nachgedruckt wurde. Eine willkommene Abwechselung für alle MOZ-Leserinnen und -Leser, denen die nicht übermäßig phantasievolle Kombination „Thomas Ebermann interviewt Michael Stamm" oder „Michael Stamm arrangiert Thomas Ebermann" schon sauer aufgestoßen ist.

Stalin: »Große Fehler oder gar Verbrechen ?«

Dieses kühne Urteil faßten die Ende Oktober versammelten Mitglieder der PCMLF (ähnliche Entwicklung wie die hiesige KPD/ML alias „KPD").

„Mit der Aufkündigung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern hat Stalin große Fehler und sogar Verbrechen begangen". Stalin total die kalte Schulter zeigen, mag die PCMLF allerdings nicht: Sie will nicht von der „Vergötterung" (O.-Ton PCMLF) zur „totalen Ablehnung" Stalins übergehen (nach „Le Monde", 4.11.83).

Treu will sie auch den „Mao-Tse-Tung-Ideen" bleiben.

Ansonsten sieht die Partei ihre Hauptaufgaben in der Bekämpfung der Austeritätspolitik der PS-KPF-Regierung und in Aktivitäten gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges, verursacht selbstverständlich „durch die Rivalität zwischen den zwei Supermächten".

So sieht uns der Verfassungsschutz

Im Bericht des Landesamtes Schleswig-Holstein des Vefassungsschutzes zum Jahre 1982 lesen wir:
4.4 „Kommunistischer Bund" (KB)

Mit knapp 150 Anhängern ist das KB-Spaltprodukt, die 'Gruppe Z', als Organisation kaum noch erwähnenswert; lediglich im Bereich der Hansestadt Hamburg gibt es intakte

So sieht uns der Verfassungsschutz

Im Bericht des Landesamtes Schleswig-Holstein des Vefassungsschutzes zum Jahre 1982 lesen wir:

4.4 „Kommunistischer Bund" (KB) „Gruppe Z"

Auch der KB hat die Zerfallstendenz seiner Organisation nicht aufhalten können. Mit bundesweit kaum noch 500 Mitgliedern ist auch er zu eigenständigen politischen Aktivitäten nicht mehr in der Lage. Dennoch hält er zäh an seiner politischen Zielvorstellung — der Eroberung der politischen Macht durch die revolutionäre Umwälzung der Verhältnisse — fest, weswegen er auch alle Anstrengungen unternimmt, seine Kampf- und Agitationszeitschrift „Arbeiterkampf", die nach wie vor im gesamten linksextremistischen Spektrum hohes Ansehen genießt, zu erhalten.

In Schleswig-Holstein gibt es nur noch wenige Einzelmitglieder, die nach Meinung eines KB-Funktionärs nicht einmal in der Lage sind, eine Flugblattaktion wirkungsvoll durchzuführen.

Mit knapp 150 Anhängern ist das KB-Spaltprodukt, die 'Gruppe Z', als Organisation kaum noch erwähnenswert; lediglich im Bereich der Hansestadt Hamburg gibt es intakte Organisationsstrukturen. In Schleswig-Holstein hat sich die 'Gruppe Z' — eigenem Bekunden zufolge — selbst aufgelöst. Es darf aber nicht verkannt werden, daß sich ihre Angehörigen — ebenso wie in Hamburg — nicht ohne Erfolg bemüht haben, die Partei 'Die Grünen' zu unterwandern. Diese Unterwanderung erfolgte in konsequenter Verfolgung des von Trotzki propagierten Prinzips des Entrismus: Solange eine Gruppe zu eigenen Aktivitäten zu schwach ist, muß sie versuchen, in andere Gruppen einzudringen, um dort Kräfte zu sammeln, um dann wieder selbständig handelnd hervortreten zu können.

Das mit dem zähen Festhalten und dem hohen Ansehen lassen wir uns gern gefallen. Aber mußte die Stichelei mit der Flugblattaktion wirklich sein?!

Fortsetzung von vorheriger Seite

Kapitalismus verabsolutiert. Als Marcuse sein Werk schrieb, hatte der Kapitalismus Hochkonjunktur, die Kräfte der Akkumulation waren ungebrochen, die Weltmärkte noch nicht erschöpft. Parallel dazu lief innenpolitisch eine Befriedungspolitik gegenüber der Arbeiterbewegung, die sich an diesen Bedingungen teilhaben ließ — allerdings nie in dem Ausmaß, das Marcuse skizzierte.

Spätestens seit 5 Jahren ist offensichtlich, daß die ökonomische Stabilität des Systems nur eine scheinbare war, daß die hitzige Akkumulation ihre Krise mitproduziert hat. Von „Konsumterror" kann nur noch mit Einschränkungen gesprochen werden; die Bourgeoisie hat ihren Klassenkompromiß aufgekündigt; Reagonomics und Thatcherism machen wieder sichtbar, daß es ein Oben und Unten in dieser Gesellschaft gibt.

Und was die manipulierten Bedürfnisse angeht, so verwechselt Marcuse hier die Ziele der Herrschenden mit der Realität. Zweifellos hat die Warengesellschaft die Menschen verformt, und für die Zukunft wird es mit den neuen Kommunikationstechnologien (Verkabelung!) noch weitere Versuche in diese Richtung geben. Aber sichtbar ist doch auch, daß das nicht so total geklappt hat, wie es Marcuse beschreibt. Zum Beispiel hat die Ablehnung von Atomkraftwerken, insgesamt das ökologische Bewußtsein, entgegen den staatlichen Manipulationen („Atomstrom sichert Arbeitsplätze") die Mehrheit der Bevölkerung ergriffen. Und gerade bei den augenblicklichen Massenbewegungen („Nachrüstung", 35-Stunden-Woche) können wir ein zusätzliches Phänomen beobachten:

Wünsche, die in der Phase relativen Wohlstands von den Herrschenden bei den Menschen bestärkt wurden, um sie zu entpolitisieren, werden in der neuen Weltsituation plötzlich politisch, bekommen Sprengkraft:

— Der Wunsch nach Wohlstand, früher zur Steigerung des Absatzes gern gesehen, ist heute hinderlich: Mit dem Fall der Profitrate müssen Löhne gekürzt werden. Eine Umverteilung von unten nach oben führt zu Anzeichen von Verelendung als Massenerscheinung (USA).

— Der Wunsch nach Frieden richtete sich in den 60er Jahren noch gegen die „Störenfriede" der APO, die den Vietnam-Krieg in das idyllische Deutschland brachten. Heute, wo der atomare Vernichtungskrieg nicht mehr nur an der Peripherie droht, sondern auch in Mitteleuropa, ist der Wunsch nach Frieden zu einem Störfaktor für die imperialistische Kriegsvorbereitung geworden.

Die Folge:
Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg haben wir in der BRD Mehrheiten gegen die herrschende Politik — für Marcuse eigentlich unvorstellbar! Das „Volk" ist keine eindimensionale Masse mehr — wenn es je so war. Die Eindimensionalität ist aufgebrochen.

Diese Situation darf nicht verschenkt werden, die „neuen Mehrheiten" müssen sichtbar gemacht und als Mittel in die politische Auseinandersetzung eingebracht werden. Hier liegt die Bedeutung der Forderung nach „Volksentscheid": Obwohl „eigentlich" mit dem System verträglich, bekommt sie in dem Zusammenhang Sprengkraft, wo sie sich gegen die Krisen- und Kriegspolitik des Systems richtet. Die Zustimmung der Menschen zur herrschenden Ordnung ist allerdings erst an einigen wenigen Punkten in Bewegung geraten. Von einer generellen „Linkswendung" kann nicht gesprochen werden; das zeigte zuletzt das Wahlergebnis am 6. März. Vor einer „Volkstümelei", wie sie bei SPD und DKP immer zum Abwürgen radikalerer Politik dienen muß, sollten wir uns deshalb hüten. Gerade das revisionistische Verständnis von „Mehrheitspolitik" als Nachtrab hinter der Massenträgheit hat das Aufkommen der „Kritischen Theorie" als Antithese überhaupt erst begünstigt.

Jürgen/Stuttgart

Literatur/Anmerkungen

(1) Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Luchterhand 1970 (Alle Seitenangaben beziehen sich darauf)
(2) z.n.: Sigmund Pietrowski, Die Kritische Theorie; in: Aufsätze zur Diskussion (AzD), Nr. 15
(3) ebenda, S.119
(4) Selbst der „Abschied vom Proletariat" wurde da relativiert: „Das intellektuelle Proletariat muß hinsichtlich der Aktion zu einem gemeinsamen geistigen Nenner mit dem heutigen Industrieproletariat finden. Es muß der Arbeiterklasse das Vertrauen in sich selbst als revolutionäre Klasse zurückgeben. Ohne dies kann und wird es die radikale Verwirklichung des Sozialismus als einer integralen, geistigen, ökonomischen und politischen Emanzipation des Menschen nicht geben." (H. Marcuse in „Studentische Opposition und Revolution", z.n. Vranicki, Geschichte des Marxismus, S. 865, stw 406).